

## Autorenverzeichnis

Leistungskurse Geschichte (Jahrgangsstufe 12 II/ Schuljahr 2004/2005)

Aschenbrenner, Alexander	Hermann, Alexander
Augustin, Jutta	Lannert, Nina
Ballier, Stefanie	Löffler, Dominik
Bickel, Vera	Löffler, Florian
Breuser, Sarah	Molnar, Katharina
Büttner, Vera	Padda, Denise
Cetin, Sevil	Rossmann, Daniel
Czypull, Maximilian	Ruhm, Sören
Czaplinski, Sebastian	Salewski, Stefan
Derosa, Christian	Schwarz, Wolff-Steffen
Eichhorn, Manuel	Stärtzel, Sebastian
Eichhorn, Matthias	Stempel, Burkhard
Endres, Thomas	Teuber, Miriam
Füchtenkordt, René	Voß, Christian
Engelhardt, Matthias	Wulff, Daniel Christopher
Hachenberger, Ron	

unter der Leitung von Franz Josef Schäfer und Peter Lotz

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>Einleitung</b>	<b>2</b>
<b>1. Familiäres, berufliches und lokales Umfeld des jungen Jakob Kindinger</b>	<b>9</b>
1.1 Kindingers Weg zum Steinmetz	
1.2 Kindingers Heimatort Reichenbach	
1.2.1 Historisches Umfeld	
1.2.2 Demografische und soziale Aspekte zu Reichenbach	
1.2.3 Die Steinindustrie	
<b>2. Das politische Umfeld Jakob Kindingers bis 1933</b>	<b>18</b>
2.1 Politische Erfahrungen Kindingers vor 1933	
2.2 Die politische Situation in Bensheim von 1918 bis 1933	
<b>3. Jakob Kindingers Widerstandstätigkeit 1933 bis 1935</b>	<b>33</b>
3.1 Strukturen und Strategien des KPD-Unterbezirks Bergstraße zu Beginn der dreißiger Jahre	
3.2 Die Untergrundtätigkeit der KPD in Südhessen 1933 bis 1935	
3.3 Jakob Kindingers Widerstandstätigkeit	
3.3.1 Der Hochverratsprozess 1935 gegen „Kindinger und Andere“	
3.3.2 Widerstand und Verfolgung von weiteren Kommunisten	

<b>4. Das Konzentrationslager Buchenwald</b>	<b>54</b>
4.1 Das System des nationalsozialistischen Konzentrationslagers am Beispiel Buchenwald	
4.1.1 Die Lagerhierarchie	
4.1.2 Aufbau und Einrichtungen des KZ Buchenwald	
4.1.3 Arbeits- und Lebensbedingungen	
<b>Exkurs 1: Sklavenarbeit im Steinbruch</b>	<b>61</b>
4.2 Das Internationale Lagerkomitee (ILK)	
4.3 Die Endphase des KZ Buchenwald	
<b>5. Der Buchenwald-Häftling Jakob Kindinger (1938-1945)</b>	<b>68</b>
5.1 Kindinger als Baracken- und Blockältester	
5.2 Das „Kleine Lager“	
5.3 Lageralltag und Widerstandsarbeit in Berichten und Selbstzeugnissen Jakob Kindingers und weiterer Häftlinge	
5.3.1 Jakob Kindingers Rolle bei Rettungsaktionen jüdischer Häftlinge	
5.3.1.1 Max Liebster	
5.3.1.2 Emil Carlebach	
5.3.2 Weitere Rettungs- und Hilfsaktionen	
5.4 Das Lager Altenburg – ein Außenlager von Buchenwald	
<b>Exkurs 2: Bruno Apitz' Roman „Nackt unter Wölfen“</b>	<b>94</b>
<b>6. Kindingers berufliche und persönliche Entwicklung nach der Befreiung aus dem KZ Buchenwald.</b>	<b>96</b>
6.1 Beruflicher Werdegang und Konsequenzen des KPD-Verbots	
6.2 Konflikt zwischen Jakob Kindinger und Bensheims Bürgermeister Joseph Treffert	
6.3 Rechtsstreit um Entschädigung als Opfer des Faschismus	
6.4 Kindinger und seine Familie	
<b>7. Kindinger als Politiker und Gewerkschafter in der Nachkriegszeit</b>	<b>117</b>
7.1 Jakob Kindinger als Parteipolitiker nach 1945	
<b>Exkurs 3: Jakob Kindinger und die „Kanalpartei“</b>	<b>128</b>
7.2 Kommunalpolitische Agitation im Spiegel von Flugblättern der KPD Bensheim	
7.3 Das „Bensheimer Sprachrohr“, Parteiorgan der Bensheimer KPD	
7.4 Jakob Kindinger als Stadtverordneter und Kreistagsmitglied	
7.5 Kindingers Gewerkschaftsarbeit	
7.6 Funktion und Rolle Jakob Kindingers innerhalb der KPD	
<b>8. Würdigungen und Ehrungen</b>	<b>157</b>
<b>9. Rückblick: Jakob Kindinger – ein politisches Leben</b>	<b>167</b>
<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>170</b>

## Einleitung

In Bensheim ist seit 1996 eine Geschichtswerkstatt tätig, die Jakob Kindinger (1905-1986) als Namensgeber ausgewählt hat. Zweck dieses Vereins ist die Erforschung und Publikation regionaler Zeitgeschichte und die Durchführung von Mahn- und Gedenkveranstaltungen. In der Vergangenheit war es ein Hauptanliegen gewesen, eine würdige Gedenkstätte am Platz der von den Nazis in der Pogromnacht am 10. November 1938 zerstörten Synagoge anzuregen und zu gestalten.<sup>1</sup> An Stelle des früher vorgesehenen umfangreichen „Garten des Gedenkens“ wurde am 2. Mai 2000 auf dem Gelände der ehemaligen Synagoge schließlich eine würdige und viel beachtete Gedenkstätte eingeweiht. In dieser Tradition lag auch das damalige Forschungsvorhaben der Geschichtswerkstatt „Geschwister Scholl“: Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 12 der Geschwister-Scholl-Schule Bensheim bearbeiteten den historischen Hintergrund des Synagogenbrandes in Bensheim und legten besonderen Wert auf die Rekonstruktion von Daten, Vorgängen und Biographien.<sup>2</sup> Die Geschichtswerkstatt der Geschwister-Scholl-Schule hat sich vorgenommen

- *„im Sinne der Geschwister Scholl die jüngere Geschichte Deutschlands und Europas in wachsender Erinnerung zu halten und daraus Schlussfolgerungen für die Gegenwart zu ziehen,*
- *die demokratischen Wurzeln der deutschen Geschichte zu ergründen,*
- *Geschichte in der Region durch eigene Forschungsarbeit anschaulich und nachvollziehbar zu machen,*
- *zu selbständigem Forschen und forschendem Lernen beizutragen,*
- *durch Veröffentlichungen der Ergebnisse weite Bevölkerungskreise zu informieren und ihre Mitarbeit zu ersuchen.“*

Zahlreiche Forschungsarbeiten und Veröffentlichungen sind auf dieser Grundlage entstanden.<sup>3</sup>

---

Die Zitate sind generell in der ursprünglichen Schreibweise wiedergegeben.

<sup>1</sup> Der Verein führt damit laut § 2 der Satzung die Arbeit des früheren „Arbeitskreises Gewerkschafter gegen Faschismus“ fort

<sup>2</sup> Geschichtswerkstatt „Geschwister Scholl“: Geschichte der Bensheimer Juden im 20. Jahrhundert. Mit Erinnerungen und Betrachtungen von Hans Sternheim. Weinheim 2004

<sup>3</sup> Nähere Informationen unter: <http://lernen.bildung.hessen.de/geschichtswerkstatt/>.

- Der Untergang eines Bensheimer Wahrzeichens (Brauerei Guntrum). Beitrag zum Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten 1992/93. Eine überarbeitete Fassung wurde veröffentlicht in: Geschichtsblätter für den Kreis Bergstraße 27, 1994, S. 175-210
- Das Schicksal der Wolgadeutschen. Beitrag zum Schülerwettbewerb „Osteuropa“ 1993/94 der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung
- Gespaltene Lebensläufe. Die Überwindung der Mauern in unserem Land und in den Köpfen der Bürger. Beitrag zum Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten 1994/95
- Der Kreisauer Kreis – Das Vermächtnis von Alfred Delp. Lampertheim – München – Berlin (Plötzensee). Beitrag zum Wettbewerb „Osteuropa“ 1996/97 der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung und des Hessischen Landtages
- Die Hinrichtung des Jan Rogacki ohne Gerichtsurteil. Vgl.: Hinrichtung ohne Gerichtsurteil. Vor 55 Jahren wurde in Heppenheim ein polnischer Zwangsarbeiter erhängt. In: Südhessische Post vom 18./19. Mai 1997 (im Internet unter <http://lernen.bildung.hessen.de/geschichtswerkstatt/rogacki> zum Download)
- Displaced Persons in den Lagern Bensheim und Auerbach. Vgl.: „Displaced Persons“ in Bensheim und Auerbach 1945-1950. Eine Dokumentation des Leistungskurses Geschichte, Jahrgangsstufe 12, Geschwister-Scholl-Schule Bensheim 1997. Im Internet unter <http://lernen.bildung.hessen.de/geschichte/geschichtswerkstatt/displaced> zum Download.
- Der Deutsch-Polnische Freundschaftskreis Bensheim-Kłodzko (Glatz). Beitrag zum Wettbewerb „Osteuropa“ 1997/98 der hessischen Landeszentrale für politische Bildung und des Hessischen Landtages
- Brückenkopf zum Westen. Die Geschichte des Litauischen Gymnasiums Lampertheim-Hüttenfeld; Im Zangengriff zweier Diktaturen. Der leidvolle Weg Litauens von 1939-1999. Beiträge zum Wettbewerb „Osteuropa“ 1998/99 der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung und des Hessischen Landtages
- Projektgruppe Tonwerk der Geschwister-Scholl-Schule Bensheim: „Wer Vater und Mutter nicht ehrt, der muß ins Tonwerk!“ Ein Heppenheimer Unternehmen und seine Zwangsarbeiter. Wiesbaden 1999
- Ernst Schneider - ein Wegweiser? Beitrag zum Wettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten 1998/99. Eine überarbeitete und gekürzte Fassung wurde veröffentlicht in: Geschichtsblätter Kreis Bergstraße 34, 2001, S. 185-258. Im Internet unter <http://lernen.bildung.hessen.de/geschichtswerkstatt/schneider> zum Download.
- Aufbauschule und Rodensteinschule Bensheim – Demokratischer Neubeginn unserer Vorgängerschulen. Beitrag zum 30. Schülerwettbewerb zur politischen Bildung der Bundeszentrale für politische Bildung 1999/2000. Eine stark erweiterte Fassung wurde veröffentlicht unter: Wadewitz, Nadine/Weiß, Colin/Zajac, Evelyn: Zur Geschichte des Aufbaugymnasiums Bensheim. In: Mitteilungen des Museumsvereins Bensheim e.V. Verein für Regionalgeschichte und Denkmalpflege Nr. 47, 1. Halbjahr 2003, S. 8-32
- Flucht einer Abiturklasse von Storkow/Mark nach Bensheim. Beitrag zum Wettbewerb „Osteuropa“ 1999/2000 der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung und des Hessischen Landtags. Eine überarbeitete Fassung wurde veröffentlicht in: Geschichtsblätter für den Kreis Bergstraße 33, 2000
- Wider Willen in Bensheim. Das Schicksal der griechischen Zwangsarbeiter in der Bensheimer Rüstungsfirma Heymann. Beitrag zum Victor-Klemperer-Jugendwettbewerb 2001
- Kollage zu einem Besuch der KZ-Gedenkstätte Osthofen. Beitrag zum Fotowettbewerb der Deutschen Stiftung Denkmalschutz 2001/02

Zugleich betrachtet es die Geschichtswerkstatt der Geschwister-Scholl-Schule als Aufgabe, Heranwachsende zum historischen Forschen im regionalen Umfeld anzuregen. Auf Vorschlag der Leiter der Geschichtswerkstatt „Geschwister Scholl“, Franz Josef Schäfer und Peter Lotz, hat die Geschichtswerkstatt „Jakob Kindinger“ zwei ehemaligen Schülern der Geschwister-Scholl-Schule im Jahr 2000 ein Stipendium zur Aufarbeitung der Biographie Jakob Kindingers gewährt. Dies erlaubte ihnen eine erste Sichtung der vorhandenen Unterlagen. Allerdings zeigte es sich, dass diese komplexe Aufgabe nicht parallel zu den Studienanforderungen der Stipendiaten Ralph Kломann und Timo Reuter zu bewältigen war. So übernahmen die von Peter Lotz und Franz Josef Schäfer geleiteten Leistungskurse Geschichte des Jahrgangs 12 im zweiten Halbjahr des Schuljahres 2004/2005 diese Forschungsarbeit.

Im Zentrum der Analyse steht der kommunistische Widerstandskämpfer und Gewerkschafter Jakob Kindinger, der bereits im Jahre 1935 wegen „*Vorbereitung zum Hochverrat*“ zu einer dreijährigen Zuchthausstrafe verurteilt und im Anschluss daran in das KZ Buchenwald überstellt worden war, wo er unter Einsatz seines Lebens Mithäftlinge vor dem Tode bewahrte. Seine Person wird im lokalen Umfeld durchaus kontrovers wahrgenommen: Einerseits wurde in Bensheim eine Straße in der Nähe der Geschwister-Scholl-Schule nach ihm benannt und ein Gedenkstein errichtet, andererseits nahmen Bürger in Leserbriefen nach der Ankündigung der o.g. Forschungsarbeit Anstoß daran, dass nach einem Kommunisten und „*in der damaligen DDR von der SED*“ geschulten „*Antidemokraten*“ eine Straße benannt worden sei.<sup>4</sup>

Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, ein umfassendes, ungeschminktes Bild seines politischen Lebens zu geben. Dies wird dadurch erleichtert, dass nach der deutschen Einheit im Bundesarchiv Berlin Aktenbestände der ehemaligen DDR zugänglich geworden sind, die auch das biographische Umfeld Jakob Kindingers und seiner politischen Mitstreiter ergänzen. Die Person Jakob Kindingers soll auf diese Weise in das historische Umfeld (Weimarer Republik, NS-Zeit und das Spannungsfeld des Ost-West-Konflikts nach 1945) und das regionale Umfeld eingeordnet werden.

- 
- Zwei Schulen – eine Partnerschaft. Die Geschichte des Schüleraustauschs der Geschwister-Scholl-Schule Bensheim und des Christian-Doppler-Gymnasiums Prag. Beitrag zum Wettbewerb „Osteuropa“ 2001/02 der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung und des Hessischen Landtages
  - Vertreibung und Neubeginn: Arnau – Hostinné. Beitrag zum Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten 2002/03
  - Geschichte Posens. Beitrag zum Wettbewerb „Osteuropa“ 2002/03 der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung und des Hessischen Landtages
  - Geschichte der Städtepartnerschaft Bensheim - Mohács und Schulpnerschaft Geschwister-Scholl-Schule Bensheim-Parkschule Mohács; Vertreibung dreier Familien von Kroisbach am Neusiedler See nach Bensheim/Gronau. Beiträge zum Wettbewerb „Osteuropa“ 2003/04 der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung und des Hessischen Landtages
  - Der Bensheimer Kaplan Dr. Albert Münch und seine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Beitrag zum Victor-Klemperer-Jugendwettbewerb 2003/04
  - Hein Lübbers – ein Bensheimer Wohnungsloser. In: Mitteilungen des Museumsvereins Bensheim Nr. 53, 2. Halbjahr 2006
  - Georg-Ludwig Fürst zu Erbach-Schönberg und seine Rolle im Dritten Reich. Ausgeblendete Erinnerungen. In: Archiv für Hessische Geschichte und Altertumskunde“ (Band 2005) , herausgegeben vom Hessischen Staatsarchiv Darmstadt in Verbindung mit dem Historischen Verein für Hessen. Darmstadt 2005

<sup>4</sup> Zu dem Presseartikel, der das Projekt der Stipendiaten vorstellte: „*Zwei Jugendliche erforschen Geschichte der Region*“ In: Bergsträßer Anzeiger vom 1. November 2000 äußerten sich zahlreiche Bürger in Leserbriefen (BA vom 7., 8. und 10. November 2000), auf eine Stellungnahme (BA vom 4. November 2000), die daran Anstoß nahmen, dass nach einem Kommunisten und „*in der damaligen DDR von der SED*“ geschulten „*Antidemokraten*“ in Bensheim eine Straße benannt wurde. Bereits 1980 hatte die DKP Bensheim verschiedene Vorschläge zum Gedenken an die Opfer des Faschismus unterbreitet: „*Die DKP schlägt vor:*

- *Am Haus am Markt wird eine Gedenktafel für die Opfer des nationalsozialistischen Terrors in Bensheim angebracht.*
- *In der ehemaligen Synagoge in Auerbach wird eine ständige Ausstellung über nationalsozialistische Verbrechen in Bensheim und Umgebung eingerichtet.*
- *In Bensheim werden einige Straßen und Plätze sowie Schulen nach hiesigen Antifaschisten benannt.*
- *In der Stadtbibliothek wird das Angebot an antifaschistischer Literatur vergrößert. (Auch wir leisteten einen Beitrag: Anfang 1980 übergab die DKP Bensheim eine kleine Spende antifaschistischer Bücher).*

*Wann endlich wird der Magistrat der Forderung zahlreicher Gewerkschafter und der DKP nach einer solchen Gedenktafel nachkommen?“ Der vorgeschlagene Wortlaut lautete: „Im Gedenken an die Opfer des nationalsozialistischen Terrors in Bensheim von 1933 bis 1945.“ (Archiv der Stadt Bensheim III/9 2.3.: Kommunalpolitische Vorschläge der DKP Bensheim. 1980, S.17f.).*





5

Jakob Kindinger am 1. Mai 1945 in Buchenwald

### Vorgehensweise

Die Schülerinnen und Schüler der Leistungskurse Geschichte (nachfolgend „Projektgruppe Kindinger“) setzten sich in einer ersten Phase mit dem von den Projektleitern „Basisartikel“ genannten Lebenslauf Jakob Kindingers vom 9. Januar 1953 auseinander.

<sup>5</sup> Materialien der Geschichtswerkstatt „Jakob Kindinger“ e.V.

## Mein Lebenslauf

Berlin 9.1.53

Als 3. Sohn des Steinmetzen Joh. Kindinger II u. dessen Ehefrau Elise Kindinger geb. Hochgenug wurde ich in Reichenbach i./Odenwald am 5.7.05 geb. Nach Vollendung meines 6. Lebensjahres wurde ich in die Volksschule Reichenbach aufgenommen u. nach 8jährigem Schulbesuch an der dortigen Volksschule entlassen.

Aus der Volksschule entlassen, erlernte ich den Beruf meines Vaters, Steinmetz. In meinem 16. Lebensjahr erlebte ich den 1. Streik in meinem Beruf, was dennoch schon einen tiefen Eindruck auf mich machte u. mich sehr begeisterte. Nach Beendigung meiner Lehrzeit u. nach Erreichung meines 18. Lebensjahres trat ich im Jahre 1923 freiwillig in die Hessische Schutzpolizei ein, aus der ich zwei Jahre später freiwillig als Unterwachtmeister wieder ausschied. Die Ursache meines Ausscheidens war einmal mein erlernter Beruf u. die Sehnsucht nach den Steinbrüchen in den heimatlichen Bergen u. Wäldern sowie der Wandertrieb, der in diesen Jahren in mir steckte. Schon kurz nach meiner Rückkehr, ungefähr ein 1/2 Jahr später, kehrte ich meiner Heimat den Rücken und ging in die Fremde, um etwas zu sehen u. mich beruflich weiter auszubilden.

Ich arbeitete in den darauf folgenden Jahren bis zum Jahre Oktober 1929 abwechselnd in verschiedenen Steinbrüchen u. Werkstätten im Schwarzwald, in Kreuzlingen in der Schweiz, zwischendurch wieder in der Heimat. Meine letzte Arbeitsstelle in der Fremde war in Oberfranken. Dort selbst traf ich mit gut geschulten gewerkschaftlichen u. marxistischen Kollegen zusammen. Ich trat sofort in die Gewerkschaft ein und nahm Anteil an der betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeit. Ferner befasste ich mich zum erstenmal ernstlich mit dem Wissenschaftlichen Sozialismus, der einen tiefen Eindruck auf mich machte. Wenn ich bis zu diesem Zeitpunkt auf Grund meiner Herkunft der Arbeiterbewegung nur gefühls- und klassenmäßig angehörte, so trat von da an das Klassenbewußtsein an dessen Stelle, und es wurde mir von Jahr zu Jahr klarer, daß es für die breiten Volksmassen keinen anderen Weg gibt, um aus dem sozialen Elend herauszukommen als den Weg zum Sozialismus. Wenn ich bis zum Jahre 1929 Wähler der SPD war, so änderte sich meine Gesinnung durch die furchtbaren Ereignisse vom 1. Mai 1929 in Berlin. Ich arbeitete damals, wie bereits berichtet, in Oberfranken (Bayern). Dort selbst brachten die Ereignisse in Berlin eine gewaltige Erregung unter die Kollegen, u. viele junge und alte Kollegen unter anderem auch kehrten der SPD den Rücken.

Nach meiner Rückkehr in meine Heimat lernte ich meine jetzige Ehefrau Maria kennen, mit der ich am 19.4.1930 unsere Ehe einging. Am 24. August 1930 wurde unsere einzige Tochter Else geboren. Mit dem Anwachsen der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe in den Jahren 1930 bis 1933 trat ich im Jahre 1932 in die KPD-Ortsgruppe Bensheim ein.

Durch meinen sofortigen aktiven Einsatz in diesen Kämpfen, die von der Partei damals geführt wurden, zog ich mir sehr schnell den ganzen Hass der dortigen Faschisten zu. Durch Verleumdung und falsche Anschuldigung sollte ich schon damals unschädlich gemacht werden. An dem Tage meiner ersten Verhaftung hatten wir eine Kundgebung. Diese Kundgebung wurde von dem von uns damals aufgestellten Massenselbstschutz geschützt. Die Faschisten ihrerseits zogen auch ihre Verbände zusammen. Es kam anschließend zu schweren Schlägereien und zu Schießereien, in deren Verlauf mehrere Arbeiter verletzt wurden und ein Unbeteiligter den Tod fand, der von einem dieser SS-Horden erschossen wurde. Einer dieser Banditen wurde von der Polizei mit einer 08 Pi. in der Hand verhaftet. Er gab bei der Polizei an, mich ebenfalls gesehen zu haben, wie ich aus 10 m Entfernung hinter einem Baum stehend 8 Schuß auf ihn abgegeben hätte. Da ich aber mein Alibi nachweisen konnte, daß ich während dieser Schießerei bei unserer Kundgebung war, wurde ich gegen Morgen des nächsten Tages wieder auf freien Fuß gesetzt. Sofort nach der Wahl vom 6. März 1933 wurde ich mit mehreren Genossen unserer Ortsgruppe wieder verhaftet, jedoch alle wieder nach einigen Tagen Haft auf freien Fuß gesetzt. Nach unserer Entlassung setzten wir, nachdem wir mit der Partei wieder Verbindung aufgenommen, die Parteiarbeit in Bensheim u. Umgebung fort.

Im August 1933 wurden wir, der Genosse Menges aus Bensheim und ich, bei Eintreff mit einem Genossen aus einem Nachbarort von Faschisten erkannt und an die Polizei verraten. Da man uns nichts nachweisen konnte, wurden wir beide ins KZ Osthofen verbracht, nach 14 Tagen wurden wir beide von dort wieder entlassen.

Am 30. Mai 1935 wurden wir abermals verhaftet und in das Gestapo-Gefängnis nach Darmstadt überführt. Nach einigen Monaten Untersuchungshaft wurden wir am 11. Oktober 1935 vom Strafsenat Darmstadt wegen Vorbereitung zum Hochverrat, der G. Menges zu 2 und ich zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Wie wir dann später erfuhren, war nahezu die ganze Organisation von Frankfurt bis zu uns nach Bensheim durch Verrat aufgefliegen. In der Bezirksleitung Ffm. soll ein Spitzel gesessen haben. Nach meiner Strafverbüßung wurde ich aus dem Aschendorfer Moor entlassen u. am Tor des Lagers sofort in Schutzhaft genommen und am 2. Juli 1938 in das KZ Buchenwald überführt, in dem ich bis zum Zusammenbruch 1945 verblieb.

Im Lager selbst habe ich seit Oktober 1938 bis zum Schluß in der Widerstandsbewegung mitgearbeitet. Nach meiner Rückkehr am 16. Mai 1945 nach Bensheim habe ich sofort am Parteileben teilgenommen. Am 23. Mai 1945 trat ich auf Vorschlag der Genossen den Dienst als Straßenmeister bei der Stadt Bensheim an. Bei den 1. Betriebsratswahlen nach 1945 wurde ich von den Kollegen zum 1. Vors. des Betriebsrates gewählt. Diese Funktion hatte ich bis zum 1. Mai 1952, anschließend wurde ich von der Partei als 1. Sek. der L.K.K. Hessen berufen.

Während meiner Tätigkeit als Betriebsrat war ich gezwungen, die Stadtverw. 8 mal im Interesse der Belegschaft beim Arbeitsgericht Darmstadt in Ffm zu verklagen. Alle Klagen wurden zu Gunsten der Kollegen entschieden. Auch konnte der Betriebsrat eine Betriebsvereinbarung abschließen, die eine erhebliche Verbesserung des Zulagenwesens für die Kollegen brachte. Eine Lohnerhöhung von 5 M. pro Stunde konnten wir ebenfalls für die Kollegen nach 1/2 jährigem Kampf mit der Stadtverw. abschließen.

Bei der Wahl des Ortsausschusses des DGB wurde ich im Jahre 1946 als II. Vors. in den Ortsausschuß Bensheim gewählt. Diese Funktion übte ich bis vor 5 Monaten aus. Auch dem Beirat des Bezirksvorstandes der ÖTV gehörte ich bis Mitte 1952 an. Im Februar 1952 nahm ich als Delegierter an dem Verbandstag der Gewerkschaft ÖTV in Hamburg teil. Über mein Verhalten auf dem Verbandstag konnte Genosse Stüpa Paul berichten.

Am 19.1.52 wurde ich als II. Vors. in den Vorstand der G. ÖTV der Fachgruppe Kommunalverw. des Landkreises Bergstraße gewählt. Diese Funktion habe ich heute noch.

In der Partei begleite ich seit 1946 die Funktion des 1. Sek. in der Ortsgruppe Bensheim. Ebenso gehörte ich von 1946 bis zu meiner Abberufung in die L.K.K. Hessen im Mai 1952 der Kreisleitung u. dem Kreissekretariat an. Vom 25.4.1948 bis zu den Gemeinde- und Kreistagswahlen 1952 war ich Mitglied unserer Fraktion des Stadtrates Bensheim. Bei den Kreistagswahlen 1952 wurde ich mit 2 Genossen in den Kreistag gewählt. Am 28. Februar 1951 wurde ich auf der Landesdelegiertenkonferenz der Partei in Bergen-Enkheim in den Landesvorstand Hessen gewählt, dem ich heute noch angehöre.

Im November 1950 wurde ich auf Grund des Adenauer-Erlasses von meinem Dienst in der Stadtverw. Bensheim fristlos entlassen. Durch Klageerhebung beim Arbeitsgericht Darmstadt musste mich die Stadtverw. Bensheim im Februar 1951 wieder anstellen. Der VVN gehöre ich ebenfalls seit der Gründung an.

Bis zur Abberufung in die LLK Hessen übte ich zwei Jahre die Funktion des 1. Sek. der VVN Landkreis Bergstraße aus. Im Jahre 1951 bin ich der G. zur Verteidigung demokratischer Rechte im Lande Hessen beigetreten u. gehöre dem erweiterten Vorstand an.

In die Deutsch-Sowjetische Freundschaft bin ich 1951 eingetreten. An sämtlichen von der Partei angesetzten Volksbefragungen habe ich teilgenommen im Lande Hessen.

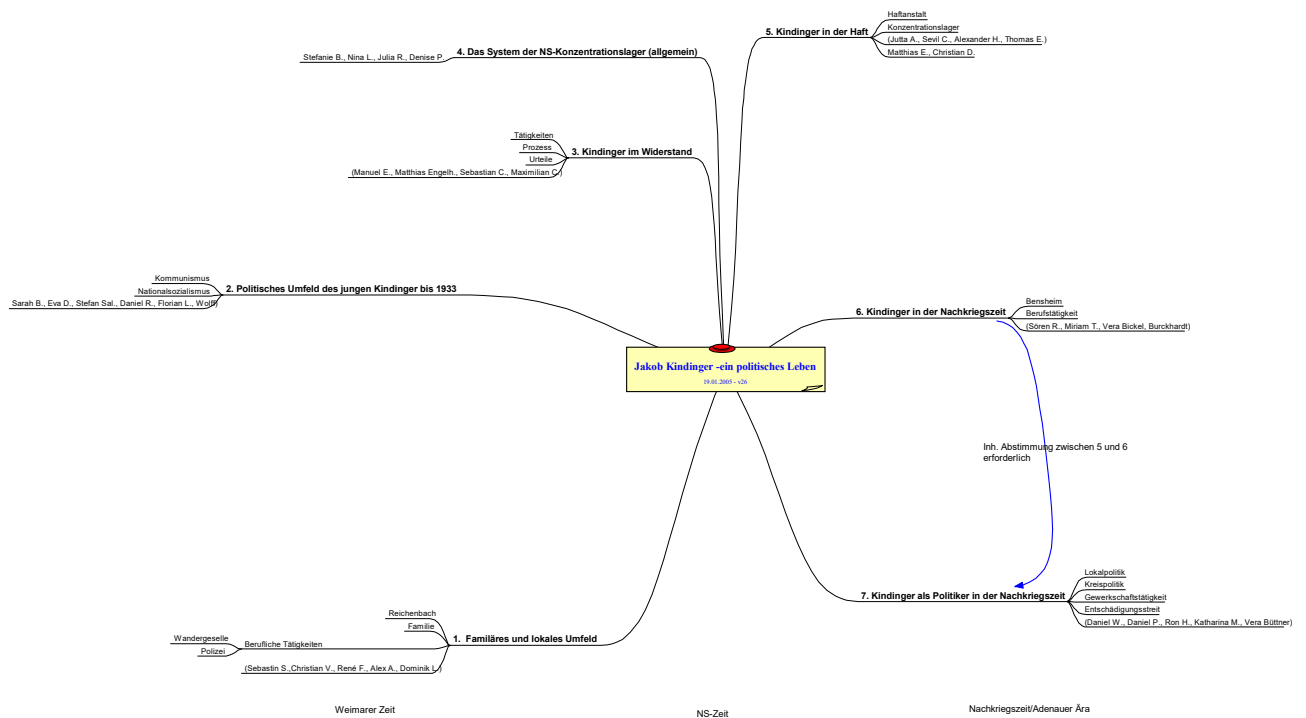
Obwohl ich, wie ich bereits anführte, die Funktion des 1. Sek. der LKK Hessen ausübe, arbeite ich nach wie vor aktiv am Parteileben in Grundeinheit mit.

Jakob Kindinger<sup>6</sup>

Die Lerngruppen formulierten Fragen und Arbeitsschwerpunkte, die in der nachfolgenden Mindmap veranschaulicht werden:

---

<sup>6</sup> Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin By/1 662.



Ablaufstruktur: Abgabe der Erstfassung durch Redaktionsgruppen bis zu den Osterferien. Rückgabe mit Korrekturen und Bewertung durch Lehrer Mitte April. Abgabe der Zweitfassung bis Ende Mai. Korrektur und Bewertung bis Ende Juni. Endredaktion in der Projektwoche 13.-20. Juli für alle Kurse!

Die Schülerinnen und Schüler bearbeiteten ihre thematischen Schwerpunkte ab Februar 2005 und stellten im Juli 2005 nach drei abschließenden Redaktionstagen eine erste Rohfassung vor. Arbeitsgrundlage waren

- Bestände der Geschichtswerkstatt „Jakob Kindinger“,
- Archivunterlagen (u.a. Bensheim, Kreis Bergstraße, Staatsarchive, Gedenkstättenarchive, Bundesarchiv), die in Aktenordnern gesammelt mit einer entsprechenden Verzeichnisstruktur den Arbeitsgruppen zur Verfügung standen.
- Mündliche Auskünfte von Zeitzeugen (Interviews), Rückmeldungen aus der Bevölkerung, die durch einen Zeitungsartikel zur Mitarbeit aufgerufen worden war:

### „Wer kannte Jakob Kindinger?“

### -Forscher der Scholl-Schule bitten die Bevölkerung um Unterstützung-

**Bensheim.** In den Leistungskursen Geschichte an der Geschwister-Scholl-Schule ist es bereits zur Tradition geworden, in einem Kurshalbjahr selbstständig bislang unerforschte Felder der Zeitgeschichte aus Bensheim und Umgebung aufzuarbeiten. Die Resultate werden auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. So erschien beispielsweise zuletzt ein Buch, das sich mit der „Geschichte der Bensheimer Juden im 20. Jahrhundert“ befasste.

Nun haben die Leistungskurse Geschichte unter der Leitung von Peter Lotz und Franz Josef Schäfer ein neues Forschungsprojekt gestartet: Es geht um den 1905 in Reichenbach geborenen Jakob Kindinger, vor allem sein persönliches und politisches Umfeld in der Weimarer Zeit und seinen Widerstand gegen das NS-Regime, seine Haftzeiten (u.a. im KZ Buchenwald), sowie seine Rolle als Bensheimer KPD Politiker und Gewerkschafter in der Nachkriegszeit. Nach dem 1986 verstorbenen Jakob Kindinger, der nach Bensheim geheiratet hatte, wurde im Bensheimer Neubaugebiet Kappesgärten eine Straße hinter dem Altersheim der Arbeiterwohlfahrt benannt.

Vor wenigen Jahren erschien bereits der von Kindinger 1953 verfasste Lebenslauf in einer Veröffentlichung des Bensheimer Museumsvereins. Jedoch handelt es sich hierbei lediglich um ein

wenige Seiten umfassendes Fragment. Mittlerweile stehen den Schollschülern zahlreiche Akten aus verschiedenen Archiven zur Verfügung.

Die Jungforscher sind sich freilich bewusst, dass allein auf der Grundlage von Aktenstudien kein ganzheitliches Bild entstehen kann. Dieses Bild soll die politischen Tätigkeiten ebenso einschließen wie die berufliche Entwicklung, das private Umfeld ebenso wie das öffentliche Auftreten. Deshalb wenden sich die Schüler mit der Bitte um Unterstützung an die Bevölkerung Bensheims und der umgebenden Ortschaften.

Wer kann Auskünfte geben, besitzt vielleicht sogar Dokumente, Fotos und sonstige Unterlagen über

- das familiäre Umfeld Jakob Kindingers und seine Zeit in Reichenbach,
- die beruflichen Tätigkeiten Kindingers als Schutzpolizist, Steinmetz und Straßenmeister?
- Jakob Kindinger als Widerstandskämpfer,
- Kindinger als KPD-Mitglied, Gewerkschafter und Kommunalpolitiker in der Nachkriegszeit,
- seine letzten Jahrzehnte bis zum Tod 1986.

[...]“<sup>7</sup>

Im Zeitraum zwischen August und Dezember 2005 erstellten die Leiter der Geschichtswerkstatt „Geschwister Scholl“ auf der Basis der Schülerbeiträge eine vorläufige Endfassung, die Sachkundigen zur kritischen Durchsicht, Korrektur und Ergänzung übergeben wurde.

Wir bedanken uns für diese wertvollen Rückmeldungen ebenso wie bei den Mitgliedern der Geschichtswerkstatt „Jakob Kindinger“, die wichtige Materialien zu Jakob Kindinger zur Verfügung gestellt hatten, Theresia Hillenbrand für das Korrekturlesen, sowie bei den Zeitzeugen und der Bensheimer SPD-Fraktion sowie der Stadt Bensheim für die Unterstützung.

## 1. Familiäres, berufliches und lokales Umfeld des jungen Jakob Kindinger

### 1.1. Kindingers Weg zum Steinmetz

Am 5. März 1905 erblickte Jakob Kindinger als dritter Sohn des Steinmetzen und Sozialdemokraten Johannes Kindinger II.<sup>8</sup> und dessen Ehefrau Elise Kindinger, geborene Hochgenug, in Reichenbach/Odw. das Licht der Welt. Dort wuchs er mit seinen drei Brüdern Johannes, Heinrich und Georg auf. Bruder Heinrich war KPD-Mitglied, Georg parteilos und Johannes gehörte der Arbeiterpartei an. Nach Vollendung seines sechsten Lebensjahres wurde Jakob Kindinger in die Volksschule Reichenbach aufgenommen und verbrachte hier acht Jahre seines Lebens. Nachdem er aus dieser entlassen wurde, ergriff ihn der Wunsch den Beruf seines Vaters zu erlernen, nämlich das in der Region oft ausgeübte Steinmetzhandwerk. *„Aber auch schon in den letzten Jahren der Schulzeit legte die Familie Wert darauf, daß der stark geratene Jakob in der Steinmetz-Werkstätte mit Hand anlegte.“*<sup>9</sup> Aus einem Antrag Jakob Kindingers vom 15. Januar 1958 geht hervor, dass seine Invalidenversicherung mit dem 5. Juli 1921 begann.<sup>10</sup> Da sein Vater der SPD angehörte, veranlasste er ihn mit 16 Jahren in den Arbeiter-Gesang- und Sportverein Reichenbach einzutreten.<sup>11</sup> *„Die Lebenshaltung war damals - nach dem Ersten Weltkrieg - allgemein eine karge, und das Vorhandensein sozialer und gewerkschaftlicher Probleme blieb dem Bewußtsein des jungen Jakob nicht verborgen. Die Tradition des*

<sup>7</sup> Bergsträßer Anzeiger vom 27. Juni 2005.

<sup>8</sup> Jakob Kindingers Vater beging im Jahre 1934 aus wirtschaftlichen Gründen Suizid.

<sup>9</sup> Mandel, Willy, Viernheim: Porträt Jakob Kindinger (unveröffentlichtes Manuskript: Durch manche Täler ging sein Schritt. Jakob Kindinger wird 75. Mai/Juni 1980).

<sup>10</sup> Ebd.

<sup>11</sup> Solche kulturellen Einrichtungen waren durchaus typisch für die Arbeiterbewegung. So gab es z.B. in Bensheim eine kommunistische Schalmeiengruppe, die von dem Kommunisten Franz Kronenberger geleitet wurde. Georg Mautry, geb. 1919, konnte sich erinnern, dass ihr meistgespieltes Lied die „Internationale“ war. Mautry, Georg: Schalmeienklänge in der „Port“. In: Bensheimer Geschichten. Senioren erzählen. Herausgegeben von Erika Ertl. Bensheim 1994, S. 97-103.

gewerkschaftlichen Kampfes in diesem 'steinreichen' Lautertal des vorderen Odenwaldes mit den vielen Granit-Steinbrüchen, der körperlich überaus schweren Steinmetzarbeit, den ehrlichen Vertrauen weckenden harten Steinmetzhänden, aber auch der herben landschaftlichen Schönheit dieses Tales geht bis zum Jahr 1903 zurück.“<sup>12</sup> Am 1. Januar 1903 wurde der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands gegründet. Zwei Jahre später wurden in Reichenbach über 300 Mitglieder geworben, die sich im Februar in einer örtlichen Zahlstelle zusammengeschlossen hatten. In den Jahren 1905/1906 wurden bei Kreuzer und Böhringer gestreikt, 1911 bei DESTAG (Deutsche Steinindustrie AG Reichenbach).<sup>13</sup> Im Jahre 1922 beendete Kindinger im elterlichen Betrieb in Reichenbach seine Lehrzeit als Steinmetz. Ein Jahr später war die Inflation auf einem Stand angekommen, dass der Lohn eines Arbeiters oder das Gehalt eines Angestellten kaum für die erforderlichen Nahrungsmittel ausreichte. Schon in seinem sechzehnten Lebensjahr, also im Jahre 1921, machte er die Erfahrung eines Streiks in seinem Beruf. Mit der Beendigung seiner Lehrzeit und dem Erreichen seines 18. Lebensjahres trat Jakob Kindinger im Jahre 1923 aus freien Stücken in die Hessische Schutzpolizei ein, die zuverlässige Demokraten suchte. Es war das Jahr des Hitler-Putsches in München. Zwei Jahre später erfüllte ihn die Sehnsucht nach den Steinbrüchen in den heimatlichen Bergen und Wäldern. Kurz nach seiner Rückkehr, etwa ein halbes Jahr später, kehrte er seiner Heimat den Rücken und ging auf Wanderschaft. Er wollte etwas sehen und erleben. Dabei wollte er sich auch beruflich weiterbilden. „Die Ursache meines Ausscheidens war einmal mein erlernter Beruf u. die Sehnsucht nach den Steinbrüchen in den heimatlichen Bergen u. Wäldern sowie der Wandertrieb, der in diesen Jahren in mir steckte. Schon kurz nach meiner Rückkehr, ungefähr ein 1/2 Jahr später, kehrte ich meiner Heimat den Rücken und ging in die Fremde, um etwas zu sehen u. mich beruflich weiter auszubilden.“<sup>14</sup> Während seiner Reise, die bis Oktober 1929 andauerte, arbeitete Jakob Kindinger in verschiedenen Steinbrüchen und Werkstätten. Diese lagen im Schwarzwald, in Kreuzlingen in der Schweiz, im Fichtelgebirge und dann auch wieder in seiner Heimat. Die letzte Arbeit in der Fremde tat er im bayrischen Oberfranken. Es war im Fichtelgebirge, wo sich 1929 der vierundzwanzigjährige Jakob mit gut geschulten, gewerkschaftlichen und marxistischen Kollegen das ein und andere mal traf. Was folgte war der sofortige Eintritt in die Gewerkschaft, in der er an den betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeiten teil hatte. Nun setzte er sich zum ersten Mal in seinem Leben mit der Idee des wissenschaftlichen Kommunismus auseinander und wurde tiefgreifend von dessen Lehre in den Bann gezogen. Er sah nur in der Idee des Sozialismus einen Ausweg aus dem sozialen Dilemma des Volkes.<sup>15</sup> Aus einem Lebenslauf Kindingers vom 22. Januar 1946: „Dortselbst traf ich mit marxistisch gut geschulten Arbeitern zusammen und nahm zum ersten Mal an politischen Besprechungen teil Ferner befasste ich mich zum erstenmal in meinem Leben ernstlich mit marxistischer Literatur, die bei mir auf fruchtbaren Boden fiel. Als gefühlsmäßiger Anhänger der Arbeiterpartei sowie klassenmäßig bedingt habe ich mit 20 Jahren meine Heimat verlassen und bin als geschulter Marxist zurückgekehrt.“<sup>16</sup> In einem Fragebogen beantwortet Jakob Kindinger die Fragen nach Auslandsaufenthalten, nach der Eigenschaft, der beigetretenen Organisation und dem Arbeitsort wie folgt: „Im Jahre 1928/29 in der Schweiz als Steinmetz gearbeitet, Bau- und Holzarbeiterverband, in Kreuzlingen gearbeitet.“<sup>17</sup> Als letzten Arbeitsplatz bis zu seiner Entlassung 1933 nennt er die in Bensheim ansässige Firma Bernschneider, bei der er als Steinmetz arbeitete. Bei dieser Firma war Jakob Kindinger beschäftigt vom 31. März bis 24. Oktober 1932, am 22., 23., 25. September 1934 und vom 25. April bis 21. Mai 1935. Bei den Granit-

<sup>12</sup> Ebd.

<sup>13</sup> Vgl. Eichhorn, Heinz: Die Entstehung der Gewerkschaftsbewegung im Lautertal und die große Steinarbeitsperrung von 1905/06. In: Geschichtsblätter Kreis Bergstraße 34, 2002, S. 159-174; Eichhorn, Heinz: Steinharter Kampf um angemessenen Lohn. Steinarbeiterlöhne und -lohnkämpfe im Lautertal vor 100 Jahren. In: Geschichtsblätter Kreis Bergstraße 38, 2005, S. 138-166.

<sup>14</sup> Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin By/1 662: Lebenslauf Jakob Kindinger, 1953.

<sup>15</sup> Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, By/1662: Lebenslauf Jakob Kindingers vom 9. Januar 1953.

<sup>16</sup> HStA Wiesbaden Abt. 518 Nr. 3871: Entschädigungsakte Jakob Kindinger.

<sup>17</sup> Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv By/1, 662.

und Syenitwerken Karl Kreuzer war er vom 16. August 1933 bis 2. September 1933 beschäftigt. In der Zeit vom 25. Februar 1934 bis 3. März 1934 war er Notstandsarbeiter bei der Stadt Bensheim.

Allerdings war auch Jakob Kindinger in diesem Zeitraum von Arbeitslosigkeit betroffen. So bezog er Arbeitslosenunterstützung in folgenden Zeiträumen: 21. November 1933 bis 22. Januar 1934, 1. Februar 1934 bis 19. Februar 1934, 7. Mai 1934 bis 17. Mai 1934, 18. September 1934 bis 19. Dezember 1934, 21. Mai 1935 bis 1. Juni 1935.<sup>18</sup>

Er war bis zum Jahre 1929 Wähler der SPD. Seit dem „*Berliner Blutmai*“ am 1. Mai 1929, als dessen Folge Preußen den Roten Frontkämpferbund, die Rote Jungfront und die Rote Marine verboten hatte, sympathisierte Kindinger mit der KPD.<sup>19</sup> Grund dafür, waren die schrecklichen Ereignisse in Berlin. Von diesen Ereignissen enttäuscht, kehrten viele seiner Kollegen sowie auch Jakob Kindinger der SPD den Rücken. Wieder in der Heimat, lernte er die zwei Jahre jüngere Maria Elisabeth Kollerer kennen, die Tochter des Schneidermeisters Joseph Kollerer und der Sophie Mohr, verw. Zeig. kennen. Die Hochzeit fand am 19. April 1930 in Bensheim statt. Seit 3. Juni 1930 war Jakob Kindinger in Bensheim angemeldet. Am 24. August 1930 kam in Bensheim Elisabeth, das einzige Kind der Familie, zur Welt.<sup>20</sup>

## 1.2. Kindingers Heimatort Reichenbach

### 1.2.1 Historisches Umfeld

Kindinger wuchs unter den Eindrücken der Weimarer Republik auf. Diese wurde von wirtschaftlichen Problemen, Inflation, aber auch der Sehnsucht nach einem gerechten, demokratischen Deutschland geprägt.

Ähnlich der politischen Entwicklung der Weimarer Republik verlief die Entwicklung in Reichenbach. Schon bei den ersten Gemeinderatswahlen nach dem Ende des Ersten Weltkrieges errang die SPD einen klaren Sieg. Bürgermeister Philipp Mink (parteilos) sowie der erste Beigeordnete Roth (USPD) wurden direkt gewählt. Trotz seiner Parteilosigkeit unterstützte Bürgermeister Philipp Mink die Arbeiterbewegung, konnte aber auch dadurch nicht die verbreiteten Probleme in Reichenbach bewältigen. Viele waren nicht mit der Arbeit der Verteilungs- und Rationierungskommission zufrieden. Die Reichenbacher Bürger konnten nicht erkennen, dass die Probleme im Dorf aus der maßlosen Kriegswirtschaft des Kaisers sowie der politischen Rechten resultierten. So kam es, dass in Reichenbach die Konservativen wieder mehr Zuspruch gewannen. Die Sozialdemokraten sprachen sich für öffentliche Arbeitsbeschaffungsprogramme aus, was aber oftmals am Widerstand der Bürgerlichen scheiterte. Die unterschiedlichen Ansichten wurden durch die Flaggenwahl der verschiedenen politischen Seiten deutlich. Während die Arbeiterbewegung die schwarz-rot-goldene Flagge hisste, bevorzugte die bürgerliche Seite schwarz-weiß-rot, die Farben des Kaiserreiches.

Auch das Lautertal wurde von der Nazi-Bewegung nicht verschont. Bereits im Jahre 1926 marschierten nationalsozialistische Schlägertruppen ein, um die Fahnenweihe des Arbeiter-Gesangvereins zu sabotieren. Es kam zu starken Auseinandersetzungen, die in Schießereien und einem Großeinsatz der Polizei endeten. Die Ereignisse riefen Diskussionen in der Öffentlichkeit hervor. So forderten Gewerkschaftsverbände das Verbot von rechtsradikalen Organisationen. Diese öffentlichen Diskussionen veranlassten Innenminister von Brentano (Zentrum) nach Gadenheim zu reisen, um sich einen Überblick über die Situation zu verschaffen. Allerdings folgten keine ernsthaften Konsequenzen für die rechtsradikalen Verbände. Daraufhin wurde am 28. Juli die Organisation „*Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold*“ gegründet. Vorsitzender wurde Johannes Kindinger III., der ältere Bruder von Jakob Kindinger. Dieser rief alle Republikaner auf, sich gegen das „*rechte Verbrechen*“ zu wehren und den so genannten vaterländischen Verbänden ein Ende zu bereiten. Das Lautertaler Reichsbanner konnte allerdings den Naziterror nur befristet verhindern. Am 14. Dezember 1929 wurde im Gasthaus „*Zur Traube*“ der „*Stützpunkt Reichenbach*“ der NSDAP gegründet, „*laut Protokoll zumindest zeitweise in*

---

<sup>18</sup> HStA Wiesbaden Abt. 518 Nr. 3871.

<sup>19</sup> Rippel – Mauß, Irmtraut: Chronik des 20. Jahrhunderts von 1900 – 1980. 1980.

<sup>20</sup> Elisabeth Kindinger heiratete am 25. August 1951 Kurt Hunger. Die Ehe blieb kinderlos. Sie starb am 11. Mai 1993 in Bensheim.



*Anwesenheit eines Polizeibeamten“.<sup>21</sup> Zu Zusammenstößen und Schlägereien vor dem Gasthaus „Zum Felsberg“ kam es am 17. Mai 1931. Der „Nazisturm des Modautals“ fiel „schon morgens mit Pfeifen und Trommelklang in unser friedliches Modautal ein“. „Als dann die „Wölfe im Schafspelz, Frömmigkeit heuchelnd, geschlossen unter Mitnahme ihrer blutbefleckten Hakenkreuzfahne, selbstverständlich mit Schlag- und Mordwerkzeugen ausgerüstet, an dem Morgengottesdienst in der Kirche teilnahmen“ eskalierte die Lage.<sup>22</sup> 1932 kam es erneut zu Ausschreitungen mit den rechtsgerichteten „Stahlhelmschützen“. Die Bereitschaft der Bevölkerung sowie der Arbeiterbewegung die Weimarer Republik und ihre Einrichtungen zu verteidigen, sank zunehmend. Faktoren hierfür waren die Wirtschaftskrise, die Unfähigkeit der Politiker und vor allem der öffentliche nationalsozialistische Terror in den Straßen, wie auch am Arbeitsplatz. Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler 1933 und der nachfolgenden Machtergreifung der Nationalsozialisten brach der letzte offene Widerstand in Reichenbach zunehmend auseinander. Am 22. Juni 1933 wurde die SPD verboten. Antifaschisten wie der Bruder von Jakob Kindinger, Johannes Kindinger, wurden am 11. Oktober 1933 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt.<sup>23</sup>*

### 1.2.2 Demografische und soziale Aspekte zu Reichenbach

Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts stieg die Einwohnerzahl, infolge der Industrialisierung und des Aufschwungs der Steinindustrie in der Region, in Reichenbach von 1100 bis auf knapp 1600 Einwohner und die Häuserzahl verdoppelte sich fast von 114 auf 215 Häuser. Bis zum Jahre 1910 stieg die Einwohnerzahl auf 1843 Einwohner und änderte sich dann bis zum Zweiten Weltkrieg kaum noch. Nach dem Zweiten Weltkrieg stieg die Einwohnerzahl trotz der Kriegsverluste an, da etwa 700 Flüchtlinge, deren Häuser zerbombt wurden, in Reichenbach Zuflucht fanden. Deshalb überstieg die Einwohnerzahl von 1946 die von 1936 um 600 Einwohner. Zwischen 1910 und 1925 standen 286 Wohnhäuser in Reichenbach, in denen 410 Familien lebten. Ab 1946 stieg die Anzahl der Wohnhäuser im Vergleich zu den Einwohnerzahlen um einiges deutlicher an, was auf die wachsende Lebensqualität nach Kriegsende hinweist. Die überwiegende Mehrheit der Reichenbacher im 20. Jahrhundert gehörte der christlichen Religion an. Zwischen dem Jahre 1910 und 1933 lebten etwa 40 Juden in Reichenbach, deren Zahl sich in der NS-Zeit aber drastisch verringerte. 1939 lebten nur noch 10 Juden in Reichenbach, nach Kriegsende lebten keine Juden mehr in Reichenbach.<sup>24</sup>

### 1.2.3 Die Steinindustrie

Bis 1800 war die Landwirtschaft der vorherrschende Erwerbszweig in Reichenbach. Die Wald- und Bergweiden des Felsberges boten genügend Nahrung, so dass die Bauern ihre Nutztiere dort weiden ließen. Da der Felsbergwald bis 1815 ein Markwald war, bot er Anlass für Weiderechtsstreitigkeiten zwischen der Reichenbacher und Bensheimer Gemeinde.<sup>25</sup>

Die ersten, die den „blauen Stein“ in Reichenbach entdeckten, waren die Römer. Als die Römer von den Germanen vertrieben wurden, geriet die Steinbearbeitung erst einmal in Vergessenheit und wurde erst 1879 von fünf böhmischen Steinmetzen wieder entdeckt. 1883 ließen sich in Gadernheim die beiden Bayern Kreuzer und Böhringer nieder.

*„Die Geschichte der Odenwald-Industrie ist wesentlich die der Firma Kreuzer & Böhringer in Lindenfels. Die heutigen Besitzer, von Jugend auf mit der Steinbearbeitung bei Ackermann in Weißenstadt vertraut, wanderten 1880 von dem Fichtelgebirge aus, kamen zu Nütten nach Düsseldorf und gingen von da in den ersten Tagen des Jahres 1883 in den Odenwald, wo sie mit sehr bescheidenen Mitteln bei*

---

<sup>21</sup> Eichhorn, Heinz: Als die Hitlerbuben marschierten. In: Bergsträßer Anzeiger vom 17. 8.2004.

<sup>22</sup> „Der Hessische Volksfreund“, zit. n. Eichhorn, Heinz: Als die Hitlerbuben marschierten. In: Bergsträßer Anzeiger vom 17. August 2004.

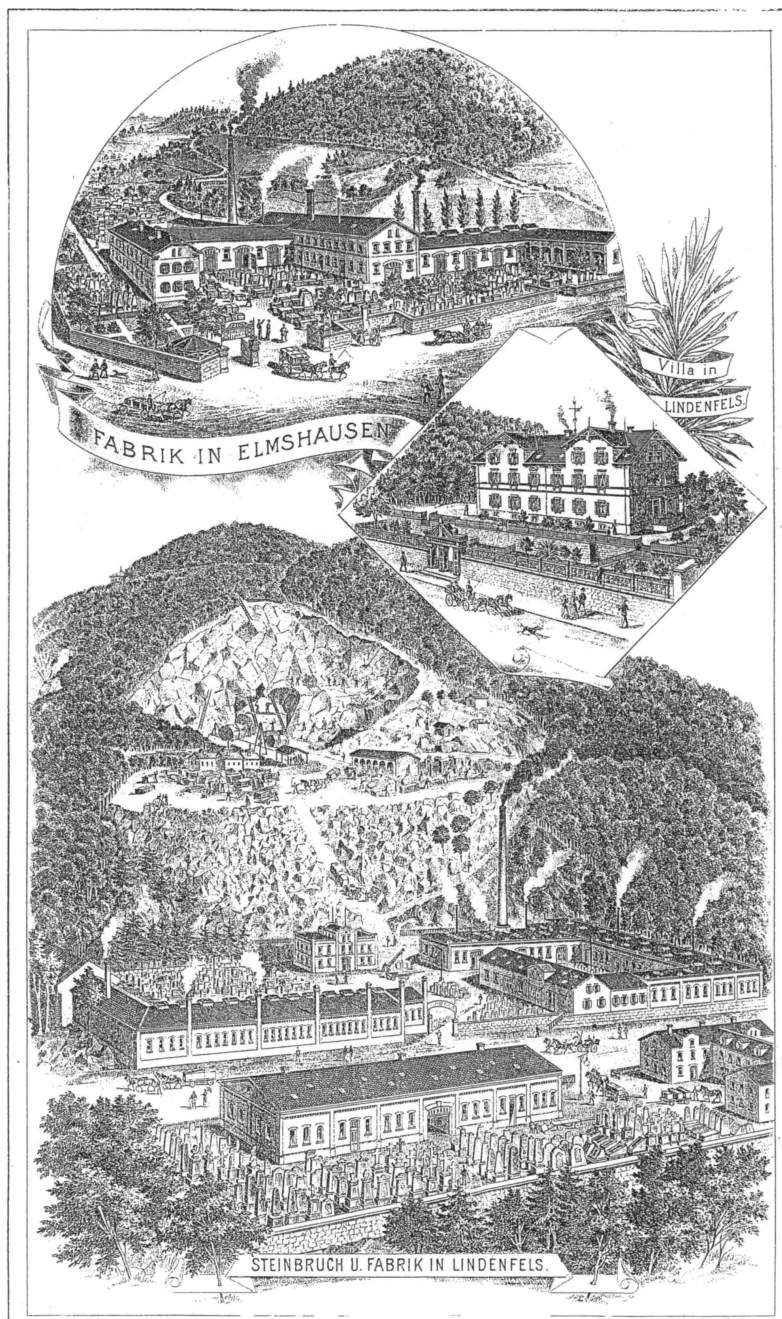
<sup>23</sup> Angaben nach: Eichhorn, Heinz: Die Roure vom Eck. Lautertal i. Odw. 1994.

<sup>24</sup> Matthes, Richard: Reichenbacher Heimatbuch, Band 2. 2. Auflage 1987, Herausgegeben von der Sparkasse Bensheim, S. 260.

<sup>25</sup> Ebd., S. 186f.



Gadernheim die Bearbeitung des Syenits begannen. Nach mancherlei Sorgen und Schwierigkeiten fanden dieselben den prächtigen, schwarzen, poliert leuchtenden Stein am Buch bei Lindenfels, sicherten sich denselben durch Verträge und erzielten einzig durch ihre Tatkraft, Kenntnis und unablässiges Streben bisher nicht gekannte Erfolge, stellten 1889 die ersten großen Abrichtschleifmaschinen auf, versahen ihr Lindenfels Werk mit allen neuen Einrichtungen, kauften bald ein zweites Werk mit Wasserkraft in Eishausen und erwarben im Jahre 1896 die großen Granit- und Syenitwerke Karl Ostertag in Bensheim hinzu, so daß sie heute für Grabsteine und Denkmäler wohl über die größte Fabrik Deutschlands, vielleicht Europas, verfügen.



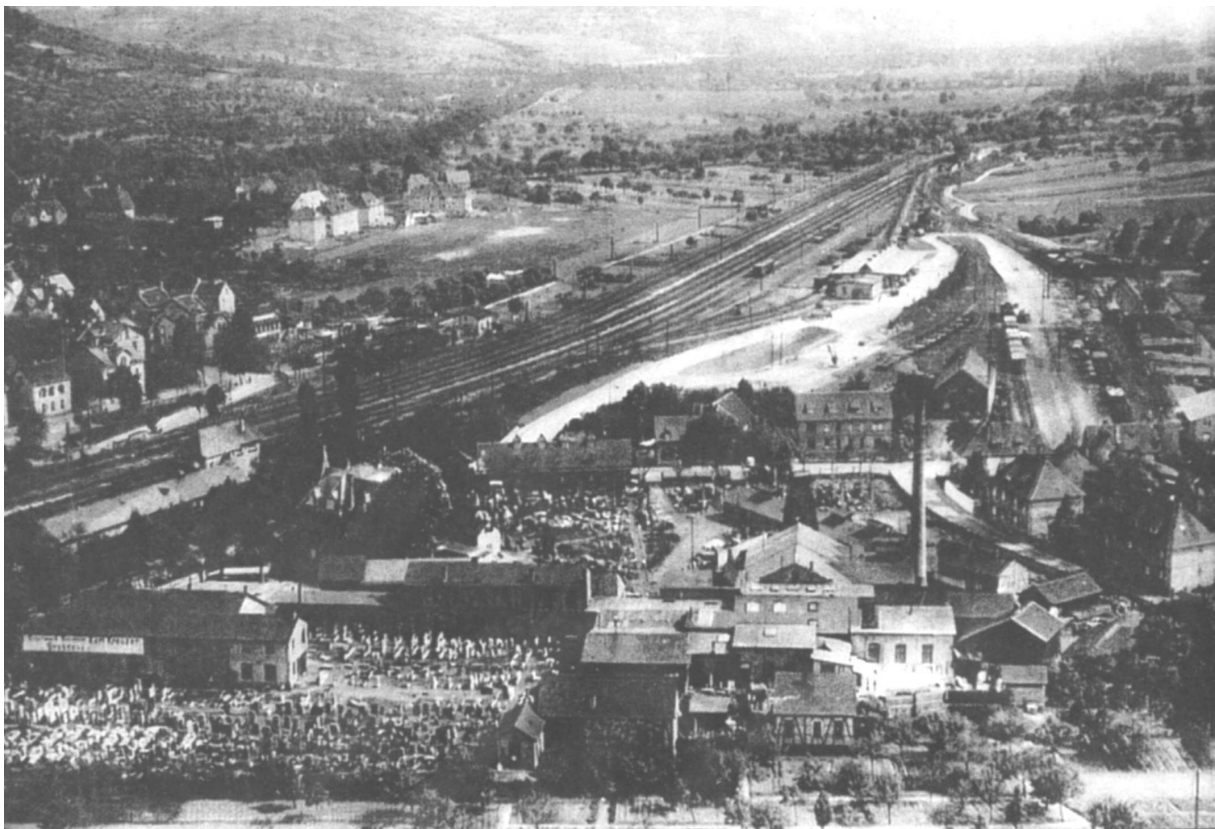
Betriebsstandorte der Firma Kreuzer und Böhringer (Firmenprospekt 1894)<sup>26</sup>

Die Firma beschäftigt viele hundert Arbeiter, verarbeitet 65 Prozent schwarzen Odenwälder Syenit und Granit, von denen ersterer halb oder ganz poliert den Markt beherrscht. Dazu kommt schwarzer,

<sup>26</sup> Heldmann, Hans: Die Odenwälder Steinindustrie im Wandel der Zeit. Betrachtet mit den Augen von Steinhauern. Unveröffentlichtes Manuskript. Gadernheim 2005, S. 26.

schwedischer Syenit und rote, schwedische Granite, - die Hornblendegranite vom Felsberg, die roten Granite der Tromm und weißer Karraro-Marmor und mexikanischer Onyx. Erstere und der Marmor dient zur Herstellung von Grabsteinen und Denkmälern und der Hornblendegranit zu Bauarbeiten. Einen wesentlichen Anteil an dem Erfolg haben die Besitzer dem Auffinden und richtigen Anlegen und Betreiben großer Steinbrüche bei Lindenfels, am Seidenbuch, im Bensheimer Wald und am Felsberg zu verdanken, da sie nur so trotz der im Steinbruchsbetrieb zeitweise erwachsenden Gefahren und Fehlschläge stets über schönes und gleichbleibendes reichliches Material verfügten. Anfangs hatte man nur die im inneren Odenwald überall zerstreuten Felsblöcke bearbeitet, verwüstete damit die Wälder und erzielte keine gleichbleibende Ware. Man war dem Zufall ausgesetzt, ob zwei oder drei Steine von gleicher Farbe und Korn sich zu einem Denkmal zusammenfanden. Wesentlich dem Mangel an richtig angelegten Steinbrüchen neben geringer Ortskenntnis ist es zuzuschreiben, daß andere Werke, trotzdem diese eine Reihe schöner Denkmäler zu liefern vermochten, sich nicht rentierten oder in andere Hände übergingen.“<sup>27</sup>

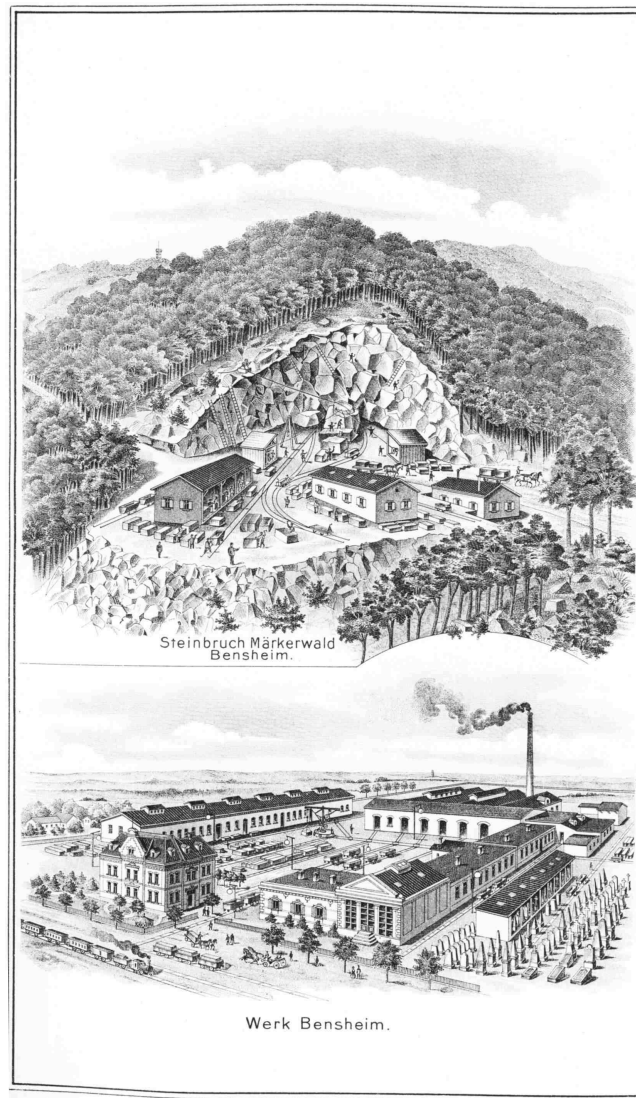
Später trennten sich die beiden ursprünglichen Geschäftspartner. Während Böhringer in Lindenfels weiterhin als „Kreuzer & Böhringer“ firmiert, lässt sich Karl Kreuzer in Bensheim nieder und gründet die „Granit- und Syenitwerke Bensheim Karl Kreuzer GmbH“, deren Firmengelände westlich der Bahnlinie in Nähe des Güterbahnhofs Bensheim lag (Dammstraße/Wormser Straße).



Firma Kreuzer, Firmengelände in der Nähe des Güterbahnhofs in Bensheim<sup>28</sup>

<sup>27</sup> Chelius, C.: Geologischer Führer durch den Odenwald, 2. verbesserte Auflage Giessen o.J., zitiert nach: Heldmann, Hans: Die Odenwälder Steinindustrie im Wandel der Zeit. Betrachtet mit den Augen von Steinhauern. Unveröffentlichtes Manuskript. Gadernheim 2005, S. 67.

<sup>28</sup> Heldmann, Hans: Die Odenwälder Steinindustrie im Wandel der Zeit. Betrachtet mit den Augen von Steinhauern. Unveröffentlichtes Manuskript. Gadernheim 2005, S. 101, undatiertes Foto.



29

Zuerst wurden herumliegende Steine bearbeitet. Da diese aber qualitativ nicht den wachsenden Ansprüchen genügten, wurden später Steinbrüche, etwa am Felsberg, angelegt. Durch die nun aufblühende Steinindustrie wanderten immer mehr Steinmetze in die Region ein. Zeitweise waren allein am Felsberg vierzehn Steinbrüche in Betrieb. Über zwei Drittel der männlichen Bevölkerung des Lautertals war in der Steinindustrie beschäftigt.<sup>30</sup> „In Lautertal, Lindenfels und Bensheim hatte sich Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts die Steinindustrie etabliert, die in diesen Orten zum beherrschenden Erwerbszweig wurde.“<sup>31</sup> Zuerst wurden die Steine als Baumaterial genutzt. Mit dem Entstehen der Steinschleifereien wurden aus den Rohmaterialien hauptsächlich Grabsteine gefertigt. „Der Stundenlohn betrug damals [1903, d. Verf.] für den Gesellen 27 Pfennige. Drei Pfund Brot kosteten auch 27 Pfennige. Also mussten die Gesellen eine Stunde arbeiten für drei Pfund Brot.“<sup>32</sup> Die Blütezeit der Steinindustrie erlebte Reichenbach Anfang bis Mitte des 20. Jahrhunderts. Erwähnenswert ist zudem das ehemalige Reichenbacher Kupferbergwerk, das 1944 den Betrieb einstellte.<sup>33</sup>

<sup>29</sup> Granit-&Syenitwerke Bensheim Karl Kreuzer Bensheim (Hessen). Lindenfels i. Odw. 1903, unpaginiert.

<sup>30</sup> Matthes, Richard: Reichenbacher Heimatbuch. Aus der Vergangenheit des Dorfes Reichenbach i. Odw. 1936, S. 154-158.

<sup>31</sup> Eichhorn, Heinz: Steinharter Kampf um angemessenen Lohn. Steinarbeiterlöhne und -lohnkämpfe im Lautertal vor 100 Jahren. In: Geschichtsblätter Kreis Bergstraße 38, 2005, S. 141.

<sup>32</sup> Festschrift zum 70jährigen Jubiläum des Ortsverbandes Bensheim der IG Bau-Steine-Erden vom 16. Juni 1973.

<sup>33</sup> Vgl. Fettel, Michael: Zur Geschichte des Bergbaus bei Reichenbach im Odenwald. In: Geschichtsblätter für den Kreis Bergstraße 15, 1982, S. 73-111.



Bergarbeiter im Steinbruch der Gebrüder Kindinger im Felsbergwald Reichenbach im Jahre 1911. Quelle: Eichhorn, Heinz: Steinharter Kampf um angemessenen Lohn. Steinarbeiterlöhne und -lohnkämpfe im Lautertal vor 100 Jahren. In: Geschichtsblätter Kreis Bergstraße 38, 2005, S. 159.

Aus dem Jahre 1929 stammt die nachfolgende, 2005 bei Ebay versteigerte, Aktie der DESTAG (Deutsche Steinindustrie AG Reichenbach).



Der letzte Steinbruch am Felsberg wurde 1968 aufgrund des Aufkommens von Kunststeinen, Beton und importierten Gesteinen, geschlossen. Heutzutage arbeitet nur noch ein geringer Anteil der Lautertaler Bevölkerung in Steinbearbeitungsbetrieben.



Zur Zeit Kindingers war die Arbeit im Steinbruch besonders anstrengend, da die Verhältnisse in den Steinbrüchen in keinem guten Zustand waren. Die Arbeiter wurden damals körperlich stark belastet.<sup>34</sup> Einen Einblick in die Härte der Arbeit erhielten wir in einem Interview mit Steinmetzmeister Schrabec, das nachfolgend in Auszügen wiedergegeben ist:

Schrabec: „Die Verhältnisse waren in den Fünfzigern ganz ganz schlecht. Und zwar musste alles mit der Hand gemacht werden, vom Bruch aus bis zu der Fertigproduktion.

Frage: Wie wurde damals im Bruch gearbeitet?

Schrabec: Da war immer eine Kolonne von ca. 10-15 Arbeitern, die alles mit der Hand machen mussten, und zwar mussten sie am Felsberg Erde und Kies abtragen, um so an die großen Steinblöcke heranzukommen.

Frage: Gab es keine Arbeitserleichterungen für die Arbeiter?

Schrabec: Doch, es wurde auch mit Sprengstoff gearbeitet. Man musste mit einem Keileisen etwa 10 cm voneinander entfernte Löcher in den Fels hauen und darin den Sprengstoff platzieren. Außerdem wurden Haselnussstöcke als Hammerstiele verwendet, da diese besser nachschwingen und so die Kraft besser auf den Felsen übertragen [...]

Frage: Wie lange dauerte es von dem Hauen der Löcher bis zur Sprengung des Felsen?

Schrabec: Bei großen Felsen konnte dies bis zu 6 Stunden dauern.

Frage: Wie wurden die Steine dann transportiert?

Schrabec: Wenn die Steine groß waren wurden sie mit Pferdefuhrwerken, an denen bis zu 6 schwere Pferde gespannt waren, in den Betrieb transportiert. Der Stein musste über Baumstämme auf den Wagen gerollt werden. Da die Wagen sehr schwer waren, mussten sie, wenn es bergab ging, mit Keilen, die unter die Räder gelegt wurden, abgebremst werden. Da es früher keine asphaltierten Straßen gab, waren die Schlaglöcher sehr gefährlich, da durch sie viel beschädigt werden konnte.“

Zunehmend kamen in den 70er Jahren die einheimischen Betriebe durch den Import weitaus billigerer „Lumumbasteine“ aus Afrika in Schwierigkeiten, wie sich Gerd Helbling erinnerte.<sup>35</sup> Er wies zudem auf die massiven gesundheitlichen Probleme (z.B. durch Staub) in den Steinmetzbetrieben, u.a. der Firma Kreuzer, hin.



36

Hessisches Steinarbeitertreffen 1980, rechts Jakob Kindinger.

<sup>34</sup> Ebd., S. 201f.

<sup>35</sup> Interview mit Gert Helbling, früherer Sekretär des DGB-Ortskartells, am 23. Dezember 2005.

<sup>36</sup> Eskuche, Klaus: Jakob Kindinger. Kommunist-Gewerkschafter-Demokrat mit Herz und Seele. Unveröffentlichtes Manuskript 2001, S. 9.

## 2. Das politische Umfeld Jakob Kindingers bis 1933

Die politische Entwicklung Jakob Kindingers, insbesondere seine Hinwendung zum Kommunismus, ist nur zu verstehen auf dem Hintergrund der Auseinandersetzungen innerhalb der SPD im Kontext des Ersten Weltkriegs. Davon soll deshalb zunächst die Rede sein. Nach 1912 (die SPD wurde in diesem Jahr stärkste Partei) waren mit Personen wie August Bebel, Friedrich Ebert, Gustav Noske und Carl Legien in der SPD tendenziell Pragmatiker und Gewerkschafter an die Parteispitze vorgerückt, die ihre Ziele auf parlamentarisch-demokratischem Weg erreichen wollten.

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges hatte die SPD als Fraktion überwiegend hinter der Politik der kaiserlichen Regierung gestanden und einstimmig für die Kriegskredite gestimmt.<sup>37</sup> Viele Mitglieder waren national - patriotisch gesinnt und ordneten sich der Obrigkeit unter, auch wenn, oder gerade weil diese Unterordnung bedeutete, sich für das Vaterland zu opfern. Diese Haltung änderte sich mit der zunehmenden Verschlechterung der militärischen und wirtschaftlichen Lage: *„Anfang 1915 formierte sich um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg der radikale Kern der innerparteilichen Opposition gegen die sozialdemokratische Burgfriedenspolitik. Diese zunächst nach ihrer Zeitschrift 'Die Internationale' benannte Gruppe bekannte sich zum sozialistischen Internationalismus und forderte die sofortige Einstellung aller Kriegshandlungen. Seit 1916 propagierte die Gruppe ihre politischen Ziele in den illegalen Spartakusbriefen. Die nun Spartakusbund genannte Gruppe schloß sich 1917 trotz politischer Differenzen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) an [...]“*<sup>38</sup> Die Anhänger dieser Minderheit wollten in Deutschland ein Räte-System nach russischem Vorbild durchsetzen. Ihre ehemaligen Parteigenossen, die sich nun Mehrheits-SPD (MSPD) nannten sowie die Gewerkschaften brachten mit diesem System die in Russland üblichen Missstände wie Bürgerkrieg, Terror und Parteidiktatur in Verbindung und fürchteten, dass diese auch in Deutschland herrschen könnten. Die MSPD strebte weiterhin eine Veränderung der derzeitigen Politik zur parlamentarischen Demokratie an. Die zunehmende Kriegsmüdigkeit und die wachsende Kritik am Militär, vor allem an den Offizieren, trugen dazu bei, dass die USPD unter der Bevölkerung immer mehr Sympathisanten fand.

Nach der Revolution im November 1918 und dem damit verbundenen Untergang der Monarchie in Deutschland kam die Frage auf, wer nun die Macht in Deutschland übernehmen sollte. Während die USPD bei der breiten Masse große Zustimmung fand, konnte sich die SPD bei den durch die Revolution entstandenen Arbeiter- und Soldatenräten durchsetzen. Am 9. November 1918 verkündete Prinz Max von Baden die Abdankung des Kaisers und übertrug die Amtsbefugnisse des Reichskanzlers auf Friedrich Ebert, den Parteivorsitzenden der MSPD. Philipp Scheidemann rief schließlich die parlamentarische Republik aus, kurz bevor Karl Liebknecht die Gründung einer sozialistischen Räte-Republik verkünden konnte. Der am Räte-System orientierte Flügel der USPD schloss sich am 12. Oktober 1920 der am 1. Januar 1919 gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) an. Die Mehrheit der USPD trat 1922 wieder der SPD bei.

Die KPD strebte die Gründung einer Sowjetrepublik in Deutschland an. Als Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, zwei Vertreter des früheren Spartakus-Bundes, die Forderung stellten eine Alleinherrschaft der Proletarier und völlig Besitzlosen einzuführen, spitzte sich der Konflikt zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten weiter zu. Liebknecht und Luxemburg riefen zum Aufstand gegen Ebert und Scheidemann auf. Ebert beauftragte den Volksbeauftragten Gustav Noske, mit Freiwilligen-Verbänden wieder für Ruhe und Ordnung in Berlin zu sorgen. Noske gab den Befehl, auf alle revoltierenden Arbeiter zu schießen. Die Soldaten schlugen schließlich hart zu. Der ganze Vorfall endete damit, dass Liebknecht und Luxemburg am 15. Januar 1919 ermordet wurden. Diese Vorgänge vertieften die Feindschaft zwischen SPD und KPD und vergrößerten die Kluft zwischen beiden Parteien.

---

<sup>37</sup> 14 Abgeordnete hatten parteiintern gegen die Kredite gestimmt, sich bei der Abstimmung des Reichstags aber der Fraktionsdisziplin gebeugt. *„Zudem verpflichtete sich auch die SPD mit dem sogenannten Burgfrieden, für die Dauer des Krieges auf jede Auseinandersetzung mit den anderen Parteien sowie auf jegliche Agitation gegen die Reichsregierung zu verzichten.“* (<http://www.dhm.de/lemo/html/kaiserreich/innenpolitik/spd2/index.html>, (26. Februar 2006).

<sup>38</sup> <http://www.dhm.de/lemo/html/weimar/revolution/spartakus/> (23. Februar 2006).

Der grundlegende Konflikt zwischen KPD und SPD ist letztendlich auf die Frage zurückzuführen, welches politische System man in Deutschland nach Ende des Ersten Weltkrieges durchsetzen solle. Wie bereits erwähnt, strebte die KPD eine sozialistische Republik an, während die SPD eine parlamentarische Demokratie durchsetzen wollte.<sup>39</sup>

## 2.1. Politische Erfahrungen Kindingers vor 1933

Im Jahre 1921 erlebte Kindinger den ersten Streik in seinem Beruf, der einen tiefen Eindruck bei ihm hinterließ. 1923 trat er dann der hessischen Schutzpolizei bei, die „zuverlässige Demokraten“ suchte. Nach zwei Jahren schied Kindinger jedoch freiwillig wieder aus und entschied sich auf Wanderschaft zu gehen und neue Erfahrungen in seinem Beruf zu sammeln, und das an verschiedenen Stationen im gesamten Reich. Diese „Erfahrungssuche“ dauerte bis ins Jahr 1929 an. In Oberfranken kam Kindinger dabei erstmals in Kontakt mit gewerkschaftlich aktiven, marxistischen Kollegen. Durch deren ihm sympathische Grundeinstellung entstand in dem damals 24jährigen ein Klassenbewusstsein, welches Kindinger dazu bewegte, selbst in den Gewerkschaften tätig zu werden. Kindinger übte von nun an eine starke Aktivität im „Reichsbanner“ aus, auch zur Abwehr des Hitlerismus. Das Reichsbanner war ein politisches Bündnis bürgerlicher Parteien während der Weimarer Republik, das mit dem Ziel gegründet wurde, die „Demokratie“ der damaligen Zeit vor rechts- aber auch linksextremen Einflüssen zu schützen. Als Reaktion auf die rechten Putschversuche 1923 gründete es sich 1924, um zukünftige Kundgebungen der republikanischen Kräfte zu schützen und um Rechtsextremisten abzuschrecken. Offiziell stellte das Reichsbanner zwar eine überparteiliche Organisation dar, tatsächlich waren jedoch 90% Anhänger der SPD. In Bensheim gab es das Reichsbanner seit 1925.<sup>40</sup>

Auch wenn das Reichsbanner insgesamt dazu neigte, die antidemokratischen Kräfte von rechter Seite zu unter- und die von linker Seite zu überschätzen, lag das Hauptaugenmerk nach den Wahlerfolgen der NSDAP im September 1930 darin, dem Straßenterror der SA etwas entgegenzusetzen. Bis 1933 fielen 47 Reichsbannermitglieder im „Kampf um die Demokratie“.<sup>41</sup>

Nach den Ereignissen vom 1. Mai 1929, dem so genannten „Blutmai“, in Berlin, kehrte der Reichenbacher der SPD den Rücken: *„Ich arbeitete damals, wie bereits berichtet, in Oberfranken (Bayern). Dort selbst brachten die Ereignisse in Berlin eine gewaltige Erregung unter die Kollegen, u. viele junge und alte Kollegen unter anderem auch kehrten der SPD den Rücken.“*<sup>42</sup> Die Ereignisse, die sich an diesem historischen Datum zugetragen haben, waren ausschlaggebend für Kindingers Entscheidung, sich von der SPD abzuwenden und schließlich der KPD beizutreten. Die Hintergründe zum so genannten „Blutmai“ sollen im Folgenden näher erläutert werden, um Kindingers Beweggründe besser nachvollziehen zu können:

Durch den langen Winter von 1928 auf 1929 hatten sich die sozialen Spannungen und die Wirtschaftskrise in Berlin verschärft. Aufgrund der daraus resultierenden hohen Arbeitslosenquote kam es immer häufiger zu politischen Auseinandersetzungen, insbesondere zwischen SPD und KPD.

Der sozialdemokratische Polizeipräsident der Stadt Berlin, Karl Friedrich Zörgiebel (1878-1961), hatte am Ende des Jahres 1928 ein Verbot für „alle Versammlungen unter freiem Himmel einschließlich aller

---

<sup>39</sup> Geschichte und Geschehen - Band 2, Oberstufe, Ausgabe A/B. Stuttgart, Düsseldorf, Berlin, Leipzig 1995, S. 246 – 250. Vgl. Rohe, Karl: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik. Düsseldorf 1966.

<sup>40</sup> Wilhelm Ritz, von Beginn an Fahnenträger, konnte sich erinnern, dass nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 die Reichsbannerfahne beim Büro der Bensheimer SA abgeliefert werden musste. Gemeinsam mit anderen Fahnen und „anderem marxistischen Kram“ wurde sie am Abend des 6. März 1933 auf dem Bensheimer Marktplatz nach einem Fackelzug der SA „dem Feuer übergeben“ als „Zeichen des nationalsozialistischen Sieges über die Marxisten“. Eine fast vergessene Tradition. Wilhelm Ritz erinnert sich an die Bensheimer SPD der Weimarer Republik. In: Bergsträßer Anzeiger vom 19. März 1984.

<sup>41</sup> Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin, By/1 662, Lebenslauf von Jakob Kindinger.

<sup>42</sup> Ebd.

Umzüge wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit" erlassen, welches für die Hauptstadt sowie den gesamten Freistaat Preußen galt. Dieses Verbot gefährdete nun die traditionell am 1. Mai stattfindenden Protestkundgebungen. Auf Antrag der KPD-Fraktion in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, das Verbot aufzuheben, meldete sich der preußische Innenminister Albert Grzesinski (1879-1947) zu Wort und drohte, er werde die friedliebende preußische Bevölkerung mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen. Außerdem verkündete er, falls nötig, alle Gruppen und Vereine, die die Form politischer Parteien haben, zu verbieten. In erster Linie waren diese Drohungen gegen die KPD und die Wehrorganisation Roter Frontkämpferbund (RFB) gerichtet.

Infolgedessen wurden verschiedene Komitees gebildet, welche eine friedliche Demonstration für den 1. Mai planten. Am 26. April 1929 rief das „*Maikomitee der Berliner Arbeiterschaft*“ die Berliner Bevölkerung auf, trotz des Verbots zu demonstrieren, zumal das Demonstrationsverbot in anderen Städten wie München, Hamburg oder Kiel zum 1. Mai aufgehoben wurde. Die Polizei wurde mit der Parole „*Schlagt nicht, schießt nicht*“ und der Versicherung, dass man unbewaffnet marschieren werde, dazu aufgefordert, keine Gewalt gegen die Demonstranten anzuwenden.

Die Reaktion Zörgiebels auf diesen Aufruf bestand darin, dass er das Verbot noch einmal bekräftigte und weiter drohte alle erforderlichen Mittel anzuwenden, um die Demonstranten an ihrem Marsch zu hindern. Daraufhin kam es zu einer Reihe von Vorwürfen zwischen SPD und KPD, die sich gegenseitig beschuldigten, eine gewaltsame Konfrontation und damit ein Blutvergießen zu provozieren.

Am 1. Mai schließlich waren rund 13000 Polizisten in Berlin zusammengezogen. Während SPD und Gewerkschaften in Lokalen den 1. Mai feierten, versammelten sich die Demonstranten in mehreren Außenbezirken der Stadt und versuchten in das Zentrum zu gelangen. Politische Lösungen, aber auch soziale Forderungen wurden dabei von den Demonstranten ausgerufen. Die Polizei ging mit Gummiknüppeln und Wasserwerfern gegen die Marschierenden vor, aber auch gegen unbeteiligte Passanten. Insgesamt nahmen an diesem Tag etwa 200000 Menschen an der Demonstration teil. Gegen Mittag verschärfte sich die Auseinandersetzung zwischen Polizei und Demonstranten. Während die Ordnungshüter zunehmend auf die Menge schossen, errichteten diese Barrikaden und Straßensperren. Die folgenden Straßenkämpfe, hauptsächlich in den Stadtteilen Wedding und Neukölln, dauerten bis in die Nacht vom 3. auf den 4. Mai an. In diesen Bezirken wurde sogar der Ausnahmezustand ausgerufen und erst am 6. Mai wieder aufgehoben.

Am Ende wurden mehr als 30 Tote und über 200 Verwundete gezählt. Außerdem wurden rund 1200 Menschen verhaftet.

Aufgrund dieses radikalen Vorgehens des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten, der immerhin Kindingers Gesinnungskollege und Parteigenosse war, entschloss sich dieser, sich von der SPD abzuwenden. Genau wie viele andere, war er entsetzt über die Reaktionen der Polizei auf die friedlichen Demonstranten.

Jakob Kindingers erste Kontakte mit der KPD hatten, wie bereits erwähnt, im Oktober 1929 stattgefunden, als er marxistische Kollegen in Oberfranken kennen lernte. Kindinger trat darauf in die Gewerkschaft ein und beschäftigte sich nun mit dem wissenschaftlichen Sozialismus, mit dem er sich auch sofort identifizieren konnte. Kindingers Klassenbewusstsein trat an die Stelle seiner gefühls- und klassenmäßigen Zugehörigkeit der Arbeiterbewegung: „[...] und es wurde mir von Jahr zu Jahr klarer, dass es für die breiten Volksmassen keinen anderen Weg gibt, um aus dem sozialen Elend herauszukommen als den Weg zum Sozialismus.“<sup>43</sup> Kindinger trat schließlich, begründet durch das Anwachsen der politischen Kämpfe, vor allem in Bensheim, im Jahre 1932 der KPD-Ortsgruppe Bensheim bei.<sup>44</sup>

---

<sup>43</sup> Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin, By/1 662, Lebenslauf von Jakob Kindinger.

<sup>44</sup><http://www.marxistische-bibliothek.de/blutmai29.html>.



## Überblick über die Wahlergebnisse der KPD bei den Reichstagswahlen 1920 bis 1933:<sup>45</sup>

	<b>Gültige Stimmen</b>	<b>KPD</b>	<b>in %</b>	<b>Mandate</b>
6. Juni 1920	28 463 000	589 000	2,1	4
4. Mai 1924	29 709 000	3 693 000	12,6	62
7. Dezember 1924	30 703 000	2 708 000	9,0	45
20. Mai 1928	31 165 000	3 264 000	10,6	54
14. September 1930	35 225 000	4 592 000	13,1	77
31. Juli 1932	37 162 000	5 369 000	14,3	89
6. November 1932	35 472 000	5 980 000	16,9	100
5. März 1933	39 658 000	4 848 000	12,3	81

## 2.2 Die politische Situation in Bensheim von 1918 bis 1933

1874 wurde in Hessen die Landgemeindeordnung eingeführt. Das Dreiklassenwahlrecht war gefallen. Allerdings musste die Hälfte des Gemeinderates aus dem höchstbesteuerten Drittel der Wählbaren bestehen. Wahlen wurden von nun an mit Stimmzetteln durchgeführt, waren also geheim und direkt, auch bezüglich der Bürgermeister. Einunddreißig Jahre lang, von 1871 bis 1902 leitete Aloys van Gies die Geschicke der Stadt Bensheim. Ihn löste Dr. Ignatz Frenay ab, der erste Berufsbürgermeister (1902 bis 1912), auf den Dr. Karl Löslein folgte, 1912-1923. Ihm folgte Dr. Rudolf Angermeier, der 1933 von den Nazis amtsenthoben wurde.<sup>46</sup> Im Jahre 1903 wurde in Bensheim eine Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Partei gegründet. Mitgründer war Franz Josef Roß (1881-1949), der seit 1911 bis 1933 der Bensheimer Stadtverordnetenversammlung angehörte.<sup>47</sup> Im Zusammenhang mit der Novemberrevolution 1918 bildete sich in Bensheim ein Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat, der von Roß geführt wurde. Aus jener Zeit erfahren wir erstmalig etwas von Anhängern, die sich für ein Sowjet-Deutschland einsetzen: In einer Pressemitteilung heißt es: *„In der letzten Zeit mehren sich die Anzeichen, daß umstürzlerische Elemente die gegenwärtigen Schwierigkeiten und die vorhandene Beunruhigung und Mißstimmung zu dem Zwecke ausnützen wollen, die gleichen Zustände wie sie in Rußland herrschen, herbeizuführen. Es ist daher die wichtigste Aufgabe, die Bevölkerung über die Gefahren des Bolschewismus aufzuklären. Durch gewaltsamen Umsturz hat kein Deutscher etwas zu gewinnen, die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung würden ungemessen vermehrt, die öffentliche Ruhe und Sicherheit gestört, Landwirtschaft und Industrie, Handel und Verkehr auf unabsehbare Zeit lahmgelegt werden. Nicht mit Schlagworten gilt es zu arbeiten, sondern an Verstand und Selbsterhaltungsgefühl der Einzelnen zu appellieren. Die Aufklärungsstelle vertraut, daß sie auf tatkräftige Mitarbeit Aller rechnen darf.“*<sup>48</sup>

Zu den Stadtverordnetenwahlen vom 13. November 1922 stellte die KPD erstmalig eine Liste auf. Die neue Bensheimer Stadtverordnetenversammlung setzte sich wie folgt zusammen (in Klammern die bisherige Fraktionsstärke):

Deutsche Zentrumsparlei:	10 (9)
Sozialdemokratische Partei Deutschlands:	5 (7)
Kommunistische Partei Deutschlands:	2
Wirtschaftliche Vereinigung:	2
Demokraten:	1 (3)
Deutsche Volkspartei:	1 (2)

<sup>45</sup> nach: Becker, Klaus J.: Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946-1956. Mainz 2001, S. 332f.

<sup>46</sup> Angaben nach: Geschichte der Bensheimer Rathäuser. Eine Dokumentation über fünf Jahrhunderte. Herausgegeben vom Magistrat der Stadt Bensheim anlässlich der Rathausübergabe am 24. März 1984. Konzept und Textredaktion Erika Ertl. Bensheim 1984, S. 154-157.

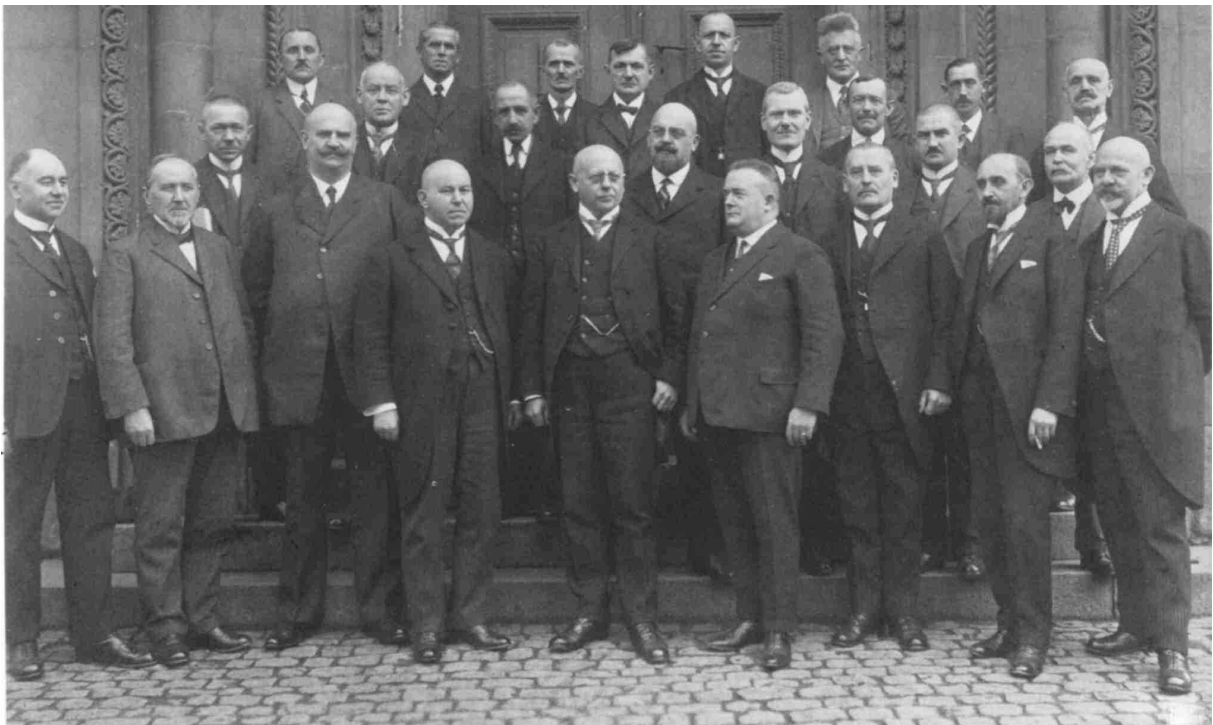
<sup>47</sup> Vgl. Schröder, Wilhelm Heinz: Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867-1933. Biographien-Chronik-Wahldokumentation. Düsseldorf 1995, S. 685, Nr. 181010. Beier, Gerhard: Arbeiterbewegung in Hessen. Zur Geschichte der Hessischen Arbeiterbewegung durch einhundertfünfzig Jahre (1834-1984). Frankfurt/Main 1984, S. 537.

<sup>48</sup> Bergsträßer Anzeigebblatt vom 13. November 1918.

Auf den KPD-Wahlvorschlag entfielen 376 Stimmen. Heinrich Pfleger, Maurer, Taubertsgasse 9 und Karl Jaeckel, Kammacher, Ritterplatz 4, waren die beiden KPD-Stadtverordneten.

Bei den Stadtverordnetenwahlen vom 15. November 1925 entfielen auf die KPD lediglich 247 Stimmen, weshalb der Partei nur ein Sitz verblieb. Der Wahlvorschlag der KPD wurde zwar von dem Arbeiter Wilhelm Volk angeführt. Aller Wahrscheinlichkeit nach vertrat aber Karl Jaeckel erneut die KPD im Stadtparlament. Dies geht aus einer Notiz von Diether Blüm über das Jahr 1926 hervor: *„Die Stadtverordnetenversammlung beschloß, eine der neuen Straßen in ‘Marokko’ ‘Baunotstraße’ zu benennen, ‘um späteren Geschlechtern damit Kunde zu geben, daß gerade jene Häuser zu einer Zeit erbaut werden mußten, als Wohnungsnot herrschte und das Bauen sich so teuer gestaltete. Dies sollte sich auch im Namen der Straße dokumentieren.’ Stadtverordneter Jaeckel (KPD) konnte seinen Vorschlag, diese Straße ‘Leninstraße’ zu benennen, nicht durchsetzen.*

*In Unkenntnis der oben erwähnten Absicht wurde diese Straße nach dem 2. Weltkrieg in ‘Moselstraße’ umbenannt. Der im Volksmund gebräuchliche Name ‘Marokko’ für dieses Baugebiet entstand anfangs der 20er Jahre, als in Marokko der Aufstand der Rifkabylen war.“<sup>49</sup>*



*Stadtverordneten-Versammlung 1923/25*

*Hintere Reihe: Hauser, Fertig, Thüringer, Weimar, Metz, Wolff, Pfleger, Lotz.*

*Mittlere Reihe: Schrifft, Schader, Heyder, Heeb, Euler, Keller, Finn, Ross, Jäckel.*

*Vordere Reihe: Kessler, Berg, Deppert, Beig, Krenkel, Bgm. Dr. Angermeier, Beig, Hemmes, Fleck, Schuhmann, Eisenhardt.*

50

Jaeckel beantragte in der Stadtverordnetensitzung vom 14. Dezember 1931 weitere Litfasssäulen für städtische Anschläge zu errichten, speziell in den Stadtvierteln „Port Arthur“ und „Marokko“. Im Bauausschuss kam man am 15. April 1932 überein, eine Tafel in der Weststadt am Fabrikwesen der Firma Kreuzer in der Wormser Straße anzubringen. Die Stadtverordnetenversammlung erteilte hierzu

<sup>49</sup> Blüm, Diether: Aus der Geschichte der Stadt Bensheim 1918 bis 1932. Bensheim 1991, S. 167. Die Umbenennung erfolgte am 19. September 1960.

<sup>50</sup> Geschichte der Bensheimer Rathäuser. Eine Dokumentation über fünf Jahrhunderte. Herausgegeben vom Magistrat der Stadt Bensheim anlässlich der Rathausübergabe am 24. März 1984. Konzept und Textredaktion Erika Ertl. Bensheim 1984, S. 86.

am 27. Mai Genehmigung. Am 6. Juni 1932 erging an das Stadtbauamt die entsprechende Anweisung.<sup>51</sup>

Bei den Stadtverordnetenwahlen vom 17. November 1929 entfielen auf die KPD 188 Stimmen, was für ein Mandat reichte, das Karl Jaeckel wahr nahm. Zu diesen Wahlen stellte sich auch erstmalig die NSDAP zur Wahl und erhielt in Bensheim 366 Stimmen, was zu zwei Mandaten führte, welche die Kaufleute Johann Martin Schöpp (1870-1948) und Richard Frankensteins sen. (\*1860) wahr nahmen.<sup>52</sup> Frankensteins, Vater des gleichnamigen SS-Führers und späteren Stadtratsmitglieds, war im Jahre 1926 als Nachfolger von Wilhelm Euler jun. als Vertreter der Bürgerlichen Vereinigung nachgerückt. Der Kaufmann Johann Martin Schöpp war bekennender Katholik und somit wohl Zentrumsanhänger. Der Sohn Frankensteins war aktiv an den Bensheimer Judenpogromen beteiligt.<sup>53</sup>

	1925	1929
Sozialdemokratische Partei	1026 (26,4 %, 7 Sitze)	980 (21,34 %, 5 Sitze)
Zentrum	1636 (42,1 %, 10 Sitze)	1822 (39,67 %, 10 Sitze)
Deutsche Demokratische Partei	193 (4,96 %, 1 Sitz)	nicht angetreten
Kommunistische Partei Deutschlands	247 (6,35 %, 1 Sitz)	188 (4,09 %, 1 Sitz)
Bürgerliche Vereinigung	785 (20,19 %, 5 Sitze)	679 (14,78 %, 4 Sitze)
Fortschrittliche Arbeitsgemeinschaft	Nicht angetreten	418 (9,1 %, 2 Sitze)
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung)	Nicht angetreten	366 (7,97 %, 2 Sitze)
Bund der Kinderreichen, Ortsgruppe Bensheim	Nicht angetreten	140 (3,05 %, keinen Sitz)
Abgegebene gültige Stimmen	3887	4593

Ergebnisse der Stadtverordnetenwahlen der Jahre 1925 und 1929 in Bensheim<sup>54</sup>

Die NSDAP war im Volksstaat Hessen seit 1927 unter dem Lehrer Friedrich Ringshausen in dem aus dem alten Gauebiet Hessen-Nassau-Süd ausgegliederten Gau Hessen-Darmstadt rekonstituiert worden. 1933 wurden die beiden Gaue wieder vereinigt.<sup>55</sup>

Die Weltwirtschaftskrise aus dem Jahre 1929 wirkte sich auch auf das Deutsche Reich aus. Nach der Inflation im Jahre 1923 wurde die deutsche Wirtschaft durch Auslandskredite wieder in Schwung gebracht. Nach dem amerikanischen Börsencrash 1929 blieben diese aus und die Konjunktur im

<sup>51</sup> Jährling, Brigitte: Zwischen Reichstagswahl und Gleichschaltungsgesetz. Der März 1933 im Spiegel der Bensheimer Presse. In: Geschichtsblätter Kreis Bergstraße 24, 1991, S. 279.

<sup>52</sup> Die NSDAP-Ortsgruppen Bensheim und Auerbach wurden im Jahre 1922 gegründet. Die ersten drei Parteigenossen im Kreis Bensheim waren Georg Brückmann, Christian Eichhorn und der spätere Gauredner Goerendt. Im Jahre 1923 verfügte die Bensheimer Ortsgruppe über zwanzig Mitglieder. Vgl. Döring, Martin: Das 'Kreishenmal der NSDAP' in Bensheim. Ein regionales Beispiel der Ästhetisierung von Politik im Dritten Reich. In: Geschichtsblätter Kreis Bergstraße 31, 1998, S. 181-229. Georg Fischer (1895-1962), der am 1. Mai 1929 Mitglied der NSDAP wurde, gründete nach dem reichsweiten NSDAP-Verbot kurz nach seinem Parteieintritt die NSDAP-Ortsgruppe Bensheim und leitete sie als Ortsgruppenleiter. Vgl. Schäfer, Franz Josef: Georg Fischer - Gründer der NSDAP-Ortsgruppe Bensheim. In: Mitteilungen des Museumsvereins Bensheim e.V. Verein für Regionalgeschichte und Denkmalpflege Nr. 41, 2. Halbjahr 1999, S. 78-88.

<sup>53</sup> Geschichtswerkstatt Geschwister Scholl (Hrsg.): Geschichte der Bensheimer Juden im 20. Jahrhundert mit Erinnerungen und Betrachtungen von Hans Sternheim. Weinheim 2004, S. 130-133.

<sup>54</sup> Maaß, Rainer: „Gleichschaltung“ auf kommunaler Ebene: Das Beispiel des Bensheimer Stadtrates 1933/35. In: Geschichtsblätter Kreis Bergstraße 38, 2005 S. 196.

<sup>55</sup> Vgl. Schröder, Bernd Philipp: Vor fünfzig Jahren: Die „Boxheimer Dokumente“. In: Geschichtsblätter für den Kreis Bergstraße 14, 1981, S. 255-270.

Deutsches Reich erlebte einen Abschwung. Dies war schließlich einer der Gründe für den Untergang der Weimarer Republik. Allgemeine Not und Arbeitslosigkeit wurde von links- sowie rechtsradikalen Parteien für ihre Zwecke missbraucht. Man schob die Schuld für diese Missstände dem jeweiligen politischen Gegner zu und machte ihn dafür verantwortlich, um das eigene Parteiprogramm dem Volk besser zugänglich zu machen.

Die Auswirkungen dieser wirtschaftlichen Katastrophe zeigten sich auch in Bensheim, wo, wie überall im Reich, Bankgeschäfte schließen mussten und die Wirtschaft trotz vieler Neueröffnungen von Geschäften weiterhin stagnierte. Aufgrund der schlechten finanziellen Lage des Landes Hessen dachte man ernsthaft über einen Abbau von öffentlichen Schulen nach, zumal der Gesundheitszustand vieler Schulkinder katastrophal war. Die schlimme Finanzkrise, die in Bensheim herrschte, war der Auslöser dafür, dass ein so genannter Staats-Kommissar für die Stadt bestellt wurde, der die finanzielle Situation wieder in Ordnung und einen Normalzustand herbeiführen sollte.

**Einwohner Bensheims!**  
Ihr Steuerzahler! Handwerker u. Gewerbetreibende!  
Arbeiter! Wißt Ihr, wohin Eure Steuergroschen  
kommen? Wißt Ihr, daß Ihr noch mehr ausgepreßt  
werden sollt?

**Was geht auf dem Rathaus vor?**  
[Wie sollen 218 000 RM. städt. Defizit gedeckt werden?]  
Ueber städtische Haushalts- und Steuerfragen  
sollt Ihr Aufklärung bekommen in einer

**öffentl. Versammlung**  
im Saale des „Berkeo“, Hauptstraße 3, am  
Dienstag, den 27. Mai 1930, abends 8 Uhr.  
**Kommunist. Partei, Ortsgr. Bensheim**

Diese wirtschaftliche Notlage wurde von der NSDAP dazu benutzt, dass sie ihre politische Stellung in der Region weiter ausbaute. „In den Jahren 1931/32 prägten lange Schlangen von Arbeitslosen das Bild unserer Städte. In Bensheim z.B. reichten sie vom Ritterplatz bis zum Bürgerwehrbrunnen.“<sup>56</sup>

#### 2.2.1. Agitation der KPD und Zusammenstöße mit der NSDAP

Aus einem Zeitungsartikel des Bergsträßer Anzeigebatts vom 13. August 1930 geht hervor, dass die NSDAP-Ortsgruppe Bensheim auf einer Versammlung in Bensheim-Zell bei den Zuhörern auf große Zustimmung gestoßen sei und deshalb die baldige Eröffnung einer eigenen Ortsgruppe für diesen Bensheimer Stadtteil geplant werde. Des weiteren sei die Versammlung „ohne Zwischenfall und ohne dass sich ein Gegner zu Wort meldete“ zu Ende gegangen, woraus hervorgeht, dass die Partei bei der Bevölkerung starken Zuspruch erhielt. Anhand anderer Zeitungsartikel lässt sich diese wachsende Sympathie für die Nationalsozialisten noch deutlicher erkennen. Am 28. August 1930 wurde beispielsweise eine Rede von Pfarrer Münchmeyer, einem bekannten Redner, im Deutschen Haus angekündigt und man rechnete bereits im Vorfeld mit einer überfüllten Veranstaltung.

<sup>56</sup> Feick, Volker: Wenn ich am Hemsberg steh'. Zeller Geschichte 1139-1989. Herausgeber: Arbeitskreis Zeller Heimatbuch, S. 16.

BA 27. 8. 1930

Am **Donnerstag, den 28. August, abends pünktlich 8½ Uhr** in beiden Sälen des Hotels **Deutsches Haus**

# **Nationalsozialistische Massenversammlung**

**Pg. Pfarrer a. D. Münchmeyer**  
spricht über:

## **Warum wird Adolf Hitler siegen?**

Unkostenbeitrag 30 Pfennig. — Kartenvorverkauf bei Gastwirt  
Og. Mischler u. bei den Parteigenossen.  
Saalöffnung 7½ Uhr.

**Nationalsoz. Deutsche Arbeiterpartei**  
Ortsgruppe Bensheim.

Bei näherer Betrachtung stellt man allerdings fest, dass auch die Zeitung sehr nationalsozialistisch geprägt war und ihre Berichte über Veranstaltungen immer zu Gunsten der NSDAP gestaltete. Speziell die kommunistischen Parteien, in erster Linie die KPD, standen im Zentrum der Kritik der Redaktion. Dies belegen die Berichte über kommunistische Versammlungen, Ausschreitungen und Verhaftungen von Funktionären. Das „Bergsträßer Anzeigblatt“ spiegelte dabei jedoch nur das politische Programm der NSDAP und die vorherrschende Gesinnung des Volkes zur damaligen Zeit wieder. Beispielfhaft soll auf einen Bericht vom 29. Dezember 1929 verwiesen werden:

*„Kommunistisch-anarchistische Ruhestörungs-Versuche.*

*Am 2. Feiertag, abends zwischen 6 und 7 Uhr versammelten sich auf dem hiesigen Bahnhofplatz 50-60 junge uniformierte Männer und Frauen, die wohl gerade von einer Versammlung aus dem Odenwald hierher kamen, die nachweisbar der kommunistisch-anarchistischen Bewegung angehörenden jungen Leute fielen schon beim Durchmarsch durch Bensheim dem Publikum durch das Absingen aufrührerischer Lieder auf. Ein Anführer dieser Truppe hielt am Bahnhof eine Hetzrede gegen die Regierung und der ihr unterstellten Organe. Des umstehenden Publikums bemächtigte sich dieserhalb eine immer mehr wachsende Erregung, sodaß der dort stationierte Polizeibeamte unter Heranziehung weiterer Hilfskräfte zur Säuberung des Platzes schreiten mußte. Glücklicherweise konnten durch diese Maßnahmen ernsthafte Zusammenstöße vermieden werden. Da die fremden Radaubrüder gegen die behördlichen Maßnahmen erheblichen Widerstand leisteten, - eine junge Frauensperson ging sogar gegen einen Polizeibeamten tödlich vor - wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Hierbei stellte es sich heraus, daß es sich um Elemente aus Offenbach, Frankfurt und Mannheim handelt. Da die Verhafteten keinerlei Ausweispapiere bei sich trugen, wurden sie bis zur Nachprüfung ihrer Angaben in Haft behalten. Gegen die Aufwiegler wurden Verfahren wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt sowie wegen grober Beleidigung der Staatsautorität eingeleitet. Hetzerische Flugblätter, die ebenfalls verteilt wurden, sind beschlagnahmt worden.“*





57

#### Erläuterungen zum Lageplan des Zusammenstoßes mit den Kommunisten:

1. Absperstelle der Polizei beim ersten Zusammenstoß mit Kommunisten.
- 1 a. Kommunisten, die beim ersten Zusammenstoß den unter 1 b bezeichneten Wagen verlassen hatten.
2. Absperstelle der Polizei beim Angriff der Kommunisten auf die Polizei.
3. Angriff der mit Steinen und Knüppel bewaffneten Kommunisten auf die Polizei und Zivilpersonen.
4. Angriffslinie der Polizei.
5. Zusammenstoß der Polizei und Kommunisten

Das politische Bild in Bensheim tendierte also klar in Richtung Nationalsozialismus, was aus den stark besuchten und stets unter jubelndem Beifall endenden Versammlungen der NSDAP und den Kundgebungen der SPD, die angeblich nur geringe Zuschauerzahlen aufweisen und nur durch neuartige Medien, wie Lautsprecher, auf sich aufmerksam machen konnten, hervorgeht. Die Kommunisten bekamen dabei jedoch den Zorn der Bevölkerung am stärksten zu spüren. Sie hatten im Falle einer Verhaftung harte Strafen zu erwarten, besonders wenn sie sich gegen die ihnen feindlich gesinnte Menge handgreiflich zur Wehr setzten. Im Gegensatz dazu kamen die oft gewalttätig vorgehenden Anhänger der NSDAP, wie zum Beispiel Mitglieder der SA, die keinesfalls aus Notwehr handelten, in fast allen Fällen ohne Strafe davon. Besonders interessant ist hierbei der Bericht über eine Gerichtsverhandlung vom 13. September 1930. Angeklagt waren mehrere Mitglieder der KPD, die auf dem Rückweg von einer Parteiversammlung in Worms „Roter Tag“ in Bensheim von Gästen einer Gartenwirtschaft in Bahnhofsnähe beschimpft wurden. Dabei wurde eine Kommunistin von einem Zivilisten mit einem Holzscheit am linken Auge verletzt<sup>57</sup>.

Die erwähnten Berichte, die allesamt gegen die KPD gerichtet waren und einzig und allein der NSDAP als Wahlwerbung dienten, wurden kurz vor der Reichstagswahl von 1930 veröffentlicht. Diese fand am 14. September des Jahres statt. Das Wahlergebnis macht die politische Lage in Bensheim noch einmal deutlich. Zwar konnte sich das Zentrum mit 1711 Stimmen in der Stadt noch als stärkste Partei durchsetzen, jedoch war sie dicht gefolgt von der NSDAP, die insgesamt 1422 Stimmen erhielt. Auf dem dritten Platz folgte die SPD mit

<sup>57</sup> HStA Darmstadt G 27 Darmstadt Nr. 3543, Lageplan.

<sup>58</sup> HStA Darmstadt G 27 Darmstadt Nr. 3543: Staatsanwaltschaft Darmstadt gegen Ludwig Geyer von Darmstadt u. Gen. Heinz Göbel, geb. 1923, gibt in dem von Erika Ertl herausgegebenen Sammelband „Bensheimer Geschichten“ seine Erinnerungen an eine Straßenschlacht vom Juli 1930 wieder: Samstag war Staatsjugendtag, S. 38-43. Vgl. Die Polizei-Journaille und die Bürgerkriegsübung bei Bensheim. In: Arbeiterzeitung vom 14. Juli 1930.

967 Stimmen und auf Rang vier schließlich die KPD mit 707 Wählerstimmen. Die NSDAP konnte die anhaltende Wirtschafts- und Finanzkrise in Bensheim dazu nutzen, ihre Position in der Stadt zu festigen.

Im Jahre 1931 nahm die anhaltende Wirtschaftskrise immer bedrohlichere Formen an. Im Oktober gab es im Deutschen Reich 4,5 Millionen Arbeitslose, zu diesem Zeitpunkt der höchste Stand der Arbeitslosigkeit auf der ganzen Welt. Gleichzeitig verdoppelte sich die Mitgliederzahl der NSDAP auf 800000 Mitglieder, was die ansteigende Tendenz des Volkes sich den Nationalsozialisten anzuschließen deutlich dokumentiert.

In Bensheim nahmen politische Krawalle ein bisher nicht gekanntes Ausmaß an. Neben den bereits fast üblichen handgreiflichen Auseinandersetzungen, kam es nun sogar vereinzelt zu Schießereien, wie aus einzelnen Zeitungsberichten hervorgeht. Die gewalttätigen Konfrontationen rivalisierender politischer Gruppierungen nahmen also im Vergleich zum Vorjahr zu. Anfang Januar 1931 wurden im „Marokkovierteil“, wo vornehmlich Kommunisten wohnten, neun Kommunisten verhaftet und im Rathaus verhört. In einem Einsatzbericht heißt es: *„Nach Einbruch der Dunkelheit (etwa 18.30 Uhr) zogen die Kommunisten mit Musik vor Gericht, um ihren Gesinnungsgenossen ein ‘Ständchen’ zu bringen. Oberleutnant Müller ließ den Platz vor dem Gericht räumen und verhinderte jede weitere - störende - Ansammlung. Etwa 19 Uhr marschierte die Musikkapelle mit etwa 200 Nachläufern durch die Hauptstraße und machte vor dem Polizeiamt Halt, anscheinend um auf dem Marktplatz eine größere Ansammlung zustande zu bringen.“*<sup>59</sup>

Der politische Kampf wurde jedoch nicht nur auf der Straße, sondern auch in den lokalen Zeitungen geführt. Das Organ der Zentrumspartei, der „Starkenburger Bote“, wettete gegen die NSDAP, während sich das „Bergsträßer Anzeigblatt“ seinerseits für die Nationalsozialisten aussprach. Der „Beobachter“ war eine weder parteipolitische, noch konfessionell gebundene Zeitung und unterstellte wiederum dem BA einseitige Berichterstattung zu Gunsten der NSDAP.

Ende Januar 1931 wurde am Ausgang Bensheim-Schönberg von der 3. Bereitschaft, bestehend aus einem Offizier und 30 Beamten, ein Trupp Reichsbanner in Stärke von ungefähr dreißig Personen aufgelöst. Das Versammlungslokal der NSDAP wurde durch Posten der Einzelpolizei des Polizeiamts Bensheim gesichert. Veranstaltungen der KPD und NSDAP zum 1. Mai 1931 wurden vom Kreisamt Bensheim verboten. Aus einem Einsatzbericht über den 3. Mai 1933 ist zu entnehmen, dass die KPD auch eine Fußballabteilung als Nebenorganisation unterhielt. Auf einem Lkw, der im Lorscher Wald angehalten wurde, befand sich die Fußballabteilung, die in Bickenbach Fußball gespielt hatte, und einige Damen. Der „Kampfbund gegen den Faschismus“, Ortsgruppe Worms, tätigte am 16. Mai 1931 einen zehnstündigen Durchmarsch nach Bürstadt, Lorsch, Bensheim, Heppenheim, Auerbacher Schloss und nach Worms zurück.

Anlässlich des „Roten Tages“ in Ober-Ramstadt am 31. Mai 1931 feierte die KPD-Ortsgruppe Bensheim und der Arbeiter-Musikverein „Frisch Auf“ einen Ausmarsch mit Musik. Es wurden die Zeitschriften „Kommunismus – einzige Rettung“ und „Der Rote Wähler“ verkauft.<sup>60</sup>

Ein mit rotem Stern, Hammer und Sichel bemaltes Transparent wurde am 7. April 1932 in Auerbach in der Nähe des Rathauses aufgestellt. Einen Tag später, am Tag der Wahl, wurden Transparente am Parteilokal angebracht. Auf den Transparenten standen die Sätze *„Für Nationale und soziale Befreiung“, „Erwache Deutscher Michel, wähle Hammer und Sichel!“, „Für Freiheit und Brot gegen Knechtschaft und Not“*.<sup>61</sup> Am 7. Juni 1932 rückte die 4. Bereitschaft mit einem Kommando in Stärke von sechzehn Beamten zu einem Versammlungslokal aus. Die Kommunisten führten eine Erwerbslosenversammlung durch, *„zu der die Nationalsozialisten eingeladen waren. [...] Vor dem Lokal hatte sich eine Menschenmenge angesammelt. [...] Die Kampfstimmung der Versammlung wurde immer größer. Man befürchtete, daß es zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten zur Schlägerei kommen würde. Gegen 0.20 Uhr wurde die Versammlung aufgelöst. Da nach Auflösung der Versammlung die Nationalsozialisten im Versammlungslokal Kampflieder anstimmten, mußte der Saal*

<sup>59</sup> HStA Darmstadt G 12 A Nr. 10/2: Erfahrungs- und Einsatzbericht der Bereitschaftspolizei Band 2: 1930, Aug. - 1931, Aug.

<sup>60</sup> HStA Darmstadt, G 15 Bensheim Q 92.

<sup>61</sup> HStA Darmstadt, G 15 Bensheim Q 94.

geräumt werden. Die Räumung ging ohne Zwischenfälle vor sich. Von der Waffe wurde nicht Gebrauch gemacht.

Nach der Räumung rückten die Nationalsozialisten geschlossen nach ihrem Parteilokal, die Kommunisten gingen vereinzelt nach Hause.<sup>62</sup>

Im Jahr 1932 spitzte sich die Lage in Bensheim durch den laufenden Wahlkampf immer weiter zu, sowohl nach wie vor auf der Straße als auch im Stadtparlament, auf der Straße weiterhin mit Schlägereien, im Stadtparlament wurde aus Propagandagründen ohne irgendeine Sachkenntnis Politik gemacht. So wollte die KPD beispielsweise im Hospital die Ordensschwwestern entfernen, obwohl sie ohne Lohn Tag und Nacht sieben Tage die Woche arbeiteten. Gerade wegen der körperlichen Auseinandersetzung fanden die Parteien kaum noch Räumlichkeiten für ihre Versammlungen. Dies ging soweit, dass die Nationalsozialisten der Lehrerschaft mit Vergeltungsmaßnahmen drohten, da sie die Turnhalle für politische Versammlungen nicht zur Verfügung stellen wollten. Im Mai 1932 wurde auf Anregung des Jungdeutschen Ordens der freiwillige Arbeitsdienst gegründet.

Für viele arbeitslose Bensheimer war dies eine Möglichkeit Arbeit zu finden, wie z.B. Trockenlegen des Rieds, Wegebau in den Wäldern oder auch beim Bau von Siedlungshäusern. Da die NSDAP bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 in Auerbach die meisten, in Bensheim die zweit meisten Stimmen und überall in Deutschland ähnliche Wahlergebnisse erzielte, war, wie die Geschichte es zeigt, dies das Ende der parlamentarisch-demokratischen Zeit der Weimarer Republik und der Beginn des nationalsozialistischen Führerstaates, auch wenn Hitlers Partei erst im Januar des darauf folgenden Jahres die Macht im Reich übernahm. Parallel zu diesen politischen Veränderungen verlief das gesellschaftliche Leben, wie z.B. Winzerfest oder Jubiläen von Feuerwehr und anderen Vereinen unbeschwert, da man guten Glaubens der Propaganda der Nationalsozialisten vertraute und sich über die Folgen keine Gedanken machen wollte.<sup>63</sup> Das Jahr 1933 war eines der ereignisreichsten Jahre, nicht nur wegen der "Machtergreifung" durch die NSDAP. Die Zeitungsartikel des BA aus dieser Zeit dokumentieren die politische Lage in Bensheim sehr deutlich, wie im Folgenden näher beschrieben wird.

Die bereits seit 1931 zunehmenden politischen Auseinandersetzungen nahmen immer dramatischere Formen an. Es kam immer häufiger zu Übergriffen auf Mitglieder der NSDAP, die sich daraufhin mit Schusswaffen zur Wehr setzten. So kam es am Bensheimer Ritterplatz zu einer Konfrontation zwischen Linken und der NSDAP, wobei ein Unbeteiligter durch einen Schuss ums Leben kam.<sup>64</sup>

Am 11. Februar 1933 fand in Auerbach eine Demonstration und Kundgebung der KPD statt. Redner war Leo Rohleder aus Darmstadt. Das Thema der Kundgebung war die Reichstagswahl. Versammlungsleiter war der am 10. Januar 1899 in Auerbach geborene August Klingler. Ein Demonstrationzug mit ca. 300 Teilnehmern ging durch Auerbach.<sup>65</sup>

Um diese Zeit fuhren zehn Nationalsozialisten von Schönberg auf Fahrrädern nach Auerbach über Bensheim. Die Presse berichtete allerdings später, dass es nur fünf gewesen sein sollen, was ein deutliches Zeichen für die NSDAP-freundliche Presse in Bensheim darstellt. Als die zehn Nationalsozialisten durch die Menschenmenge wollten, wurde ihnen zunächst der Durchgang gewährt bis einer schrie: „Das ist die Reichenbacher SS! Lasst sie nicht durch! Schlagt sie tot!“ Daraufhin schnappten sich etwa zwanzig Personen der Menge den Mann an der Spitze und schlugen ihn zu Boden. Seine Kameraden zogen sich erst ein Stück zurück, bis der SS-Mann Heinrich Arnold seine Pistole zog und die Menschenmenge damit bedrohte. Sie ließen den zu Boden geschlagenen SS-Mann laufen. Als aber Arnold seine Schussdrohung nicht wahr machte, glaubte die Menschenmenge seine

<sup>62</sup> HStA Darmstadt, G 12 A Nr. 10/4: Erfahrungs- und Einsatzberichte der Bereitschaftspolizei. Band 4: 1932 März-Dezember.

<sup>63</sup> Vgl. Schäfer, Franz Josef: Das Gerücht von einem Hitlerbesuch Bensheims im April 1932. In: Mitteilungen des Museumsvereins Bensheim e.V. Verein für Regionalgeschichte und Denkmalpflege Nr. 51, 1. Halbjahr 2005, S. 64-69.

<sup>64</sup> Vgl. Schäfer, Franz Josef: Straßenschlacht zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Der gewaltsame Tod des Joseph Mai vom 11. Februar 1933 am Ritterplatz in Bensheim. In: Mitteilungen des Museumsvereins Bensheim e.V. Verein für Regionalgeschichte und Denkmalpflege Nr. 43, 2. Halbjahr 2000, S. 30-38.

<sup>65</sup> HStA Darmstadt, G 15 Bensheim Q 95.



Pistole sei nicht geladen und versuchte die Männer erneut zu attackieren. Daraufhin gab Arnold mehrere Schüsse ab. Ein Schuss davon traf Joseph Mai, einen 22jährigen Unbeteiligten, der nur auf dem Weg zur Post war. Einige andere wurden ebenfalls von den Schüssen getroffen, wurden jedoch nicht lebensgefährlich verletzt.

In den Prozessen des Vorfalles wurden wegen „*Bensheimer Landfriedensbruches*“ neun Kommunisten und Sozialdemokraten angeklagt. Das Urteil fiel so aus, dass zwei der Angeklagten eine Gefängnisstrafe von sieben Monaten erhielten und eine weitere Person zu vier Monaten Freiheitsentzug verurteilt wurde. Wilhelm Jährling, der Reichenbacher SPD-Vorsitzende, der sich auch in der Menschenmenge befand, wurde mit der Höchststrafe von zehn Monaten verurteilt.

In dem Verfahren gegen Heinrich Arnold führte dieser aus, dass er aus Notwehr gehandelt habe. Zuerst bestritt er, dass er Joseph Mai getötet habe, gestand aber schließlich ein, dass der Schuss nur dem SPD-Vorsitzenden Jährling gegolten habe. Arnold wurde also wegen fahrlässiger Tötung zu einer gerade mal einjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Das „*Bergsträßer Anzeigblatt*“ (BA) hingegen schrieb in seinem Artikel vom 13. Februar zu diesem Vorfall, alle Zeugenaussagen hätten dafür gesprochen, dass Arnold aus Notwehr gehandelt habe. Diese Zeugenaussagen sind jedoch höchst fragwürdig, da die Zeitung selbst einen Artikel veröffentlichte, in dem ausschließlich Zeugen für die Übergriffe auf die Nationalsozialisten gesucht wurden und nicht etwa Personen, die eventuell auch die SS-Männer belasten könnten:

*„Diejenigen Personen, die [...] Zeugen der Vorkommnisse auf dem Ritterplatz waren, insbesondere solche, die Personen erkannt haben, die Nationalsozialisten von ihren Fahrrädern herunterwarfen und schwer misshandelten, werden gebeten, sich umgehend [...] zu melden.“<sup>66</sup>*

Bei einem anderen Vorfall, ebenfalls vom 11. Februar, bei dem ein Nationalsozialist namens Riebel aus Auerbach getötet wurde, dauerten die polizeilichen Untersuchungen bis zum 17. Februar an. Die Behörden suchten dabei fieberhaft nach dem Täter und befragten etwa fünfzig Zeugen. Das BA berichtete am 17. Februar vom Untersuchungsergebnis, wobei der Täter sofort als „*politisch Linkstehender*“ beschrieben wurde, was erneut die Propaganda der NSDAP dokumentierte. Während der Mord an Riebel tagelang untersucht wurde, um den Täter ausfindig zu machen, kommt Heinrich Arnold, der nicht nur Menschen mit einer Schusswaffe bedroht, sondern einen Unbeteiligten erschossen hatte, mit einer Freiheitsstrafe von zehn Monaten davon.

Aufgrund der einseitigen Berichterstattung durch das „*Bergsträßer Anzeigblatt*“ ist es nicht verwunderlich, dass die Bevölkerung zur damaligen Zeit ein negatives Bild von KPD und SPD bekam. Beide Parteien wurden als störende und ständig demonstrierende Ansammlung von Unruhestiftern und Schlägern beschrieben. Die Zeitung legte bei ihren Berichten dabei den Schwerpunkt darauf, die beteiligten Personen in politische Gruppen zu unterteilen, wobei die Nationalsozialisten immer in der Unterzahl und im Recht gewesen seien. Folgendes Beispiel aus dem Jahre 1932 sei angeführt:

*„Die Schönberger Prügelei vor Gericht*

*Am Montag morgen begann vor dem Bezirksschöffengericht Darmstadt die Verhandlung wegen des Schönberger Landfriedensbruchs. Über den ersten Verhandlungstag schreibt das D.T.: Zweiundzwanzig Angeklagte, größtenteils Bensheimer drängen sich am Montag auf die Anklagebank des Bezirksschöffengerichts: 15 Kommunisten, 2 Angehörige des Reichsbanners, 1 Parteiloser und 4 Nationalsozialisten. Die ersten 17 sind wegen Landfriedensbruchs angeklagt, die ersten 4 als Rädelsführer, die anderen zum Verbrechen der Tötung aufgefordert zu haben, und in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung. Der 18. Angeklagte und Parteilose wird beschuldigt, den ersten 17 mit Rat und Tat Beistand geleistet zu haben. Drei der Nationalsozialisten sind wegen verbotenen Waffentragens, zwei in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung und einer wegen Bedrohung angeklagt. Die Ermittlungen haben etwa folgendes ergeben: Am 4. Januar veranstalteten Nationalsozialisten einen Umzug in der Bensheimer Umgegend und nahmen dabei auch auf dem Schönberger Sportplatz Turnübungen vor. Als sie gerade weitermarschieren wollten, stürmten plötzlich Kommunisten, mit Knüppeln bewaffnet, auf den Sportplatz und es entstand eine Prügelei, bei der auf*

---

<sup>66</sup> Bergsträßer Anzeigblatt vom 14. Februar 1933.

seiten der Nationalsozialisten sechs Verletzte, auf seiten der Kommunisten zwei Verletzte zurückblieben. Die Kommunisten sollen sich zusammengetan und mit Knütteln bewaffnet haben, um mit vereinten Kräften gegen die Nationalsozialisten vorzugehen. Am Vormittag werden die Angeklagten gehört, und es überkommt einem Erstaunen, daß man gegen so gänzlich 'unschuldige' Männer überhaupt Anklage erheben konnte. Keiner hatte vor, zu prügeln, sie wollten nur Frieden stiften mit ihren Holzprügeln, weil schon eine Schlägerei gewesen sei. Aber keiner will geschlagen haben, sie hatten nur 'Spaziersteckelche', die sie sich zum Spaziergehen im Walde geschnitten hatten. Am Nachmittag werden 15 Zeugen vernommen, die die Illusionen zunichte machen und bezeugen, daß die Kommunisten sich ganz kräftige Prügel geschnitten und die Nationalsozialisten ohne Anlaß überfallen hätten. Am Schluß stellt der Verteidiger den Antrag, den Haftbefehl gegen die vier ersten, noch in Untersuchungshaft befindlichen Angeklagten aufzuheben, was jedoch vom Gericht abgelehnt wird. - Die Verhandlung wird dann auf Dienstag vorm. 9 Uhr vertagt.<sup>67</sup>

Über weitere „politische Zusammenstöße“ berichtete das „Bergsträßer Anzeigblatt“ am 13. Februar 1933:

## Politische Zusammenstöße in Auerbach und Bensheim

Blutige Schlägerei am Freitag. — Schwere Zusammenstöße am Samstag nachmittag.  
Tragischer Tod eines jungen Bensheimers.

Bensheim, 13. Febr. Am Freitag und Samstag kam es zu politischen Zusammenstößen ernsthafter Natur. Wie uns vom hiesigen Polizeiamt mitgeteilt wird, wurde am Freitag vormittag um 1/10 Uhr ein junger Mann aus Wilmshausen Namens Madritsch der Mitglied der NSDAP ist, von 30—40 Andersdenkenden in der Hauptstraße überfallen und so schwer verletzt, daß er noch am selben Abend in das Bensheimer Hospital eingeliefert werden mußte. Der junge Mann kam vom Arbeitsamt und hatte die Absicht, noch einige Einkäufe in Bensheim zu tätigen. Um allen politischen Reibereien aus dem Wege zu gehen, soll er sein politisches Abzeichen und die Mütze in die Tasche gesteckt haben.

Wie man hört, soll Madritsch einen Bluterguß im Kopf davongetragen haben.

Der zweite Vorfall ereignete sich am Samstag mittag zwischen 4 und 5 Uhr. Nachdem mittags um 3 Uhr eine Kundgebung von Kommunisten und der Eisernen Front in Auerbach stattgefunden hatte, ereignete sich eine Schießerei vor dem Hallwachschen Anwesen zwischen Anhängern der Linken und Nationalsozialisten. Hierbei wurden ungefähr 20 Schuß gewechselt. Zwei Mann trugen dabei Schußverletzungen am Bein davon. Die Demonstranten der Linken sammelten sich und trafen am Ritterplatz auf 5 von Reichenbach kommende SS-Leute. Die Nationalsozialisten befanden sich per Rad auf dem Wege nach Auerbach. Sofort wurden die 5 Leute von der 200 Mann starken Uebermacht angegriffen, der eine Radfahrer zu Boden geschlagen und mit den Füßen getreten. Der zweite SS-Mann mußte von der Schußwaffe Gebrauch machen und traf dabei den 22 jährigen Josef Mai aus Bensheim, der sich auf dem Wege zur Post befand so unglücklich, daß er sofort tot war. Die Menge stob auseinander und nur diesem Umstand ist zu verdanken, daß der auf dem Boden liegende SS-Mann sich retten konnte. Bei dem Schützen handelt es sich um den SS-Mann Heinrich Arnold aus Reichenbach, der seit dem Vorfall flüchtig ist. Die Zeugenauslagen sprechen dafür, daß Arnold unbedingt in Notwehr gehandelt hat.

Das Ueberfallkommando ist seit Samstag mittag mit mehreren Wagen in Bensheim und Auerbach zur Stelle, um die Ruhe, Ordnung und Sicherheit aufrecht zu erhalten.

Es wird allseits als ein großer Glücksfall bezeichnet, daß die von der Polizei gezeigte Mäßigkeit am Samstag nachmittag auf dem Marktplatz ohne Zwischenfälle verlief. Umso mehr, als die Nachrichten über die schweren Zusammenstöße in Bensheim zu diesem Zeitpunkt bereits bekannt waren. Von der hiesigen Geschäftswelt werden die häufigen Demonstrationen der letzten Tage bereits als große Schädigung empfunden.

Sehr aktiv war auch die „Neuapostolische Gemeinde“ in Reichenbach, deren Mitglieder sich durchweg aus SPD- und KPD-Leuten zusammensetzte. Ihr wurde am 31. August 1934 jede Betätigung untersagt. Es sollte gegebenenfalls sofort an das Hessische Staatspolizeiamt in Darmstadt berichtet werden.<sup>68</sup> Als im März 1933 ein so genannter Reichskommissar in Hessen eingesetzt wurde, nahm die Verfolgung politischer Gegner dramatische Formen an. SA-Sturmabteilungsführer Eichel übernahm das Bensheimer Polizeiamt und ließ daraufhin das Volkshaus stürmen. Hier wurden Schusswaffen, Munition und „marxistische Fahnen“ beschlagnahmt. Letztere wurden vor dem Volkshaus verbrannt. Das „Bergsträßer Anzeigblatt“ berichtete am 7. und 8. März 1933:

<sup>67</sup> Bergsträßer Anzeigblatt vom 31. März 1932.

<sup>68</sup> HStA Darmstadt, G 15 Bensheim Q 119.

## Nationalsozialistische Säuberungsaktion in Bensheim

Durch die Einsetzung eines Reichskommissars in Hessen, haben die Säuberungsaktionen auch in Bensheim ihren Anfang genommen. Heute vormittag erschienen der Sturmbannführer der SA Eichel auf dem hiesigen Polizeimitz. erklärte dem Polizeioberinspektor Wählig, daß er von der Gauleitung bzw. vom dem neuen Reichskommissar beauftragt sei, das Bensheimer Volkshaus zu besetzen. Der Polizeimeister Brann und der Polizeiwachtmeister Hofmann wurden entwaffnet und beurlaubt. Die SS. und SA. besetzte dann im Verein mit der Polizei das Volkshaus und nahm eine gründliche Untersuchung vor. Es wurden Schusswaffen, Schlagwaffen und mehrere Munition gefunden. Die marxistischen Fahnen wurden mit Flugblättern und sonstigem Material verbrannt. Vor dem Volkshaus liegt vor Redaktionsklub noch der brennende Scheiterhaufen. Bewaffnete SA. hat vor dem Volkshaus Aufstellung genommen; die Räume des Volkshauses sind besetzt. An dem Fahnenmast auf dem Dache des Volkshauses weht jetzt die Hakenkreuzfahne. Im Laufe des heutigen vormittags sind die Sozialdemokraten Kraege, Meß und die Kommunisten Graf, Zeller, Menges und Kindinger in Schutzhaft genommen worden. In dem Bensheimer Strahlen patrouillieren bewaffnete SA.-Männer und Stahlhelmpatrouillen und sorgen für Ruhe und Ordnung. Weitere polizeiliche Aktionen sind am heutigen Tage noch zu erwarten.

### Hausdurchsuchungen und Waffenfunde auch in Auerbach und Hochstädten.

Wie wir kurz vor Redaktionsklub erfahren, wurden auch in Auerbach und Hochstädten Hausdurchsuchungen bei politisch verdächtigen Einwohnern durchgeführt. Es sind u. a. Handgranaten, Schusswaffen und Munition beschlagnahmt worden. Auch hier sorgen bewaffnete SA. und Stahlhelmpatrouillen gemeinsam mit Polizeiorganen für Ruhe und Ordnung. Die betr. Wohnungsinhaber wurden verhaftet. Nähere Einzelheiten folgen in der morgigen Ausgabe.

Die Mehrheitsverhältnisse im Kreise Bensheim. Bei näherer Betrachtung des Reichstagswahlergebnisses vom Sonntag kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß die Nationalsozialisten in 30 Ortschaften von den insgesamt 44 Gemeinden unseres Kreises Bensheim, also in  $\frac{2}{3}$  aller Kreisgemeinden, die absolute Mehrheit erringen konnten. Auch das Ergebnis der Stadt Bensheim selbst ist interessant. Während noch bei der Novemberwahl das Zentrum die stärkste Partei am Platze war, ist jetzt die NSDAP. die stärkste Partei in der Stadt Bensheim. In Bensheim fehlten den Nationalsozialisten nur 4 Stimmen an der absoluten Mehrheit. Die Orte Knoden und Seidenbuch wählten rein nationalsozialistisch. In Kolmbach konnten die Nationalsozialisten gerade soviel Stimmen erzielen wie alle anderen Parteien zusammen. Das Zentrum hat nur noch in drei Kreisorten (Fehlheim, Klein-Dausen und Wattenheim) die absolute Mehrheit.

(7. März 1933)

Auerbach, 8. März. (Große Säuberungsaktionen und Hausdurchsuchungen.) Wie überall so wurden auch hier in Auerbach bei großen Rundgebungen auf allen öffentlichen Gebäuden die Hakenkreuzfahne und die schwarz-weiß-rote Fahne gehißt. Die marxistischen Fahnen wurden verbrannt. Am gestrigen nachmittag begann alsdann die große Säuberungsaktion und Hausdurchsuchungen bei sozialdemokratischen Einwohnern. Dabei wurden gefunden: 2 Infanteriegewehre, 1 Karabiner, 1 Handgranate, 4 Revolver, mehrere Munition und 4 Totschläger. Es wurden in Haft genommen: Rektor und Gemeinderat Wilhelm Meyer, Gemeinderat Wilh. Reinert, Zimmermann, Otto März, Berichterstatter des „Volksfreundes“, Franz Strzoda, Landwirt, Hochstädten, Hans Karel, Franz Hannmacher, Chr. Gehrich, Hochstädten, ferner die jüdischen Einwohner von Auerbach Hermann Hahn, Moritz Hahn, Albert Hahn und Albert Israel.

Am 9. März meldete das Lokalblatt, dass die inhaftierten Auerbacher wieder freigelassen worden seien. Weiter Haussuchungen und Verhaftungen wurden vom BA am 3. April 1933 vermerkt:

„Am Samstag nahm die SS in Schönberg Haussuchungen vor, die von sehr großem Erfolg waren. Bei dem bekannten Kommunisten Wafennüller fand man 1 Gewehr, Messer usw. Wafennüller und dessen

*Sohn sowie weitere 5 Schönberger Einwohner wurden in diesem Zusammenhang verhaftet und in das Gefängnis in Bensheim eingeliefert. Die Aktion wurde fortgesetzt. nach 24 Uhr nachts wurde die Kirche durchsucht. Unter einem Heizungsposten fand man Pistolen und Munition. In der Gartenhütte des Kommunisten fiel der Polizei Munition in die Hände. Wafenmüller soll wiederholt geäußert haben, den SS-Sturmführer Heinrich Riebel (Auerbach) zu erschießen. In Bensheim wurde der Sohn des Maurers Rettig verhaftet.“*

Im Zuge dieser „Säuberungsaktionen“ wurden im gesamten Kreis Wohnungen politischer Gegner durchsucht, Gegenstände beschlagnahmt und Personen verhaftet. So wurden sowohl Mitglieder der SPD als auch der KPD, darunter auch Jakob Kindinger, in Schutzhaft genommen. Diese wurden in das bereits unmittelbar nach der so genannten Machtergreifung eingerichtete KZ Osthofen bei Worms eingeliefert. Beispielhaft wird diese Vorgehensweise im nachfolgenden Artikel aus dem „Bergsträßer Anzeigblatt“ vom 3. Juni 1933 dokumentiert:

*„Nach Osthofen verbracht wurde der dem Bensheimer Reichsbanner angehörende Ph. Rettig, Maurer, wohnhaft Hintergasse. Bei Rettig handelt es sich um einen in Bensheim bestens bekannten Gegner der NSDAP, der sich jetzt noch nicht mit der neuen Zeit abfinden konnte. Seine abfälligen Äußerungen musste er deshalb mit der Wanderung in das Konzentrationslager bezahlen.“*

Der „Starkenburger Bote“ berichtete in seiner Ausgabe vom 7. März 1933 über die Schließung des „Volkshauses“: *„Die Fahne der Eisernen Front wurde heruntergeholt und verbrannt und die Hakenkreuzfahne gehißt. Die Besetzung erfolgte, wie uns mitgeteilt wurde, deshalb, weil Gefahr für die öffentliche Sicherheit bestand. Es wurden einige Waffen gefunden und das Haus wird gegenwärtig noch weiter durchsucht. Die sozialdemokratischen und kommunistischen Führer Metz, Graf, Zöller und Menges wurden in Schutzhaft genommen, um zu verhindern, daß sie ihre Anhänger aufwiegeln.“*

Im „Bergsträßer Anzeigblatt“ vom 3. August 1933 war zu lesen: *„Verhaftet und nach Osthofen gebracht wurde heute vormittag der Kaufmann Moritz Hahn, Teilhaber der Firma Hessische Handelsgesellschaft Simon Hahn Ww hierselbst. Die Verhaftung erfolgte wegen abfälliger Bemerkungen über die derzeitige Regierung. Dieser Jude wagte es, seiner christlichen Hausangestellten den Ausdruck Hitlermensch ins Gesicht zu schleudern.“*

In ähnlicher Weise wird am 28. August 1933 im „Bergsträßer Anzeigblatt“ über Ludwig Guthorn berichtet:

*„Nach Osthofen verbracht wurde am vergangenen Samstag der hiesige Jude Ludwig Guthorn, wohnhaft Sprengerstr. 6, der es fertig brachte, den Hitlergruß durch eine infame Glossierung<sup>69</sup> herabzuwürdigen. Das der jüdischen Rasse eigentümliche Charaktermerkmal, alles nationale Denken und Empfinden lächerlich zu machen und in den Schmutz zu ziehen, kam auch bei diesem Verhalten deutlich zum Vorschein. Der übrigen Bensheimer Judensippschaft sei die gerechte Abwehrmaßnahme des nationalsozialistischen Deutschlands eine Verwarnung.“<sup>70</sup>*

Am 24. Mai 1933 wurde Franz Büttner eingeliefert, am 14. Juni 1933 Franz Rettig und am 2. Juni 1933 Philipp Rettig.

Immer wieder erfahren die Leser des Bergsträßer Anzeigblatts von neuen Inhaftierungen:

*„In das KZ nach Osthofen verbracht wurden am 22. März die Bensheimer Einwohner Paul Thiem, wohnhaft in der Mittleren Hasengasse, Johannes Pfleger, Frenaystraße und Ludwig Weiß, Neugasse 40, weil sie in der Nacht vom 21. zum 22. März auf dem Nachhauseweg von Lorsch nach Bensheim von dem Beamten des Schutz- und Sicherheitsdienstes, dem SS-Mann Schambach (Lorsch) bei dem Rufen von `Rot-Front` und dem Singen kommunistischer Lieder erwischt wurden.“<sup>71</sup>*

*„Bensheim, 3. Juni 1933. Nach Osthofen verfrachtet wurde gestern Jakob Mühlum aus Pfungstadt und der Bensheimer Philipp Rettig. Bei Rettig handelt es sich um einen in Bensheim wohlbekannten Gegner der NSDAP. Seine abfälligen Äußerungen mußte er mit der Wanderung nach Osthofen bezahlen.“*

<sup>69</sup> Guthorn wird vorgeworfen, auf den Hitlergruß mit „Heil Quetschenkuchen!“ geantwortet zu haben.

<sup>70</sup> Bergsträßer Anzeigblatt vom 28. August 1933, zitiert nach: Blüm, Diether: Beiträge zur Geschichte der Bensheimer Juden. In: Bergsträßer Heimatblätter. Beiträge zur Heimatkunde von Bensheim und Umgebung, Nr. 39 vom 6. März 1987.

<sup>71</sup> Bergsträßer Anzeigblatt vom 24. März 1934.

*„Bensheim, 28. April 1934. Ein Rundfunkteilnehmer, der mit einem besonderen Gerät wiederholt absichtlich den Rundfunk störte, ist von der Kriminalpolizei ermittelt und zu 1 Monat Gefängnis verurteilt worden.“*

*„Bensheim, 24. Januar 1934. Obsthändler Röder aus Auerbach wegen Vorbereitung zum Hochverrat vom Sondergericht Darmstadt zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.“*

Im Mai 1933 vermeldete das *„Bergsträßer Anzeigebblatt“* einen Überfall auf einen SA-Mann: *„In der Nacht von Donnerstag auf Freitag wurde der Bensheimer SA-Mann Schneider, wohnhaft in der Lammertsgasse, von einem unbekannten Täter überfallen und niedergeschlagen. In bewußtlosem Zustand wurde er am nächsten Morgen aufgefunden. Schneider wurde mit Steinen beworfen und als er nach dem Steinwerfer suchte, erhielt er einen schweren Schlag auf den Kopf, so daß er zusammenbrach. Der gerufene Arzt stellte eine Gehirnerschütterung fest. Die Untersuchung ist eingeleitet. Hoffentlich gelingt es, den roten Wegelagerer zu ermitteln, der seiner gerechten Strafe dann nicht entgehen dürfte.“*

Als deutliches Symbol der Machtübernahme wurden überall Hakenkreuzfahnen gehisst. Auch in Bensheim und Umgebung erzielte die NSDAP eine klare Mehrheit bei der Kreistagswahl und konnte somit das Zentrum ablösen, das sich nur in drei Ortsteilen im Kreis gegen die Nationalsozialisten durchsetzen konnte.<sup>72</sup> Das *„Bergsträßer Anzeigebblatt“* verkündete am 19. August 1934 das Ergebnis der Volksabstimmung in Bensheim:

*„Ja-Stimmen: 5728. Nein-Stimmen: 1025: 17,9 % Nein-Stimmen.“*

### **3. Jakob Kindingers Widerstandstätigkeit 1933 bis 1935**

#### **3.1 Strukturen und Strategien des KPD-Unterbezirks Bergstraße zu Beginn der dreißiger Jahre**

*„Erst mit dem Beginn des Jahres 1930 wurde die Schulungsarbeit in unserem Bezirk auf eine breite Basis gestellt. Bis dahin war die Durchführung der Schulungsarbeit mangels geeigneter proletarischer Propkader fast ausschließlich einigen Intellektuellen überlassen. Daraus ergab sich naturgemäß eine abstrakte, theoretische Schulung, die nur in wenigen größeren Ortsgruppen, unabhängig von den konkreten Aufgaben der Partei, durchgeführt wurde [...] Die Heranziehung einer Reihe guter Funktionäre aus den unteren Parteieinheiten als Propagandisten ermöglichte eine Schulung auf breiterer Basis und nahm gleichzeitig konkreten Charakter an.“<sup>73</sup>*

Im Winter 1930/1931 legte die KPD sehr großen Wert auf eine systematische Schulung. Anfängerkurse mit dem Thema *„Was wollen die Kommunisten?“* und Funktionärskurse mit dem Thema *„Strategie und Taktik des Leninismus“* wurden organisiert, *„um der Parteimitgliedschaft, die nach der Reichstagswahl 1930 in unserem Bezirk rasch anwuchs, eine politische Grundlage für ihre praktische Parteiarbeit zu geben.“<sup>74</sup>* Dem großen Ansturm auf diese Kurse war das vorhandene Propagandisten-Kader nicht gewachsen.

Schulen, die die Qualität der neuen, jungen Funktionäre prüften und ihre Kenntnisse erweiterten, wurden eingerichtet. Die Gebietspropagandistenschule in Heidelberg war durch den Bezirk Bensheim durch neun Propagandisten aus Unterbezirken besucht.<sup>75</sup>

Nach den Reichstagswahlen im November 1932 war die KPD mit 16,9 % der abgegebenen Stimmen nach der SPD (20,7 %) und der NSDAP (33,1 %) die drittstärkste politische Kraft. Ende 1932 betrug die Zahl ihrer eingeschriebenen Mitglieder 360000. Im April 1932 waren 85 % aller Mitglieder erwerbslos.

---

<sup>72</sup> Zeitungsartikel des Bergsträßer Anzeigebblatts vom September 1930 bis 7. Oktober 1930; Zeitungsartikel aus dem *„Bergsträßer Anzeigebblatt“* vom 13. Februar 1933 bis 13. März 1933.

<sup>73</sup> Archiv der Stadt Bensheim, Abt. 16 Parteien, Wahlen, Politik D-F.

<sup>74</sup> Ebd.

<sup>75</sup> Ebd.

Die Bezirksleitung in Frankfurt war nach Angaben des Bezirksparteitages vom Dezember 1932 für 16762 Mitglieder zuständig, die in etwa 530 Ortsgruppen, Stadtteil- oder Betriebszellen organisiert waren.<sup>76</sup> Die Partei fasste in zahlreichen Unter- und Nebenorganisationen zudem eine große Zahl von Sympathisierenden.<sup>77</sup>

Unmittelbar nach dem Reichstagsbrand wurde das Existenzrecht der KPD in der Notverordnung des Reichspräsidenten „zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933 in Frage gestellt. Versammlungsverbote, Beschlagnahmungen von Propagandamaterialien beeinträchtigten das Reichstagswahlergebnis vom 5. März 1933 zum Nachteil der KPD. In Bensheim entfielen am 5. März 1933 auf die KPD 665 Stimmen (10,34 %). Die NSDAP überrundete mit 2235 Stimmen (34,74 %) die bisher unangefochtene Zentrumsparterie, auf die 2138 Stimmen (33,23 %) entfielen. Die Mandate der KPD wurden drei Tage nach der Reichstagswahl für null und nichtig erklärt.

NSDAP	2235 (34,74 %)
SPD	963 (14,97 %)
KPD	665 (10,34 %)
Zentrumsparterie	2138 (33,23 %)
Kampffront Schwarz-Weiß-Rot	195 (3,03 %)
Deutsche Volkspartei	115 (1,79 %)
Christlich-Sozialer Volksdienst (Ev. Bewegung)	58 (0,9 %)
Deutsche Staatsparterie	64 (0,98 %)
Abgegebene gültige Stimmen	6433

Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März 1933 in Bensheim<sup>78</sup>

Nach dem „Vorläufigen Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ vom 31. März 1933 erfolgte die Auflösung der Volksvertretungen der Länder und der gemeindlichen Selbstverwaltungskörper, die anschließend nach den Ergebnissen der Wahl zum Deutschen Reichstag vom 5. März 1933 neu zu bilden waren. Dabei durften die KPD-Stimmen nicht berücksichtigt werden. Die Wahlkommission unter Vorsitz von Dr. Rudolf Angermeier legte am 22. April 1933 auf Grund der eingegangenen Wahlvorschläge die neue Sitzverteilung des Bensheimer Stadtrates fest: Auf NSDAP und Zentrum entfielen jeweils sieben Sitze, die SPD drei und auf den Gemeinsamen Wahlvorschlag der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot, Deutsche Volkspartei und Christlich-Sozialer Volksdienst ein Sitz. Zwei Tage später, am 24. April 1933 wurden Bürgermeister Angermeier und die beiden Beigeordneten Wilhelm Hemmes und Peter Krenkel amtsenthoben. „Unter demonstrativer Begleitung dreier SA-Stürme der Standarte 221 unter dem Kommando des Standartenführers Hans Eichel (1890-1948) und der SS zog der junge Regierungsassessor Heinrich Nachtigall (1900-1943), der vom hessischen Innenminister zum kommissarischen Bürgermeister ernannt worden war, zum Rathaus, forderte von Angermeier die Herausgabe der Schlüssel und schickte ihn, wie Angermeier nach dem Krieg in seinem Fragebogen an die Militärregierung angab, `durch die Hintertür nach Hause`.“<sup>79</sup> Die rechtliche Voraussetzung für die Absetzung Angermeiers bildete die „Verordnung zur Sicherung der Verwaltung der Gemeinden“, die

<sup>76</sup> Engelke, Rolf/Form, Wolfgang: Kommunistischer Widerstand und NS-Verfolgungspraxis in Hessen. In: Knigge-Tesche, Renate/Ulrich, Axel (Hrsg.): Verfolgung und Widerstand in Hessen 1933-1945. Frankfurt/Main 1996, S. 214.

<sup>77</sup> Herlemann, Beatrix: Kommunistischer Widerstand. In: Lexikon des deutschen Widerstandes. Herausgegeben von Wolfgang Benz und Walter H. Pehle. (1994) Frankfurt/Main 2001, S. 28. Beispielhaft für die parlamentarische Arbeit der KPD vor Ort ist der nachfolgende Eintrag im „Protokollbuch des Gemeinderates Auerbach 14. September 1932 bis 24 Oktober 1935“ vom 21.12.1932. „Anträge der KPD auf

a) Gewährung einer Winterbeihilfe

b) Einstellung der Pflichtarbeit für Wohlfahrtserwerbslose

c) Ermäßigung von Licht-Strom- und Gas und Wasserpreis an sämtliche Unterstützungsbedürftige.

(a) wurde genehmigt

b) Einstellung soll nicht erfolgen. Bei zu strenger Kälte soll ausgesetzt werden)

c) Der Bürgermeister soll als Aufsichtsratsmitglied beim Gaswerk dies zur Sprache bringen

<sup>78</sup> Maaß, Rainer: „Gleichschaltung“ auf kommunaler Ebene: Das Beispiel des Bensheimer Stadtrates 1933/35. In: Geschichtsblätter Kreis Bergstraße 38, 2005, S. 198.

<sup>79</sup> Ebd., S. 202. Maaß bezieht sich auf: Archiv der Stadt Bensheim, KV 3834/2: Bürgermeister Dr. Angermeier.

vom hessischen Gesamtministerium am 20. März 1933 auf Grund des eine Woche zuvor verabschiedeten hessischen Ermächtigungsgesetzes erlassen wurde.

In der Stadtratssitzung vom 28. April 1933 gab der Sprecher der NSDAP-Fraktion bekannt, dass die NSDAP-Fraktion mit dem Vertreter der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot eine Arbeitsgemeinschaft eingegangen sei. Am 26. Mai legten die drei SPD-Vertreter ihre Mandate nieder und am 10. Juli die Vertreter des Zentrums. Anfang 1934 wurde Heinrich Nachtigall zum Bürgermeister von Bingen berufen und der kommissarische Bürgermeister von Auerbach, Georg Brückmann (1896-1973), zu seinem Nachfolger ernannt. Nach der „Deutschen Gemeindeordnung“ vom 1. April 1934 wurden die Ratsherren vom Beauftragten der NSDAP im Benehmen mit dem Bürgermeister auf sechs Jahre berufen. Sie hatten lediglich eine beratende Funktion. Im Bensheimer Stadtrat übten zehn Nationalsozialisten die ihnen zugewiesene beratende Funktion aus.<sup>80</sup> Die KPD-Bergstraße leistete Ende 1932/Anfang 1933 Parteiarbeit dergestalt, indem sie zu Demonstrationen und Kundgebungen aufrief, sich öffentlich versammelte und Themenabende veranstaltete. Die KPD verkaufte und verteilte Informationsbroschüren sowie Parteizeitungen an Mitglieder.

Eine KPD-Kinderbewegung konnte im Gendarmeriebezirk Bensheim nicht festgestellt werden.

### 3.2 Die Untergrundtätigkeit der KPD in Südhessen 1933 bis 1935

Bereits seit Herbst 1932 hatte sich die KPD auf die bevorstehende Zeit der Illegalität vorbereitet. So wurden für führende Funktionäre Ausweichquartiere geschaffen und geheime Verstecke mit Schreibmaschinen, Druckapparaten mit Papiervorräten angelegt. Organisatorisch wurden ab 1933 mehrere Bezirke zu einem Oberbezirk zusammengefasst, der mit der Auslandsleitung durch Instrukteure verbunden war. Außerdem wurde ein Netz von Grenzstellen eingerichtet. Von dort aus sollten mit Hilfe von Kurieren vom Ausland aus Propagandamaterial verteilt werden. Der KPD-Oberbezirk Südwest umfasste die Bezirke Hessen-Frankfurt, Hessen-Kassel, Baden-Mannheim, Pfalz-Kaiserslautern und das Saargebiet. Für Hessen-Frankfurt befand sich der Grenzstützpunkt bis 1935 zunächst in Saarbrücken und dann in Saarlouis. Der Unterbezirk Südhessen wurde vorwiegend aus dem Saargebiet beliefert. Ein großer Teil der KPD-Flugblätter und -Zeitungen wurde allerdings auch im Inland hergestellt. Die Broschüren trugen oft Titel wie „Laufen und Gehen“ oder „Die Nähmaschine - ihre Behandlung und Reparatur“.

Auch nach der NS-Machtübernahme in Hessen am 6. März 1933 bemühten sich die Kommunisten trotz starker Verfolgungswelle ihre eigene Parteistruktur auf regionaler und örtlicher Ebene zu erhalten. Dies erwies sich als schwierig, weil die Kreisämter durch Erlass des Reichsinnenministers vom 1. März 1933 angewiesen wurden, kommunistische Publikationen und Plakate einzuziehen. *„Eine Flut von Hausdurchsuchungen bei exponierten Kommunisten war die Folge: Dorf für Dorf, Straße für Straße, teilweise Haus für Haus. So wurden im Kreis Bensheim in den ersten Märztagen in mindestens 15 Orten Wohnungen von wenigstens 50 Personen durchsucht und Materialien und Gegenstände vom 'staatsgefährdenden' KPD-Flugblatt bis hin zum für Kurierfahrten benötigten Motorrad beschlagnahmt.“*<sup>81</sup>



Aus einem Flugblatt der KPD-Ortsgruppe Heppenheim vom Februar 1933.

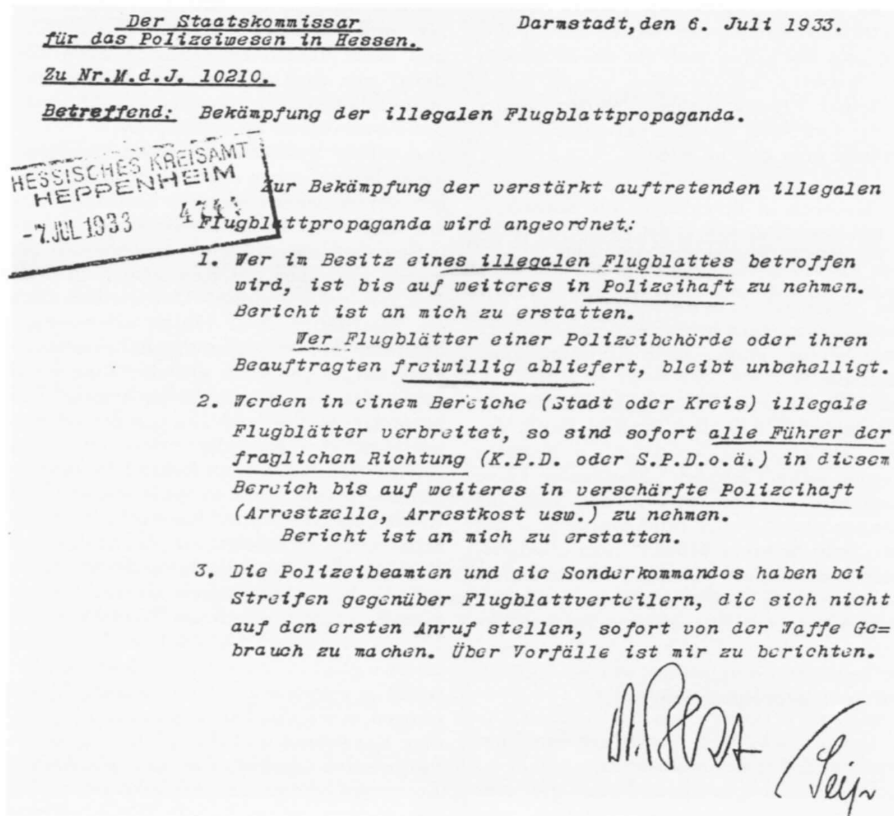
82

<sup>80</sup> Vgl. Ebd., S. 205-208.

<sup>81</sup> Engelke, Rolf/Form, Wolfgang: Kommunistischer Widerstand und NS-Verfolgungspraxis in Hessen. In: Knigge-Tesche, Renate/Ulrich, Axel (Hrsg.): Verfolgung und Widerstand in Hessen 1933-1945. Frankfurt/Main 1996, S. 221.

<sup>82</sup> Ebd., S. 222.





Schreiben des Hessischen Staatskommissars Werner Best an das Kreisamt Heppenheim. Werner Best: „Jeder Versuch, eine andere politische Auffassung durchzusetzen oder auch nur aufrechtzuerhalten, wird als Krankheitserscheinung, der die gesunde Einheit des unteilbaren Volkskörpers bedroht, gewertet und ohne Rücksicht auf das subjektive Wollen seiner Träger ausgemerzt.“ (Zit. bei M. Broszat, Nationalsoz. Konzentrationslager 1933–45, in: Anatomie des SS-Staats, Freiburg 1965, Bd. 2, S. 50).

83

Mit Beginn der Illegalität erfolgte die Umgliederung der KPD in „Fünfergruppen“, die unabhängig voneinander operierten, in denen die politische Lage besprochen und Mitgliedsbeiträge einkassiert wurden. Außerdem übernahmen diese Gruppen die Verteilung der Propagandamaterialien. Die politische Anleitung der einzelnen Gruppen erfolgte auf getarnten Treffen. 1934 erfolgte eine Neustrukturierung der KPD und eine Neubelebung von Nebenorganisationen wie „Rote Hilfe Deutschland“ (RHD), „Kommunistischer Jugendverband“ (KJVD), „Revolutionäre Gewerkschafts Opposition“ (RGO). Zu der Gruppe um Jakob Kindinger zählten: Karl Jaeckel (1869-1956), Heinrich Finn IV. (1905-1984), Ludwig Görlinger (1902-1974) und Georg Menges (1899-1984).

In einer Urteilsbegründung des Oberlandesgerichts Darmstadt gegen einen KPD-Funktionär vom 4. Oktober 1935 heißt es: „In den Jahren 1934, etwa vom April ab, und 1935 wurde in Darmstadt, Seeheim, Griesheim und in anderen Orten der Umgebung dieser Orte der Neuaufbau der illegalen kommunistischen Parteiorganisation und einer Hilfs-, bzw. Unterorganisation, der Roten Hilfe, vorgenommen.“

Kommunistische Zeit- und Druckschriften, insbesondere auch getarnte Hetzschriften und Streuzettel wurden regelmäßig bezogen, weitergeleitet und verbreitet, der eingehende Verkaufserlös einer Zentrale in Frankfurt a. Main zugeführt. Durch die Kassierung von Mitgliedsbeiträgen für die KPD und die Sammlung von angeblichen Unterstützungen für Angehörige der Strafe verbüßenden Kommunisten - genannt 'Rote Hilfe' - wurde der Ausbau der Organisation und der Zusammenhalt gefördert. [...].

Die Zentrale, in welcher die Organisationsfäden und die Gelder zusammenliefen, war die Bezirksleitung in Frankfurt a.M. In ihr waren tätige Bezirksinstruktoren, die die Werbetätigkeit für den Aufbau in den Unterbezirken zur Aufgabe hatten und Bezirkstechniker, die die Versorgung der einzelnen Bezirke mit Zeitungen, Druckschriften und Streuzetteln sicherstellten und die Gelder hereinholten.

Ein Bezirksinstrukteur, der Zeuge Wagner, erhielt den Auftrag, einen Unterbezirk Darmstadt aufzuziehen, unter Herstellung der Verbindung mit alten Darmstädter Kommunisten, Unterbezirksleiter

<sup>83</sup> Perker, Brigitte: Viernheim zwischen Weimar und Bonn. Demokratie und Diktatur in einer Kleinstadt 1918-1949. Viernheim 1988, S. 74.



wurde der bereits abgeurteilte Peter Schmidt aus Bickenbach, mit dem die ebenfalls abgeurteilte Maria Blank aus Darmstadt zusammenarbeitete.

Die Einteilung war so vorgesehen:

1. Die Stadt als eigenes Instruktionsgebiet.
2. Instruktionsgebiet Bergstraße (Bickenbach mit umliegenden Orten).
3. Instruktionsgebiet Ried-Griesheim.
4. Instruktionsgebiet nördlich von Darmstadt-Weiterstadt
5. Instruktionsgebiet östlich von Darmstadt-Ober-Ramstadt.<sup>84</sup>

In der zweiten Hälfte des Jahres 1934 gelang es trotz einer erneuten Verhaftungswelle in Darmstadt im Sommer 1934 das Organisationsnetz in einem großen Teil der Landgemeinden zu erhalten bzw. auszubauen. Vor allem entstand an der vorderen Bergstraße eine weit verzweigte Organisation, die teilweise in den Odenwald reichte und u.a. folgende Orte erfasste: Seeheim, Bickenbach, Hähnlein, Alsbach, Bensheim, Zwingenberg, Jugenheim, Reichenbach und Beedenkirchen. In diesem Instruktionsgebiet Bergstraße beteiligte sich auch Jakob Kindinger führend an den illegalen Aktivitäten der KPD bzw. der Roten Hilfe. Sie entwickelten teilweise eigene Beziehungen zur Bezirksleitung in Frankfurt und bekamen auf direktem Wege die illegalen Zeitschriften<sup>85</sup> oder übergaben das Geld für Beiträge und verkaufte Materialien. Im monatlichen Lagebericht des Hessischen Staatspolizeiamts für Dezember 1934 heißt es im Abschnitt B: „Staatsfeindliche Bewegungen“:

„1. KPD: Die Druckschriftenverteilung hat in der zweiten Hälfte des Berichtsmonats (Dezember 1934) zugenommen. Sehr rege war die KPD. In der Sylvesternacht, in der insbesondere in der Provinz Starkenburg Flugzettel mit Aufschriften wie `Nieder mit den NSBO-Bonzen. Nieder mit dem Säufer Ley. Nieder mit der faschistischen Betriebsordnung!`

`Kämpft für Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit! Kämpft für ein freies sozialistisches Deutschland!`

`Im neuen Jahr verschärfter Kampf zum Sturz des Hitlerfaschismus!`

`Rot Front der deutschen Arbeiterschaft. KPD.`

`Nieder mit dem faschistischen Terror und Mordregime. Nieder mit den Feme-Mördern.`

`Nieder mit Hitler, Göring, Goebbels. Nieder mit den Reichstagsbrandstiftern. Nieder mit der Hungerregierung.`

verbreitet wurden.“<sup>86</sup>

---

<sup>84</sup> Zit. n. Pingel-Rollmann, Heinrich: Widerstand und Verfolgung in Darmstadt und der Provinz Starkenburg 1933-1945. Darmstadt, Marburg 1985, S. 145. Siehe auch: HStA Wiesbaden Abt. 3024/F Nr. 1 Fiche 195-197 (NJ 13970): Anklage- und Urteilsschriften des Oberlandesgerichts Darmstadt in dem Strafverfahren gegen Willi Löchel und andere.

<sup>85</sup> „Dies sind keine Zeitungen, die mit den Mitteln der modernsten Technik gesetzt, umgebrochen und gedruckt werden, ihre Artikel werden nicht in hellen Redaktionsstuben auf der Schreibmaschine geschrieben. Sie entstehen unter ständiger Lebensgefahr in Dachkammern und Kellerräumen und werden abgezogen unter der letzten Anspannung der Nerven, unter dem Druck der Bedrohung durch die Schergen der Gestapo.“ (Tribunal September 1934). Dies Zitat aus dem Tribunal von 1934 verdeutlicht vielleicht am besten, unter welchen Bedingungen Zeitschriften und Flugblätter der Roten Hilfe Deutschland ab 1933 herausgegeben werden mußten. Es war schwierig, in der Illegalität Zeitungen zu produzieren, und die Gefahr dabei entdeckt zu werden, war immer da. Doch galt die Losung `für jedes verbotene Blatt ein Dutzend neuer illegaler`. Am weitesten verbreitet unter den regelmäßig erscheinenden Zeitungen der Roten Hilfe waren die MORP und das Tribunal. [...] Es gibt noch andere erhaltene Beispiele für regionale oder lokale Zeitungen der Roten Hilfe, die über einen längeren Zeitraum erschienen sind, wie beispielsweise Das Rote Fanal, das zwischen 1933 und 1935 im RH-Bezirk Baden-Pfalz erschien. »Die Zeitung wurde vorwiegend in Viernheim bei Mannheim hergestellt. Maria und Willy Mandel, die Organisatoren der RH in Baden-Pfalz, waren sowohl Verfasser der Artikel als auch Schreiber und Drucker der Zeitung. [...] sie hatten eine Vervielfältigungsstelle eingerichtet.« Das Proletarische Volksgericht erschien im Raum Hessen-Frankfurt zwischen 1933 und 1934 monatlich mit einer Auflage von 800 Exemplaren je Ausgabe. Insgesamt sind 27 Publikationen der RH bekannt, die in der Illegalität produziert wurden und die mehr als einmal erschienen.“

([http://www.nadir.org/nadir/archiv/PolitischeStroemungen/antirepression/rote\\_hilfe/20-rh-11.html](http://www.nadir.org/nadir/archiv/PolitischeStroemungen/antirepression/rote_hilfe/20-rh-11.html), (13. Dezember 2005).

<sup>86</sup> Zit. n. Pingel-Rollmann, Heinrich: Widerstand und Verfolgung in Darmstadt und der Provinz Starkenburg 1933-1945. Darmstadt, Marburg 1985, S. 149. Die periodischen Berichte und Tagesmeldungen des Staatspolizeiamts Darmstadt aus der Überlieferung des Geheimen Staatspolizeiamts befinden sich im Bundesarchiv Berlin. Mikrofiches sind im Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden vorhanden: Abt. 3024/F Nr. 11 Fiche 7-11 (17.01 St 3 Nr. 734). In der Meldung vom 4. Juni 1935 heißt es:

„Tagesmeldung

Anfang des Jahres 1935 begann die Gestapo die illegale Organisation des KPD-Bezirks Hessen-Frankfurt aufzurollen. „Nach einer vorläufigen Auswertung des vorhandenen Quellenmaterials wurden allein vom `Volksgerichtshof` und den hessischen Oberlandesgerichten zwischen 1933 und 1945 rund 2800 Personen verurteilt, die der PD oder einer ihrer Nebenorganisationen angehört hatten. Setzt man dies Zahlen mit den eingangs erwähnten Mitgliederzahlen der Partei von 1932 für die Bezirke Hessen-Frankfurt und Hessen-Kassel in Beziehung, so kann man davon ausgehen, daß rund 17 % aller ehemaligen KPD-Mitglieder und engen Sympathisanten der Partei als politische Gegner des NS-Regimes strafrechtlich verfolgt wurden.“<sup>87</sup> Im Mai 1935 folgte die systematische Aufrollung des Unterbezirks Darmstadt. Allein in den Monaten Mai und Juni wurden mindestens 75 Personen verhaftet, darunter Jakob Kindinger.

### 3.3. Jakob Kindingers Widerstandstätigkeit

Jakob Kindingers erste Kontakte mit der KPD fanden, wie bereits erwähnt, im Oktober 1929 statt, als er marxistische Kollegen in Oberfranken kennen lernte. Kindinger trat darauf in die Gewerkschaft ein und beschäftigte sich nun mit dem wissenschaftlichen Sozialismus, mit dem er sich auch sofort identifizieren konnte. Kindingers Klassenbewusstsein trat an die Stelle seiner gefühls- und klassenmäßigen Zugehörigkeit der Arbeiterbewegung.

„[...] und es wurde mir von Jahr zu Jahr klarer, dass es für die breiten Volksmassen keinen anderen Weg gibt, um aus dem sozialen Elend herauszukommen als den Weg zum Sozialismus.“<sup>88</sup>

Kindinger trat 1932 der KPD-Ortsgruppe Bensheim bei und begann sofort mit seinem Einsatz in den politischen Kämpfen.

„Durch meinen sofortigen aktiven Einsatz in diesen Kämpfen, die von der Partei damals geführt wurden, zog ich mir sehr schnell den ganzen Hass der dortigen Faschisten zu.“<sup>89</sup> In einem Lebenslauf vom 22. Januar 1946 schreibt Jakob Kindinger diesbezüglich: „Mit dem Anwachsen der politischen und wirtschaftlichen Kämpfen in den Jahren 1931/32 trat auch ich als Kommunist immer mehr in Bensheim in der Öffentlichkeit in Erscheinung.“<sup>90</sup> Kindinger wurde erstmals verhaftet, nachdem er beschuldigt worden war, während einer Auseinandersetzung von Kommunisten und Nationalsozialisten auf eine Person geschossen zu haben. Diese Anschuldigung konnte Jakob Kindinger jedoch mit einem Alibi abweisen, worauf Kindinger wieder auf freien Fuß gesetzt wurde.

„Sofort nach der Wahl vom 6. März 1933 wurde ich mit mehreren Genossen unserer Ortsgruppe wieder verhaftet, jedoch alle wieder nach einigen Tagen Haft auf freien Fuß gesetzt.“<sup>91</sup> Nach der Entlassung wurde die Parteiarbeit wieder fortgesetzt.

---

#### I. Festnahmen

In der Zeit von 1. bis 4. Juni 1935 wurden folgende Personen festgenommen:

1. Philipp Oberndörfer, Steinhauer, \* 11.2.11 Beedenkirchen
3. Wilhelm Essinger, Steinhauer, \* 6.2.94 Reichenbach
4. Jakob Kindinger, Steinhauer, \* 5.7.05 Reichenbach
5. Johann Kindinger IV, Steinhauer, \* 21.6.99 Reichenbach."

Als „Delikt“ wird angegeben: „Illegale Fortsetzung der KPD“.

In der Meldung vom 13. Juni 1935 wird die Festnahme der vier übrigen Mitglieder der KPD-Gruppe um Jakob Kindinger bekannt gegeben:

- „13. Heinrich Finn IV, Schlosser, \* 11.12.05 Bensheim
14. Ludwig Görlinger, Schlosser, \* 24.8.02 Saarbrücken
15. Georg Menges, Lederarbeiter, \* 23.9.99 Weinheim
16. Karl Jaeckel, Kamm-Macher, \* 25.7.69 Danzig.“

<sup>87</sup> Engelke, Rolf/Form, Wolfgang: Kommunistischer Widerstand und NS-Verfolgungspraxis in Hessen. In: Knigge-Tesche, Renate/Ulrich, Axel (Hrsg.): Verfolgung und Widerstand in Hessen 1933-1945. Frankfurt/Main 1996, S. 230.

<sup>88</sup> Bundesarchiv Berlin, By/1 662, Jakob Kindinger – Mein Lebenslauf

<sup>89</sup> Ebd.

<sup>90</sup> HStA Wiesbaden, Abt. 518 Nr. 3871: Entschädigungsakte Jakob Kindinger.

<sup>91</sup> Ebd.

## Urteile und Haftstrafen vor der NS-Zeit

Jakob Kindinger wurde schon vor der NS-Zeit wegen verschiedener Delikte belangt, was hauptsächlich aufgrund seiner politischen Zugehörigkeit und Aktivität geschah.

Das Amtsgericht Friedberg verurteilte Jakob Kindinger am 13. April 1926 wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt (§ 113 StGB) zu drei Wochen Gefängnishaft. Am 16. Dezember 1927 waren es Körperverletzung und Bedrohung, die Kindinger eine Geldstrafe von 130,- RM einbrachten bzw. dreizehn Tage Gefängnishaft, beschlossen vom Amtsgericht Bensheim (§§ 223, 223a, 241 RStGB). Ruhestörung, Beamtenbeleidigung sowie Widerstand führten dazu, dass Jakob Kindinger am 19. März 1929 vom Amtsgericht Konstanz zu einer Geldstrafe von insgesamt 35,- RM bzw sechs Tagen Gefängnishaft und einem Tag Haft verurteilt wurde (§§ 361, 113, 185, 196, 73, 74 RStGB).

Durch Verfügung des Hessischen Justizministers vom 19. Oktober 1926 wurde eine Woche Gefängnishaft in eine Geldstrafe von 30,- RM evtl. eine Woche Gefängnishaft umgewandelt.<sup>92</sup>

Alle diese Straftaten, Anklagepunkte und Urteile waren eine Folge der damaligen politischen Situation in Deutschland. Da die KPD und die NSDAP sich zu dieser Zeit in so genannten Aufmärschen bzw. Straßenschlachten häufig bekämpften, waren solche Delikte für einen politischen Aktivisten nicht ungewöhnlich. Frau Gutsche, die mit Jakob Kindinger verwandt ist, teilte uns mit, dass ihr Verwandter impulsiv gewesen sei. In den Kneipen sei es, insbesondere dann, wenn Alkohol im Spiel gewesen sei, zwischen politischen Gegnern zu Rempelen und Handgreiflichkeiten gekommen.<sup>93</sup> Verhaftungen und Anschuldigungen wurden allerdings auch unter Vorwänden vorgenommen und getätigt, um Einzelpersonen oder der jeweiligen gegnerischen Partei Schaden zuzufügen.<sup>94</sup> Allerdings galt Jakob Kindinger, als er 1935 angeklagt wurde, als vorbestraft.

## Haftstrafen während der NS-Zeit

Die erste Verhaftung Jakob Kindingers durch die Nazis erfolgte im Februar 1933 durch falsche Anschuldigung eines Bensheimer SS-Mannes. Da er aber ein Alibi nachweisen konnte, wurde er am nächsten Tag früh wieder auf freien Fuß gesetzt: *„An dem Tage meiner ersten Verhaftung hatten wir eine Kundgebung. Diese Kundgebung wurde von dem von uns damals aufgestellten Massenselbstschutz geschützt. Die Faschisten ihrerseits zogen auch ihre Verbände zusammen. Es kam anschließend zu schweren Schlägereien und zu Schießereien, in deren Verlauf mehrere Arbeiter verletzt wurden und ein Unbeteiligter den Tod fand, der von einem dieser SS-Horden erschossen wurde. Einer dieser Banditen wurde von der Polizei mit einer 08 Pi. in der Hand verhaftet. Er gab bei der Polizei an, mich ebenfalls gesehen zu haben, wie ich aus 10 m Entfernung hinter einem Baum stehend 8 Schuß auf ihn abgegeben hätte. Da ich aber mein Alibi nachweisen konnte, daß ich während dieser Schießerei bei unserer Kundgebung war, wurde ich gegen Morgen des nächsten Tages wieder auf freien Fuß gesetzt. Sofort nach der Wahl vom 5. März 1933 wurde ich mit mehreren Genossen unserer Ortsgruppe wieder verhaftet, jedoch alle wieder nach einigen Tagen Haft auf freien Fuß gesetzt. Nach unserer Entlassung setzten wir, nachdem wir mit der Partei wieder Verbindung aufgenommen, die Parteiarbeit in Bensheim u. Umgebung fort.“*<sup>95</sup>

Am 7. März 1933 wurde er mit mehreren Genossen aus Bensheim erneut in Haft genommen. Das „Bergsträßer Anzeigblatt“ berichtete am 7. März 1933: *„Im Laufe des heutigen Vormittags sind die Sozialdemokraten Kraege, Metz und die Kommunisten Graf, Zeller, Menges und Kindinger in Schutzhaft genommen worden. In den Bensheimer Straßen patrouillierten bewaffnete SA-Männer und Stahlhelmer und sorgen für Ruhe und Ordnung. Weitere polizeiliche Aktionen sind am heutigen Tage noch zu erwarten.“* Am 8. März lauteten ergänzende Nachrichten im BA:

<sup>92</sup> HStA Wiesbaden Abt. 518 Nr. 3871: Entschädigungsakte Jakob Kindinger.

<sup>93</sup> Interview mit Frau Gutsche, Reichenbach, vom 18. Juli 2005.

<sup>94</sup> HStA Wiesbaden, Abt. 518 Nr. 3871. Bei dem Denunzianten Kindingers handelte es sich um den Reichenbacher Nationalsozialisten Heinrich Arnold.

<sup>95</sup> Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv By/1 Nr. 662: Jakob Kindinger – Mein Lebenslauf. Vgl. Schäfer, Franz Josef: Straßenschlacht zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten: Der gewaltsame Tod des Joseph Mai vom 11. Februar 1933 am Ritterplatz in Bensheim. In: Mitteilungen des Museumsvereins Bensheim e.V. Verein für Regionalgeschichte und Denkmalpflege Nr. 43, 2. Halbjahr 2000, S. 30-38.

*„Weitere Verhaftungen in Bensheim.*

*Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurden noch die Kommunisten Jaeckel und Schmidt in Bensheim verhaftet und dem Amtsgerichtsgefängnis zugeführt.“*

Jakob Kindinger wurde bereits nach vierzehn Tagen aus dem Gerichtsgefängnis Bensheim entlassen. Voraus ging eine Durchsuchung bei „*führenden Persönlichkeiten der KPD, Ortsgruppe Bensheim*“, am 2. März 1933. Es handelte sich um sieben Personen, darunter den Vorsitzenden Georg Menges, bei dem verschiedene Zeitungen, Druckschriften und Propagandamaterial der KPD vorgefunden wurden. Bei Jakob Kindinger wurden lediglich zwei kommunistische Arbeiterzeitungen beschlagnahmt. Neben Druckerzeugnissen wurden bei einem weiteren durchsuchten Kommunisten ein Schlagring und bei einem anderen zwei Militärseitengewehre vorgefunden.<sup>96</sup> Grundlage für diese Maßnahme bot eine Anordnung des Hessischen Innenministers vom 1. März 1933:

*„Amtlicher Teil*

*Betreffend: Kommunistische Propaganda.*

*Nachstehende Anordnung des Ministers des Innern bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis.*

*Bensheim, am 2. März 1933.*

*Hessisches Kreisamt Bensheim*

*Reinhart.*

*Darmstadt, den 1. März 1933.*

*Der Minister des Innern*

*zu Nr. M.d.I. 2359*

*Betr. Wie oben.*

*Auf Grund des § 2 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte vom 28. Februar 1933 verbiete ich auf Wunsch des Herrn Reichsministers des Innern mit sofortiger Wirksamkeit alle kommunistischen periodischen Druckschriften, die in Hessen erscheinen sowie alle kommunistischen Versammlungen und Aufzüge einschließlich aller kommunistischen Versammlungen in geschlossenen Räumen.*

*gez. In Vertretung: Dr. Reitz.“<sup>97</sup>*

Kindingers Meldekartei erhält die Vermerke: *„Bei Wohnsitzwechsel an Staatspolizeistelle geben“* und *„18.5.45 v. Konzentrationslager Buchenwald zurück“<sup>98</sup>*

Im August 1933 wurden Georg Menges und Jakob Kindinger sowie Josef Faller<sup>99</sup> in Gronau wiederum verhaftet und in das Konzentrationslager Osthofen<sup>100</sup> gebracht. *„Georg Menges trug Beitragsmarken bei*

---

<sup>96</sup> StA Darmstadt G 30, Marienschloß, Nr. GP 211.

<sup>97</sup> Bergsträßer Anzeigebblatt. Bensheimer Tageblatt/Auerbacher Zeitung. Amtsverkündigungsblatt für den Kreis Bensheim. 82. Jahrgang, Nr. 52, Donnerstag, 2. März 1933, S. 1.

<sup>98</sup> Archiv der Stadt Bensheim, Meldekartei Jakob Kindinger.

<sup>99</sup> Faller, Josef, Melker. \*15. September 1884 in Neusatz † 12. Januar 1975 in Bensheim, ledig. Er wohnte zuletzt in der Märkerwaldstraße 51, wie aus einer Traueranzeige von Babette Keil hervorgeht. Laut Auskunft des Regierungspräsidium Darmstadt in Wiesbaden, Dezernat VI 66 (Wiedergutmachung), vom 6. Dezember 2005 ist für Josef Faller kein Entschädigungsverfahren registriert. Faller – nach dem Zweiten Weltkrieg kommissarischer Bürgermeister für etwa drei Wochen – wurde in den Angaben älterer Gronauer Mitbürger als „*einfach gestrickt*“ und hilfsbereit charakterisiert. Er war bekannt unter den Namen „*Edelkommunist*“ oder „*Schweizer*“ genannt; er kam ursprünglich aus der Schweiz. „*Von den Amerikanern wurde zunächst als kommissarischer Bürgermeister der Altkommunist Josef Faller, der 'Schweizer' eingesetzt. Ihm folgte für viele Jahre der Landwirt Jakob Heß.*“ Kühner, Eberhard: Das Dorf in der Grünen Aue. Gronau im Laufe der Jahrhunderte. Bensheim 1989, S. 169.

<sup>100</sup> Am 6. März 1933 wurde in Osthofen, zehn Kilometer von Worms entfernt, eine ehemalige Papierfabrik von örtlichen Nazis beschlagnahmt und auf dem Fabrikgelände das erste KZ für politische Häftlinge auf dem Gebiet des damaligen Volksstaates Hessen eingerichtet. In den siebzehn Monaten (März 1933 bis Juli 1934) seiner Existenz waren mindestens 2500 bis 3000 Männer im Lager inhaftiert. Vgl. Meyer, Hans-Georg/Roth, Kerstin: Zentrale staatliche Einrichtung des Landes Hessen: Das Konzentrationslager Osthofen. In: Benz, Wolfgang/Distel, Barbara (Hrsg.): Instrumentarium der Macht. Frühe Konzentrationslager 1933-1937. Berlin 2003, S. 189-219; Meyer, Hans-Georg/Roth, Kerstin: Osthofen. In: Benz, Wolfgang/Distel, Barbara (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 2: Frühe Lager, Dachau, Emslandlager. München 2005, S. 181-184.

*sich, die er aber noch während des Transportes unbemerkt verschlucken konnte.“<sup>101</sup> Nach dreiwöchiger Lagerhaft wurde Kindinger entlassen. „Im August 1933 wurden wir, der Genosse Menges aus Bensheim und ich, bei Eintreff mit einem Genossen aus einem Nachbarort von Faschisten erkannt und an die Polizei verraten. Da man uns nichts nachweisen konnte, wurden wir beide ins KZ Osthofen verbracht, nach 14 Tagen wurden wir beide von dort wieder entlassen.“<sup>102</sup>*

### **Das Konzentrationslager Osthofen**

Die Gemeinde Osthofen, zehn Kilometer von Worms entfernt, gehörte vor 1945 zum damaligen Volksstaat Hessen mit den Provinzen Rheinhessen, Oberhessen und Starkenburg. Bei den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 erzielte die NSDAP in Osthofen 52,8 %. Die Nationalsozialisten beschlagnahmten am 6. März 1933 wegen angeblicher Steuerschulden des Besitzers eine ehemalige Papierfabrik und richteten auf dem Fabrikgelände ein provisorisches Lager für politische Häftlinge ein. Es war das erste Konzentrationslager auf dem Gebiet des damaligen Volksstaates Hessen. Eine nachträgliche „offizielle“ Anordnung zur Errichtung des KZ erfolgte am 1. Mai 1933 durch Werner Best, dem Staatskommissar für das Polizeiwesen in Hessen. In dieser Anordnung wurde der Zuständigkeitsbereich des KZ Osthofen für politische Häftlinge festgelegt, also oppositionelle Kräfte, die bis dahin den unkontrollierten Angriffen von SA-Hilfspolizisten ausgeliefert waren. Die Verwaltung des Lagers wurde dem Polizeiamt Worms übertragen. Zum ehrenamtlichen Leiter des KZ Osthofen wurde Karl d'Angelo ernannt. Er war von Beruf Buchdrucker, Herausgeber der Osthofener Zeitung, SS-Sturmbannführer und NSDAP-Ortsgruppenleiter.

Aus nahezu allen Gemeinden des Volksstaates Hessen wurden Häftlinge - zum Teil wiederholt - eingeliefert. Generell wurden die betroffenen Personen nach ihrer Verhaftung erst einmal in Polizeigefängnissen, Schutzhaftgefängnissen der SS oder in den Parteizentralen der NSDAP („*Braune Häuser*“) untergebracht, wo die Häftlinge zunächst verhört und misshandelt wurden. Anschließend wurden sie auf Sammeltransporten per Bahn, LKW, Pritschenwagen oder zu Fuß in das KZ Osthofen verbracht, wo Best ein zweites Lager für den „*verschärften Arrest*“ (Lager II) errichten ließ. Dieses Lager wurde zunächst auf dem Gelände der Knierim'schen Holzfabrik unter dem größten Massivbau eingerichtet und später in das Amtsgerichtsgefängnis Osthofen verlegt.

Entgegen der Anweisung Bests wurden in Osthofen neben politischen Häftlingen auch Juden oder Personen eingeliefert, die in Zusammenhang mit Betteln, Hausieren und so genanntem Wald- und Feldfrevel aufgefallen waren.

Im KZ Osthofen war keiner der Gefangenen wegen eines Verbrechens im rechtsstaatlichen Sinne inhaftiert. Typisch für die „Begründung“ der Nationalsozialisten, unliebsame Mitmenschen in das KZ Osthofen zu bringen, ist folgender Artikel aus dem „*Bergsträßer Anzeigblatt*“ vom 8. September 1933: „*Ins Konzentrationslager nach Osthofen verbracht wurde heute der 17jährige, der aufgelösten katholischen Sturmschar angehörende Wilhelm Vollrath, wohnhaft in der Friedhofsstraße.*

*Der Genannte hatte sich in gemeiner Weise gegen die heutige Regierung geäußert. Es handelt sich auch hier wieder um ein Erziehungsprodukt des unlängst aus Bensheim versetzten Kaplan und 'Jugendführers' Münch, dessen zersetzende Tätigkeit in politischer Hinsicht sattem bekannt ist.*

*Vollrath soll zu einem Kameraden gesagt haben, als man ihm durch die SA oder sonst jemand das Sturmschar-Koppelschloss abgenommen hatte: 'So eine Saubande'“.*

Die Häftlinge setzten sich zum überwiegenden Teil aus Mitgliedern der KPD (59 %), der SPD (35 %) und Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) zusammen. Ab Sommer 1933 befanden sich auch eine geringe Anzahl von Mitgliedern des Zentrums und sonstiger Parteien in Haft. Der bekannteste Häftling war der sozialdemokratische Politiker Carlo Mierendorff (1897-1943). Die Häftlinge entstammten nahezu allen Berufsgruppen. Insgesamt waren Arbeiter deutlich im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung überrepräsentiert. Das KZ bestand bei Einbeziehung der Zeit des „*wilden Lagers*“ von März 1933 bis Juli 1934 siebzehn Monate. Während dieser Zeit wurden mindestens 2500 bis 3000

<sup>101</sup> Liebfrauenschule Bensheim: Widerstand gegen das NS-Regime in Bensheim (Wettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten 1982/83: Alltag im Nationalsozialismus - Die Kriegsjahre in Deutschland).

<sup>102</sup> Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv By/1 Nr. 662.

männliche Personen inhaftiert. In der Zeit des „*wilden Lager*“ wird lediglich eine Frau erwähnt. Die Haftdauer betrug durchschnittlich zwischen vier und sechs Wochen.

Den Häftlingen im Lager I diente als Aufenthalts- und Schlafraum eine 650 qm große Fabrikhalle. Daneben existierte im ersten Stock des Hauptgebäudes ein beheizter Raum mit Holzfußboden von 140 qm Größe, in dem ebenfalls Häftlinge untergebracht waren, der aber nach der Flucht des jüdischen Rechtsanwalts Max Tschornicki, Mainz, geräumt wurde, so dass die Häftlinge ab Juli 1933 ausschließlich in der zunächst unbeheizten, nasskalten und zugigen Fabrikhalle untergebracht waren. Die Eltern und die Braut Tschornickis wurden in Schutzhaft genommen. *„In der ersten Zeit schliefen sie hier auf dem mit aufgeschütteten Stroh bedeckten Betonfußboden. Dazu trugen sie lediglich die Kleidung, in der sie eingeliefert worden waren, und deckten sich mit den Stücken eines von einer Papiermaschine stammenden Transportbandes zu. Viele Häftlinge litten in dieser Zeit an Atemwegbeschwerden und zogen sich chronische Harnwegserkrankungen zu.“*<sup>103</sup>

Die hygienischen Bedingungen waren schlecht. Es existierten nur Latrinen im hinteren Teil des Hofes und lediglich für die Häftlinge nur drei Kaltwasserhähne. An Stelle von Seife stand Sand zur Verfügung. Die Häftlinge bemühten sich um Verbesserung ihrer Situation. So wurden Schlafpritschen, Bänke und Tische und Schornsteine gebaut, an die kleine Öfen angeschlossen wurden. Im Lager II mussten die Häftlinge in 1,5 x 1,5 Meter großen Stacheldrahtkäfigen meist stehend und frierend sich im Dunkeln aufhalten. Teilweise wurde auch Tag und Nacht das Licht eingeschaltet, um die Häftlinge am Schlafen zu hindern.

Die Verpflegung bestand täglich aus 300 Gramm Brot, morgens und abends Malzkaffee und mittags eine kärgliche Eintopfmahlzeit. Im Lager II bestanden die Mahlzeiten nur aus Wasserkaffee, Wassersuppe und 150 Gramm Brot. Besuchszeiten wurden Ende Februar 1934 gänzlich eingestellt.

Auch bei schweren Erkrankungen erfolgte nie eine adäquate ärztliche Behandlung.

In der Anfangszeit mussten die Häftlinge die noch vorhandenen Maschinenteile und Transmissionen abbauen. Später hatten die Häftlinge, die um 6.00 Uhr geweckt wurden, um 8.00 Uhr auf dem Hof in Zweierreihen zum Appell anzutreten. Dort wurden sie in verschiedene Arbeitsgruppen für den Küchen-, Stuben-, Hof- und Innendienst, die Schreinerei, Schusterei, Schlosserei, Schneiderei und den Außendienst eingeteilt. Der überwiegende Teil der Häftlinge war oft weitgehend ohne Arbeit und wurde teilweise mit sinnlosen Arbeiten wie dem Formen eines SS-Wappens aus Erde oder dem krumm und wieder gerade Klopfen von Nägeln beschäftigt. Der Tagesablauf endete zwischen 17.00 und 18.00 Uhr. Im KZ Osthofen waren von den Erniedrigungen, Schikanen und Misshandlungen durch SS und SA häufig Juden betroffen. Neben den üblichen Schlägen wurden sie z. B. gezwungen, in der so genannten Arena, einem mit Stacheldraht umzäunten Platz, bis zur Entkräftung im Kreis zu laufen. Mit ihrem Essensgeschirr oder Konservendosen mussten sie die Abortgruben leeren und den Inhalt auf einen Misthaufen schütten, von dem die Jauche wieder in die Grube floss. Es kam auch vor, dass nachts Häftlinge unsanft geweckt wurden und mit entschertem Gewehr von SS-Bewachern zum Auflösen von Zigarettenstummeln auf den Hof getrieben wurden. Von bestimmten Wachmännern wurden gelegentlich Scheinerschießungen inszeniert.

Trotz der Umstände der Inhaftierung war der Zusammenhalt der Häftlinge untereinander nicht gut. So wurden auch die Differenzen zwischen KPD- und SPD-Mitgliedern weiter ausgetragen. Einzelne Häftlinge spionierten ihr Mithäftlinge für die Lagerleitung aus und berichteten über die Stimmung im Lager. Vermutlich existierte unter den Häftlingen eine illegale Lagerleitung. Ein Mitglied mit einem gefälschten Passierschein beförderte Briefe unter Umgehung der Zensur nach draußen und kaufte Lebensmittel ein, die anschließend in das Lager II geschmuggelt wurden.

Das Wachpersonal bestand aus 55 Personen, die bei freier Kost und Logis im Lager sich aufhielten und fünf Reichsmark pro Tag erhielten. Später wurden die SA-Leute gegen SS-Männer der Sonder- und Wachkommandos von Darmstadt und Offenbach ausgewechselt.

---

<sup>103</sup> Meyer, Hans-Georg/Roth, Kerstin: Zentrale staatliche Einrichtung des Landes Hessen: Das Konzentrationslager Osthofen. In: Instrumentarium der Macht. Frühe Konzentrationslager 1933-1937. Herausgeber: Wolfgang Benz/Barbara Distel. Berlin 2003, S. 202.



Die Entlassung von Schutzhäftlingen aus dem KZ erfolgte häufig im Rahmen willkürlicher Entscheidungen. Generell wurden die Häftlinge ohne Geld, somit auch ohne Fahrgeld entlassen. Viele ehemalige Insassen des KZ Osthofen mussten sich nach ihrer Entlassung bei den zuständigen Bürgermeistereien regelmäßig melden.

Ab Sommer 1933 hatte das KZ Osthofen zunehmend den Charakter eines Untersuchungsgefängnisses, in das die Beklagten bei Fluchtgefahr bis zum Gerichtstermin eingewiesen wurden. Zunehmend trat bei den Betreibern der Konzentrationslager neben politischen vermehrt wirtschaftliche Aspekte in den Vordergrund, so dass kleine Konzentrationslager oder Konzentrationslager mit fehlenden Arbeitsmöglichkeiten häufig geschlossen wurden. Das KZ Osthofen wurde im Juli 1934 aufgelöst.

Die Schriftstellerin Anna Seghers hat in ihrem Roman *„Das siebte Kreuz“*, den sie im Jahre 1938 zu schreiben begann, dem KZ Osthofen indirekt ein literarisches Denkmal gesetzt. Hinsichtlich der beschriebenen Region, der Umstände, der Darstellung des in ihrem Roman geschilderten *„KZ Westhofen“* und der handelnden Personen finden sich Parallelen zu den tatsächlichen Bedingungen im und um das KZ Osthofen. Der im Juli 1933 aus dem KZ geflohene Rechtsanwalt Max Tschornicki traf in der Folgezeit auch mit Anna Seghers in Paris zusammen und berichtete über seine Erlebnisse in Osthofen. Die sieben Kreuze gab es allerdings in Osthofen nicht. Sie standen im KZ Sachsenhausen, wo es in der Nacht vom 6. zum 7. November 1936 zu der beschriebenen Flucht gekommen war.<sup>104</sup>

Nach seiner Entlassung aus dem KZ Osthofen wurde Jakob Kindinger am 30. Mai 1935 von der Gestapo Darmstadt erneut verhaftet. Jahre später, nämlich 1953 gab Jakob Kindinger in einer politischen Diskussion in der DDR an, dass er bei der Vernehmung 1935 fingierte Aussagen gemacht habe, nachdem er misshandelt worden sei. Er habe erklärt, Kurierdienste gemacht zu haben.<sup>105</sup> Die Untersuchungshaft musste er in Mainz verbringen. Kindinger wurde am 11. Oktober 1935 der Vorbereitung zum Hochverrat schuldig befunden und zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, abzüglich vier Monate und eine Woche Untersuchungshaft. Zugleich wurde über ihn ein Ehrverlust von fünf Jahren verhängt und die Zulässigkeit von Polizeiaufsicht beschlossen.

Die Haft verbüßte er ab 1. November 1935 im Zuchthaus Rockenberg<sup>106</sup> und nach Verlegung der *„Abteilung“* der mit ihm verurteilten Genossen ab 11. März 1936 in Butzbach.<sup>107</sup> Am 4. September 1937 kam Kindinger als einziger der 36 Verurteilten in das Strafgefangenenlager Aschendorfermoor, Lager II, eines der sechs Emslandlager.<sup>108</sup> Im Lager II arbeitete er zunächst im großen *„Kuhlkommando“* und dann beim *„Dampfpflug-Kommando“*. Nach Ablauf dieser drei Jahre wurde Kindinger am Pfingstsamstag 1938 aus dem Lager II entlassen, jedoch nicht in die Freiheit.<sup>109</sup> *„Nach meiner Strafverbüßung am 4. 6. 1938 wurde ich auf Grund des Nazigesetzes zum Schutze von Volk und Staat*

---

<sup>104</sup> Rothermund, Erwin: Sieben Flüchtlinge und sieben Kreuze. Ein unbekannter Bericht aus dem KZ Sachsenhausen. In: Argonautenschiff. Jahrbuch der Anna-Seghers-Gesellschaft e.V. 10, 2001, S. 253-260.

<sup>105</sup> Ebd.

<sup>106</sup> In der ehemaligen Zisterzienserinnenabtei Marienschloß wurde 1804/11 ein *„Zucht- und Correctionshaus“* für straffällige Männer und Frauen eingerichtet, das 1855 in *„Großherzogliches Landeszuchthaus“* umbenannt wurde. 1894 wurden nach Fertigstellung der Zellenstrafanstalt Butzbach die jüngeren und geringer vorbestraften Gefangenen vom Zuchthaus Marienschloß dorthin verlegt. Im Jahre 1937 betrug die tägliche Durchschnittsbelegung der ein Jahr zuvor in *„Zuchthaus Marienschloß“* umbenannten Strafanstalt 408 Gefangene. Seit 1939 ist das Zuchthaus Marienschloß Jugendgefängnis. Vgl. [www.marienschloess.de/mar-jva.html](http://www.marienschloess.de/mar-jva.html).

<sup>107</sup> Vgl. Goletzka, Klaus: Die Strafanstalt Butzbach im Dritten Reich. In: Hundert Jahre Strafvollzug in Butzbach 1894-1994. Begleitbuch zur Festveranstaltung Hundert Jahre Strafvollzug in Butzbach am 8. Dezember 1994. Herausgeber: JVA Butzbach, S. 21-44.

<sup>108</sup> Die sechs emsländischen Strafgefangenenlager Börgermoor (I), Aschendorfermoor (II), Brual-Rhede (III), Walchum (IV), Neusustrum (V) und Oberlangen (VI) waren bis 1936 auf eine Kapazität von 5500 Gefangene ausgelegt. 1938 wurden acht weitere Lager errichtet. Vgl. Knoch, Hanno: Die Emslandlager 1933-1945. In: Benz, Wolfgang/Distel, Barbara (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 2: Frühe Lager, Dachau, Emslandlager. München 2005, S. 531-570.

<sup>109</sup> Krause - Schmitt, Ursula / Freyberg, Jutta von: Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933-1945. Hessen 1, Regierungsbezirk Darmstadt. Frankfurt/M. 1995, S. 9f.

in das Konzentrationslager Buchenwald überführt.“<sup>110</sup> Am 2. August 1938 wurde Kindinger nach Zwischenstationen in Papenburg und Darmstadt für eine größere „Bewährungsprobe“ in das KZ Buchenwald eingeliefert.<sup>111</sup> Die Grundlage hierzu bot das am 28. Februar 1933 von den Nazis erlassene „Gesetz zum Schutz von Volk und Staat“. Zur „Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte“ konnten nun Regimegegner willkürlich inhaftiert werden. Jakob Kindingers Haftzeit endete, als am 11. April 1945 das Konzentrationslager Buchenwald mit 21000 Insassen von amerikanischen Truppen befreit wurde. Nach diesen sieben Jahren im Konzentrationslager war Jakob Kindinger gezeichnet und hatte schwere Folgeschäden erlitten.

### 3.3.1 Der Hochverratsprozess 1935 gegen „Kindinger und Andere“

Jakob Kindinger wurde zusammen mit neun Genossen und zwei Genossinnen aus seinem Wohnort Bensheim an der Bergstraße, beziehungsweise seinem Tätigkeits- und Geburtsort Reichenbach im Odenwald wegen „*Verbrechens eines Unternehmens der Vorbereitung des Hochverrates nach § 83 StGB*“<sup>112</sup> angeklagt. Im Oktober 1935 standen in Darmstadt, wie bereits angesprochen, insgesamt 36 Genossen vor Gericht, in drei Gruppen mit zwölf Genossen. Zuständig in dieser Angelegenheit war der Strafsenat des Oberlandesgerichts in Darmstadt in der Sitzung vom 11. Oktober 1935.<sup>113</sup>

Jakob Kindinger wurde zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Der Grund dieser Verurteilung war die Arbeit, welche von KPD-Parteimitgliedern in der Zeit von 1934 bis 1935 geleistet wurde. Illegale kommunistische Zeitungen wurden von Kindinger und seinen Genossen verbreitet und für Mitgliedsbeiträge der KPD verkauft. Der Preis einer solchen Zeitung betrug damals etwa bei 40 bis 50 Pfennige, was zu viel für diese Zeitung war, da ihr Wert nur etwa 10 Pfennige betrug. Daraus ließ sich schließen, dass das restliche Geld für Mitgliedsbeiträge bestimmt war.

Der gebürtige Reichenbacher erfuhr zu Beginn seiner politischen Untergrundarbeit in der KPD, dass in der selbigen eine Verbindung bestehe, von der man kommunistische Zeitungen erhalten könne.

Jakob Kindinger agierte fortan als eine Art Kontaktmann. Er suchte Genossen, die sich an der Parteiarbeit beteiligen, kommunistische Zeitungen beziehen und Beiträge zahlen wollten.

Kindinger bezog diese verbotenen Zeitungen von dem Mitangeklagten Wilhelm Gehbauer, der seit 1931 Mitglied der KPD und der „*Roten Hilfe*“ war und seit 1932 Kassierer der KPD-Ortsgruppe Reichenbach. Die erworbenen Zeitungen verteilte er unter seinen Genossen, um sie somit unter dem Volk zu verbreiten und zu verkaufen. Die Gruppe, bestehend aus Jakob Kindinger, Heinrich Finn IV, Karl Jaeckel, Ludwig Görlinger und Georg Menges, galt als „*Fünfergruppe*“, wie sie als kleinste „*Zelle*“ der KPD gebildet wurde und bekannt war. Kindinger gab im Verhör an, vier mal Zeitungen verteilt und jeweils ein Exemplar für sich behalten zu haben.

Eine weitere Einnahmequelle der KPD waren die Mitgliedsbeiträge, die von Jakob Kindinger in der Zeit von Sommer 1934 bis Februar 1935 durch Hilfe von Mitangeklagten kassiert worden waren. Die Gesamtsumme solcher Beiträge belief sich auf mindestens 30 RM. Je nach den wirtschaftlichen Verhältnissen betrug die Höhe der Beiträge eines Genossen 0,50 RM bis 1,50 RM.

---

<sup>110</sup> StA Darmstadt H 2 Kreis Bergstraße Nr. 2296.

<sup>111</sup> Angeblich wurde Kindinger von einem Reichenbacher Mitbürger namens Adam Eßinger verraten. Im Hessischen Hauptstaatsarchiv konnte zu dieser Person, \* 29. Februar 1908, keine Spruchkammerakte ermittelt werden. Im Bundesarchiv (Bundesarchiv Berlin 6010007198, Standort 51, Karton: B0295 /Eßinger, Adam) konnten lediglich folgende Angaben zu Adam Essinger festgestellt werden:

Mitgliedschaft in der SS seit 1. März 1932, Dienstgrad: Rottenführer, SS-Verband: Sturm X/33. NSDAP-Mitgliedsnummer 1151823; SS-Mitgliedsnummer 29149; Reichsbahnbediensteter.

Lebenslauf:

„Am 29. Februar 1909 wurde ich als Sohn des Landwirtes Heinrich Eßinger IV. & deren Ehefrau Babette geb. Altendorf zu Reichenbach geboren. Mit 6 Jahren besuchte ich die Volksschule daselbst. Nach Beendigung derselben erlernte ich das Schreinerhandwerk. Trat im März 1932 der 9.9. bei. Gab dann meinen Beruf aus politischen Gründen auf. Am 15. November 1934 trat ich in den Dienst der Deutschen Reichsbahn ein.“

Heiratsgesuch vom 18. März 1935.

<sup>112</sup> Bundesarchiv Berlin NJ 13970 Anklageschrift & Urteil gegen Jakob Kindinger und Andere.

<sup>113</sup> Ebd.

Die eingesammelten Mitgliedsbeiträge führte Jakob Kindinger an Gehbauer nach Reichenbach ab. Auch Kindingers Vetter, Johannes Kindinger, überbrachte Gehbauer einmal 9 RM.

Die Gelder, welche durch Verteilung von Broschüren, Zeitungen und Beiträge gesammelt wurden, dienten auch zur Unterstützung von politischen Gefangenen.<sup>114</sup>

Die Höhe der Haftstrafen wurde auch in der örtlichen Presse publiziert:<sup>115</sup>

## Wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt

Darmstadt, 11. Okt. 12 Angeklagte, 10 Männer und 2 Frauen von Bensheim und Umgebung hatten sich vor dem Straßenrat wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu verantworten. Sie hatten verbotene Zeitungen empfangen und weitergegeben, zum Teil auch Gelder gesammelt oder gegeben.

Zu Zuchthausstrafen wurden verurteilt:

der 40 jähr. Jakob Ahmus I. aus Bickenbach,

der 36 jähr. Wilh. Gehbauer von Reichenbach zu je 3½ Jahren,

der 34 jähr. Ph. Oberndörfer v. Weedenkirchen

der 23 jähr. Joh. Kindinger von Bensheim zu je 3 Jahren,

der 41 jähr. Wilh. Eisinger von Reichenbach,

der 36 jähr. Gg. Peter Menges von Bensheim zu je 2½ Jahren.

Gefängnisstrafen erhielten:

der 33 jähr. Ludw. Görlinger von Bensheim 2 Jahre,

der 36 jähr. Joh. Kindinger von Reichenbach 1½ Jahre,

der 30 jähr. Sch. Finn von Bensheim 1 Jahr 3 Monate,

der 66 jähr. Karl Jädel aus Bensheim 1 Jahr,

die 32 jähr. Ehefrau Mathilde Menges wegen Beihilfe 6 Monate.

Freigesprochen wurde eine 46 jähr. Frau aus Bickenbach. Bei den zu Zuchthausstrafen Verurteilten wurde außerdem auf 5 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt.

„Die illegale Tätigkeit der KPD ist darauf gerichtet, die Massen der Arbeiter gegen die Reichsregierung und vor allem den Führer und Reichskanzler aufzuhetzen, um das Ziel der Kommunistischen Partei, nämlich den Sturz der nationalen Regierung und die gewaltsame Änderung der Deutschen Reichsverfassung durch Errichtung einer proletarischen Regierung im Sinne der sowjetrussischen Staatsform vorzubereiten. [...] Mit Hilfe des finanziellen Erlöses aus der Flugblatt- und Zeitungsverteilung sowie der erhobenen Parteibeiträge will man das Ziel, Herbeiführung eines gewaltsamen Umsturzes und Aufrichtung der Klassenherrschaft, verwirklichen. Diese Handlungen sind somit auf eine gewaltsame Änderung der Deutschen Reichsverfassung gerichtet und deshalb hochverräterisches Unternehmen.“<sup>116</sup>

Diese Ziele und geplanten Vorhaben wurden den Angeklagten im Sinne von § 83 Abs. 2 StGB nachgewiesen, weshalb sie auch eines hochverräterischen Verbrechens angeklagt worden seien. Außerdem hätten sich alle Angeklagten im Sinne des § 83 Abs. 3 Ziffer 1 StGB und des § 83 Abs. 3 Ziffer 3 StGB schuldig gemacht.<sup>117</sup>

Für Jakob Kindinger und andere Angeklagten kam straferschwerend dazu, dass der Umfang der politischen, illegalen Arbeit nach Ansicht der NS-Richter sehr groß gewesen sei.

Bei einigen Angeklagten fiel die Strafe nicht so hoch aus, da sie entweder ein Geständnis abgelegt hatten oder einen geringen KPD-Mitgliedsbeitrag zahlten und nur wenige Zeitungen bezogen, was zur damaligen Zeit weniger strafwürdig war als eine massive Propaganda gegen das Hitler-Regime.

<sup>114</sup> Ebd. Freigesprochen wurde Emilie Schmidt, geb. Scherer, \* 14. April 1899 Alsbach.

<sup>115</sup> Bergsträßer Anzeigebblatt vom 12. Oktober 1935.

<sup>116</sup> Bundesarchiv Berlin NJ 13970 Anklageschrift & Urteil gegen Jakob Kindinger und Andere.

<sup>117</sup> Ebd.

Auch bei Jakob Kindingers Strafmaß wurde berücksichtigt, dass er im Wesentlichen geständig war. Die Untersuchungshaft und polizeiliche Haft wurden ihm deswegen beim endgültigen Urteil angerechnet.<sup>118</sup> Neben den Kommunisten gingen auch Sozialdemokraten in den Widerstand, so auch in Bensheim. Am 26. September 1935 wurden fünf Bensheimer SPD-Mitglieder zu Haftstrafen verurteilt.

## **Bensheimer Staatsfeinde vor Gericht**

**Mit Gefängnis von 6 Monaten bis zu 1 Jahr  
3 Monaten davongekommen.**

**Darmstadt, 27. Sept.** Vor dem Straffenat hatten sich gestern fünf Angeklagte aus Bensheim zu verantworten wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes. Hauptangeklagt war Georg Lang; er hatte sich eine illegale Zeitschrift beschafft und sie mehrere Monate lang an die übrigen Angeklagten weitergegeben. Lang wurde zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die übrigen vier Angeklagten Hermann B a s e r, Wilhelm W e r n e r, Otto M a r z und Theodor K r ä g e erhielten je sechs Monate Gefängnis. Sämtliche Angeklagten, die schon seit Monaten in Untersuchungshaft sind, wurde diese, weil sie geständig waren, voll angerechnet. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

119

### 3.3.2 Widerstand und Verfolgung von weiteren Kommunisten in Südhessen

Die Mitangeklagten Jakob Aßmus, Philipp Oberndörfer, Wilhelm Essinger, Wilhelm Gehbauer und Georg Peter Menges wurden ebenfalls wie Jakob Kindinger „wegen Verbrechens eines Unternehmens der Vorbereitung des Hochverrats nach §83 St.G.B.“<sup>120</sup> zu Haftstrafen von zweieinhalb bis dreieinhalb Jahren verurteilt.

Johannes Kindinger, Heinrich Finn, Ludwig Andreas Görlinger, Karl Jaeckel und Mathilde Menges wurden „wegen Verbrechens eines Unternehmens der Vorbereitung des Hochverrats nach §§ 83, 84 StGB.“<sup>121</sup> zu Haftstrafen von sechs Monaten bis zu zwei Jahren verurteilt.

Den Angeklagten wurde vorgeworfen, in den Jahren 1934 und 1935 die illegale KPD und die „Rote Hilfe“ organisiert zu haben. Das Verteilen von kommunistischen Zeitungen und das Kassieren von Mitgliedsbeiträgen in Bickenbach, Beedenkirchen, Reichenbach und anderen Orten wurde ihnen zur Last gelegt.

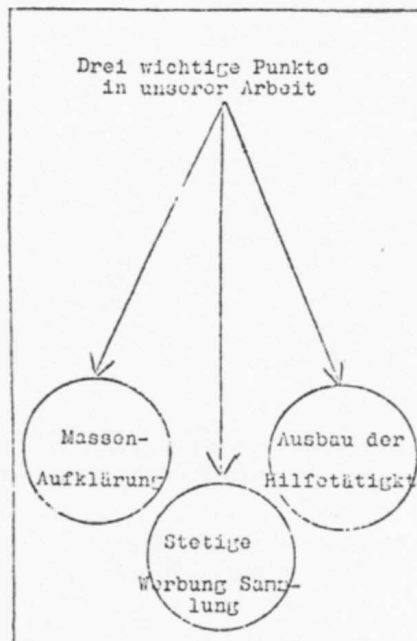
<sup>118</sup> Ebd.

<sup>119</sup> Bergsträßer Anzeigeblatt vom 28. September 1935.

<sup>120</sup> Bundesarchiv Berlin NJ 13970 Anklageschrift & Urteil gegen Jakob Kindinger und Andere.

<sup>121</sup> Ebd.

Rundschreiben 3 / 33  
Ende Februar



I N H A L T:

1. Neueste politische Ereignisse
2. Letzte Anweisungen zur Wahl
3. Hauptaufgaben auf die es jetzt besonders ankommt
4. Arbeitsplan März-April-Mai

Helft den Opfern  
in Hitlers Kerkern

18. März Tag der  
Pariser Commune

Antifaschist. Werbeaufgebot  
der Roten Hilfe

März - April - Mai!

Rote Hilfe Deutschlands, Bezirk Baden - P f a l z

122

Der aus Bickenbach stammende Fabrikarbeiter **Jakob Aßmus** (1895-1955) war einer der Hauptorganisatoren der KPD. Er war seit 1929 Mitglied der KPD und nach dem Verbot der KPD traf sich Aßmus mehrmals mit dem aus Beedenkirchen stammenden Steinhauer und Mitangeklagten Philipp Oberndörfer, um über die Organisation der KPD zu sprechen. Bei diesen Treffen tauschten sie ebenfalls kommunistische Zeitungen und gesammelte Mitgliedsbeiträge aus.

Im Mai 1933 wurde er von der Arbeit kurz vor der Mittagspause (Straßenbau Alsbach-Jugenheim) abgeführt und ins Sturmbüro, Spritzenhaus Bickenbach, gebracht. Ein Bickenbacher SA-Mann stand außen an der Tür Wache und im Büro befanden sich vier Männer. Aßmus sollte angeben, wo sich die Schreibmaschine der KPD befinde, worauf dieser aber nicht antwortete, was zur Folge hatte, dass ein Heppenheimer SA-Mann 'sprechen oder kotzen' sagte. „Daraufhin ging ein Mann vor mich und ein Mann hinter mich. Ich bekam zuerst einen Schlag von hinten in das rechte Knie. Gegenstand, mit dem der Schlag ausgeführt wurde, ist mir unbekannt, und der Mann vor mir schlug mit dem Gummiknüppel mir über die linke Schulter. Ich wurde dann in den Geräteschuppen nebenan gebracht.“<sup>123</sup> Aßmus wurde am 7. Mai 1935 von der Gestapo in Bickenbach verhaftet und in das Gefängnis Riedeselstraße in Darmstadt verbracht, wo er bis Juni 1935 verblieb. Von Juni 1935 bis 11. Oktober 1935 war er im Oberlandesgerichtsgefängnis Mainz und danach wieder im Landgerichtsgefängnis in Darmstadt in Haft. Es folgten Zuchthausaufenthalte in Rockenberg seit 21. Oktober 1935, anschließend in Butzbach, vom 29. Januar 1936 bis 15. August 1938, dann Amberg, wo am 11. Januar 1939 die Entlassung erfolgte. Über die Haftbedingungen erfahren wir Folgendes: „Von Oktober 1935 bis Januar 1936 lag ich in

<sup>122</sup> Perker, Brigitte: Viernheim zwischen Weimar und Bonn. Demokratie und Diktatur in einer Kleinstadt 1918-1949. Viernheim 1988, S.80.

<sup>123</sup> HStA Wiesbaden Abt. 518 Nr. 22977: Entschädigungsakte Jakob Aßmus.

Rockenberg. Trotz bestehender Magenbeschwerden kam ich als vierter Mann in eine Zelle, wo nur für drei Mann Betten vorhanden waren und ich musste mit Strohsack und Kolter auf dem Boden schlafen. Ich arbeitete für die Firma Reiss in Darmstadt. Im Januar 1936 kam ich nach Butzbach.

Hier meldete ich mich zu den Korbmachern um sitzend arbeiten zu können, denn mein Knieleiden war derart schmerzhaft geworden, dass ich keine schwere Arbeit ausführen konnte.

*Zweieinhalb Jahre Einzelhaft in Butzbach!*

Dauernd den Gestank der nassen und im Winter vereisten Weiden in der Zelle und bis zur Ablieferung stapelten sich noch ca. 30-40 Körbe in der Zelle auf, so dass niemals frische Luft vorhanden war. Denn Schlafraum war ja auch gleichzeitig Arbeitsraum. Als Magenkranker fehlte mir Milch und Butter und so kam ich durch Gewichtsabnahme auf 106 Pfund herunter. 1938 musste Butzbach Moorleute stellen. Bei der Untersuchung wurde Moorunfähigkeit wegen Magen-, Zähne- und Kniebeschwerden festgestellt. Ich wurde nach Zuchthaus Amberg/Bayern verlegt. Von da aus zum Lager Tennisberg zur Arbeit bei Firma Hubert Straßenbau kommandiert. Als Anerkennung für gute Verpflegung und Rauchmaterial arbeiteten wir auch sonntags. Untergebracht waren wir mit 80 Mann in einem Saal. Um unsere Notdurft verrichten zu können, standen 4 Marmeladeneimer zur Verfügung oder morgens für 300 Mann 10 Aborte. Und hierfür waren für das ganze Lager 10 Minuten Zeit vorgesehen. Ein gesunder Mensch musste ja bei diesen Zuständen kaputt gehen, denn sie waren unbeschreiblich.

Ursache: Einen Anzug, deshalb Kleidungswechsel nicht möglich. Unsere nassen Kleider mussten wieder am Körper trocknen. Ich war einfach nicht in der Lage Steine zu zerschlagen, noch zu laden, trotz besten Willens von mir. Wachtmeister Burger, bei dem ich 5 Monate arbeitete, führte mich wegen hohen Fiebers während der Arbeitszeit ins Lager zurück. Nun musste ich wieder Böden für Körbe flechten. Bei mindestens 20 Grad Kälte und Schneetreiben wurde ich mit einem anderen Gefangenen auf einen Lastwagen fünf Stunden zusammengestellt ins Zuchthaus Amberg zum Abgang eingeliefert.<sup>124</sup>

**Philipp Oberndörfer**, Jahrgang 1911, aus Beedenkirchen, war erst seit 1933 Mitglied der KPD und vor allem für die Überlieferungen der Zeitungen und Mitgliedsbeiträge von Bickenbach nach Reichenbach zu dem Mitangeklagten Wilhelm Essinger zuständig. Oberndörfer hatte bei seiner Verhaftung am 31. Mai 1935 bei Adam Pfeil als Steinmetz gearbeitet. Dabei wurde sein Fahrrad beschlagnahmt, das ihm nicht mehr zurück gegeben wurde. Seine dreijährige Zuchthausstrafe verbüßte er in Rockenberg, Butzbach und Untermaßfeld/Thüringen in der Zeit vom 11. Oktober 1935 bis 4. Juni 1938.<sup>125</sup>

Der in Reichenbach wohnende Steinhauer **Wilhelm Essinger** (1894-1942) war seit 1931 bis zum Verbot Mitglied der KPD bzw. Vorsitzender der KPD Reichenbach. Essinger, der schon im Oktober 1933 im Konzentrationslager in Osthofen inhaftiert war, fungierte als Kurier für Zeitungen, wie die kommunistische Arbeiterzeitung „Der Bolschewik“ oder „Die Rote Fahne“. Essinger gab die Zeitungen an Wilhelm Gehbauer aus Reichenbach weiter. Essinger arbeitete nach dem Besuch der Volksschule vorübergehend bei einem Bauern, erlernte dann das Steinhauerhandwerk. Während des Ersten Weltkrieges erlitt er Splitterverletzungen in der linken Brustseite. Am 8. August 1916 wurde er verwundet. Er wurde 1915 mit dem EK II und der Hessischen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet. Essinger gehörte der KPD seit 1931 an. Seine Frau Margarethe, die er im Jahre 1915 heiratete, gab an, dass sie kurz nach dem Urteilsspruch im Oktober 1935 ihren Mann im Gefängnis in Darmstadt wieder gesehen habe und ihn fast nicht wiedererkannt habe. Essinger sei in der Zelle hin- und hergerannt, als ob er übergeschnappt gewesen sei, habe lamentiert über die Schwierigkeiten, in die nun die Familie geraten sei. Ein vernünftiges Wort habe sie eigentlich während der fünfzehnminütigen Besuchszeit nicht mit ihm reden können.<sup>126</sup>

---

<sup>124</sup> Ebd.

<sup>125</sup> HStA Wiesbaden Abt. 518 Nr. 3825: Entschädigungsakte Philipp Oberndörfer.

<sup>126</sup> HStA Wiesbaden Abt. 518 Nr. 24085: Entschädigungsakte Wilhelm Essinger.



Der Steinschleifer **Wilhelm Gehbauer** (1899-1981) war seit 1931 bis zum Verbot Mitglied der KPD und der "Roten Hilfe". Danach vertrieb er kommunistische Zeitungen und kassierte außerdem Beitragsgelder und wirkte so bei dem Aufbau der illegalen Partei mit. Gehbauer hat die Zeitungen an Johannes und Jakob Kindinger weitergegeben. Er war vom 2. August 1933 bis 6. Januar 1934 in Darmstadt im Landgerichtsgefängnis in der Rundeturmstraße in politischer Haft. Am 6. Januar 1934 wurde er zu fünf Monaten Haft verurteilt, jedoch am selben Tag aus der Haft entlassen, weil die erkannte Strafe durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erklärt wurde. Vom 31. Mai 1935 bis 4. Dezember 1938 war Wilhelm Gehbauer wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Untersuchungs- bzw. in Strafhaft, und zwar im Amtsgerichtsgefängnis Bensheim, im Landgerichtsgefängnis Darmstadt und anschließend im Zuchthaus Rockenberg. Insgesamt befand er sich 47 Monate in politischer Haft.<sup>127</sup> Wilhelm Gehbauer war erster Nachkriegsbürgermeister der Gemeinde Reichenbach.

Der Steinhauer **Johannes Kindinger** (1899-1961) aus Reichenbach war ein Vetter von Jakob Kindinger und seit 1931 Mitglied der KPD und der „Roten Hilfe“. Nach der Auflösung der KPD und der „Roten Hilfe“ wurde er von dem Mitangeklagten Gehbauer dazu aufgefordert, weiterhin für die KPD zu arbeiten. Johannes Kindinger folgte der Aufforderung und bezahlte daraufhin Mitgliedsbeiträge und erhielt kommunistische Broschüren. Aus der Entnazifizierungsakte seines Cousins Philipp Kindinger, welcher der SS angehörte, lassen sich Hinweise auf seine Verhaftung entnehmen: *„So brachte er es auf geschickte Art fertig, illegales Material so rechtzeitig zu verstecken, daß die mit meiner Verhaftung beauftragten Gestapo-Beamten nichts in die Hand bekommen konnten.*

*Dies war im Jahre 1935. Auch während meiner fast zweijährigen Gefängnisstrafe war er stets derjenige, der mich mit allem unterstützte.“*<sup>128</sup> Nach seiner Verhaftung am 31. Mai 1935 wurde er zunächst in das Polizeigefängnis Bensheim eingeliefert. Vom Sondergericht Darmstadt wurde er im Herbst 1935 zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Untersuchungshaft wurde ihm bis auf sieben Tage angerechnet. Am 7. Dezember 1936 wurde er aus der Strafhaft entlassen. Johannes Kindinger saß in verschiedenen Strafanstalten ein, zuletzt in Butzbach und Zweibrücken. Seit seiner Inhaftierung in Butzbach litt er an Asthmaanfällen: *„Ich war damals in einer Zelle untergebracht, die vorher von einem Gefangenen benutzt worden war, der Basttaschen herstellte. Dieser hatte das Material für die Taschen in ein Heizungsrohr, das oben offen war, hineingesteckt. Als nun die Heizung in Betrieb genommen wurde, entstand hierdurch ein schädlicher Qualm, sodass ich es damals kaum in der Zelle aushalten konnte. Ich hatte kaum Luft bekommen. Ich habe mich auch wegen dieser Sache beschwert. Es wurde aber keine Abhilfe geschaffen, ich musste in der qualmigen Zelle bleiben. Erst ein Wachtmeister, der ein Kriegskamerad von mir aus dem Ersten Weltkrieg war, half mir nach drei Tagen, indem er das Zeug mit einem Haken aus dem Heizungsrohr herausholte und auch die Zelle etwas mehr lüftete. Ich hatte mich damals auch krank gemeldet. Der Arzt erkannte das jedoch nicht an und sagte, ich würde mich verstellen. Im Jahre 1937 bekam ich zum ersten Mal einen Asthmaanfall.*

*Als ich damals verhaftet wurde, war ich im Geschäft meiner Mutter, einem Steinbruchbetrieb als Steinhauer beschäftigt. Ich hatte einen Stundenlohn von 0,70 Pfennig die Stunde und habe die Woche 48 Stunden gearbeitet.“*<sup>129</sup>

Auf die vier Angeklagten, die während der Zeit der Illegalität mit Jakob Kindinger zusammen eine „Zelle“ bildeten, soll ausführlicher eingegangen werden: Heinrich Finn, Ludwig Görlinger, Karl Jaeckel und Georg Menges.

**Heinrich Finn** wurde am 11. Dezember 1905 in Bensheim als Sohn des Tagelöhners Johann Finn III. und der Emma Weimar geboren. Er erlernte den Beruf eines Kunst-Bauschlossers und war nach dem

---

<sup>127</sup> HStA Wiesbaden Abt. 518 Nr. 29335: Entschädigungsakte Wilhelm Gehbauer.

<sup>128</sup> HStA Wiesbaden Abt. 520 Bergstr. in Karton 41: Spruchkammerakte Philipp Kindinger VIII, Steinhauer, Reichenbach, Wingertsbergstr. 13. In der NSDAP-Parteiatekte Philipp Kindingers im Bundesarchiv Berlin (SM I0069; SS/A 22) war darüber hinaus lediglich die Beförderung Kindingers zum SS-Unterscharführer vom 1. Oktober 1944 sowie seine Heirat vom 7. Juli 1934 und die Geburtsdaten seiner beiden Töchter zu entnehmen.

<sup>129</sup> HStA Wiesbaden Abt. 518 Nr. 3872: Entschädigungsakte Johann Kindinger.

Zweiten Weltkrieg als Rohrleitungsbauer beschäftigt. Verheiratet war er mit Maria Finn, welche am 31. Januar 1906 geboren wurde. In seinem Haushalt in der Promenadenstraße 8, zuvor Wambolderhofstraße 1, lebten als weitere Familienmitglieder Renate Grieser, \*1937 in Mainz, und Heinz Hoffmann, \*1943 in Heidelberg. Von 1931 bis 1933 gehörte er der „Roten Hilfe“ an. Über seine Verhaftung machte er folgende Angaben: *„Am 11. 7 1935 durch Gestapo verhaftet.*

*Nach meiner Entlassung aus dem Gefängnis wurde ich unter Polizeiaufsicht gestellt und war dadurch mancherlei Schikanen ausgesetzt.“*<sup>130</sup> Finn war vom 26. Juni 1935 bis 23. Oktober 1935 in Darmstadt in Untersuchungshaft. Am 23. Oktober 1935 erfolgte seine Verlegung nach der Strafanstalt Butzbach, von dort am 17. Dezember 1935 nach der Strafanstalt Zweibrücken, aus der er am 11. September 1936 entlassen wurde. Er befand sich in Einzelhaft war als Schlosser beschäftigt. Nach seiner Haftentlassung war Heinrich Finn arbeitslos, arbeitete vom 29. September 1936 bis 5. November 1938 als Schweißer bei der Deutschen Feuerlösch-Bauanstalt Wintrich & Co., Bensheim, wo er bereits in den Jahren 1928 bis 1935 mit Unterbrechungen beschäftigt gewesen war. In den Jahren 1938 bis 1945 arbeitete Heinrich Finn als Autogenschweißer der Darmstädter Firma Jakob Nohl auf der Baustelle Bunawerke in Schkopau. Von 1940 bis 1942 belegte er in Halle/Saale Abendsemester, wurde aber wegen „*politischer Unzuverlässigkeit*“ nicht zur Werkmeister-Prüfung zugelassen. Seit 1946 war er selbständig.

Aufschluss über den Zeitgeist der unmittelbaren Nachkriegszeit gibt ein Schreiben vom 11. Dezember 1947 der Betreuungsstelle für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte, die beim Landrat des Kreises Bergstraße angesiedelt war, an das Regierungspräsidium Darmstadt, Hauptbetreuungsstelle für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte Darmstadt:

*„Wie mir die VVN Bensheim mitteilt, wohnt der Obengenannte schon eine ganze Zeitlang in der russ. Zone mit einer anderen Frau zusammen. Seine Ehefrau in Bensheim hat seinen roten Ausweis im Besitz. Es geht doch nicht an, daß Finn seinen Ausweis nicht bei sich trägt und ihn hier seiner Frau überläßt. Evtl. hat er dort, wo er wohnt, ebenfalls einen Ausweis. Ich bitte um umgehende Mitteilung, ob ich den Ausweis einziehen kann.*

*Geschäftsführer*

*Wagner“*<sup>131</sup>

Im Antwortschreiben vom 11. Dezember 1947 wurde verfügt, dass kein Grund bestehe den Ausweis einzuziehen, *„wenn der Mann den Ausweis nicht bei sich führt“.*

Am 3. August 1950 schrieb Finn an die Betreuungsstelle Heppenheim, dass er im Frühjahr bauen möchte in Selbsthilfe. *„Wir sind im Haushalt 4 Personen und haben nur eine 1 1/2 Zimmer-Wohnung und Küche.“* Baugelände stellten ihm die Schwiegereltern in Bensheim, Weinbergstraße. zur Verfügung. Heinrich Finn starb am 13. April 1984 in Lahnstein.

**Ludwig Görlinger** wurde am 24. August 1902 Sohn des Bahnarbeiters Andreas Görlinger und seiner Ehefrau Anna Engel in Saarbrücken-St. Arnual geboren. Am 24. August heiratete er Franziska (Fanny) Humm, \*18. April 1901 in Bensheim. Aus der Ehe gingen die Kinder Hans (\*1925) und Else (\*1927) hervor. Zwei Töchter starben im Kindbett. Wie Jakob Kindinger war auch er im KZ Osthofen in Haft, und zwar in der Zeit vom 6. Januar bis 20. Februar 1934. Das „*Bergsträßer Anzeigebblatt*“ berichtete: *„Bensheim, 8. Januar 1934. Die Bensheimer Einwohner Jakob Schmitt, wohnhaft in der Hasengasse und Ludwig Görlinger, wohnhaft im Röderweg, mußten am letzten Samstag in das KZ nach Osthofen gebracht werden, da sich beide über das Winterhilfswerk des nationalsozialistischen Staates abfällig äußerten und gemeine Lügen verbreiteten. Es handelt sich bei den Verhafteten um 2 frühere Kommunisten, die trotz zahlreicher Unterstützung durch das neue Reich die Frechheit besitzen, das größte Winterhilfswerk der Welt herabzusetzen. Die Maßnahmen, die gegen die Vorgenannten ergriffen wurden, dienen zur Warnung für alle diejenigen gewissenlosen Elemente, die durch Lüge und Verleumdung das große Werk unseres Führers und seine Maßnahmen verächtlich machen wollen.“*

<sup>130</sup> HStA Wiesbaden Abt. 518 Nr. 29334: Entschädigungsakte Heinrich Finn.

<sup>131</sup> Ebd.

Über seine erneute Verhaftung machte er folgende Angabe: „Am 11.6.35 wurde ich von der Baustelle (heutige Tanzschule Richter) von zwei Bensheimer Polizisten verhaftet und nach der Riedeselstr. in Darmstadt gebracht.“<sup>132</sup> Vom 26. Juni bis 13. November 1935 hielt er sich in der Untersuchungshaftanstalt Darmstadt auf, wurde anschließend in die Zellenstrafanstalt Butzbach verlegt. Vom 17. Dezember 1935 bis 11. Oktober 1937 war Ludwig Görlinger im Strafgefängnis Zweibrücken inhaftiert, wo er in der Korbmacherei und Schlosserei beschäftigt war. Die Gerichtskosten wurden ihm in den Jahren 1938 und 1939 vom Lohn gepfändet.

Seit 1. Juli 1945 betrieb er einen Schlosserei-Handwerksbetrieb. In der unmittelbaren Nachkriegszeit war er fast ausschließlich für die Stadt Bensheim, amerikanische Besatzungsbehörden und die UNRRA tätig. Über das gegen ihn verhängte Urteil vom 11. Oktober 1935 wurde im Jahre 1949 analog den übrigen Mitangeklagten verfügt: „Das Urteil des Oberlandesgerichts Darmstadt vom 11. Oktober 1935 [...] ist durch § 9 des hessischen Gesetzes zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Strafrechtspflege vom 29.5.1946 (GVBl. S. 136) aufgehoben, ohne dass es einer gerichtlichen Entscheidung bedarf.

Der Vermerk über die Verurteilung ist im Strafregister zu tilgen.“

Ludwig Görlinger starb am 27. September 1974 in Bensheim.

**Karl Jaeckel** wurde am 25. Juli 1869 in Danzig-Pfefferstadt geboren. Am 2. August 1900 heiratete er in Mössingen Agnes Maria Kübler, welche am 21. September 1890 geboren wurde. Karl Jaeckel war vom 1. Juni 1923 bis zu seinem Tode am 22. Mai in Bensheim polizeilich gemeldet. Karl Jaeckel war seit 1919 Mitglied der KPD. Von 1922 bis 1933 war er kommunistisches Stadtratsmitglied in Bensheim. Zudem war er Ortsgruppenleiter der „Roten Hilfe“. Aus seiner Entschädigungsakte lassen sich Hintergründe seiner Situation im Dritten Reich entnehmen. So machte er in einem Schreiben vom 27. Februar 1950 folgende Angaben:

„Am 11. Juni 1935 wurde ich wegen Vorbereitung zum Hochverrat verhaftet und am 11.10.1935 vom Oberlandesgericht in Darmstadt zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Meine Gefängnisstrafe verbüßte ich in Darmstadt, Butzbach und Zweibrücken. Am 11.6.1936 wurde ich vom Gefängnis Zweibrücken entlassen.

Durch langjährigen Aufenthalt im Auslande hatte ich einen erheblichen Bestand an Literatur in französischer und italienischer Sprache. Ebenso hatte ich eine sehr große Anzahl marxistischer Bücher, insgesamt waren es über 600 Bücher. Dieser Bücherstand wurde im Jahre 1935 bei Hausdurchsuchungen durch die Gestapo beschlagnahmt, desgleichen 36 Grammophonplatten. Die Bücher hatten damals einen Wert von schätzungsweise 1.500,- RM, dazu kommen noch 100,- RM für die Grammophonplatten.

Meine Ehefrau und ich betrieben ein ambulantes Gewerbe (Verkaufsstand für Zucker-, Spiel- und Rauchwaren). Während meiner Haft konnte meine Ehefrau das Gewerbe ohne mich nicht weiter ausüben, sodass mir hierdurch ein Schaden von 2000,- RM entstanden ist.

Im Jahre 1933 bis 1939 waren wir in der Ausübung des Gewerbes sehr behindert, weil weder meine Frau noch ich als politisch zuverlässig galten. Infolge Schikanen durch die NSDAP habe ich einen weiteren Schaden von 2000,- RM erlitten.

Ich versichere die Richtigkeit obiger Angaben an Eidesstatt.“

Frau Jaeckel betrieb einen ambulanten Gewerbebetrieb sei 1906.<sup>133</sup> Jakob Kindinger hatte im Prozess des Jahres 1935 ausgesagt, dass Jaeckel die KPD mit Beiträgen unterstützt habe. Jaeckel bestritt jedoch die Anschuldigungen. Karl Jaeckel, der von Beruf Kammacher gewesen war, scheint nach dem Zweiten Weltkrieg in ökonomisch sehr bescheidenen Verhältnissen gelebt zu haben, da die Stadt Bensheim für die Kosten seiner Beerdigung aufkommen musste. Hinsichtlich der Erbschaftsfrage sei auf ein Schreiben der Krankenschwester Erna Jaeckel verwiesen: „In Beantwortung Ihres Schreibens vom 29. August 62 teile ich Ihnen mit, daß ich nicht Erbe bin, denn ich bin kein Abkömmling des

<sup>132</sup> HStA Wiesbaden Abt. 518 Nr. 29333: Entschädigungsakte Ludwig Görlinger.

<sup>133</sup> HStA Wiesbaden Abt. 518 Nr. 3803: Entschädigungsakte Karl August Jaeckel.

*Geschädigten Karl August Jaeckel, den Name trage ich durch Namenserteilung. Ein Testament liegt nicht vor.*

*Mein Bruder, welcher gesetzlicher Erbe gewesen wäre, ist leider vorverstorben, die Todeserklärung erfolgte auf eidesstattliche Erklärung eines Kriegskameraden, seine Frau, also meine Schwägerin, lebt mit bescheidener Soldatenrente u. ist auf die Hilfe ihrer Schwester angewiesen, welche selbst schon seit einigen Jahren verwitwet ist.*

*Meine Mutter ist inzwischen 92 Jahre alt geworden u. würde eine Entschädigung sehr begrüßen.*<sup>134</sup>

**Georg Menges** wurde am 23. September 1899 in Weinheim als Sohn des Stuhlmachers Johann Adam Menges und seiner Ehefrau Maria Odenwälder geboren. Am 15. April 1922 heiratete er die Hilfsarbeiterin Mathilde Wergien, \*14. Januar 1903 Heidelberg, †13. August 1954 Bensheim. Am 29. Mai 1922 wurde in Bensheim die Tochter Charlotte geboren. Von 1914 bis 1931 war Georg Menges bei den Lederwerken Freudenberg in Weinheim beschäftigt. Im Juni 1917 war er Soldat. Im Juli 1918 wurde er schwer verwundet und geriet in französische Kriegsgefangenschaft. Seit 1932 war er Mitglied der KPD und der „Roten Hilfe“. Über seine Haftzeiten machte er folgende Angaben: *„Ich wurde am 11.6.1935 wegen Vorbereitung zum Hochverrat festgenommen und anschl. zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt und war bis 11.12.1937 im Zuchthaus Rockenberg u. Butzbach.“*<sup>135</sup> Der Birkenauer Gendarmerie-Obermeister Schwöbel hatte am 25. Januar 1950 Georg Menges Folgendes bescheinigt, was auch Einblicke in die Umstände des KZ-Aufenthaltes von Jakob Kindinger ermöglicht: *„Herrn Georg Menges von Bensheim wird hiermit bestätigt, daß er im August 1933 gemeinsam mit Jakob Kindinger von Bensheim und Josef Faller von Gronau wegen antifaschistischer Tätigkeit von der SA und Polizei Bensheim in Gronau festgenommen und in das Arrestlokal beim Polizeiamt in Bensheim verbracht wurde. Da Gronau zum Dienstbezirk der Gendarmerie-Station Bensheim gehörte, wurden die Festgenommenen am nächsten Tag dem Unterzeichneten übergeben und auf Anweisung der vorgesetzten Dienststelle in das Konzentrationslager Osthofen verbracht. Da den drei Vorgenannten die ihnen zur Last gelegte staatsfeindliche Betätigung nicht nachgewiesen werden konnte, wurden dieselben einige Wochen später wieder auf freien Fuß gesetzt.*

*Es ist auch bekannt, daß sich Herr Menges später auch noch weiterhin staatsfeindlich betätigt hat und deshalb bestraft wurde. Nähere Angaben hierüber können jedoch nicht gemacht werden, da diese Vorfälle nicht von dem Unterz. bearbeitet wurden.“*<sup>136</sup>

Nach dem 1. April 1945 war Georg Menges Leiter des Wohnungsamtes Bensheim. Auf Grund des Erlasses des Hessischen Ministers des Innern vom 19. Oktober 1950 „*betr. Anwendung der Richtlinien für die Entlassung von Staatsbediensteten wegen politischer Betätigung gegen die demokratische Grundordnung vom 18. Oktober 1950*“ (Staatsanzeiger Nr. 42 S. 425 Ziff. 792) auf Bedienstete der Gemeinden und Gemeindeverbände wurde Georg Menges am 31. Oktober 1950 fristlos aus dem Dienst der Stadt Bensheim entlassen. Bürgermeister Trefft in einem Schreiben vom 11. Januar 1951 an das Arbeitsgericht Darmstadt: *„Menges ist nach seinen Angaben Mitglied der KPD und der VVN. Bei der KPD ist er aktiv als Propagandist tätig. Die VVN-Ortsgruppe Bensheim wird von ihm geleitet. Herr Kindinger und Herr Menges arbeiten Hand in Hand. Es kommt hinzu, dass durch die strenge Parteidisziplin auch Herr Menges an die Beschlüsse der KPD gebunden ist. Man hat auch noch nie gehört, dass Herr Menges gegen das unqualifizierte Vorgehen des Herrn Kindinger etwas unternommen hätte. Im Gegenteil, er hat es gebilligt und stand sowohl in der KPD als auch in der VVN wie früher im Betriebsrat stets an der Seite von Kindinger.“*<sup>137</sup> Die fristlose Entlassung wurde mit Aktenverfügung vom 14. Februar 1951 zurückgenommen und Menges übte seine Tätigkeit als Feldschütz wieder aus. Am 6. Mai 1953 wurde Menges angezeigt, weil er in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai im Stadtbereich Plakate geklebt habe. Es soll sich um einen Aufruf zum 1. Mai 1953 und eine Rede des KPD-Vorsitzenden Max Reimann gehandelt haben. Der Magistrat war der Auffassung, dass die

<sup>134</sup> Ebd.

<sup>135</sup> HStA Wiesbaden Abt. 518 Nr. 3748: Entschädigungsakte Georg Peter Menges.

<sup>136</sup> Ebd.

<sup>137</sup> Archiv der Stadt Bensheim, Personalakte Georg Menges.

Angelegenheit nicht weiter verfolgt werden soll. Am 24. September 1962 wurde Menges durch die Ferienstrafkammer Frankfurt/Main zu sechs Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt. Als Menges mit seinem Fahrrad an einem Polizeihauptwachtmeister vorbeigefahren war, fiel ihm ein Paket vom Gepäckträger zu Boden. Der Polizeibeamte stellte fest, dass es sich um kommunistische Zeitungen „*Freies Volk. Organ des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands*“ handelte. Der Magistrat der Stadt Bensheim beschloss in seiner Sitzung vom 6. November 1962 einstimmig, den Feldschützen Georg Menges sofort fristlos zu entlassen, u. a. mit folgender Begründung: „*Mit der Betätigung für die verbotene KPD hat Menges [...] versucht, die demokratische Staatsordnung der Bundesrepublik Deutschland zu untergraben.*“<sup>138</sup> Menges starb am 28. Mai 1984 in Bensheim. Er war zuletzt verheiratet mit Marta Mareška, \*20. März 1907 Kriegern, Kreis Podersum/Sudetenland, †16. November 1985. „*Von Kranzniederlegung und Nachruf wurde Abstand genommen, da Arbeitsverhältnis mit Menges durch Kündigung endete.*“<sup>139</sup>

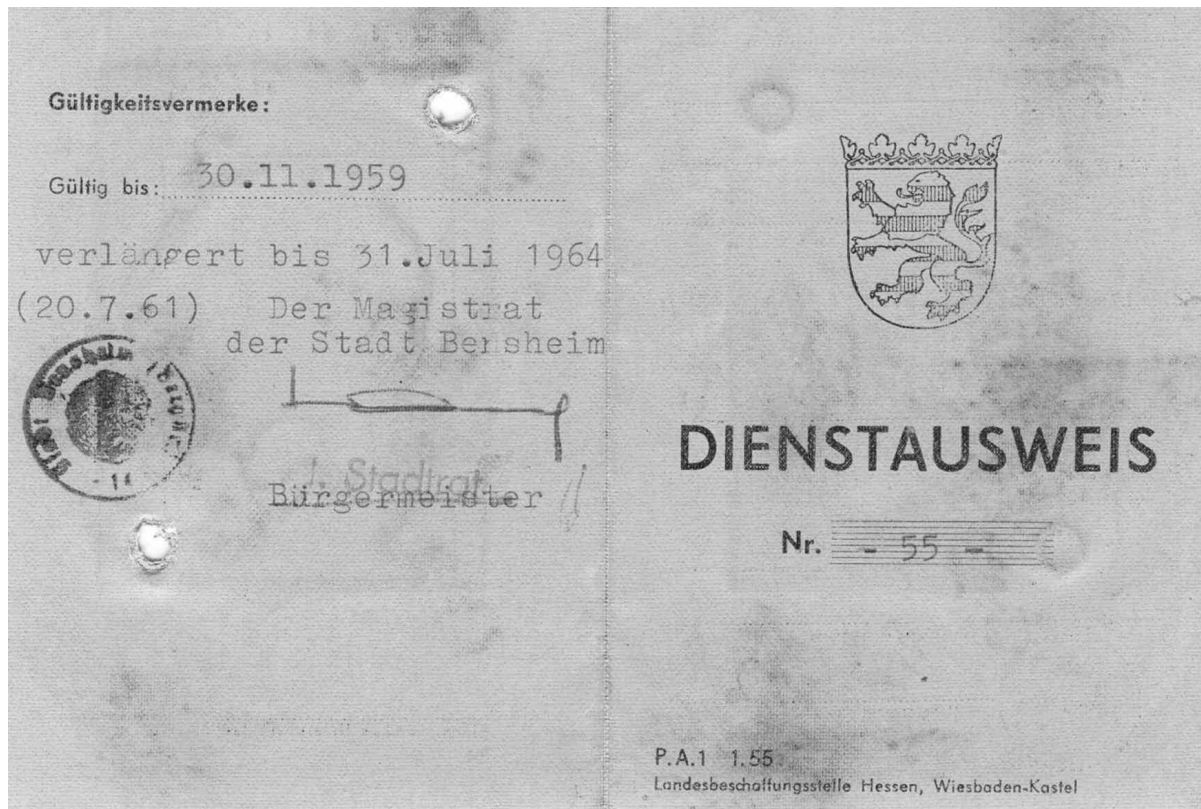
Seine erste Frau Mathilde Wergien verbüßte vom 15. August 1935 bis 21. Februar 1936 eine Haftstrafe wegen Hochverrats. Seit 5. April 1929 betrieb sie eine Bettfedernreinigungsanstalt.<sup>140</sup>



<sup>138</sup> Ebd.

<sup>139</sup> Ebd.

<sup>140</sup> HStA Wiesbaden Abt. 518 Nr. 3747: Entschädigungsakte Mathilde Menges, geb. Wergien.



#### 4. Das Konzentrationslager Buchenwald

„BUCHENWALD, eines der größten Konzentrationslager auf deutschem Boden, mit 130 Nebenlagern und Außenkommandos. Das Hauptlager befand sich auf dem nördlichen Abhang des Ettersbergs, acht Kilometer nördlich von Weimar in Thüringen. Es wurde am 16. Juli 1937 eröffnet, als die erste Gefangenengruppe mit 149 Personen, in der Mehrzahl politische Häftlinge und Kriminelle, eintraf. Den Namen 'Buchenwald' erhielt das Lager am 28. Juli 1937 von Heinrich HIMMLER.

Buchenwald bestand aus drei Abteilungen: dem »großen« Lager mit Häftlingen, die schon länger im Lager waren; dem »kleinen« Lager, in dem Gefangene in Quarantäne gehalten wurden, und dem 'Zeltlager' für polnische Gefangene, die nach der deutschen Invasion Polens 1939 dorthin deportiert worden waren. Neben diesen drei Abteilungen gab es den Verwaltungsbereich, die SS-Baracken und die Lagerbetriebe. Die Kommandanten waren SS-Standartenführer Karl KOCH (1937 bis 1941) und SS-Oberführer Hermann Pister (1942 bis 1945).

Kurz nach Errichtung des Lagers trafen große Gruppen von Gefangenen ein; Ende 1937 waren es 2561, die meisten 'Politische'. Im Frühjahr 1938 wuchs die Zahl der Häftlinge weiter, als die Opfer einer 'Operation' gegen 'asoziale Elemente' nach Buchenwald deportiert wurden; im Juni 1938 lebten im Lager 7 723 Häftlinge. 2 200 Juden aus Österreich kamen am 23. September 1938 hinzu. Weitere 10 000 Juden wurden nach der REICHSKRISTALLNACHT ins Lager gebracht, so daß Ende November 1938 die Zahl der Häftlinge auf über 18 000 gestiegen war. Ende des Jahres wurden die meisten jüdischen Häftlinge freigelassen, und die Zahl der Lagerinsassen verminderte sich auf 11 000.

Den Kriegsbeginn begleitete eine Verhaftungswelle im ganzen Reich, die Tausende politischer Häftlinge nach Buchenwald brachte. Ihnen folgten Tausende Polen, die im 'Zeltlager' untergebracht wurden. Ab 1943, nachdem die Rüstungsfabriken in der Nachbarschaft des Lagers fertiggestellt worden waren, stieg die Zahl der Häftlinge ständig: auf 63048 Ende 1944 und auf 86232 im Februar 1945. In den acht Jahren seines Bestehens, von Juli 1937 bis März 1945, durchliefen insgesamt 238980 Häftlinge aus 30 Ländern Buchenwald und seine Nebenlager; davon wurden 43045 ermordet oder kamen auf andere Weise ums Leben (die Zahlen schließen auch sowjetische Kriegsgefangene ein).



Die jüdischen Häftlinge - erste Transporte deutscher Juden trafen im Frühjahr 1938 im Lager ein - wurden besonders grausam behandelt, sie arbeiteten 14 bis 15 Stunden am Tag (gewöhnlich in dem berüchtigten Steinbruch von Buchenwald) unter überaus schwierigen Bedingungen. Ziel der Nationalsozialisten war es in dieser Phase der Verfolgung, Druck auf die Juden und ihre Familien auszuüben, um sie zur Emigration zu bewegen. Daher wurden im Winter 1938/39 9370 Juden freigelassen, nachdem ihre Familien wie auch jüdische und internationale Organisationen ihre Auswanderung arrangiert hatten. 600 der Häftlinge der 'Reichskristallnacht' wurden in der kurzen Zeit, in der sie sich in Buchenwald aufhalten mußten, ermordet, begingen Selbstmord oder starben aus anderen Gründen. Die Zahl der jüdischen Häftlinge stieg nach dem Beginn des Kriegs wieder an, als Juden aus Deutschland und dem PROTEKTORAT BÖHMEN UND MÄHREN ins Lager gebracht wurden; im September 1939 gab es etwa 2700 jüdische Häftlinge in Buchenwald.

Gemäß einem Befehl vom 17. Oktober 1942, alle jüdischen Gefangenen im Reich nach AUSCHWITZ zu überführen, wurden die Juden aus Buchenwald - ausgenommen 204 Arbeiter für wichtige Aufgaben - in dieses Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert. 1944 trafen die ersten Transporte mit ungarischen Juden aus Auschwitz in Buchenwald ein; nach einem kurzen Aufenthalt im Hauptlager wurden die meisten von ihnen auf die Nebenlager verteilt, wo sie in den Rüstungsfabriken arbeiteten. Ab dem 18. Januar 1945, als Auschwitz und andere Lager im Osten 'evakuiert' wurden, kamen Tausende jüdischer Gefangener in Buchenwald an. Zu den »Evakuierten« aus Auschwitz gehörten mehrere hundert Kinder und Jugendliche. Für sie wurde im 'Zeltlager' eine besondere Baracke eingerichtet, die als 'Kinderblock 66' bekannt wurde. In diesem Block lebten über 600 Kinder und Jugendliche, von denen die meisten überlebten. Den jüdischen Gefangenen wurden Privilegien und Ausnahmeregelungen anderer Insassen vorenthalten, zudem wurden sie für MEDIZINISCHE EXPERIMENTE mißbraucht.

Von Anfang an gab es in Buchenwald Widerstandszellen. 1938 gründeten Mitglieder der deutschen Kommunistischen Partei im Lager eine solche Gruppe, der einige prominente Vertreter dieser Partei angehörten. Zunächst hatten die Widerstandszellen das Ziel, ihre Mitglieder in den zentralen Häftlingsfunktionen unterzubringen, um einander zu unterstützen und an den Entwicklungen im Lager beteiligt zu sein. Bis Ende 1938 lag die interne Verwaltung Buchenwalds zum größten Teil in den Händen der kriminellen Gefangenen. Als entdeckt wurde, daß die Kriminellen und einige Mitglieder des SS-Personals an Korruption und Diebstählen beteiligt waren, entließ die Lagerverwaltung die kriminellen Gefangenen aus den meisten Funktionen, und ihr Einfluß ging schrittweise auf die politischen Gefangenen über. Einige Widerstandszellen, hauptsächlich die der Linken, konnten Mitglieder in Schlüsselfunktionen der Lagerverwaltung unterbringen und dadurch ihre geheime Tätigkeit erleichtern. Später, nach Kriegsbeginn und dem Zustrom politischer Gefangener aus den besetzten Ländern, wurden zunehmend Widerstandsgruppen auf der Basis der Nationalitätszugehörigkeit gegründet. 1943 entstand aufgrund jüdischer Initiative eine allgemeine Untergrundbewegung, die als internationales Untergrundkomitee bezeichnet wurde. Die Widerstandsbewegung in Buchenwald erzielte einige eindrucksvolle Erfolge, insbesondere Sabotageakte in den Rüstungsbetrieben, in denen Gefangene aus Buchenwald arbeiteten. Mitglieder des Untergrunds schmuggelten auch Waffen und Munition in das Lager.

Am 6. April 1945 begann die SS, die jüdischen Gefangenen zu 'evakuieren'. Am folgenden Tag wurden Tausende Gefangene verschiedener Nationalität aus dem Hauptlager und den Nebenlagern abtransportiert. Von den 28250 Gefangenen aus dem Hauptlager wurden dabei 7000 bis 8000 entweder ermordet oder starben auf andere Weise im Verlauf der 'Evakuierung'. Die Gesamtzahl der Gefangenen aus den Nebenlagern und dem Hauptlager, die während der Räumung Buchenwalds ums Leben kamen, wird auf 25500 geschätzt. In den letzten Tagen des Bestehens des Lagers Buchenwald sabotierten Widerstandsmitglieder, die in der internen Verwaltung Schlüsselpositionen innehatten, SS-Befehle zur 'Evakuierung', indem sie die Ausführung verzögerten. Die Nationalsozialisten konnten deshalb die Räumung des Lagers nicht zu Ende bringen.

Am 11. April 1945 waren die meisten SS-Männer bereits aus dem Lager geflohen. Der Untergrund wartete nicht auf die heranrückenden amerikanischen Streitkräfte, sondern übernahm selbst die

Kontrolle, zusammen mit bewaffneten Gruppen von Gefangenen; dabei wurden mehrere Dutzend SS-Männer gefangengenommen, die im Lager zurückgeblieben waren. An jenem Tag, dem 11. April 1945, wurden etwa 21000 Gefangene in Buchenwald befreit, darunter 4000 Juden, davon etwa 1000 Kinder und Jugendliche.

1947 kamen 31 Angehörige des Lagerpersonals von Buchenwald für ihre Verbrechen vor ein amerikanisches Gericht. Zwei der Angeklagten wurden zum Tode verurteilt, vier zu lebenslänglicher Haft.<sup>141</sup>

#### 4.1 Das System des nationalsozialistischen Konzentrationslagers am Beispiel Buchenwald

Jakob Kindinger war von 1938 bis 1945 Buchenwald-Häftling.

Die deutschen Konzentrationslager waren nicht die ersten KZ's, die erbaut wurden, denn schon im 19. Jahrhundert gab es in Spanien (Kuba 1896) und unter den Briten (Süd-Afrika 1899) so genannte Konzentrationslager. Danach folgten noch weitere, wie zum Beispiel in Russland und Griechenland. Die amtliche Abkürzung für Konzentrationslager war in der NS-Zeit „KL“. Wie viele KZ's es in der gesamten Zeit gab, ist nicht geklärt. Klar ist, dass es davon sehr viele in Europa gab, die sich jeweils in der Art wieder unterschieden.

Doch ab 1933 stieg die Anzahl der KZ's in Deutschland rapide. Buchenwald war eines der größten nationalsozialistischen Konzentrationslager im Dritten Reich. Konzentrationslager wurden zur Isolierung von Menschen aus ethnischen, religiösen oder sozialen Gründen eingerichtet. Sie wurden auf unbestimmte Zeit durch Gerichtsurteile und die Bürokratie, ohne Recht auf Verteidigung, festgehalten. Buchenwald war kein „typisches“ Vernichtungslager, dennoch wurden viele Menschen ermordet. Buchenwald war in erster Linie ein Arbeitslager Hannah Arendt (1906-1975), eine Historikerin und Philosophin, beschrieb KZ's wie folgt: „Diese Lager sind die eigentliche zentrale Institution des totalen Macht- und Organisationsapparates“<sup>142</sup>. Dies wird einem klar, wenn man Aufbau, System und Handlungen der Verantwortlichen genauer betrachtet.

Das Lager Buchenwald wurde im Juli 1937 auf dem Ettersberg bei Weimar errichtet. Nach der Auflösung der KZ's in Sachsenhausen, Sachsenburg und Lichtenburg wurden die Gefangenen nach Buchenwald gebracht um dort das Lager aufzubauen.

Den Namen „Buchenwald“ erhielt das Lager am 28. Juli 1937 von Heinrich Himmler. Rund 239.000 (nach anderen Angaben etwa 250 000) Menschen aus allen Ländern Europas erlitten die Haft in Buchenwald.<sup>143</sup> Dabei kamen schätzungsweise 43.045 (nach anderen Quellen<sup>144</sup> bis zu 56 000 Menschen) durch die unmenschlichen Haftbedingungen, Erschießungen, medizinischen Versuche oder durch Willkür der SS-Männer ums Leben.

##### 4.1.1 Die Lagerhierarchie<sup>145</sup>

Das Konzentrationslager Buchenwald stand, wie alle anderen Lager der Nationalsozialisten, unter Befehl der SS - Totenkopfverbände. In Weimar war dies die SS-Totenkopfstandarte III „Thüringen“, die für die Verwaltung des KZ's und die Ausbildung – militärisch wie ideologisch – der jungen SS-Männer zuständig war. Das Oberkommando über das KZ lag in den Händen des jeweiligen Lagerkommandanten und dessen Kommandanturstabes. Erster Lagerkommandant wurde SS-

<sup>141</sup> Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Band I A-G. Herausgeber: Israel Gutmann. München 1995, S. 248-251.

<sup>142</sup> Zit. n. [http://www.shoa.de/kz\\_system.html](http://www.shoa.de/kz_system.html) (14. November 2005).

<sup>143</sup> Vgl. Carlebach, Emil/Schmidt, Willy/Schneider, Ulrich: Buchenwald. Ein Konzentrationslager. Berichte-Bilder-Dokumente. Herausgegeben im Auftrag der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora. (2000) 2., verbesserte Auflage Bonn 2005.

<sup>144</sup> Vgl. die abweichenden Angaben u. a. bei [http://de.wikipedia.org/wiki/KZ\\_Buchenwald#Opfer](http://de.wikipedia.org/wiki/KZ_Buchenwald#Opfer) (23. Februar 2006) und [http://www.adlexikon.de/KZ\\_Buchenwald.shtml](http://www.adlexikon.de/KZ_Buchenwald.shtml) (23. Februar 2006).

<sup>145</sup> Die Ausführungen basieren auf: Carlebach, Emil, Tote auf Urlaub. Kommunist in Deutschland, Dachau und Buchenwald 1937-1945. Bonn 1995.

Standartenführer Karl Koch (1937-1945), sein Nachfolger wurde Hermann Pister (1942-1945). Alle Angehörigen der KZ-Wachmannschaften waren Mitglieder der SS mit unterschiedlichen Dienstgraden. Jeder Häftlingsbaracke (Block) war ein Blockführer zugeteilt. Dabei handelte es sich meist um junge SS-Männer, die der SS beigetreten waren, um zur „*deutschen Elite*“ zu gehören, aber nicht immer damit gerechnet hatten, als Schläger eingesetzt zu werden. Deshalb fiel es manchen schwer, in ihren Blocks mit Gewalt durchzugreifen. Aus diesem Grunde wurde jedem der jungen Blockführer ein erfahrener SS-Unterführer zur Seite gestellt, der letztendlich diese Aufgabe übernahm. Falls einer der Blockführer es dennoch nicht fertig brachte, sich mit Gewalt Autorität zu verschaffen, wurde er von seinen Kameraden dementsprechend gedemütigt und bestraft, solange bis sich in ihm Wut und Verzweiflung ansammelten, die er schließlich an den Häftlingen ausließ. Auf diese Weise wurden die jungen SS-Männer zu den unmenschlichen Bestien gedrillt, die überall gefürchtet und gehasst waren.

Neben der SS-Führung waren jedoch auch Häftlinge in die Lagerverwaltung mit eingebunden. Den höchsten „Dienstgrad“ unter den Häftlingsfunktionären hatte der Lagerälteste, der stets mit der Lagerführung in Kontakt stand. Genauso wie mit den Lagerältesten verhielt es sich auch mit den Kapos und den Blockältesten. Ihre Positionen lagen zunächst auch in Händen der Kriminellen, die mit der SS gemeinsames Spiel trieben. Langsam konnten diese aber verdrängt werden, da der SS klar wurde, dass es Aufgaben gab, die nur qualifizierte Fachkräfte erledigen konnten. Dazu zählten nur die politischen Häftlinge. So zogen die Antifaschisten immer mehr Einfluss an sich. Als „*Kapos*“, Vorarbeiter in speziellen Arbeitskommandos, war es ihnen möglich, sich ihre Arbeiter nach Belieben auszusuchen. Auf diese Weise umgaben sie sich mit vertrauenswürdigen Mitarbeitern und konnten wichtigen Einfluss ausüben. Der Kapo des Häftlingsreviers (Krankenstation) schrieb Häftlinge krank, die zu tödlichen Kommandos gerufen wurden, um ihnen den Verbleib auf der Krankenstation zu sichern. Dem Elektrikerkommando gelang es, Nachrichten über das Kriegsgeschehen über Funk zu empfangen und über den Lagerlautsprecher verschlüsselte Botschaften an die Mitglieder des Internationalen Lagerkomitees zu senden. Ähnlichen Einfluss hatten auch die Blockältesten. Jede Baracke besaß einen „*Verantwortlichen*“, der der SS immer über den Zustand seines Blockes und die Zahl der Insassen Auskunft geben musste. Sie konnten mit Hilfe ihrer Blockschreiber Zahlen manipulieren und somit Menschen vor den tödlichen Arbeitseinsätzen schützen. Ziel der Funktionshäftlinge, die dem geheimen Widerstand angehörten, war es vor allem die SS-Angehörigen zu korrumpieren und auf sie soviel Einfluss wie möglich auszuüben.

#### 4.1.2 Aufbau und Einrichtungen des KZ Buchenwald

Das Gelände hatte etwa eine Größe von 40 Hektar. Das Hauptlager unterteilte sich in ein „*Großes*“ und ein „*Kleines*“ Lager.

Das „*Große Lager*“ war für Häftlinge vorgesehen, die vor Ort arbeiteten (in Werkstätten, im Steinbruch, durch Innenkommandos, in der Lagerverwaltung). Das „*Kleine Lager*“ wurde Ende 1942 gebaut und als Durchgangs- und Quarantänelager genutzt, bis Anfang 1945 auch als Sterbelager. 1944 wurde vorübergehend als Teil des Kleinen Lagers - wegen Überfüllung – auch ein Zeltlager eröffnet. Zu Buchenwald gehörten zudem etwa 130 Außenkommandos bzw. Nebenlager, die aber teilweise weit vom Hauptlager entfernt lagen.

Das Lager bestand aus 35 Holzbaracken, die ursprünglich als Pferdeställe dienten und somit über keine sanitäre Einrichtungen verfügten. In diesen Räumen schliefen bis zu 1500 Häftlinge in vierstöckigen Betten unter schwersten Bedingungen. Erst später mussten Gefangene die Baracken umbauen und es wurden sanitäre Anlagen gebaut.

Das Häftlingskrankenhaus bestand zuerst bis 1939 aus zwei Holzbaracken. Außerdem gab es eine Küche und eine Kantine, die auch als Verkaufsstätte für Häftlinge diente. Dort konnten die im Lager hergestellten Produkte erworben werden.



(Quelle: <http://www.mdr.de/geschichte/schauplaetze/128912.html>).

23 Wachtürme umringten das Lager und bewachten es. Das Torgebäude war der einzige Ein- und Ausgang des ganzen Lagers und war zugleich der Hauptwachturm. Von ihm aus konnte man das ganze Gelände überblicken. Die Türme waren mit bewaffneten Posten besetzt.

Zum Sicherheits-System gehörte der Lagerzaun. Er umschloss das ganze Gelände und bestand aus einem Sicherheitsstreifen, Spanischen Reitern und Stolperdrähten. Dazu kam ein mit 380 Volt geladener Stacheldrahtzaun. Außerhalb des Zauns führte ein Postenweg um das Gelände.

Auf einem Appellplatz mussten die Häftlinge morgens und abends antreten, um Zählungen oder Strafmaßnahmen oder sogar Hinrichtungen durchzuführen. Die Stellplätze der einzelnen Blöcke waren markiert. Zur Strafe gab es außerdem einen Hängepfahl, an dem die Gefangenen über Kopf mit zusammengebundenen Händen aufgehängt wurden. Vom Appellplatz aus konnte man das eiserne Tor sehen, das mit dem Schriftzug „Jedem das Seine“ versehen war.



(Quelle: <http://www.mdr.de/l/1911663-high.jpg>)

Im Westflügel befanden sich die Arrestzellen, auch Bunker genannt. Dort folterten und mordeten die SS-Aufseher unter der Leitung der Gestapo. Zelle 1 wurde als „*Warteraum*“ genutzt, bevor die Gefangenen ermordet wurden, um dann im Krematorium verbrannt zu werden. Das Krematorium wurde erst 1940 errichtet und diente zur Einäscherung der Leichen.

Vor der Verbrennung wurden die Leichname in die Pathologische Abteilung gebracht. Dort nahm man ihnen Organe aus oder verwendete die Skelette um Präparate herzustellen. Auch Goldzähne wurden den Toten entnommen. Im Leichenkeller erdrosselten die SS-Männer etwa 1100 Gefangene an Wandhaken. Danach wurden die Leichen im Keller gesammelt und mit einem Aufzug in den Verbrennungsraum gebracht. Ab 1942 wurden Gefangene aus ganz Europa interniert. Für sie richtete man ein Desinfektionsgebäude ein. In dem Gebäude mussten die Häftlinge ihre Kleidung ablegen und ihren persönlichen Besitz abgeben. Dazu wurden sie geschoren und desinfiziert und bekamen statt des Namens eine Nummer. In den Desinfektionskammern behandelte man die Kleidung gegen Ungeziefer. Die Effektenkammer diente als Bekleidungskammer der Häftlinge und zur Aufbewahrung ihrer persönlichen Dinge.

Block 50 wurde als Fleckfieberseruminstitut genutzt. Bei Experimenten wurden an Häftlingen Präparate getestet, die man in der Fleckfieberversuchsstation, Block 46, mit Krankheitserregern infiziert hatte.

Am nördlichen Rand des Lagers wurde Ende 1942 eine Quarantänezone, das „*Kleine Lager*“, eingerichtet und mit Stacheldraht vom Hauptlager getrennt. Arbeitskräfte, die aus den von Deutschland besetzten Ländern zur Zwangsarbeit in der Rüstungsproduktion verschleppt worden waren, blieben einige Wochen im Kleinen Lager, bevor sie in die Außenlager weitergeschickt wurden. Mit der Ankunft von Massentransporten aus den Lagern Auschwitz/Groß-Rosen 1944/45 wurde das Kleine Lager zum Sterbe- und Siechenort.<sup>146</sup> Manche Häftlingsgruppen wurden jedoch zur sofortigen Ermordung in der Genickschussanlage ausselektiert, wie etwa die sowjetischen Kriegsgefangenen.

Bei dieser Tötungsart wurde das Opfer auf einen Stuhl gesetzt oder an die Wand gestellt; danach schoss der Henker durch ein Loch in der Wand dem Opfer in das Genick.

Es gab eine alte Eiche, auch als „*Dicke Eiche*“ bezeichnet, die die SS im Lager hatte stehen lassen. Häftlinge nannten sie wegen der öfteren Besuche von Goethe „*Goethe-Eiche*“. Im August 1944 wurde sie durch Bomben beschädigt und danach gefällt.

Der Steinbruch lieferte das Material für den Gebäude- und Wegebau und war eine Voraussetzung für die Errichtung des Lagers auf dem Ettersberg. Die Arbeit im Steinbruch gehörte zu den schwersten und gefährlichsten. Viele Häftlinge starben durch Misshandlungen oder wurden von der SS im Steinbruch erschossen.<sup>147</sup>



(Quelle: <http://www.historyplace.com/worldwar2/ww2-pix/buchen2.jpg>)

<sup>146</sup> <http://www.geschi.de/artikel/buchenw.shtml>. (19. Juli 2005).

<sup>147</sup> Ebd.

#### 4.1.3 Arbeits- und Lebensbedingungen

Die Häftlinge mussten bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs größten Teils im Lageraufbau und im lagereigenen Steinbruch arbeiten. Ab 1942 waren die Häftlinge gezwungen in über 130 Außenkommandos hauptsächlich Flugzeuge, Raketen, synthetischen Treibstoff und Munition herzustellen. Um die Produktion zu steigern, wurden Juden aus Auschwitz-Birkenau nach Buchenwald transportiert.

Die Häftlinge lebten auf engstem Raum und unter unhygienischen Verhältnissen. Krankheiten und Epidemien waren keine Seltenheit. Essen und Trinken gab es nicht viel und sie mussten mindestens zwölf Stunden am Tag arbeiten.

Sie litten unter Hunger, Krankheiten und unter der Kälte des Winters. Die Insassen bekamen ihr Essen in Schüsseln. Oft mussten die vom Vorgänger benutzt werden, da nicht genügend vorhanden waren. Die Essenaufnahme ging sehr hektisch zu, da in kürzester Zeit alle etwas zu Essen haben wollten. Es gab nur selten Häftlinge, die einen eigenen Löffel und einen eigenen Trinkbecher besaßen. Diebstahl war im Lager keine Seltenheit. Deshalb trug man seine letzten persönlichen Dinge mit sich, was jedoch strafbar war. In den Gebäuden gab es nur sehr wenige Öfen, die nicht ausreichend die Räume wärmen konnten. So kam es häufig bei alten und schwachen Menschen zu Krankheiten. Die Lager wurden morgens und abends von bewaffneten Posten umstellt, um festzustellen, ob auch alle Häftlinge vor Ort sind. Jeglicher Fluchtversuch endete mit dem Tod. Die Schützen erhielten als Belohnung Tabak und Exurlaub. Die SS-Leute lebten in besseren Verhältnissen, da sie über genügend Essen und Wohnraum verfügten.

Viele Häftlinge hatten nicht einmal die geringste Chance zu überleben. Die Häftlinge mussten ihre Notdurft im Freien über Latrinengruben verrichten, die ca. acht Meter lang, vier Meter breit und vier Meter tief waren. Darüber lagen zwei Querstangen, die als Sitzgelegenheiten benutzt wurden. Die Häftlinge, die dort ihre Notdurft verrichteten, wurden als „Faulenzer“ angesehen, da sie während dieser Zeit nicht arbeiten konnten. Deshalb erschien täglich die SS mit Knüppeln bewaffnet, an den Latrinengruben und schlug alle, die auf den Stangen saßen, in die Gruben. Dadurch sind viele Häftlinge an schrecklichen Erstickungen gestorben. Das Herauskriechen wurde mit weiteren Schlägen der SS verhindert.

*„Im Oktober 1938 ging der Lagerkommandant, SS-Standartenführer Koch, mit seinem 12jährigen Sohn spazieren. Unterwegs begegnete ihnen das Arbeitskommando. SS-Unterkunft mit etwa 400 Häftlingen. Kochs edelgermanisches Rassesöhnchen bat den Herrn Papa: 'Papa, laß die Häftlinge doch mal hinlegen!' Sofort gab der Herr Papa dem Wunsche seines Sohnes nach und ließ die 400 Häftlinge ca. 300 mtr. auf dem Bauche durch das dreckige Gelände kriechen. Unter dem Kommando der SS-Scharführer Weyrauch, Becker und Müller<sup>148</sup> wurde im Sommer 1940 beim Wasserhochbehälter eine*

---

<sup>148</sup> Der aus Düsseldorf stammende Häftling Josef Schappe äußert sich über die Genannten: „Beim Bau der Wasserleitung von Wasserhochbehältern zum Lager im Sommer 1940 saßen eines Tages die Hauptscharführer [Erich] Becker und [Karl] Weyrauch und die Oberscharführer Müller und Halder in der Materialannahme dieses Kommandos und veranstalteten in besoffenem Zustand Scheibenschießen. Als ihnen dieses zu langweilig wurde, holten sie sich einen willkürlich aus dem Kommando herausgegriffenen Häftling in die Bude, gaben ihm 25 Stockhiebe auf den Hintern und befahlen ihm dann, in die Postenkette zu laufen. Als der Häftling darauf erwiderte, er sei doch nicht verrückt geworden, erhielt er noch einmal 25 Stockhiebe. Als er dann noch nicht bereit war, dem Mordbefehl Folge zu leisten, wurde er von allen 4 SS-Banditen zugleich verprügelt. Dann ließen sie den Häftling 10 Minuten um einen Baum rennen, bis er ganz schwindlig war. Darauf trieben sie ihn an die Postenkette. Gerade als der Kamerad über die Kette laufen wollte, kam ein anderer Häftling hinzu und riß ihn zurück. Darauf holten sich die 4 Sadisten beide Häftlinge zurück in die Bude und prügelten ständig auf sie ein, mit der Erklärung, das Kommando werde erst dann ins Lager einrücken, bis einer von ihnen über die Postenkette gelaufen sei. Der zuletzt gekommene Kamerad beschloß, sich zu opfern, er steckte sich eine Zigarette an und ging ganz langsam über die Postenkette. Beim Überschreiten sagte er zu dem Posten, er solle ihn wenigstens in den Kopf schießen, damit er sofort tot sei. Der sadistische Posten schoß aber den tapferen Kameraden in den Bauch, der unter furchtbaren Schmerzen mit entsetzlichem Schreien 10 Minuten am Boden lag. Dann kam der Kommandoführer und gab mit einem Revolver dem Kameraden den 'Gnadenschuß' in den Kopf.“ (Der Buchenwald-Report. Bericht über das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar. Herausgegeben von David A. Hackett. (1995) München 1996, S. 191f., Nr. 35: Foltermethoden und Grausamkeiten der SS).



Wasserleitung gebaut. Die 3 SS-Leute griffen aus dem Kommando einen irgendwie störenden Häftling, der ordentlich seine Arbeit machte, heraus, schlugen ihm das Gesäß voll und gaben ihm den Befehl durch die Postenkette zu gehen. Der Häftling verweigerte diesen Selbstmordbefehl, worauf er nochmals 25 Hiebe bekam. Schließlich konnte der Häftling den Schikanen der SS nicht mehr standhalten und ging auf die Postenkette zu. Ein anderer Häftling lief ihm nach und holte ihn zurück. Nun stürzten sich die SS-Leute auf die beiden Häftlinge und schlugen sie ganz barbarisch. Das Ergebnis dieser neuen Tortur war, daß der Häftling schließlich und endlich sich dem SS-Posten der in der Nähe befindlichen Postenkette näherte und ihn um einen Kopfschuß bat. Obwohl er die Postenkette noch nicht überschritten hatte, knallte ihn der SS-Mann aus drei Meter Entfernung zusammen. Er schoß ihn in den Bauch! Ein Zivilist, der diesen Vorgang beobachten konnte, der Weimarer Fuhrunternehmer Riedel fühlte sich veranlaßt seine Meinung wie folgt zu äussern: 'Wenn ich Posten wäre, müßten täglich 20 Häftlinge über die Kette gehen!'

Die Jahre 1937 und 1938 waren die schlimmsten Aufbaujahre im Konzentrationslager Buchenwald. Damals befanden sich noch keine Ausländer hier und die Rodung des Waldgeländes, der Aufbau der Baracken und Kasernen, das mußte alles im schnellsten Tempo gehen. Hygienische Einrichtungen, vor allem Klosetts gab es bis zum Jahre 1939 nicht. Die Häftlinge mußten ihre Notdurft im Freien über Latrinengruben verrichten, die ca. 8 m lang, 4 m. breit und 4 m tief waren, über denen 2 Querstangen als Sitzgelegenheit dienten. Es war eine beliebte und täglich sich ereignende Sache der SS-Blockführer die Latrinen von 'Faulenzern' zu räumen. Sie erschienen plötzlich mit Knüppeln bewaffnet und schlugen alle, die auf den Stangen saßen in die Jauchegrube. Es ist unglaublich, aber eine unbestreitbare Tatsache, daß damals viele Häftlinge in diesen Kotgruben einen fürchterlichen Erstickungstod starben, da die SS das Herauskriechen mit ununterbrochenen Schlägen zu verhindern suchte. Wer sich dennoch retten konnte, hatte schwere Verletzungen erlitten und lief oft wochenlang in den stinkenden Kleidern herum, da es kein Wasser gab, um dieselben zu reinigen.

Ein Häftling sollte ausgepeitscht werden. Es war 1939. Da der Häftling schon ziemlich heruntergekommen war und die Gefahr bestand, daß er die Auspeitschung nicht ohne Gefahr für sein Leben überstehen würde, meldete sich der Bruder des Häftlings beim Lagerführer und bat, die 25 für seinen Bruder bestimmten Stockhiebe ihm zu erteilen. Der Lagerführer Rüttig war von diesem edlen Beispiel echter Bruderliebe so 'ergriffen', daß er – beiden Brüdern den Arsch vollhauen ließ.<sup>149</sup>

Gefürchtet war auch die GESTAPO (Geheime Staatspolizei), die neben der SS-Kommandantur über Leben und Tod der Häftlinge entschied.

### **Exkurs 1: Sklavenarbeit im Steinbruch**

Besonders unmenschliche Behandlung erfuhren Menschen, die in Steinbrüchen arbeiten mussten.

Beispielhaft soll auf das Verhalten des Kapos Herzog eingegangen werden, „ein früherer Fremdenlegionär, äußerst brutal, anscheinend homosexuell sadistisch“ mit einer starken „Neigung zu Blutrausch“. Der kaufmännische Angestellte H.D., geboren 1915, wurde wegen illegaler Ausreise nach Prag verhaftet und wurde im November 1941 in Buchenwald eingeliefert. D. wurde dem Arbeitskommando im Steinbruch zugewiesen: „Wer nicht mehr konnte, wurde kurzerhand in die Lore geworfen und auf einem Steinhaufen herausgekippt. Entweder trat sie Herzog gleich tot, oder er goß ihnen solange Wasser in den Hals, bis sie erstickten. Erholte sich einer bei der Prozedur, galt er als Simulant und wurde aus diesem Grund von Herzog zusammengetreten. Trotzdem D. jung und kräftig war, strengte ihn die Arbeit so an, daß ihn nur der Arbeitsschluß vor dem Zusammenbrechen rettete. Am anderen Morgen nahm der Freund, der ihn gewarnt hatte, aus Dankbarkeit für sein Schweigen in einen anderen Teil des Steinbruchs mit, wo die Arbeit etwas leichter war und wo er für die nächsten Wochen aus dem Blickfeld des Kapos gerückt war. Nach etwa 3 Wochen erinnerte sich jedoch Herzog seiner wieder, forderte von ihm erneut den Namen und stellte ihm ein Ultimatum: zu einer bestimmten Stunde wolle er ihn über die Kette der wachhabenden Posten jagen. D. wußte, daß dies blutiger Ernst war und war auf alles gefaßt. Seine Rettung war das reine Wunder, eine Stunde vor der festgesetzten

---

<sup>149</sup> Buchenwaldarchiv Sign.: 31/146.

Zeit wurde Herzog zum Tor gerufen und ganz unvermutet aus dem Lager entlassen. (Es wurde später im Lager erzählt, er sei in seiner Heimat erstochen worden.)

Am 4.1.42 kam D. in die Fleckfieberversuchsstation, wo junge Homosexuelle mit Vorliebe als Versuchstiere verwandt wurden. Er überstand die Krankheit gut, hatte allerdings in der Folge an Herzbeschwerden zu leiden. Am 15.7.42 kam er aus der Station wieder heraus mit der Bestimmung, im Steinbruch leichte Arbeit zu leisten, im Block waren inzwischen wüste Verhältnisse eingerissen, durch die Abgeschlossenheit vom anderen Lager begünstigt und von der SS eher unterstützt als kontrolliert, terrorisierten einige Banditen die Belegschaft aufs äußerste, bestahlen die Leute um die Pakete, die sie ab Winter 1941 auch erhalten durften und feierten wahre Orgien an Rohheit und schamlosestem Sadismus. Sexueller Mißbrauch und grausamster Totschlag waren an der Tagesordnung. Der immer noch tobende Kampf zwischen den Politischen und den Grünen, die sich der Herrschaft bemächtigen wollten, band den Roten vorläufig noch die Hände. Und erst nach Monaten gelang es, den Augiasstall auszumisten, was dadurch erleichtert wurde, daß sich die Burschen zum Teil gegenseitig ins Jenseits beförderten.<sup>150</sup>

Im „Buchenwald-Report“ ist auch ein Bericht eines unbekannten Verfassers mit dem Titel: „Der Steinbruch“ enthalten. Das Wort „Steinbruch“ werde die Häftlinge in aller Zukunft mit Schauer und Ekel erfüllen. „Allein das Nennen dieses Kommandos Steinbruch genügte schon, um die stärksten Männer mit größter Angst zu erfüllen.“ Steinbruch sei gleichbedeutend mit Tod, Totschlag und sadistischen Quälereien gewesen.<sup>151</sup>

Das nachfolgende Zeugnis behandelt ebenfalls sadistische Verbrechen im Steinbruch-Kommando, zeigt aber zugleich auf, dass von Häftlingen auch Selbstjustiz geübt wurde:

„In diesem Zusammenhang erwähnt werden kann auch die Beseitigung des brutalen Steinbruch-Kapos Waldmüller, der mutmaßlich kein KPD-Mitglied war, aber den roten Winkel der Politischen trug. Etwa 1942, erinnerte sich Carl Gärtig, sei Rudi Hempel an ihn herangetreten und habe gemeint, daß im Steinbruch `solche großen Schweinereien` an der Tagesordnung seien, wie sie `einfach nicht mehr geduldet werden dürfen. Man hat beschlossen, daß Du sofort alles beim Schutzhaftlagerführer versuchst, um eine Ablösung des jetzigen Kapos` zu erwirken. Innerhalb von zwei Wochen sollte er, so hofften seine Auftraggeber, den Lagerführer Schobert `weich` machen. Eindringlich mahnte ihn Hempel: `Du mußt, verstehst Du, Du mußt es tun.` Besonders froh war Gärtig über seinen Auftrag nich, weil es darauf ankam, sich Schobert im Führerheim zu nähern und eine vertrauliche Atmosphäre zu schaffen. Wie er später schrieb, war es `schwer, sehr schwer, mehr als zum Kotzen`, aber es gelang ihm. Tag für Tag wußte Gärtig Schlechtigkeiten über Waldmüller zu berichten. Dieser hatte es sich zur Gewohnheit gemacht, jüdische Häftlinge dazu zu zwingen, sich teure Wäschestücke von zu Hause schicken zu lassen, um sie ihnen dann abzunehmen und seine Opfer über die Postenkette in den Tod zu jagen. Darauf bezugnehmend suggerierte Gärtig dem Lagerführer, es ginge das Gerücht, er mache mit Waldmüller gemeinsame Sache. Gärtig hatte Erfolg, denn `Schobert tobte: > Den Kerl erschieße ich, dieses Schwein<`. Es gelang schließlich sogar, Waldmüller durch den eigenen Wunschkandidaten, den Hallenser Kommunisten Kurt Wabbel, zu ersetzen. Was mit ersterem geschah, ist nicht ganz sicher, wenngleich Gärtigs Bericht einigen Aufschluß bietet: Es sei darum gegangen, erwähnte er dort, diesen `zum Lumpen gewordenen Häftling` zu `liquidieren`“.<sup>152</sup>

<sup>150</sup> Der Buchenwald-Report. Bericht über das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar. Herausgegeben von David A. Hackett. (1995) München 1996, S. 209f., Nr. 40: Die Situation der Homosexuellen im Konzentrationslager Buchenwald.

<sup>151</sup> Ebd., S. 219-221, Nr. 45: Der Steinbruch.

<sup>152</sup> Peters, Ulrich: Wer die Hoffnung verliert, hat alles verloren. Kommunistischer Widerstand in Buchenwald. Köln 2003, S. 181; Gärtig, Carl: In Memoriam Kurt Wabbel. Buchenwaldarchiv 31.484.

## 4.2. Das Internationale Lagerkomitee (ILK)<sup>153</sup>

In Buchenwald war es anfangs üblich, dass die Posten der Funktionshäftlinge mit Kriminellen besetzt wurden. Diese dienten der SS als Helfer, da sie meist brutal und rücksichtslos mit ihren Mithäftlingen verfuhr, um ihre eigene Machtposition zu sichern. So bedeutete jeder Tag im KZ Buchenwald für die Gefangenen einen Kampf für die Erhaltung der eigenen Existenz. Ein einzelner Häftling hatte in Buchenwald keine Chance sich gegen die willkürliche Gewalt dieser Henkersknechte der SS zur Wehr zu setzen. Darum verbreitete sich unter vielen kommunistischen Insassen die Ansicht, dass die Schaffung einer Parteiorganisation überlebensnotwendig sei. Sie sollte das gesamte Lager umfassen, aktiv die Lebensbedingungen der Häftlinge verbessern und sie vor allem vor willkürlicher Gewalt und tödlichen Kommandos bewahren. Selbstverständlich war es nicht möglich Versammlungen einzuberufen und durch demokratische Wahlen eine Leitung zu bestimmen. Deshalb ergab sich ein anderer Weg: In Buchenwald waren hohe kommunistische Parteifunktionäre inhaftiert, die durch ihr Ansehen und ihre Autorität nach und nach antifaschistische Genossen um sich sammelten.

Allerdings sahen viele Genossen in der Bildung einer Organisation eine große Gefahr. Sie befürchteten, dass eine zentrale Gruppe viel leichter enttarnt werden könne und zogen es vor, dass nur die Genossen zusammenarbeiteten, die sich schon nachweislich vor Buchenwald kannten. Auf diese Weise wollten sie erreichen, dass die SS keine politischen, sondern freundschaftliche Motive in Zusammenkünften der Genossen erkannte. Trotz der Zweifler war die Bildung der Internationalen Lagerkomitees nicht aufzuhalten.

Die Mitglieder des ILK sorgten für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Gefangenen, z.B. eine gerechte und gleichmäßige Verteilung der Essensrationen und verhinderten Gewaltaktionen von Häftlingsfunktionären an Mithäftlingen. Sie beeinflussten die SS-Angehörigen, um sie zu korrumpieren und ihrer Gewalt zu trotzen. Hinter all diesen Maßnahmen stand die notwendige Erhaltung der seelischen Widerstandskraft und der antifaschistischen Idee, ohne die ein Überleben des ILK nicht möglich gewesen wäre. Die Genossen akzeptierten oftmals ihre Misere als Strafe Gottes, gegen die man nicht ankämpfen konnte.

Zum Erhalt des Willens zum Widerstand mussten allerdings Informationen von außen in das Lager gelangen, die den Gefangenen Hoffnung gaben. Bald entwickelte sich ein Nachrichtendienst innerhalb des Lagers. Häftlinge aus den überfallenen Ländern brachten Informationen und das Elektrikerkommando errichtete in seiner Werkstatt waghalsig ein System von illegalen Sendern und Empfängern mit Hilfe derer sie Nachrichten erhielten, die dann von Mund zu Mund weitergegeben wurden. Ziel war es, alle Häftlingen, egal aus welchem Land, auf dem Laufenden zu halten, damit sie der faschistischen Propaganda nicht nachgaben und ihr moralischer und aktiver Widerstand nicht zerbrach.

Es gab aber auch Arbeiten im Lager, die die Kriminellen nicht verrichten konnten bzw. durften, weil sie entweder unqualifiziert oder unzuverlässig waren. Dazu gehörten Arbeiten an Präzisionsmaschinen in den Werkstätten, für die man Facharbeiter benötigte und keine Einbrecher und Diebe. Diese Facharbeiter waren ausschließlich unter den politischen Gefangenen zu finden und konnten nicht mit Gewalt zu Leistungen an ihren Maschinen gezwungen werden. Daneben gewannen die politischen Gefangenen die Oberhand in den Verwaltungsstellen, wo sie sich um die Buchführung, Abrechnungen und Arbeitsstatistik kümmern mussten. Außerdem hatten sie den Häftlingskrankenbau fest in ihrer Hand. Durch die starke Präsenz der Genossen gelang es der SS nicht mehr die Arbeiter zu kontrollieren, die somit die Möglichkeit hatten, Materialien und andere Geräte aus den Werkstätten zu schmuggeln. Die SS-Leute waren auf die qualifizierten Fachleute angewiesen und verhielten sich deshalb ihnen gegenüber dementsprechend „korrekt“. Für das ILK bedeutete dies, dass sie ihren Einfluss nutzen konnten, um die Kriminellen von den Funktionsposten abzulösen und stattdessen ihre zuverlässigen Kameraden einzusetzen.

Auf Initiative des sozialdemokratischen Funktionärs Hermann Brill wurde im Februar 1944 sogar ein Volksfront-Komitee in Buchenwald gebildet, dessen Leitung sich aus vier Deutschen zusammen setzte,

---

<sup>153</sup> Carlebach, Emil: Tote auf Urlaub. Kommunist in Deutschland, Dachau und Buchenwald 1937-45. Bonn 1995.

zwei Funktionäre der SPD, ein Kommunist und ein Mitglied aus dem katholischen Lager. Dieses Komitee publizierte am 1. Mai 1944 ein Forderungsprogramm der politischen Gefangenen für die Zeit nach der Zerschlagung des Nationalsozialismus.<sup>154</sup>

Für den Einzelnen hätten die verschiedenen Einflussmöglichkeiten nicht viel gebracht, aber zentral organisiert konnte sich dadurch ein mächtiger Widerstand bilden, der sogar später den bewaffneten Aufstand ermöglichte. Viele führende Mitglieder des ILK ließen ihr Leben bei dem Versuch, ihre Mithäftlinge zu schützen.<sup>155</sup>

Im Vorwort zum Nachdruck des *„Bericht(es) des internationalen Lagerkomitees des KZ Buchenwald“* aus dem Jahre 1989 des Verlages Olga Benario und Herbert Baum wird betont, dass es sich in Buchenwald hauptsächlich um einen „deutschen“ Widerstand gehandelt habe. Die Autoren grenzen sich von der „deutsch-chauvinistischen Sichtweise“ der DDR-Geschichtsschreibung ab. Sie erwähnen, dass von zwölf Mitgliedern des ILK nur drei deutsche Kommunisten waren und dass von 900 militärischen Kämpfern der Internationalen Militärorganisation (IMO) nur 115 deutsche Häftlinge waren und dass der Funkspezialist, der den Sender gebaut hat, mit dessen Hilfe mit der US-Armee Kontakt aufgenommen wurde, ein polnischer Häftling war. *„Das Fazit kann nur lauten: Die Widerstandsaktionen in Buchenwald waren vor allem proletarisch-internationalistische Aktionen, wo die deutschen kommunistischen Kader eine wichtige, aber in vielerlei Hinsicht auch untergeordnete Rolle gespielt haben!“*<sup>156</sup>

#### 4.3 Die Endphase des KZ Buchenwald<sup>157</sup>

*„Funktionshäftlinge gewannen, namentlich wenn sie im Umkreis des Kommandanturstabes und der zentralen Verwaltung tätig waren, Kenntnis über das SS-Personal. Sie wussten über Befehle, Pläne und Absichten Bescheid, die das Lager insgesamt oder einzelne Personen betrafen, erhielten weitere Informationen von Ereignissen und Entwicklungen in der Außenwelt oder konnten sie sich illegal verschaffen.“*<sup>158</sup>

Während weite Teile Europas und Nordafrika fest in faschistischer Hand waren, planten in Buchenwald einige mutige Männer den bewaffneten Aufstand. Unter den deutschen, französischen und sowjetischen Häftlingen entstanden Militärsektionen der verschiedenen Nationen. Im Winter 1942/43 wurden sie alle zur Internationalen Militärorganisation zusammengefasst, die über einen Verbindungsmann Kontakt zum ILK unterhielt. Durch die Arbeit an der Waffenproduktion in den Gustloff-Werken gelang es Waffen zu stehlen und ins Lager zu schmuggeln, während andere Waffen wie Brandflaschen geheim im Lager produziert wurden.

Am 2. und 3. April 1945 fanden Beratungen des ILK über den bewaffneten Aufstand statt. Sie kamen zu der Erkenntnis, dass die SS kräftemäßig überlegen war und ein Aufstand eine blutige Niederlage mit sich bringen würde. Abwarten war angesagt. Obwohl Lagerkommandant Pister am 3. April noch versicherte, dass das Lager nicht evakuiert werden solle, ließ er am 4. April alle Juden auf dem Appellplatz antreten. Dies wurde vom ILK als Befehl zur Evakuierung aufgefasst. Was dies bedeutete, hatten die Buchenwald-Häftlinge schon bei der Auschwitz-Evakuierung miterleben müssen. Die Evakuierten kamen als wenige Überlebende der Todesmärsche oder Transporte in das Weimarer Lager, abgemagert, als lebende Skelette, verwahrlost oder tot.

Nun sollten die Juden antreten. Die wenigsten im Lager wussten von der Existenz des ILK, doch mittlerweile ahnte jeder insgeheim, dass es zu einem geheimen Widerstand kommen würde. Die ILK-Führung hatte jetzt die Wahl, ob sie die Anordnung ignorieren oder ihr folgen sollte. Letztere wäre

---

<sup>154</sup> Langbein, Hermann: ....nicht wie die Schafe zur Schlachtbank. Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern 1938-1945. Frankfurt/Main 1980, S. 67.

<sup>155</sup> Ebd.

<sup>156</sup> Bericht des internationalen Lagerkomitees des KZ Buchenwald. Offenbach 1989, S. XXf.

<sup>157</sup> Ebd.

<sup>158</sup> Pätzold, Kurt: Häftlingsgesellschaft. In: Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 1: Die Organisation des Terrors. Herausgegeben von Wolfgang Benz und Barbara Distel. München 2005, S. 122.

sicherer Selbstmord gewesen. Schließlich entschieden sie sich dafür, allen Juden die Judensterne abzunehmen und sie damit für die SS unkenntlich zu machen. Damit wollten sie Zeit gewinnen, in der Hoffnung auf ein baldiges Eintreffen der immer näher rückenden amerikanischen Truppen. Die Juden wurden in den „*arischen*“ Blocks versteckt und die Blockältesten vernichteten ihre Karteikarten. Als am nächsten Tag die Juden erneut antreten sollten, war ihre Anzahl beträchtlich geschrumpft, während bei den „*Ariern*“ Hunderte mehr standen. Der Lagerschutz (Lagerpolizei) sollte die Juden ausfindig machen, doch auch sie bestand nur aus ILK-Genossen und konnte natürlich keine Juden finden. Währenddessen erstellte die Lagerführung eine Liste mit 47 Häftlinge, die als Kern der Widerstandsorganisation vermutet wurden. Sie alle wurden versteckt.<sup>159</sup> Der Terror der SS ging weiter, worauf die Organisation nur mit passivem Widerstand antworten konnte. Sie hatten die Hoffnung der Rettung durch die US-Armee aufgegeben.

In den folgenden Tagen gelang es dem Lagerältesten Hans Eiden (1901-1950) durch eine äußerst geschickte Verhandlungsführung immer wieder die SS hinzuhalten.



160

Diese Verzögerungstaktik sollte eine bevorstehende Evakuierung (mit einer großen Anzahl von Toten) vermeiden und dazu beitragen, die Gefährdeten bis zum Eintreffen der Amerikaner verbergen zu können. Am späten Vormittag des 11. April passierten amerikanische Panzer das Tal am Ettersberg. Sie hielten nicht. Beate Dorfey fasst die Endphase wie folgt zusammen:

*„Gegen 12 Uhr ertönte die Sirene, und über Lautsprecher wurden alle SS-Angehörigen aus dem Lager befohlen. Über dem Lager kreisten pausenlos alliierte Flugzeuge. Um 14 Uhr waren erste Artilleriekämpfe in der Nähe zu hören. Kurz darauf erschien der erste Panzer am Horizont. Erst jetzt gab das Internationale Lagerkomitee den Befehl zum Sturm auf die Wachtürme und den Lagerzaun. Hans Eiden besetzte mit einer Gruppe Häftlinge das Lagertor. Die wenigen verbliebenen SS-Angehörigen leisteten kaum Gegenwehr. Um 15.15 Uhr wehte vom Lagertor die weiße Fahne, und über den Laufsprecher ertönte die Stimme Hans Eidens: 'Kameraden! Die Faschisten sind befohlen. Ein internationales Lagerkomitee hat die Macht übernommen. Wir fordern Euch auf, Ruhe und Ordnung zu bewahren. Das Lager wird gesichert. Bleibt, soweit Ihr nicht eingeteilt seid, in den Blocks!'*

*Buchenwald war nun frei. Die Amerikaner hatten kurz vor Erreichen des Lagers wieder abgedreht. Diese Tatsache hat dazu geführt, dass in der Tradition der DDR-Geschichtsschreibung und bei zahlreichen kommunistischen Häftlingen selbst immer wieder von der Selbstbefreiung des Lagers*

<sup>159</sup> Die Differenz zu den in der Literatur immer wieder genannten „46 Häftlingen“ ergibt sich aus der Tatsache, dass die Nr. 47, der französische Industrielle Pierre Bloch, tatsächlich als Einziger am Tor erschien. Vgl.: Dorfey, Beate: Zur Problematik des kommunistischen Widerstandes im Konzentrationslager Buchenwald. Der Fall des Trierer Kommunisten Hans Eiden. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 43, 1995, H. 6, S. 528.

<sup>160</sup> Christoffel, Edgar: Der Weg durch die Nacht. Verfolgung und Widerstand im Trierer Land während der Zeit des Nationalsozialismus. Verfolgte aus Trier und dem Trierer Land durchleben die Konzentrationslager und Zuchthäuser des „Dritten Reiches“. Trier 1983, S. 130.

gesprachen wurde, eine Version, die angesichts der Ereignisse genausowenig aufrechtzuerhalten ist, wie die Aussage, die Amerikaner hätten Buchenwald befreit. Die Häftlingstruppen setzten erst zum Sturm an, als man die Amerikaner unmittelbar eingreifbereit glaubte. Man hatte sich im Vorfeld für eine solche bewaffnete Auseinandersetzung ausdrücklich für zu schwach gehalten, und ohne die Nähe der Amerikaner wäre der Sturm auf das Lagertor wahrscheinlich nicht erfolgt. Man konnte ja nicht ahnen, dass die Amerikaner keineswegs die Absicht hatten, in das Kampfgeschehen einzugreifen, sondern abdrehen würden. Zugleich ist aber auch unbestreitbar richtig, dass kein einziger amerikanischer Schuß zur Befreiung des Lagers Buchenwald abgegeben wurde und die Häftlinge, als es darauf ankam, tatsächlich ihren Kampf alleine führen mussten. Wenn überhaupt, so kann man hier von einer ungewollten konzertierten Aktion sprechen, deren Verlauf und Ausgang keiner der beiden Seiten bewusst war.“<sup>161</sup>

In dem oben erwähnten Nachdruck des Berichtes des internationalen Lagerkomitees wenden sich die Herausgeber gegen die „These der SED/DKP-Revisionisten von der ‚Selbstbefreiung‘“, welche den Widerstand in Buchenwald angeblich „diffamiert“. Am 19. April 1945 haben die „11 in Buchenwald kämpfenden Kommunistischen Parteien“ zur Befreiung Buchenwalds formuliert:

„Die militärischen Kader aller Nationen haben Schulter an Schulter und gemeinsam mit der alliierten amerikanischen Armee Buchenwald befreit.“<sup>162</sup>

Robert H. Abzug und Juliane Wetzel weisen in einem jüngst erschienen Aufsatz darauf hin, dass der von der kommunistischen Ideologie „aufgebaute Mythos der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald unter Führung eines Häftlingskomitees [...] bis heute nicht vollständig ausgeräumt (sei). Die Tradierung dieser Legende stützt sich vor allem auf die falsche Datumsangabe über das Eintreffen der US-Armee. Immer wieder wurde behauptet, die US-Soldaten hätten erst am 13. April Buchenwald erreicht, als die Häftlinge sich bereits selbst befreit hätten. Auch wenn sich die Häftlingselite schon frühzeitig für eine solche Gelegenheit vorbereitet hatte, insbesondere organisierte Gruppen von Gefangenen mit kommunistischem Hintergrund, widerspricht der tatsächliche Verlauf der Ereignisse dieser immer wieder kolportierten Geschichte.“<sup>163</sup>

In seinem Beitrag über die KZ-Gedenkstätten in der DDR und die Uminterpretation der früheren KZ-Häftlinge im Rahmen der DDR-Geschichtsschreibung vermerkt Volkhard Knigge kritisch:

„Die Ästhetik des Andenkens veränderte die Person und ihr tatsächliches Leben posthum bis zur Unkenntlichkeit. Aus alltäglichen Menschen wurden heroisch leidende, heroisch kämpfende und heroisch siegende Helden und Heldinnen.[...] Nicht das reale Subjekt, ein Individuum, erschien in der Abbildung, sondern ein Typus, eine Funktion im Gesamtzusammenhang.“<sup>164</sup>

Er bezieht sich damit auf die Behauptung der DDR-Historiographie, im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland sei in der DDR der „Schwur von Buchenwald“ eingelöst worden.

Die befreiten Häftlinge leisteten folgenden legendären Schwur:<sup>165</sup>

---

<sup>161</sup> „Daß die Amerikaner bei ihrem Eintreffen in Buchenwald ein befreites Lager voranden, ist unbestritten. Hiervon zeugen sowohl die Berichte jener US-Militärs, die das Häftlingslager als erste betraten (Bodot/Desnard und Fleck/ Tenenbaum), als auch der faktisch offizielle Bericht amerikanischer Aufklärer an das Hauptquartier der 4. Gepanzerten Division der Patton-Armee vom 12. April 1945. In dem sogenannten 'G-2 Journal' heißt es: '[...] besondere Sturmgruppen waren organisiert worden, um die Wachen zu überwäligen. Vor unserer Ankunft waren die Wachtürme erobert und 125 SS-Männer gefangenengenommen worden, die noch im Gewahrsam des Lagers sind. Die Leitung des Lagers befindet sich in der Hand eines gut organisierten Komitees, das alle im Lager vorhandenen Nationalitäten umfaßt.' [...] Wie man es dreht und wendet: Entscheidend bei alledem ist, die Widerstandskämpfer als Teil der Anti-Hitler-Koalition anzuerkennen.“ (Peters, Ulrich: Wer die Hoffnung verliert, hat alles verloren. Kommunistischer Widerstand in Buchenwald. Köln 2003, S. 415)

<sup>162</sup> Bericht des internationalen Lagerkomitees des KZ Buchenwald. Offenbach 1989, S. XXX.

<sup>163</sup> Abzug, Robert H./Wetzel, Juliane: Die Befreiung. In: Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 1: Die Organisation des Terrors. München 2005, S. 317f.

<sup>164</sup> Knigge, Volkhard: Antifaschistischer Widerstand und Holocaust. Zur Geschichte der KZ-Gedenkstätten in der DDR. In: Moltmann, Bernhard/Kiesel, Doron/Kugelmann, Cilly/Loewy, Hanno/Neuhaus, Dietrich (Hrsg.): Erinnerung. Zur Gegenwart des Holocaust in Deutschland-West und Deutschland-Ost. Frankfurt/Main 1993, S. 175f.

<sup>165</sup> Carlebach, Emil/Schmidt, Willy/Schneider Ulrich: Buchenwald. Ein Konzentrationslager. Berichte, Bilder, Dokumente. Herausgegeben im Auftrag der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora. 2., verbesserte Auflage Bonn 2005, S. 153.

„Kameraden!

*Wir Buchenwalder Antifaschisten sind heute angetreten zu Ehren der in Buchenwald und seinen Außenkommandos von der Nazibestie und ihrer Helfershelfer ermordeten 51 000 Gefangenen! 51 000 erschossen, gehängt, zertrampelt, erschlagen, erstickt, ersäuft, verhungert, vergiftet, abgespritzt, 51 000 Väter, Brüder, Söhne starben einen qualvollen Tod, weil sie Kämpfer gegen das faschistische Mordregime waren, 51 000 Mütter und Frauen und Hunderttausende Kinder klagen an:*

*Wir lebend gebliebenen, wir Zeugen der nazistischen Bestialitäten sahen in ohnmächtiger Wut unsere Kameraden fallen.*

*Wenn uns eines am Leben hielt, dann war es der Gedanke: Es kommt der Tag der Rache!*

*Heute sind wir frei!*

*Wir danken den verbündeten Armeen, den Amerikanern, Engländern, Sowjets und allen Freiheitsarmeen, die uns und der gesamten Welt Frieden und das Leben erkämpfen.*

*Wir gedenken an dieser Stelle des großen Freundes der Antifaschisten aller Länder, eines Organisatoren und Initiators des Kampfes um eine neue demokratische, friedsame Welt F. D. Roosevelt! Ehre seinem Andenken!*

*Wir Buchenwalder, Russen, Franzosen, Polen, Tschechen, Slowaken und Deutsche, Spanier, Italiener und Österreicher, Belgier und Holländer, Engländer, Luxemburger, Rumänen, Jugoslawen und Ungarn, kämpften gemeinsam gegen die SS, gegen die nazistischen Verbrecher, für unsere eigene Befreiung.*

*Uns beseelte die Idee: Unsere Sache ist gerecht – Der Sieg muß unser sein!*

*Wir führten in vielen Sprachen den gleichen, harten, erbarmungslosen, opferreichen Kampf, und dieser Kampf ist noch nicht zu Ende. Noch wehen Hitlerfahnen! Noch leben die Mörder unserer Kameraden!*

*Noch laufen unsere sadistischen Peiniger frei herum!*

*Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens:*

*Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht!*

*Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.*

*Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.*

*Zum Zeichen Eurer Bereitschaft für diesen Kampf erhebt die Hand zum Schwur und sprecht mir nach:*

**W I R S C H W Ö R E N !“**

Überliefert ist auch der Text des „Buchenwaldliedes“. „Ende 1938 erklärte der damalige Lagerführer Rödl: `Alle anderen Lager haben ein Lied, wir müssen auch ein Buchenwald-Lied bekommen. Wer eines macht, bekommt 10 Mark´ Es wurden nun viele Entwürfe von `Dichtern´ und `Komponisten´ gemacht, aber sie taugten alle nichts oder fanden bei der SS-Führung keinen Beifall. Nur das Lied, das dann ja auch zur offiziellen `Buchenwald-Hymne´ erklärt wurde, setzte sich durch, weil der damalige Kapo der Poststelle, ein BVer, über die nötigen Verbindungen bei der SS verfügte. Der genannte Kapo bezeichnete sich als Verfasser von Wort und Melodie des Liedes. In Wahrheit ist das Lied von zwei österreichischen Häftlingen gemacht: der Text von Löhner-Beda, dem Librettisten Lehars, die Musik von Leopoldi, einem Wiener Kabarett­sänger.“<sup>166</sup>

<sup>166</sup> Stefan Heymann, ehemaliger Buchenwald-Häftling, zitiert nach:

<http://www.geschichtsdatenbank.de/Gedenkstaetten/Buchenwald/Buchenwald%20-%20Buchenwaldlied.htm>



## Buchenwaldlied

*Wenn der Tag erwacht, eh' die Sonne lacht,  
Die Kolonnen zieh'n zu des Tages Müh'n  
Hinein in den grauenden Morgen.  
Und der Wald ist schwarz, und der Himmel rot,  
Und wir tragen im Brotsack ein Stückchen Brot,  
Und im Herzen, im Herzen die Sorgen.*

*O Buchenwald, ich kann dich nicht vergessen,  
Weil du mein Schicksal bist.  
Wer dich verlässt, der kann es erst ermessen,  
Wie wundervoll die Freiheit ist.  
Doch Buchenwald, wir jammern nicht und klagen,  
Und was auch unsre Zukunft sei,  
: Wir wollen trotzdem Ja zum Leben sagen,  
Denn einmal kommt der Tag, dann sind wir frei. :*

*Und das Blut ist heiss, und das Mädels fern,  
Und der Wind singt leis, und ich hab sie so gern,  
Wenn treu sie, wenn treu sie mir bliebe!  
Und die Steine sind hart, aber fest unser Schritt,  
Und wir tragen die Pickel und Spaten mit,  
Und im Herzen, im Herzen die Liebe.*

*O Buchenwald, ich kann dich nicht vergessen . . .*

*Und die Nacht ist kurz und der Tag so lang,  
Doch ein Lied erklingt, das die Heimat sang:  
Und wir lassen den Mut uns nicht rauben!  
Halte Schritt, Kamerad, und verlier nicht den Mut,  
Denn wir tragen den Willen zum Leben im Blut,  
Und im Herzen, im Herzen den Glauben.*

*O Buchenwald, ich kann dich nicht vergessen . . .*

167

### 5. Der Buchenwald-Häftling Jakob Kindinger (1938-1945)

Jakob Kindinger litt über zehn Jahre unter der Unterdrückung der Nationalsozialisten. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 kam er 1933 in das KZ Osthofen und 1935 in die Zuchthäuser Rockenberg und Butzbach und das Lager Aschendorfermoor.

<sup>167</sup> Leibbrand, Robert: Buchenwald. Lieber sterben als verraten. Zur Geschichte der deutschen Widerstandsbewegung. Basel 1945, S. 7.

## Jakob Kindinger als Häftling im Strafgefangenenlager Aschendorfermoor

Am 4. September 1937 wurde Jakob Kindinger in das Strafgefangenenlager Aschendorfermoor eingewiesen. Die Häftlinge nahmen diese Zeit wie eine KZ-Haft wahr. Organisation und Zwangsarbeit, Strafen und Schikanen wie Prügelstrafe, Dunkelarrest und Strafkompagnie waren der KZ-Praxis entlehnt. Aber auch ein Teil der Bewacher war zuvor in KZ's tätig. Die emsländischen Strafgefangenenlager sollten zunächst einen Gefangenenüberschuss in den regulären Haftanstalten abbauen. Insbesondere Verurteilte mit hohen Strafen, vor allem Zuchthausgefangene sowie politische Strafgefangene waren für diesen als besonders hart geplanten Strafvollzug vorgesehen. Im Zuge der Einbeziehung der Emslandkultivierung in den „Vierjahresplan“ wurde Ende 1936 der Ausbau der vorhandenen sechs Strafgefangenenlager auf 10500 beschlossen. Der Ausbau war bis zum April 1937 abgeschlossen. Die Kultivierungsplaner strebten eine Verdoppelung auf 20000 Gefangene an und ließen dafür weitere sieben Lager im südlichen Emsland bauen.<sup>168</sup>

Besonders anstrengend war die tiefgründige und schwere Arbeit des „Kuhlens“, wovon auch Jakob Kindinger betroffen war.

*„Ging es dabei solidarisch zu, teilten sich nur die Kräftigsten unter den Gefangenen dafür ein. Doch bot jede Arbeit im Moor hinlänglich Gelegenheit für Schikanen durch die sich nicht selten langweilenden Aufseher; einzig Nebelwetter bot einen gewissen Schutz, weil dann wegen der Fluchtgefahr nicht ausgerückt wurde. Die Schikanen nahmen im Moor besondere Formen an: Häftlinge wurden dazu gezwungen, sich mit nassen Torfsoden auf dem Kopf entgegen der Windrichtung stundenlang aufzustellen, sie mussten bei brennender Sonne Kniebeugen unter der Last von Torfsoden machen, pausenlos im unwegsamen Moorboden schaufeln oder schwer beladene Schubkarren im Dauerlauf durch morastiges Gebiet ohne erkennbaren Zweck bewegen. Manche Häftlinge rannten nach einem solchen 'Tanz über die Moorgräben' aus Verzweiflung über die Postenkette, um durch ihre Erschießung weiteren Schikanen zu entkommen.“<sup>169</sup> Der ehemalige Häftling Heinz Häntscke hat diese Schikanen wie folgt in Erinnerung behalten: „Im stummen Stolpern schleppten an die hundert Moorsoldaten Soden, Soden und nochmals Soden. Zu sprechen fiel niemandem ein. [...] wir vernahmen nur das Sausen in unseren Ohren. Stumm stolperten Moorsoldaten hin zum Graben und zurück zum Graben, schnappten sich die Soden, ließen diese am Graben fallen.“<sup>170</sup>*

Wer in die Emslandlager kam, galt einer „belehrenden Erziehung“ als nicht mehr wert und unzugänglich. Ab Mitte 1935 nahm in den Emslandlagern die Zahl der zu Zuchthaus Verurteilten absolut zu. Die größte Gruppe stellten die wegen krimineller Delikte verurteilten Gefangenen dar. Zu den politischen Strafgefangenen, die wegen Hoch- und Landesverrats verurteilt wurden, sind etwa zehn Prozent zu rechnen. Von Anfang 1937 bis Mitte 1938 wurden die politischen Strafgefangenen der Emslandlager in das Lager Aschendorfermoor verbracht. Das erklärt auch, wieso Jakob Kindinger sogleich in dieses Lager eingewiesen wurde. Dort entwickelte sich eine sehr ausgeprägte „Lagerkultur“ mit einer Widerstandsleitung, politischen Zirkeln und künstlerischen Produktion. *„Diese Versuche hielten nicht lange an. So waren auch in anderen Emslandlagern als Aschendorfermoor bald wieder Gruppen politischer Gefangener zu finden. Seit 1938 sollten im Zuge der sicherheitspolitischen Neuordnung des Vollzugswesens keine wegen Hochverrats verurteilten Gefangenen mehr in die Emslandlager eingeliefert werden.“<sup>171</sup> In dieser Zeit wurden verstärkt Homosexuelle in die Emslandlager eingewiesen. Der Auszehrung durch Arbeit, Unterbringung und Schikanen unterlagen alle Häftlingsgruppen. Allen Häftlingsberichten gemeinsam sind die Klagen über die unzureichende und schlechte Versorgung. Kalorienmangel, schlechte Qualität und Eintönigkeit des Essens führten zu Auszehrung und rekurrierenden Erkrankungen.*

<sup>168</sup> Knoch, Habbo: Die Emslandlager 1933-1945. In: Benz, Wolfgang/Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 2. München 2005, S. 532.

<sup>169</sup> Ebd., S. 546.

<sup>170</sup> Häntscke, Heinz: Moor und Heide ringsumher. Erinnerungen. Berlin 1990, S. 83f.

<sup>171</sup> Knoch, Emslandlager, a.a.O., S. 548.

# Datenbank: Häftlingsnummernkartei Buchenwald

Haft-Nr.: 7727  
 Name: Kindinger  
 Vorname: Jakob  
 geboren: 05.07.1905  
 in: Reichenbach i.Oder  
 Beruf:  
 eingeliefert:  
 aus:  
 Verbleib:  
 Kategorie: Pol

7727

K i n d i n g e r , Jakob / rückf. Pol  
 geb. 5.7.05 zu Reichenbach i. Odenw.

*s. Mo. 456*

.....

geb. 15.3.90 zu Turha Polizei  
Jude

verstorben 29. IX. 1940

.....

geb. 13.1.96 Tomsk/Sibir. Polit.

verstorben 17. IX. 1941 *Quint*

.....

geb. 20.12.24 in Dubowa Polit.  
Ukrainer

8.10.42 R.L. Neuengamme

.....

geb. 14.12.12 in Rutschewaja/  
 Leningrad Polit.  
Russe

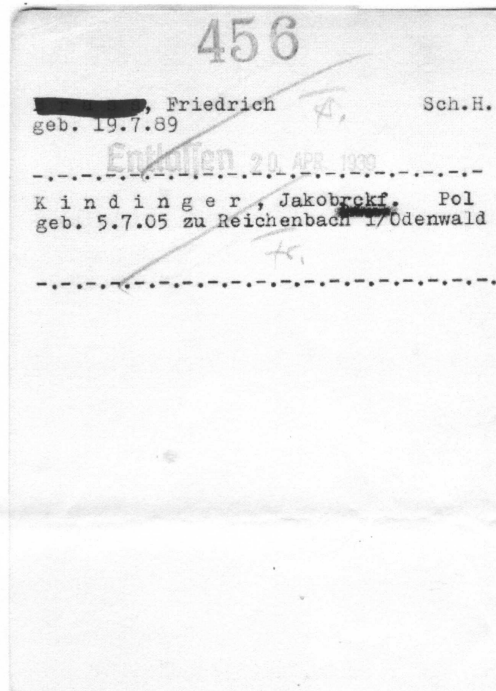
Mittelbau 29.10.4

Quelle:  
 Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar

70

**Datenbank: Häftlingsnummernkartei Buchenwald**

Haft-Nr.: 456  
 Name: Kindinger  
 Vorname: Jakob  
 geboren: 05.07.1905  
 in: Reichenbach i/Oder  
 Beruf:  
 eingeliefert:  
 aus:  
 Verbleib:  
  
 Kategorie: Pol rckf.



Quelle:  
 Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar

„Jakob Kindinger unter der Häftlingsnummer 7727 als ‚Politischer‘ Häftling im KZ Buchenwald registriert. Am 2. Juli 1938 wurde er in das KZ Buchenwald eingeliefert. Nach dem 20. April 1940 bekam er die Häftlingsnummer 456. Im Zugangsbuch ist er als Blockältester des Blocks 56 aufgeführt.

Fragebogen für Insassen der Konzentrationslager. 6. Mai 1945

Glaubensbekenntnis: ohne

Datum der Verhaftung: 30.5.35 durch Gestapo Darmstadt

Ort der Verhaftung: Bensheim

Anklage erhoben: Ja (Vorbereitung von Hochverrat)

Erkennendes Gericht: Sondergericht Darmstadt

Namen der Richter: Dr. Weiss.

Urteil: 3 Jahre penal servitude.

Wo in Haft gewesen und wie lange?

30.5.35-30.10.35 Mainz (trial)

1.11.35-10.3.36 Rockenberg

11.3.36-3.9.37 Butzbach

4.9.37-4.6.38 Mooriglager

5.6.38-6.5.45 Buchenwald

Namen und Anschriften dreier vertrauenswürdiger Personen, die in dem Ort wohnen, wohin Sie gehen wollen und die für Sie bürgen können:

Georg Menges, Bensheim a.d.B. Schlinkengasse

Richard Graf, Bensheim a.d.B. Rodensteinstraße

Maria Kindinger, Bensheim a.d.B. Sandstraße 39<sup>173</sup>

<sup>173</sup> Archivauskunft Archiv der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora.

## 5.1 Kindinger als Baracken- und Blockältester

Zum Verständnis der Rolle von „Funktionshäftlingen“ ist zu beachten, dass die SS zur Aufrechterhaltung der Lagerorganisation Stubendienste, Block- und Lagerälteste bestimmte. *„Unvermeidlich mussten diesen, damit sie ihre Aufgaben zu erfüllen instande waren, Rechte – nicht gegenüber der SS, deren Befehle sie empfangen - gegenüber den anderen Häftlingen zugebilligt werden.“*<sup>174</sup> Zugleich konnten sie in begrenztem Umfang für manche Gefangenen einen sehr relativen Schutz gewährleisten.

Zuerst arbeitete er als Steinmetz im Steinmetzkommando und war dem Block 51 zugeteilt. Am 20. April 1939 wurde er Kapo, als der kommunistische Häftling Klaus Hartmann entlassen wurde. Hartmann und Kindinger waren in diesem ca. vierzig Mann starken Kommando die einzigen Steinmetze, alle anderen Angelernte. Die meisten Häftlinge dieses Kommandos waren KPD- oder SPDler, die darauf bedacht waren, Genossen oder Freunde hier unterzubringen, damit sie nicht in Schachtkommandos oder im Steinbruch bei schwerster Arbeit unter freiem Himmel arbeiten mussten. Die Besetzung von Posten war in erster Linie abhängig von Entscheidungen des illegal arbeitenden „Internationalen Lagerkomitees“ (ILK), dessen Wirken bereits im Abschnitt 4.2 näher beschrieben wurde.<sup>175</sup> So wird auch die Aussage Willy Mandels verständlich: *„Jakob Kindinger, der einige Monate im Steinbruch gearbeitet hatte, wurde nach einer Zeit der 'Prüfung' als zuverlässiger Genosse 'entdeckt', und es dauerte nicht lange, bis er, zuerst im 'Polenblock' und dann im 'Russenblock' Barackenältester wurde. Dabei hatte er nicht nur die Aufgabe, für die Aufrechterhaltung der Disziplin zu sorgen, die u.a. darin bestand, 'daß jeder der Ausgehungen wenigstens zu seinem Teil Suppe kam', sondern er half auch mit unter Beachtung strengster konspirativer Regeln Widerstandsgruppen zu bilden, die sich auf den 'Tag der Befreiung' vorbereiteten.“*<sup>176</sup>

Anfang 1944 wurde ihm von der Partei Block 53 als Blockältester übertragen, wo sich polnische Häftlinge aufhielten. Nach einer kurzen Krankheit wurde ihm Block 56 anvertraut, wo sich mehrheitlich russische Häftlinge aufhielten.<sup>177</sup>

Emil Carlebach, ein ehemaliger Blockältester, schildert dessen übliche Aufgaben wie folgt:

*„Was hatte ich nun da für eine Funktion? Zunächst mal mußte alles geschehen, was die SS befohlen hatte. Das heißt Betten bauen, Geschirr sauber halten, pünktlich zum Appell antreten und all dieser Zirkus, der also nun mal zum SS-Lagerleben gehörte. Zweitens dafür zu sorgen, daß die jämmerliche Suppe, die da geliefert wurde, so verteilt worden ist, daß jeder wenigstens seinen Teil bekam und nicht die Stärkeren auf Kosten der Schwächeren sich selbst Vorteile verschafften. Drittens dafür zu sorgen, daß innerhalb der Baracke, die ja überbelegt war - da wo 200 Mann sein sollten, waren 400 auf Block 22 -, daß innerhalb der Baracken keine Streitigkeiten ausbrachen, die zu Kämpfen aller gegen alle hätten führen können. Und dann schließlich dafür zu sorgen, soweit das mit Häftlingsmöglichkeiten*

---

<sup>174</sup> Pätzold, Kurt: Häftlingsgesellschaft. In: Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 1: Die Organisation des Terrors. Herausgegeben von Wolfgang Benz und Barbara Distel. München 2005, S. 117f.

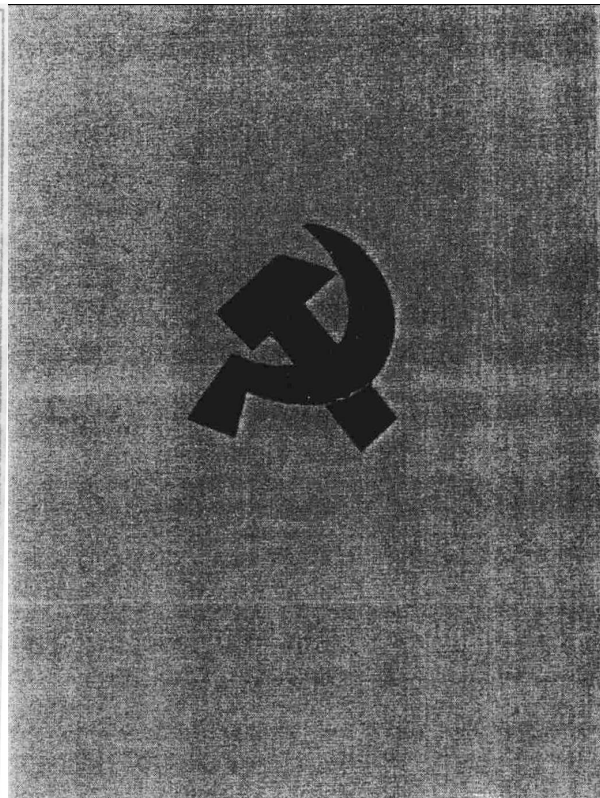
<sup>175</sup> Nicht zuletzt arbeitete das ILK darauf hin, wichtige Positionen nicht mit „Grünen“ (so gekennzeichnete kriminelle Häftlinge), sondern mit „Roten“ (politischen Häftlingen) zu besetzen.

<sup>176</sup> Mandel, Willy, Viernheim: Porträt Jakob Kindinger. Durch manche Täler ging sein Schritt. Jakob Kindinger wird 75. (unveröffentlichtes Manuskript, Mai/Juni 1980). Willy Mandel (1907-1988) und seine Frau Maria (1905-1965) gehörten zu den Mitgliedern der Viernheimer KPD und der „Roten Hilfe“, die während der Nazizeit mehrfach verhaftet wurden. Siehe: Perker, Brigitte: Viernheim zwischen Weimar und Bonn. Demokratie und Diktatur in einer Kleinstadt 1918-1949. Viernheim 1988, S. 75-81.

<sup>177</sup> Sein Mithäftling Edmund Schulz (1905 bis 1978) erläutert in einem Interview in Anwesenheit Jakob Kindingers am 5. Februar 1976: *„In dem Block 56 waren in der Endphase in der Mehrzahl sowjetische Gefangene, die Minderzahl waren Franzosen. Die Zusammensetzung des Stubendienstes war ungefähr dem Verhältnis der einzelnen Nationalitäten. Hierzu muss bemerkt werden, dass es Jakob gelang, für diesen Stubendienst [...] Leute herauszusuchen, die auch von den einzelnen nationalen Parteileitungen akzeptiert wurden. Jakob hat in diesem Block eine Sonderkabine eingerichtet, [...]. Es fanden dort abwechselnd wiederholt Zusammenkünfte der Zentralleitung der sowjetischen und der französischen Genossen statt. Hinzuzufügen wäre noch, dass bei diesen Sitzungen die jeweilige Nationalität, die im Block vorhanden war, die Sicherung der Durchführung dieser Besprechungen gewährleisten musste. Zu diesen Zusammenkünften der einzelnen Parteileitungen kam zu den Franzosen regelmäßig Marcel Paul und ein Genosse, ein sowjetischer Genosse, ein Armeehauptmann namens Nicolai. Der Familienname ist mir nicht geläufig.“* (Materialien der Geschichtswerkstatt „Jakob Kindinger“).

ging, daß den Insassen dieses Blocks oder mindestens einem Teil von Ihnen, wenn man nicht allen helfen konnte, einige Verbesserungen zugute kamen.

Zum Beispiel zu helfen, daß jemand, der körperlich am Ende war, ein paar Tage in den Krankenbau aufgenommen wurde; zu helfen, daß jemand, der ein besonders schweres Kommando hatte, vielleicht in ein leichteres Kommando versetzt werden konnte; zu helfen, daß aus irgendwelchen SS-Vorräten Lebensmittel gestohlen wurden, die zusätzlich in der Baracke verteilt werden konnten und - und das war das wichtigste auf die Dauer - unter diesen 400 Insassen von Block 22, die zum größten Teil bürgerliche, völlig unpolitische jüdische Geschäftsleute, Rechtsanwälte, Ärzte, Angestellte waren, unter denen diejenigen zu finden, die bereit waren, an einer illegalen Widerstandsorganisation teilzunehmen bis zum Endziel, bis zum bewaffneten Aufstand.“<sup>178</sup>



179

Walter Wolf hat „10 Gebote“ Buchenwalder Kommunisten überliefert, die mündlich im Lager im Umlauf waren:

- „1. Ihr sollt mit den Kameraden um euer Leben kämpfen; ihr dürft euch nicht aufgeben.
2. Ihr sollt allen Kameraden helfen, gegen die Feinde aber sollt ihr vorgehen.
3. Ihr sollt nicht zinken [Verräter, Spitzel] aber ausschalten.
4. Ihr sollt euren Egoismus zügeln, das Interesse aller positiven Elemente aber vertreten.
5. Ihr sollt vorbildlich Disziplin halten und durchsetzen helfen.
6. Ihr sollt allen tatsächlichen Kameraden gegenüber keine unberechtigten Unterschiede machen.
7. Ihr sollt euch leistungsfähig erhalten, nicht spinnen, nicht in den Puff gehen, euch sauber halten.
8. Ihr sollt ehrlich und offen zu euren Kameraden sein, sie nicht verleumden oder intrigieren. Ihr sollt keine Parolen machen oder weitertragen. Aber ihr sollt wachsam sein und allen negativen Elementen misstrauen.
9. Ihr sollt keine Kameraden bestehlen, überfahren oder Geschäfte machen.
10. Ihr sollt mit den besten Kameraden aktiv sein und nicht auf andere warten.“<sup>180</sup>

<sup>178</sup> Materialien der Geschichtswerkstatt „Jakob Kindlinger“: Interview Carlebach, 5. Juli 1975.

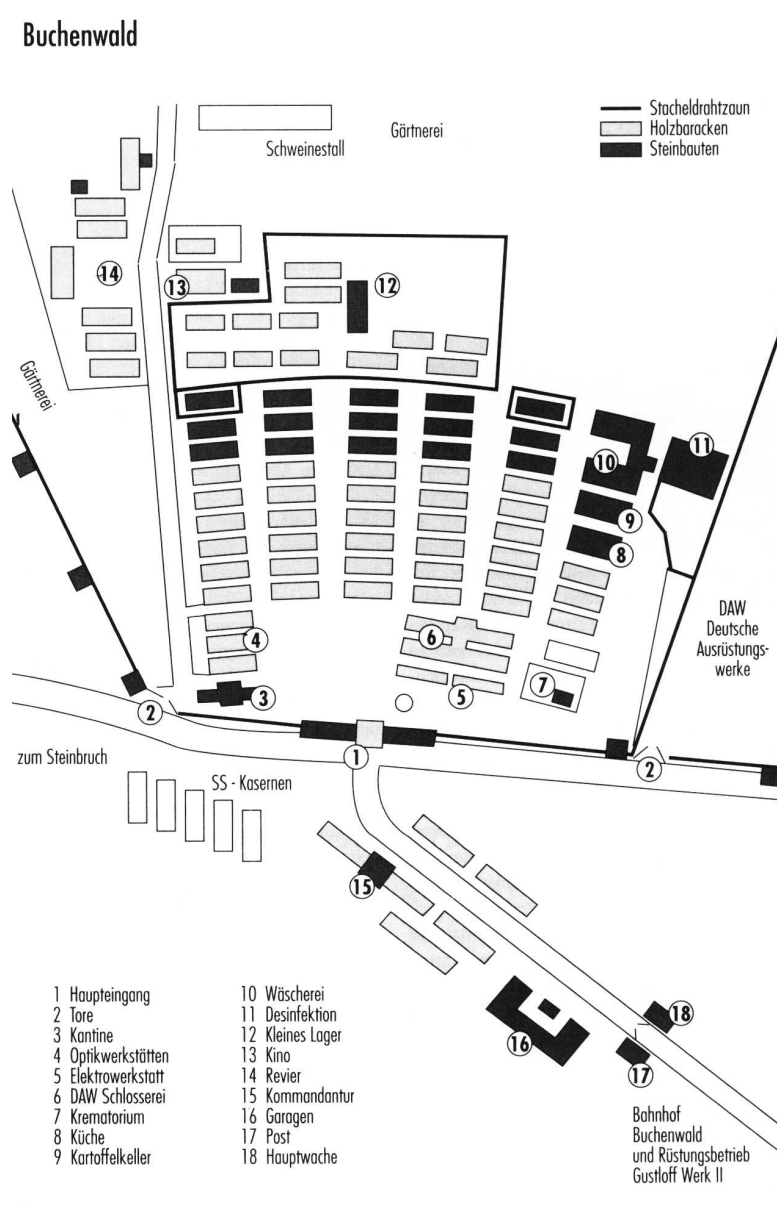
<sup>179</sup> Materialien der Geschichtswerkstatt „Jakob Kindlinger“.



## 5.2 Das „Kleine Lager“

Durch die kriegsrische Expansion des Hitler-Regimes wurden immer größere ausländische Gefangenentransporte auch in das KZ Buchenwald getrieben. Die Lagerstärke betrug zwischen 1943 und 1945 zwischen 20 000 und 60 000 Häftlinge, die bei weitem nicht mehr in den vorhandenen Unterkünften untergebracht werden konnten. Ab 1942 entstanden deshalb das mit Stacheldraht streng vom Hauptlager abgetrennten Teillager, das „Kleine Lager“ (in der nachfolgenden Skizze als „Klein Kamp“ bezeichnet) und das „Zellager“. Das „Kleine Lager“ sollte als „Quarantäne“- und Aussiebestation für die geschwächten und infizierten Häftlingstransporte dienen. Wer in den Außenkommandos nicht mehr arbeiten konnte, kam ins „Zellager“, das damit zu einem „Umschlagplatz zu den Gaskammern im Osten“<sup>181</sup> wurde.

Lageplan:<sup>182</sup>



<sup>180</sup> Zit. n.: Hartewig, Karin: Die prekäre Macht der kommunistischen Kapos im Konzentrationslager Buchenwald. In: Die nationalsozialistischen Konzentrationslager – Entwicklung und Struktur. Hrsg.: Ulrich, Herbert/Orth, Karin/Dieckmann, Christoph. 2 Bände. (Göttingen 1998) Frankfurt/Main 2002, S. 947f.

<sup>181</sup> Carlebach u.a.: Buchenwald. Ein Konzentrationslager. 2., verbesserte Auflage, Bonn 2005, S. 33.

<sup>182</sup> Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Band I A-G. Herausgeber: Israel Gutmann. München 1995, S. 249.



Das „Kleine Lager“ (Baracken)<sup>183</sup>

Im „Buchenwald-Report“ befindet sich ein Bericht, der zwar Jakob Rudniger, Worms zugeschrieben wird, aber höchstwahrscheinlich von Jakob Kindinger stammt:

„So sah es im Kleinen Lager aus.

*Ich bekam am 11.3.1944 den Auftrag, den Block 53 im Kleinen Lager zu übernehmen, da ein Transport Polen aus Auschwitz angekündigt worden war. Ich möchte erwähnen, daß die Blöcke im Kleinen Lager keine Wohnblöcke für Menschen waren, sondern Pferdeställe ohne Fenster. Ein Platz im Block, um die menschliche Notdurft zu verrichten, war nicht da. Die Anfangsbelegschaft betrug 450 Kameraden, die sich später auf 1000, 1400, ja 1800 Kameraden steigerte. Wasserleitung, Entwässerung sowie Bänke und Tische waren nicht vorhanden und wurden erst später in beschränktem Maße zugeteilt. In der Mitte des kleinen Lagers, das eine Ausdehnung von 15 Blöcken hatte, war ein Waschraum und ein Raum, um die Notdurft zu verrichten. Wenn wir bei Tag oder Nacht austreten wollten, mußten wir mitunter 300 m die aufgeweichten Plätze passieren.*

*Wir machten der SS verschiedene Male den Vorschlag, daß es dringend notwendig sei, Wasserleitung, Entwässerung sowie einen Raum zu schaffen, in dem wir unsere Notdurft verrichten können. Die SS-Lagerführung lehnte aber unser Ersuchen jedesmal ab. Decken für die Kameraden, Handtücher und Seife gab es zu Anfang nur sehr beschränkt, später überhaupt nicht mehr. Wenn wir einmal 50 oder 100 Decken bekamen, so nur unter Mithilfe unserer Kameraden auf der Gerätekammer. Da die SS-Lagerführung es abgelehnt hatte, Wasserleitung, Entwässerung sowie einen Raum zur Verrichtung der Notdurft zu schaffen, traten wir mit unseren Kameraden von der DAW (Deutsche Ausrüstungswerke, d.Verf.) und der Entwässerung in Verbindung. Das Material für oben genannte Einrichtungen wurde bei den Deutschen Ausrüstungswerken gestohlen, was bei Ertapptwerden immer mit Lebensgefahr verbunden war.*

*Die Bekleidung war derart mangelhaft, daß man bei vielen Kameraden bloße Körperteile sehen konnte. Am Anfang bekamen wir noch jede Woche frische Wäsche, im letzten Jahre nur noch alle 3 bis 4 Wochen, dann nur noch ein schlechtes Hemd. Unterhosen und Strümpfe gab es überhaupt nicht mehr, auch im Winter nicht. Der größte Teil der Kameraden hatte keinen Mantel, schlechte Schuhe, wo das Wasser überall Zutritt hatte, keine Handtücher, keine Seife.*

*Jeder Mensch kann sich vorstellen, daß unter diesen Zuständen Krankheiten aller Art sowie Ungeziefer - Wanzen, Läuse und Flöhe - in großen Mengen auftraten. Das Ungeziefer trat manchmal so stark auf, daß die meisten zerfressen waren. Nur durch die Initiative aller anständigen Kameraden war es möglich, daß die Zustände nicht noch schlechter wurden.*

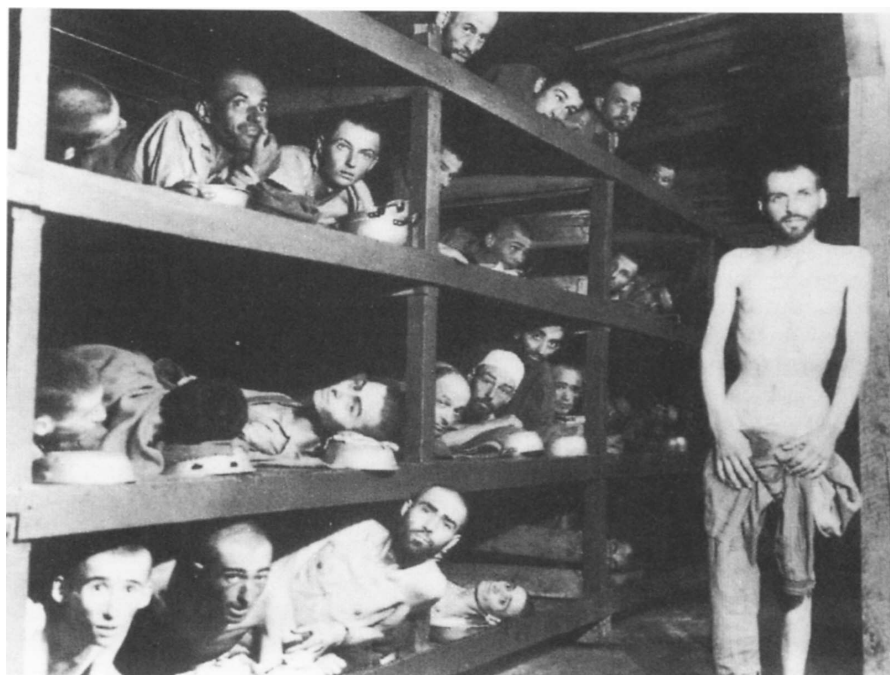
*Das Kleine Lager hatte keine feste Belegschaft, es war das sogenannte Durchgangslager. Die Kameraden blieben ungefähr 14 Tage bis 3 Wochen auf den Blöcken, wurden untersucht und gingen*

<sup>183</sup> Ebd., S. 31.

nach Ablauf der Frist wieder auf Transport in ein Außenkommando. Nur ein kleiner Rest Facharbeiter blieb. Bei jedem Transport waren 10 bis 15 % Arbeitsunfähige. Diese Kameraden wurden auf 3 Blöcke im Kleinen Lager zusammengefaßt. Verschiedene Male hat die SS Untersuchungen bei diesen arbeitsunfähigen Kameraden durchgeführt, und ein Teil von ihnen wurde auf Transport zur Vergasung geschickt. Auch hat die SS von den arbeitsunfähigen Kameraden Blut genommen, um es in Lazaretten zu verwenden. Die Blutabnahme war nicht freiwillig.“<sup>184</sup>



Häftlingsschlafstellen im „Kleinen Lager“<sup>185</sup>



<sup>184</sup> Der Buchenwald-Report. Bericht über das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar. Herausgegeben von David A. Hackett. (1995) München 1996, S. 360f, Nr. 142.

<sup>185</sup> Carlebach u.a.: Buchenwald. Ein Konzentrationslager. 2. verbesserte Auflage, Bonn 2005, S. 32.

In einem Interview mit Jakob Kindinger am 5. Februar 1976 kommt auch der frühere Mithäftling Edmund Schulz (1905-1978) zu Wort. Er nimmt u. a. zu der Verpflegungssituation im Kleinen Lager Stellung: *„Gemäß Stärkemeldung der Schreibstube hatte die Küche ihren Verpflegungszettel. Der Stubendienst musste in der Küche das Essen abholen. Es wurde dann im Block verteilt. Am Ende war es so, dass die Küche den ganzen Tag und die Nacht kochte. Sie hatte ungefähr dreißig Eintausend-Liter-Kessel und waren 90000 Mann Insassen, so dass die Verpflegung manchmal anderthalb Tage dauerte bis man etwas bekam. Und es bekam keiner mehr als höchstens eine Dreiviertel-Liter-Suppe pro Tag. Über die Qualität der Suppe ist nichts zu sagen (ironisch gemeint). Es gab auch Brot. Die Brotausgabe war unterschiedlich im Gewicht, für Russen, Polen und Juden. Für die anderen war dies auch abwechselnd, je nach Jahreszeit und je nach Wille und Laune der Lagerleitung. Es kam vor, dass drei Mann ein Brot bekamen. Es kam auch vor, dass fünf Mann ein Brot bekamen. Das Brot wog drei Pfund. Aufgabe des Stubendienstes war es, das Essen auszugeben, das Brot zu teilen und auch für die Reinlichkeit, soweit es möglich war in solcher Lage, Sorge zu tragen. Der Blockälteste war daher verantwortlich, erstens einmal, dass Ruhe und Ordnung im Block herrschte, dass keine Streitigkeiten vorkamen und Ähnliches und dafür zu sorgen, dass sein Zählappell stimmt. Das war die Hauptaufgabe des Blockältesten. Er musste seine Meldung erstatten an die Schreibstube, seine Meldung ans Revier, seine Meldung an die Arbeitsstatistik und Ähnliches. Er musste, wenn Tote waren, morgens, die manchmal bis zu dreißig gingen, jeden Morgen, musste er melden. Das war die Hauptaufgabe des Blockältesten.“*<sup>186</sup>

Auf die Frage nach Zählappellen antwortete Edmund Schulz, dass das Kleine Lager sich nicht auf dem Appellplatz eingefunden habe, sondern dass der Appell in der Baracke stattgefunden habe, immer zehn Mann hintereinander. Insbesondere bei schlechter Witterung hätten die Blockältesten der SS plausibel machen wollen, dass auf Grund der schlechten Ernährung und der minimalen Bekleidung es nicht möglich sei, die Gefangenen vor der Baracke antreten zu lassen und dass es wiederholt vorgekommen sei, dass während des Zählappells Häftlinge tot umgefallen seien. In den letzten Tagen sei es möglich gewesen mit Zahlen zu jonglieren.

In den Pferdestallbaracken habe ein Ofen gestanden, der mit Briketts geheizt worden sei. Im Winter 1944/45 seien viele Gefangene dabei gewesen, die keine Schuhe gehabt hätten und bei Winterwetter barfuß auf dem Appellplatz hätten erscheinen müssen.

Rolf Kralovitz, ein jüdischer Häftling in Buchenwald, berichtet rückblickend über die Folgen des Hungers im überfüllten Kleinen Lager während des Winters 1944/45:

*„An einem Abend nach dem Appell hielt Emil Carlebach eine Ansprache auf unserem B-Flügel. Er schildert in sachlichen, klaren Worten den bedrohlichen Zustand des Lagers, der sich immer mehr zuspitzte. Er berichtete von den schrecklichen Vorfällen, die sich in den Pferdestall-Blocks des Kleinen Lagers und im neu hinzugekommenen Zeltlager abspielten:*

*‘Es sind bereits Fälle von Kannibalismus entdeckt worden.’“*<sup>187</sup>

<sup>186</sup> Willy Mandel, Viernheim interviewte J.K. in Anwesenheit des früheren Mithäftlings Edmund Schulz. Edmund Schulz wurde am 26. Oktober 1905 in Darmstadt geboren und starb am 4. August 1978 in Heppenheim. Am 8. Juli 1933 wurde er als KPD-Mitglied in Heppenheim verhaftet und in das KZ Osthofen gebracht. Am 14. April 1934 wurde er vom Strafsenat Darmstadt wegen Vorbereitung zum Hochverrat unter Anrechnung von sechs Monaten Untersuchungshaft zu fünf Jahren Zuchthaus, Verlust der Bürgerlichen Ehrenrechte und Polizeiaufsicht auf Lebensdauer verurteilt. Die Haftstrafen verbüßte er in den Strafanstalten Rockenberg und Butzbach. Am 14. Oktober 1938 wurde er in das KZ Buchenwald überstellt, wo er hauptsächlich im Steinbruch, beim Straßenbau und im Lebensmittelmagazin arbeitete. (Angaben nach HStA Wiesbaden, Abt. 518 Nr. 3844: Entschädigungsakte Edmund Schulz).

<sup>187</sup> Kralovitz, Rolf: ZehnNullNeunzig in Buchenwald. Ein jüdischer Häftling erzählt. Köln 1996, S. 61.

### 5.3 Lageralltag und Widerstandsarbeit in Berichten und Selbstzeugnissen Jakob Kindingers und weiterer Häftlinge

Harriet Scharnberg hat unter Bezug auf Vorarbeiten von Falk Pingel einen Widerstandsbegriff formuliert, dem wir uns in der vorliegenden Darstellung anschließen. Scharnberg führt aus, Pingel verstehe unter Widerstand „[...] jene Handlungen, `die gegen die SS als Herrschaftsträger im Konzentrationslager oder gegen ihre Herrschaftseinrichtungen gerichtet sind.` In den Bereich der Widerstandshandlungen fielen, nach Pingel, auch Solidaritätsaktionen unter den Häftlingen, die in der Regel Voraussetzungen für Widerstandsaktionen gewesen seien und ebenfalls den Zielen der SS zuwiderliefen. Die `Selbstbehauptung` eines Häftlings sei zwingende Voraussetzung für Widerstand, jedoch müsse sich aus `Selbstbehauptung` nicht zwingend Widerstand ergeben haben, denn `Selbstbehauptung` könne auch über eine Orientierung an der SS erfolgt sein. In diesem Zusammenhang wies Falk Pingel auf die strukturell begrenzten Handlungsoptionen der Häftlinge hin. Diesen Punkt empfand Johannes Tuchel als grundlegend für seine Widerstandsdefinition. `Unter den Zwängen des Konzentrationslagers` habe Widerstand maßgeblich die Form von Solidarität angenommen, deren Grundlage `Selbstbehauptung`, also `die Verarbeitung des Schocks des Lagererlebnisses, die Abwehr von Unterdrückung und Gewalt und [...] die Sicherung der materiellen Überlebenschancen` gewesen sei. [...]

Als Widerstand wird [...] das bewußte Handeln und Verhalten der Häftlinge gewertet, das durch den Zweck motiviert war, den Zielen der Vertreterin des nationalsozialistischen Regimes im Lager, der SS, zuwiderzulaufen. `Aktiver Widerstand` ist eben dieses Verhalten, das zusätzlich über eine passive Verweigerungshaltung hinausging.“<sup>188</sup>

#### 5.3.1 Jakob Kindingers Rolle bei Rettungsaktionen jüdischer Häftlinge

##### 5.3.1.1 Max Liebster

Einer der geretteten Häftlinge war Max Liebster, der am 15. Februar 1915 in Reichenbach geboren wurde. Am 11. September 1939 kam er für vier Monate ins Gefängnis nach Pforzheim, dann wurde er ins KZ- Sachsenhausen überstellt. Im KZ Sachsenhausen musste der Sohn den toten Vater zum Krematorium tragen, ein Gewicht, das für ewig auf ihm lasten sollte. Liebster erfuhr einen inneren Aufruhr und zweifelte am Leben: „Je schwerer die Last, desto bitterer die Tränen.“

1943 brachte man ihn als Jude ins KZ Auschwitz und 1945 kam er ins KZ Buchenwald, in dem er Jakob Kindinger kennen lernte.

In seinem Buch „*Hoffnungsstrahl im Nazisturm. Geschichte eines Holocaustüberlebenden*“<sup>189</sup> schildert er das Umfeld, in dem er Kindinger kennen lernte:

„Buchenwald, 26. Januar 1945.

[...]

In einer Ansage wurden Freiwillige aufgerufen, sich am täglichen Tragen eines 50-Liter-Suppenkessels vom Hauptlager zum `Kleinen Lager` zu beteiligen. Anfangs dachte ich, mir fehle die Kraft dazu. Aber ich meldete mich und wurde auch angenommen. Insgeheim hoffte ich, irgendwo im Hauptlager die `lila Winkel` (für die Gruppe der homosexuellen Häftlinge, d. Verf.) zu finden. Tag für Tag schleppte ich die schwere Last. Ich schaffte es kaum, den Kessel vom Boden zu heben. Doch der Traum, einen Ausweg

<sup>188</sup> Scharnberg, Harriet: „Tätertausch“? Anfragen an die Diskussion um die kommunistischen Funktionshäftlinge im Konzentrationslager Buchenwald. In: Diercks, Herbert (Red.): Abgeleitete Macht. Funktionshäftlinge zwischen Widerstand und Kollaboration. Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland. Heft 4. Herausgeber: KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Bremen 1998, S. 125.

<sup>189</sup> Liebster, Max: Hoffnungsstrahl im Nazisturm. Geschichte eines Holocaustüberlebenden. Esch-sur-Alzette 2003, S. 95 ff. Das Buch enthält einleitend folgende Widmung:

„Meinem Vater Bernhard und meiner Mutter Babette

Für Willi Johe

Für Ernst Wauer

Für Otto Becker und Jakob Kindinger, die ihr Leben riskierten, um mich bei einer Typhusepidemie aus dem `Kleinen Lager` zu retten“.

aus dieser Hölle zu finden, gab mir die Kraft und half mir, meine ständige Angst vor dem Typhus abzuschwächen.

Wochen verstrichen, in denen ich den schweren Kessel hin- und herschleppte. Eines Tages sah ich unter den Arbeitern in der Küche einen 'lila Winkel'. Es gelang mir, ihn anzusprechen. Sein Name war Otto Becker. Ich fragte ihn, ob er mich irgendwie aus dem 'Kleinen Lager' herausbekommen könne. Er wusste, wie gefährlich das sein würde. Selbst wollte er es nicht riskieren, aber er versprach mir, sich mit einem Blockältesten in Verbindung zu setzen, der aus meiner Heimat stammte.

Der Kapo Kindinger, ein Kommunist aus Reichenbach, wollte sich bei seinem Aufseher für mich einsetzen. Der Aufseher musste seinerseits die Erlaubnis der SS einholen, ehe ich in Kindingers Baracke übersiedeln konnte. Trotz strengster Quarantänemaßnahmen, die Typhusepidemie auf das 'Kleine Lager' beschränkt zu halten sollten, genehmigte man meine Übersiedlung in Kindingers Baracke. Ich wurde als Nummer 120422 registriert. Vielleicht hatte ich ja jetzt eine bessere Überlebenschance.

Wieder eingebunden in die Routine endloser Appelle, ging ich an die mir aufgetragene Arbeit an einem Bau außerhalb des Lagers – dankbar, Abstand von der Typhusepidemie bekommen zu haben. Zu den Arbeitern, die sich abends von der Arbeit zurückschleppten, gehörte Fritz Heikorn, ein jüdischer Intellektueller. [...]

Kindinger war sich dessen bewusst, dass ich kurz vor dem Hungertod stand. Er gab mir heimlich Extrarationen Brot. Ich teilte mein Brot mit Fritz, der auch schon die ersten Anzeichen eines Muselmannes erkennen ließ. Gemeinsam aßen wir jeder einen kleinen Bissen – es waren lebensrettende Häppchen für uns.

Ich verbrachte meinen sechsten Winter im Lager. Eines Tages rief mich Kindinger zu sich. Er teilte mir vertraulich mit, dass die amerikanischen Truppen näher rückten. Das Gerücht sei ihm zu Ohren gekommen, dass die SS Befehl erhalten habe, unter keinen Umständen Häftlinge am Leben zu lassen. Mit ihrer Liquidierung solle sofort begonnen werden, sagte er mir, wobei die Juden als Erste umgebracht würden. Wir sollten zu den Bahnschienen gebracht, auf Viehwaggons verladen und in den Wald abtransportiert werden. Dort würde man uns zwingen, Gräben auszuheben, um dann am Grabenrand auf eine Kugel der SS zu warten. Beim Ausschaufeln des nächsten Grabens würde man mit der daraus ausgehobenen Erde die Leichen im ersten Graben zuschütten. Kindinger machte ein unglaubliches und mutiges Angebot. Er wollte mich irgendwie verbergen. Ich bat ihn, auch Fritz zu verstecken. 'Unmöglich', sagte er. 'Es ist schon gefährlich genug, einen Juden zu verstecken!'

Ich brachte es nicht übers Herz, Fritz allein in den Tod gehen zu lassen. Also marschierten wir Seite an Seite zu den Zugschienen, wie uns befohlen worden war. Die Schienen endeten am Waldrand in der Nähe des Lagers. Hektische SS-Männer trieben die Gefangenen fast zur Hysterie. Das Wehklagen der Gefangenen war herzerreißend. Fritz hatte einige Seiten aus der Offenbarung, dem letzten Bibelbuch. Ich sah in der Nähe der Schienen einen Holzstapel und schlug vor, dass wir uns dahinter versteckten, abseits vom Chaos. Dort würden wir aus dem Wort Gottes Kraft schöpfen und dann dem Tod mit Würde und Ruhe entgegentreten können.

Jenseits des Holzstapels tobte das Chaos. SS-Männer brüllten, sie stießen und zerrten verzweifelte Gefangene umher. Quietschende Zugtüren knallten und die Lokomotive dampfte mit den Waggons in den Wald – wir blieben zurück. Die Zuggeräusche klangen ab und wir saßen starr und ungläubig hinter dem Holzstoß.

Wir wussten nicht, was wir tun sollten. Das Getöse von Kanonenfeuer und explodierenden Granaten kündigte das Herannahen der amerikanischen Truppen an. Sollten wir hier sitzen bleiben und auf sie warten – in der Hoffnung, uns vor der SS verstecken zu können? In diesem Moment schleppte sich eine Arbeitskolonne an uns vorbei, zurück ins Lager. Fritz und ich sahen einander an und beschlossen, uns ihnen anzuschließen. Wir wollten versuchen, unbemerkt durch das Lagertor zu kommen. Die gelben Häftlingssymbole, die uns als Juden brandmarkten, verbargen wir, so gut wir konnten, und schauderten bei dem Gedanken, erwischt zu werden.



Man ließ uns ohne Kontrolle durch den Lagereingang. SS-Leute rannten völlig aufgelöst umher. Mitten in diesem Wirrwarr schallte es plötzlich aus dem Lautsprechern: 'Bibelforscher sollen sich in Baracke 1 versammeln.' Eine Anweisung, die uns wie vom Himmel zu kommen schien.

Nachdem wir auf diese außergewöhnliche Weise mit dem Leben davongekommen waren, betraten wir die Baracke 1. Die 'lila Winkel' ließen uns ohne Zögern hinein, obwohl unsere Uniformen uns verrieten und für sie alle Unheil hätten bedeuten können. Drinnen war es wie in einer ganz anderen Welt. Zwar sahen die Leute aus wie andere anderswo: Gestalten mit dunklen, tief eingefallenen Augen und mit papierdünnen Haut überzogen. Und doch war ihnen dieselbe ruhige, gelassene Haltung zu Eigen wie den Bibelforschern, die ich schon vier Jahre zuvor in Neuengamme kennen gelernt hatte. Trotz finsterner Jahre im tiefsten Morast unvorstellbarer Grausamkeit waren ihre Hoffnung und ihr Glaube nicht verblasst. Ihre Treue zu Gottes Wort und ihr Glaube an die Rettung durch ihn vermittelte ihnen das Gefühl eines unmittelbar bevorstehenden Sieges.

Wir jubelten über unsere glückliche Rettung. Hermann Emter stellte uns einigen aus der Bruderschaft vor. Wir wurden aufgenommen, als gehörten wir zur Familie. Allmählich stieg die Zahl der Bibelforscher in der Baracke auf 180.

Wir wussten nicht, ob die SS ihren mörderischen Evakuierungsplan gänzlich ausführen würde. Die Unsicherheit der nächsten Stunden schien die Gruppe der Zeugen nicht zu berühren. Ganz gleich, wie sich ihr Schicksal entwickeln würde, genossen sie die gegenwärtige Zeit, die sie in Einheit miteinander verbringen konnten. Ihre Ruhe und Fassung waren für Fritz und mich ein Beleg für ihr unerschütterliches Gottvertrauen.

Die Kriegsfront rückte näher. Die Bombeneinschläge wurden stetig lauter. Die Bibelforscher beschlossen, im Block zu bleiben – auf diese Weise hofften sie, den Explosionen und dem Kreuzfeuer draußen zu entgehen. Vielleicht ahnten sie auch, dass die Kommunisten einen Aufruhr im Lager planten. Aus welchen Gründen auch immer, sie trafen eine kluge Entscheidung. Hier schien, momentan, der sicherste Ort im ganzen Lager zu sein. [...]"

Liebster geht auch noch an anderer Stelle auf Kindingers Verhalten ein<sup>190</sup>: „Der Kommunist Kindinger. Der Mann, der geholfen hatte, mein Leben zu retten, war in Reichenbach aktives Mitglied der kommunistischen Partei gewesen. Er war bereits in den frühen Jahren der NS-Herrschaft verhaftet worden. Zwar hatte ich ihn vor unserer Begegnung im Lager Buchenwald nicht kennen gelernt, doch er war von Beruf Steinmetz und gehörte einer Familie an, die schon lange in Reichenbach ansässig war. Kindinger diente im Lager viele Jahre lang als Blockältester und bleibt für seinen Widerstand gegen das NS-Regime in Erinnerung.“

In einem telefonischen Interview äußerte sich Max Liebster gegenüber den Autoren erneut zu Jakob Kindinger:

„Dieser Mann rettete mir das Leben. Er dachte nicht nur an sein Überleben, sondern setzte sich für alle Menschen im Konzentrationslager ein. Er kämpfte für Gerechtigkeit und ohne ihn wären noch viel mehr Menschen im KZ gestorben. Kindinger half ihnen, indem er sich für sie einsetzte und sogar seine Nahrung mit ihnen teilte. Er war für mich ein wahrer Freund und ein wahrer Held.“<sup>191</sup>

Nach dem Krieg kehrte Liebster Deutschland den Rücken und ging für elf Jahre nach New York, wo er seine zukünftige französische Frau Simone Arnold kennen lernte. Er engagierte sich sehr für die Religionsfreiheit. Außerdem ist er nach dem Krieg sehr gläubig geworden und hält als Zeuge Jehovas mit seiner Frau Predigten. Max Liebster wurde am 17. November 2004 zum Ehrenbürger von Lautertal-Reichenbach ernannt.

Mit seiner Frau, die wegen ihres Glaubens als Jugendliche in einem NS-Erziehungsheim war, gründete Max Liebster im Jahr 2002 die Arnold-Liebster-Stiftung zur Aufklärung über den Holocaust, der Wahrung von Menschenrechte und als Erinnerung an die Mahnung der Geschichte.

---

<sup>190</sup> Ebd., S.142.

<sup>191</sup> Interview mit Max Liebster vom 18. Juli 2005.

### 5.3.1.2 Emil Carlebach

Carlebach verdankt seine Rettung vor dem Tode in der Endphase des KZ Buchenwald Jakob Kindinger. Die Lage der jüdischen Häftlinge Anfang April 1945 schildert er in einem Bericht aus dem Jahre 1980 wie folgt:

*„[...] Die Solidarität der Häftlinge mit den jüdischen Gefangenen fand ihren Höhepunkt im April 1945, als das illegale Internationale Lagerkomitee zum offenen Widerstand überging und mehr als 3000 jüdische Kameraden vor dem Todestransport rettete. Am 4. April nachmittags hieß es wieder über die Lautsprecher: 'Alle Juden antreten!' Das konnte nur bedeuten: Todesmarsch! Rund 6000 jüdische Häftlinge der verschiedensten Nationalitäten befanden sich im Lager. Ich rannte zur Schreibstube, wo sich bereits Kameraden der illegalen Leitung der KPD eingefunden hatten. Die Diskussion war kurz; denn die Mörder ließen uns keine Zeit. Es galt, eine verantwortungsschwere Entscheidung zu treffen: Wir mußten davon ausgehen, daß die Mehrzahl der betroffenen jüdischen Häftlinge selbst passiv bleiben würde, wenn wir zum offenen Widerstand übergingen. Nur ein kleiner Prozentsatz gehörte der illegalen Organisation an. Konnten, durften wir die kampfbereite Avantgarde für eine Auseinandersetzung einsetzen, bei der sie unter Umständen von denen im Stich gelassen würde, die sie retten wollte? Und dennoch wurde beschlossen: 'Die Juden treten nicht an!' Der SS-Rapportführer tobte. Hans Eiden, unser mutiger Lagerältester, erreichte von der SS einen Aufschub der Evakuierung bis zum nächsten Morgen. In dieser Nacht verteilten sich Tausende jüdische Häftlinge auf andere Blocks. Sie rissen auf Anweisung der illegalen Widerstandsorganisation den Judenstern ab, und alle Blockältesten vernichteten ihre Karteikarten, aus denen die Häftlinge jüdischer Abstammung zu ersehen waren. Die am meisten Gefährdeten wurden versteckt. So verbarg mich mein kommunistischer Genosse Jakob Kindinger aus Bensheim/Bergstraße unter dem Holzfußboden seiner Baracke. Später erhielt ich die Häftlingsnummer eines französischen Kameraden und wurde der SS als 'verstorben' gemeldet. Am 5. April fanden die SS-Wachen die Judenblocks leer, während die anderen Baracken eine unkontrollierbare Überbelegung aufwiesen.*

*Brüllen, Drohen, Schlagen - nichts half der SS. Nicht in einem einzigen Fall verriet ein Kamerad einen jüdischen Mithäftling. Unter unbeschreiblicher Brutalität trieben die SS-Schergen die Häftlinge zusammen, die nach ihrer Meinung 'wie Juden aussahen'. Unser Genosse Kurt Baum aus Herne/Westfalen wurde dabei erschossen, als er sich mit einem Spaten gegen zwei SS-Männer warf. Etwa 3000 Juden konnten wir den Todesmärschen entziehen! Ihre Rettung ist eine der Ruhmestaten des antifaschistischen Widerstandskampfes von Buchenwald! Die Solidarität zu den jüdischen Häftlingen, die Kommunisten verschiedener Nationen und viele andere Antifaschisten bis zur Selbstbefreiung des Lagers geübt haben, ist ein Ausdruck des lebenserhaltenden aktiven Widerstandes gegen den faschistischen Terror.“<sup>192</sup>*

An anderer Stelle geht Carlebach auf den Ablauf der Rettungsaktion und die Rolle Jakob Kindingers detaillierter ein:

*„Hans Eiden (der Lagerälteste, die Verf.<sup>193</sup>) übernahm die lebensgefährliche Aufgabe, dem Lagerführer zu erklären, daß die Juden 'Angst hätten'. Und: 'Morgen früh treiben wir (d.h. die Angehörigen des Lagerschutzes) ihnen die Juden zusammen.'*

*Es war ein todesmutiges Vabanquespiel. Ein solcher Vorschlag wäre noch Wochen zuvor mit dem Genickschuß beantwortet worden. Aber jetzt hatten die Helden der SS selbst Todesangst. Und natürlich ahnten sie nicht, daß der Lagerschutz, die von ihnen eingesetzte Lagerpolizei, eine legale Formation*

<sup>192</sup> Zur Lage der jüdischen Häftlinge im KZ Buchenwald (III). Bericht des ehemaligen deutschen Häftlings Emil Carlebach aus dem Jahr 1980. Aus: Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung. Dokumente und Berichte. Herausgegeben von der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald in Zusammenarbeit mit der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora beim Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR. (1959) 4., völlig neu bearbeitete Auflage Berlin/DDR 1983, S. 452f.

<sup>193</sup> „Hans Eiden: 18. Mai 1947: Landtagsmandat im Rheinland-Pfälzischen Landtag, Vorsitzender des Petitionsausschusses. Am 10. Juni 1948 Rückgabe seines Landtagsmandates an die KPD nach vorherigem Parteiausschluss, da seine Lebensgefährtin in Verdacht stand, für den französischen Geheimdienst zu arbeiten.“ (Becker, Klaus J.: Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946-1956. Mainz 2001, S. 432).

der illegalen IMO war, dazu bestimmt, in Kürze mit der SS abzurechnen. Der Lagerführer stimmte zu, Hans Eiden hatte gewonnen.

Walter Bartel<sup>194</sup> nun zu mir: 'Du verschwindest, du gehst zum Jakob, der soll dich verstecken.' Ich rannte den Hang hinunter zu Block 56, zu meinem Freund und Genossen Jakob Kindinger, Steinmetz aus Bensheim an der Bergstraße: 'Jakob, die Partei schickt mich, du sollst mich verstecken.'

Er stellte keine Frage, machte keine Bemerkung. Wortlos drehte er sich um, ging in eine Ecke des Stalls, schob einen Haufen Lumpen beiseite, hob eine Planke auf: 'Spring da runter.' Jetzt konnte ich mir auch erklären, wieso Walter, ohne zu überlegen, wie aus der Pistole geschossen, Block 56 genannt hatte. Hier war ein lange vorbereitetes geheimes Versteck, und Jakob Kindinger war sein Hüter.

Der Block 56 war in Wirklichkeit ein transportabler Pferdestall der Wehrmacht, vorgesehen für 60 Pferde, nun aber Unterkunft für 1400 – tausendvierhundert! – Gefangene, ohne Betten, Tische, Stühle, ausgestattet nur mit drei- oder vierstöckigen Holzpritschen ohne Matratzen, in denen die Menschen zusammengepfercht waren. Die von uns ständig betonte Seuchengefahr veranlaßte die SS, um solche Baracken einen Bogen zu machen. Das gab dem Versteck einen gewissen Schutz.

Ich hörte noch, wie Jakob zu einem der sowjetischen Komsomolzen, die er als Stubendienst eingesetzt hatte, sagte: 'Wenn ein SS-Mann in diese Ecke kommt, dem schlägst du den Schädel ein, hier steht das Beil.'

Gegen Mitternacht holten sie mich heraus zu einer Beratung. Beschluß: Alle Stubenältesten vernichten die Karteikarten; die Juden, nun ohne den Stern, verstecken sich zwischen den 'Ariern' in deren Blocks – wir werden ja sehen, ob die SS imstande ist, mit ihrer 'Rassenkenntnis' die Juden herauszufinden. Der Beschluß band alle. Gefahr hin oder her – alle Blockältesten vernichteten in dieser Nacht die Karteikarten. Im Dunkel schlich ich zu meinem Block 22 zurück. Was ich vermutet hatte, war geschehen: Rund die Hälfte der Belegschaft hatte nicht gewagt zu fliehen. Sie waren im Block geblieben.<sup>195</sup>

Kindinger selbst schildert diesen Vorgang und den weiteren Verlauf mit folgenden Worten:

„Am darauffolgenden Tag abends wurden um 7 Uhr sämtliche Juden auf den Appellplatz gerufen. Ich hatte auf meinem Block ungefähr 400 Juden, doch habe ich keinen von ihnen auf den Appellplatz gebracht, trotzdem alle Blockältesten hierzu den ausdrücklichen Befehl erhalten hatten.

In der darauffolgenden Nacht haben einige Blockälteste des Großen Lagers und ich vom kleinen Lager beschlossen, sämtliche Judenunterlagen zu vernichten, da nämlich die SS angedroht hatte, die Juden am nächsten Morgen selber aus dem Lager zu holen. Ich bin nach diesem Beschluss in das Kleine Lager auf meinen Block gegangen und habe noch in der Nacht um 2 Uhr sämtliche Blockältesten des Kleinen Lagers zu mir kommen lassen. Ich schilderte ihnen erneut die Lage, in der wir uns befanden, und teilte ihnen dann mit, dass wir noch in der Nacht sämtliche Judenunterlagen vernichten müssen. Alle Blockältesten des Kleinen Lagers waren damit sofort einverstanden. Am nächsten Morgen war von der SS Zählappell angesetzt. Um 6 Uhr kamen zwei SS-Männer zu meinem angetretenen Block. Sie befahlen die Juden, sich auf den linken Flügel zu begeben. Ich erklärte darauf den beiden SS-Leuten, dass ich keinerlei Unterlagen habe, wer Jude sei oder nicht. Sie verlangten dann einfach sämtliche Juden auf den linken Flügel, worauf ungefähr 200 von den 400 Juden auf den linken Flügel traten. Während wir noch damit beschäftigt waren, den Rest der Blockbelegschaft wieder in den Block zu bringen, worunter sich mehr als 220 Juden befanden, gelang es mir und meinem Stubendiener ungefähr 100 von den 200 am linken Flügel angetretenen Juden wieder auf den Block zu bringen. Die beiden SS-Leute waren nämlich für einen Augenblick auf Block 55 gegangen. Als sie wieder zurückkamen, erteilten sie meinem Stubendienst den Befehl, die Nummern der 100 Juden

---

<sup>194</sup> Walter Bartel (1904-1992).

<sup>195</sup> Carlebach, Emil: Tote auf Urlaub. Kommunist in Deutschland. Dachau und Buchenwald 1937-1945. Bonn 1995, S. 190f. In einem Artikel des DKP-Organs „Neue Zeit“ anlässlich der Befreiung des KZ Buchenwald vor 35 Jahren schrieb Carlebach: „[...] war ich im Schlamm unter dem Fußboden der Baracke versteckt, deren Blockältester der Genosse Jakob Kindinger aus Bensheim/Bergstraße war; er rettete unter eigener Lebensgefahr mein Leben. Es war Parteibeschluss, und da gab es für keinen ein Zögern oder Schwanken“. (Unsere Zeit vom 11. April 1980).

aufzuschreiben. Dann trat etwas ein, was ich nicht für möglich gehalten hätte. Ein Jude trat an einen SS-Mann heran und erklärte, dass sich auf dem Block noch deutsche Juden befinden. Die beiden SS-Leute fragten, ob dieses der Wahrheit entspreche. Ich sagte, dass dies meines Wissens nicht der Fall sei. Die beiden SS-Leute gingen darauf nochmals in den Block und holten ungefähr 20 Juden heraus. In diesem Augenblick stürmten noch einige SS-Leute in den neben uns liegenden Block und schossen wie wild in die Häftlinge, wobei sie einen töteten und mehrere verletzten. Sodann trieben sie die 120 Juden auf den Appellplatz. Wir behielten aber auf diese Weise noch ungefähr 290 Juden auf dem Block.“<sup>196</sup>

Rolf Kralovitz, ehemals selbst jüdischer Häftling in Buchenwald, berichtet über diese Endphase von Buchenwald:

„Es war der 4. April 1945, ein Tag, der ungewöhnlich begann. Alle Arbeitskommandos, die sonst jeden Morgen auszumarschieren hatten, mußten im Lager bleiben. Wir waren also auf unserem Block, als am Nachmittag plötzlich die Stimme des Rapportführers durch den Lautsprecher kam: 'Alle Juden sofort auf dem Appellplatz antreten!' Unsere Stimmung sank auf den Nullpunkt, weil es nunmehr abzusehen war, daß wir auf einen dieser berüchtigten Todestransporte geschickt würden. Die amerikanische Armee konnte nicht mehr weit sein und so hatten wir bisher gehofft, im Lager bleiben zu können. Eine große Nervosität breitete sich aus, aber Befehl war Befehl und wir stellten uns vor dem Block auf, um zum Appellplatz zu marschieren. Plötzlich flüsterte mir jemand ins Ohr: 'Komm mit, schnell!' Ich folgte ein paar Häftlingen, die alle zum Kleinen Lager liefen. In einem der dortigen Blocks, der mit den Zugängen aus dem Osten, den ausgemergelten sogenannten 'Muselmännern', überfüllt war, kamen wir unter. Am nächsten Morgen, sehr früh, ging ich dann doch wieder auf den Block 22, wo unser Blockältester Emil Carlebach den nur spärlich Anwesenden erklärte, daß er zwar seinen Block zum Morgenappell führen werde, er aber mit Sicherheit annehme, daß die Antretenden nicht vollzählig da sein würden. Wir verstanden genau, was er meinte, nämlich: reißt den gelben Winkel ab und versteckt Euch irgendwo. Wieder zurück im Kleinen Lager wurde die Gefahr für uns erneut akut, als die SS erschien und alle Häftlinge aus den Blocks heraustrieb. Sie versuchte, alle Juden ausfindig zu machen, um sie zum Appellplatz zu jagen. Neben einigen SS-Leuten stand der Lagerälteste Hans Eiden. Als er mich sah und an meiner niedrigen Nummer erkannte, daß ich hier nur untergetaucht war, gab er mir mit einer Augenbewegung unmißverständlich zu verstehen, daß ich mich nicht zu den Aussortierten stellen, sondern möglichst verschwinden sollte. Es war an diesem Tage für mich bereits das zweite Zeichen, daß es im Hintergrund eine Organisation geben mußte, die gegenüber den SS-Befehlen Widerstand leistete.

Ich versteckte mich hinten im Wald im SS-Schweinestall und überstand dadurch die erste große Razzia, die im ganzen Lager durchgeführt wurde. An diesem 5. April schickte die SS alle Juden, die sie zusammentreiben konnte, auf den ersten Todesmarsch. Somit hörte der jüdische Block 22 auf, zu existieren, und ich mußte nun weiter sehen, irgendwo unterzukommen. Neben der dauernden Suche nach neuen Verstecken war für mich der ständige Hunger das Schlimmste, denn es gab mich ja offiziell nicht mehr und somit gab es auch keine Essens- und Brotration. Inzwischen war die SS dazu übergegangen, nach den Juden auch alle anderen Häftlinge zu deportieren. Tausende von Menschen aller Nationalitäten wurden auf den Appellplatz getrieben, um sie zum Abmarsch zu zwingen. Im Widerstand gegen die SS und um Zeit zu gewinnen, organisierte der Häftlings-Lagerschutz ein Chaos und schickte die angetretenen Gefangenen wieder runter ins Lager. In neuerlichen Razzien, die sich über Tage hinzogen, wurden die Häftlinge von der wütenden SS immer wieder zum Appellplatz getrieben, um sie doch noch auf Todesmarsch zu bringen. Ungeheure Nervosität und angstvolle Spannung beherrschten das Lager. Es waren aber tatsächlich Zehntausende, die im Lauf von wenigen

<sup>196</sup> Archiv Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora (Buchenwaldarchiv) Sign. 31/147. Eine gekürzte Fassung mit leichten sprachlichen Abweichungen befindet sich in: Der Buchenwald-Report. Bericht über das Konzentrationslager bei Weimar. Herausgegeben von David A. Hackett. München (1995) 1996, S. 366f, Nr. 148: Vor der SS versteckt. Fälschlich wird dort ein Jakob Rudniger, Worms, als Verfasser angegeben. Nach Mitteilung des Stadtarchivs Worms vom 3. Februar 2004 konnte nach Prüfung der Meldekartei sowie der Adressbücher für die NS-Zeit der Familienname Rudniger für die Stadt Worms sowie die auch später eingemeindeten Vororte nicht festgestellt werden. Die Verwechslung beruht auf einem Lesefehler.

Tagen Buchenwald noch verlassen mußten. Am 11. April war die Gesamtstärke des Lagers bereits derart reduziert, daß bald niemand mehr übrigbleiben würde. Am Vormittag hörte ich auf Block 40, wo ich endlich aufgenommen worden war. weil der Blockälteste mich kannte, die heisere, aufgeregte Stimme des Rapportführers durch den Lautsprecher: 'Alle SS-Angehörigen sofort aus dem Lager'. Einige Zeit später dann ertönte eine schrille Sirene, die wir noch nie gehört hatten: Feindalarm. Irgendetwas mußte nun bald passieren. Die Atmosphäre auf Block 40 war äußerst angespannt. Der Unterschied zu den vergangenen Tagen, in denen man sich immer wieder vor den ständigen Razzien für die Todesmärsche in Sicherheit bringen mußte, war der, daß jetzt ein Ende, egal welcher Art, unmittelbar bevorstand. Am frühen Nachmittag sah ich dann durch das Fenster des Blocks etwas, das ich kaum glauben konnte: Ein Häftling mit einem Gewehr über der Schulter lief über die Lagerstraße in Richtung zum Tor. Mit einem Gewehr! Und kurze Zeit später ertönte aus dem Lautsprecher eine Stimme, wie wir sie noch nie gehört hatten: 'Kameraden, wir haben das Lager in unserer Hand. Alle bleiben auf ihren Blocks, sofern sie nicht anders eingeteilt sind'. Kameraden sagte die Stimme — unglaublich. Die SS hatte sich nie dieses Wortes bedient.“<sup>197</sup>

### 5.3.2 Weitere Rettungs- und Hilfsaktionen

#### Das Versteck der 46 politischen Häftlinge<sup>198</sup>

Die Ereignisse am 5. April, also einem Tag nach dem vereitelten Versuch, die jüdischen Häftlinge auf einen Todesmarsch zu schicken, können als letzter Versuch gelten, die illegale Widerstandsorganisation im Lager zu zerschlagen. Der harte Kern der Widerstandsorganisation im Lager wurde durch Befehl auf den Appellplatz zum Abtransport befohlen. Emil Carlebach berichtet:

„Nach Beratung des Internationalen Lagerkomitees wurde am 6. April 1945 einstimmig beschlossen, die 46 politischen Häftlinge Buchenwalds, die zum Zwecke ihrer Vernichtung ans Tor befohlen waren, nicht auszuliefern. Alle diese vom Tode bedrohten Kameraden wurden im Lager versteckt.

Niemand zweifelte daran, daß die SS ernsthafte Versuche zur Auffindung der genannten Häftlinge unternehmen würde. Das Aktiv der Widerstandskämpfer war überzeugt, daß das Internationale Lagerkomitee seine Entschließung durchführen und seine Kampfgruppen zur Verteidigung der Kameraden einsetzen würde, gegen die das blutige Beil Himmlers schon erhoben war.“<sup>199</sup>

Kindinger hierzu: „Am gleichen Tage erhielten wir die Mitteilung, dass 46 (deutsche und holländische Kameraden) am Tor antreten sollten. Die SS wollte sie ermorden. Alle Kameraden des Lagers waren sich darüber einig, dass wir keinen unserer Kameraden der SS ausliefern würden. Ich habe mich sofort bereit erklärt, neun von diesen 46 Kameraden auf meinem Block 56 zu verstecken. Diese neun Kameraden hielten sich bis zu unserer Befreiung auf dem Block versteckt auf.

Der Stubendienst setzte sich aus 13 Russen, 2 Franzosen und 1 Polen zusammen. Mein Stubendienst und ich haben in einer Besprechung beschlossen, jeden SS-Mann, der es versuchen wollte, einen von den versteckten Kameraden aus dem Block zu holen, zu erschlagen.

Stubendienst: Mostritsch Sergej  
 Abyschkin Nikolai  
 Legostajew Viktor  
 Gerashinow Igor  
 Kapustjanow Leonid  
 Kusnezow Leonid  
 Schewzow Pawel  
 Nischtschenko Alexej  
 Tereschtschuk Michael

<sup>197</sup> Kralovitz, Rolf: ZehnNullNeunzig in Buchenwald. Ein jüdischer Häftling erzählt. Köln 1996, S. 64f.

<sup>198</sup> Auf der ursprünglichen Liste standen 47 Namen. Von diesen 47 konnten 46 unter tauchen, nur der französische Industrielle Pierre Bloch erschien am 6. April als Einziger am Tor. Vgl. Dorfey, Beate: Zur Problematik des kommunistischen Widerstandes im Konzentrationslager Buchenwald. Der Fall des Trierer Kommunisten Hans Eiden. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 43/1995, H. 6, S. 528. Die Liste der 46 Antifaschisten ist ebenfalls abgedruckt in: Hackett, Buchenwald-Report, S. 366.

<sup>199</sup> Archiv Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora (Buchenwaldarchiv): 31-574, III. Bericht Emil Carlebach.

Nowak Michail  
 Bibikow Konstantin  
 Urasowski Alexander  
 Sarugin Sergej  
 Krepinierwitsch Romul  
 Suzor Peter  
 Bracuet Louis

*Blockältester 56: Kindinger Jakob*<sup>200</sup>

Die Liste der 46 Antifaschisten, die am 6. April 1945 von der SS liquidiert werden sollten, umfasst folgende Namen:<sup>201</sup>

Apitz	Bruno	D.
Behrens	Paul	D.
Berndt	Walter	D.
Borkowski	Karl	D.
Boulanger	Jakob	D.
Bräuer	Heinrich	D.
Busse	Ernst	D.
Carlebach	Emil	D.
Cohn	August	D.
Dietzsch	Arthur	D.
Drewnitzki	Viktor	D.
Eul	Theo	D.
Frenzel	Adolf	D.
Gadczinski	Arthur	P.
Gärtig	Carl	D.
Grosse	Otto	D.
Großkopf	Richard	D.
Gründel	Paul	D.
Hauptmann	Hein	D.
Heilmann	Paul	D.
Jellinek	Wilhelm	T.
Kipp	Otto	D.
Kogon	Eugen	Ö.
Kuntz	Albert	D. (am 23.1.45 im KZ Mittelbau-Dora ermordet)
Leitner	Franz	Ö.
Lewit	Akim	Ö.

<sup>200</sup> Archiv Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora (Buchenwaldarchiv) Sign. 31/147. Eine gekürzte Fassung mit leichten sprachlichen Abweichungen befindet sich in: Der Buchenwald-Report. Bericht über das Konzentrationslager bei Weimar. Herausgegeben von David A. Hackett. München (1995) 1996, S. 366f, Nr. 148: Vor der SS versteckt. Fälschlich wird dort ein Jakob Rudniger, Worms, als Verfasser angegeben. Nach Mitteilung des Stadtarchivs Worms vom 3. Februar 2004 konnte nach Prüfung der Meldekartei sowie der Adressbücher für die NS-Zeit der Familienname Rudniger für die Stadt Worms sowie die auch später eingemeindeten Vororte nicht festgestellt werden. Die Verwechslung beruht auf einem Lesefehler. Die oben zitierte Passage (mit Ausnahme der Namen) ist auch abgedruckt in: Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung. Dokumente und Berichte. Herausgegeben von der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald in Zusammenarbeit mit der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora beim Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR. (1959) 4., völlig neu bearbeitete Auflage Berlin/DDR 1983, S. 492.

<sup>201</sup> Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung. Dokumente und Berichte. Herausgegeben von der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald in Zusammenarbeit mit der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora beim Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR. (1959) 4., völlig neu bearbeitete Auflage Berlin/DDR 1983, S. 490f. Die Anweisung der Lagerleitung lautete: „Die Obengenannten stehen am 6.4.45 um 8 Uhr am Schild III.“ Die Liste konnte durch neue Forschungsergebnisse ergänzt werden, die Namen wurden alphabetisch geordnet.



Lingen	Derk van	H.
Löser	Kurt	D.
Mühlenstein	Nuchem	T.
Müller	Alfons	D.
Neumeister	Hans	D.
Pieck	Henri	H.
Przybolowski	Marian	P.
Robert	Jan	H.
Schalker	Jan	H.
Scherlinski	Alfred	D.
Schilling	Paul	D.
Schulz	Karl	D.
Seifert	Willi	D.
Siewert	Robert	D.
Sitte	Kurt	T.
Tresoor	Bernhard	H.
Weble	Willy	D.
Woitkowski	Paul	D.
Wolf	Ludwig	D.
Zenkl	Petr.	T.

Über einige dieser Häftlinge und ihre Rettung gibt es genauere Angaben:

*„Als Arztsschreiber im Revier hatte ich am 5. April 1945 abends die politischen Häftlinge Bruno Apitz und den Kapo der Maler, die beide auf der Liste standen und zum Antreten ans Tor bestellt waren, im Kleinen Revier versteckt. Bruno Apitz versteckte ich in einem Kanalschacht zwischen Block 53 und 54. Dieser senkrechte Schacht war 1 m mal 1 m und etwa 3 bis 4 m tief. Er war mit einem Schleusendeckel abgedeckt. Apitz erhielt eine Kiste als Sitzgelegenheit auf dem Grund des Schachtes, außerdem mehrere Decken zum Schutz gegen Kälte und Nässe. Er war 3 Tage und 3 Nächte in diesem Versteck und wurde von mir jeden Morgen und Abend mit Essen und Getränken versorgt. Über den Schleusendeckel hatte ich zum Schutz gegen Sicht und Witterung der Suchhunde einen großen Strohsack gelegt.*

*Den Maler-Kapo hatte ich in meiner Revierschreibstube im Block 54 zwischen Dach und Decke versteckt. Da die Baracke ein schräges Dach hatte, war zwischen Decke und Dachschräge ein etwa 1 m hoher Zwischenraum. Hier war für ihn ein Lager hergerichtet [...]"<sup>202</sup>*

#### Britische Offiziere

Der von Deutschen verfolgte Otto Kipp kam zu Kindinger, um vier Offiziere der englischen Luftwaffe vor dem Zugriff der SS in seinem Block 56 zu verstecken. Jakob Kindinger war sofort bereit, die vier englischen Offiziere aufzunehmen, obwohl er dadurch sein eigenes Leben riskierte. Er behielt die vier Offiziere einige Tage bei sich, bis die Gefahr vorüber war. Kindinger schildert dies wie folgt:

*„Am 2.4.45 abends um 9.30 Uhr kam der reichsdeutsche Verfolgte Otto Kipp<sup>203</sup> zu mir und fragte mich, ob ich bereit wäre, vier Offiziere der englischen Luftwaffe vor dem Zugriff der SS in meinem Block zu*

<sup>202</sup> Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung. Dokumente und Berichte. Herausgegeben von der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald in Zusammenarbeit mit der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora beim Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR. (1959) 4., völlig neu bearbeitete Auflage Berlin/DDR 1983, S. 491, Bericht von Alfred Ott vom 27. März 1957.

<sup>203</sup> Der aus Dresden stammende stellvertretende Revier-Kapo Otto Kipp, der Läufer der Schreibstube, wurde nach der Befreiung von den Amerikanern festgesetzt, weil er der Mittäterschaft an Nazimorden verdächtigt wurde. Seine Freilassung verdankte er hauptsächlich dem Engagement Eugen Kogons, Dr. Werner Hilperts und Ferdinand Römhilds, die allesamt keine Kommunisten waren. *„Daß Kipp sich an den Nazimorden beteiligte, darf also ausgeschlossen werden.“* (Peters, Ulrich: Wer die Hoffnung verliert, hat alles verloren. Kommunistischer Widerstand in Buchenwald. Köln 2003, S. 114). Am Abend des 5. April 1945 erhielt die Schreibstube eine Liste mit Namen von 46 Antifaschisten, die sich am kommenden Morgen am

*verstecken. Otto Kipp erklärte mir noch folgendes: es besteht die Gefahr, dass die vier englischen Kameraden jede Minute von der SS gerufen werden könnten, um sie zu erhängen. Ich war sofort bereit und erklärte, die vier englischen Kameraden zu verstecken. Ich ging mit Otto Kipp weg, um sie auf meinen Block zu bringen. Dort hielt ich sie einige Tage versteckt, bis die Gefahr vorbei war.“<sup>204</sup>*

Es ist zu vermuten, dass in der nachfolgenden rückblickenden Schilderung mit großem zeitlichen Abstand obiger Sachverhalt angesprochen und ergänzt wird.

Jakob Kindinger wurde am 5. Februar 1976 im Beisein von dem in Heppenheim lebenden ehemaligen Buchenwald-Häftling Edmund Schulz von Willy Mandel interviewt. Schulz erwähnte, dass sich unter den neun Geretteten zwei britische Fliegeroffiziere, ein Wiener und Emil Carlebach befanden. Die weiteren Namen sind unbekannt. Diese seien von Otto Roth auf Anordnung der politischen Lagerleitung Jakob Kindinger zugeführt worden mit dem Auftrag: „*Jakob, verbau die Leute!*“ Sie wären zum Teil schon längere Jahre im Lager gewesen, zum Teil erst Tage oder erst ein paar Stunden, wie die englischen Fliegeroffiziere; sie sollten gemeinsam erhängt werden. Insgesamt 56 Mann hätten hingerichtet werden sollen. Weil Emil Carlebach zu bekannt war, seien aus der Baracke am Fußboden Bretter herausgenommen worden und dieser hätte sich im Unterbau der Baracke verstecken müssen. Die Baracke sei auf Pfahlgründung gestanden, so dass unter der Baracke ein Hohlraum gewesen sei. Der Boden wurde wieder geschlossen und Jakob Kindingers Stubendienst sei beauftragt worden, SS-Leute zu töten, wenn diese auf der Suche nach den Versteckten die Baracke betreten würden. Die anderen, die untergebracht wurden, hätten andere Nummern von bereits Verstorbenen erhalten und sie hätten sich die Angaben über diese Toten aneignen müssen. Sie seien anschließend unter die anderen geschuggelt worden, mit Ausnahme des früheren Lagerältesten Ernst Busse, der oben zwischen Spind und Decke verbaut worden sei. Hier ergänzte der wegen eines Schlaganfalles beim Sprechen stark gehandicapte Jakob Kindinger: „*Bei mir oben!*“<sup>205</sup> Emil Carlebach merkt in einem „*Bericht über das KZ Buchenwald*“ aus dem Jahre 1954 an: „*Die letzten Tage bis zur Befreiung verbrachte ich, ebenso wie die übrigen 45, die auf der Liste standen, in einem mir angewiesenen Versteck (auf Block 63), beim Genossen Kindinger, z.Zt. Landesleitung Hessen.*“<sup>206</sup>

#### Kindingers Einsatz für weitere Mithäftlinge

Im Oktober 1939 weigerte sich Kindinger zwei Kameraden zu schlagen, woraufhin er selbst geschlagen und zusammengetreten wurde. Die zwei Häftlinge und Jakob Kindinger wurden strafweise in den Steinbruch geschickt und zum Abendappell ans Tor gerufen, wo alle drei auf den Bock geschnallt und dreißig Stockhiebe erhielten. Auf diese Begebenheit geht Ludwig Wolf<sup>207</sup> wie folgt ein: „*In seiner ersten Buchenwald-Zeit hatte der Genosse Jakob im Steinbruch eine Gruppe Mitgefangener zu beaufsichtigten. Eines Tages kam der SS-Scherge und schrie Jakob an, ob er denn nicht gesehen habe, daß da einer rauche?* Jakob tat unwissend, und der Scherge verlangte von Jakob, daß er den Mitgefangenen schlage. Jakob stand stramm: *‘Herr Sturmbannführer, das kann ich nicht. Ich kann doch den Mann nicht schlagen. Der ist doch viel älter als ich. Das könnte mein Vater sein’.*

*Der Scherge geriet außer sich vor Wut und schrie noch einmal: ‘Schlagen Sie den Mann! Das ist ein Befehl!’ Jakob weigerte sich noch einmal und bekam jetzt selbst 30 Schläge zudiktirt.“<sup>208</sup>*

---

Tor einfinden sollten, darunter Otto Kipp, Eugen Kogon, Emil Carlebach und Ludwig Wolf. Die vollständige Liste ist abgedruckt in: Buchenwald-Report, S. 366, Nr. 147: Liste der 46 Antifaschisten. Vgl. Hartewig, Karin: Wolf unter Wölfen? Die prekäre Macht der kommunistischen Kapos im Konzentrationslager Buchenwald. In: Die nationalsozialistischen Konzentrationslager – Entwicklung und Struktur. Hrsg.: Ulrich, Herbert/Orth, Karin/Dieckmann, Christoph. Band 2 (Göttingen 1998) Frankfurt/Main 2002, S. 939-958.

<sup>204</sup> Archiv Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora (Buchenwaldarchiv): Sign. 31/147: Block 56, Bericht von Jakob Kindinger.

<sup>205</sup> Materialien der Geschichtswerkstatt „Jakob Kindinger“.

<sup>206</sup> Niethammer, Lutz (Hrsg.): Der 'gesäuberte' Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente. Berlin 1994, S. 466-471.

<sup>207</sup> Ludwig Wolf (1906-1981) war von 1939-1945 Buchenwald-Häftling. Mitglied der KPD-Parteileitung Hessen. Nach 1945 übernahm er die VVN-Leitung Frankfurt/Main.

<sup>208</sup> Mandel, Willy, Viernheim: Porträt Jakob Kindinger. Durch manche Täler ging sein Schritt. Jakob Kindinger wird 75. (unveröffentlichtes Manuskript, Mai/Juni 1980). Ludwig Wolf: „Also, er hat quasi eine Strafe auf sich genommen für einen

Kindinger schreibt zu diesem Vorgang:

*„Ich möchte hier kurz ein Erlebnis aus dem KL. Buchenwald vom Jahre 1939 schildern. Ich war damals Kapo im Steinmetzkommando. Unser Kommandoführer Unterscharführer Emden<sup>209</sup> hatte in dem daneben liegenden Steinbruch schon mehrere Morde an unseren Kameraden begangen. Das Rauchen und Essen während der 10 bis 12 stündigen Arbeitszeit war bei harter Strafe verboten. Es war an einem nebligen Septembertag. Wir hatten eine Treppe für ein Führerhaus fertiggestellt. Ich bekam den Auftrag, mit einigen meiner Kameraden die Treppe zu setzen. Es war ungefähr mittags um 3 Uhr, als wir wieder nach der Werkstatt zurück kamen. Schon als wir in die Nähe der Werkstatt kamen, hörte ich den mehrfachen Mörder Unterscharführer Emden brüllen wie ein wildes Tier. Ich wusste noch nicht, was geschehen war. Auf einmal hörte ich ihn schreien: 'Wo ist der Kapo?' Einer von den Kameraden sagte, dass ich draussen auf dem Lagerplatz sei. Hierauf stürzte er sich wie ein wildes Tier auf mich und schrie: 'In der Werkstatt haben 2 Vögel geraucht!' Er gab mir den Befehl, meine Kameraden, nur weil sie während der Arbeit geraucht hatten, zu schlagen. Ich sagte zuerst gar nichts und blieb auf der Stelle stehen. Daraufhin brüllte der Mörder: 'Ich habe dir den Befehl gegeben, du sollst den Vögeln, die geraucht haben, die Schnauze vollschlagen!' Es war für mich unmöglich, meine Kameraden auf Befehl eines Mörders zu schlagen. Ich sagte kurz und fest Nein. Der Mörder sprang mir daraufhin an den Hals, liess mich aber gleich wieder los und schrieb meine Nummer und Namen auf. Er erklärte mir mit einem höhnischen Grinsen: 'Du Schwein, heute Abend bekommst du im Lager 25 Stockhiebe und zwar persönlich von mir.'*

*Ich wurde dann abends bei dem Appell zum Lagerführer gerufen, wo der Mörder mich dann anschuldigte, ich hätte seinen Befehl verweigert. Der Lagerführer erklärte dann kurz: 'Schlage dem Schwein den Arsch voll!' Ich musste daraufhin den Bock holen, wurde von dem Mörder mit Riemen darauf festgeschnallt und bekam mit einem Ochsenziemer 25 Hiebe.*

*Was man als erwachsener Mensch dabei empfindet, kann man niemandem schildern. Die beiden Kameraden, die geraucht haben – ein alter Mann namens Staubach Karl aus Frankfurt a/M., der andere war ein junger Mann aus Jena, dessen Name ich vergessen habe. Beide bekamen abends ebenfalls 25 Stockhiebe.*

*Ich möchte noch kurz erwähnen, dass dies nur ein Atom von dem ist, was die SS in Buchenwald an Verbrechen begangen hat.*

*Jakob Kindinger Block 56<sup>210</sup>*

---

*Kumpel, um ihn zu schützen, weil er älter war, ein alter Mann war, und hat sich damit auch bei den anderen Häftlingen, bei den Häftlingen anderer Fakultät ein unheimliches Vertrauen erworben, durch diese Geschichte."* Bereits im September 1939 war Kindinger selbst wegen Rauchens während der Arbeitszeit mit 25 Stockschlägen malträtiert worden, so dass ihm das Gesäß aufgesprungen war. Als Zeugen hierfür gibt er in seinem Schreiben vom 29. Oktober 1945 an das Hilfswerk für ehemaligen politische Gefangene, Darmstadt Edmund Schulz, Heppenheim; Peter Schmitt, Bickenbach und Wilhelm Hammann Groß-Gerau an. (HstA Wiesbaden Abt. 518 Nr. 3871: Entschädigungsakte Jakob Kindinger).

<sup>209</sup> Es handelt sich wohl um SS-Scharführer Heinrich Emde. Über ihn berichtet der aus Gelsenkirchen stammende Häftling Theodor Gadcinski: „Wir wurden zum Steinetragen in den Steinbruch beordert. Am Tag mußten bis zu 17 Fuhren bewältigt werden. Oberscharführer Emde ließ nicht nur auf dem Weg zum Steinbruch im Laufschrift jagen, er versuchte es bei voller Last bergauf in der gleichen Weise. Auf dem Weg zum Steinbruch zu den Türmen und zurück mußten wir durch eine Serie berücktigter SS-Leute Spalier laufen, darunter die Scharführer Jänisch, Kostial, Chemnitz, Kubitz, Waletzko, Henschel, Hüttig, Blank und Hinkelmann. Am zweiten Tag konnten 16 Mann wegen Erschöpfung nicht mehr stehen; am dritten Tag waren es schon 30; am vierten Tag wurde die Hälfte des verbliebenen Restes von Mithäftlingen auf Tragen ins Lager geschafft. 10 Tage währte dieses unvorstellbare Dasein, dann wurden wir dem Block 34 des großen Lagers zugeteilt. Ich kam zum Tragen von Stämmen. Wir wateten im tiefsten Schlamm. Vom Wald bis zum DAW-Gelände (Sägewerk) mußten die Stämme durch den Morast ausschließlich durch Menschenkraft geschleppt werden. das Tempo wurde durch Knüppelschläge von SS-Angehörigen forciert.“ (Der Buchenwald-Report. Bericht über das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar. Herausgegeben von David A. Hackett. (1995) München 1996, S. 189f., Nr. 33: Prügel gehören zum Tagesablauf).

<sup>210</sup> Archiv Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora (Buchenwaldarchiv): Sign. 31/735.

Am 5. Juli 1975, dem 70. Geburtstag von Jakob Kindinger, interviewte Willy Mandel in Kindingers Wohnung in der Bensheimer Sandstraße 39 die ehemaligen Buchenwaldhäftlinge Emil Carlebach, Ludwig Wolf und Edmund Schulz.



Maria Mandel,  
geb. 23. 2. 1905,  
gest. 14. 7. 1965,  
war Funktionärin der  
KPD Ortsgruppe Viern-  
heim und Leiterin der  
Roten Hilfe im Raum  
Mannheim-Viernheim  
ab 1933.

Willy Mandel,  
geb. 1. 6. 1907,  
gest. 30. 5. 1988,  
war Ortsgruppenleiter  
der KPD Viernheim  
und Mitglied der Roten  
Hilfe.

211

Der frühere Mithäftling Ludwig Wolf wird 1975 gefragt, ob er bei solchen Straffaktionen zugesehen habe. „Sehr oft. Die Sache hat sich also folgendermaßen abgewickelt: Wenn der Strafrapport abends verlesen wurde, mussten die zu bestrafenden Häftlinge ans Tor kommen. Zeitweise mussten sie den Bock über den Lagerplatz tragen, wenn er unten stand im Kinoraum, und dann wurde also der Häftling auf den Bock gelegt. Zuerst mit Kleidung, die Füße haben in einem Kasten gesteckt, wo er nicht raus konnte, also zugeriegelt, und an den Armen war er festgebunden, also in der Lage. Dann war noch eine Vorrichtung am Bock, dass der sich gehoben hat, dass das Gesäß oder Arsch richtig hoch kam, hochgedrückt wurde, und dann haben zwei Scharführer mit einer ziemlich brutalen Peitsche oder Ochsenziemer [...] die 25 abgeschlagen, je nachdem, wie die Strafe festgelegt war, wobei der Häftling zählen musste. Also in seiner Qual, in seiner Angst, in seinem Schrecken musste er jeden Schlag laut sagen, ja - eins, zwei. Hat er sich dabei verpasst, dann ging das weiter, ja, dann gab's so viele Schläge, bis er also die Zahl 25 gesagt hat. Dann musste der Häftling zum Lagerführer gehen und musste sagen: '25 Stockhiebe zu Recht erhalten!' Oder musste anschließend Kniebeugen machen, damit diese Schwellungen und Blutungen und Blutstauungen, damit die also nicht so sehr in Erscheinung getreten sind und dann hatte er seine 25 weg.“<sup>212</sup>

Kindinger ergänzt an anderer Stelle:

„Anschließend standen wir zwei Stunden im Sachsengruß bei strömendem Regen am Tor. Dabei wurde uns allen drei das Gesäß aufgeschlagen. Die Genossen, die auf uns warteten, brachten uns in den Krankenbau. Dort verblieben wir einige Zeit und wurden dann durch Vermittlung der Partei in andere Kommandos gebracht. Die beiden anderen Kameraden kamen in das Steinmetz-Kommando innerhalb des Lagers und ich wurde in die Bildhauerei vermittelt, damit wir diesen SS-Banditen im Steinmetz-Außenkommando nicht mehr in die Hände fielen. In der Bildhauerei verblieb ich bis zum Jahre 1943. Dann habe ich im Auftrag mit anderen Genossen zusammen den Lagerschutz aufbauen helfen.“<sup>213</sup>

<sup>211</sup> Perker, Brigitte: Viernheim zwischen Weimar und Bonn. Demokratie und Diktatur in einer Kleinstadt 1918-1949. Viernheim 1988, S. 80.

<sup>212</sup> Materialien der Geschichtswerkstatt „Jakob Kindinger“.

<sup>213</sup> Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv By/1, Nr. 662: Lebenslauf Jakob Kindinger. Kindingers Mitgliedskarte im „Partei-Aktiv des KZ Buchenwald“ trägt die Nummer 299. Darin wird ihm bestätigt,

Im Zusammenhang mit der Befreiung des Lagers kam die Rede auf Kurt Baum, der morgens um 6.00 Uhr zu Jakob Kindinger gekommen sei, der zu ihm gesagt habe: „*Bleib da!*“ Kurt Baum sei aber nicht da geblieben, sondern rauf ins Lager gelaufen bis Block 49. Dort sei es zu einer Begegnung mit einem SS-Mann gekommen. Baum habe versucht, dem SS-Mann mit dem Spaten auf den Kopf zu schlagen. Baum wurde erschossen.<sup>214</sup>

Ein weiterer Themenbereich galt den verschiedenen Berufen der Häftlinge. Schulz antwortete, dass die Berufe, die in Buchenwald ausgeübt worden seien, in der Mehrzahl aus künstlerischer Herstellung von Gebilden bestanden hätten. Jakob Kindinger habe Vasen hergestellt. Diese Gegenstände seien dann wieder von SS-Führern zu Geschenkartikeln für ihre Kumpane verwandt worden. Jakob habe lange Monate lang an den Buchstaben herumgemeißelt. Unter anderem habe er auch am Eingang des Lagers aus verschiedenen Blöcken aus Muschelkalk das Wort „*BUCHENWALD*“ ausgemeißelt. Jeder Block habe einen Buchstaben gehabt. Dieses Projekt sei jedoch schließlich nicht ausgeführt worden. Jakob Kindinger sei im Frühjahr 1944 in die Pferdestall-Baracke gekommen als Blockältester. Zuerst sei er im Block 51 gewesen, anschließend im Block 56<sup>215</sup>. Schulz wörtlich: „*In diesem sogenannten Künstlerkeller fanden sehr viele Sitzungen der Kommunistischen Partei aus Hessen statt. Und in diesem Künstlerkeller fand auch die konstituierende Sitzung der Partei statt nach der Befreiung von Buchenwald. Es gab dort eine Riesenauseinandersetzung mit dem ehemaligen Genossen Haas aus Worms, der dort versuchte, sich wieder als Mitglied der Kommunistischen Partei einzuschmuggeln. Sein Verhalten während der Nazizeit war nicht dazu angetan, ihn noch einmal als Genossen zu akzeptieren. Die Mitgliederversammlung, die dort stattgefundene Mitgliederversammlung lehnte es ab, ihn als Kommunisten anzuerkennen.*“

### **Unveröffentlichte Zeitzeugenberichte zweier Buchenwaldhäftlinge**

Das Archiv Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora hat uns Dokumente zugänglich gemacht, die auch Bezug nehmen auf Jakob Kindinger, vor allem aber das Umfeld des Steinmetzkommandos und die Ernährungssituation im „*Kleinen Lager*“ eindrucksvoll schildern. Wir halten diese bislang noch nicht publizierten Aussagen für wesentliche Ergänzungen der bisher wiedergegebenen Aspekte.

Fritz Freudenberg<sup>216</sup>

Fritz Freudenberg war im Jahre 1970 von der Gedenkstätte Buchenwald um einen Erinnerungsbericht über den 11. April 1945 gebeten worden. Nachfolgend werden seine wichtigsten Aussagen zusammengefasst:

Vielen Häftlingen brachten die langen Appelle den Tod. Hungernd und fiebernd, mangelhaft bekleidet standen sie auf diesem Platz, einmal 18 Stunden lang im eisig schneidenden Wind. Viele brachen zusammen oder lagen schon tot neben den angetretenen Kameraden ihres Blocks. Fast täglich mussten auch die Häftlinge mit ansehen, wie während des Appells Kameraden auf den Prügelbock geschnallt und geprügelt wurden. 25 oder 50 Schläge mit Knüppel oder dem Ochsenziemer auf das

---

dass er seit „*Oktober 1938*“ im Aktiv mitgearbeitet hat. Die Karte, die ihm nach der Befreiung ausgehändigt wurde, trägt die Unterschriften von Bartel und (Harry) Kuhn (1900-1973).

<sup>214</sup> Im „*Buchenwald-Report*“ wird auf diesen Vorfall ebenfalls Bezug genommen: „*Der ausgegebenen Losung gemäß, sich nicht wehrlos zu ergeben, griff unser Kamerad Kurt Baum aus Herne, ein seit 1935 eingekerkelter Antifaschist, den Scharführer, der ihn in seinem Versteck aufstöberte, mit dem Spaten an und fiel als erstes Opfer.*“ (S. 202f, Nr. 36: Geschichte der Juden in Buchenwald) „*Im Keller des Blocks 49 hatte sich der jüdische Innenarchitekt Kurt Baum versteckt. Als der SS-Mörder ihn mitnehmen wollte, setzte sich Baum zur Wehr und wurde von dem SS-Mörder niedergeschossen.*“ (S. 369, Nr. 149: 21000 Häftlinge befreit).

<sup>215</sup> Kindinger erwähnt selbst, dass er am 11.3.1944 zum Blockältesten in Block 53 ernannt worden sei. In diesem Block war er nur kurze Zeit. Vgl. Der Buchenwald-Report. Bericht über das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar. Herausgegeben von David A. Hackett. (1995) München 1996, S. 360f, Nr. 142. Niethammer vermerkt in einer Fußnote zu Jakob Kindinger: „*Blockältester im Block 54, später im Block 63.*“ (Niethammer, Lutz (Hrsg.): Der 'gesäuberte' Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente. Berlin 1994, S. 466-471, Fußnote 154).

<sup>216</sup> Fritz Freudenberg war im Jahre 1970 von der Gedenkstätte Buchenwald um einen Erinnerungsbericht über den 11. April 1945 gebeten worden. (Peters, Ulrich: Wer die Hoffnung verliert, hat alles verloren. Kommunistischer Widerstand in Buchenwald. Köln 2003, S. 417).

entblößte Gesäß waren die Strafen. Fritz Freudenberg versuchte bei Appellen, die in den kalten Jahreszeiten stattfanden, durch tiefes Luftholen, die Wärmezufuhr seines Körpers zu erhöhen. Er forderte auch Mithäftlinge auf, das Gleiche zu tun.

Sein erstes Arbeitskommando war der Straßenbau. Er war an der Fertigstellung der ganzen rechten Straßenseite der Zufahrtsstraße nach Buchenwald beteiligt. Die SS setzte täglich Arbeitsgruppen von 10-12 Häftlingen und ebenso vielen SS-Bewachern in Marsch. Die Häftlinge innerhalb des Kommandos kannten sich nicht untereinander. Sie kamen von verschiedenen Häftlingsblocks. Der Kapo gab Anweisungen, die von den Häftlingen ausgeführt wurden. Die Tatsache, dass die Häftlingsfunktionen in diesem Kommando vor allem von Kriminellen besetzt waren und die starke Bewachung durch die SS verhinderten hier jeglichen Versuch der illegalen Kontakte und der Sabotage. Die Häftlinge waren in diesem Kommando vor allem darauf bedacht, zu überleben. An der Arbeitsstelle wurde das Planum hergestellt und der Beton eingebaut. Die SS-Posten waren im Kreis um die Arbeitsstelle aufgestellt. Dabei hat Fritz Freudenberg mehrmals erlebt, dass Häftlinge, die ihre Notdurft verrichten wollten, einen SS-Bewacher ansprachen, aber beim Überschreiten der Fluchtlinie zwischen zwei Posten sofort abgeschossen wurden. Das nannte die SS: Auf der Flucht erschossen! *„Für solche auf der Flucht Erschossenen wurden dem Mörder neben anderen Sondervergünstigungen 3 Tage Urlaub gewährt.“*

Nach Fertigstellung der Betonstraße, Ende November/Anfang Dezember 1938, kam Fritz Freudenberg in das Arbeitskommando Steinbruch. Dort wurde er vorwiegend als Steinmetz eingesetzt, da er schon aus der Zeit der Arbeitslosigkeit der 20er Jahre in der Steinbearbeitung Erfahrungen gesammelt hatte, als er durch das Herstellen von Pflaster- und Bordsteinen seinen Lebensunterhalt verdiente. Im Kommando war die Kapofunktion in der Hand der politischen Häftlinge, demzufolge auch die Solidarität unter den Häftlingen ausgeprägter. Fritz Freudenberg arbeitete hier unter der Leitung der Kapos Jakob Knop und später Jakob Kindinger.

Im Steinbruch wurden Häftlinge planmäßig umgebracht, indem die SS-Kommandoführer solange auf einen bestimmten Häftling einprügelten, bis dieser freiwillig durch die Postkette ging und abgeschossen wurde. *„Solche Liquidierungen dürften vermutlich auf Anweisung der politischen Abteilung durchgeführt worden sein, da im Lager kein Verstoß gegen die Lagerordnung bekannt war.“* In dieser Zeit wurde der Genosse Theodor Neubauer<sup>217</sup> aus der Tischlerei des Deutschen Ausrüstungswerks (DAW) in den Steinbruch strafversetzt und vom Steinmetzkommando übernommen. Hier hatte er ein Dach über dem Kopf und an seinem Arbeitsplatz wurden fertig behauene Steine aufgestapelt, so dass seine Arbeitsproduktivität sichtbar wurde. Gleichzeitig wurden Hinweise über die Bearbeitung der Steine gegeben. Beim Auftreten gefährlicher Situationen, der sogenannten „dicken Luft“ wurden behauene Steine aufgeschultert und nach den Baustellen getragen, um aus dem Gefahrenbereich herauszukommen. Fritz Freudenberg ahnte zwar, dass Theodor Neubauer höhere illegale Funktionen innehatte, wusste aber nicht, dass er mit der führende Kopf der illegalen KPD des Lagers zu diesem Zeitpunkt war. Theodor Neubauer sprach auch während dieser Zeit im Steinbruch mit keinem Häftling über politische Fragen, um nichts zu verraten. Die Arbeit als Steinmetz brachte Fritz Freudenberg etwas bessere Arbeitsbedingungen als denjenigen Häftlingen, die im Freien die Steine brechen mussten und

---

<sup>217</sup> „[...] am 7. August (1937, d. Verf.) kam abermals ein Transport aus Lichtenburg auf dem Ettersberg an, woraufhin jenes in der Nähe Torgaus gelegene Lager geschlossen wurde. Von den diesmal insgesamt 627 Häftlingen waren ebenfalls die meisten Politische, darunter einige bedeutende KPD-Funktionäre, die bald das Zentrum der illegalen Parteiorganisation bildeten. Zu ihnen zählen die kommunistischen Reichstagsabgeordneten Ottomar Geschke, Ernst Grube, Dr. Theodor Neubauer und Walter Stoecker sowie Albert Kuntz, der Kandidat des ZK der KPD war.“ (Peters, Ulrich: Wer die Hoffnung verliert, hat alles verloren. Kommunistischer Widerstand in Buchenwald. Köln 2003, S. 38). Neubauer wurde 1890 in Thüringen geboren als Sohn eines Gutsinspektors, studierte Geschichte und neuere Sprachen an den Universitäten Brüssel, Jena und Berlin, 1913 Promotion in Geschichte, Kriegsfreiwilliger, 1919 USPD, 1920 KPD, 1923 Staatsrat in der von SPD und KPD gebildeten „Arbeiterregierung“ Thüringens, 1930 Mitglied des ZK der KPD, außenpolitischer Sprecher der KPD-Fraktion im Deutschen Reichstag, August 1933 Verhaftung, 1937 im KZ Buchenwald, wo er sich um die Durchführung von Parteischulungen kümmerte, 1939 entlassen, seit 1942 gemeinsam mit Magnus Poser Aufbau einer illegalen Bezirksleitung Thüringen der KPD, 1944 Verhaftung, am 8. Januar 1945 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 5. Februar 1945 im Zuchthaus Brandenburg-Görden hingerichtet. (Carlebach, Emil/Schmidt, Willy/Schneider, Ulrich: Buchenwald. Ein Konzentrationslager. Berichte-Bilder-Dokumente. Herausgegeben im Auftrag der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora. (2000) Bonn 2., verbesserte Auflage 2005, S. 17).

somit der Witterung schutzlos ausgesetzt waren. Da in den kälteren Jahreszeiten die Häftlingsuniformen fast überhaupt nicht getrocknet werden konnten, starben viele Häftlinge an Erkältungskrankheiten. Die unter solchem großen Leid der Häftlinge gebrochenen und bearbeiteten Steine wurden für die Straßen im KZ und für die Häuser der SS-Leute verwendet. Sie ließen sich durch die Häftlinge Steine für Torbögen und Fenster herstellen. Von diesen Steinmetzarbeiten ist heute noch eine erhalten, nämlich im Tunnel im Wirtschaftsgebäude, in dem die Asche aus der Heizung des Gebäudes abgefahren wurde. Bei diesen Arbeiten wurden von Fritz Freudenberg die Pässesteine für den Bogen angefertigt.<sup>218</sup>

Adolf Schwarz

„Vorbemerkung

*Im Alter von 77 Jahren eine – wenn auch nur kurzgefaßte- Autobiographie niederzuschreiben, ist ein gewagtes Unternehmen, zumal keine Aufzeichnungen vorhanden sind, sondern alles aus dem Gedächtnis reproduziert werden muß [...]*

*Unser Genosse Karl Reidel aus Langenselbold war Kapo im Block für 'Virus-Forschung'. Er feierte mal seinen Geburtstag und hatte dazu eine größere Anzahl von Genossen eingeladen, auch mich. Er ließ ca. 5-6 Dutzend Kaninchen schlachten, die als infiziert getarnt waren und in der Küche eine größere Menge Kartoffelsalat anrichten. Ein schöner Tag im Alltagsleben von Buchenwald. Gen. Edmund Schulz aus Heppenheim, der unser Magazin verwaltete, hatte eine zeitlang fast jeden 2. Tag ca. 30-40 belegte Brote mit Butter, Wurst oder Käse hergerichtet. Alles aus den SS-Vorräten organisiert und abends an Genossen verteilt. Jakob Kindinger aus Bensheim, Blockältester im Kleinen Lager, besuchte ich ab und zu. Er war bekannt als Hundeschlächter. (Auch Erich Reschkes Bella fiel ihm in die Hände).<sup>219</sup> Bei*

---

<sup>218</sup> Archiv Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora (Buchenwaldarchiv) Sign. 52.11.462.

<sup>219</sup> „Zweifelhafte Urteile fällten allerdings nicht nur Häftlinge, sondern, [...] neuerdings in verstärktem Maße auch Historiker. So schreibt etwa Lutz Niethammer über den Hamburger Kommunisten Erich Reschke, dieser sei bereits in frühen Jahren als Kapo eines Baukommandos ein 'Mann fürs Grobe' gewesen, habe Massenstrafen verhängt und Häftlinge stundenlang unbeweglich stehen lassen. Nachdem er 1943 zum Lagerältesten I aufgestiegen war, hätte er 'ein System von Privilegien für Funktionshäftlinge eingeführt', das neu geschaffene Bordell eingeweiht und 'von der SS einen Hund zum Selbstschutz vor möglichen Angriffen durch die Häftlinge geschenkt' bekommen, 'von dem er sich niemals trennte und den er gelegentlich auf Häftlinge hetzte.' [...] Den mehrmaligen Besuch des Lagerbordells z.B. gestand Reschke nach der Befreiung selbst. Wieder anderes mag sich aufgrund mangelnder Quellenlage nie restlos klären lassen, doch wenigstens die Behauptung, Reschke habe seinen Hund auf schutzlose Häftlinge gehetzt, erweist sich bei näherem Hinsehen als eine Mär. Herbert Morgenstern berichtete, daß der Hund von einem SS-Mann aus Lublin mitgebracht wurde, der 1944 im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen den ersten Lagerkommandanten Koch nach Buchenwald kam. Der Hund hieß Bella und war ein Neufundländer, also ein Spielhund. 'Schobert, der Lagerführer, hat nun überlegt: >Was mach ich jetzt mit dem Hund? Reschke!< So hat er dem Erich Reschke den Hund in die Hand gedrückt. Was sollte der Erich nun machen? Sollte er nein sagen? Da ging der eben eine Zeitlang mit der Bella spazieren. Bella machte wie ein Schaukelpferd immer so hau, hau. Was ich mit der angestellt habe, wenn ich über den Appellplatz kam. Ich hatte eine blaue Pelerine, und Erich Reschke, der machte sich einen Jux und sagte: 'Bella, faß!' Da biß die in den Zipfel von dem Mantel, und ich habe mich im Kreis gedreht. Es war wie in der Manege, die Bella machte immer >hau, hau, hau<. Das war ein Jux.' Morgenstern erinnerte sich ferner daran, daß Schobert einmal herumfaulenzende Häftlinge beobachtete und Reschke anbrüllte, er solle diese zur Arbeit antreiben. Der Hund bellte dann los, und die Häftlinge erschrecken und sprangen auf. Wie das auf sie gewirkt habe, wußte Morgenstern nicht einzuschätzen, die Vorwürfe Niethammers gegen Reschke fand er aber 'absurd'. Zweifellos kann der Besitz des Hundes durch Reschke als Privileg gelten, hätte er doch womöglich das Tier, zusammen mit anderen, auch schlachten, verarbeiten und sein Fleisch essen können, was keine Seltenheit war. Die Niethammer-Version läßt sich aber nicht halten.“ (Peters, Ulrich: Wer die Hoffnung verliert, hat alles verloren. Kommunistischer Widerstand in Buchenwald. Köln 2003, S. 51f.; Niethammer, Lutz (Hrsg.): Der 'gesäuberte' Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente. Berlin 1994, S. 109). 1943 wurde auf Anordnung Heinrich Himmler in Buchenwald ein Lagerbordell, offiziell „Sonderbau“ geheißen, eingerichtet. Aus verschiedensten Gründen politischer und moralischer Natur riefen politische Häftlinge zum Boykott des Bordells auf. Vgl.: Der „Sonderbau“. In: Carlebach, Emil/Schmidt, Willy/Schneider, Ulrich: Buchenwald. Ein Konzentrationslager. Berichtsbilder-Dokumente. Herausgegeben im Auftrag der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora. (2000) Bonn 2005, S. 88f. Walter Bartel gibt an, dass Erich Reschke durch einen Spitzel wegen seiner antifaschistischen Tätigkeit denunziert, am 30. Oktober 1944 von der Gestapo Weimar verhaftet und bei Ankunft der Amerikaner nach einem unbekannten Ort verschleppt worden sei. (Der Buchenwald-Report. Bericht über das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar. Herausgegeben von David A. Hackett. (1995) München 1996, S. 173, Nr. 20: Lagerälteste und Lagerführung. Erich Reschke (1902-1980) hatte nach der Befreiung hohe Funktionen in der DDR inne. 1950 wurde er auf Grund von Denunziationen vom NKWD zu



einem Besuch in seinem Block war er gerade bei der Briefzensur und las mir einen Brief vor, von einem Belgier oder Franzosen, der mal eine hohe Funktion in einem Ministerium gehabt haben sollte. In diesem Brief entwickelte er eine 'Theorie', wie man Häftlinge, besonders Ausländer, über die neutrale Schweiz austauschen könnte, mit allen Einzelheiten usw. Es war konfuse Geschreibsel, das nur auf Geisteskrankheit hindeutete. Jakob sagte zu mir: 'So ein Vollidiot, wenn ich das weiterleite, bestellen sie ihn ins Revier und geben ihm eine Spritze.' Er holte diesen Häftling herbei und sagte ihm alles, was dazu zu sagen war. Sagte ihm auch, 'wenn ich den Brief weiterleite, dann bist Du schnell ausgetauscht, aber gegen einen Toten, hier hast Du einen anderen Brief, diesen zerreiße ich.' Der Häftling wehrte sich und wollte den Brief weitergehen lassen. Jakob zerriß ihn, gab ihm einen anderen und sagte: 'Wenn Du wieder so einen Unsinn schreibst, bekommst Du keinen mehr.' Jakob neigte zur Theatralik."<sup>220</sup>

## 5.4 Das Lager Altenburg – ein Außenlager von Buchenwald

Der jüdische Häftling Jakob Ihr, geboren am 9. Oktober 1908 in Lemberg, welcher am 11. Februar 1945 dem Arbeitskommando Altenburg überstellt worden war, berichtet über das Außenkommando Hasag (Hugo Schneider AG<sup>221</sup>) in Altenburg:<sup>222</sup>

„[...] Im Januar 1945 kam ich nach Altenburg, einem Nebenlager des KZ Buchenwald. Von den insgesamt 2500 Insassen waren 800 jüdische Frauen und Mädchen, 1000 Polinnen, 500 weibliche Angehörige fast aller europäischen Nationen und 200 männliche Häftlinge, vorwiegend Juden, dort. In den großen Fabrikhallen, welche der Firma Hasag (Hugo Schneider AG) gehörten, waren 8-10000 sogenannte Zivilarbeiter beschäftigt. Das waren zwangsweise zur Arbeit rekrutierte Angehörige der von Deutschland okkupierten Länder. Erzeugt wurden am Fließband Patronenhülsen. Die Unterkünfte waren in jeder Beziehung unzureichend, die Verpflegung bestand aus 225 g Brot und 3/4 Liter Wassersuppe täglich.

Von den Arbeitsverhältnissen ist zu sagen, daß sie bei dieser kärglichen Verpflegung sehr schwer waren. Gearbeitet wurde in zwei Schichten zu je 12 Stunden, mit je einer halben Stunde Pause. Lagerführer war der berüchtigte SS-Oberscharführer Frötsch, welcher gemeinsam mit dem Unterscharführer Ludwig Alexander für die Verhältnisse in diesem Lager verantwortlich war. Zu erwähnen ist die Rolle, welche die drei SS-Oberaufseherinnen Rupert, Thiemel und besonders die Aufseherin Bassala, eine Rheinländerin, die auf Lagerführer Frötsch einen besonders unheilvollen und für die Häftlinge schädlichen Einfluß ausübte, spielten.

Als Leiterin des Sanitätsdienstes hat sie jede nur mögliche Gelegenheit ergriffen, um den Häftlingen Schaden zuzufügen. Vom Lagerführer Frötsch möchte ich besonders hervorheben, daß er durch seine Bestialität, seine Erpressungen und Vergewaltigungen der weiblichen Häftlinge ein Schrecken des Lagers war. In der Geschichte des Lagers Altenburg muß die Rolle des SS-Wirtschaftsführers Scharführer Erich Klaus besonders hervorgehoben werden. Von den geringen Lebensmittelmengen, welche von der SS dem Lager bewilligt wurden, unterschlug er einen

---

lebenslänglicher Haft nach Sibirien verbracht, 1955 Rückkehr, 1956 Rehabilitierung, Major der Volkspolizei der DDR. (Carlebach/Schmidt/Schneider, Buchenwald. Ein Konzentrationslager, a.a.O., S. 103.).

<sup>220</sup> Gedenkstätte Buchenwald, Archiv: 52.11.125.

<sup>221</sup> Die HASAG war eine führende deutsche Rüstungsfirma, die Gefangene aus Konzentrationslagern einsetzte. Sie wurde 1863 in Leipzig gegründet. Ab 1933 lieferte das Unternehmen Munition für die Wehrmacht. 1939 stieg die HASAG offiziell zum Rüstungsbetrieb auf. Während des Krieges betrieb die HASAG-Werke in Deutschland und in Polen. Allgemein verfolgte man die Politik der „Vernichtung durch Arbeit“. Altenburg (Thüringen) war ein Außenkommando des KZ Buchenwald. Es bestand nur vom 1.9.1944 bis zum 12.4.1945. Am 31.1.1945 betrug der Bestand 396 männliche Juden, 2616 weibliche jüdische und nichtjüdische Häftlinge, die in erster Linie Panzerfäuste herstellten. Ursprünglich war Altenburg ein Außenkommando des KZ Ravensbrück.

<sup>222</sup> Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung. Dokumente und Berichte. Herausgegeben von der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald in Zusammenarbeit mit der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora beim Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR. (1959) 4., völlig neu bearbeitete Auflage Berlin/DDR 1983, S. 710: Außenkommandos des KZ Buchenwald.

*beträchtlichen Teil, verkaufte ihn und verpraßte den Erlös in Gesellschaft mit den anderen. Eine ganze Reihe von Vergewaltigungen, Diebstählen, Erpressungen und sonstigen Brutalitäten fallen ihm zur Last.*

*Ich möchte bei dieser Gelegenheit die SS-Oberaufseherin charakterisieren. Frau Rupert kam aus dem berüchtigten Lager Auschwitz, wo sie Gelegenheit hatte, mit sämtlichen Methoden der SS vertraut zu werden. Das, was sie in Auschwitz gelernt hatte, verwirklichte sie praktisch in Altenburg. Bei den geringsten Vergehen ließ sie den Frauen das Haar abschneiden. In ihrer Handlungsweise übertraf sie die meisten SS-Angehörigen. Die SS-Oberaufseherin Bassala hat als Leiterin des Gesundheitsdienstes, wie schon erwähnt, die Häftlinge aufs nachhaltigste geschädigt. Durch Verweigerung von Medikamenten und Monatsbinden wurden die Frauen von ihr psychologisch und physisch in Situationen gebracht, die schwer zu schildern sind.*

*Ich möchte jetzt noch einiges über die deutschen Zivilmeister sagen. In der Halle I war der Schichtmeister Ebert der Schrecken der Häftlinge. Durch rücksichtsloses Antreiben und durch Schlagen wollte er die Arbeitsleistung steigern. In seiner Haltung den Häftlingen gegenüber war er von der gleichen Brutalität wie die SS. Besonders schlecht haben sich auch die Meister der Hallen W, F und V benommen ... Gegen Mitte April, als der Vormarsch der amerikanischen Armeen Sondermaßnahmen erzwang, wurde die Evakuierung des Lagers Altenburg verfügt. Die Frauen, schlecht gekleidet, mit Holzpantinen statt Schuhen, mußten den Marsch zu Fuß antreten. Als Endziel war das Erzgebirge vorgesehen. Ich selbst erhielt den Auftrag, das Umzugsgut der SS - eine große Menge Koffer, Pakete und gestohlener, den Häftlingen vorenthaltener Lebensmittel - auf bereitgestellte LKW zu schaffen. Ich mußte mit den Autos vorfahren, während die anderen den weiten Weg gehen mußten [...]"<sup>223</sup>*

Seine Zeit in Buchenwald fasst Jakob Kindinger rückblickend in folgender Darstellung zusammen:

*„Am 11. April wurden mir all die schrecklichen Ereignisse während zehnjähriger Haft im Faschismus wieder sichtbar; bei einer Feierstunde im KZ- Buchenwald zum 30. Jahrestag der Befreiung durch die Amerikaner. Ich dachte an die letzten Tage zurück, als neun Männer, aus einem anderen Block noch aufgehängt werden sollten. Wir verstecken sie in unserem Block mit 1100 Leuten unter dem Fußboden und gingen aufs Ganze: entweder alle oder keiner. Zu diesem Zeitpunkt hatten wir über unseren Sender schon Funkverbindung zu den Amerikanern, deren Flugzeuge ständig im Tiefflug über dem Lager kreisten. Wir wussten, dass wir in wenigen Tagen frei sein würden, konnten es aber trotzdem nicht so recht begreifen, nach zehn Jahren Schindereien in Konzentrationslagern. Ich war damals Blockältester und organisierte den Widerstand mit, der sich am 11. April 1945 entlud. Mit heimlich eingeschmuggelten Waffen ausgerüstet nahmen wir die letzten SS-Leute fest, die noch nicht aus dem Lager geflüchtet waren. Dann übergaben wir sie den Amerikanern. Unsere Befreier mußten uns erst einmal 'hochpäppeln', ehe wir registriert als freie Leute am 16. Mai 1945 heimgeschickt wurden. Briefe aus Holland, Dänemark, Norwegen, Frankreich, Polen, Russland und Deutschland beweisen heute noch wie eingeschworen die Häftlinge in Buchenwald aufeinander waren.“<sup>224</sup>*

## **Exkurs 2 : Bruno Apitz' Roman „Nackt unter Wölfen“**

In Bensheim hält sich das Gerücht, Jakob Kindinger sei in Apitz' Roman „Nackt unter Wölfen“ ein literarisches Denkmal gesetzt worden. Für die literarische Figur „Marian Kropinski“ habe Kindinger Pate gestanden. Der Autor, selbst ehemaliger Buchenwaldhäftling, erzählte 1971 in einem Interview, dass er bereits im Lager sich mit dem Gedanken befasst habe, die Geschichte von der Rettung eines kleinen

---

<sup>223</sup> Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung. Dokumente und Berichte. Herausgegeben von der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald in Zusammenarbeit mit der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora beim Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR. (1959) 4., völlig neu bearbeitete Auflage Berlin/DDR 1983, S. 292f.

<sup>224</sup> Stellungnahme Jakob Kindingers in: Die BA-Umfrage: Der 8. Mai sollte uns in Erinnerung bleiben. Wie denkt man heute darüber? In Bergsträßer Anzeiger vom 10. Mai 1975

Polenkindes zu schreiben. Doch bis 1955 sei er aber dazu nicht gekommen. 1960 soll er geäußert haben: *„Seht meine Freunde, ich wollte die Überlegenheit unserer sozialistischen Moral über die faschistische Verbrecher-Ideologie zeigen. Ich wollte allen sagen: Diese Menschen [...] in ihrer tiefsten Erniedrigung sind sie die großen Helden gewesen. Helden deshalb, weil sie in Not und Tod, in Dreck und Schlamm ihrer Sache treu geblieben sind, der Sache der Arbeiterklasse!“*<sup>225</sup>

Der Roman erschien erstmals im Jahre 1958 in der DDR. Erst im Jahre 1977 erschien *„Nackt unter Wölfen“* in der Bundesrepublik. Bill Neven geht auf die Entstehungsgeschichte ein. So habe etwa das *„Ministerium für Staatssicherheit“* gerügt *„um aber die Rolle der Partei für die vielen Leser richtig herauszustellen, wäre es günstig gewesen, auch von anderen Kommandos – Innen- und Außenkommandos – ähnliche Episoden des Widerstandskampfes darzustellen.“*<sup>226</sup>

Unsere Nachforschungen ergaben, dass das eingangs erwähnte Gerücht nicht den Tatsachen entspricht. Apitz (1900-1979) hat allerdings einigen Figuren in seinem Roman die authentischen Namen von antifaschistischen Widerstandskämpfern gegeben. Außerdem hat der Autor Namen von Gefangenen verwendet, die entweder gar nicht oder zum Zeitpunkt des Romangeschehens nicht mehr im Lager waren oder er ließ einzelne Figuren mit authentischen Namen in Funktionen auftreten, die sie in Wirklichkeit nicht innehatten. Das betrifft beispielsweise Walter Bochow und Walter Krämer. Bochow figuriert in Apitz' Roman als Leiter des ILK und Krämer als Lagerältester. Tatsächlich hatte Walter Bartel die Funktion des Leiters des ILK inne. Bochow und Krämer waren zwar aktive und namhafte Widerstandskämpfer, jedoch war Bochow nie im KZ Buchenwald inhaftiert, sondern 1933/34 im KZ Sachsenhausen. Im Jahre 1942 wurde er im Zuchthaus Berlin-Plötzensee hingerichtet. Krämer war seit 1933 inhaftiert, zuletzt im KZ Buchenwald, wo er bereits 1941 ermordet wurde. Krämer war in Buchenwald auch nicht wie im Roman Lagerältester, sondern Kapo des Häftlingskrankenhauses.

Dass sich hinter der Figur *„Marian Kropinski“* nicht Jakob Kindinger verbergen kann, geht aus einem Schreiben des Polen Josef Kropinski vom 1. Februar 1959 an Bruno Apitz hervor. *„Der ehemalige KZ-Häftling, den Apitz als Vorlage für seine gleichnamige Romanfigur verwandt hatte und der in Buchenwald wesentlich an der Rettung des Kindes beteiligt war, beklagt, daß die jüngste Vergangenheit von vielen Menschen verdrängt und vergessen werde und daß es kaum Literatur über den internationalen Aspekt des Kampfes in den Konzentrationslagern gäbe.“*<sup>227</sup>

---

<sup>225</sup> Efkes, Antje: Tatsachenbericht oder Lehrbuch des Kommunismus? Zu Bruno Apitz' *Nackt unter Wölfen*. In: Conter, Claude: *Literatur und Holocaust*. (= Fußnoten zur Literatur 38). Bamberg 1996, S. 48.

<sup>226</sup> Neven, Bill: „Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, ich tu's der Werbung nur zuliebe.“ The Genesis of Bruno Apitz's *Nackt unter Wölfen*. In: *German studies review* 28, 2005, H. 2, S. 272.

<sup>227</sup> Hähnel, Ingrid/Lemke, Elisabeth: Millionen lesen einen Roman. Bruno Apitz' *„Nackt unter Wölfen“*. In: Münz-Koenen, Ingeborg (Hrsg.): *Werke und Wirkungen. DDR-Literatur in der Diskussion*. Leipzig 1987, S. 25. Gemeint ist Stefan Jerzy Zweig. Das Literaturarchiv der Akademie der Künste, Berlin, teilte am 20. Dezember 2005 mit, dass sich im Nachlass von Bruno Apitz *„keinerlei Hinweise auf Jakob Kindinger“* fanden, allerdings ein Brief von Josef Kropinski (Wroclaw, ehemals Breslau). *„Der Schluss liegt nahe, dass dieser Kropinski das Vorbild für den Marian Kropinski im Roman war.“*

Stefan Jerzy Zweig wurde am 18. Januar 1941 in Krakau geboren. Am 5. August 1944 kam er gemeinsam mit seinen Eltern Dr. Zacharias Zweig (1903-1972) und Helena Zweig und seiner Schwester Sylwia (1932) in das Konzentrationslager Buchenwald. Stefan Jerzy erhielt die Häftlingsnummer 67509. Stefans Mutter und Schwester wurden im Konzentrationslager Auschwitz ermordet.

Die Buchenwald-Häftlinge Robert Siewert, Walter Kielhauer und insbesondere der nach dem Zweiten Weltkrieg bekannt gewordene Gewerkschaftssekretär Willi Bleicher (1907-1981) versteckten den kleinen Jungen, den sie *„Juschu“* nannten, in der Typhusstation der Krankenstation. Der Häftling Jiry Jack strich den Jungen und seinen Vater mehrmals von den Transportlisten nach Auschwitz. An Stelle von Stefan Jerzy Zweig wurde der sechzehnjährige Sinto-Junge Willy Blum auf die Deportationsliste gesetzt. Nach der Befreiung gingen Zacharias Zweig und Stefan Jerzy Zweig wieder nach Krakau zurück, dann nach Frankreich und im Jahre 1949 nach Israel. Stefan Jerzy schloss im Jahre 1959 seine gymnasiale Schulzeit ab und absolvierte den Militärdienst. Er folgte 1964 einem Ruf in die DDR, wo er an der Filmhochschule Babelsberg studierte. Ein Jahr zuvor hatten DDR-Journalisten Stefan Jerzy Zweig und seinen Vater ausfindig gemacht – Die Entdeckung des *„Buchenwald-Kindes“* aus Bruno Apitz' Roman *„Nackt unter Wölfen“*! Im Jahre 1972 übersiedelte Stefan Jerzy gemeinsam mit seiner Frau und seinem Sohn nach Wien, wo er den Beruf eines Kameramannes beim Österreichischen Rundfunk ausübte. Am 11. April 2005 hatte er in Tel Aviv sein Buch *„Tränen allein genügen nicht“* vorgestellt, das er im Eigenverlag publiziert hatte.

Apitz' Roman war nicht der erste deutsche Buchenwaldroman. Ernst Wiecherts Roman „Der Totenwald“ aus dem Jahre 1945 und Erich Maria Remarques „Der Funke Leben“ aus dem Jahre 1952 spielen ebenfalls im KZ Buchenwald, auch wenn das nicht ausdrücklich in den Texten gesagt wird. Allerdings handelt es sich bei Apitz' Roman um das erste belletristische Werk, das den Widerstand innerhalb eines nationalsozialistischen Konzentrationslagers zum Thema hatte. Apitz' Roman zeichnet sich aus durch die Darstellung des Lageralltages. Die ereignisreichen Wochen bis zur Befreiung des Lagers werden ohne vordergründige Akzentuierung von Grausamkeit und Brutalität der SS-Schergen bzw. des Leidens der Häftlinge gezeichnet. Trotzdem sind die permanente Gefahr, in der sich die Häftlinge befinden und der kräftezehrende Kampf um die nackte Existenz ständig präsent. *„Außer den Episoden, in denen die Folterung von Höfel und Kropinski durch Mandrill und die von Pippig durch die Gestapo in Weimar geschildert werden, gibt es keine, die direkt und ausschließlich die brutalen Aktionen der SS zum Gegenstand haben. Ohne die Unmenschlichkeit des Lebens im KZ zu verschweigen, setzte Apitz andere Akzente. Nicht die Qualen, Erniedrigungen und Niederlagen der Häftlinge stehen im Mittelpunkt, sondern ihr wachsender Wille und die heranreifende Möglichkeit, der faschistischen Barbarei Widerstand entgegenzusetzen. Das unterscheidet Apitz' Roman etwa von Remarques 'Ein Funke Leben' oder Wiecherts 'Der Totenwald'. Für einen weitgehenden Verzicht auf die Darstellung von Terror und Grausamkeit entschied sich Apitz übrigens erst im Verlauf seiner Arbeit am Roman.“*<sup>228</sup>

Der Mitteldeutsche Verlag Halle, Leipzig hatte Apitz den Titel „Nackt unter Wölfen“ vorgeschlagen. Apitz' ursprünglicher Arbeitstitel lautete: „Du bist ein Mensch, beweise es“.<sup>229</sup>

## 6. Kindingers berufliche und persönliche Entwicklung nach der Befreiung aus dem KZ Buchenwald.

Jakob Kindinger hat sich stets als „politischer“ Mensch verstanden und verhalten. Insofern wird es seiner Person nicht gerecht, wenn man z.B. „berufliches“, „kommunalpolitisches“ und „gewerkschaftliches“ Wirken unterscheidet und nacheinander bespricht. Dies geschieht im Folgenden nur aus Gründen der angestrebten besseren Übersicht.

### 6.1 Beruflicher Werdegang und Konsequenzen des KPD-Verbots

Entfernung von Kommunisten aus dem öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland

Bereits die Besatzungsmächte gingen gegen die politische Betätigung von Kommunisten vor. Am bekanntesten war ein Prozess Ende Januar 1949 gegen Max Reimann, der auf einer Massenveranstaltung in Düsseldorf Mitglieder des Parlamentarischen Rates als Quislinge bezeichnet hatte. Das Besatzungsgericht verurteilte ihn deswegen zu drei Monaten Gefängnis wegen Diskreditierung der Militärregierung.

Die Entfernung von Kommunisten aus dem öffentlichen Dienst war die erste administrative Maßnahme, die allein von deutschen Stellen ergriffen wurde. Am 19. September 1950 fasste die Bundesregierung einen Beschluss über die „Politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Grundordnung“, in der es hieß: „[...] Wer als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im Bundesdienst an Organisationen oder Bestrebungen gegen die freiheitlich demokratische

---

Im Jahre 2003 veröffentlichte Hans Joachim Schädlich den politischen Roman „Anders“. In einem Erzählstrang wird das Schicksal von Stefan Jerzy Zweig in Buchenwald behandelt, parallel geschaltet mit dem des SS-Hauptsturmführers Hans Ernst Schneider, der als Germanist Hans Schwerte in der Bundesrepublik Universitätskarriere machte. „Schädlich bemühte sich redlich, die antifaschistische 'Legende' vom 'Buchenwald-Kind' zu entlarven, indem er Apitz' romanhafte Darstellung durch die realistische von Zacharias Zweig und die Ergebnisse historischer Forschung zu korrigieren trachtete.“ (Weinzierl, Ulrich: Das Kind von Buchenwald. Am 11. April 1945 wurde das KZ bei Weimar befreit. Die Geschichte des Überlebens von Stefan Jerzy Zweig. In: Die Welt vom 9. April 2005).

<sup>228</sup> Ebd., S. 44f.

<sup>229</sup> Ebd., S. 34.

*Staatsordnung teilnimmt, sich für sie betätigt oder sie sonst unterstützt, wer insbesondere im Auftrag oder im Sinne der auf Gewalthandlungen abzielenden Beschlüsse des 3. Parteitages der kommunistischen SED und des sogenannten 'National-Kongresses' wirkt, macht sich einer schweren Pflichtverletzung schuldig.*

*Zu den Organisationen, deren Unterstützung mit den Dienstpflichten unvereinbar sind, gehören insbesondere:*

1. *die Kommunistische Partei Deutschlands mit allen ihren Unterorganisationen,*
2. *die sozialdemokratische Aktion,*
3. *die Freie Deutsche Jugend (FDJ),*
4. *die Vereinigung der Sowjetfreunde,*
5. *die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion,*
6. *der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands,*
7. *der gesamtdeutsche Arbeitskreis für Land- und Forstwirtschaft,*
8. *das Komitee der Kämpfer für den Frieden,*
9. *das Komitee der Jungen Friedenskämpfer,*
10. *die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN),*
11. *die Sozialistische Reichspartei,*
12. *die sogenannte 'Schwarze Front' (Otto-Strasser-Bewegung),*
13. *die 'Nationale Front' (Dachorganisation).*

*Die Bundesregierung ersucht die Dienstvorgesetzten, gegen Beamte, Angestellte und Arbeiter, die ihre Treuepflicht gegenüber der Bundesrepublik durch Teilnahme an solchen Organisationen oder Bestrebungen verletzen, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. [...] Die Bundesregierung empfiehlt den Landesregierungen, sofort entsprechende Maßnahmen zu treffen.*<sup>230</sup>

Außer Württemberg-Hohenzollern erließen alle Landesregierungen daraufhin ähnliche Bestimmungen. In der Frage der rechtlichen Wirkung des Erlasses vom 19. September 1950 war die Rechtsprechung gespalten. Die Arbeitsgerichte waren überwiegend der Meinung, dass die bloße Mitgliedschaft in einer kommunistischen Organisation die Entlassung aus dem öffentlichen Dienst nicht rechtfertige. Dem stehe das Parteienprivileg und die Tatsache entgegen, dass es sich bei dem Erlass der Bundesregierung um keine Rechtsnorm handele.

Die Verwaltungsgerichte hielten überwiegend die Entlassung eines Beamten allein wegen seiner Mitgliedschaft in einer kommunistischen Organisation bei Widerrufsbeamten jedenfalls für zulässig.

Aus einem abschließenden Arbeitszeugnis des Bürgermeisters der Stadt Bensheim geht hervor, dass Kindinger vom 23. Mai 1945 bis einschließlich 9. Mai 1952 als Angestellter der Stadt gearbeitet hat.<sup>231</sup> Bemerkenswert ist, dass Kindinger bereits eine Woche nach seiner Rückkehr und noch gesundheitlich geschädigt von zehneinhalbjähriger Haft, Arbeit bei der Stadt aufnahm, und zwar zunächst als Straßenmeister. Der damalige Bürgermeister Treffert beschreibt seine Tätigkeiten und Aufgaben wie folgt: „*Er war hier als Kolonnenführer für ca. 30 bis 35 städtische Arbeiter eingesetzt und hatte für diese Arbeiter die Arbeitseinteilung vorzunehmen und zu überwachen. Insbesondere hatte er die Aufgabe als Straßenmeister, mit den ihm zugeteilten städtischen Arbeitern nach Anweisung des Stadtbauamtes folgende Arbeiten auszuführen: Straßenausbesserungen, Kanal- und Sinkkastenreinigung, Gewinnung von Stocksteinen im Steinbruchbetrieb, Arbeiten im Kiesbruch, Erdarbeiten für Kanal- und*

---

<sup>230</sup> Zit. n. Brünneck, Alexander von: Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968. Frankfurt/Main 1978, S. 54f.

<sup>231</sup> Der Zeitraum der vorüber gehenden Entlassung wurde im Nachhinein finanziell abgegolten und als Zeitraum durchgehender Beschäftigung gewertet.

Wasserleitungsbau, Material- und Schutttransport an die städtischen Baustellen und kurze Zeit auch die Müllabfuhr.“<sup>232</sup>

Für seine Einstellung hatte sich u.a. der Sozialdemokrat Franz-Josef Ross, selbst ein Verfolgter des Naziregimes, eingesetzt: „Denn ein Mann, der so lange im K.Z.-Lager eingestellt war, für die Freiheit des deutschen Volkes, verdient es auch, dass ihm die Gesellschaft eine Wiedergutmachung bietet.“<sup>233</sup>

Am 1. November 1950 musste Kindinger aufgrund des Adenauer-Erlasses<sup>234</sup> seine offizielle Tätigkeit in Diensten der Stadt Bensheim niederlegen. Wegen seiner Aktivitäten in der KPD enthub man ihn zeitweise von seinem Posten als Straßenmeister von Bensheim. Im Protokoll über die Sitzung der Verwaltungskonferenz vom 8. November 1950 „Betr. Entlassung von Bediensteten wegen politischer Betätigung gegen die demokratische Grundordnung“ ist vermerkt:

„Der Vorsitzende (Bürgermeister Treffert, d. Verf.) teilt mit, dass er auf Grund der nunmehr im Staatsanzeiger erschienenen Richtlinien die Angestellten Kindinger und Menges entlassen habe. [...] Es sei zu erwarten, dass die Betroffenen beim Arbeitsgericht die Widerrufsklage einreichen werden. Er habe das Ministerium des Innern schriftlich gebeten, eventuell die Vertretung vor dem Arbeitsgericht zu übernehmen oder Richtlinien mitzuteilen, für die Beantwortung der Klageschrift. [...] Er gibt weiter davon Kenntnis, dass die KPD-Fraktion einen Dringlichkeitsantrag eingereicht habe, der die Aufhebung der Entlassungsverfügung fordere.“<sup>235</sup>

Bürgermeister Treffert führte in einem Schreiben vom 11. Januar 1951 an das Arbeitsgericht Darmstadt u.a. aus: „Gerade in der letzten Zeit sind starke Bestrebungen festzustellen, die demokratische Grundordnung zu untergraben. Mit legalen und illegalen Mitteln wird versucht, das kommunistische System nach sowjetrussischem Muster in Westdeutschland zu errichten. Tagtäglich werden wir über die KPD mit Werbematerial aus dem Osten überschüttet, das alles das gleiche oben angedeutete Ziel verfolgt. Durch das Parteistatut und zahlreiche offizielle Erklärungen von SED-Funktionären ist erwiesen, dass diese Bestrebungen von der SED der Ostzone veranlasst und überstutzt werden. Sie bedient sich dabei der KPD Westdeutschlands und ihrer Tarnorganisationen. Es ist erwiesen, daß die KPD dem Politbüro der SED untersteht und damit an die programmatischen und taktischen Anweisungen der sowjetrussischen Machthaber in Moskau gebunden ist. Auf dem 3. Parteitag der SED am 21. Juli 1950 wurde von Otto Grotewohl<sup>236</sup> der offene Widerstand gegen die Bundesrepublik proklamiert. Wilhelm Pieck<sup>237</sup> hat am 26. August 1950 vor dem sog. 'Ersten Deutschen Nationalkongreß' Aufgaben und Ziele dieser Widerstandsbewegung gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik im einzelnen festgelegt und verkündet. Es ist nicht mehr daran zu zweifeln, dass die von der KPD Westdeutschlands unmittelbar und der SED aus der Ostzone mittelbar organisierte Widerstandsbewegung das Ziel hat, die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik durch revolutionäre, illegale Mittel zu stürzen. Durch lärmende 'Friedenspropaganda' und verlogene irreführende Demagogie wird die Bevölkerung Westdeutschlands gegen die Teilnahme der Bundesrepublik an der Verteidigung Westeuropas aufgehetzt. Die Folgen zeigen sich überall. Die KPD sprengt Versammlungen und verunglimpft den Herrn Bundespräsidenten Heuß und Bundeskanzler Dr. Adenauer und schreit diese nieder. Die Kommunisten feiern Stalins 71. Geburtstag u.a. mehr.

Wer sich demokratisch tarnt, um die Demokratie zu vernichten, wer die Freiheit mißbraucht, um sie zu stürzen, wer sich als Freund des Friedens gebärdet, um Vertrauen und Friedensliebe der Anderen zu hintergehen, der verliert Anspruch, die Vorrechte demokratischer Freiheit zu genießen. Von den

<sup>232</sup> Archiv der Stadt Bensheim, Personalakte Jakob Kindinger, Straßenbaumeister, geb. 1905.

<sup>233</sup> Ebd.: Schreiben von Franz-Josef Ross an den Bürgermeister der Stadt Bensheim vom 24. Juli 1945.

<sup>234</sup> umgangssprachliche Bezeichnung für den oben erläuterten Beschluss der Regierung Adenauer über die „Politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Grundordnung“ vom 19. September 1950.

<sup>235</sup> Archiv der Stadt Bensheim, Magistratsberichte.

<sup>236</sup> Otto Grotewohl (1894-1964), 1949 Ministerpräsident und Vorsitzender des Ministerrates der DDR, 1960 dazu Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates.

<sup>237</sup> Wilhelm Pieck (1876-1969), 1945 Vorsitzender der KPD in der Sowjetischen Besatzungszone, seit 1946 gemeinsam mit Otto Grotewohl Vorsitzender der SED. Am 11. Oktober 1949 wurde Pieck Präsident der DDR.

Bediensteten der Behörden, die sie unmittelbaren Träger der Staatsordnung sind, muß verlangt werden, daß sie jederzeit rückhaltlos für die demokratische Grundordnung eintreten.

*Die politische Duldsamkeit endet dort, wo der Revolutionär versucht, seine Mitwelt zu vergewaltigen. Wer als Beamter, Angestellter oder Arbeiter sich an diesen umstürzlerischen Bestrebungen beteiligt, macht sich einer schweren Pflichtverletzung schuldig.*

*Der Kläger ist nach seinen Angaben Mitglied der KPD, der VVN und der Vereinigung der Sowjetfreunde. Er trägt heute noch mit Stolz das Sowjetabzeichen. Die staatsfeindliche Tätigkeit der KPD wurde vorstehend in großen Zügen dargelegt. Die VVN und die Vereinigung der Sowjetfreunde gehören zu den kommunistischen Tarnorganisationen, deren Unterstützung mit den Dienstpflichten eines öffentlichen Bediensteten unvereinbar sind. [...]*

*Der Kläger ist nicht nur nominelles Mitglied dieser Organisationen, sondern ist in ihnen an führender Stelle aktiv tätig. Als städt. Angestellter ist er mehrmals in Versammlungen und Flugblättern, besonders in von ihm selbst einberufenen kommunistischen Versammlungen gegen die Stadtverwaltung und mich persönlich aufgetreten, in einer Weise, die die Achtung und das Vertrauen schwer erschütterten.*

*[...] Inzwischen hat die KPD ihre Werbearbeit weiter betrieben und ihre Angriffe fortgesetzt. Die Friedenskundgebung, die auf Veranlassung der Bundesregierung vom 6.11.1949 stattfand, wurde durch das Verhalten des Klägers gesprengt. [...]*

*Der Kläger hat sich durch seine aktive Mitgliedschaft bei der KPD und zweier Tarnorganisationen einer groben Dienstverletzung schuldig gemacht und sein Verhalten gegenüber der Stadtverwaltung und mir, als seinem Dienstvorgesetzten, der Achtung und des Vertrauens unwürdig erwiesen. Herr Kindinger droht immer damit, wir würden noch allerlei erleben, in 1-2 Jahren seien sie an der Macht."<sup>238</sup>*

Kindingers Prozessbevollmächtigter führte an, dass die Partei, der sein Mandant angehört, nicht verboten und in den Parlamenten vertreten sei. Auch für die bevorstehende Landtagswahl 1952 seien ihr keinerlei Beschränkungen auferlegt worden. Die KPD habe die Hessische Verfassung mit gestalten helfen und bei der damaligen Volksabstimmung zur Bejahung aufgerufen. Man könne also nicht einfach davon ausgehen, die Zugehörigkeit Kindingers zur KPD sei gleichbedeutend mit einer gegnerischen Einstellung zur Demokratie und aus diesem Grunde sei eine Entlassung aus wichtigem Grunde entsprechend dem Inhalt des §10 des Hessischen Betriebsrätegesetzes nicht gegeben. „Der Kläger gehört jahrelang dieser Partei an und bekleidet das Amt eines Stadtverordneten der Stadt Bensheim. Des weiteren ist er Vorsitzender des Betriebsrates der Stadt Bensheim und genießt als solcher den Kündigungsschutz nach § 29 des H.B.G.“<sup>239</sup>

Heftige Proteste von ehemaligen Arbeitskollegen und Bürgern, nicht zuletzt aber der Beschluss bzw. Hinweis des Arbeitsgerichtes in Darmstadt trugen dazu bei, dass Jakob Kindinger vier Monate später in seine Tätigkeit zurückzukehren konnte.<sup>240</sup> Diese Vorgänge spiegelten sich auch in der örtlichen Presseberichterstattung wieder:

### **„Entlassung zurückgenommen.“**

*Bensheim. Straßenmeister und Betriebsratsvorsitzender Jakob Kindinger und Flurschütz Georg Menges, die als Bedienstete der Stadt Bensheim wegen ihrer Zugehörigkeit zur KPD von Bürgermeister Treffert zum 1. November v.J. fristlos entlassen worden waren, haben am 12. Februar ihre Arbeit bei der Stadtverwaltung wieder aufgenommen, nachdem der Bürgermeister die Entlassung rückgängig gemacht hatte. Die Entlassungen, die Treffert letztes Jahr auf Anweisung der vorgesetzten Behörden*

<sup>238</sup> Archiv der Stadt Bensheim, Magistratsberichte.

<sup>239</sup> Archiv der Stadt Bensheim, Personalakte Jakob Kindinger.

<sup>240</sup> In einem von Treffert als Vorsitzendem unterzeichneten Protokoll über die Sitzung der Verwaltungskonferenz vom 7. Februar 1951 wird die Sachlage wie folgt erläutert: „Das Ministerium habe aufgrund einer Rücksprache mit den Gewerkschaften seine Ansicht plötzlich geändert und vertrete jetzt die Auffassung, dass der Prozess für die Stadt Bensheim aussichtslos sei. [...] Die Konferenz war einmütig der Auffassung, dass unter diesen Umständen ein gerichtlicher Austrag nicht erfolgen soll und Kindinger und Menges wieder einzustellen sind. [...] Es wird beschlossen, K. bei seiner Wiedereinstellung eine andere geeignete Beschäftigung, evtl. beim Stadtbauamt, zuzuweisen.“ (Archiv der Stadt Bensheim, Magistratsberichte).



ausgesprochen hatte, wurden s.Zt. auch vom Stadtrat gebilligt. In der Zwischenzeit hatten Kindinger und Menges durch die Gewerkschaften Klage beim Arbeitsgericht erhoben. Die Verfahren wurden aber nicht zu Ende geführt, da sich auf Grund von mehreren Urteilen von Arbeitsgerichten, die die Entlassung aus politischen Gründen nicht als legal ansahen, neue Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Regierungsstellen anbahnten. Ein Vertreter der hessischen Regierung hat daraufhin der Stadtverwaltung Bensheim nahegelegt, die verfügten Entlassungen aufzuheben. Kindinger und Menges bekommen ihr Gehalt für die letzten drei Monate nachgezahlt.“<sup>241</sup>

Nach der verlorenen Gemeinderatswahl – die KPD konnte keine Mandate erringen – kündigt Kindinger zum 9. Mai 1952. Er erhält von Bürgermeister Treffert am 6. Juni 1952 folgendes Zeugnis:<sup>242</sup>

**Der Magistrat  
der Stadt Bensheim**

Fernruf Sammelnummer 3121  
Postcheckkonto der Stadtkasse:  
Frankfurt a. M. Nr. 8115

Abteilung: Oc Kl/Hu  
in der Antwort anzugeben

6. Juni 1952

Bensheim a. d. B., den 6. Juni 1952

Ze u g n i s .

Herr Jakob K i n d i n g e r , geb. 15. 7. 1908, wohnhaft Bensheim, Sandstrasse 39 war in der Zeit vom 23. 5. 1945 bis einschl. 9. 5. 1952 im Dienste der Stadt Bensheim.

Herr Kindinger war als Strassenmeister im Angestelltenverhältnis bei dem Stadtbauamt der Stadt Bensheim tätig. Er war hier als Kolonnenführer für ca. 30 bis 35 städtische Arbeiter eingesetzt und hatte diese Arbeiter die Arbeitseinteilung vorzunehmen und zu überwachen. Insbesondere hatte er die Aufgabe als Strassenmeister, mit den ihm zugeteilten städtischen Arbeitern nach Anweisung des Stadtbauamtes folgende Arbeiten auszuführen: Strassenausbesserungen, Kanal- und Sinkkastenreinigung, Gewinnung von Sticksteinen im Steinbruchbetrieb, Arbeiten im Kiesbruch, Erdarbeiten für Kanal- und Wasserleitungsbau, Material- und Schutttransport an städtischen Baustellen und kurze Züge auch die Müllabfuhr.


Über die richtige und ordnungsgemässe Ausführung dieser aufgeführten Arbeiten, sowie über die ihm zugeteilten städtischen Arbeitern hatte Herr Kindinger die Aufsicht auszuüben.

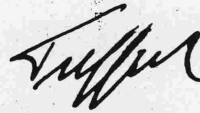
Herr Kindinger hat die ihm übertragenen Arbeiten und Dienstverpflichtungen stets gewissenhaft und zur vollsten Zufriedenheit seiner Dienstvorgesetzten ausgeführt. Er war pünktlich, ehrlich und hat sich für seine Arbeit stets pflichtbewusst eingesetzt.

Unter seinen Mitarbeitern war Herr Kindinger sehr beliebt. Er hat in jeder Beziehung als Betriebsratsmitglied für die Belange der Bediensteten der Stadtverwaltung Bensheim eingesetzt.

Herr Kindinger ist mit dem 9. Mai 1952 auf eigenen Wunsch aus städtischen Diensten ausgeschieden.

Für seinen weiteren Lebensweg und sein berufliches Fortkommen wünschen wir ihm das Beste.



  
**Bürgermeister**

<sup>241</sup> Südhessische Post vom 14. Februar 1951. Im nicht öffentlichen Teil der Stadtverordnetenversammlung vom 23. Februar 1953 teilte Bürgermeister Treffert als Vorsitzender mit, „dass er die fristlose Kündigung gegen die städt. Bediensteten Menges und Kindinger, die seinerzeit wegen Zugehörigkeit zur KPD auf Empfehlung des Ministeriums ausgesprochen wurde, wieder zurückgenommen habe.“ (Archiv der Stadt Bensheim, Stadtverordnetenprotokolle).

<sup>242</sup> Archiv der Stadt Bensheim, Personalakte Jakob Kindinger.

In der Folgezeit wird er bei Kreuzer und Böhringer im Steinverarbeitungsbereich angestellt.<sup>243</sup> Unklar bleibt, welche Tätigkeiten er zwischen 1952 und 1956 ausübte, denn in seinem eigenen Bericht spricht er davon, dass er 1956 eine „neue Stellung“ habe aufgeben müssen. In einem Gesuch um Wiedereinstellung in den städtischen Dienst vom 21. Januar 1957 erwähnt er, dass er im Jahre 1952 freiwillig aus den städtischen Diensten ausgeschieden sei, und zwar in erster Linie, weil die Bevölkerung ihn bei der Stadtratwahl nicht mehr gewählt habe und er dies als einen Mangel an Vertrauen betrachtet habe, aus dem er glaubte, die Schlussfolgerung ziehen zu müssen. Seine Wiederwahl in den Stadtrat 1956 bringe ihn nun wieder enger an die Tätigkeit der Stadtverwaltung heran.<sup>244</sup>

Jakob Kindinger  
Bensheim,  
Sandstr.39.

Bensheim, 21. Jan. 1957.

An den Magistrat der Stadt Bensheim.

betr: Gesuch um Wiedereinstellung in den städtischen Dienst.

Der Unterzeichnete bittet den Magistrat der Stadt um Wiedereinstellung in städtische Dienste, wenn möglich wieder in seine frühere Funktion als Strassenmeister.

Als ich 1945 nach 10 1/2 jähriger politischer Haft am 16. Mai 1945 nach Bensheim zurückkehrte, stellte ich mich am 24. Mai 1945 trotz noch vorhandener, erheblicher körperlicher Schwäche als Folge der langjährigen Haft mit meinem ganzen Einsatz dem Wiederaufbau der Stadt zur Verfügung. Die damalige Stadtverwaltung übertrug mir die Funktion als städtischer Strassenmeister, die ich 7 Jahre lang zur vollen Zufriedenheit der Stadtverwaltung, wie aus beiliegendem Zeugnis des Herrn Bürgermeister Treffer ersichtlich ist, ausübte.

Im Jahre 1952 schied ich freiwillig aus den städtischen Diensten aus. Zu meinem Ausscheiden bewog mich in erster Linie, dass die Bevölkerung mich bei der Stadtratwahl 1952 nicht mehr wählte, und ich dies als einen Mangel an Vertrauen betrachtete, aus dem ich glaubte, die Schlussfolgerung ziehen zu müssen.

Meine Wiederwahl in den Stadtrat bringt mich wieder enger an die Tätigkeit der Stadtverwaltung heran, und da ich im Jahre 1956 meine Stellung aufgeben musste, liegt es nahe, dass ich auch an der aktiven Arbeit der Stadtverwaltung wieder teilnehmen möchte.

Ich wandle mich 1956 zunächst wieder meinem erlernten Beruf als Steinmetz zu, trotzdem der Arzt mir dringend abriet, da ich als Folge meiner Haft eine anerkannte Schädigung, die mir die Ausübung des Steinmetzhandwerks verbietet, erlitt. Im Jahre 1944 bekam ich nämlich durch eine schwere Krankheit im K.Z. Buchenwald ein chronisches Leiden, das mir das Arbeiten in staubfreier Luft gebietet. Die Steinmetzarbeit ab verschlimmert meine chronische Bronchitis und würde nach Ansicht der Ärzte zu frühzeitiger Arbeitsunfähigkeit führen.

Diese Gesundheitsschädigung wurde auf Antrag des Reg. Präsidenten, Darmstadt im Jahre 1951 von Prof. Siede, Elisabethenstift, Darmstadt in 3 tägiger Untersuchung festgestellt, von dem Reg. Präsidenten als Haftschaden anerkannt und als 25 %ige Schädigung festgelegt, für die ich neuerdings eine kleine Rente erhalte. Der Feststellungsbescheid des Reg. Präsidenten befindet sich in meiner Hand und kann Ihnen jederzeit zur Einsicht vorgelegt werden.

Wie aus beiliegendem Attest meines jetzigen Arztes hervorgeht, hat sich mein Gesundheitszustand durch den Versuch, als Steinmetz zu arbeiten, so verschlechtert, dass ich diese Tätigkeit aufgeben muss, während im übrigen ich körperlich zur Ausübung einer Tätigkeit in städtischen Diensten wie früher durchaus tauglich bin. Für die Stadtverwaltung bräuchte meine Wiedereinstellung also keinen Nachteil. Dass ich meine Fähigkeiten und meine Kraft der Stadt Bensheim wie früher ganz zur Verfügung stellen würde, ergibt sich aus meiner früheren Bewährung und versichere ich nochmals ausdrücklich.

Hochachtungsvoll

*Jakob Kindinger*

<sup>243</sup> Die genauen Beschäftigungszeiten ließen sich weder durch Recherchen beim Betrieb, noch bei IKK, AOK und LVA klären, da die Daten nicht für so lang zurückliegende Zeiträume gespeichert wurden. Arthur Hinze, 1965 sein Nachfolger im Amt des Fachgruppensprechers bei der IG BSE, spricht davon, der Bürgermeister habe angeblich eine Weiterbeschäftigung Kindingers nach 1956 durchaus akzeptiert, aber Kindinger habe das aus Gründen politischer Geradlinigkeit ausgeschlossen. (Interview mit Arthur Hintze am 27. Dezember 2005) Kindinger sei jedenfalls erst nach 1956 zu Kreuzer & Böhringer gegangen. Die von Kindinger genannte Firma M.M. Schmitt kennt Hintze trotz einschlägiger Kenntnisse nicht. Auch anderen Zeitzeugen ist diese Firma nicht bekannt. Kindinger war zwischen 1952 und 1956 Kreistagsabgeordneter; seine beruflichen Tätigkeiten konnten für diesen Zeitraum nicht geklärt werden.

<sup>244</sup> Archiv der Stadt Bensheim, Personalakte Jakob Kindinger.

Kindinger wiederholt sein Gesuch am 1. Dezember 1957 mit präzisierten und erweiterten Angaben:  
„Im Jahre 1952 schied ich aus dem Dienst der Stadtverwaltung freiwillig aus. Meine neue Stellung musste ich aber im Jahre 1956 auf Grund des Verbotes der KPD aufgeben. Ich nahm dann zunächst Arbeit als Steinmetz, trotzdem mir der Arzt dringend von dieser Arbeit abriet, da ich als Folge meiner politischen Haft eine anerkannte Schädigung erlitt, die mir die Arbeit als Steinmetz verbietet.  
Im Jahre 1944 bekam ich nämlich durch eine schwere Krankheit im KZ Buchenwald ein chronisches Leiden, das mir das Arbeiten in freier Luft gebietet. Die Steinmetzarbeit aber verschlimmerte meine chronische Bronchitis und würde nach Ansicht der Ärzte zu frühzeitiger Arbeitsunfähigkeit führen. [...] Trotz der erwähnten Warnung des Arztes blieb ich vom 5.10.56 bis 5.1.57 in der Steinmetzarbeit bei der Fa. M.M. Schmitt, Bensheim.

Wie aus dem beiliegenden Attest des mich behandelnden Arztes hervorgeht, hatte sich mein Gesundheitszustand, durch den Versuch als Steinmetz zu arbeiten, so verschlechtert, dass ich diese Tätigkeit aufgeben musste und trat dann nach einigen Monaten Arbeitslosigkeit bis 25.3.57 bei der Fa. Zillig, Bensheim als Straßenarbeiter ein. Dort war ich bis zum 6.9.57 tätig.

Am 7.9.57 stürzte ich beim Obstpflücken auf dem eigenen Grundstück vom Baum und erlitt eine Verstauchung und einen Bruch des Lendenwirbels. [...] Da mir Herr Dr. Greve empfiehlt, durch ausgiebiges Laufen und die dadurch bedingte verstärkte Blutzirkulation die vollständige Heilung meines Wirbelbruches zu beschleunigen, wäre die Tätigkeit als Feldschütz sehr geeignet für mich.“<sup>245</sup>

Kindinger erhielt am 23. April 1958 Bescheid, dass der Magistrat im „Interesse der Einsparung von Personalkosten“ beschlossen habe, die Feldschützenstelle nicht mehr zu besetzen:<sup>246</sup>

O. 23. April 1958

Ihren Antrag auf Wiedereinstellung in den städtischen Dienst.

Sehr geehrter Herr Kindinger!

Mit Schreiben vom 1. 12. 57 haben Sie um Einstellung in den städtischen Dienst als Feldschütze nachgesucht. Die Angelegenheit hat den Magistrat und auch den Personalausschuss in mehreren Sitzungen beschäftigt. Dabei wurde insbesondere die Frage erörtert, ob die durch die anderweitige Beschäftigung des Herrn Carl Sattler freigewordene Feldschützenstelle neu besetzt werden soll. Der Personalausschuss konnte sich im Hinblick auf den hohen Aufwand für den Feldschutz zu einer Beibehaltung dieser Stelle nicht entschliessen. Er stand vielmehr auf dem Standpunkt, dass im Interesse der Einsparung von Personalkosten die Stelle mit dem Freiwerden zu streichen ist. In dem Stellenplanentwurf 1958, der am 8. Mai 1958 dem Plenum zur Beratung vorgelegt wird, ist deshalb keine vakante Feldschützenstelle enthalten. Der Magistrat konnte aus diesen Gründen Ihrem Einstellungs-gesuch nicht entsprechen. Die vorgelegten Unterlagen sind wieder beigelegt.

Hochachtungsvoll

<sup>245</sup> Archiv der Stadt Bensheim, Personalakte Jakob Kindinger.

<sup>246</sup> Archiv der Stadt Bensheim, Personalakte Jakob Kindinger.

Er fand von 1959 bis 1961 Anstellung bei einem Bildhauermeister in Auerbach.<sup>247</sup>

<b>ERWIN BAREIS</b> <small>BILDHAUER- MEISTER</small> <b>BENSHEIM-AUERBACH</b>	
Herrn <b>Jakob Kindinger</b> <b>Steinmetz</b>	Bensheim-Auerbach, Lahnstraße 17 (am Bahnhof) Fernsprecher 2527 Amt Bensheim Bankkonto: Genossenschaftsbank Bensh.-Auerbach
<u>Bensheim a.d. Bergstrasse</u> <u>Sandstrasse No 39</u>	Datum 24. 5. 1961
<b>Betr.: <u>Arbeitszeugnis:</u></b>	
<p>Herr Jakob Kindinger, Steinmetz - geb. am 5.7.1905 zu Reichenbach im Odenwald, hat in der Zeit vom 30. 3. 1959 bis zum 24. 5. 1961 bei uns Denkmalsarbeiten in Hartgestein ausgeführt,   Bei diesen Arbeiten handelt es sich nicht um Massenartikel, sondern um jeweils verschiedene Ausführungen in verschiedenen Gesteinsarten. Seine Arbeiten an diesen Gesteinen hat er gewissenhaft und zur Zufriedenheit des Betriebes und der Kunden, ausgeführt.</p>	
<p style="text-align: right;"><i>Erwin Bareis, Bildhauermeister</i> <i>Kindinger</i> <i>E. Bareis</i></p>	

## 6.2 Konflikt zwischen Jakob Kindinger und Bensheims Bürgermeister Joseph Treffert<sup>248</sup>

Während seiner Zeit als Straßenmeister der Stadt Bensheim von 1945 bis 1952 führte Jakob Kindinger neben seinem Rechtsstreit um Entschädigung eine massive Auseinandersetzung mit Joseph Treffert.

<sup>247</sup> Archiv der Stadt Bensheim, Personalakte Jakob Kindinger.

<sup>248</sup> „Der Schriftsetzer Joseph Treffert wurde 1908 Redakteur der Westdeutschen Arbeiterzeitung der katholischen Arbeitervereine. 1911 übernahm er die Redaktion des Typographen, der Zeitschrift des christlichen Buchdruckerverbandes. Von 1914 bis 1915 war er Soldat im Ersten Weltkrieg, 1916 wurde er Referent im Kriegsernährungsamt. 1918 wurde er vom Reichswirtschaftsministerium übernommen. Joseph Treffert war Mitglied des Zentrums und wurde 1919 zum Stadtverordneten der damals noch selbständigen Stadt Neukölln gewählt. 1921 wählte ihn die BV Neukölln zum besoldeten Stadtrat. Als 1924 wegen der Finanzkrise nach der Inflation Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut wurden, wurde er in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Da in der BV Neukölln die Arbeiterparteien die Mehrheit hatten, wurde die Stelle eines Zentrum-Stadtrats abgebaut. Er arbeitete dann als Referent für Wohnungs- und Siedlungsfragen beim christlichen Deutschen Gewerkschaftsbund und war Mitglied zahlreicher Aufsichtsräte von Wohnungsbaugenossenschaften. 1930 wurde er als Kandidat einer Listenverbindung der Bürgerlichen und Nationalsozialisten von der BV Reinickendorf zum unbesoldeten Stadtrat gewählt. Im Februar 1933 wurde Joseph Treffert von einem SA-Trupp überfallen und leicht verletzt. Mit der Auflösung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten verlor er seine Arbeitsstelle. 1936 zog er wieder nach Hessen. Nach Kriegsende gehörte er zu den Mitbegründern der CDU und wurde am 1.4.1946 zum Bürgermeister seiner Heimatstadt Bensheim gewählt. Dieses Amt hatte er bis 1954 inne. Als Mitbegründer des Hessischen Gemeindetags, dessen Vizepräsident er für zwei Jahre war und des Deutschen Gemeindetags erhielt Joseph Treffert das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse. Die Stadt Bensheim ernannte ihn zum Ehrenbürger.“ Auskunft von „Aktives Museum“ Berlin vom 5.12.2005. Im Juni 2006 ist eine Publikation zur Ausstellung „Vor die Tür gesetzt. Im Nationalsozialismus verfolgte Berliner Stadtverordnete und Magistratsmitglieder 1933-1945“ vorgesehen. Die oben wiedergegebene Kurzbiografie Trefferts ist für diese Publikation vorgesehen.



Joseph Treffert  
Bürgermeister

Foto: van Bosch, Bensheim 249

Dieser folgte Theodor Kraege (1888-1963)<sup>250</sup> und Willy Klapproth (1892-1967)<sup>251</sup> als Bürgermeister und war somit Jakob Kindingers Vorgesetzter. Die Anfänge dieses Streites kann man wohl in der unterschiedlichen politischen Gesinnungen sehen. Joseph Trefferts Mitgliedschaft in der CDU und Jakob Kindingers Bekenntnis zum Kommunismus schufen schon im Vorfeld ein spürbares Spannungsverhältnis, was im Weiteren gezeigt werden soll. Der gebürtige Bensheimer Joseph Treffert (\*20. Mai 1883 Bensheim, † 8. Februar 1963 München)<sup>252</sup> war das jüngste von zehn Kindern eines Fleischermeisters und zuletzt Verwalter des Schlachthofes. Treffert wurde „Wanderer“ und hatte verschiedene Arbeitsplätze, u.a. in Bremerhaven. In der Zeit des Ersten Weltkriegs wurde er Privatsekretär von Adam Stegerwald, einem führenden Vertreter der christlichen Arbeiterbewegung. 1920 war er gemeinsam mit dem späteren Hessischen Ministerpräsidenten Christian Stock als Reichskommissar mit der Untersuchung der Vorgänge um den „Kapp-Putsch“ (13.-18. März 1920) beauftragt. Der Zentrumsolitiker Joseph Treffert war Hauptamtlicher Stadtrat des Bezirks Neu-Kölln, wo er auch im Stadtparlament saß. Als Mitglied des Aufsichtsrats einer Wohnungsfürsorgegesellschaft konnte er maßgebend an der Errichtung mehrerer Siedlungen mitwirken. Über seine enge Beziehung zu Stegerwald, bis 1929 Gewerkschaftssekretär der Christlichen Gewerkschaften, seit 1920 Mitglied des Reichstages, 1929 Reichsverkehrsminister, zuletzt von 1930 bis 1932 Arbeitsminister im Kabinett Brüning, kam Treffert auch mit weiteren Spitzenpolitikern zusammen: den Reichspräsidenten Ebert und Hindenburg, dem Reichskanzler Joseph Wirth, Reichsministerpräsident Philipp Scheidemann, dem Kanzler und langjährigen Außenminister Gustav Stresemann, dem ermordeten Reichsfinanzminister Matthias Erzberger und Nuntius Eugenio Pacelli, dem späteren Papst Pius XII. Von den Nazis kalt

<sup>249</sup> 40 Jahre CDU Bensheim. Ein Beitrag zur Parteiengeschichte und zur Heimatgeschichte. Herausgeber: CDU-Stadtverband Bensheim. Einhausen 1985, S. 27.

<sup>250</sup> Vgl. HStA Wiesbaden Abt. 518 Nr. 3273: Entschädigungsakte Theodor Kraege; Abt. 527 Nr. 3273; Abt. 501 Nr. P 5472: Akten der Spruchkammern; Abt. 501 Nr. P 5943.

<sup>251</sup> HStA Wiesbaden Abt. 527/II Nr. 3949: Hessisches Landespersonalamt; Abt. 527/V Nr. 14688; Abt. 503 Nr. 3819; Abt. 503 Nr. 5319; Abt. 461 Nr. 32016: Staatsanwaltschaft Frankfurt a. M. gegen Klapproth wegen Meineids; Abt. 386: Personalkartei der Staatspolizeistelle Frankfurt a. M.

<sup>252</sup> HStA Wiesbaden Abt. 502 Nr. 5109 Vorg. 199: Hessische Staatskanzlei: Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland; Abt. 507 Nr. 13207: Hessisches Wirtschaftsministerium: Ermittlungsverfahren gegen Treffert wegen Amtspflichtverletzungen als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Bezirkssparkasse Bensheim.

gestellt, kehrt er an die Bergstraße zurück und tritt unmittelbar nach der Neugründung der CDU wieder politisch in Erscheinung. In der Kommunalwahl am 21. März 1946 wird er zum Bürgermeister der Stadt Bensheim gewählt. Diese Amt bekleidet er bis zum 25. Juni 1954. Zwei Tage zuvor war er durch einstimmigen Beschluss des Stadtparlaments zum Ehrenbürger der Stadt Bensheim ernannt worden.<sup>253</sup> Relevant für die Problematik zwischen Kindinger und Treffert ist die Tatsache, dass Kindinger sieben Jahre lang, also über seine ganze Arbeitszeit hinweg, Vorsitzender des Betriebsrates war. Er trat konsequent für die Interessen der Angestellten und Beamten der Stadt Bensheim ein. So kam es z.B. am 14. August 1946 zu einer Verwaltungskonferenz, deren Protokoll zu entnehmen ist, dass Treffert Kindingers fristlose Entlassung wünschte, weil „es ihm nicht zugemutet werden kann, mit Kindinger weiterhin zusammen zu arbeiten“, so Treffert.<sup>254</sup> Anlass dazu gebe das Parteitreffen der KPD am 10. August 1946 in Bensheim. Kindinger sei Hauptredner gewesen. Treffert kritisierte das „Verhalten“ Kindingers. Aus der vorliegenden Niederschrift ist leider nicht erkennbar, ob Treffert auf der Versammlung persönlich anwesend war oder aber nur von einer dritten Person über das Treffen informiert wurde. Auch geht in keiner Weise aus dem Protokoll hervor, woran er denn in einem solchen Maße Anstoß genommen hat, dass er eine fristlose Entlassung Kindingers für notwendig hält. Es ist jedoch zu vermuten, dass es mit Kindingers politischer Überzeugung oder aber mit seinem persönlichen Auftreten zu tun haben muss, das er auf dem Parteitreffen demonstrierte. Jedoch hat die geforderte Entlassung nichts mit Kindingers Arbeit als Straßenmeister direkt zu tun. Es werden ihm keine Fehler oder Vergehen beim Ausüben seiner Tätigkeit als Angestellter der Stadt vorgeworfen. Aber nur in diesem Fall wäre eine Kündigung rechtmäßig. Es lässt sich also auf eine erhebliche Antipathie Trefferts gegenüber Kindinger schließen. Die Verwaltungskonferenz „beschließt daraufhin einstimmig, Kindinger fristlos aus dem städtischen Dienst zu entlassen.“<sup>255</sup>

Die Treffert-Kindinger-Auseinandersetzung beschäftigte auch den Hessischen Landtag. Die KPD-Fraktion richtete eine Große Anfrage an den Herrn Minister des Innern betreffend Amtsmissbrauchs von Beamten. Minister Zinnkann teilte am 24. August 1947 im Plenum mit, dass der Bürgermeister der Stadt Bensheim im März 1947 ein Flugblatt gegen die KPD, angeklammert an die Lebensmittelkarten, durch städtische Bedienstete in den städtischen Diensträumen zur Verteilung gebracht habe. Der Bürgermeister habe zum Ausdruck gebracht, *„dass der Vorsitzende der Ortsgruppe Bensheim der KPD, der gleichzeitig Angestellter bei der Stadtverwaltung und Vorsitzender des Betriebsrates ist, fortgesetzt in Versammlungen und Flugblättern die Stadtverwaltung in der unglaublichsten Weise angreift“*.<sup>256</sup> Zinnkann führte weiter aus, dass die Angriffe in einer KPD-Versammlung unter Kindingers Vorsitz sich zugetragen hätten. Über die Stadtverwaltung und den Bürgermeister sei hergefallen worden mit Ausdrücken wie „Idiot“, „Trottel“, „Spitzbube“; die Stadtverwaltung sei als „Kasperletheater“ bezeichnet und der Bürgermeister zum Rücktritt aufgefordert worden. Ein Redner, der die Amerikaner als Idioten bezeichnet habe, sei durch die Militärregierung zu einem halben Jahr Gefängnis verurteilt worden. Der Minister betonte dann, dass er keinen Anlass sehe, in irgendeiner Form gegen die Beamten vorzugehen.

Es folgen weitere Auseinandersetzungen zwischen Kindinger und Bürgermeister Treffert. Im vorliegenden Fall geht es um Kindingers eigene Interessen. Am 10. Mai 1947 schreibt Kindinger einen Brief an Treffert, in dem es um einen vorzeitig abgebrochenen Urlaub geht.

Kindinger bricht seinen Erholungsurlaub auf eigenen Wunsch ab und geht wieder arbeiten. Im weiteren legt er seine Gründe für den Abbruch dar und seine Absicht, den Resturlaub zu einem anderen

<sup>253</sup> Blust, Emil Milo: „Er hat die Krone des Lebens errungen“. Zum hundertsten Geburtstag von Bensheims Bürgermeister Joseph Treffert/Der Aufstieg in die politische Höhenluft. Partisan des Zentrums und der CDU – Mann der „ersten Stunde“/Demokrat mit Führungsstil. In: Bergsträßer Anzeiger vom 20. Mai 1983, S. 18. Siehe auch: Bürgermeister Treffert 70 Jahre alt. In: Bergsträßer Anzeiger vom 10. Mai 1953.

<sup>254</sup> Archiv der Stadt Bensheim, Personalakte Jakob Kindinger: Auszug aus der Niederschrift der Verwaltungskonferenz vom 14. August 1946.

<sup>255</sup> Ebd.

<sup>256</sup> Stenographischer Bericht über die 24. Sitzung des Hessischen Landtags vom 24. August 1947, 9 Uhr, Nr. 24. Große Anfrage der Fraktion der KPD an den Herrn Minister des Innern betreffend Amtsmissbrauch von Beamten - Drucksache Abt. I Nr. 233.

Zeitpunkt nachzuholen. Aufgrund von Sonderzuteilungen, die das Erholungsheim, in dem Kindinger seinen Urlaub verbrachte, bekam, welche aber wiederum zwecks der „allgemeinen Notlage“ in Wegfall kamen, lautet es in einem kritisierenden Schreiben Kindingers an Treffert: *„Es wurde mir nach einigen Tagen Dortseins klar, dass eine Erholung meines körperlichen Zustandes unter diesen Umständen unmöglich ist. Ich bin aufgrund dessen bei dem Leiter des Erholungsheims vorstellig geworden, der mir dann auch mitteilte, den jetzigen Verpflegungssatz aufgrund der Allgemeinen Notlage ebenfalls nicht aufrecht erhalten zu können.“*

Es erscheint aus heutiger Sicht reichlich seltsam, dass Kindinger seine Arbeit vorzeitig wieder aufnimmt und seinen Resturlaub nicht zu Hause verbringt. Sein gesundheitlicher Zustand ist immer noch schlecht. Diesen im Erholungsheim, in das er überwiesen wurde, zu verbessern, ist sein Hauptziel, hingegen der Abbruch des Heimaufenthalts eine logische Konsequenz, auf Grund der dortigen schlechten Bedingungen.

Der Tonfall Kindingers in seinem Brief lässt eine deutlich Missstimmung zwischen den beiden erkennen. Kindinger macht, noch bevor er auf seine eigentlichen Gründe eingeht, deutlich, dass er einen „Sonderfall“ darstelle: *„Mir steht aufgrund meines gesundheitlichen Zustandes und in Folge meiner 10jährigen Haft ein sechswöchentlicher Urlaub zu. Ich bin auf Grund meines Leidens bei der Betreuungsstelle für politisch- rassisch- und religiös Verfolgte in Darmstadt vorstellig geworden und habe um einen Teil des mir zustehenden Sonderurlaubs nachgesucht, der mir auch genehmigt wurde.“*<sup>257</sup> Wie Treffert den Vorfall letztendlich behandelt hat, war nicht mehr zu klären.

Im folgenden Fall liegt der Anstoß der Auseinandersetzung zwischen Kindinger und Treffert darin, dass Kindinger die Interessen der ihm unterstellten Arbeiter vertrat und verlief wie folgt. Am 22. Juli 1947 rügte Bürgermeister Treffert Kindinger schriftlich. Der Betreff seines Schreibens lautete: *„Wie Ihnen schon mündlich mitgeteilt, müssen Sie das ihnen unterstellte Personal anweisen, die für die Stadt dringenden Arbeiten zu erledigen, auch wenn es mal über die Arbeitszeit hinaus geht.“*<sup>258</sup> Treffert listete im Verlauf seines Schreibens einige Beispiele auf, bei denen Kindingers Arbeiter pünktlich Feierabend gemacht hätten, obwohl noch wichtige Arbeiten zu erledigen gewesen wären, die nur kurze Zeit gebraucht hätten. Bestimmte Tätigkeiten würden überhaupt nicht ausgeführt, weil dafür keine Zeit wäre. Bei der Kinderspeisung von Schulen beispielsweise hätten Kindingers Unterstellte z.B. die Essensboxen immer im Hof abgestellt, anstatt sie ins Gebäude zu bringen. Treffert forderte Kindinger noch einmal nachdrücklich dazu auf, dafür zu sorgen, dass sich diese Dinge ändern. Er müsse den Arbeitern klar machen, dass sie nicht zehn Minuten vor Feierabend ihre Arbeiten abubrechen hätten, sondern im Gegenteil, wenn erforderlich, auch zehn Minuten über die Arbeitszeit hinaus diese zu erledigen hätten.

Mit seiner abschließenden Bemerkung scheint er Kindinger mit seinen eigenen Waffen schlagen zu wollen. *„Soviel Interesse muss man an der Stadtverwaltung schon haben, da ja die Stadtverwaltung kein kapitalistischer Betrieb ist, sondern alles, was bei der Stadtverwaltung an Schaden entsteht, die Allgemeinheit trifft.“*<sup>259</sup>

In einem weiteren Fall vertrat Kindinger die Interessen der Arbeiter in seiner Funktion als Betriebsrat. Kindinger machte am 22. Juli 1948 als Vorsitzender des Betriebsrates deutlich, dass der Betriebsrat jeden Stellenabbau grundsätzlich ablehne. Den Anweisungen des Bürgermeisters, also Trefferts, an alle Mitarbeiter, ihren Urlaub bald zu beantragen, um nach dem geplanten Stellenabbau den ungestörten Weiterbetrieb nicht zu gefährden, müsse nicht nachgekommen werden.

Darüber hinaus forderte Kindinger

- Gehaltsnachzahlung für den Monat Juni
- Lohnerrhöhung für alle Arbeiter und Angestellte der Stadt Bensheim.

Er beschwerte sich zudem darüber, dass der Bürgermeister es abgelehnt hätte, den ersten und zweiten Vorsitzenden des Betriebsrates zu den Sitzungen der Personalkommission hinzuzuziehen.

---

<sup>257</sup> Archiv der Stadt Bensheim, Personalakte Jakob Kindinger.

<sup>258</sup> Ebd.

<sup>259</sup> Ebd.



Treffert wies als Erwiderung auf die Forderungen Kindingers auf die schlechte finanzielle Situation der Stadt hin, die zu „scharfen Maßnahmen“ führen müssten. Außerdem schreibe das Gesetz den Abbau von Stellen vor. Weiter schlug er vor, den Vertreter der KPD in der Personalkommission gegen Kindinger zu tauschen, aber zwei Vertreter der KPD lehnte er ab, da diese die kleinste Fraktion sei.

Dies erscheint bisher nicht sonderlich spektakulär. Eigentlich interessant ist aber, wie der Verfasser der Aktennotiz über Kindinger bzw. Treffert schreibt. Treffert habe stets sachlich und in ruhigem, korrektem Ton die Anschuldigungen und Forderungen Kindingers erwidert. Kindinger dagegen wird als sich „in scharfen politischen Darlegungen ergehend“, mit häufigen Zwischenrufen die Versammlung störend, geschildert. Das Ganze gipfelt darin, dass der Verfasser der Aktennotiz die Versammlung vorzeitig verließ, weil er sich nicht von Kindinger weiter angreifen und nicht persönlich habe beleidigen lassen wollen. Möglicherweise meinte Treffert ein ähnliches „Verhalten“, als er die Entlassung Kindingers am 14. August 1946 forderte. Die Aktennotizen sind keineswegs neutral, sondern eindeutig gegen Kindinger gerichtet. Sie spiegeln die Spannungen zwischen Treffert und Kindinger wieder, wie bereits gezeigt. Dennoch dürften die Schilderungen über „Kindingers Verhalten“ nicht wesentlich übertrieben sein. Wie sämtliche Zeitzeugen uns bestätigen konnten, war Kindinger ein impulsiver, aufbrausender, sogar unter Umständen cholerischer Mensch, der „kein Blatt vor den Mund nahm“ und bei dem Beschimpfungen durchaus üblich sein konnten. Kindinger und Treffert griffen sich wechselseitig an. Wenn die Interessen der Belegschaft in der Personalkommission nicht durchgesetzt werden könnten, so lag das nach Trefferts Auffassung nicht an Kindinger selbst, sondern am Vertreter der KPD. Eben diesen Vertreter hat Kindinger aber zuvor, als von seiner Partei bestimmt, verteidigt und einen Tausch abgelehnt.

Der Verfasser der Aktennotiz hält noch fest, dass es auf alle Darlegungen und Versprechungen Kindingers, sich jederzeit für die Belange der Belegschaft einzusetzen, keinen Applaus gegeben habe, ganz im Gegenteil zu anderen Rednern.

„Man musste unbedingt zu der Überzeugung kommen, dass ein Gegenstrom gegen die von Herrn Kindinger vorgebrachten Methoden bestand.“<sup>260</sup>

Am 30. Oktober 1950 erhielt Jakob Kindinger seine fristlose Entlassung. Der nun beginnende Rechtsstreit ist der Höhepunkt der Auseinandersetzung zwischen dem Angestellten Kindinger und Bürgermeister Treffert.

Die im Staatsanzeiger Nr. 42 vom 21. Oktober 1950 veröffentlichten „Richtlinien für die Entlassung von Bediensteten wegen politischer Betätigung gegen die demokratische Grundordnung“ wurden auf Kindinger angewandt. Treffert entließ Kindinger gemäß § 10, Absatz 3 des Hessischen Beamtengesetzes (HBG) vom 25. Juni 1948.

Bereits zuvor, am 31. Oktober 1950, hatte sich der Betriebsrat der Stadtverwaltung eingeschaltet und protestierte gegen die Entlassung. Als Gründe wurden dargelegt:

- Kindingers Vergangenheit und die damit verbundene Verpflichtung auf Unterstützung durch das gesamte Volk,
- Kindinger falle als Betriebsvorsitzender unter den Schutz des Betriebsrätegesetzes,
- Entlassung würde eine „unbillige soziale Härte“ zur Folge haben, da Kindinger am 28. Oktober einen Arbeitsunfall (Rippenbruch) erlitten habe.

Da dieses Schreiben des Betriebsrates offenbar keine Wirkung zeigte, beauftragte Kindinger den Gewerkschaftssekretär der ÖTV-Kreisverwaltung Darmstadt, August Anthes, Klage beim Arbeitsgericht in Darmstadt einzureichen. Der Kläger beantragte: „I. Festzustellen, dass die am 30. Oktober 1950 ausgesprochene fristlose Entlassung rechtsunwirksam ist und das Arbeitsverhalten über den 31. Oktober 1950 hinaus weiter fortbesteht. II. Die Kosten des Rechtsstreites der Beklagten aufzuerlegen.“<sup>261</sup>

---

<sup>260</sup> Ebd.

<sup>261</sup> Ebd.

Er argumentierte damit, dass nach Artikel 11 der Hessischen Verfassung *„jeder Mann das Recht hat, seine Meinung frei und öffentlich zu äußern. Dieses Recht darf auch durch ein Dienstverhältnis nicht beschränkt werden und niemand darf ein Nachteil widerfahren, wenn er es ausübt.“* (Artikel 11, Hess. Verfassung) Auch § 10 des Hessischen Beamtengesetzes sieht Anthes als nicht erfüllt. Der Schluss, Kindinger sei ein Gegner der demokratischen Grundordnung, nur weil er Mitglied der KPD ist, sei nicht ausreichend. Denn die KPD sei keine verbotene Partei, sondern im Parlament vertreten und hätte überdies die hessische Verfassung mitgestaltet und bejaht. Bürgermeister Treffert erwidert darauf an das Arbeitsgericht, dass Kindinger nicht nur führendes politisches Mitglied bei der KPD sei, sondern auch Mitglied in der *„Tarnorganisation“* der KPD, wie der VVN<sup>262</sup> oder den *„Sowjetfreunden“*. Ziel all dieser Organisationen sei es, die demokratische Grundordnung zu beseitigen. Kindinger habe sich *„des Vertrauens unwürdig erwiesen“* und seine Pflicht als Angestellter im öffentlichen Dienst verletzt. *„Im § 10, Absatz 1, ist bestimmt, dass alle Bediensteten im Beamtengesetz verpflichtet sind, innerhalb und außerhalb des Dienstes nach Kräften für die Festigung und Vertiefung des demokratischen Gedankens und eine demokratische Staatsordnung einzutreten.“*<sup>263</sup> Einen Widerspruch zur Hessischen Verfassung sieht er nicht, da Artikel 146 der Hessischen Verfassung jedem die Pflicht auferlege, für den Bestand eben dieser Verfassung mit allen Kräften einzutreten.

In einem weiteren mehrseitigen Brief vom 11. Januar 1951 stellte Treffert es als erwiesen hin, dass die KPD und all ihre *„Tarnorganisationen“* zentral von der SED<sup>264</sup> und somit den Sowjetmachthabern gesteuert werde. Deren Ziel sei, es die *„verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik durch revolutionäre, illegale Mittel zu stürzen.“*<sup>265</sup> Als Mitglied der KPD und Angestellter im öffentlichen Dienst begehe man also eine schwere Pflichtverletzung.

Interessant ist, dass es Treffert nicht bei diesen *„allgemeinen“* Ausführungen belässt. Mehrmals geht er darauf ein, wie Kindinger ihn oder aber die Stadtverwaltung persönlich angegriffen habe. *„Als Städtischer Angestellter ist er in Versammlungen und Flugblättern, besonders in von ihm selbst einberufenen kommunistischen Versammlungen, gegen die Stadtverwaltung und mich persönlich aufgetreten, in einer Weise, die die Achtung und das Vertrauen schwer erschütterten.“*<sup>266</sup> Hier zeigt sich wieder der schon oben dargelegte Streit zwischen Treffert und Kindinger. Durch die Verordnung im Staatsanzeiger vom 21. Oktober 1950 hatte Treffert ein Mittel in der Hand, Kindinger endlich loszuwerden, und spielte dieses auch umgehend aus, allerdings letztlich erfolglos, denn im Februar 1951 kam das Arbeitsgericht Darmstadt zu dem Urteil, dass Kindingers Entlassung nicht rechtswirksam sei. Treffert musste seinen politischen Gegner wieder einstellen.

Kindinger war Treffert ein *„Dorn im Auge“*, wie sich aus allem bereits Dargestellten erkennen lässt. In seiner Position als Betriebsratsvorsitzender war er jeder Zeit zuverlässiger Ansprechpartner für alle Mitarbeiter. Die in der Aktennotiz vom 22. Juli 1948 festgehaltene Bemerkung, Kindinger habe für seine *„Methoden“* und Vorgehensweisen keinen Rückhalt bei der Belegschaft, können, zumindest im großen Rahmen gesehen, nicht der Realität entsprechen. Kindinger wurde nach seinem erfolglosen *„Rausschmiss“* mit großer Mehrheit wieder zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt. Er hatte weiterhin das Vertrauen der Belegschaft. Die Auseinandersetzung Jakob Kindingers mit Bürgermeister Treffert zeigt anschaulich, wie der *„Kalte Krieg“* auch auf unterster politischer Ebene ausgeführt wurde und selbst ein Widerstandskämpfer wie Kindinger davon nicht verschont blieb.

---

<sup>262</sup> Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten .

<sup>263</sup> Ebd.

<sup>264</sup> Sozialistische Einheitspartei Deutschlands.

<sup>265</sup> Archiv der Stadt Bensheim, Personalakte Jakob Kindinger.

<sup>266</sup> Ebd.

### 6.3 Rechtsstreit um Entschädigung als Opfer des Faschismus

In diesem Kapitel soll der Kampf Jakob Kindingers um Entschädigung als Opfer des Faschismus dargestellt werden. Dem Bescheid-Verzeichnis ist zu entnehmen, dass die Auseinandersetzungen um Entschädigung zu einer Fülle von Rechtsstreitigkeiten führten. Im nachfolgenden Text beschränken wir uns jedoch hauptsächlich auf zwei Bereiche: die Entschädigung wegen Schaden im wirtschaftlichen (beruflichen) Fortkommen und wegen Schaden an Körper und Gesundheit.

*D/04475/05/I/Ki*  
Bescheid-Verzeichnis

1

Datum	Blatt- zahl	Art des Bescheides	erhaltener	Betrag
			Entschädigung	Rückerstattung
3.7.50	34	Haftentschädigung	DM	
			17.700,-	
4.7.51	40	K.u.G.-Schaden abgelehnt		
12.52	44	Entsch. wegen Schaden im Wirtschaftlichen (beruflichen) Fortkommen abgelehnt		
18.6.52	47	Klage gegen den Bescheid vom 1.2.52 durch Beschluss des L.G. Darmstadt als unbegründet zurück- gewiesen		
10.10.52	52	Sozialversicherung		
21.4.55	74	Entsch. wegen Schadens im Wirtschaftlichen (beruflichen) Fortkommen KE		
25.4.56	99	K.u.G.-Schaden v. 1.6.45-31.10.53 KE	3600,-	
		Lfd. Rente ab 1.1.53 mtl.	7140,-	
13.2.59	106	Rentenerhöhung	100,-	
		ab 1.4.57 mtl.	110,-	
2.10.61	112	ab 1.6.60 mtl.	118,-	
1.10.63	115	ab 1.1.61 "	128,-	
30.3.65	116	ab 1.7.62 mtl.	136,-	
		ab 1.10.64 mtl.	147,-	
21.10.65	119	Selbsthilfe § 141 Abs. 2 S. 1 BEG'SG	3.000,-	
31.10.66	124	Rentenerhöhung		
		ab 1.9.65 mtl.	160,-	
		ab 1.1.66 "	166,-	
		ab 1.10.66 "	173,-	
17.7.67	129	Berufsschaden 20% Zuschlag gem. § 42(2) BEG'SG - Vergleich -		
7.9.71	136	Sozialversicherung	720,-	

267

<sup>267</sup> HStA Wiesbaden, Abt. 518, Nr. 3871. In der „Bewilligung einer Vorauszahlung nach dem Entschädigungsgesetz (Notstandsbeihilfe)“ vom 24. Juni 1950 werden als „bisherige Leistungen“ im Rahmen einer „Gesamtschadenssumme“ in Höhe von ca. DM 17700,- aufgeführt:  
„Notstandsbeihilfe DM 4150,-  
Haftvorauszahlung DM 500,-

Am 11. April 1945 wurde Jakob Kindinger, der sieben Jahre im KZ Buchenwald verbrachte, durch die Alliierten befreit und kam am 16. Mai 1945 wieder in Bensheim an. Dort stellte er noch im selben Jahr einen Betreuungsantrag beim Hilfswerk für politische Gefangene in Hessen. Das Hilfswerk prüfte daraufhin bei der Staatsanwaltschaft, ob Jakob Kindinger tatsächlich „als politisch, rassistisch oder religiös Verfolgter“<sup>268</sup> gelte und ein Betreuungsanspruch bestehe.

In seinem Schreiben vom 13. Oktober 1945 zeigte sich Jakob Kindinger bestürzt darüber, dass das Hilfswerk Erkundigungen über den Wahrheitsgehalt seiner Inhaftierung eingezogen hatte. Er verlangte, die vom Hilfswerk bewilligte Übergangsbeihilfe von 500 Reichsmark zu erhöhen, da sie in seiner jetzigen Notlage nicht ausreichend sei. Im Falle einer Ablehnung sehe er sich gezwungen, sich an die Öffentlichkeit zu wenden. Ob die Übergangsbeihilfe erhöht wurde, kann nicht mehr aus den Akten rekonstruiert werden, jedenfalls ist nicht bekannt, dass Jakob Kindinger sich tatsächlich an die Öffentlichkeit gewandt hat.

Neben dem Bemühen um eine Anstellung bei der Stadt Bensheim versuchte er, basierend auf dem US-Entschädigungsgesetz, seinen Anspruch auf Entschädigung geltend zu machen.

Dr. med. Kabelitz, Facharzt für innere Krankheiten, bescheinigte Jakob Kindinger, der bei ihm vom 29. Januar 1948 bis 11. Februar 1949 in Behandlung war, am 17. November 1949 „*Malariaverdacht bei unklaren Fieberfällen, chronische Bronchitis, Pharyngitis (Rachenentzündung) und einen Herzmuskelschaden*“<sup>269</sup> als Krankheiten aufgrund seiner Verfolgung und Inhaftierung. Außerdem wurde ihm eingeschränkte Arbeitsfähigkeit bis zu 100% in der Zeit vom 29. Januar 1948 bis Ende April 1948 und von Juli 1948 bis Februar 1949 bis zu 30 - 40% bescheinigt. Das ist der erste derartige Befund seit Kriegsende, mit dem die Antragstellungen auf Wiedergutmachung beginnt.

Jakob Kindinger stellt am 7. Dezember 1953 an die Entschädigungsbehörde beim Regierungspräsidenten in Darmstadt einen Antrag auf Neubearbeitung seines Antrages „für Schaden im wirtschaftlichen Fortkommen nach Formblatt E des US-Entschädigungsgesetzes“<sup>270</sup>. Er hatte am 8. Januar 1950 den ersten Antrag mit dem Formblatt E, Reg. Nr. 00297 gestellt, der aufgrund eines nicht erbrachten Arbeitsnachweises für die Zeit bis zu seiner Verhaftung abgelehnt wurde. Das Formblatt taucht nicht in den Akten auf. Einem Begleitschreiben von Albert N. Simmedinger, Kindingers Sozialbetreuer bei der Beratung in Entschädigungsverfahren,<sup>271</sup> vom 1. März 1955 ist jedoch zu entnehmen, dass Jakob Kindinger unzutreffende Angaben zu seinen Ungunsten in Bezug auf den Zeitraum des Wirtschaftsschadens gemacht hatte, der sich nach Simmedinger auf die Zeit von August 1933 bis 1945 erstreckt. Den Nachweis seines Arbeitgebers Karl Kreuzer, bei dem Jakob Kindinger bis zu seiner ersten Inhaftierung im August 1933 als Steinmetz in Bensheim gearbeitet hatte, fügte er als Kopie bei. Dieser Nachweis ist jedoch nicht mehr in den vorliegenden Unterlagen enthalten. Als Grundlage für die Berechnungen der Entschädigung gibt er 0,70 RM pro Stunde bei 48 Arbeitsstunden in der Woche an.

Dr. Kabelitz stellte am 12. Februar 1955 eine weitere fachärztliche Bescheinigung aus, in der zu den bereits bestehenden Krankheiten, die sich während der letzten drei Jahre verschlimmert haben, noch

---

Kur- und Heilkosten DM 278,30.“ (StA Darmstadt H 2 Kreis Bergstraße Nr. 2296).

<sup>268</sup> HStA Wiesbaden, Abt. 518, Nr. 3871.

<sup>269</sup> Ebd., Dr. Kabelitz; Abschrift der Ärztlichen Bescheinigung; 17. November 1949.

<sup>270</sup> Ebd., Kindinger, Jakob; Antrag auf Entschädigung; 7. Dezember 1953.

<sup>271</sup> Albert N. Simmedinger (1910-1995) vertrat Jakob Kindinger im Entschädigungsverfahren. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) bat 1953 den von 1941 bis 1945 im KZ Sachsenhausen inhaftierten Simmedinger, Betroffene vor allem bei der Durchsetzung der Anerkennung von Gesundheitsschäden zu unterstützen. „In [...] 17 Jahren seiner Tätigkeit entwickelte Albert Simmedinger eine hohe fachliche Kompetenz, die ihm die notwendige Akzeptanz vor den Entschädigungsbehörden im Regierungspräsidium Darmstadt und in Wiesbaden verschaffte.“ Diese Entschädigungsverfahren zogen sich oft über viele Jahre, manchmal Jahrzehnte hin. Simmedinger, der 1948 aus der KPD austrat, hatte eine Zulassung als Klägervertreter in der ersten Gerichtsinstanz erreicht, in der noch keine juristische Ausbildung verlangt wurde. „Dies ermöglichte vielen Antragstellern überhaupt erst, einen Klageweg gegen abgelehnte Bescheide einzuschlagen, da nun zunächst keine Anwaltskosten nötig werden, die die Antragsteller nicht aufbringen könnten.“ (Gruppe Stadteilerkundung Rödelheim: Die zweite Qual. Entschädigungsverfahren für Verfolgte in der NS-Zeit. Frankfurt/Main 1996, S. 36f).

HerzKreislaufstörungen und eine chronische Gastroenteritis (Magendarmkatarrh) hinzukommen. Die Arbeitsfähigkeit hat abgenommen und liegt bei ca. 50%. Aus dem Schreiben von Simmedinger an die Entschädigungsbehörde geht hervor, dass der Wirtschaftsschaden von Jakob Kindinger belegt sei und mit dem Festsetzungsbescheid W 663 wird Kindinger eine Kapitalentschädigung wegen Schadens im wirtschaftlichen Fortkommen von 3.600 DM zugesprochen.<sup>272</sup> Im Bescheid-Verzeichnis ist vermerkt, dass Jakob Kindinger am 21. April 1955 die Entschädigung ausgezahlt bekam. Vom 1. März bis 29. März 1954 hielt sich Jakob Kindinger zur Kur im Haus am See in Bad Elster, Bad der Werktätigen, auf. Die Behandlung erfolgte mit Moorumschlägen im Bereich des Oberbauches und einer Tinktur aus der Moritzquelle mit Glaubersalz. Der Arzt Dr. Finkenstein attestierte: „*Das Allgemeinbefinden ist gut. Wir entließen den Patienten am 29.3.54 aus unserer Kurbehandlung als arbeitsfähig nach 10 Tagen Schonung.*

*Eine ähnliche Therapie ist weiter fortzusetzen.*“<sup>273</sup>

Am 4. Januar 1957 stellte Dr. Knobloch eine Ärztliche Bescheinigung über die Arbeitsunfähigkeit Jakob Kindigers in seinem erlernten Beruf als Steinmetz aus. Die chronische Bronchitis, die sein Patient seit 1944 hat, habe sich verschlimmert durch den Staub, dem er bei seiner Tätigkeit ausgesetzt ist.

Diese Bescheinigung wird ausgestellt, nachdem Jakob Kindinger drei Monate bei der Firma M.M. Schmitt in Bensheim als Steinmetz gearbeitet hat und ist in Form einer Abschrift, vermutlich auf einem Antrag, der allerdings unleserlich ist, erhalten. Klägersvertreter Simmedinger fordert von der Entschädigungsbehörde in Darmstadt für Jakob Kindinger Entschädigungen wegen Gefährdung und Schaden von:

- „*Leben, Körper und Gesundheit*
- *Freiheitsentziehung und Beschränkung*
- *Eigentums- und Vermögensschäden*
- *Berufs- und Ausbildungsschäden*
- *Schäden in und außerhalb der Sozialversicherung*“<sup>274</sup>

Ein Vergleich kommt für ihn nicht in Frage. Auf diesem Antrag fehlt das Datum, er könnte aber aus dem Jahr 1965 stammen, da Simmedinger die wesentlichen Ansprüche in einem folgendem Antrag vom 30. März 1967 konkretisiert und sich dabei auf den „*Globalantrag aus dem Jahre 1965*“<sup>275</sup> bezieht. Die Tatsache, dass zwischen den Anträgen ca. zwei Jahre liegen, wirft jedoch Fragen auf.

In der „*Substantivierung des Globalantrags*“<sup>276</sup> gibt es drei Anspruchsforderungen:

- „*Der Zuschlag gem. § 92(2) wegen Berufsschadens*
- *Eine Rente ab 1.11.53 gem. § 31(2) im Hinblick auf den langen KZ-Aufenthalt des Antragstellers*
- *Soforthilfe gemäß § 141(6) im Hinblick auf die lange Haftdauer*“<sup>277</sup>

Simmedinger betont, dass ein eventueller Vergleich nicht zu akzeptieren sei und daher von vorneherein angefochten werde.

Aus einem handschriftlichen Brief von Jakob Kindinger an seinen Klägersvertreter Simmedinger vom 16. April 1967 geht hervor, dass er schon ab dem 1. November 1953 eine Rente bezieht und die Soforthilfe selbst geltend gemacht hat. Außerdem ist eine Erklärung beigefügt, in der Jakob Kindinger bestätigt, von Geburt an die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen und sie auch nicht aufgegeben oder verloren zu haben. Diese Erklärung ist für die Entschädigungsbehörde bestimmt und betrifft die Wohnsituation; am 14. September 1965 war hierzu ein neues Gesetz erlassen worden.<sup>278</sup>

Am 21. April 1967 schrieb Simmedinger erneut an die Entschädigungsbehörde in Darmstadt und teilte mit, dass Jakob Kindinger schon eine Rente erhalte und deshalb der Antrag auf Rente gem. § 31(2) entfalle. Er bat um Informationen bezüglich der Bearbeitung der Soforthilfe gem. § 141(6) und um Gewährung des Zuschlags wegen Berufsschadens gem. § 92(2). Herr Sprank, Mitarbeiter der

<sup>272</sup> HStA Wiesbaden, Abt.518, Nr.3871.

<sup>273</sup> Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv By/1, 662.

<sup>274</sup> HStA Wiesbaden, Abt.518, Nr.3871, Simmedinger, A. N.; An die Entschädigungsbehörde; 08.

<sup>275</sup> Ebd., Simmedinger, A. N.; Akz: D/1175; 30.März 1967.

<sup>276</sup> Ebd.

<sup>277</sup> Ebd.

<sup>278</sup> Leider geht daraus nicht hervor, was sich genau geändert hat und was das neue Gesetz besagt.

Entschädigungsbehörde, antwortete am 29. Juni 1967 nicht mit einer Zusage des Zuschlags, sondern mit einem Vergleichsvorschlag in Höhe von 720.- DM. Er begründete das damit, dass Jakob Kindinger zwar ein zwanzigprozentiger Zuschlag zustehe, „[...] er jedoch Ansprüche, die ihm bereits nach dem BEG/56 (Bundesentschädigungsgesetz, d. Verf.) zugestanden haben, nicht geltend machen und daher auch eine Neuberechnung der Kapitalentschädigung auf der Grundlage des BEG/56 nicht erfolgen kann [...]“<sup>279</sup>

Am 6. Juli 1967 unterzeichnete Klägersvertreter Simmedinger den Vergleich, damit waren auch „[...] sämtliche Ansprüche des Antragstellers gegen das Land Hessen auf Wiedergutmachung nach §§ 64-123 BEG-SG wegen Schadens in beruflichem Fortkommen nach Bundes- und Landesrecht vollständig abgegolten.“<sup>280</sup>

Außerdem musste jede Partei für die angefallenen Kosten aufkommen, dementsprechend hatte Jakob Kindinger die Anwaltskosten und einen Teil der Verfahrenskosten selbst zu tragen.

A.N. Simmedinger, der als Jakob Kindingers Vertreter im „Sozialausschuss der Verfolgten des Naziregimes in Hessen, Frankfurt am Main“<sup>281</sup> tätig war, beantragte zudem, nachdem der erste Antrag Kindingers vom 8. Januar 1950 abgelehnt worden war, am 1. März 1955 erneut eine Entschädigung wegen Schäden an Körper und Gesundheit. Er forderte Jakob Kindinger auf, zusätzlich zu den zwei ärztlichen Bescheinigungen die Entstehung seiner durch Verfolgung und Inhaftierung bedingten Krankheiten der Entschädigungsbehörde selbst darzulegen; seine Ausführungen sollten durch Zeugenaussagen gestützt werden.

Zwei überlebende Mithäftlinge des KZ Buchenwald bezeugen daraufhin schriftlich am 6. März 1955, dass Jakob Kindinger sich 1944 im KZ ein schweres Fieber zugezogen habe.

Die Entschädigungsbehörde führte am 25. März 1955 die Gründe für die Ablehnung des ersten Antrags auf Entschädigung wegen Gesundheitsschäden nochmals aus und bat um eine neue Darlegung. Im April 1951 ließ die Entschädigungsbehörde Jakob Kindinger vom Kreisgesundheitsamt in Heppenheim und zusätzlich im Juni 1951 im Elisabethenstift Darmstadt ärztlich untersuchen. Die Arbeitsunfähigkeit war durch die Diagnose einer chronischen Bronchitis und konstitutionellen Übererregbarkeit mit 20 - 25% eingeschätzt worden. Entschädigungszahlungen wurden damals nicht gewährt, da aufgrund der Ergebnisse eine „verfolungsbedingte nachhaltige Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit nicht vorlag“<sup>282</sup>.

Simmedinger führte am 30. April 1955 aus, dass Jakob Kindingers Früh-Sklerose, die Folge seiner Inhaftierung, schon früher geltend gemacht worden sei und sich diese jetzt verschlimmert habe. Eine derartige Bescheinigung ist in den Akten aber nicht vorhanden.

Im Gesetzestext hatte sich die Bewertung der chronischen Bronchitis geändert und wurde nun anerkannt.

In der Entschädigungssache nach § 15 BEG (Bundesentschädigungsgesetz) wegen gesundheitlicher Schäden, forderte Dr. Riedel am 5. Juli 1955 im Auftrag der Entschädigungsbehörde eine erneute fachärztliche Untersuchung Jakob Kindingers durch Dr. v. Lippmann. Dieser sprach sich gegen eine finanzielle Entschädigung aus und empfahl Jakob Kindinger als „Schmerzengeld“ eine „vierwöchige sommerliche Erholung in einem Luftkurorte“.

Jedoch erhielt Jakob Kindinger trotzdem am 25. September 1956 eine Kapitalentschädigung wegen Schadens an Körper und Gesundheit.

Er schrieb an Simmedinger am 19. Januar 1959 wegen einer Kur, die beantragt werden soll und teilte ihm mit, dass er aufgrund des von Seiten des Hausarztes erteilten Rates mit dem Antrag noch warten möge, bis dieser sich in dieser Angelegenheit erneut an ihn wende.

---

<sup>279</sup> Ebd., Sprank; Entschädigungssache Jakob Kindinger; 29. Juni 1967; 04.

<sup>280</sup> Ebd., Vergleich; 18. September 1967.

<sup>281</sup> Ebd., Kindinger, Jakob; Schreiben an A.N. Simmedinger; 19. Januar 1959.

<sup>282</sup> Ebd., Der Regierungspräsident in Darmstadt, Entschädigungsbehörde; Entschädigung nach §15 für Jakob Kindinger; 25. März 1955.

Der Hausarzt hielt den Hochsommer für einen besseren Zeitpunkt als den Winter. Wahrscheinlich steht das in Zusammenhang mit der chronischen Bronchitis Jakob Kindigers. In den Akten war kein Antrag für die Kur im Hochsommer zu finden; möglicherweise wurde sie nicht beantragt.

Jakob Kindinger musste jahrelang um sein Recht auf finanzielle Entschädigung streiten. Kurz nach seiner Befreiung aus dem KZ Buchenwald, als er und seine Familie vor dem finanziellen Ruin standen, wurde ihm vom Hilfswerk für ehemalige politisch Verfolgte des Naziregimes keine ausreichende finanzielle Unterstützung gewährt. Die 500 Reichsmark waren jedoch für Kindinger und seine Familie nicht ausreichend, um auch nur das Notwendigste zu bezahlen.

Der Streit um Entschädigung wegen Schadens im wirtschaftlichen Fortkommen zog sich von 1952 bis 1967 hin. Der erste Antrag wurde abgelehnt, in den Augen von Kindingers Rechtsbeistand Richard Graf, „[...] eine bewusst und vorsätzlich falsche Auslegung“. Wie das Bescheid-Verzeichnis ausweist, wurde der zweite Antrag genehmigt und eine Kapitalentschädigung gezahlt. Jakob Kindinger kämpfte darüber hinaus noch um eine Erhöhung der Kapitalentschädigung. Dies endete 1967 mit einem Vergleich.

## 6.4 Kindinger und seine Familie

*„Wie er heimgekommen ist, uns Kindern hat er nicht viel erzählt. Er hat zu mir gesagt, ich soll bei der Else bleiben. Die war das nicht gewohnt, dass da ein Mann war. Das war für das Kind auch nicht leicht, jahrelang ohne Vater. Auf jeden Fall hatten sie kein gutes Verhältnis miteinander. Wie er im Altersheim von der Arbeiterwohlfahrt war, da haben wir ihn besucht, da hat er gesagt: 'Ham, ham (heim, heim)! 'Der kommt nicht heim!' hat sie gesagt.*

*In der Sandstraße 39, da war das Elternhaus von seiner Frau, Kollerer, da hat die mit noch einem Bruder drin gewohnt.“*<sup>283</sup> Diese Darstellung einer Zeitzeugin wird von Arthur Hintze, Kindingers langjährigem Gewerkschaftskollegen, bestätigt, ja verstärkt: Wenige Tage bevor Kindinger ins Altersheim kam, habe er Kindinger auf dessen Wunsch hin besucht. Else, Kindingers Tochter, habe darauf bestanden, ihm das Essen nur püriert zu geben, darüber habe Kindinger seinen Unmut geäußert. Seine Tochter habe ihn dann ins Altersheim „gesteckt“.<sup>284</sup> Kindingers Frau Maria, die sonst in solchen Fällen vermittelt und insgesamt „die Hauptlast getragen“ habe, sei zu dieser Zeit selbst gesundheitlich angeschlagen im Krankenhaus gewesen. Günter Löffler, Anfang der 70er Jahre Wohngebietsgruppenvorsitzender der DKP, betont hingegen, bei seinen mehrfachen Besuchen nach Kindingers Schlaganfall im Haus Sandstraße 39 habe er „immer offene Türen vorgefunden“, keine politischen Vorbehalte bei Frau und Tochter Kindingers verspürt und den Eindruck einer „sehr guten Beziehung“ der beiden Frauen zu Jakob Kindinger in Erinnerung. Anders Peter Krämer, der empfand, als sei „es keinem angenehm, wenn man auftauchte.“<sup>285</sup> Er spricht damit die „Zwickmühle“ an, in der sich Kindinger befunden habe zwischen politischer Überzeugung und den familiären Bindungen, auf die er mit zunehmender Pflegebedürftigkeit stärker angewiesen war.

Gerd Helbling, früherer Geschäftsführer des DGB-Bezirks Bergstraße hat Kindinger ebenfalls mehrfach in seiner Wohnung in der Sandstraße 39 besucht. Ihm ist die verwinkelte Bauweise in Erinnerung, eine Folge der vielfältigen Umbauten des Hauses, in dem Tochter Elisabeth mit einer Verkäuferin und Mutter Maria zusammen zunächst ein Geschäft für Friseurartikel, später dann etwa seit Beginn der 70er Jahre ein Textilgeschäft führten.<sup>286</sup> Nur im Rückblick von bereits im Rentenalter befindlichen Mitbürgern<sup>287</sup> finden sich noch Eindrücke von diesem abgelegenen Laden, der auf Grund der „altmodischen“ Angebote vorwiegend ältere Kundschaft gehabt habe.<sup>288</sup> Kurt Hunger habe die wesentlichen

<sup>283</sup> Interview mit Frau Gutsche, Reichenbach am 18. Juli 2005.

<sup>284</sup> Interview mit Arthur Hintze am 27. Dezember 2005.

<sup>285</sup> Interview mit Peter Krämer, damals DKP-Mitglied, am 30. Dezember 2005.

<sup>286</sup> Interview mit Gert Helbling am 23. Dezember 2005.

<sup>287</sup> U.a.. Interview mit Frau E. am 27.12.2005

<sup>288</sup> Arthur Hintze berichtet, seine Frau habe aus Solidarität dort einige Kleider gekauft, diese aber nie getragen.



geschäftlichen Vorgänge routiniert gemeistert (Einkauf, Zahlungen, Buchführung). Übereinstimmend betonen Zeitzeugen, die familiären Verhältnisse seien „*schwierig*“ gewesen, da habe „etwas nicht gestimmt“: Else – ursprünglich sehr lebenslustig - wächst als „*Kriegskind*“ auf, über zwölf Jahre ohne ihren Vater, immer die Mutter Maria als Bezugsperson. Als ihr Vater aus dem Konzentrationslager zurückkehrt, ist sie knapp fünfzehn Jahre alt. Mit Jakob Kindinger kehrt ein Mann zurück, der „*nie einfach*“ gewesen sei, „*kaum kompromissbereit*“, durchaus „*patriarchalisch*“ eingestellt und zudem durch seine lange Leidenszeit ein Stück verbittert. Auch für jede andere Familie wäre das eine erhebliche Belastung gewesen. Es kommt zu einer auch im Umfeld wahrgenommenen Entfremdung. In Gesprächen mit Familienmitgliedern wurde Jakob Kindinger „*nie erwähnt*“. Zu den Reichenbacher Verwandten kühlt sich das Verhältnis immer weiter ab. Else habe „*in höheren Regionen*“ gelebt, also größere materielle Ansprüche gehabt. Ihr Mann Kurt Hunger habe sich aus den familiären Konflikten herausgehalten. Finanzielle Sorgen kommen hinzu: Der kleine Textilladen geht zunehmend schlechter und die Familie befürchtet, das Geschäft könnte unter Kindingers Rolle als kämpferischer Kommunist leiden. „*Auch wenn er zu Hause war, war er nicht da*“ und „*Die Welt hatte sich verändert, aber es musste Alles nach seinem Kopf gehen*“, wird sein Verhalten nicht selten geschildert. „*Verbohrt*“ sei er gewesen, rasch erbozt und aufbrausend, wenn seine Vorstellungen oder Vorschläge in Frage gestellt wurden. Insbesondere mit „*selbstständigen Frauen*“ habe er sich „*schwer getan*.“ Dies galt neben dem privaten auch im politischen Bereich: Kindinger habe Alles so machen wollen „*wie früher*“ und die Veränderungsnotwendigkeiten nicht erkannt. Kurt Hunger, der Mann von Else war mit 59 Jahren gestorben. Else war sehr krank und überlebte ihn – und ihre Mutter – nicht lange. Weitläufige Verwandte führten das Textilgeschäft noch eine Weile weiter.

Kindinger hielt sich leidenschaftlich gerne in den Kneipen in Grieselnähe auf, vor allem beim „*Clara*“ und beim „*Roten Häuptling*“ Petermann im „*Backebergel*“ in der Grieselstraße. Dort habe Kindinger durchaus eher in der Art eines „*Roten Funken*“ Sprüche gemacht, nicht selten nahe der Gürtellinie.



Sandstr. 39, das Haus, in dem Kindinger mit seiner Frau Maria (geb. Kollerer) und Tochter Elisabeth (genannt Else) lebte, bevor er in das Pflegeheim der Arbeiterwohlfahrt in der Eifelstraße kam. Im Brandkataster wurde im Jahre 1908 Sophie Zeig, Witwe von Franz Josef Zeig, als Eigentümerin des Anwesens Sandstraße 39 angeführt. Im Jahre 1931 ist der Schreiner Josef Edmund Zeig der Eigentümer. 1939 sind die Witve von Edmund Zeig und Maria Elisabeth Kollerer als Hausbesitzer angegeben. Erst im Jahre 1952 ist Jakob Kindinger angegeben und am 28. März 1973 ging die Immobilie in den Besitz von Kurt Hunger über.<sup>289</sup>

<sup>289</sup> Adreßbuch für den Kreis Bensheim und die Stadt Heppenheim 1935/36: Kindinger, Jakob, Steinhauer, Sandstr. 39; Zeig, Josef Edmund, Schreiner, Sandstr. 39.

„Anfang der 70er Jahre wurden die gesundheitlichen Einschränkungen bei Jakob Kindinger immer größer. Nach einem erlittenen Schlaganfall kam neben der körperlichen Einschränkung eine erhebliche Sprachstörung hinzu. Dieses Handicap war für ihn eine schmerzliche Erfahrung, d.h. nicht mehr sprechen und überzeugen zu können. (‘Reden war seine Kunst’, wie der langjährige Gewerkschaftskollege und Nachfolger im Amt des Fachsprechers Arthur Hintze betont, d. Verf.)

Gemessen an seiner lebenslangen Überzeugungs- und Schaffenskraft tat dies in unserer Erinnerung keinen Abbruch.“<sup>290</sup> Es blieb insbesondere sein Interesse an der Entwicklung der Gewerkschaften, wie Gerd Helbling berichtete. Günter Löffler hob in einem Interview am 28.12.2005 hervor, dass Kindinger selbst nach seinem Schlaganfall „beachtliche analytische Fähigkeiten“ bewiesen habe, stets gut aus zahlreichen Zeitungen informiert, nicht nur der „UZ“ und anderen DKP-Schriften. Frau Gutsche betonte in einem Interview, dass Kindinger sehr ungehalten wurde, wenn er das Gefühl hatte, sich nicht verständlich machen zu können. Der weitestgehende Verlust der Sprache muss ihn sehr getroffen haben, denn Kindinger habe sich in der Folgezeit sehr gerne im Garten aufgehalten. Ein treuer Gefährte sei ihm ein Schäferhund gewesen, mit dem er sehr liebevoll umgegangen sei, wie sich Gerd Helbling erinnert. Allerdings habe er ihn „nie im Griff gehabt“, weil er ihm nicht sprachlich eindeutig Befehle habe geben können.<sup>291</sup> Mit seiner Frau Maria habe er sich mit Gesten verständigt, „zwei liebe alte Leute“, wie sie Helbling charakterisiert.

Frau Gutsche konnte sich auch noch an Folgendes erinnern:

„Ich weiß, dass er jedes Jahr in die DDR gefahren ist, nach Buchenwald zu den Treffen der ehemaligen Häftlinge. Wir sind auch mal mit. Als wir gesehen haben, dass alles kaputt ist, haben wir ihn gefragt, was er davon hält. Da hat er gesagt: ‘D e n Kommunismus haben wir nicht gewollt.’ Er wollte den armen Leuten helfen.“



Jakob Kindinger auf einem Passfoto 1975<sup>292</sup>

---

Einwohnerbuch der Stadt und des Kreises Bensheim und der Stadt Heppenheim 1938: Kindinger, Jakob, Steinhauer, Sandstr. 39; Zeig, Edmund, Ww., o.B., Sandstr. 39. Kasper's Einwohner-Adressbuch Stadt Bensheim 1981. Nach amtlichen Unterlagen: Kindinger Jakob, Sandstr. 39; Hunger, Kurt, Sandstr. 39.

<sup>290</sup> Eskuche, Klaus: Jakob Kindinger. Kommunist-Gewerkschafter-Demokrat mit Herz und Seele. Unveröffentlichtes Manuskript 2001, S. 9.

<sup>291</sup> Interview mit Arthur Hintze am 27. Dezember 2005.

<sup>292</sup> Materialien der Geschichtswerkstatt Jakob Kindinger.



Sippentreffen (Bild ohne Jahresangabe. Quelle: Materialien der Geschichtswerkstatt „Jakob Kindinger“)



Sippentreffen (ohne Jahresangabe. Quelle: Materialien der Geschichtswerkstatt „Jakob Kindinger“)

## Der Tod von Jakob Kindinger – die letzten Stunden<sup>293</sup>

*„Als meine Großcousine Else Hunger, für mich war sie die ‘Tante Else’, am 17. November 1986 anrief und mich bat, zu ihrem Vater, für mich der ‘Onkel Jakob’, in das Altenheim der Arbeiterwohlfahrt in der Eifelstraße zu fahren, da er im Sterben liegen würde, war dies für mich die erste bewusste Begegnung mit einem sterbenden Menschen. Dass sie gerade mich angerufen hat, lag daran, dass ich ihr durch meinen Zivildienst als besonders geeignet erschien. Dies war keineswegs der Fall, denn ich hatte meinen Zivildienst in einer Werkstatt für Behinderte abgeleistet und war daher im Umgang mit Tod und Sterben völlig unerfahren. Dennoch kam ich diesem Wunsch ohne große Überlegungen nach.*

*In seinem Zimmer im Altenheim traf ich Onkel Jakob in einer Phase an, in der er nicht mehr mit seiner Umwelt direkt kommunizieren konnte. Der Blick war schon starr nach oben gerichtet und er atmete schwer. Seine Frau, für mich die „Tante Marie“, saß weinend und hilflos in der Ecke, weit entfernt vom Bett ihres sterbenden Mannes. Auch ich fühlte mich in dieser Situation hilflos. Was sollte ich tun? Tante Marie trösten, Onkel Jakob ansprechen, wo er doch offensichtlich auf keine Ansprache mehr reagieren konnte? Irgendwann ging die Tür auf, eine eher genervt wirkende Schwester trat an das Bett und führte Onkel Jakob mit einer Schnabellaste etwas Flüssigkeit zu. So schnell wie sie gekommen war, verschwand sie wieder und wir blieben zurück, genauso hilflos wie davor.*

*Ich weiß nicht wie viel Zeit vergangen war bis ich mich entschloss einfach meinem Instinkt zu folgen und mich zu Onkel Jakob ans Bett zu setzen. Ich ergriff seine Hand und strich ihm sanft über die eingefallenen Wangen. Sein Atem wurde ruhiger und ich hatte das Gefühl, dass die Anspannung zu weichen schien und er sich entkrampfte. Es folgte ein tiefer Atemzug und dann war Stille. Er war gestorben. In diesem Moment hatte ich das Gefühl, das vielleicht einzig richtige getan zu haben: menschliche Nähe und Zuwendung zu geben. Und es schien mir, als hätte er genau darauf gewartet um loslassen zu können.*

*Obwohl ich zu Onkel Jakob keine intensive Beziehung hatte und meine Erinnerungen an ihn sehr stark durch die Zeit nach seinem Schlaganfall geprägt war, hatte diese Erfahrung mit einem sterbenden Menschen mich stark beeinflusst. Die fehlende Anteilnahme des direkten Umfeldes und die Hilflosigkeit der Angehörigen hat mich dazu bewegt, mich intensiv mit diesem Thema ‘Sterben und Tod’ zu beschäftigen und mich in der Hospizbewegung zu engagieren. Der politische Mensch Jakob Kindinger war mir zu Lebzeiten fremd geblieben, obwohl ich selbst schon in früher Jugend politisch interessiert und engagiert war. Doch durch seinen Schlaganfall stand er in dieser Zeit als Gesprächspartner nicht mehr zur Verfügung. Sein Sterben als ein Mensch wie jeder andere hat dagegen tiefe Spuren hinter lassen!“*

Das Fernbleiben der Familienmitglieder bei der offiziellen Gedenkfeier auf dem Friedhof führt Helbling auf die Angst der Ladenbesitzer zurück, das Hunger'sche Textilgeschäft könne von der möglichen Verknüpfung mit dem kommunistischen Umfeld Kindingers beeinträchtigt werden. Anders der damalige Bensheimer Bürgermeister Georg Stolle, der auch an der Gedenkveranstaltung im „Dalberger Hof“ teil genommen hat, worum ihn Christa Krämer, die damalige Vorsitzende des DGB-Ortskartells gebeten hatte.

## 7. Kindinger als Politiker und Gewerkschafter in der Nachkriegszeit

Am 11. Juni 1945 wandte sich die KPD als erste Partei nach Kriegsende an die Öffentlichkeit. Sie wolle keine Sowjetisierung Deutschlands, sondern die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen habe, zu Ende führen. Dieses Programm solle von einem „Block der antifaschistischen demokratischen Parteien“ verwirklicht werden.

---

<sup>293</sup> Schilderung von Dr. Jürgen Wüst, Oktober 2005.

Die KPD war mit Ausnahme von Schleswig-Holstein und Württemberg- Hohenzollern bis zum Jahre 1947, teilweise bis zum Frühjahr 1948, an allen Landesregierungen beteiligt. 1945 begann die Partei auch eine umfangreiche Arbeit in Betrieben und Gewerkschaften. Angebote an die SPD zur Schaffung einer Einheitsfront scheiterten in den Westzonen. Spätestens 1948 begannen alle übrigen Parteien sich gegen die KPD zu verbünden.

Auf der Herner Konferenz vom 28. April 1948 wurde die KPD als eigene Organisation formell von der SED getrennt. Die Partei änderte ihre Strategie und rief das Volk dazu auf, sich gegen die anderen Institutionen zu erheben. Da die SPD ihre Politik den Plänen der großkapitalistischen Kräfte und der internationalen Reaktion untergeordnet habe, wurde die Einheitsfront von unten proklamiert. Auf Orts-, Kreis-, Betriebs- und Gewerkschaftsebene sollten Kommunisten mit Sozialdemokraten zusammen arbeiten. Im Jahre 1948 legte sich die KPD bedingungslos auf die Vorgaben der KPdSU fest. Zugleich wurde ihre auf der Herner Konferenz beschlossene Linie bekräftigt. Die KPD vertrat außerdem die These, dass der wirtschaftliche Wiederaufbau in Westdeutschland auf die Ausplünderung durch die westlichen Besatzungsmächte, besonders durch die USA gleichsam einem Kolonialsystem hinaus laufe.

Diese 1948 formulierte Politik hielt die KPD in ihrer Grundstruktur bei, bis sie 1956 Folgerungen aus dem XX. Parteitag der KPdSU zu ziehen anfang. Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik traten in der tagespolitischen Arbeit der Partei zurück zu Gunsten der Fragen der Wiedervereinigung und der Remilitarisierung.

Im Parlamentarischen Rat lehnte die KPD die Bildung eines westdeutschen Separatstaates ab und der Regierung Adenauer bestritt die Partei von Anfang an die nationale Legitimation. Auf dem „*Münchener Parteitag*“ (der in Weimar stattfand) vom 3. bis 5. März 1951 stellte die KPD den Kampf gegen die Remilitarisierung in den Mittelpunkt ihrer Politik.

Nach der Ratifizierung der Generalverträge und des EVG-Vertrages erließ die KPD am 23. März 1953 einen Aufruf „*zur Verhinderung der Kriegsverträge*“. Der Hamburger Parteitag vom 28. bis 30. Dezember 1954 setzte keine neuen Akzente. Auch nach Inkrafttreten der Pariser Verträge im Mai 1955 hielt die KPD an ihrer Politik fest. Vier Tage nach Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in die NATO bekannte sie sich zum Widerstandsrecht: „*Mehr denn je ist heute Widerstand gegen verfassungswidrig ausgeübte Gewalt jedermanns Recht und Pflicht. Heute, wo die Entscheidung zwischen Einheit und Spaltung, zwischen Frieden und Krieg auf der Tagesordnung steht, ist das Volk in erster Linie der berufene Sprecher für die Wahrung der Interessen der Nation. Das Volk selbst muß sein Schicksal in die Hand nehmen.*“<sup>294</sup>

Die politische Programmatik änderte die Partei erst nach dem XX. Parteitag der KPdSU, der vom 14. bis 25. Februar 1956 stattfand. Dieser proklamierte das Prinzip der „*friedlichen Koexistenz*“ zwischen sozialistischem und kapitalistischem Lager. In ihren „*Folgerungen*“ vom 18. März 1956 hieß es nun, dass die KPD vom Boden der Demokratie ausgehe und von Anfang an auf dem Boden der verfassungsmäßigen Grundrechte und Freiheiten stehe, die sie entschlossen gegen Verfassungsbruch und autoritäre Willkür verteidige. Neu war auch, dass die KPD auf eine Mehrheit im Bundestag zu setzen begann.

Die KPD verlor bis 1956 kontinuierlich an Mitgliedern. In den ersten Nachkriegsjahren hatte sie mit etwa 300 000 einen Höchststand erreicht. Zum Zeitpunkt der Auflösung 1956 war die Mitgliederzahl auf knapp 70 000 geschrumpft.

Formal war die KPD dem Prinzip des „*demokratischen Zentralismus*“ verpflichtet, wonach jede Organisation die nächsthöhere wählt und zugleich ihren Beschlüssen unterworfen ist. „*Praktisch bestand neben dieser von unten nach oben gerichteten Struktur noch eine weitere, die von oben nach unten verlief: Nach der internen 'Nomenklatur der leitenden Kader' bedurfte jeder Parteifunktionär zur Ausübung seines Parteiamts der Zustimmung höherer Parteiorgane.*“<sup>295</sup> Somit konnte der gesamte Funktionsapparat lückenlos von oben kontrolliert werden.

---

<sup>294</sup> Zit. n. Brünneck, Alexander von: Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968. Frankfurt/Main 1978, S. 33.

<sup>295</sup> Ebd., S. 35.



Die Hauptursachen für das Scheitern der Politik der KPD sind primär in ihrer Orientierung an der Sowjetunion und ihrem Eintreten für die DDR zu sehen, weiterhin in der fortschreitenden ökonomischen Aufwärtsentwicklung der Bundesrepublik.

Am 17. August 1956 wurde die KPD vom Bundesverfassungsgericht nach fast fünfjähriger Verfahrensdauer verboten.

Die Partei war auf das Verbot vorbereitet. In der Illegalität gelang es ihr, ihre politische Arbeit in gewissem Umfang fortzusetzen. In der DDR, wo sich die meisten leitenden Funktionäre befanden, tagten regelmäßig die Leitungsgremien. 1957 und 1963 fanden in der DDR Parteitage der KPD statt. Ihre Mitgliederzahl schmolz in der Zeit der Illegalität auf etwa 6000 bis 7000 zusammen.

Im Jahre 1968 wurde die Deutsche Kommunistische Partei gegründet, sich erstmals an den Bundestagswahlen vom 19. November 1972 beteiligte. Auf die DKP entfielen 113 891 Stimmen (0,3 %). Am 3. Oktober 1976 entfielen auf sie 118 581 Stimmen (0,3 %). Bei den Bundestagswahlen vom 5. Oktober 1980 errang sie 71600 Stimmen (0,2 %) und am 6. März 1983 nur noch 64986 (0,2 %). Zu den Bundestagswahlen am 25. Januar 1987 trat die DKP nicht an, ebenfalls nicht zu den ersten gesamtdeutschen Wahlen am 2. Dezember 1990. Zu den Bundestagswahlen am 27. September 1998 und 22. September 2002 stellte sie lediglich Direktkandidaten auf.

## 7.1 Jakob Kindinger als Parteipolitiker nach 1945

Der nachfolgende Aufruf zur Landtagswahl 1954 veranschaulicht Charakteristika Kindingers im Spiegel der von ihm selbst herausgegebenen KPD-Zeitung „Bensheimer Sprachrohr“. Zugleich klingen darin die Schwerpunkte seiner politischen Arbeit an:

*„Unser Kandidat zu den Landtagswahlen: Jakob Kindinger*

*Jeder in Bensheim kennt ihn. Er ist uns kein Fremder. Am 5. Juli 05 wurde er als Sohn des Steinhauers Johannes Kindinger in Reichenbach geboren. Er ist Odenwälder. Der Beruf seines Vaters wurde auch sein Beruf.*

*Das harte Leben der Arbeiter und Bauern im Odenwald führte ihn schon früh in die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaftsarbeit. Sein entschlossenes Eintreten für die Sache der Arbeiter und Bauern und sein kompromissloser Kampf gegen Faschismus und für die Erhaltung des Friedens trug ihm schon im Jahre 1932/33 schwere Verfolgungen ein, und im Jahre 1935 wurde unser Kandidat zu 3 Jahren Zuchthaus wegen Vorbereitung zum Hochverrat von den Nazigerichten verurteilt. Anschließend musste er 7 Jahre das furchtbare Leben eines Häftlings im Konzentrationslager tragen. Die Faschisten haben seinen Willen nicht gebrochen.*

*Nach dem Krieg haben die Bensheimer sein politisches Wirken unmittelbar gesehen. Immer galt sein Sorgen den sozial Schwachen.*

*Die Wohnungssuchenden wissen, dass er als Mitglied des Gemeinderats und der Wohnungskommission hart und unerschütterlich für die gerechte Verteilung der Wohnungen eingetreten ist. Den Siedlern am Sportplatz ist er bekannt, weil er wochenlang unermüdlich und zäh für die Verbilligung ihrer Bauplätze gekämpft hat. Die Bewohner vom Griesel sahen seinen zielbewussten Kampf für den Ausbau der Kanalisation. In 2 Artikeln in unserer Ortszeitung, in einer Versammlung und einem Besuch bei dem Herrn Bürgermeister hat er die Interessen der Bevölkerung gewahrt. Die Kritik hat geholfen. Die Vermessung ist begonnen, und im Ausschuss hat die Stadtverwaltung zugesagt, dass der Bau jetzt durchgeführt wird, wenn das Geld dazu da ist. Unser Kandidat Jakob Kindinger wird weiter darüber wachen, dass der Ausbau der Kanalisation nicht wieder verschleppt wird.*

*Als Vorsitzender des Betriebsrates der Arbeiter und Angestellten der Stadtverwaltung hat er sich das Vertrauen der Belegschaft erworben, so dass er trotz aller Anfeindungen politischer Gegner mit steigender Mehrheit von Wahl zu Wahl gewählt wurde. Gewerkschaftler und Betriebsarbeiter kennen unsern Jakob als vorbildlichen Gewerkschaftler, der nichts Anderes kennt und will als die Wahrung der Interessen der Arbeiter und Angestellten.*

*Jakob Kindinger kennt im öffentlichen Leben nur eines: die Interessen der Bevölkerung. Rücksichten auf die eigene Person kennt er nicht. Die Einwohner von Zell wissen noch, dass sie den Ausbau ihrer Straße seiner Initiative verdanken. Er hat auf seine Verantwortung den jahrelang unausgeführten Beschluss des Gemeinderats durchgeführt und die Straße über die Anweisung der Stadtverwaltung hinaus ausgebaut und sich nicht gefürchtet, als er vom Bürgermeister zur Rechenschaft gezogen werden sollte. Er war vom Recht der Zeller auf ihre Straße überzeugt und hat deshalb nicht gezögert, seine Person einzusetzen.*

*Als Adenauer versuchte, durch seinen bekannten Erlass die Kommunisten zu Verrätern an ihrer Partei zu machen, da hat Jakob Kindinger in der schweren Entscheidung zwischen seinem Arbeitsplatz, der seine Familie ernährte, und seiner Überzeugung keine Minute gezögert. Er blieb standhaft bei seiner Überzeugung und opferte seinen Arbeitsplatz. Auch seiner Standhaftigkeit war es mit zu danken, dass er mit allen, die gleich ihm ihre Arbeit verloren hatten, nach wenigen Wochen wieder eingestellt werden musste, da Adenauers Vorgehen ungesetzlich war.*

*Unser Kandidat hat also in der Vergangenheit immer wieder bewiesen, dass er unter vollem Einsatz seiner Person für die Interessen der Werktätigen eintritt. Das ist die Gewähr dafür, dass Jakob Kindinger auch in Zukunft nur die Sorge für das Volk kennen wird.*

*In Bensheim arbeiten bis zu 90 % Frauen in einer Reihe von Betrieben. Sie erhalten 30 bis 40 % weniger Lohn als die Männer, obwohl die Gleichberechtigung der Frau und damit die Forderung 'gleicher Lohn für gleiche Arbeit' bereits 1946 in der Hessischen Verfassung verankert wurde. Es ist bedauerlich, dass es eine sozialdemokratische Regierung ist, die in Wiesbaden diese Forderung nicht durchführt. Unser Genosse Kindinger wird in dem Kampf um die wirkliche Gleichberechtigung der Frau nicht ermüden.*

*Sowohl als Kandidat wie als Gewerkschaftler wird er immer wieder die Forderung erheben, dass Bensheim aus der Tarifgruppe B nach A überführt wird, wie es dies beanspruchen kann. Den Lohn- und Gehaltsempfängern wird das im Monat 20 bis 30 Mark ausmachen.*

*Und vor allem wird unser Kandidat Jakob Kindinger seine Kraft und sein Können weiter in dem Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands zu einem freien und demokratischen Staat einsetzen. Er wird den Kampf für die Erhaltung des Friedens und gegen Krieg und Verelendung des Volkes durch den Militarismus entschlossen weiter führen.*

*Unser Genosse Jakob Kindinger verdient  
Euer Vertrauen!*

*Darum wählt Kommunisten – Wählt Kindinger!*<sup>296</sup>

Am 14. April 1945 fand im Sitzungssaal des Bensheimer Amtsgerichts eine konstituierende Stadtverordnetensitzung statt, deren Vertreter von den Amerikanern ernannt wurden. Vertreter der KPD waren Ludwig Weiß und Georg Menges. Der Stadtverwaltung gehörte als hauptamtlicher Beigeordneter Hans Lehmann-Lauprecht (KPD)<sup>297</sup> an.

Jakob Kindinger kehrt am 16. Mai 1945 aus seiner politischen Haft nach Bensheim zurück.

---

<sup>296</sup> Bensheimer Sprachrohr. Zeitung der KPD für die Bensheimer Bevölkerung November 1954. Verantwortlich für Druck und Verlag: Jakob Kindinger, Bensheim, Sandstr. 39, S. 7f.

<sup>297</sup> Zwischen Lehmann-Lauprecht und Bürgermeister Treffert kam es am 25. April 1948 in Auerbach zu einer Auseinandersetzung. Es ging um Plakatierungsaktionen der CDU, die nach Ansicht Lehmann-Lauprechts Treffert rückgängig machen sollte. Vgl. H 13 Darmstadt Nr. 21: Strafanzeige von Hans Lehmann-Lauprecht gegen Bürgermeister Joseph Treffert, Bensheim.



# Heimkehr aus der Hölle

Die folgenden Insassen des Konzentrationslagers Buchenwald werden, wie die „Frankfurter Presse“ erfährt, in absehbarer Zeit zurück-  
erwartet:

Achten, Johann, Walmühl (Niederrhein), Kirch-  
straße 5; Adam, Edmund, Ffm., Reuterweg 7; Anlauff,  
Rolf, Wiesbaden, Schiersteiner Straße 5; Balz, Jacob,  
Oppenheim, Turnstr. 1; Bardel, Peter, Ffm., Oscar-  
von-Miller-Straße 9; Bauer, Emil, Ffm., Unterweg 24;  
Baumgärtner, Willi, Wiesbaden, Hirschgraben 24;  
Becker, Karl, Darmstadt, Helmatättenweg 111; Becker,  
Theodor, Steinsper, Kr. Biedenkopf; Becker, Otto,  
Steinsper, Kr. Biedenkopf, Rollstr. 99; Beiner, Josef,  
Ffm., Hemmerichweg 2; Berger, Kurt, Mainz-Nieder-  
roden, Schulstr. 88; Bernhardt, Ludwig, Ffm., Uhl-  
landstraße 10; Bischof, Karl, Ffm.-Niederrad, Kesselberg-  
straße 18; Blum, Kurt, Mainz, Augustinerstraße; Bohling,  
Kurt, Gießen, Asterweg 72; Borst, Willy, Klein-  
Krotzenburg (Han. Siedlung 5); Brehm, Georg, Offen-  
bach, Kurfürstenstr. 52; Buchner, Maximilian, Ffm.,  
Mainzer Gasse 3; Bukowsky, Clemens, Ffm., Am Geist-  
pfortchen 2; Burger, Hans, Ffm., Schwanthalerstr. 57;  
Wiesbaden, Blücherstr. 16; Colombell, Heinz, Hadamar  
(Wiesb.), Alte Ohaussestr. 27; Credner, Heinz, Gießen,  
Schottstr. 42; Dambacher, Otto, Gersfeld, Ursulius-  
straße 25; Degenhardt, Friedrich, Ffm.-Bonames, Gon-  
senheimer Straße 56; Diehl, Heinz, Sprendlingen bei  
Bingen-Rhein, Schulstr. 13; Eberts, Georg, Heppenheim,  
Brieffelstr. 6; Eckardt, Heinz, Hanau; Elchhorn, Lud-  
wig, Ffm., im Burgfeld 2; Emig, Peter, Fürth-Erden-  
bach, Odenwald; Escales, Erich, Wiesbaden, Nassauer  
Straße 19; Fischer, Karl, Steinbach, Garbenteicher-  
weg 3; Flöter, Günther, Wiesbaden, Dotzheimer Str. 83;  
Frings, Josef, Wetzlar, Michaelsplatz 3; Fuchs, Chri-  
stian, Wiesbaden, Adelheidsstraße 11; Fuchs, Emil,  
Ffm., Schützenstraße 11; Fuchs, Firmin, Reinheim,  
Georgenstr. 5; Geins, Jean, Heidesheim, Ernst-Ludwig-  
Straße; Götz, Heinrich, Melbach, Kr. Friedberg; Götz,  
Georg, Balkhausen i. O., Hauptstr. 65; Graf, Josef,  
Offenbach a. M., Nordring 60; Graumann, Heinz, Wies-  
baden, Jahnstr. 38.

Hammann, Wilhelm, Groß-Gerau; Harat, Oscar,  
Bad Homburg, Mühlgasse 2; Hassinger, Raymond,  
Mainz, Nieder-Saulheim; Hergert, Ludwig, Bad Orb,  
Friedrichsthaler Straße 2; Herzog, Herbert, Ffm.; Heß,  
Wilhelm, Marburg-Lahn, Dreihäusen; Hild, Willi, Ffm.,  
Höchst, Oberweg 42; Groning, Paul, Montabaur, Eliza-  
bethenstr. 8; Gußmann, Heinz, Schwarzberg b. Mainz,  
Backhausstraße 2; Haas, Wilhelm, Worms, Bären-  
gasse 14; Hahn, Lorenz, Gießen, Am Ringelpfad 94;

Haskel, Tydor-Heinz, Ffm., Habsburger-Allee 16;  
Häberle, Josef, Pfeddersheim bei Worms, Kirchstr. 2;  
Heilmann, Hans, Ffm.-Nied. Sauerstr. 44; Henß, Jacob,  
Niederrodenbach b. Darmstadt, Neustr. 20; Herzog,  
Fritz, Ffm.-Heddernheim, Nassauer Straße 21; Heß,  
Karl, Tiefenbach b. Wetzlar; Hingel, Otto, Wiesbaden,  
Karl-Ludwig-Straße 9; Hock, Friedrich, Ffm., Wittels-  
bacher-Allee 199; Hodes, Herm., Ffm., Musikanten-  
weg 12; Hofmann, Willi, Ffm., Taunusstr. 12; Hürten,  
Heinz, Ffm., Textorstr. 82; Jacobi, Kurt, Ffm.-Höchst,  
Alt-Höchst 4; Kaiser, Karl, Wiesbaden-Bierstadt, Rom-  
bacher Straße 25; Kalbfleisch, Heinz, Gießen, Liebig-  
straße 66; Kaufhold, Karl, Schwickershausen, Well-  
straße 12; Katz, Gustav, Wiesbaden, Horst-Wessel-  
Straße 20; Kiesler, Leopold, Ffm., Heimatrung 40; Kin-  
dinger, Jakob, Bensheim, Darmstädter Landstraße 39;  
Koch, Heinz, Ffm.-Bonames, Hainstr. 14; Kohl, Herm.,  
Ffm., Gr. Rittergasse 43; Kohl, Philipp, Vilbel, Hom-  
burger Straße 17; Lens, Wilhelm, Gießen-Wiesack,  
Gießener Straße 90; Lind, Erich, Wetzlar; Lind, Johann,  
Ffm.-Niederrad, Schwarzwaldstr. 2; Link, Stefan, Ffm.,  
Heimatrung 40; Lücke, Georg, Ffm.-Bonames, Am Burg-  
hof 37; Maier, Hans, Ffm.-Praunheim, Kolbenberg-  
straße 14; Markowitsch, Wolf, Ffm., Uhländstr. 54;  
Marx, Julius, Ffm., Schützenbrunnen 13; Mayer, Hans,  
Hadamar b. Wiesbaden, Hammelburg 3; Müller, Jakob,  
Neuborn b. Wetzlar, Eckartsloh 8; Müller, Karl, Ober-  
roden i. Odenw., Odenwalderstr. 20; Müller, Theo.,  
Offenbach, Hermannstr. 4; Müller, Wilh., Ffm.-Schwan-  
heim, Am Auerborn 7; Muth, Karl, Hanau, Blücher-  
straße 24; Münchheimer, Bernh., Ffm., Waldschmidt-  
straße 72; Nachmann, Fritz, Hanau, Hirschstr. 10;  
Naring, Hubert, Hanau, Lamboystr. 17a; Ners, Wilhelm,  
Ffm., Gutzkowstr. 84; Neumann, Julius, Ffm., Mosel-  
straße 32.

Obenauer, Hermann, Klein-Krotzenburg, Haupt-  
straße 45; Obmann, Georg, Offenbach, Geleitstr. 32;  
Odenbach, Georg, Ffm.-Höchst, Kasinost. 5; Ohlof,  
Fritz, Mainz, Preußstr. 44; Packeisen, Emil, Ffm.,  
Uhländstr. 1; Perl, Georg, Ffm., Allerheiligenstr. 41;  
Persson, Erich, Langen, Schweingartenstr. 24; Pfaffen-  
dorf, Kurt, Ffm., Seilerstr. 20; Reidel, Karl, Langen-  
selbold, Rosenstr. 7; Reinhardt, Friedrich, Ffm., Epp-  
steiner Straße 4; Reinhardt, Ludw., Ffm., Kruppstr. 14;  
Reinhardt, Rudolf, Hilders (Rhön), Schützenstraße 7;  
Reusch, Karl, Ffm., Bornheimer Landstraße 2; Reuter,

Auszug aus: Roth, Artur (Hrsg.): Unter den Augen der SS. Otto Roth und der bewaffnete Aufstand im KZ Buchenwald. Bonn 1995, S. 192. In der nicht berücksichtigten dritten Spalte lautete der letzte Abschnitt: „Die genannten politischen Häftlinge wurden im Hauptlager Buchenwald aufgefunden. Die Listen der in den Außenlagern befindlichen Häftlingen können erst später erscheinen.“

Im Folgenden soll versucht werden, seine Tätigkeit als Kommunalpolitiker zu rekonstruieren. Außerdem soll seine Rolle innerhalb der KPD beleuchtet werden. Besonders sollen die Spannungsverhältnisse heraus gearbeitet werden, in die Jakob Kindinger als überzeugter Antifaschist und Kommunist im Deutschland der 50er Jahre geriet.

„Als ich 1945 nach 10 ½ jähriger politischer Haft am 16. Mai 1945 nach Bensheim zurückkehrte, stellte ich mich am 24. Mai 1945 trotz noch vorhandener, erheblicher körperlicher Schwäche als Folge der langjährigen Haft mit ganzem Einsatz dem Wiederaufbau der Stadt zur Verfügung.“<sup>298</sup> So gehörte Kindinger dem Bensheimer Bürgerrat vom September 1945 bis Februar 1946 an. Der Bürgerrat setzte sich aus 24 „Stadtverordneten“ zusammen, die nicht gewählt, sondern vom Bürgermeister mit Genehmigung der Militärbehörde berufen wurden (SPD: 9, CDU: 7; KPD: 5, Parteilose: 3). Neben Jakob Kindinger gehörten dem Bürgerrat die Kommunisten Fritz Maul, Ludwig Weiß, Louis Hohlweck und Franz Schlink an. Ursprünglich war an Stelle von Jakob Kindinger der Auerbacher Richard Graf als Stadtverordneter seitens der „Arbeitsgemeinschaft-Bensheim“ vorgesehen, der dann aber in einem Schreiben vom 3. August 1945 an den neuen Bensheimer Bürgermeister Willy Klapproth<sup>299</sup> zurück

<sup>298</sup> Archiv der Stadt Bensheim, Personalakte Jakob Kindinger, Straßenbaumeister, geb. 1905.

<sup>299</sup> Willy Klapproth (früherer Polizeipräsident der Stadt Frankfurt a.M.)

gezogen wurde.<sup>300</sup> Die erste demokratische Kommunalwahl nach der Nazizeit fand am 27. Januar 1946 statt. Die KPD erhielt 686 Stimmen, was wegen der Sperrminorität von 15 % für keinen Sitz reichte. In der Kommunalwahl vom 25. April 1948 entfielen 1011 Stimmen auf die KPD, die zwei Vertreter in die Gemeindevertretung entsenden konnte.

Die Stadtverordnetenversammlung setzte sich wie folgt zusammen: CDU: 10, SPD: 8, LDP: 4, KPD: 2. Neben Jakob Kindinger war Hans Lehmann-Lauprecht (bis Januar 1950) und Franz Schlink KPD-Vertreter. Jedoch am 5. Mai 1952 hatte sich der Stimmenanteil für die Kommunisten mit 521 Stimmen fast halbiert, was nicht zu einem Mandat ausreichte.<sup>301</sup> Nach dem KPD-Verbot trat Kindinger mit der ÜIBB („Überparteiliche Interessenvertretung der Bürger Bensheims“) an, auf die am 29. September 1956 751 Stimmen entfielen, womit Jakob Kindinger erneut in die Bensheimer Stadtverordnetenversammlung einziehen konnte. Auf seine Wählerinitiative entfielen am 23. Oktober 1960 nur noch 425 Stimmen, was nicht für den Wiedereinzug ins Bensheimer Stadtparlament genügte.<sup>302</sup>

Aus seiner Personalakte geht hervor, dass es zwischen Kindinger und seinem Vorgesetzten erhebliche Querelen gegeben hatte, was bereits im vorangehenden Kapitel 6.2 dargelegt wurde. Dies lässt sich auch aus verschiedenen Aktennotizen erkennen, die später behandelt werden, und zeigt sich deutlich im Versuch der strikten Anwendung des „Adenauererlasses“ im Jahr 1950. In diesem Jahr kandidierte Jakob Kindinger auch bei der Landtagswahl am 19. November 1950 für die KPD.

---

Willy Klapproth wurde am 11. Dezember 1892 in Wabern als Sohn eines Bauunternehmers geboren. Er besuchte die Oberrealschule in Dortmund und nahm darauf von 1914 bis 1918 am Ersten Weltkrieg teil. Nach seiner Entlassung aus dem Heeresdienst im Jahre 1918 besuchte er die Polizeischule Recklinghausen zwecks Ausbildung für die höhere Polizeilaufbahn und gehörte dann in den Jahren 1919 bis 1924 zunächst ein Jahr der Polizei der Stadt Dortmund und in den folgenden Jahren der Schutzpolizei in Preußen, zuletzt als Polizeihauptmann in Hannover, an.

Vom 1. Januar 1925 bis 3. März 1933 war er sodann Polizeidirektor und höherer Polizeibeamter in verschiedenen größeren Städten. Unmittelbar nach der Errichtung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wurde er verhaftet und als politisch unzuverlässig – weil seit 1920 Mitglied der SPD – entlassen.

In den Jahren 1933 bis 1945 war Klapproth selbständiger Großhandelsvertreterin in Frankfurt a. M. tätig. Im Zweiten Weltkrieg wurde er, obwohl Reserveoffizier, wegen politischer Unzuverlässigkeit nicht einberufen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war er zunächst Regierungsdirektor und Leiter der Polizeiabteilung des Oberregierungspräsidiums Mittelrhein-Saar in Neustadt a.H. (1945) und im Anschluss daran Bürgermeister der Stadt Bensheim (1945/46). Nachdem er weiterhin noch kurze Zeit als Referent und Oberregierungsrat beim Regierungspräsidenten in Darmstadt tätig gewesen war (1946), erfolgte am 12. Dezember 1946 seine Ernennung zum Polizeipräsidenten der Stadt Frankfurt a. M.

Mitte Juni 1951 wurde Klapproth von dieser Stellung vorläufig suspendiert und wenige Tage später, am 21. Juni 1951, verhaftet. Gleichzeitig wurde gegen Klapproth ein Dienststrafverfahren eröffnet. Die Festnahme erfolgte wegen Verdachts des Meineids und der Verleitung zum Meineid im Zusammenhang mit der eidlichen Aussage Klapproths in dem vorangegangenen Frankfurter Polizeibestechungs-Prozess, er habe vor der Währungsreform wöchentlich etwa zwei Päckchen unverzollter amerikanischer Zigaretten erhalten und diese für sich verbraucht. In dem vor der Ersten Großen Strafkammer Frankfurt/Main durchgeführten Verfahren wurde Klapproth Anfang November 1951 nach viertägiger Verhandlung wegen Meineids zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Klapproth entgegen der erwähnten Aussage nicht nur 4 – 6 Päckchen amerikanischer Zigaretten, sondern in Wirklichkeit drei Jahre hindurch laufend Zigaretten aus Asservatenbeständen erhalten habe. Von der Anklage der versuchten Verleitung zum Meineid wurde Klapproth wegen nicht ausreichender Beweise freigesprochen. In einem weiteren Verfahren wegen Steuerhhelei wurde Klapproth am 26. Oktober 1953 von der Ersten Strafkammer des Landgerichts Frankfurt freigesprochen, da er in einem entschuldbaren Irrtum über die Strafbarkeit seines Verhaltens befangen gewesen sei. Wenige Tage vorher war die zehnmonatige Gefängnisstrafe aus dem ersten Verfahren auf ein Gnadengesuch Klapproths hin auf Bewährung ausgesetzt worden.

Anschrift: Frankfurt a. M., Nesenstr. 7

Aus: Internationales Biographisches Archiv (Munzinger-Archiv) Lieferung 2/54 vom 16. Januar 1954.

<sup>300</sup> In der Ausgabe November 1954 der KPD-Zeitung „Bensheimer Sprachrohr“ wird darauf hingewiesen, dass Franz Schlink nicht mehr im Namen der Partei sprechen dürfe, weil er ausgeschlossen wurde.

<sup>301</sup> In der Festschrift „Geschichte der Bensheimer Rathäuser“ aus dem Jahre 1984 wird Jakob Kindinger irrtümlich als Stadtverordneter der Legislaturperiode 1952-1956 geführt (S. 166).

<sup>302</sup> Angaben nach Hellriegel, Martin: 40 Jahre CDU Bensheim. Ein Beitrag zur Parteiengeschichte und zur Heimatgeschichte. Bensheim 1985.

## Überblick über die Wahlergebnisse der KPD bei den Bundestagswahlen der Nachkriegszeit:

	Gültige Stimmen	KPD	in %	Mandate
14. August 1949	23 732 398	1 361 708	5,7	15
6. September 1953	27 551 272	607 860	2,2	0 <sup>303</sup>

Land Hessen		Wahlkreis 48	
<b>Stimmzettel</b>			
für die Landtagswahl am 19. November 1950			
<b>1</b>	<b>Schmitt</b> Adam, Bürgermeister Rimbach, Brunnengasse 23 Nachfolger: <b>Hebel</b> , Günther, Ingenieur Reichenbach, Knödener Str. 8 <b>Sozialdemokratische Partei Deutschlands</b>	<b>SPD</b>	<input type="radio"/>
<b>2</b>	<b>Günderoth</b> Adam, Bürgermeister Lampertheim, Riesengasse 19 Nachfolger: <b>Fischer-Defoy</b> , Wolff, Landwirt Hochstädten, Hauptstraße 9 <b>Christlich Demokratische Union</b>	<b>CDU</b>	<input type="radio"/>
<b>3</b>	<b>Dr. Kaul</b> Alex., Volks- u. Betriebswirt Bensheim, Parkstraße 1 Nachfolger: <b>Schäfer</b> , Adam VL, Kaufmann Rimbach, Bismarckstraße 7 <b>Freie Demokratische Partei</b>	<b>FDP</b>	<input type="radio"/>
<b>4</b>	<b>Zeiss</b> Jakob, Invalidenrentner Fürth/Odw., Krödelbacherstr. 20 Nachfolger: <b>Kindinger</b> , Jak., Straßenmeister Bensheim, Sandstraße 39 <b>Kommunistische Partei Deutschlands</b>	<b>KPD</b>	<input type="radio"/>

Für die Bundestagswahl 1953 wurde Jakob Kindinger von seiner Partei sogar als Direktkandidat im Wahlkreis 147 Bergstraße aufgestellt. Der Wahlkreis fiel an den späteren Außenminister Heinrich von Brentano (1904-1964).

<b>Stimmzettel</b>			
für die Bundestagswahl im Wahlkreis Nr. 147 Bergstraße am 6. September 1953			
Jeder Wähler hat 2 Stimmen!			
Erststimme		Zweitstimme	
für die Wahl des Wahlkreisabgeordneten		für die Wahl nach Landeslisten	
1	<b>Schwabe, Volkmar</b> Bürgermeister Lindenfels i. Odw. Gartenweg 5 <b>SPD</b>	1	<b>Sozialdemokratische Partei Deutschlands</b> Ollenauer, Zinn, Jaksch, Frau Beyer, Merten <b>SPD</b>
2	<b>Rodemer, Heinrich</b> Redakteur Darmstadt Tausenstraße 40 <b>FDP</b>	2	<b>Freie Demokratische Partei</b> Euler, Dr. Freusker, Hopp, Dr. Hammer, Feßbender <b>FDP</b>
3	<b>Dr. von Brentano, Heinrich</b> Rechtsanwalt u. Notar Darmstadt Ohlystraße 58 <b>CDU</b>	3	<b>Christlich-DEMOKRATISCHE Union</b> Dr. Adenauer Dr. von Brentano Frau Schwarzhaupt Mansch, Pätzner <b>CDU</b>
4	<b>Kindinger, Jakob</b> Steinhauer Bensheim Sandstraße 39 <b>KPD</b>	4	<b>Kommunistische Partei Deutschlands</b> Reimann, Fuch, Müller, Achenbrandt, Zingler <b>KPD</b>
5	<b>Jatsch, Anton (M d L)</b> Ingenieur Bensheim Güntherstraße 7 <b>BHE</b>	5	<b>Gesamtdeutscher Block / BHE</b> Dr. Czerniak, Kuntz, Seiboth, Dr. Kaul, Dr. Pfeiffer <b>BHE</b>
6	<b>Krämer, Georg Heinrich</b> Rev.-Ing. (Dipl.-Ing.) Rüsselsheim Karlstraße 6 <b>GVP</b>	6	<b>Gesamtdeutsche Volkspartei</b> Mönnich, Dr. Respondek, Frau Dr. Faßbinder, Kramer, Neitz <b>GVP</b>
		7	<b>Deutsche Partei</b> Dr. Schranz, Koppal, Keller, Wulfer, Schilde <b>DP</b>

<sup>303</sup> nach: Becker, Klaus J.: Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946-1956. Mainz 2001, S. 332f.

Ein Bericht über eine „stürmisch verlaufene KPD-Versammlung“ am 10. August 1946 im „Bensheimer Hof“ verdeutlicht einerseits die enorme soziale Not der Nachkriegszeit, andererseits aber auch die Schärfe in der politischen Auseinandersetzung.

Die KPD hatte zu einem Vortrag über das Thema „Hausfrauen, Schlangensteher, was geht in Bensheim vor?“ eingeladen. Redner war Jakob Kindinger, Vorsitzender der KPD, Ortsgruppe Bensheim. Die Versammlung war von etwa fünfhundert Personen besucht. Treffert nahm trotz Einladung nicht daran teil, „weil vorauszusehen war, dass es den Kommunisten nur darum ging, die Verwaltung herunterzureißen und Stimmung für ihre Partei zu machen. Die Versammlung stand auf einem ganz niedrigen Niveau.“ Über den Redeanteil Kindingers heißt es im Bericht: „Der Redner Kindinger wies darauf hin, er würde offen Auge um Auge sagen, was er für notwendig halte. In Bensheim herrschen Unruhen, aber weshalb? Das schaffende Volk arbeite von früh bis spät und hungere, während ein kleiner Teil schiebe und prasse. Die Proleten stünden wieder im Joch. Wenn der Bürgermeister in einem Flugblatt die Schlangensteher angreife, so müssten sie das zurückweisen. Der Bürgermeister verdächtige alle diejenigen, die nicht in der Lage sind, auf dem schwarzen Markt einzukaufen, deshalb müssten die Hausfrauen politisch aktiv werden.“

Die Herren von der Leitung hätten kein Verständnis für die Nöte der Bevölkerung. Das könnten sie gar nicht, weil sie in anderer Umgebung groß geworden seien. Die Betriebsräte müssten herangezogen werden, zur Besserung der Löhne und die Beschaffung von Kleidern und Schuhen für die Belegschaften. Die Preise steigen dauernd, aber die Löhne seien gestoppt. Die Behörde sei zu ängstlich, sie soll einfach erhöhen. Die Erbprinzen<sup>304</sup> säßen nach wie vor auf ihrem Grundbesitz, und die Arbeiter, denen das Land geraubt wurde, zahlen teure Pacht. Für diese Herren setze sich der Länderrat ein. Die Arbeiter der Stadt verdienen 64 Pfg. pro Stunde. Der Bürgermeister wollte zwar die Löhne erhöhen, was er aber für Hintergedanken dabei hat, wisse man nicht. Der Redner kritisiert dann eine Reihe Maßnahmen der Verwaltung, so die Versorgung durch das Wirtschaftsamt, die Kartoffelversorgung, Holzversorgung und Bautätigkeit, die Spruchkammern, die Versicherungsanstalten, die Geistlichen, einzelne Betriebe und Privatpersonen und bringt das alles mit der Tätigkeit des Bürgermeisters in Verbindung. Er schiebt ihm an allem die Verantwortung zu. Er sagt dann: „Ich bin der Meinung, wenn der Bürgermeister zu alt ist, dann soll er abtreten. Wenn der Mann zu alt ist, dann soll er sagen: Meine lieben Bensheimer Freunde, ich kann das nicht meistern. Dann hätten wir Respekt vor dem Mann.“ Man soll endlich einmal mit der verdammt Zwangswirtschaft aufhören, damit es mit der Ernährung besser wird. Die Kommunisten seien bereit, Schulter an Schulter zu kämpfen, bis Ordnung erreicht ist.“ Im Weiteren werden Kommunisten zitiert mit teilweise unflätigen Bemerkungen, die sie über städtische Bedienstete gebraucht hatten. „Der Redner Kindinger wies zum Schluß noch einmal darauf hin, dass nicht die stärkste Partei maßgebend sei, denn nicht die Quantität, sondern die Qualität würde in Zukunft entscheiden. Auch Splittergruppen würden einmal große mächtige Gruppen sein und derjenige wird die Zukunft haben, der sich rückhaltlos für das schaffende Volk einsetzt und für die Einheit unseres geliebten deutschen Vaterlandes.“

Die Versammlung sei zum großen Teil stürmisch verlaufen und die Darlegungen mit Zwischenrufen wie: „Pfui, hört, hört, Pfuiteufel usw.“ begleitet gewesen.

Bürgermeister Treffert bedauerte es außerordentlich, dass in der von ihm „verwalteten Stadt“ eine solche Versammlung stattgefunden habe und auch die Amerikaner angegriffen und sogar als Idioten öffentlich heruntergemacht worden seien. Der Versammlungsleiter hätte sofort diejenigen Äußerungen unterbinden und energisch zurückweisen müssen „und der Redner hätte in seinem Schlußwort noch Gelegenheit gehabt, darauf zurückzukommen, und die Diskussion in ihre Schranken zurückzuweisen und seinem Bedauern gegen die Ausdrücke der deutschen und amerikanischen Behörde Ausdruck zu geben. Das ist nicht geschehen. Anscheinend war es von der KPD gewollt, denn wie ich höre, sollen die Diskussionsredner schon vorher vor der Versammlung bestellt worden sein, und die Leiter der KPD kennen die Diskussionsredner genau und wissen auch, was von den einzelnen zu erwarten ist.“

---

<sup>304</sup> Anspielung auf Georg-Ludwig Erbprinz zu Erbach-Schönberg (1903-1971), welcher der SS angehörte und sich aktiv an den Judenpogromen 1938 in Bensheim und Reichelsheim beteiligt hatte.

*Nachträglich von vernünftigen Menschen auf die Folgen dieser Äußerungen aufmerksam gemacht, hat die KPD Herrn M. einen Brief geschrieben und die Äußerungen zurückgewiesen.“<sup>305</sup>*

Ein weiterer Bericht über die Verhältnisse in Bensheim „bezüglich der Agitationsweise der Kommunistischen Partei, insbesondere ihres Vorsitzenden Jakob Kindinger, der zugleich Vorsitzender des Betriebsrates der Stadtverwaltung ist“ vom 6. Mai 1947 veranschaulicht die Haltung des Bürgermeisters:

*„Kindinger ist Vorsitzender der KPD-Ortsgruppe Bensheim, Vorsitzender des Betriebsrates der Stadtverwaltung und betont immer wieder, Kazetler gewesen zu sein.*

*Kindinger glaubt nun mit Rücksicht auf seine Ämter berechtigt zu sein, Kritik an mir persönlich und der Stadtverwaltung in einer kaum zu beschreibenden, gehässigen Weise üben zu dürfen. Man kann sagen, er mißbraucht sogar seine Ämter zu einer auf niedrigster Stufe stehenden Hetze und Aufpeitschung der politischen Leidenschaften.“ Nach einer umfassenden Berichterstattung über Verlauf und Gegenstände von KPD-Versammlungen heißt es dann weiter: „Die Bevölkerung hat schon oft die Entlassung Kindingers gefordert und kann nicht verstehen, dass gegen einen solchen Untergebenen des Bürgermeisters keine Maßnahmen getroffen werden. Einmal hatte der Verwaltungsrat der Stadt einstimmig die Entlassung Kindingers beschlossen, die ich jedoch deshalb nicht durchführte, um nicht den Anschein der Maßregelung von politisch Verfolgten zu erwecken. Das alles aber bestärkte Kindinger, sein rigoroses Vorgehen und seine unwahren Behauptungen fortzusetzen. Es besteht also zwischen mir und der Stadtverwaltung einerseits und Kindinger andererseits eine von diesem verursachte Spannung, die ein sachliches und gedeihliches Zusammenarbeiten geradezu unmöglich macht.“ Das Schreiben klingt wie folgt aus: „Die Frage wäre in diesem Zusammenhang zu prüfen, ob es nicht ein Missbrauch des Amtes des Vorsitzenden des Betriebsrates bedeutet, wenn interne Personalangelegenheiten von diesem in die Öffentlichkeit getragen, völlig unwahr dargestellt und zu persönlichen Angriffen und Verunglimpfungen benutzt werden.“<sup>306</sup>*

Ein Presseartikel Ende November 1949 über den Verlauf einer Friedenskundgebung vom 6. November 1949, die von ca. 35-40 Teilnehmern besucht war, zeigt den „Geist der Zeit“. Bürgermeister Joseph Trefft: *„Die Kundgebung soll eine Demonstration aller Deutschen für den Frieden sein ohne Rücksicht auf ihre religiöse oder politische Einstellung. Sie soll deshalb auch kein politisches Bekenntnis sein, sondern ein mutiges Bekenntnis aller friedliebenden deutschen Menschen. Seit Jahrtausenden werde der Friede gepredigt und eben solange würden Kriege geführt.*

*Industrie, Geldinstitute, Wissenschaft, Verkehrsmittel, alles werde eingesetzt für den Krieg. Statt diese Mittel für den Frieden zum Wohle der Menschheit einzusetzen, dienten sie dem Krieg zum Schaden und Fluche der Menschheit. Es gelte deshalb, die Bevölkerung aufzurütteln, zur Besinnung aufzurufen und die Verantwortlichen zu mahnen. Welche ungeheuren Schäden Kriege anrichten können, wissen wir. Deshalb sollen auch alle die Organisationen kurz zu Wort kommen, um von ihrem Standpunkt aus den Friedensgedanken und den Friedenswillen zu bekunden.*

*Die Stadt Bensheim habe auch stark unter den Kriegseinwirkungen zu leiden. Total zerstört seien 130 Wohnungen mit 305 Wohnräumen, teilweise zerstört 22 Wohnungen mit 85 Wohnräumen und sehr beschädigt 168 Wohnungen mit 539 Wohnräumen. Dazu kommen eine große Zahl Geschäftshäuser, Werkstätten, öffentliche Gebäude, Kirchen, Schulen, Lagerschuppen, Scheunen, Stallungen etc. Bensheim wurde trotzdem mit 2500 Flüchtlingen und 350 Evakuierten belegt. Wir mußten Besatzungstruppen, Polen, DP's (Displaced persons. d.Verf.), Ausländer aufnehmen. Die Stadt verlor ihr gesamtes Barvermögen. Wichtige Arbeiten mußten zurückgestellt werden. Generationen haben zu tun, bis die Schäden wieder gut gemacht sind.*

*Der Krieg schlägt Besiegte und Sieger, ja die ganze Welt leidet darunter. Und doch wird wieder gerüstet, gedroht, wird Unruhe gestiftet, werden Menschen unterdrückt, wird Geld ausgegeben für Kriegsvorbereitungen, werden Übungen, Manöver, Paraden abgehalten. So war es auch bei uns vor 1914 und vor 1933. Soll eines Tages wieder ein Funke in das Pulverfaß fliegen und die ganze Welt in*

<sup>305</sup> Archiv der Stadt Bensheim IV/1: Militärregierung Heppenheim und Offiziere der amerikanischen Armee.

<sup>306</sup> Archiv der Stadt Bensheim, Personalakte Jakob Kindinger, geb. 1905, Straßenbaumeister.

*Flammen auf- und untergehen? Das möge Gott verhüten und das wollen wir verhindern. Jeder Einzelne arbeite für den Frieden! Diesem Friedensgedanken soll auch diese Kundgebung dienen.“* Nach drei Rednern wurde Jakob Kindinger, dem Vertreter der VVN<sup>307</sup>, das Wort erteilt. „*Er schilderte Rußland als das Land, das keine Krisen kenne, das die Äcker bestellt und keinen Hunger leidet, ein Land, in dem jeder seine Freiheit genieße. Die Sowjetunion sei der richtigste und dauerhafteste Garant des Friedens. Gegen die UdSSR werde eine imperialistische Propaganda getrieben. Und nun begann Kindinger über den ‘verruhten Kapitalismus’ loszuziehen und Rußland in den herrlichsten Farben zu schildern und setzte weiter an zu einer rein kommunistischen parteipolitischen Rede.*

*Die Zuhörer wurden schon unruhig. Manche verließen den Saal. Da griff Bürgermeister Treffert ein und mahnte Kindinger zum Thema zu sprechen. Ungeachtet dessen redete Kindinger weiter und suchte mit der Kraft seiner Stimme das mehrmalige Eingreifen des Bürgermeisters Treffert zu übertönen. Spontan verließen die Anwesenden unter Protest den Saal und Bürgermeister Treffert sah sich gezwungen die Kundgebung zu schließen.“*<sup>308</sup>

Jakob Kindinger ließ eine Stellungnahme abdrucken, weil seine Ausführungen „vollständig entstellt“ wiedergegeben worden seien. Er sei in erster Linie auf die Entstehung der VVN eingegangen, die ihre Geburtsstunde in den Zuchthäusern und KZ's des Dritten Reiches erlebt habe. Aus den Widerstandsgruppen von damals, die sich aus rassisch, religiös und politisch Verfolgten zusammensetzte, sei die VVN entstanden, die heute zu einer weltumspannenden Friedensbewegung angewachsen sei. „*Geführt von der VVN und ihren Bruderorganisationen in allen Ländern der Erde lodert die Flamme des Kampfes immer breiter und höher für Frieden und internationale Sicherheit empor. Millionen einfacher Menschen Europas und Asiens, Amerikas und Australiens, Afrikas und der fernen Inseln im Pazifik erheben sich wie ein Mann zur Verteidigung des Friedens. Weder die weite Entfernung, noch die Unterschiedlichkeit der Lebensweise, der Geschichte, des Glaubens und der Sprache, des Kulturniveaus und der politischen Entwicklung hinderten die Völker der ganzen Welt, ihrem innigsten Wunsch in denselben Worten Ausdruck zu verleihen: ‘Nein, es darf keinen Krieg geben!’“*

Die Kriegstreiber hätten die Entschlossenheit der Völker am Tag des Friedens, dem 2. Oktober, aufs Neue zu spüren bekommen, da an diesem Tag die Anhänger des Friedens und die gesamte fortschrittliche Menschheit die Ergebnisse ihres Kampfes gegen die imperialistische Aggression für Frieden, Freiheit und nationale Unabhängigkeit zusammengefasst hätten. Die Ergebnisse seien gewaltig und erfüllten die Herzen aller Friedenskämpfer mit der Siegesgewissheit, der Sieg des Friedens könne und müsse erkämpft werden.

*„Am 2. Oktober konnte jeder Teilnehmer dieser großen, edlen Bewegung bei einem Blick auf das mächtige Heer der Verteidiger des Friedens an der Spitze dieses Heeres die Sowjetunion sehen.*

*Die Sowjetunion mit der moralischen und politischen Einheit ihres Volkes, das einmütig zur Kommunistischen Partei und ihren Führern steht. Dieses Land, das keine Krisen kennt und seine wirtschaftliche und politische Macht unentwegt in immer größerem Ausmaß steigert, das alle Errungenschaften der fortschrittlichen Aggression konsequent und schonungslos entlarvt, ist die wichtigste und dauerhafteste Garantie des Friedens.*

*Manche naiven und naiv sein wollenden Anhänger des imperialistischen Lagers wundern sich über die leidenschaftliche Unterstützung, die der sowjetischen Außenpolitik von Seiten der Volksmassen der kapitalistischen Länder zuteil wird.*

*Sie wundern sich umsomehr, als der ganze weitverzweigte imperialistische Propagandaapparat, Rundfunk, Presse, Bücher und die Äußerungen von Staatsmännern, Politikern darauf abzielt, die Außenpolitik der UdSSR täglich zu verdrehen, zu entstellen und anzuschwärzen, Verdacht und Mißtrauen gegen sie zu säen. Aber die Kriegstreiber, mögen sie sich noch so sehr für Friedenstauben ausgeben, ihre Tätigkeit löst unter den Volksmassen einen immer stärkeren Widerstand aus.“*

---

<sup>307</sup> Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes.

<sup>308</sup> Friedenskundgebung in Bensheim. Kommunisten verhindern friedlichen Verlauf. In: Bergsträßer Anzeiger vom 8. November 1949.

Hier sei Kindinger zu seinem großen Erstaunen zum ersten Male vom Versammlungsleiter unterbrochen worden. Kindinger führte dann weiter aus, dass es für uns Deutsche besser wäre, die erneut dargebotene Hand unseres Nachbarn zu ergreifen und unserem deutschen Vaterland den größten Dienst zu erweisen.

Der Aufforderung, seine Ausführungen zu beenden, sei er aus zweierlei Gründen nicht nach gekommen: weil die Redezeit von zehn Minuten erst zur Hälfte verstrichen gewesen sei und er klar formuliert habe, wo die Friedenskräfte stünden und in welchem Lager deren Gegner zu suchen seien. Die Kameraden der VVN wüssten aber, dass es ihre heilige Pflicht sei, in der Vorhut zu sein und für die Vereinigung aller Friedensanhänger zu kämpfen. Ihre einzige Forderung laute: Den Frieden aufrichtig zu verteidigen.

Kindingers Entgegnung klingt wie folgt aus: *„Die Mobilisierung der Kräfte des Friedens am 2. Oktober hat neue Beweise gebracht, daß das demokratische Lager, das für den Frieden, für die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker kämpft, stärker ist als das Lager des Imperialismus und der Reaktion.*

*Wir sind gewiß, die Sache des Friedens und der Freiheit wird siegen.*

*Jakob Kindinger.*<sup>309</sup>

Aus Presseverlautbarungen geht hervor, dass die KPD im August 1953 im „Bensheimer Hof“ eine Versammlung abhielt, in der Jakob Kindinger über die Ziele der Partei sprach. Er habe die Besucher aufgefordert, bei den Wahlen der jetzigen Opposition die Stimme zu geben und dafür Sorge zu tragen, dass eine Regierung aus den Oppositionsparteien gebildet werde, deren Ziel es sein müsste, die Wiedervereinigung Deutschlands anzustreben. Zu Fragen der Kommunalpolitik habe der Redner entgegen den Ankündigungen nicht Stellung genommen.<sup>310</sup>

Nachvollziehbar ist auch aus heutiger Sicht, dass Kindinger äußerst kritisch Stellung zur einseitigen Westorientierung, zu kommunalpolitischen, arbeitsrechtlichen, wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen bezogen hat. Befremdlich und ideologisch einseitig gefärbt mutet hingegen die Verherrlichung der sowjetischen Verhältnisse an, die Zuschreibung aller friedensfördernden, sozialen und demokratischen Errungenschaften dem menschenverachtenden stalinistischen System. Diese unkritische dogmatische Propaganda wird Kindinger auch in den Augen jener Mitbürgerinnen und Mitbürger unglaublich gemacht haben, die seine gewerkschaftlichen und kommunalpolitischen Bemühungen zu schätzen wussten. Kindinger spiegelt idealtypisch die Argumentationsmuster und Schablonen der offiziellen KPD-Parteilinie wieder. Dies lässt sich mit den verhärteten Fronten im Kalten Krieg erklären. Für diese gelten die Worte von F. C. Delius: *„Die Gegner Hitlers sind Feinde geworden, sie stellen neue Regeln auf und diktieren, was gut ist. Die Grenze zwischen Gut und Böse wird neu gezogen, sie verläuft mitten durch Berlin. Die Wortführer auf beiden Seiten halten sich für die einzig Guten und die andern für böse, und wer diese Aufteilung der Welt nicht mitmacht, wird schnell zum Feind, egal ob in Ost oder West.“*<sup>311</sup> Zu bedenken ist auch, dass mit der forcierten Rehabilitierung vieler ehemaligen Nazis ab Frühjahr 1951 die Verfolgung von Bürgern einherging, die vermeintlich kommunistischer Neigungen verdächtig waren oder sich dem staatlich verordneten Antikommunismus widersetzen.<sup>312</sup> Verständlich, dass sich die Hoffnung auf eine „linke Alternative“ nicht selten mit dem „real existierenden Sozialismus“ verband.

---

<sup>309</sup> Zur „Friedenskundgebung in Bensheim“. In: Bergsträßer Anzeigebblatt vom 11. November 1949.

<sup>310</sup> Bergsträßer Anzeiger vom 3. August 1953. Eine weitere Zeitungsmeldung lautet, dass die KPD-Kreisleitung Bergstraße in Bensheim-Zell in der Wirtschaft „Zum Zeller Tal“ ein großes Volksfest mit musikalischen und sportlichen Darbietungen sowie für die Kleinen eine Kinderbelustigung veranstalte: *„Nach dem Plakatanschlag gibt es Stimmung, Humor und Tanz. Als Abschluß findet eine Lampion-Promenade nach Bensheim statt.“* (Bergsträßer Anzeiger vom 29. August 1953).

<sup>311</sup> Delius, Friedrich Christian: Mein Jahr als Mörder. Reinbek bei Hamburg 2006, S. 127.

<sup>312</sup> Vgl. ebd. S. 157.



### Exkurs 3: Jakob Kindinger und die „Kanalpartei“

Auf einen Zeitungsbericht hin meldete sich Helmut Gondolph, für den Kindinger ein „väterlicher Freund“ war. Gondolph wuchs in der Nachbarschaft des dreißig Jahre älteren Jakob Kindinger auf. Er lernte durch seinen Vater Jakob Kindinger kennen. Nicht nur aufgrund der Tatsache, dass man in der Nachbarschaft wohnte, sondern auch durch die Tätigkeit von Helmut's Vaters als Maurer kamen sich Jakob und Helmut näher. Jakob Kindinger, welcher zu dieser Zeit das Amt des Straßenmeisters in Bensheim ausübte, hatte aufgrund seiner Arbeit mit Mauern auch viel mit Helmut's Vater zu tun. So kam es auch bald, dass der damals fünfzehnjährige Helmut als Kegeljunge<sup>313</sup> für Jakobs Kegelverein jobbte. Der sehr offene Kindinger, welcher sich vor allem für Gleichgesinnte und, aus der damaligen Sicht, für „Niedere“<sup>314</sup> einsetzte, hatte schnell einen „Narren“ in Helmut „gefressen“, so Helmut selbst. Mit Helmut's Vater gründete Kindinger erstmals einen Zusammenschluss; die „Kanalpartei“<sup>315</sup>. Dieser Zusammenschluss war mehr eine Initiative als Partei, wie der Name zur fälschlichen Annahme führen könnte. Der Zweck dieser „Partei“ war es nur, den damals noch nicht kanalisierten Griesel zu kanalisieren.<sup>316</sup>

Heinrich Seitz, der 1952 als Kommunist für die Bensheimer Stadtverordnetenversammlung kandidierte, schrieb am 6. September 1982 an Willy Mandel, Viernheim, dass es sich bei dem „Griesel“ um die Straßen Grieselstraße, Obere Grieselstraße, Lammertsgasse und Wingertsweg gehandelt habe. Regen und Schmutzwasser sei in den Gassen in Kanaleinläufe, die dort vorhanden waren, eingelaufen. *„Aborte hatten noch das 'Bumsklo' (Plumpsklo). Die Gruben wurden morgens in der Frühe entleert, und da die meisten Anlieger Grundstücke (Äcker) hatten, von Bauern mit entsprechenden Fässern auf die Äcker gefahren. Es gab da öfters Polizeistreifen, wenn der Bauer keine dichten Fässer oder Fasskarre hatte. Daß es da nicht nach 4711 roch, kannst Du Dir denken. Gewöhnlich ging von der Familie jemand mit einer Gießkanne oder Eimer hinter dem Fahrzeug her und beseitigte die 'Scheiße'.“* Das Jahr, in dem die Hausanschlüsse gelegt wurden, konnte Seitz nicht mehr nennen. Jakob Kindinger sei in dieser Angelegenheit aktiv gewesen. In der Weinwirtschaft „Clara“ hätten verschiedentlich Versammlungen stattgefunden, bis die Angelegenheit zum Tragen gekommen sei. Man könne von einer „Kanalpartei“ nicht sprechen, weil es sich doch nur um die Hausbesitzer gedreht habe. Das „Grieselviertel“ als ein alter Stadtteil hätte alles Recht gehabt, von dem Stadtbauamt zu verlangen, dass Regen- und Schmutzwasser nicht mehr in der Gosse entlang in irgend einen Abfluss geflossen sei und die Straßenanlieger den Gestank hätten aushalten müssen, weil das Gefälle des Stadtviertels nicht in aller Eile das Abwasser hätte abfließen lassen.

Helmut Gondolph führte weiter aus, dass Jakob Kindinger es seinem Einsatz für „Gleiche“ und „Niedere“, welche die breite Masse der in Bensheim lebenden Bevölkerung ausmachten, verdankt habe, einen großen Anhängerkreis um sich zu scharen. Er erwähnt, wie Heinrich Seitz, dass man sich auch des Öfteren zum Stammtisch in der Weinstube Clara getroffen habe.

Kindinger selbst sei sehr überzeugt vom Kommunismus gewesen, fährt Helmut Gondolph fort. Er sah gar die Zukunft im Kommunismus, so dass er nicht davor zurückgescheut habe, seinen Kegelverein einzuladen, ein paar Tage mit ihm in die DDR zu reisen. Während es für seinen Kegelverein, welcher keine zielgerichtete politische Orientierung hatte und zu dem auch Helmut angehörte, eine ganz neue Erfahrung war, war es für Kindinger schon Routine, da er oftmals in die DDR zu Schulungsmaßnahmen gereist sei.<sup>317</sup>

---

<sup>313</sup> Person, die nach jedem Kegelwurf die Kegel wieder aufstellt.

<sup>314</sup> Arbeiterschaft.

<sup>315</sup> In der Nachkriegszeit gab es Straßen, die noch nicht kanalisiert waren, wodurch deren Anwohner keinen Abfluss hatten.

<sup>316</sup> Straße in Bensheim. Der frühere Bensheimer Bürgermeister Georg Stolle konnte sich in einem Gespräch im Januar 2006 noch gut daran erinnern, dass er als junger Mann in seinem ersten Wahlkampf 1952 sich ebenfalls für die Kanalisierung des Griesels eingesetzt habe, „ahnungslos“, dass er ähnliche Ziele verfolgte wie der Kommunist Kindinger.

<sup>317</sup> Kommunisten, die in Westdeutschland lebten, wurden oftmals von der DDR darin geschult, den kommunistischen Geist zu verbreiten.

Kindinger gehörte auch mit Helmut Gondolph zu den Gründern der „Freien Wählergemeinschaft“ (FWG)<sup>318</sup>. Jakob Kindinger zählte auch zu den Mitgründern der Karnevalsgesellschaft „Rote Funken“<sup>319</sup>, die noch heute bestehen. Dort saß er über Jahre im „Elfer-Rat“<sup>320</sup>, was Gondolph mit einem Foto veranschaulicht. Kindinger ist auf dem Foto der Dritte von links.



Zusammenfassend kommt Gondolph zu dem Urteil, dass Kindingers Erfolg bei den Mitbürgern durch sein großes Engagement und seinem „Bensemer“ Herzen zu verstehen gewesen sei. Der frühere Bürgermeister Georg Stolle: „Man hat ihm wegen seiner bürgernahen Art den Kommunisten verziehen.“<sup>321</sup>

## 7.2 Kommunalpolitische Agitation im Spiegel von Flugblättern der KPD Bensheim

Die Existenz von Flugblättern ist seit dem Jahr 1488 überliefert. Flugblätter sind ein- oder beidseitig bedruckt und oft illustriert. Sie berichten von Sensationen, machen Werbung, verkünden neue Erkenntnisse der Wissenschaft, haben politische Themen zum Inhalt, dienen als Wahlkampf- und Propagandamittel, aber auch als Mittel des Widerstandes in totalitären Systemen.<sup>322</sup> In diesem Fall sind die Flugblätter meist anonym. Flugblätter sind in ihrem Wesen den Zeitungen verwandt, sind aber viel knapper, präziser und eindringlicher. Sie richten sich in den meisten Fällen an alle Bildungsschichten, also an ein allgemeines Publikum.

Im Folgenden sollen einige Flugblätter, für die Jakob Kindinger verantwortlich zeichnet, genauer untersucht und Gemeinsamkeiten herausgearbeitet werden.

„Bensheim - Stadt der Blüten, des Weines und des Wohnungselends“ - das ist der Titel eines Flugblattes von Jakob Kindinger, in dem er soziale Probleme der Stadt anprangert und mit der Politik der Bundesregierung und der KPD-Ideologie verbindet.

<sup>318</sup> Freie Wählergemeinschaft, welche auch das breite Feld der Arbeiterschaft ansprach.

<sup>319</sup> GRF (Griesler Rote Funken) ist ein Karnevalsverein.

<sup>320</sup> Dieser Rat beinhaltet das Präsidium des Vereins und jene, die sich verdient gemacht haben, Funktionäre sowie Spender. Foto: Privatarchiv Helmut Gondolph.

<sup>321</sup> Gespräch mit Georg Stolle im Januar 2006.

<sup>322</sup> Vgl. z.B. die Flugblätter der „Weißen Rose“ in der NS-Diktatur.

Das Flugblatt umfasst zwei Seiten und ist mit zahlreichen Bildern illustriert. Bereits der Titel ist provozierend, spricht damit aber die gesamte Bevölkerung an:

„Bensheim - Stadt der Blüten und des Weines“ ist bis heute ein verwendeter „Werbeslogan“ der Stadt, sowohl für die eigene Bevölkerung als auch für den Tourismus. Das „Bürgerbuch“ von 1995/96 hat den Slogan auf der Titelseite.

Kindinger macht mit seinem Blatt die Bevölkerung darauf aufmerksam, dass es in Bensheim neben Blüten und Wein auch erhebliche soziale Probleme gebe, die nicht in die „schöne Welt“ des Werbespruchs passen und die kein Tourist zu Augen bekomme. Bensheim werde von allen Seiten als „Stadt der Blüten und des Weines“ bezeichnet, dulde aber, versteckt für das fremde Auge, diverse Schandflecken. Im Besonderen nennt er als solchen Schandfleck das so genannte „Marokko-Viertel“ (Rheinstraße, Elbestraße). Dort wohnten die Leute in ausrangierten Viehwagen und baufälligen Baracken, mehrere Familien in kleinen Behausungen zusammen, ohne jede Wohnkultur, kurz: unter menschenunwürdigen Verhältnissen. Dies wird durch zahlreiche Fotos dokumentiert.

Kindinger erhebt weiter den Vorwurf, diese Elendssiedlung bestehe schon seit mehr als dreißig Jahren. Daran sei aber immer noch nichts geändert worden und es bestehe auch weiterhin von Seiten der Verantwortlichen keine Absicht, die Situation zu verbessern. Die Siedlung sei bereits vor dem Zweiten Weltkrieg errichtet worden, die Weimarer Republik habe nichts geändert, das Dritte Reich schließlich das Geld für Waffen, Krieg und Vernichtung ausgegeben und dass genau dies jetzt auch wieder der Fall sei. In gewissen Kreisen sei die Erzeugung von Mordwaffen und die Tötung von Leben noch immer wichtiger als die Erhaltung des Lebens in menschenwürdiger Lebensqualität. Und hier springt Kindinger aus der kommunalen Politik in die Politik der Bundesregierung und greift diese aus Sicht der KPD an. Das Flugblatt ist nicht datiert, müsste aber dem Inhalt nach in die Zeit der Wiederbewaffnungsdebatte, der Westintegration und des Nato-Beitritts der Bundesrepublik fallen. Auch das folgende Plakat greift die geschilderte Thematik auf:

# **Wohnungsluxus und Wohnungselend**

## **in Bensheim**

Hierüber spricht:

**GEN. JAKOB KINDINGER**

# **Wer läßt uns hungern**

323

Kindinger spricht von 1700 Wohnungssuchenden in Bensheim. Nach seiner Hochrechnung mache das mehrere Millionen von Wohnungssuchenden in ganz Deutschland aus. Geld werde nicht für friedliche Zwecke eingesetzt, sondern den Kommunen durch Steuern und Abgaben entzogen und dem Bund

zugeführt, damit die „Drahtzieher“ in Politik, Wirtschaft und Industrie den „Dritten Weltkrieg“ vorbereiten könnten. Der Osten müsse wiederum als Schreckbild herhalten um die Aggressionen des Westens zu tarnen. Das „*kleine Volk*“ solle wieder für die Interessen der Aktionäre und Milliardäre bluten.

# Die Einheit Deutschlands = **AUFSTIEG** ! Spaltung Deutschlands = **UNTERGANG** !

---

Zu diesem Thema sprechen in einer öffentlichen **Versammlung**

**Paul Schreck, Mannheim** Mitglied des Württemberg.-Badischen  
Landtages

---

**Jakob Kindinger, Bensheim**

**am Freitag, den 2. April, 20 Uhr, Bensheimer Hof, Bensheim**

Die Parteien sind zur freien Aussprache schriftlich eingeladen.

Herausgegeben vom Ortsverband der KPD Bensheim  
Verantw. Ernst Eichelsdörfer, Frankfurt a. M.  
Veröff. unt. Mit.-Reg. Inform.-Kont.-Gz. Nr. US B 2064  
Druck: Becker-Neubach, Reg.-Nr. 0361, 3. 48. Aufl. 2000

**KPD**  
**Ortsgruppe Bensheim**

324

Doch noch habe das Volk die Wahl. Die Politik der Adenauer-Regierung führe in den Abgrund und deswegen appelliere die KPD, die sich selbst als „*Stimme des leidenden, kämpfenden und hoffenden deutschen Volkes*“ bezeichne, an die Bevölkerung, die Regierung zu stürzen. Es müsse freie Wahlen für eine gesamtdeutsche Nationalversammlung geben, einen Friedensvertrag für Deutschland, es müssten Verhandlungen mit der DDR aufgenommen und die Wiedervereinigung sowie der Abzug der Besatzungsmächte angestrebt werden.

# Bensheimer Bürger!

## Warum werden keine Wohnungen gebaut?

Die katastrophale Wohnungsnot hat viele schmerzliche Folgen, welche diejenigen am besten kennen, die unter ihnen leiden oder gelitten haben. Zu diesen Folgen gehören auch die vielen Räumungsklagen, die gegen Mieter angestrengt werden.

Nicht immer wird vor Gericht über die wahren Gründe verhandelt, in vielen Fällen (vielleicht in den meisten Fällen), gibt es eine lange Vorgeschichte, die zeigt, wie die vor Gericht notwendigen Gründe für eine Räumungsklage erst geschaffen werden.

Eine Räumungsklage kann jeder Mieter sehr schnell auf den Hals bekommen. Es wird ja nichts gebaut, d. h. nicht einmal 10 Prozent des Wohnungsbedarfs der ständig weiter wächst.

Und nun beginnen Vermieter und Mieter, anstatt gemeinsam für eine Verbesserung zu kämpfen, sich gegenseitig das Leben schwer zu machen. Das tägliche Leben bringt soviel Unzufriedenheit, daß gegenseitige Reibereien entstehen, die dann die Gründe für die Klage liefern. In den meisten Fällen erklärt dann der Mieter, der langen Streitereien müde, daß er bereit ist auszuziehen, sobald ihm eine entsprechende andere Wohnung zur Verfügung gestellt wird. Es kommt vor Gericht zum Vergleich. Dabei wird eine gewisse Frist zur Räumung der Wohnung festgelegt, die dann in 99 von 100 Fällen nicht eingehalten wird, da das Wohnungsamt keine entsprechende Wohnung geben kann. Die Räumung aber erfolgt zum gesetzlich festgelegten Termin.

Aus einer solchen bitteren Erfahrung einiger Mieter erhielten wir in unserer Versammlung vom 21. November 1952 den Auftrag, die Mieter zu warnen, falls auch sie einmal eine Räumungsklage treffen sollte, daß sie keinesfalls einen Vergleich vor Gericht eingehen sondern das Urteil abwarten.

Die Erfahrung lehrt, daß der beklagte Mieter durch einen Vergleich meist der Benachteiligte ist.

**Wir geben diese Warnung hiermit weiter, um den gegebenen Auftrag zu erfüllen.**

Wie kommt es aber zu diesen Streitigkeiten, die oft, wie oben angedeutet, vom Zaune gebrochen werden? Oft hatte der Vermieter der Wohnung die besten Absichten, als er seine Wohnung vermietete. Aber die Jahre vergingen und mit den Jahren veränderten sich die Umstände, die Wünsche, die Bedürfnisse.

**Was sich aber nicht änderte, das ist die Wohnungsnot**

**1700 Wohnungssuchende in Bensheim**

1700 Menschen, die eine Wohnung haben müssen, die eine Wohnung haben wollen — oft koste es was es wolle. Wenn dies „koste es, was es wolle“ nur ein Geldopfer erfordert, und wenn das nötige Kleingeld da ist, dann geht es mit einem Baukostenzuschuß oder ähnlichen Zuschüssen recht leicht. Aber die meisten Menschen haben dieses Geld nicht. Viele haben nicht einmal genug zum Leben.

Warum aber gibt es heute noch solch drückende Wohnungsnot, heute, acht Jahre nach dem Krieg? Baumaterialien sind vorhanden, Arbeiter sind da, ja sogar Arbeitslose. Die Bautechnik hat große Fortschritte gemacht. Und trotzdem, die Wohnungsnot wird nicht kleiner. Warum aber wird nicht gebaut? Das ist doch für jeden normal Denkenden unverständlich. Das ist doch Irrsinn.

Ja, es ist Irrsinn, es ist der Irrsinn einer Politik, die nach zwei verlorenen Kriegen den dritten vorbereitet. Es ist die Politik des Adenauer-Regimes.

## Wegen der Vorbereitungen für den 3. Weltkrieg zahlen wir jährlich Milliarden für Besatzung u. Wiederaufrüstung

Nehmen wir nur die Kosten für „Wehrbeitrag“ und Besatzungskosten.

Wenn wir diese Kosten, die uns die Bonner Politik der nationalen Katastrophe aufbürdet, auf den Kopf der Bevölkerung umlegen, dann trifft auf jeden Einwohner, vom Kind bis zum Greis, mindestens eine Last von 240,— DM jährlich. Das heißt aber, daß Bensheim jährlich mindestens DM 5 700 000,— aufbringen muß, um machtlüsterne Politiker, um ordenssüchtigen Generalen, um profitgierigen Kanonenkönigen einen neuen Krieg zu beschaffen.

Diese profitgierigen Rüstungsindustriellen können nie genug bekommen. Deshalb haben sie ein neues Ueberkartell geschaffen, den Schumanplan und die Ruhrbehörde, mit denen sie die Arbeiter noch besser knechten und das Volk noch mehr ausbeuten können.

Und wie wird das deutsche Volk von einer Handvoll Großkapitalisten ausgebeutet? Was verlieren wir allein an dem Zwangsexport unserer Ruhrkohle, die wir fast zum halben Weltmarktpreis hergeben müssen? Wer verdient das, was das Volk durch diesen Raubvertrag verliert? Es sind wieder die Herren von Stahl und Eisen, dieselben Großausbeuter, die im Frieden und im Krieg, am Sieg und an der Niederlage verdienen. Den Hauptteil aber steckt das amerikanische Kapital ein.

Zu diesem Zweck hat man die Ruhrbehörde geschaffen, mit der man dem deutschen Volk die Verfügung über seine Kohle, über sein Eisen und damit über seine ganze Wirtschaft genommen hat. In dieser Ruhrbehörde haben 3 Amerikaner Sitz und Stimme, 3 Engländer, 3 Franzosen, je eine Stimme haben Belgien, Holland und Luxemburg und drei Stimmen hat auch Deutschland.

15 Delegierte haben also die Verfügung über unsere besten Bodenschätze, über das Herz der deutschen Wirtschaft, und von diesen 15 Delegierten sind 3 Deutsche, also ein Fünftel.

Auch das ist Demokratie, aber Demokratie amerikanischer Art, die so die deutsche Kohle den amerikanischen Milliarden zuschiebt.

Es sind unsere besten Schätze, durch deren Austausch wir das kaufen müssen, was uns in Deutschland fehlt. Am meisten aber können wir im Austausch gegen Kohle erhalten, wenn wir sie selbst veredeln, wenn wir aus dem Rohstoff Kohle wertvolle deutsche Industrieerzeugnisse machen, die andere Völker brauchen. Wir können Maschinen, optische Geräte, chemische Produkte aus Kohle und aus unserem Stahl herstellen, die den zehnfachen und hundertfachen Wert haben, als ihn der Rohstoff Kohle hat.

Aus 5 Tonnen Kohle kann man 1 Tonne Stickstoff machen. 5 Tonnen Kohle bringen uns mit der amerikanischen geschäftstüchtigen Demokratie im Zwangsexport 60 Dollar. Für 1 Tonne Stickstoff aber Erlösen wir auf dem Weltmarkt 350 Dollar. Das ist ein harter Verlust von 290 Dollar, bei 5 Tonnen Kohle.

Bei 10 Tonnen Kohle sind es 580 Dollar

Bei 100 Tonnen Kohle sind es 5800 Dollar

Bei 1000 Tonnen Kohle sind es 58000 Dollar

oder rund 250 000 DM.

Es werden aber Millionen Tonnen Kohle, die deutschen Bergarbeiter in schwerster Arbeit gefördert haben, durch dieses Diktat ans Ausland verschoben, die dem deutschen Volk Hunderte Millionen Mark Verluste bringen, die aber ausländische Kapitalisten als Extraprofite einstecken.

**Das sind Reparationen aus der laufenden Produktion.**

Fassen wir diese beiden Beispiele, einmal die Kosten für den Wehrbeitrag und die Besatzung einerseits und andererseits die Verluste aus dem Zwangsexport unserer Kohle zusammen, dann wissen wir **warum keine Wohnungen gebaut werden können.**

## Kasernen statt Wohnungen!

Nun, ja, es wird auch gebaut. Es werden Kasernen gebaut, in denen die Jugend geschliffen werden soll, es werden Wohnungen für Besatzungsangehörige gebaut, es werden Flugplätze und Truppenübungsplätze errichtet. Dafür werden den Bauern die Acker genommen.

### Landbeschlagnahmungen

In Hessen beispielsweise sollen die Knoblauchsäue, im Kreis Groß-Gerau der Gemeindewald von Bischofsheim, große Waldbestände von Kelsterbach, weite Gebiete von Ackerland auf der Hessenaue, in Bischofsheim und Büttelborn beschlagnahmt werden. In Büdingen, Gelnhausen, Windecken sollen Tausende Hektar wertvolles Acker- und Waldland für den Ausbau militärischer Anlagen beschlagnahmt werden.

Dadurch werden nicht nur Tausende Existenzen, sondern

auch die Wasserversorgung von Frankfurt und Darmstadt durch die Vernichtung der großen Waldbestände bedroht.

Hanau und Gelnhausen sind bereits ein einziges Heerlager. In Gelnhausen kommen auf 8300 Einwohner 4800 Besatzungssoldaten.

Bei Büttelborn soll die alte Rollbahn wieder für einen Flugplatz in Gebrauch genommen werden. Die Einwohner von Büttelborn, die von Krieg, Bomben und Angst genug haben, sind dabei, diese Rollbahn mit der Spitzhacke aufzureißen, um dieses Gelände wieder landwirtschaftlich zu nutzen.

Die Zerstörung des Waldgebiets auf der Knoblauchsäue trifft den Lebensnerv des Riedes. Der Wasserspiegel wird weiter absinken, Sandverwehungen werden die Fruchtbarkeit der Acker herabsetzen, und mit Recht schreiben Heimatzeitleuten:

## Es droht die Wüste!

### Bensheimer!

Noch sind es andere Gemeinden, die von diesen Kriegsvorbereitungen bedroht sind. Aber morgen kann es auch in Bensheim soweit sein; denn auch die Bergstraße ist in die „Pulverlinie“ einbezogen.

Und nicht genug mit diesen Verwüstungen:

Es werden in Straßen und Brücken, die nach den sinnlosen Sprengungen am Ende des Krieges in mühevoller Arbeit wieder gebaut worden waren, Sprenglöcher gebohrt, damit diese Straßen und Brücken nochmals in die Luft gejagt werden können.

**Einwohner von Bensheim, das wollt ihr nicht. Darum wehrt Euch!**

**Verteidigt Euren Heimatboden bis zum äußersten!**

**Euer aller Leben steht auf dem Spiel!**

**Duldet nicht, daß fremde Menschen für verderbliche Zwecke unsere Heimat zerstören!**

**Nehmt in öffentlichen Versammlungen Stellung!**

Habt Ihr Interesse an einem neuen Krieg?

Ihr jungen Menschen, sollen von Euch wieder Millionen in das Massengrab sinken?

Ihr Mütter, wollt ihr wieder fassungslos weinen, weil Euer geliebtes Kind nie mehr zurückkehrt? Nie mehr! Die im letzten Krieg mit diesem Schmerz gerungen haben, wissen, was es heißt, nie mehr werden meine Augen mein Kind wiederssehen, sein Grab kenne ich nicht und weiß nicht, wie er seine letzte schwere Stunde durchlitten hat.

## Bildet Ausschüsse zur Verteidigung der Heimat!

**Fordert von der Regierung und den Volksvertretern, daß sie Eure Sorgen zu den ihren machen und Euch beistehen im Kampf um Eure Lebensrechte!**

**Steht einmütig und entschlossen für die Erhaltung unserer Heimat!**

**Es lebe unser einiges deutsches Vaterland in Frieden und Freiheit, in Glück und Wohlstand!**

**Kommunistische Partei Deutschlands**

**Ortsgruppe Bensheim**

i. A. Jakob Kindinger

Zwei weitere Flugblätter sollen an dieser Stelle noch kurz angesprochen werden:

Das erste ist mit „*Wir klagen an!*“ betitelt und führt in die gleiche Richtung wie das bereits besprochene. Allerdings stammt es aus der Jahreswende 1946/47. Von diesem Flugblatt wurden 5000 Exemplare gedruckt. Inhaltlich geht es um die (gerechte) Verteilung von Heizkohle und Kartoffeln sowie um die „Bucheckern-Frage“.

# Wir klagen an!

Während Tausende am sogenannten Fest des Friedens und der Freude nicht wußten, wie sie sich in ihrer Wohnung ein warmes Plätzchen schaffen sollten, gibt es in Deutschland noch Menschen, die auch an Heizmaterialien Überfluß haben.

## Stark Kohlenmangel

und Transportschwierigkeiten erhielt z. B. der ehemalige Bergwerksdirektor **Ringelband**, Bensheim-Auerbach, Jahnstraße, aus der britischen Zone einen Waggon mit

**180 Ztr. Rofs u. 60 Ztr. Rußkohle.**

Damit der Waggon möglichst schnell entladen wurde und der kostbare Schatz in dem Keller dieses Herrn, der selbstverständlich P.G. war, verschwand, kam ein Lastauto mit Arbeitern aus Frankfurt a. Main und unter den Augen der Auerbacher Bevölkerung wurden die Kohlen abtransportiert. Dieser Vorfall lehrt uns am besten, wie wichtig das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte für die gerechte Verteilung der Produktion ist. Während man von unseren Ruhrkumpels verlangt, sie sollten freiwillig Sonntagschichten fahren, damit die Zivilbevölkerung Hausbrand erhält, teilt man einem ehemaligen Bergwerksdirektor und P.G.

**24000 Pfund Kohlen**

und dem einzelnen Haushalt

**30 Pfund Kohlen** zu.

Wir können nicht glauben, daß dieser Vorgang den betreffenden Überwachungsorganen wie Polizei und Herrn Bürgermeister Treffert unbekannt geblieben ist, haben aber bisher nichts von irgendwelchen Maßnahmen gehört. Sollte dieser Herr vielleicht auf Grund seiner früheren Parteizugehörigkeit Sonderrechte oder Schutz seitens der Stadtverwaltung genießen? Es mehren sich leider in der letzten Zeit die Klagen aus allen Teilen der Bevölkerung - und zur Beruhigung des Herrn Bürgermeisters Treffert, auch aus seinen eigenen Parteikreisen, - daß die ehemaligen Nazis bei Wohnungszuteilung, Zuzugsgenehmigung usw. ganz besonders berücksichtigt werden.

Kindinger berichtet von einem ehemaligen in Auerbach lebenden Bergwerksdirektor, dem aus der britischen Zone 24000 Pfund Kohlen zugewiesen worden seien, wohingegen die „normale Bevölkerung“ nur 30 Pfund Kohlen bekäme. Bei der Kartoffelversorgung klagt er an, dass die Großbauern im Gegensatz zu den Kleinen ihr „*Ablieferungssoll*“ nicht erfüllten, sich die zuständigen Beamten aber schützend vor sie stellen würden. Weiter beklagt er, dass gesammelte Bucheckern nur an Großmühlen



gehen würden und die kleinen Mühlenbetriebe leer ausgingen. Die Betroffenen seien die Bucheckernsammler, die nur minderwertiges Öl bekämen. Dieses Flugblatt führte zu folgender Nachfrage der CDU-Fraktion:

CDU- Stadtratsfraktion  
Vorsitzender : Lehrer Höbel  
Bensheim, a.d.B.

Bensheim, den 12. Januar 47.

An den  
Herrn Bürgermeister  
Bensheim, a.d.B.

Betr. : Versorgung der Bevölkerung mit Brennstoffen und Kartoffel

Die KPD hat unter der Verantwortung des Herrn Kindinger ein Flugblatt unter der Überschrift : "Wir klagen an", herausgegeben, in dem verschiedene Vorfälle (Kohlen- und Kartoffelversorgung) zur Last gelegt und Vorwürfe gegen ihn erhoben werden.

Wir bitten um Aufklärung des Tatbestandes.

CDU- Stadtratsfraktion  
Der Vorsitzende :

87. Höbel

*Empfänger ist H. A. Kindinger 24.1.47 N. 24769  
Kopie des Briefes an f. Allenhausen Schachtanlage  
Schacht Emil-Emschen am 12.11.46. für anlegen  
Führung : überbach 20.10.46.*

325

Die durchgehende These in den Flugblättern ist die, dass ehemalige Nazis durch reaktionäre Kräfte unterstützt und bevorzugt würden, sei es bei der Kohleverteiung, Wohnungszuteilungen u. ä. Das Flugblatt appelliert wieder an die Bevölkerung diese Zustände zu ändern, die Stadtverwaltung von allen reaktionären Kräften „zu säubern“. Auch dem Bürgermeister und seinen Parteifreunden wird vorgeworfen von diesen „Vorgängen“ zu wissen, aber nichts daran zu ändern. In diesem Flugblatt spricht Kindinger auch als Gewerkschafter und Vorsitzender des Betriebsrates. „Dieser Vorfall lehrt uns am besten, wie wichtig das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte für die gerechte Verteilung der Produktion ist.“<sup>326</sup> Gemeint ist hier die Kohleverteiung. Er wirft Bürgermeister Joseph Treffert erneut einen „Herr-im-Hause-Standpunkt“ vor. Ein Plakat aus dem Jahre 1946 deutet diese Thematik bereits an:

<sup>325</sup> Archiv der Stadt Bensheim, ungeordnete Bestände.

<sup>326</sup> Archiv der Stadt Bensheim, Abt. 16 Parteien, Wahlen, Politik -F.

# **Hausfrauen (Schlangensteher)**

Was geht in Bensheim vor?

**Hierüber spricht:**

**Genosse Jakob Kindinger**

**am Samstag, den 10. August 1946, um 20,30 Uhr im**

**„Bensheimer Hof“**

**Insbesondere ist Herr Bürgermeister Treffert eingeladen**

**Kommunistische Partei, Ortsgruppe Bensheim**

Verantwortlich: Jakob Kindinger, Bensheim · Heb-Druck, Bensheim, Reg.-Nr. 0307

327

Hier besteht eine inhaltliche Verbindung zum Flugblatt „*Wer ist schuldig?*“ Dieses Flugblatt stammt vom August 1947 und wurde in einer Auflage von 10000 Exemplaren verbreitet. Mit diesem Flugblatt hinterfragt die Bensheimer KPD die Aufklärung des sogenannten „*Schulkinderspeisungs-Skandals*“ und stellt die „*rhetorische Frage*“ nach den Verantwortlichen in der Stadtverwaltung.

1947 kam es zu Unterschlagungen von Lebensmitteln durch das Küchenpersonal bei der Schulkinderspeisung in Bensheim. Kindinger und die KPD werfen Treffert schwere Versäumnisse bei der Aufklärung der Vorkommnisse vor. Sie machen den Bürgermeister verantwortlich und messen der Sache einen enormen politischen Charakter bei. Bereits die Auswahl der Beauftragten zur Speisung sei fahrlässig, da nichts über deren Vergangenheit bekannt sei und somit auch nicht deren „*charakterliche Eignung*“. Nach Bekanntwerden der Vorkommnisse habe Treffert als Oberhaupt der Stadtgemeinde und als Vorgesetzter der Polizei nicht schnell genug und ausreichend reagiert. Notwendige Hausdurchsuchungen seien unterblieben und die gesamte Aufklärung sehr schleppend vorangegangen. Und hier politisiert Kindinger den Fall: Der Bürgermeister beharre wieder auf seinem „*Herr-im-Hause-Standpunkt*“, es mangle ihm an Demokratieinteresse und Verständnis, er sei taub gegenüber allen demokratischen Forderungen. Alle Warnsignale seien ignoriert und die Täter sogar geschützt worden. Die Leidtragenden seien Kinder und Jugendliche, aber auch das ganze an „*wirklicher Demokratie*“ interessierte Volk.

Alle Flugblätter haben ein gemeinsames Schema: Themen der lokalen Politik werden thematisiert, Skandale werden aufgedeckt und Personen beim Namen genannt. Die Themen werden mit der KPD-Politik verbunden und oft nach 1949 auf die gesamte Bundesrepublik verallgemeinert. Am Ende steht immer ein Appell an die Bevölkerung, diese Situation zu ändern, die jetzige Regierung zu stürzen und die KPD zu wählen.

# Was geht in der Stadtverwaltung vor?

Da die Kommunistische Partei keine Gelegenheit hat, in der Stadtverordnetenversammlung zu all den schwebenden Fragen Stellung zu nehmen, sehen wir uns veranlaßt, die Bensheimer Bevölkerung auf diesem Wege aufzuklären.

Bei der letzten Stadtverordnetenversammlung hat Herr Bürgermeister Treffert auf die Anfrage der einzelnen Fraktionen über die Entlassung von Angestellten der Stadtverwaltung Stellung genommen. Der Verlauf dieser Aussprache gibt uns Veranlassung, der Bensheimer Bevölkerung den wahren Sachverhalt bekanntzugeben.

Am 15. 2. 1947 erhielten fünf Angestellte der Stadt, die seit dem Einmarsch der Amerikaner dort in Diensten standen, ihre Kündigung. Herr Bürgermeister Treffert versuchte die Zustimmung des Betriebsrates zu diesen Kündigungen zu erlangen, die jedoch von diesem abgelehnt wurde, da die Begründungen in keinem Fall die Entlassung der Angestellten rechtfertigten. Da diese Angelegenheit inzwischen beim Arbeitsgericht anhängig gemacht wurde, wollen wir uns zunächst mit dieser Frage nicht weiter beschäftigen. Was uns und insbesondere die Bensheimer Bevölkerung interessiert, ist das Verhalten des Herrn Bürgermeisters Treffert als eines „mustergültigen demokratischen Stadtoberhauptes“. Wir fragen also:

1. Herr Bürgermeister Treffert, ist Ihnen **der Artikel 37 der Hessischen Verfassung** bekannt, wonach Einstellungen und Entlassungen auf Grund des Mitbestimmungsrechtes der Betriebsräte nur mit Zustimmung dieser berufenen Organe der Arbeitnehmerschaft vorgenommen werden können?
2. Wie vereinbaren Sie es mit Ihrem „**christlichen Sozialismus**“, wenn Sie einem Angestellten gekündigt hatten, der infolge eines Leidens des öfteren vom Dienst fernbleiben mußte, und der überdies seine beiden Söhne im Kriege verloren hat? Stimmt es, daß es erst eines lebhaften Protestes des Betriebsrates bedurfte, um Sie zur Rücknahme dieser Kündigung zu veranlassen? Weshalb haben Sie in der Stadtverordnetenversammlung nicht über diesen Fall gesprochen?
3. Sind Sie der Meinung, Herr Bürgermeister, daß der von Ihnen in der Stadtverordnetenversammlung vertretene „**Herr im Hause**“-Standpunkt ein wirklich demokratischer ist? Oder sollte es nicht vielmehr ein Überbleibsel des überlebten „tausendjährigen Reiches“ Adolf Hitlers sein, das Ihnen heute leider immer noch anhaftet? Vielleicht ist es aber auch, Herr Bürgermeister, das Ergebnis Ihrer gesammelten „Erfahrungen“, die Sie auf dem **Internationalen Kommunalpolitischen Kongreß in Paris** im Jahre 1938 machen konnten, an dem Sie im Auftrag der **Nazibehörden teilgenommen hatten**?
4. Sind Sie sich, Herr Bürgermeister, darüber im Klaren, daß Sie sich mit **Ihrer stockreaktionären Auffassung**, die Sie im Stadtparlament vertreten haben, in den stärksten Gegensatz zu den Wählern Ihrer Partei gestellt haben, die fast restlos dem Artikel 37 der Hessischen Verfassung zustimmten? Oder sind Sie der Meinung, daß diese Wähler lediglich „**das Stimmvieh**“ abgeben sollten, damit Sie und Ihre „**engeren**“ **Gefinnungsfreunde das werktätige Volk um so sicherer um seine demokratischen Rechte und Freiheiten betrügen können**?

**5.** Sie haben in der Stadtverordnetenversammlung erklärt, daß die Kommunistische Partei und insbesondere der Betriebsratsvorsitzende, Herr Kindinger, sich selbst für Nazimitläufer eingesetzt haben. Wir können Ihnen nur zustimmen, denn dies ist die wirkliche **Stellungnahme unserer Partei, die sehr wohl zu unterscheiden weiß zwischen Mitläufern und Naziaktivisten. Bei Ihnen, Herr Bürgermeister, scheint es dagegen gerade umgekehrt zu sein, indem Sie nach dem Grundsatz „Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen“ zu handeln pflegen.** Wir sind bereit, die Beweise dafür anzutreten:

Die Bensheimer Bevölkerung hat z. B. mit Entrüstung festgestellt, daß Sie beim Arbeitseinsatz **auf den städtischen Büros 2 Naziaktivisten** beschäftigten, die die Registrierung und die Kartearbeiten auszuführen hatten, während Sie beim Arbeitseinsatz selbst, wie zum Beispiel Schuttabräumen, Holzschlagen usw. ausschließlich Mitläufer eingesetzt haben. Des weiteren lassen Sie die **Holzverteilung in Bensheim-Auerbach durch 3 Naziaktivisten** vornehmen. Wollen Sie noch weitere Beweise?

Sie haben sich in der Stadtverordnetenversammlung darüber beschwert, daß Herr Kindinger sowohl bei der Militärregierung als auch bei der Spruchkammer gegen Sie Beschwerde geführt hat. Aber Sie haben es wohlweislich unterlassen, die Öffentlichkeit darüber zu informieren, was Herr Kindinger zu diesem Schritt veranlaßt hat. Es dürfte Ihnen nicht ganz unbekannt sein, Herr Bürgermeister, daß sich die amerikanischen Behörden und das deutsche Volk, soweit es nicht zu Ihren reaktionären Kreisen gehört, an einer wirklichen Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens interessiert sind. Nachdem Sie glauben Ihren reaktionären Kurs hier in Bensheim steuern zu können, müssen Sie sich auch in Zukunft da gefaßt machen, den geschlossenen Widerstand aller fortschrittlichen antifaschistischen Kräfte — auch in Ihren eigenen Reihen — zu finden. Wir sind überzeugt, daß unser Genosse Kindinger die Zustimmung der breitesten demokratischen Kreise findet, wenn er sich dagegen verwahrt hat, daß Sie **Herr Bürgermeister, den Synagogenbrandstifter Schaaf und den schwerbelasteten früheren Stadt- oberinspektor Schader mit der Registrierung beschäftigen.**

Warum haben Sie die Stadtverordnetenversammlung nicht darüber aufgeklärt, daß Sie zweimal versucht haben, die Zustimmung des Betriebsratsvorsitzenden Kindinger für die Weiterbeschäftigung des Naziaktivisten Schader zu erlangen?

**6.** Sie haben in der Stadtverordnetenversammlung erklärt, daß Sie mit einem Stab von unfähigen Mitarbeitern umgeben und infolgedessen gezwungen sind, auf ehemalige Naziaktivisten zurückzugreifen. Diese Melodie, Herr Bürgermeister, ist uns nicht ganz unbekannt. **Mit diesen Methoden untergrub man die Weimarer Republik,** indem man auf die reaktionären Kräfte des Kaiserreiches zurückgriff. Im übrigen scheinen Sie sich selbst keine allzugroßen Fähigkeiten zuzutrauen, indem Sie sich — im Gegensatz zu sämtlichen früheren Bürgermeistern — einen juristischen Beirat zur zusätzlichen Belastung der Bensheimer Bevölkerung zugelegt haben.

Herr Bürgermeister, wir werden die Entscheidung des Arbeitsgerichtes abwarten, denn es besteht wenig Hoffnung, daß Sie sich zu wirklich demokratischen Grundsätzen bekehren werden. Leider haben wir heute noch nicht die Möglichkeit, im Stadtparlament unsere Stimme zur Geltung zu bringen. Aber **Sie werden die Kommunistische Partei immer da finden, wo es gilt, die Interessen der werktätigen Bevölkerung, zu der wir auch die kleinen PG's rechnen, rückhaltlos zu vertreten.**

Im übrigen sind wir der Meinung, daß wichtigere Fragen, wie z. B. die Kartoffelversorgung, immer noch nicht gelöst sind.

## Kommunistische Partei

### Ortsgruppe Bensheim

Verantw. : Lehmann-Lauprecht, Bensheim-Auerbach, Mierendorffstr. 2. Auflage 5000. Druck : L. Bitsch-Birkenau 0350

Es stellt sich nun die Frage, ob es Kindinger tatsächlich um die Aufklärung der Vorkommnisse ging bzw. um die Sache selbst oder vielmehr darum, irgendeinen Vorwand zu haben, die Bevölkerung gegen die Regierung „aufzuhetzen“ und KPD-Propaganda zu verbreiten. Vermutlich beides, wobei die Sache an sich für ihn sicherlich einen hohen Stellenwert hatte. Er war ein Mann des Volkes, Betriebsratsvorsitzender, hoch engagiert für seine Mitarbeiter, stark engagiert in der kommunalen Politik - inwiefern aber parteihörig? Seit 1929 Kommunist, war ihm konspiratives Arbeiten vertraut, schon vor Buchenwald und in Buchenwald erst recht. Ab 1952 war er auf Landesebene in der KPD aktiv, also ein Teil der Parteistruktur, Funktionär - auch von der SED kontrolliert? Kann daraus der Vorwurf erwachsen, er sei ein Stalinist und Ideologe gewesen? Um diese Frage zu beantworten, muss sein Engagement als Gewerkschafter berücksichtigt werden und sein Kontakt mit linken Sozialdemokraten in Bensheim. Er hat die Probleme aber sicherlich nicht nur deswegen thematisiert um seine Weltanschauung zu propagieren, sondern sah diese eher durch die Vorkommnisse bestätigt.

### 7.3 Das „Bensheimer Sprachrohr“, Parteiorgan der Bensheimer KPD



# Bensheimer Sprachrohr

November 1952

Zeitung der KPD für die Bevölkerung von Bensheim

Neben Flugblättern publizierte die Bensheimer KPD auch noch die Zeitung „Sprachrohr“.<sup>328</sup> Die uns komplett vorliegenden Exemplare aus den Jahren 1953 bis 1956 sind meist im Wahlkampf erschienen oder kommentieren aktuelle Ereignisse. 1953 erschienen zwei Ausgaben, 1954 und 1955 jeweils zehn und 1956 sieben. Welche Leserschaft die Zeitung hatte, ist im Nachhinein schwer festzustellen. Auf den Zeitungen ist kein Preis vermerkt. Es ist also davon auszugehen, dass sie gratis verteilt wurden. Wie sie verteilt wurden, bleibt genauso offen wie die Auflagenhöhe. Vermutlich dürfte die Zeitung aber auf dem gleichen Weg wie die Flugblätter unter die Bevölkerung gekommen sein, nämlich den Haushalten zugestellt worden sein. Wichtig ist aber, dass als verantwortlich für Inhalt und Druck immer Jakob Kindinger genannt wird.

Der Aufbau der Zeitung ist sehr regelmäßig. Als Titelthema dient immer ein lokales Anliegen der KPD-Bensheim, z. B. ein Antrag der „außerparlamentarischen Fraktion der KPD“ an den Magistrat, Berichte über Veranstaltungen und Kundgebungen, Aufdeckungen von Skandalen usw. Auch in den jeweiligen Ausgaben des „Bensheimer Sprachrohrs“ gelingt Kindinger immer der Sprung aus der lokalen Politik in die Bundespolitik. Eine Ausgabe bringt z. B. auch einen Bericht über den XX. Parteitag der KPdSU. Eine interessante „Rubrik“ findet sich oft auf den letzten Seiten: Hier werden ein regionaler Betrieb genauer unter die Lupe genommen, über die Situation der Belegschaft berichtet, „Skandale“ an die Öffentlichkeit gebracht und zur gewerkschaftlichen Organisation aufgerufen. Als Beispiele liegen uns Berichte über die Strumpffabrik im Depot und das Marmoritwerk Linck in Auerbach vor.

Für einen solchen „Skandal“ hielt Kindinger auch die Weihnachtsgratifikation des Tonwerks Bensheim, wie der folgende Artikel aus dem Jahre 1955 zeigt:

*„Die Weihnachtsgratifikation im Bensheimer Tonwerk.*

*In den letzten Tagen des Dezember ging unserem Genossen Jakob Kindinger, Bensheim, Sandstr. 39 durch die Post ohne Angabe des Absenders ein Betriebsaushang der Fa. Tonwerk Heppenheim, Betrieb Bensheim zu. Die Verschweigung des Absenders wäre nicht nötig gewesen, da wir Namen im Interesse der Kollegen niemals preisgeben. In dem Aushang heißt es:*

*Betr.: Weihnachtsgratifikation.*

*Wir haben uns entschlossen, auch in diesem Jahr eine Weihnachtsgratifikation auszuschütten.*

*Diese Gratifikation ist eine freiwillige Leistung und richtet sich wie früher nach sozialen Gesichtspunkten.*

*Ein Rechtsanspruch kann für die kommenden Jahre von dieser Auszahlung daher nicht abgeleitet werden.*

*Zur Auszahlung kommen:*

<sup>328</sup> Archiv der Stadt Bensheim III/9 2.2.

1. Grundbetrag:

- |                                    |         |
|------------------------------------|---------|
| a) für jedes Gefolgschaftsmitglied | DM 7,50 |
| b) bei Verheir. f.d. Ehefrau plus  | 4,50    |
| c) f. jedes Kind unter 18 J.       | 3,75    |

2) Zulage bei

Betriebszugehörigkeit über	1- 5 J.	DM 6,-
	5-10 J	12,-
	10-15 J	18,-
	15-20 J	24,-
	20-25 J	30,-
	25 J.	36,-

*Dieses Angebot des Bensheimer Tonwerks ist nach unserer Meinung – und hier werden alle Gewerkschafter und Arbeiter uns recht geben – nur eine Verhöhnung des fleißigen Arbeiters, der in schwerer Arbeit – wohl in der schwersten Arbeit, die in Bensheimer Betrieben üblich ist – dem Tonwerk die Profite geschaffen hat, aus denen den Arbeitern diese lächerlich kleinen Beträge angeboten wurden. Wie wir erfahren haben, soll der Betriebsleiter der Heppenheimer und Bensheimer Betriebsstellen, der Fraktionsvorsitzende der FDP im Kreistag, Herr Schallenberg sein. Herr Schallenberg ist bekannt dafür, dass er in echter FDP-Art ein kompromißloser Vertreter der kapitalistischen Auffassungen ist. Obiges Beispiel einer Weihnachtsgratifikation zeigt erneut den in der Wolle gefärbten Kapitalisten und FDP-Mann Schallenberg.*

*Die Arbeiter aber mögen wieder einmal erkennen, dass kapitalistische Profitinteressen und die Interessen der Arbeiter niemals gleichlaufen. Zwischen Kapital und Arbeit gibt es keine Harmonie der Interessen.*<sup>329</sup>

Es drängt sich die Frage auf, woher Kindinger alle Informationen hatte, die er sowohl in den Flugblättern als auch im „Sprachrohr“ veröffentlichte. Mit Informationen sind gemeint: Zahlen, Daten, Fakten. Es ist zu vermuten, aber für uns leider nicht belegbar, dass es parteiinterne Briefe, Zeitungen und Ähnliches gegeben hat, die auch Kindinger bezogen hat und aus denen er sämtliche Informationen schöpfte. Darüber hinaus ging aus Gesprächen mit Zeitzeugen hervor, dass Kindinger einen ausgesprochenen Wissensdurst hatte. Ebenfalls dürfte ihm seine Freundschaft zu Emil Carlebach sehr hilfreich gewesen sein, der als Landtagsabgeordneter der KPD, Mitbegründer und Mitglied der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten) und Vizepräsident des „Internationalen Komitee Buchenwald-Dora“ an Informationsquellen saß. Kindinger selbst war ab 1952 in der Landesleitung der KPD beschäftigt (1. Sekretär der LKK), also in den Parteiapparat integriert und saß daher an der besten Informationsquelle.

Wie auch bei den Flugblättern zieht sich eine grundlegende These wie ein roter Faden durch das „Sprachrohr“:

Die Adenauer-Regierung mit Anhängerschaft in den Kommunen (hier Bürgermeister Treffert und seine Parteifreunde) sauge Geld aus dem Volk durch Maßnahmen wie

- Steuererhöhungen (Grundsteuer, Hundesteuer usw.),
- die Einführung von neuen Steuern (Speiseeissteuer),
- Erhöhung der Kreisumlage, um eine Politik zu betreiben, die bestimmt ist durch
- Westintegration,
- Wiederbewaffnung, Bundeswehr,
- Unterhalt der Besatzungstruppen und
- NATO

mit dem Ziel, den „III. Weltkrieg“ vorzubereiten, in dem der Osten erneut als Schreckbild erhalten müsse.

---

<sup>329</sup> Bensheimer Sprachrohr. Zeitung der KPD für die Bevölkerung von Bensheim Januar 1955 S. 5f.





330

Diese Politik finde Unterstützung durch Banken, Großkapital und Großindustrielle, die angeblich von einem neuen Krieg profitierten.

Die Folge sei, dass der Kommune das Geld fehle für „wichtige Maßnahmen“ wie

- der Beseitigung des Wohnungselends,
- die Jugend/-Förderung und
- die Kultur.

Der Ausweg sei der Sturz der Adenauer-Regierung und die Wahl der KPD. Dann wäre die Politik bestimmt durch

- einen Friedensvertrag,
- die nationale Einheit,
- „Stalin-Note“ und
- die Orientierung zu den östlichen Volkswirtschaften.

Wie ein roter Faden spinnt sich auch die Klage über den „Herr-im-Hause-Standpunkt“ von Treffert durch alle Publikationen von Kindinger. Hier spricht Kindinger als Gewerkschafter und Betriebsratsvorsitzender, der Treffert, aber auch allen anderen „kapitalistischen“ Arbeitgebern mangelndes Demokratieinteresse vorwirft.

Ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, wie Jakob Kindinger von lokaler Politik auf Bundespolitik schließt, die eben aufgeführten Thesen vertritt und zahlreiche Daten, Fakten und Rechnungen vorlegt, zeigt die „Sprachrohr“- Ausgabe vom Juni 1956.

Das Thema ist die Kanalisation des „Griesels“ (Sand-, Hügel-, Obere Grieselstraße) und die damit verbundenen Kosten. Die Bewohner der eben genannten Straßen hatten einen Antrag mit der Bitte um Ermäßigung der Kanalananschlussgebühren an den Magistrat gestellt. Sowohl diesen als auch die schriftliche Ablehnung dokumentiert Kindinger. Da offenbar auch die fordernde Art und Weise des Antrags den Verantwortlichen bei der Stadt nicht recht war, führt Kindinger wieder den „Herr-im-Hause-Standpunkt“ an. „Herr Seidel, der das Antwortschreiben des Magistrates unterzeichnet hat, fühlt sich also von der „Art, in der sie (die Eingabe, d. Verf.) zum Vortrag kommt, aufs Füßchen getreten. [...] Wir meinen aber, dass die Antragsteller vom Griesel nur von ihrem Recht Gebrauch gemacht haben, ihre Interessen zu vertreten. Herr Seidel zeigt mit seiner Empfindlichkeit, dass er es anscheinend lieber mit

<sup>330</sup> „Bensheimer Sprachrohr“ Juli 1956, eingeleiteter Text der KPD-Landesleitung Hessen.



*‘Untertanen’ und deren devoten Ton zu tun habe, als mit demokratischen Bürgern, die auch einem hohen Magistrat gegenüber ihren Wert kennen.“*

Im Folgenden thematisiert er die Bensheimer Ortssatzung allgemein, die eine schwere Belastung für die Einwohner darstelle. *„Die Entwicklung gegen die Interessen der Einwohner begann mit der Erhöhung der Grundsteuer 1949, die wir Kommunisten ablehnten und fand ihren bisherigen Höhepunkt mit dieser Ortsatzung.“* Es folgen detaillierte Rechnungen über die stetig steigenden finanziellen Belastungen der Einwohner durch die Kosten für Kanal- und Straßenbau. Die Rechnungen zeigen, dass die Stadt einen Gewinn dabei mache. Als langjähriger Straßenmeister der Stadt Bensheim ist Kindinger hier *„vom Fach“*. Es ist an dieser Stelle auch wichtig anzumerken, dass Kindinger und seine Partei nicht etwa gegen den Ausbau der Kanalisation und die Ausbesserung von Straßen waren, ganz im Gegenteil. Lediglich die Finanzierung wird angegriffen. Und hier greifen wieder die oben herausgearbeiteten Thesen. Von einem regionalen Aspekt lenkt Kindinger ganz geschickt die Aufmerksamkeit der Leser auf die *„große Politik“*. *„Die Kanalisation ist eine hygienische Forderung der Neuzeit. Ihr ist es wesentlich zu danken, dass die Seuchen so erheblich abgenommen haben und das durchschnittliche Lebensalter der Menschen größer geworden ist. Aber die Bekämpfung von Seuchen kann nicht auf eine Gemeinde beschränkt werden. Und eine Gemeinde, in der sich ein Seuchenherd bildet, gefährdet das ganze Land. Darum stellen wir die Forderung, da der Kanalbau ebenso gut im Interesse des Landes oder Bundes liegt wie im dem der Gemeinde und ihrer Einwohner, dass sich jeder der genannten zu je 1/3 beteiligt [...] Wir Kommunisten werden nach der Wahl des neuen Magistrates den Antrag stellen, dass die Ortssatzung so revidiert wird, dass die unerträgliche Belastung der Bevölkerung verringert wird.“* Im nächsten Abschnitt wird eine Teilnahme des Bundes an den Kosten gefordert. Kindinger zitiert aus der *„Tribüne der Arbeit“* Nr. 20 zahlreiche Zahlen zum Steueraufkommen des Bundes.

Es folgt das Fazit: *„Der Bund nimmt also reichlich Steuern ein, wie wir oben gesehen haben 35,22 Milliarden DM, und das Steueraufkommen ist im vergangenen Jahr erheblich gestiegen. Die Bundesrepublik hat Geld. Sie hortet Geld - für die Aufrüstung. Wir aber verlangen, dass nicht nur die Steuern gesenkt werden, sondern dass Bonn an den Aufgaben der Gemeinden finanziell teilnimmt. Für die Aufrüstung, also für die Organisation des Todes, soll Bonn aber keine Aufwendungen machen. Wir verlangen darum eine neue Steuerverteilung, die entsprechend den großen Aufgaben der Gemeinde diesen die Mittel zuteilen. Für Volksbildung und Volkshygiene, für Wohnungsbau, für die Arbeitsunfähigen, für Sport und dergleichen sind die vorhandenen Mittel besser angebracht als für überflüssiges Aufrüsten.“*

#### **7.4 Jakob Kindinger als Bensheimer Stadtverordneter und Kreistagsmitglied**

Jakob Kindinger gehörte unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg dem Bensheimer Bürgerrat an, der ernannt wurde Vom 25. April 1948 bis zu den Gemeinde- und Kreistagswahlen am 4. Mai 1952 gehörte er dem Stadtrat Bensheim an und wurde bei den Kreistagswahlen 1952 mit zwei weiteren Kommunisten (Friedrich Reeg, Fürth; Edmund Schulz, Heppenheim) in den Kreistag gewählt. Von 1956 bis 1960 war er Mitglied der Bensheimer Stadtverordnetenversammlung.

Nach dem KPD-Verbot nannte sich seine Fraktion *„Die überparteiliche Interessenvertretung der Bürger Bensheims“*. Das Mitteilungsblatt an die Bevölkerung hieß nicht mehr *„Sprachrohr“*, sondern *„Die Wählervereinigung“*.

Im nachstehend wiedergegebenen Bild der Stadtverordneten mit Bürgermeister Kilian aus dem Jahr 1960 ist Kindinger der Dritte von rechts.<sup>331</sup> Nach seinem Ausscheiden aus der aktiven Bensheimer Kommunalpolitik hatte Kindinger von 1960 bis 1974 das Amt des Bensheimer Ortsvorstandes der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden inne, worauf Kapitel 7.5 näheren Bezug nimmt.<sup>332</sup>

<sup>331</sup> Materialien der Geschichtswerkstatt „Jakob Kindinger“.

<sup>332</sup> Lindner, Klaus: Mit Überzeugung gegen die Faschisten. Männer, die in Bensheim Widerstand geleistet haben/VVN nennt Namen. In: Bergsträßer Anzeiger vom 27. April 1985.



Am 28. Februar 1951 wurde Kindinger auf der Landesdelegiertenkonferenz der KPD in Bergen-Enkheim in deren Landesvorstand Hessen gewählt.

In diesem Abschnitt soll versucht werden zu klären, inwiefern die Anträge der KPD in diversen Parlamenten oder aber auch außerparlamentarisch mit ihrem Wahlprogramm übereinstimmen bzw. was in die Tat umgesetzt werden konnte.

### Stadtparlament

Ein Dringlichkeitsantrag der KPD-Fraktion Bensheim vom 6. November 1950 bezog sich auf die Richtlinien des Hessischen Innenministers zur Entlassung von Mitgliedern „sogenannter kommunistisch getarnter Organisationen“ aus den Verwaltungs- und Staatsbetrieben. Daraufhin seien am 31. Oktober ohne Anhörung des Personalausschusses der städtische Arbeiter Koob, und die Angestellten Menges und Kindinger von Bürgermeister Treffert fristlos entlassen worden. Laut Mitteilung der zuständigen Gewerkschaft seien dies die einzigen Entlassungen in Südhessen.

*„Wir erwarten, dass die Mitglieder des Stadtrats die rechtswidrige Verfügung des Bonner Kabinetts und die Maßnahme des Bürgermeisters in seiner Tragweite erkennen und die Entlassungen aufgrund politischer Einstellung ablehnen. Wir wissen, dass die geplante Durchführung des Beschlusses der Rechtslosigkeit Tür und Tor öffnet. Die Weltgeschichte hat bewiesen, dass Christenverfolgungen, das Sozialistengesetz und die Maßnahmen der Nazis zur Unterdrückung von Überzeugungen ungeeignet waren. Am Ende der Geschichte waren immer die Unterdrücker die Unterlegenen. Wir erlauben uns, darauf hinzuweisen, dass man mit Zwangsmaßnahmen kein Gedankengut ändern kann.“*

*Die Komm. Stadtratsfraktion stellt folgenden Antrag:*

*Die von Bürgermeister Treffert am 31. Oktober 1950 ausgesprochenen Entlassungen werden sofort aufgehoben.“*

Die Antragsteller verweisen in der Begründung auf Art. 3(3), Art. 5, Art. 19(2) Grundgesetz und Art. 11 und 147 der hessischen Verfassung. Da durch Kabinettsbeschluss keine Gesetze zustande kämen, seien alle geplanten Maßnahmen des Bundeskabinetts vom 19. September 1950 rechtswidrig. *„Das Kabinett ist kein Bundesstraengericht. Die fristlose Entlassung wegen einer, dem Bund nicht genehmen politischen Gesinnung oder Betätigung ist zweifellos eine Bestrafung und dazu eine schwere. In dem*

*Beschluß des Kabinetts wird, um das Maß der Verfassungsverletzungen voll zu machen, diese Bestrafung für Beamte, Angestellte und Arbeiter, die sich schon vor dem 19. September 1950 in der vom Kabinett verdamnten Weise betätigten, vorgeschrieben.“*

Am 9. November 1950 wurde über den Dringlichkeitsantrag der KPD vom 6. November 1950 in Nichtöffentlicher Sitzung, zu der lediglich die Presse zugelassen war, beraten. Treffert gab bekannt, dass die Entlassung auf Grund der Anweisung des Hessischen Ministers des Innern vom 19. Oktober 1950 (Staatsanzeiger Nr. 42/1950) erfolgt sei. Mit Rücksicht auf die sozialen Verhältnisse sei die Entlassung des Arbeiters Emil Koob revidiert worden. Die Versammlung sei zur Beschlussfassung über den Antrag nicht zuständig, da der Bürgermeister die städtischen Bediensteten anstelle und entlasse. Die Vertreter der CDU, SPD und FDP vertraten den Standpunkt, dass der Bürgermeister nach den Anordnungen der Regierung pflichtgemäß gehandelt habe und im übrigen die Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung nicht zuständig sei und es Aufgabe der Gerichte sei, über die Angelegenheit zu entscheiden. Der KPD-Abgeordnete Schlink beantragte die Entscheidung über den Antrag durch Abstimmung. In der Abstimmung wurde mit zwölf zu fünf Stimmen die Unzuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung erklärt.

In einem offenen Brief an die Bevölkerung Bensheim wurde auf einen Dringlichkeitsantrag vom 12. Dezember 1950 verwiesen, der bei der Abstimmung von dem Bürgermeister und den Vertretern sämtlicher Parteien, außer den beiden KPD-Vertretern Schlink und Kindinger, nicht zur Debatte zugelassen und zurückgewiesen wurde. Der Antrag hatte folgenden Wortlaut: *„Die Fraktion der KPD beantragt, die Stadtverordneten der Stadt Bensheim sowie der Bürgermeister wollen beschließen, sämtliche Remilitarisierungsmaßnahmen abzulehnen.*

*Ferner die Bevölkerung Bensheims ebenfalls in einer Abstimmung zu befragen, wie sie zur Remilitarisierung steht.*

*Des weiteren soll der Bürgermeister beauftragt werden, unverzüglich den Beschluß der Stadtverordneten sowie das Abstimmungsergebnis der Bevölkerung Bensheims nach Abschluß der Befragung der Bundesregierung zuzuleiten.“*

Als Jakob Kindinger in der Sitzung trotzdem zu diesem Antrag sprechen wollte, sei ihm vom Bürgermeister das Wort entzogen worden.

Um die Christen zu erreichen führt Kindinger in seinem Offenen Brief pointiert aus: *„Man sagt oft, wir wollen gemeinsam für den Frieden beten. Einverstanden! Aber beten allein hilft nicht. Der Herrgott will keinen Krieg und er hat auch noch nie einen gemacht. Er will, daß alle Menschen in Frieden miteinander leben. Tun wir das nicht, dann wird der Spruch wieder wahr werden: `Die Glocken läuten Frieden auf Erden, bis sie wieder Kanonen werden“.*

Die KPD-Fraktion stellte am 18. Dezember 1951 den Dringlichkeitsantrag, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

- „1. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die Forderung der Landesregierung beim Bundesrat, die `Kleine Mietpreisreform`, die von der Bundesregierung erlassen worden ist, umgehend aufzuheben.*
- 2. Die Stadtverordnetenversammlung ersucht die Landesregierung, gemäß ihrer Forderung nach Aufhebung der `Kleinen Mietpreisreform`, dieselbe nicht in Hessen zur Anwendung zu bringen.*
- 3. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Bürgermeister zu veranlassen, daß auf die der Stadt gehörenden Wohnungen und Räume, die Verordnung über die `Kleine Mietpreisreform` keine Anwendung findet.*
- 4. Der Bürgermeister wird ersucht, sich mit der Organisation der Hausbesitzer und des provisorischen Ausschusses des Mieterschutzes in Verbindung zu setzen, zu dem Zweck, eine Anwendung der `Kleinen Mietpreisreform` auf die in Privatbesitz befindlichen Wohnungen und Räume zu verhindern.*
- 5. Die Landesregierung zu ersuchen, daß dort, wo durch Kriegseinwirkung oder durch die Besatzung Schaden am Hausbesitz entstanden ist, durch Steuererlaß, bzw. aus Mittel der Besatzungskosten den sich in einer Notlage befindlichen Hausbesitzer zu helfen ist.“<sup>333</sup>*

---

<sup>333</sup> Archiv der Stadt Bensheim, Stadtratssitzungen .

Aus den Sitzungsprotokollen der Bensheimer Stadtverordnetenversammlung ist zu ersehen, dass die KPD-Fraktion häufig Anfragen zu Wohnraumsituation, Mietpreisregelungen, Darlehen an die „*Gemeinnützige Siedlungsbaugenossenschaft*“, Schaffung einer Kultur- und Sporthalle in Bensheim-Mitte und Kanalisierungsfragen gestellt hatte.

In der Legislaturperiode 1952 - 1956 war die KPD nicht in der Bensheimer Stadtverordnetenversammlung vertreten. Auf die KPD entfielen nur 521 Wählerstimmen. Erforderlich wären aber 551 Stimmen gewesen, um einen Vertreter entsenden zu können.<sup>334</sup>

Dennoch wurden in der Sitzung des Magistrates am 24. Juli 1956 drei Anträge „*als von der außerparlamentarischen Fraktion der KPD-Ortsgruppe Bensheim stammend*“ bekannt gegeben:

1. Änderung der beschlossenen Ortssatzung über die Kanalanschlussgebühren und Änderung der Straßen- und Bürgersteiganliegerbeiträge,
2. Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter
3. Verbesserung der Wohnverhältnisse der in der Notunterkunft untergebrachten Mieter.

Allerdings lehnte der Magistrat Verhandlungen mit der „*außerparlamentarischen Fraktion der KPD*“ ab. Die Antwort sollte an Jakob Kindinger persönlich gerichtet werden.

Dem **Bergsträßer Kreistag** der Legislaturperiode 1952 - 1956 gehörten die Kommunisten Edmund Schulz, Heppenheim; Jakob Kindinger, Bensheim und Friedrich Reeg, Fürth, an. Die CDU entsandte 18, die SPD 17, die FDP 8 und der BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) 4 Vertreter.

Was die Politik der KPD-Kreistagsfraktion betrifft, soll ein Einspruchsschreiben der KPD gegen die am 4. Mai 1952 erfolgte Kreistagswahl näher betrachtet werden, über das in der Kreistagssitzung am 26. Juni 1952 beraten wurde.

Die Begründung bezog sich auf eine von Bürgermeister Treffert am 2. Mai 1952 geleitete CDU-Versammlung, in der er angeblich „*in einer Demagogie übelster Art die politisch Andersdenkenden, insbesondere die KPD [...] lächerlich zu machen versuchte*.“ Weiterhin sei im Hospital Wahlbeeinflussung erfolgt und bei der Ungültigkeitserklärung von Stimmen seien Unregelmäßigkeiten aufgetreten.

In der konstituierenden Sitzung des neu gewählten Kreistages am 26. Juni 1952 wurde der Einspruch der KPD gegen die Gültigkeit der Wahl mit 47 gegen 3 Stimmen zurückgewiesen und mit dem selben Stimmenverhältnis die Wahl zum Kreistag vom 4. Mai 1952 für gültig erklärt.

Im Januar 1954 wurde die Bildung eines Katastrophenfonds beantragt. Der Kreisausschuss empfahl dem Kreistag, den Antrag der KPD-Kreistagsfraktion abzulehnen, weil die Hilfe bei Katastrophen größeren Ausmaßes Angelegenheit des betreffenden Landes und des Bundes sei.

Im Juli 1953 beantragte die Kreistagsfraktion die Errichtung eines Kreis-Infektionskrankenhauses.

In der 5. Sitzung des Kreistages des Kreises Bergstraße am 20. Juli 1953 setzte sich die FDP-Kreistagsfraktion für die Einführung einer Kriegsgefangenen-Gedenkminute ein. Im Anschluss an die ausführliche Begründung des Abgeordneten Fritz Lühnsdorf, Bensheim-Auerbach, erklärte Jakob Kindinger namens der KPD-Kreistagsfraktion, dass der vorliegende Antrag ein Wahlmanöver der FDP sei. Solche Anträge seien dazu geeignet, die sich auf höherer Ebene anbahnenden Verhandlungen zwischen Ost und West zu stören. Seine Fraktion bitte daher, den Antrag von der Tagesordnung abzusetzen und nicht zu behandeln, was den lebhaften Widerspruch des übrigen Hauses hervorgerufen habe, wie im Protokoll vermerkt ist. Dem FDP-Antrag stimmten mit Ausnahme der drei kommunistischen Abgeordneten alle Abgeordneten zu.

Edmund Schulz teilte dem Hause mit, dass seine Fraktion elf Anträge zum Haushaltsplan mit 33 Positionen eingebracht habe, welche der Öffentlichkeit vorenthalten worden seien. Die KPD werde daher Mittel und Wege suchen müssen, um der Kreisbevölkerung die Auswirkungen des Haushaltsplanes vor Augen zu führen. Bei der Vorstellung der Änderungspläne befasste sich Schulz insbesondere mit dem Kreiskinderheim in Bensheim-Auerbach, wobei er den allgemeinen Zustand des Hauses sowie dessen Einrichtung bemängelt und die Auffassung vertreten habe, dass die Bezüge für

---

<sup>334</sup> Archiv der Stadt Bensheim, Magistrat Bensheim, Wahlen und Ämtervergabe 1946-1974: Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeindewahlausschusses am 6. Mai 1952.

das Pflegepersonal viel zu niedrig seien. „Den Haushaltsplan selbst hielt er für einen Plan der Ausplünderung und Ausbeutung des schaffenden Volkes sowie der Kriegsvorbereitung“.

## 7.5 Kindingers Gewerkschaftsarbeit

Nachdem Kindinger am 6. Mai 1945 aus dem KZ Buchenwald entlassen worden war, kehrte er am 11. Mai 1945 nach Bensheim zurück, wo er sich aktiv am demokratischen Wiederaufbau beteiligte. Darüber hinaus wurde er Mitglied bei der „IG Bau-Steine-Erden“ und hatte das Amt des gewerkschaftlichen Ortsvorstandes von 1960-1974 inne.<sup>335</sup> Bereits vor seiner Inhaftierung war Jakob Kindinger gewerkschaftlich organisiert. So gehörte er bis zum Verbot durch die Nationalsozialisten dem Steinarbeiterverband Reichenbach an.<sup>336</sup> Am 23. Mai 1945 trat er auf Vorschlag der KPD-Parteigenossen den Dienst als Straßenmeister bei der Stadt Bensheim an. Bei den ersten Betriebsratswahlen nach 1945 wurde er von den Kollegen zum ersten Vorsitzenden des Betriebsrates gewählt. Diese Funktion hatte er bis zum 1. Mai 1952 inne. Anschließend wurde er von der Partei als erster Sekretär der Landeskontrollkommission (L.K.K.) Hessen berufen. Die Aufgabe der Landeskontrollkommission war die Kontrolle des Landesverbandes der Partei, genauer: des Verhaltens vor allem seiner Funktionsträger.

Während seiner Tätigkeit als Betriebsrat sah er sich veranlasst, die Stadtverwaltung acht Mal im Interesse der Belegschaft beim Arbeitsgericht Darmstadt zu verklagen. Alle Klagen wurden zu Gunsten der Kollegen entschieden. Auch konnte der Betriebsrat eine Betriebsvereinbarung abschließen, die eine erhebliche Verbesserung des Zulagenwesens für die Kollegen brachte. Nach einem halbjährigen Kampf mit der Stadtverwaltung konnte Kindinger eine Lohnerhöhung von 5 Mark pro Stunde für seine Kollegen bewirken. 1946 wurde er bei der Wahl des Ortsausschusses des DGB als zweiter Vorsitzender in den Ortsausschuss Bensheim gewählt.<sup>337</sup> Er gehörte zudem von diesem Zeitpunkt an dem Beirat des Bezirksvorstandes ÖTV<sup>338</sup> an, bis Mitte 1952. Zuvor, im Januar 1952, wurde er als zweiter Vorsitzender in den Vorstand der ÖTV, der Fachgruppe Kommunalverwaltung des Landkreises Bergstraße, gewählt. Im Februar desselben Jahres war er als Delegierter an dem Verbandstag dieser Gewerkschaft in Hamburg beteiligt. Im Mai 1952 wurde Kindinger, wie schon erwähnt, in die L.K.K. Hessen berufen, nachdem er schon 1946 die Funktion des ersten Sekretärs in der KPD-Ortsgruppe Bensheim ausgeübt hatte. Darüber hinaus gehörte er der KPD-Kreisleitung und dem Kreissekretariat an. Bei den Kreistagswahlen 1952 wurde Jakob Kindinger mit einem weiteren Parteigenossen in den Kreistag gewählt. Zu diesem Zeitpunkt gehörte Kindinger längst dem Landesvorstand Hessen an, in den er auf der Landesdelegiertenkonferenz der Partei in Bergen-Enkheim Anfang 1951 gewählt wurde.

Einer seiner Mitsstreiter („Weggefährte und Gewerkschaftskollege“), Klaus Eskuche, kannte Jakob Kindinger seit Anfang der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts. In einem Manuskript vom Oktober 2001 würdigt er Jakob Kindinger als einen „Kollegen, „der mit Fachkenntnissen und tarifpolitischen Kenntnissen Anlaufstelle für viele Kollegen im Odenwald und an der Bergstraße war“, dem Vorbildfunktion zukam.<sup>339</sup> Er zitiert jenen Ratschlag, den er von seinem Mentor Kindinger als junger Gewerkschafter erhielt: „Nur der Mensch kann andere Menschen überzeugen, der selbst in seinem Herzen lichterloh brennt wie ein Busch.“<sup>340</sup> Geprägt haben ihn auch die Erfahrungen, die Jakob Kindinger bei der Firma Kreuzer & Böhringer gemacht hatte. Es ging um Akkordtarifverhandlungen für den Tarifbezirk Odenwald-Bergstraße. Als es wegen konjunkturell schlechter Auftragslage zur

<sup>335</sup> Die „Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden“ (IG BSE) war eine Gewerkschaft des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) mit Sitz in Frankfurt am Main. Zum 1. Januar 1996 schloss sie sich mit der bereits selbst aufgelösten Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft zur neuen „IG Bauen-Agrar-Umwelt“ zusammen.

<sup>336</sup> Vgl. Kapitel 1.

<sup>337</sup> Deutscher Gewerkschaftsbund. Siehe: Festschrift zum 70jährigen Jubiläum des Ortsverbandes Bensheim der IG Bau-Steine-Erde. Mit südhessischem Gewerkschaftstreffen am 16. Juni 1973 um 18 Uhr in der „Nibelungenhalle“ der Stadt Lorsch.

<sup>338</sup> Gewerkschaft Öffentlichen Dienste, Transport und Verkehr.

<sup>339</sup> Eskuche, Klaus: Jakob Kindinger. Kommunist – Gewerkschafter – Demokrat mit Herz und Seele. Unveröffentlichtes Manuskript. Oktober 2001, S.1

<sup>340</sup> Ebd.

Betriebsstilllegung in Lindenfels kam, arbeitete Kindinger bis zu seinem Rentenbeginn im Filialbetrieb in Wilmshausen.

Klaus Eskuche, Hessischer Landessekretär der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden, lernte Jakob Kindinger auf einer Buchenwaldfahrt Mitte der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts kennen.



Jakob Kindinger (rechts) mit einigen Gewerkschaftern auf dem Appellplatz in Buchenwald<sup>341</sup>

Die Reisedelegation der von Jakob Kindinger geführten Gewerkschaftsdelegation wohnte im Gästehaus des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“ (FDGB) in Erfurt. Im Restaurant des Gästehauses fand bis in die Nacht bei Erfurter Pils und Nordhäuser Korn manche heiße Diskussion mit DDR-Kollegen statt. Auf dem Erschießungsgelände der Gedenkstätte Buchenwald gedachte die Delegation der über 50000 Ermordeten und der Ermordung von Ernst Thälmann am 18. August 1944. Von ehemaligen Mithäftlingen sei Kindinger – in Bensheim „de Jakob“ – als „Joschka“ angesprochen und sehr geschätzt worden.



Gedenkstätte für Ernst Thälmann in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald<sup>342</sup>

<sup>341</sup> Ebd., S. 5.

<sup>342</sup> Ebd., S. 5.



Außer dem Besuch der Gedenkstätte Buchenwald bestand Gelegenheit, an einer Betriebsversammlung der VEB-Talsperrenbau teilzunehmen, wo Jakob Kindinger vor mehreren hundert Belegschaftsmitgliedern im großen Saal ein Grußwort der Delegation sprechen konnte. Des weiteren erfolgte eine Einladung vom Bau-Kombinat Erfurt-Nord in die Neubau-Plattensiedlung, wo nicht nur mit der Kombinatiatsleitung gesprochen wurde, sondern ebenso mit den Kollegen auf der großen Baustelle. Klaus Eskuche: *„Dabei löcherten wir die Brigade-Kolonne der Fertigteil-Montage ebenso wie die Ausbau-Brigaden der Putzer und Estrichleger mit vielen Fragen. Es ging uns als Gewerkschafter nicht nur um die technischen Abläufe und Zeitvorgaben im Taktverfahren, sondern auch um die Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen. Da viele Kollegen aus ganz Thüringen dort arbeiteten, wollten wir auch etwas über die sozialen Einrichtungen auf der Baustelle erfahren. Es gab dort eine Kantine mit der Möglichkeit der Einnahme eines warmen Mittagessens bis zur Übernachtung im Bauarbeiterhotel am Gagarin-Ring in Erfurts Innenstadt. Jakob Kindinger war dabei immer der Vermittler bzw. Dreh- und Angelpunkt und seine überzeugenden Argumente waren immer in eine bessere Zukunft gerichtet. (Arthur Hintze betonte in einem Interview am 27. Dezember 2005, es habe bei einigen „Seminaren“ im Rahmen dieser Einladungen durchaus massive Kritik an baulichen, infrastrukturellen und innerbetrieblichen Zuständen in der damaligen DDR seitens einiger Teilnehmer aus dem Westen – gerade auch von ihm selbst – gegeben. Kindinger habe ihn daraufhin angesprochen: „Mit Dir stimmt etwas nicht!“).*

*Diese Haltung von Jakob Kindinger konnte ich auch bei vielen Tarifverhandlungen und gewerkschaftlichen Zusammenkünften erfahren.“<sup>343</sup>*

Der Zeitzeuge stellt weiter heraus, dass sein Vorbild Kindinger auch als Triebfeder und Motor fungierte, wenn Kontakte mit Gewerkschaftskollegen aus anderen Bundesländern oder mit französischen Kolleginnen und Kollegen der „Force Ouvrière des Départements Bas-Rhin“ in Straßburg hergestellt werden sollten. Der Höhepunkt der deutsch-französischen Kontakte mit Besuch und Gegenbesuch sei ein Treffen in Bensheim vom August 1970 mit Bannerweihe gewesen. Klaus Eskuche sieht in diesem Treffen mit französischen Kollegen mit Jacques Broussal, Secrétaire-General, an der Spitze, ein Zeichen der Versöhnung mit dem „Erbfeind“ und der internationalen Verständigung.

Traditionell gab es auch die alle paar Jahre stattfindenden Steinarbeitertreffen von Kollegen aus dem Bayerischen Wald und dem Fichtelgebirge.



Steinarbeitertreffen 1971 in Weißenstadt/Fichtelgebirge. Auf der rechten Bildhälfte Jakob Kindinger (mit Sonnenbrille), links neben der Fahne Betriebsratsvorsitzender Ludwig Meyer („Kampfgefährte“) aus Heppenheim-Kirschhausen<sup>344</sup>

<sup>343</sup> Ebd.



So wurde im Jahre 1968 auch die KZ-Gedenkstätte in Flossenbürg besucht mit dem Steinbruch und der „beeindruckenden Wand des Granitsteinbruchs im Blickfeld“. Die Delegation aus dem Odenwald und der Bergstraße bestand immer aus etwa vierzig Personen unter der Leitung von Jakob Kindinger. Jakob Kindinger beendete seine aktive gewerkschaftliche Tätigkeit mit einem von ihm maßgeblich organisierten Steinarbeitertreffen, das im Jahre 1980 in Reichenbach stattfand. *„Zu einem mehrtägigen umfangreichen Fest in einem großen Festzelt auf dem Parkplatz am Felsenmeer kamen die Gewerkschaftskollegen mit Familie nicht nur aus den zwölf hessischen Bezirksverbänden, sondern auch sehr zahlreich unsere bayerischen Kollegen. Dies war für Jakob Kindinger auch ein krönender Abschluß seiner lebenslangen Gewerkschaftsarbeit.“*<sup>345</sup>

Der Weggefährte beendet seinen Text wie folgt: *„Jakob Kindinger ist als Überzeugungstäter, auch nach seinem Ableben am 17. November 1986 für uns ein aufrechter Antifaschist und überzeugter Gewerkschafter geblieben.“*<sup>346</sup> Arthur Hintze sah in Kindinger immer vor allem den engagierten Gewerkschafter, erst mit einigem Abstand den „Edelkommunisten“.<sup>347</sup> Peter Krämer vermutet, die Gewerkschaftstätigkeit habe Kindinger die Chance gegeben, sich im weiteren Sinne politisch zu engagieren, ohne gleichzeitig allzu demonstrativ als Kommunist auftreten zu müssen, was er wegen der Bedenken seiner Familie im Auge behalten musste.<sup>348</sup>

## 7.6 Funktion und Rolle Jakob Kindingers innerhalb der KPD

Jakob Kindinger schrieb 1954 an die Zeitung „*Za wolność*“ (Für die Freiheit und das Volk), dem Organ des Verbandes der Kämpfer für Freiheit und Demokratie (ZBOWID) in Nr. 6 (75), Juni 1954 folgenden Brief:

*„Nach vieljähriger Erwartung erhielt ich endlich eine Nachricht über Dich von meinem Freund Oskar, der Dich ebenfalls persönlich kennt. Es freut mich, daß du gesund bist und Dich gut fühlst, was auch ich von meiner Familie und von mir selbst sagen kann.*

*Vom ersten Tag nach meiner Rückkehr widme ich alle meine Kräfte der Partei. Anders konnte es übrigens nicht sein, denn unsere große Sache wurde zum Sinn meines Lebens.*

*7 Jahre lang war ich Vorsitzender des Betriebsrates eines gewissen Unternehmens. Im Oktober 1950 wurde ich entlassen auf Grund einer Verordnung Adenauers gegen die im öffentlichen Dienst beschäftigten Kommunisten. Aber sowohl der Betriebsrat und die Kollegen im Werk, als die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung unseres Städtchens, widersetzten sich der Durchführung dieser Verfügung. Vier Monate danach mußte mich der Bürgermeister, infolge eines Urteils des Arbeitsgerichts, erneut einstellen. Bei den neuen Wahlen zum Betriebsrat, die im folgenden Monat stattfanden, kam der Protest der Belegschaft unseres Unternehmens gegen die Adenauer-Vorschriften dadurch zum Ausdruck, daß 92 % der Stimmen auf meine Kandidatur fielen. Dieses Vertrauen stürzte freilich nicht vom Himmel, sondern war das Ergebnis der mehrjährigen ununterbrochenen Arbeit zugunsten der Arbeiter in unserem Betrieb. Einige Wochen danach wurde ich durch die Partei von meiner Stellung abgerufen und im Parteiapparat beschäftigt.*

*Nach einer vierwöchigen Kur in Bad Elster fuhr ich vor kurzem zum IV. Parteitag der SED, der uns allen mit neuen Kräften erfüllte. Wenn wir noch energischer als bisher den Kampf um die Vereinigung Deutschlands fortsetzen würden, so wird demnächst der Tag kommen, wenn über ganz Deutschland die Fahnen des Friedens flattern würden. Der Parteitag gab die Losung, unsere Bemühungen im Kampf für Einheit, Frieden und Demokratie zu verdoppeln.*

*Der IV. Parteitag war eine herzliche Demonstration der Entschlossenheit der deutschen Arbeiterklasse, für Frieden, nationale Vereinigung, Demokratie und Sozialismus zu kämpfen. Unter den Delegaten*

---

<sup>344</sup> Eskuche, Klaus: Jakob Kindinger. Kommunist-Gewerkschafter-Demokrat mit Herz und Seele. Unveröffentlichtes Manuskript 2001, S. 8.

<sup>345</sup> Ebd.

<sup>346</sup> Ebd.

<sup>347</sup> Interview mit Arthur Hintze am 27. Dezember 2005

<sup>348</sup> Interview mit Peter Krämer –früheres DKP-Mitglied- am 25. Dezember 2005.

*befanden sich Hunderte Genossen aus Westdeutschland, die mit Beratungsrecht am Kongreß teilnahmen. Das vom Parteitag abgestimmte Dokument „Der Weg zur Lösung der vitalen Probleme des deutschen Volkes“ stellt eine Plattform des gemeinsamen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse, der arbeitenden Bauern, der Intelligenz und aller friedliebenden Deutschen zur Lösung der wichtigsten Probleme dar, die vor unserem Volke heute stehen.*

*Lieber Freund! Vieles hat sich geändert seit 1945, d.h. seit der Zeit, wenn wir uns voneinander trennten. Infolge der Entstehung neuer Staaten, die den Sozialismus bauen – Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien; infolge des großen Sieges des chinesischen Volkes und der Bildung der DDR sind wir in eine neue Epoche eingetreten.*

*Vor mir liegen die Texte der am 5. und 6. Juni 1950 in Warschau abgeschlossenen Abkommen, die durch den Vorsitzenden der Ministerrats Józef Cyrankiewicz und den Vorsitzenden der deutschen Delegation, Genosse Walter Ulbricht, unterzeichnet wurden. Mögen diese historischen Vereinbarungen – die Anerkennung der Friedensgrenze zwischen der Polnischen Volksrepublik und der DDR, der Vertrag über Handelsverkehr und Zahlungsmittel, ferner der Vertrag über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sowie das Protokoll über die kulturelle Zusammenarbeit der Völker von Polen und der DDR – möge all dies die Grundlage für ewige Freundschaft und Frieden werden.*

*Zum Schluß möchte ich noch auf die Beziehungen in Westdeutschland zurückkommen. Du weißt auch, daß unseren Mut nichts erschüttern kann. Wir sind unseren alten Überzeugungen treu geblieben und werden so lange kämpfen, bis auch bei uns eines Tages die siegreiche Fahne der Arbeiterklasse wehen wird. Die Kräfte des Übels und Hasses werden immer mehr isoliert. Die Völker durchschauen ihre Verbrechen – Habgier, Brutalität, Vernichtungsdrang – und stellen sich ihnen immer dreister entgegen. Obwohl ein Teil der deutschen Arbeiterklasse von der faschistischen Ideologie vergiftet wurde, ist ihr Kern jedoch gesund geblieben. Eben deshalb werden wir imstande sein, die große sozialistische Prophezeiung zu verwirklichen: die Vereinigung der Arbeiter wird der Welt den Frieden bringen.*

*Mit sozialistischem Gruß*

*Jakob“*

In der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv“ befindet sich auch eine Akte zu Jakob Kindinger.<sup>349</sup>

Aus den biografischen Angaben des Deckblattes vom 9. September 1960 geht hervor, dass Kindinger vor 1933 dem Steinarbeiterverband und der „Roten Hilfe“ angehört hatte. Nach 1945 war er I. Sekretär der Ortsgruppe Bensheim, dann verantwortlich für Agitation und Schulung im Landkreis Bergstraße, Mitglied des Kreissekretariats und 1. Vorsitzender der L.K.K. Hessen. Sodann seit 1945 Mitglied der ÖTV, Beirat Bezirk Darmstadt ÖTV von 1946-1952, Mitglied der VVN und der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Die KPD schlug Jakob Kindinger als Ankläger für den Spruchausschuss zur Entnazifizierung im Kreisgebiet Bergstraße vor.<sup>350</sup>

Kindinger hat an folgenden Parteischulungen in der DDR teilgenommen:

- 1950: 4 Wochen Sonderlehrgang
- 1953: 3 Monate Zirkelleiterlehrgang
- 1956: 4 Wochen Wissenschaftliches Seminar.

Am 9. Juli 1953 wurden Anschuldigungen von Edmund Schulz gegen Jakob Kindinger als ehemaliges Mitglied des Kreissekretariates Bergstraße untersucht. Darin wurde Bezug genommen zu einem Parteiausschluss einer Genossin aus Viernheim. Des weiteren habe sich eine Genossin B., die ein Verhältnis zu dem 1952 tödlich verunglückten Gen. Jakob Zeiss<sup>351</sup> unterhielt, sich geweigert, einen Schrank und Stühle, die Eigentum der KPD seien, herauszugeben, was zum Parteiausschluss führte.

<sup>349</sup> Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv By/1 Nr. 662.

<sup>350</sup> Archiv des Kreises Bergstraße, Heppenheim, Abt. XVIII, Nr. 46: Entnazifizierung, Spruchkammern, Vermögenskontrolle ehem. Ang. der NSDAP u.a.

<sup>351</sup> Franz Jakob Zeiss, \* 29. Oktober 1886 Lambsheim, † 2. März 1952 Mannheim, 1931-1932 Mitglied des hessischen Landtags, 1948-1952 Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter des Kreises Bergstraße.

Jakob Kindinger habe den Genossen V. auf offener Straße nach einer Funktionär-Sitzung mit einem Messer bedroht. Dies konnte in der Verhandlung allerdings nicht erhärtet werden. Allerdings führte der „Gen. L.“ aus: „Ich lernte Gen. Kindinger 1945, nachdem er aus dem KZ heimkehrte, kennen. Kindinger war sehr herrisch und impulsiv. Wir hatten erkannt, dass er sehr energisch und parteiverbunden war. Aufgrund seiner langen Haftzeit hatten wir Verständnis für seine herrische Art, waren jedoch der Ansicht, dass er sich in einem guten politischen Kollektiv ändern wird. Im Jahre 1946 hat Gen. Kindinger den Gen. V. einmal mit einem Aschenbecher bedroht, ohne dass es zu Tötlichkeiten kam. Gen. Kindinger gab jedoch zu, den Gen. V. geohrfeigt zu haben. Grund: Gen. V. habe die Befreiungsarmee in China als Banditen bezeichnet. Gen. V. ist in Bensheim bei der Sparkasse tätig, er hat keine feste politische Bindung zur Grundeinheit. Hat vor 1933 der KPO angehört. Es wird sich als notwendig erweisen, eine kademäßige Überprüfung des Gen. V. durchzuführen. Die Auseinandersetzung V. und K. ist in einer Kreisleitungssitzung bereinigt worden.

Eine weitere Anschuldigung von Edmund Schulz, Kindinger habe in betrunkenem Zustand seine Frau verprügelt, wurde als unverantwortlich gerügt, da Schulz seine Anschuldigung nur auf Vermutungen stützte. Schulz hatte Jean A., den II. Sekretär der Ortsgruppe Fehlheim, nachdem A. reichlich dem Alkohol nach einer Mitgliederversammlung zugesprochen habe, nach seiner Wohnung begleitet. Dabei sei die Bemerkung gefallen. A. mache aber einen guten Eindruck, Arbeiter, parteiverbunden. Er sei empört gewesen über die Behauptung von Schulz. Die Ortsgruppe Fehlheim sei sehr zufrieden mit der politischen Hilfe und Anleitung von Jakob Kindinger. Es werde von den Mitgliedern und auch von den Bürgern begrüßt, wenn Kindinger in Fehlheim referiere. „Von unsittlichen Verfehlungen des Gen. J. Kindinger konnte nichts festgestellt werden.“ Schulz gab in seinem Schreiben vom 14. April 1953 an, Kindinger habe sich in Fehlheim unsittlich benommen. „Mir ist bekannt, dass A. wiederholt erklärt hat, Ihr könnt mir jeden nach Fehlheim in die Versammlung schicken, nur nicht Kindinger“.

Weiterhin wird die Atmosphäre in den Sitzungen gerügt, etwa die Animositäten zwischen einzelnen Genossen, die ihren Ausdruck darin fanden, „dass die Sekretariatssitzungen unliebsame Zusammenkünfte wurden und im Rahmen eines Befehlsempfangs abrollten“. Es hätte von Schulz, der sich „in der illegalen Arbeit während des Faschismus bewährte und sich Jahre lang mit dem Gen. Jakob Kindinger in Haft befand“ erwartet werden können, dass er Kindinger unterstützt hätte und somit die „parteischädigenden Vorkommnisse im Sekretariat“ bereinigt worden wären.

Am 17. April 1953 ging Jakob Kindinger folgende „Selbstverpflichtung“ ein:

„Können hauptamtliche Funktionäre hier auf der Schule eine Selbstverpflichtung übernehmen? Ich bin der Auffassung, daß sie das nicht nur können, sondern in Anbetracht unseres Studiums und des Ernstes der Situation in Westdeutschland sogar müssen. Des weiteren gibt es einen Parteibeschuß, wonach jeder hauptamtliche Funktionär verpflichtet ist, in einer Grundeinheit zu arbeiten. Eifern wir unserer französischen Bruderpartei nach. Dort ist es für jeden hauptamtlichen Funktionär eine Selbstverständlichkeit, aktiv in einer unteren Parteieinheit mitzuwirken.

Unser Studium wird uns eine große Hilfe sein, in Zukunft erfolgreicher und besser in den Massenbewegungen die Politik der Partei zu entwickeln. Dort haben wir die Möglichkeit, das hier Erlernte Wirklichkeit werden zu lassen, d.h. die Theorie mit der Praxis zu verbinden. Viele Genossen führen immer wieder Klage, es fehle uns an Kadern in der Partei. Benutzen wir nun unser Wissen, um der Partei neue Kader zu entwickeln.

Ich verpflichte mich, sofort nach meiner Rückkehr in meinem Kreis einen Zirkel aufzubauen. Weiter verpflichte ich mich, im ersten Monat nach meiner Rückkehr fünf Monatsabonnenten unserer Landeszeitung zu werben. Ich rufe alle Genossinnen und Genossen des Kollektivs auf, ebenfalls für die Verbreitung unserer Presse zu kämpfen.

Jakob Kindinger  
Seminar III

Anmerkung der Redaktion.-Komm.:

Wir finden es gut, dass der Genosse Jakob sich verpflichtet, neue Abonnenten für die Presse zu werben.

*Beachtet auch Ihr in Euren Selbstverpflichtungen diese Aufgabe, denn unsere Zeitung, das ist die stärkste Waffe unserer Partei.“*

In den Diskussionen in der DDR im Jahre 1953 wurde über Kindingers illegale Arbeit, Haft, KZ und Zuchthaus und seine Aufgaben auf politischem Gebiet im KZ diskutiert und welche Funktionen ihm übertragen wurden sowie seine Aussagen bei seiner Vernehmung durch die Gestapo im Jahre 1935.

Moniert wurde der Begriff „Zusammenbruch 1945“ in seinem Lebenslauf. Im Laufe der Diskussion habe er erkannt, „dass man damit dem Klassenfeind hilft, die das aufgreifen und weiterentwickeln. Wenn statt Hitler ein fähiger General an der Spitze des fasch. Heeres gestanden hätte, wäre nie dieser Zusammenbruch gekommen und diese Generale sind heute hier. Also alles ist gerüstet. Kampf gegen die SU.“ Über seine KZ-Haft heißt es allen Ernstes: „Nach dreijähriger Zuchthausstrafe wurde er in das KZ-Lager Buchenwald überführt, wo er 1945 durch die Sowjetarmee (!) befreit wurde. In Buchenwald gehörte er der Widerstandsbewegung an.“

Geschrieben habe Kindinger über:

- a) Arbeit in Buchenwald
- b) Arbeit als LKK-Vorsitzender
- c) Parteifeinde, Agententätigkeit.

Die Begutachter kommen zu folgendem Eindruck: „Offen, ehrlich, gute und reiche Parteierfahrung, aber theoretisch keine ausreichenden Kenntnisse. Kann jungen Genossen viel Hilfe geben in Fragen der Konspirativität und der Erziehung.

Vorschlag: 3x“.

Bei der Vernehmung 1935 habe er fingierte Aussagen gemacht, nachdem er misshandelt worden sei und erklärt, er habe Kurierdienste gemacht. Der Sachbearbeiter Sterner formuliert die Frage: „War das richtig ? ? ?“ und ergänzt: „August Stö. hat Kenntnis genommen und ist der Ansicht, dass der Genosse sich nicht falsch benommen hat.“

Die Akte enthält einen drei Seiten umfassenden Bericht vom 13. Januar 1953: „Agententätigkeit in Hessen u. mein Einsatz seit Mai 52 in Hessen i. d. LKK“, in dem Fehlverhalten von namentlich genannten Genossen aufgezeigt wird, die aus der KPD ausgeschlossen wurden sowie einen Bericht „Meine Funktion als 1. Sekretär der LKK Hessen“.<sup>352</sup>

Kindinger gibt an, dass er diese Funktion seit Mai 1952 ausübe. Zur Frage des „Kampfes in Hessen und um die Nationale Wiedervereinigung Deutschlands“ berichtet er, dass von der Politik Bildung von Schwerpunktkreisen abgegangen und das Land Hessen in sechs Arbeitsgebiete eingeteilt worden sei. Für jedes Arbeitsgebiet sei ein Sekretariatsmitglied verantwortlich gemacht worden, um auf diese Weise auch die Kreise zu erfassen, die bis zu diesem Zeitpunkt zu den Nichtschwerpunktkreisen gehört und schwer vernachlässigt worden seien. Den halben Raum nimmt das Kapitel „Dürreschäden in Hessen“ ein:

„Der Landkreis Bergstraße ist meine engere Heimat. Dort habe ich selbst eine Reihe Bauernversammlungen mit dem Thema `Dürreschäden` durchgeführt. In allen Versammlungen kam klar zum Ausdruck, daß die Regierung nicht gewillt ist, auch nur einen Teil der Schäden wieder gutzumachen. Den Bauern wurden allen klar, dass sie auf örtlicher Basis nichts erreichen können. Deshalb entschlossen sie sich auf unseren Vorschlag hin eine Kreisbauernversammlung durchzuführen. Diese Versammlung aber wurde von dem Bauernverband abgelehnt. Es fanden darauf hin von Seiten der Partei einige Aussprachen mit den Bauern statt, wo wir ihnen vorschlugen, ohne den Bauernverband eine Kreisversammlung durchzuführen, womit die Gorxheimer Bauern die Initiative durch unseren Genossen Schmidt aus Gorxheim (ebenfalls Landwirt) ergriffen. Es wurde dann auf

<sup>352</sup> In den „Organisationspolitischen Grundsätzen“ der (heutigen) „Marxistisch-leninistischen Partei“ (MLPD), die hier zur Veranschaulichung zitiert werden, wird zur Aufgabe der Kontrollkommissionen u.a. ausgeführt: „Kaderuntersuchungen gegenüber einzelnen Genossen sind insbesondere Erziehungsmethoden. Der Genosse behält in der Regel alle Rechte und Pflichten als Mitglied und übt seine Funktionen weiter aus. Solche Untersuchungen sind notwendig, wenn die Gefahr einer Fehlentwicklung droht. Durch Erziehungsarbeit, die mit Auflagen verbunden ist, soll dem Genossen geholfen werden, seine Fehler zu korrigieren und die ideologisch-politischen oder moralischen Schwächen zu überwinden.“

([http://www.mlpd.de/mlpd/grundsätze/mlpdwas\\_organpol\\_richtlinien03.htm](http://www.mlpd.de/mlpd/grundsätze/mlpdwas_organpol_richtlinien03.htm)) 15.09.05

*unseren Vorschlag der Schaden der Gorkheimer Bauern von den Bauern selbst errechnet und zwar in einer Höhe von ca 80000 DM festgelegt. Weiter wurde eine Resolution auf Vorschlag der Partei von den Bauern ausgearbeitet, in der erstens der Hackfruchtschaden, Körnerfruchtschaden u. Futterschaden festgelegt wurde. Zweitens den Verlust an Vieh, ca. 30 % des Viehbestandes musste ungefähr 30 % billiger abgestoßen werden. Drittens der Ausfall von Milch für die nächsten drei Jahre bis durch Nachzucht der Viehbestand wieder den alten Stand erreicht hat. Viertens die Forderung der Bauern, fünftens bei Nichterfüllung erklären sie in den Steuerstreik treten zu wollen.*

*Des Weiteren arbeiteten sie gemeinsam eine Versammlungseinladung der Bauern des Landkreises Bergstraße für Sonntag, den 11.1.53 aus. Diese Einladung wurde von einer ganzen Reihe ehemaliger CDU-Ortslandwirte unterzeichnet, als Referent wurde der FDP-Reichstagsabgeordnete festgelegt.*

*Die Frage der Dürreschäden wurde ebenfalls von der Partei mit der Generalkriegsvertragspolitik der Adenauer-Regierung verbunden, sodass in mehreren Versammlungen, die wir durchführten, immer wieder von den Bauern zum Ausdruck gebracht wurde, wir haben zwar Adenauer gewählt, aber jetzt muss er verschwinden.“*

*Etwas amüsant liest sich die Erklärung des Genossen Robert Hofmann, Frankfurt/Main vom 26. Oktober 1953. Nach Abschluss der Tagung des PV am Sonnabend, den 3. Oktober 1953 seien die meisten Genossen der Delegation zum Theater oder ins Kino gegangen. Da aber die Karten für die einzelnen Theater nicht ausgereicht hätten, sei er mit dem Genossen Jakob Kindinger und dem Genossen August Stückrath in der Nähe des Quartiers geblieben. Sie hätten noch ein Speiselokal aufgesucht und danach habe sich Hofmann entschlossen ins Kino zu gehen. Anschließend ging er zu den beiden Genossen zurück, zu denen sich der Genosse Micha und eine Jugendfreundin gesellt hätten. Micha habe sich bald darauf mit der Jugendfreundin zurück gezogen. Genosse August habe aber um 24.00 Uhr einen solchen Alkoholpegel erreicht, dass es unmöglich gewesen sei, so in die Quartiere zurückzugehen. „Wir konnten uns unter den gegebenen Bedingungen nicht darauf einlassen, die Aufmerksamkeit der Anwesenden mehr als notwendig auf uns zu lenken. Zuerst ließen wir den Genossen August schlafen und gaben ihm dann Kaffee zu trinken. Um 6.00 Uhr verließen wir das Lokal und setzten uns an einen Tisch in der Gartenwirtschaft, damit der Genosse August wieder etwas frischer werden sollte. Wir brachten dann den Genossen August in sein Quartier und gingen dann ebenfalls nach Hause. Nachdem der Genosse August seinen Rausch ausgeschlafen hatte, begann er am Nachmittag erneut zu trinken und verließ dann das Quartier. Am Abend wurde er von der Volkspolizei aufgegriffen und kam am anderen Tag ins Quartier zurück.“ Der Berichterstatter übt dann Selbstkritik. Sein Fehler habe darin bestanden, dass er sich am nächsten Tag nicht um den Genossen August gekümmert habe. Er habe den Eindruck, dass der Genosse August, „ein guter Parteiarbeiter, der im Betrieb als Betriebsrat stets für die Interessen der Arbeiter eintritt“, sich am Sonntag geschämt habe, weil er erst am Morgen nach Hause gekommen sei und deshalb erneut zu trinken begonnen habe.*

*In einem Schreiben, unterschrieben mit „Deine Freundin“ vom 15. Juni 1956 mit der Anrede „Lieber Freund“ wird berichtet, dass es jetzt so weit sein soll, dass der Genosse Jakob zwar Mitglied der LKK bleiben, aber eine andere Arbeit übernehmen solle. Zur Arbeit für die Landwirtschaft werde er vorgeschlagen. „Aber wir sind der Meinung, daß er wahrscheinlich in der VVN jetzt wichtiger wäre. Jakob ist unbestechlich, hat einen sauberen Charakter und scheint uns der geeignete Genosse darin zu sein.“ Der Genosse Oskar, so mache es den Eindruck, werde von einigen nicht im genügenden Maße respektiert. Viel schwieriger werde es sein, den Genossen Heiner zu einem richtigen Start zu verhelfen, ohne dass bei dem Genossen Jakob ein böser Stachel zurückbleibe. Deshalb wird eine Besprechung mit ihm und zwei oder drei Mitgliedern der Kommission vorgeschlagen. „Ihr wisst ja selbst, daß der Gen. Jakob sich für befähigt hält und daher sich vielleicht verletzt fühlen könnte. Man muss das also wirklich kameradschaftlich klar zu regeln versuchen.“*

*Die Akte enthält noch eine Notiz aus dem Jahre 1960. Jakob Kindinger sei bereit gewesen, für die „Deutsche Friedensunion“ (DFU)<sup>353</sup> zu kandidieren. Zu dem Zeitpunkt der Zusage sei es noch nicht*

---

<sup>353</sup> „Nach dem Verbot der KPD 1956 gab es diverse Bemühungen, das Lager links der SPD, insbesondere die kommunistischen und sozialistischen Kräfte, zu vereinen.“

Absicht gewesen auf einer Landesliste aufzutreten. Ein Beauftragter der Partei habe sich auf die Beschlüsse des 18. Plenums gestützt und eine Aussprache mit Kindinger herbeigeführt. „Genosse J. Kindinger war in dieser Aussprache mit unserer Wahltaktik nicht einverstanden. Sein Hauptargument war, diese Politik führt zu einer Zersplitterung der Kräfte und schwächt die DFU.

In der Zeit zwischen der Aussprache mit dem Gen. Schäfer und dem Gen. Lucki ist Genosse Kindinger in der DFU Bensheim aktiv geworden und als Mitglied des Beirats der DFU gewählt worden. Er habe diesen Schritt aufgrund eines Beschlusses der Kreisleitung Bergstraße gemacht, so behauptet Gen. Kindinger. Jetzt sei es unmöglich sich zurückzuziehen, das würde größte Verwirrung stiften. Der Berater für dieses Gebiet gibt eine andere Darstellung der Sache. Nach seiner Darstellung hat Gen. J.K. von sich aus ohne Beschluß der Kreisleitung diesen Schritt zur DFU gemacht.

Wir meinen, dass unter diesen Umständen die Kandidatur des Gen. Kindinger nicht mehr möglich ist und daß ein Ausscheiden aus dem Beirat der DFU die Lage nur verschlechtern und komplizieren würde. Im Beirat der DFU vertritt der Gen. Kindinger die Gewerkschaften.“<sup>354</sup>

1961 wurde ein **Ermittlungsverfahren gegen Kindinger** eingeleitet. Mit einer richterlichen Anordnung des Amtsgerichts Bensheim wurde die Wohnung Kindingers am 5. Juni 1961 durchsucht und vier Schreiben als Beweismittel beschlagnahmt. Am 12. Oktober 1961 erhielt Kindinger eine Ladung des Amtsgerichts.

Das Landgericht Frankfurt a. M. ermittelte gegen Kindinger wegen Verbreitung staatsgefährdender Schriften, staatsgefährdender Verbindung und Zuwiderhandlung gegen ein Verbot des Bundesverfassungsgerichtes. Aus den Beweisstücken gehe hervor, dass Kindinger Kontakte zu Dienststellen in der DDR unterhalte und auch Fahrten dorthin organisieren sollte. Am 26. September 1963 wurde das Verfahren eingestellt.

### **Jakob Kindinger in der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)**

Mit Zulassung der „*Deutschen Kommunistischen Partei*“ (DKP) im Jahre 1968 konnte sich Kindinger erneut als kommunistischer Parteipolitiker an die Öffentlichkeit wenden. Nach Informationen von Günter Löffler, damals Wohngebietsgruppenvorsitzender der DKP, trat Kindinger der DKP allerdings erst etwa 1972 bei. Peter Krämer führt dies auf das Misstrauen vieler ehemaliger KPD-Mitglieder zurück, die – zuvor in der illegalen KPD arbeitend – befürchteten, die neugegründete DKP könne vom traditionellen Kurs abweichen.<sup>355</sup> Der DKP-Zulassung – auch eine Ergebnis zunehmenden internationalen Drucks auf die BRD wegen der Nichtexistenz einer legalen kommunistischen Partei – waren zahlreiche Verhandlungen früherer KPD-Funktionsträger mit verschiedenen Bundesministern vorausgegangen. Diese hatten u.a. zur Bedingung gemacht, dass die neuzugründende Partei nicht als Nachfolgeorganisation der 1956 verbotenen KPD auftreten dürfe.

Die Gründungserklärung der DKP hebt ganz betont die Verwurzelung in der revolutionären Arbeiterbewegung hervor, während gleichzeitig in allen öffentlichen Stellungnahmen das Grundgesetz akzeptiert wird.

---

Am 17. Dezember 1960 wurde in Stuttgart auf Betreiben der SED-Führung mit dieser Zielrichtung die DFU gegründet. Die DFU war dementsprechend stark kommunistisch geprägt. Organisation und Finanzierung erfolgten mittels illegaler Finanzierung durch die DDR. Dabei konnte die SED auf kommunistische Funktionäre älterer Bündnisorganisationen wie dem Bund der Deutschen zurückgreifen. Auch in christlich-pazifistischen Gruppen hatte die DFU allerdings einen großen Rückhalt. Programmatisch wandte sich die Partei gegen das Wettrüsten, vertrat eine neutralistische Politik und forderte militärische Abrüstung und eine Entspannung der Konfrontation der Blöcke. Die sozialistische SED bezeichnete die DFU 1961 als die einzige demokratische Partei in Westdeutschland.“ ([http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche\\_Friedens-Union](http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Friedens-Union), 14. November 2005).

<sup>354</sup> Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv By/1 Nr. 662.

<sup>355</sup> Interview mit Peter Krämer am 30. Dezember 2005.



**ERKLÄRUNG**  
zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei

Die Unterzeichner dieser Erklärung haben in der Bundesrepublik Deutschland eine Kommunistische Partei neu konstituiert.

Sie unternehmen diesen Schritt in der Überzeugung, daß in der jetzigen politischen Situation das Wirken einer Kommunistischen Partei in der Bundesrepublik für die Interessen der Arbeiterklasse und der ganzen arbeitenden Bevölkerung notwendiger denn je ist.

Besorgt verfolgen wir auf allen Gebieten des politischen und gesellschaftlichen Lebens eine bedrohliche Rechtsentwicklung. Das Anwachsen der NPD ist dabei nur ein Ausdruck der allgemeinen reaktionären Entwicklung und der Verschärfung der Klasseneinseitigkeit. Auf wirtschaftlichem Gebiet sind diese Tendenzen charakterisiert durch die fortschreitende Zusammenballung wirtschaftlicher Macht in immer weniger Händen, im politischen Bereich durch die Aushöhlung der demokratischen Grundlagen des Staates durch Notstandsgesetze und andere restaurative Maßnahmen; außenpolitisch durch das Streben nach Beseitigung des territorialen Status quo in Europa; geistig durch die verstärkte Propagierung antikommunistischer, nazistischer und nationalistischer Ideen. Damit befindet sich unser Land auf einem gefährlichen Weg, der unser Volk in der Vergangenheit schon zweimal in die Katastrophe geführt hat. In dieser Situation ist eine politische Kraft nötig, die dem arbeitenden Volk offen und ungeschminkt die Wahrheit sagt und ausgehend von den Erkenntnissen des Marxismus für eine demokratische Alternative wirkt.

Wir handeln, weil wir feststellen müssen, daß die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik gegenwärtig keine politische Partei findet, die ihre demokratischen Gegenwartsinteressen konsequent vertritt und mit den gesellschaftspolitischen Forderungen für eine sozialistische Zukunft verbindet. Die von uns neu konstituierte Kommunistische Partei wird eine klare Alternative zur Politik der herrschenden großkapitalistischen Kreise und zu den Parteien, die deren Interessen vertreten, entwickeln. Sie wird sich zum Sprecher und Vorkämpfer der gerechten Forderungen der Gewerkschaften, der Arbeiter, Bauern und anderen abhängigen Schichten der Bevölkerung gegen die Übermacht der Industrie- und Bankherren machen.

Dem Versuch, die Arbeiterschaft geistig und organisatorisch zu entzweifeln und sie in das vom Großkapital beherrschte System einzuordnen, wollen wir eine Partei entgegenstellen, die den Arbeitern das Bewußtsein ihrer Lage und ihrer sozialen und politischen Interessen vermittelt. Nur eine Partei, die die Ideen von Marx, Engels und Lenin zur Grundlage ihres Handelns macht, kann unserem Volke, besonders der arbeitenden und studierenden Jugend einen Weg zur Veränderung der Verhältnisse, zu demokratischem Fortschritt und zum Sozialismus weisen.

Die Kommunistische Partei, die wir neu konstituiert haben, wird die Traditionen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung, die Traditionen von Marx und Engels, von Bebel, Luxemburg, Liebknecht und Thälmann in sich aufnehmen. Sie wird im Geiste des antifaschistischen Widerstands gegen die Nazidiktatur, in dem die deutschen Kommunisten große Opfer im Kampf für ein neues demokratisches Deutschland brachten, wirken.

Die innere Entwicklung der Bundesrepublik im Sinne einer lebendigen Demokratie kann durch eine legale Kommunistische Partei nur gewinnen. Ihr Eingreifen in die politische und geistige Auseinandersetzung wird den durch die antikommunistischen Tabus eingeschränkten Raum der Diskussionsfreiheit erweitern, die Schranken der Diffamierung und Bevormundung durchbrechen. Auch dem Ansehen der Bundesrepublik im Ausland, im Westen wie im Osten, wird die Betätigungsfreiheit einer Kommunistischen Partei in diesem Lande förderlich sein. Was in England, Frankreich und selbst in den USA erlaubt ist, darf in der Bundesrepublik nicht länger unter Ausnahmerecht des kalten Krieges stehen.

356

## Kommunistische Partei stellt sich in Frankfurt vor

### Grundgesetz akzeptiert / Vorgespräche in Bonn

Von unseren Redaktionsmitgliedern

6-kf/h FRANKFURT A. M. DÖNN, 26. September. In Frankfurt a. M. stellte sich am Donnerstag eine neukonstituierte kommunistische Partei vor.

In einer Erklärung nennt die Partei als eines ihrer Ziele die sozialistische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft, weist aber gleichzeitig darauf hin, daß sie auf der Basis des Grundgesetzes um eine „Renovierung“ aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ringen wolle. Der Neukonstituierung waren Gespräche zwischen maßgeblichen Vertretern des Bundesjustizministeriums und der vom Chef der verbotenen KPD, Reimann, benannten Verhandlungskommission zur Wiederaufnahme der KPD in Bonn vorausgegangen.

Auf einer Pressekonferenz in Frankfurt a. M. erläuterten Mitglieder des bereits gegründeten 21köpfigen Bundesausschusses der Partei ihre Ziele. Wiederholt wurde dabei unterstrichen, daß man sich strikt auf dem Boden des Grundgesetzes bewegt wolle. Die vorläufige Parteiführung liegt offenbar in Händen eines aus dem Bundesauschuss gebildeten fünfköpfigen Arbeitsausschusses.

Alle Kommunisten und Marxistinnen, alle die einer kommunistischen Partei beitreten wollen, werden aufgefordert, die neue Partei zu unterstützen und überall örtliche Ausschüsse zu bilden. Alle Ausschüsse in Ländern, Städten und Gemeinden sollen sich dann an den Bundesauschuss wenden, ihm Vorschläge und Empfehlungen für die weiteren Schritte unterbreiten und ihre Vertreter für eine möglichst bald einzuberufende Bundestagung der Partei benennen.

Dieser erste Parteitag soll, wie aus Parteikreisen auf eine Frage der FR mitgeteilt wurde, noch in diesem Jahre stattfinden. Auf eine entsprechende Frage wurde erklärt, daß es jedem offenstehe, der sich für die Partizipation für die Mitglieder der verbotenen KPD, einschließlich ihres Vorsitzenden Max Reimann, Scharf kritisiert wurde das noch immer bestehende Verbot der KPD, das sich eine neukonstituierte kommunistische Partei bedrohen könne. Auf der Grundlage dieses Verbotes seien jehügend sozialistische und demokratische Organisationen diffamiert und verfolgt worden. Deshalb müsse das KPD-Verbot aufgehoben werden.

## KP stellt sich vor

27.9.67

Es war eine Pressekonferenz, die am Donnerstag in der Hotel „Intercontinental“ vor den Journalisten des neuen Tagungsplatzes der KPD-Präkonferenz stattfand.

Die KP-Neugründung ist offenbar von langer Hand vorbereitet worden. Dazu gehörten auch die Soodierungen im Bonner Justizministerium.

Wie die FR aus dem Ministerium erfuhr, haben an einer entsprechenden Unterredung von kommunistischer Seite die frühere KPD-Bundestagsabgeordnete Grete Thiele sowie die Altkommunisten Schäfer, Landauer und Messel teilgenommen. Bei dem — bisher streng geheimgehaltenen — Zusammenkommen seien die Möglichkeiten einer KP-Gründung unter Berücksichtigung des KPD-Verbotes durch das Bundesverfassungsgericht im Jahre 1956 erörtert worden.

Im Bundesjustizministerium wurde weiter angedeutet, daß das Gespräch auf höchster

ministerieller Ebene geführt worden sei. Die Namen der Verhandlungspartner wurden nicht genannt. Gerüchten zufolge sollen jedoch Bundesjustizminister Heilmann und Staatssekretär Ehrhke gewesen sein. Das Treffen habe „rein informellen Charakter“ gehabt, heißt es dazu im Bundesjustizministerium. Über das Ergebnis des Gesprächs sei vertraulich Behandlung vereinbart.

Grundsätzlich sei eine neue KP von dem Verbot aus der Verfassungsgesetzgebung nicht betroffen, betonte ein Sprecher des Justizministeriums gegenüber der FR. Sie dürfe dabei allerdings nicht als Nachfolgeorganisation der verbotenen KPD auftreten. Das Programm müsse eine neue, verfassungskonforme Zielsetzung haben, ein formelles Inkongruenz zum Grundgesetz sei nicht ausreichend.

Der Vorsitzende des Innenausschusses des Bundestages, der besselnde SPD-Abgeordnete Hermann Schmitt-Vockenhäuser, erklärte am Donnerstag, seine Partei habe mehrfach betont, daß in der Bundesrepublik die Bildung von Parteien nach den Bestimmungen des Grundgesetzes frei sei. Dabei konnte es darauf an, daß die innere Ordnung einer solchen Partei demokratischen Grundsatzen entspreche und sie nach ihren Zielen und dem Verhalten ihrer Anhänger nicht darauf ausgehe, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen. Das Programm der neuen Partei müsse unter diesem Aspekt geprüft werden.

(Siehe auch Seite 3: „Eine neue KP“ und „Lokalteil“)

Günter Löffler erlebte Kindinger Anfang der 70er Jahre als routinierten, gleichzeitig aber als „nicht mehr ganz zeitgemäßen“ Redner, der einen großen Anspruch aufgrund seiner riesigen Lebenserfahrung geltend gemacht habe und mit Widerspruch nicht so gut umgehen konnte. Peter Krämer erinnert sich an eine öffentliche Veranstaltung der DKP im „Bierkeller“. Kindinger sei nach störenden Zwischenrufen vom Podium gestiegen und habe den Störer unmissverständlich dazu gebracht, den Saal zu verlassen. „Da kam der Steinmetz raus!“<sup>357</sup>. Vom Stil her habe er noch eher „die proletarische Linie“ vertreten, was gerade bei den jüngeren Intellektuellen in der DKP damals nicht so gut angekommen sei. Es habe wohl auch „politische Differenzen“ zur offiziellen DKP-Politiklinie gegeben. In der Landeskontrollkommission der Partei habe er sicherlich als „Hardliner“ gegolten, der sehr kritisch mit dem Verhalten einiger Parteigenossen ins Gericht gegangen sei. Peter Krämer führt das auf Kindingers frühe Prägungen in einer stalinistischen KPD zurück, in der seine kontrollierende Funktion bereits sehr ausgeprägt worden sei. Ältere hätten ihn überwiegend akzeptiert, ja zum Teil verehrt. Obgleich er sich bereits vor seinem Schlaganfall weitgehend aus der Politik zurückgezogen hatte – Peter Krämer führt dies vor allem auf die Rücksichtnahme gegenüber seiner Familie zurück – verkörperte er in seiner Person die Kontinuität kommunistischer Agitation in Bensheim, wie die nachfolgenden Artikel aus der „Das Sprachrohr“ genannten Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei zeigen:

<sup>356</sup> <http://www.dkp-hessen.de/images/dkp/erkl.jpg> (30.12.05).

<sup>357</sup> Interview mit Peter Krämer – damals DKP-Mitglied – am 30. Dezember 2005.



„Liebe Mitbürger!

Wir stehen in diesem Jahr vor einer Kommunalwahl. Sie findet am 22. Oktober statt. Zum ersten Mal kandidieren in Bensheim wieder Kommunisten zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung.

Vielen älteren Bürgern ist noch die Tätigkeit der Kommunisten in Erinnerung; das Wort 'Kanalpartei' ist für viele noch ein Begriff. Sie haben die Erfahrung gemacht, daß sich die Bevölkerung auf die Kommunisten verlassen kann, daß die Kommunisten die Interessen der werktätigen Bevölkerung vertreten.

Von damals bis heute ist die Entwicklung allerdings nicht zugunsten der arbeitenden Bevölkerung verlaufen. Unter der Regierung der CDU wurde eine Politik betrieben, deren Folgen heute noch für alle spürbar sind. Die demokratischen Rechte wurden ausgehöhlt, die Macht der Konzernherren hat sich verstärkt. Durch ihre Rüstungs- und Kalte-Krieg-Politik hat es die CDU erreicht, daß ein Großteil unserer Steuern in die Taschen einiger weniger fließt. Ihre Wirtschafts- und Steuerpolitik begünstigte das Profitstreben der Großunternehmer.

Diese an den Profitinteressen des Großkapitals orientierte CDU/CSU-Politik war die Ursache für die laufende Entwertung unseres Geldes. Diese inflationäre Entwicklung begann schon 1950. Der Lebensstandard, den sich die Arbeiter mit ihren Gewerkschaften erkämpften, wird durch ständige Preissteigerungen dauernd gefährdet.

Diese Entwicklung traf und trifft nicht nur die Arbeiter und Angestellten, sondern auch die Handwerker, den Mittelstand und die Bauern. Wenn sich heute die Herren der CDU über die Inflation aufregen und sich für den 'kleinen Mann' stark machen, dann ist das einfach Heuchelei.

Auch die katastrophale Lage der Städte und Gemeinden ist das Ergebnis einer 20jährigen gemeindefeindlichen CDU/CSU-Regierungspolitik.

Leider wird auch unter der SPD-Koalition der Kurs fortgesetzt, der die Gemeinden immer tiefer in die Misere treibt. Die Wähler aus der arbeitenden Bevölkerung erwarten von der Regierung Brandt/Scheel, diese verhängnisvolle Politik der Vergangenheit zu ändern und nicht fortzusetzen.

Die Städte und Gemeinden tragen nahezu zwei Drittel aller zivilen Investitionen, erhalten aber nur 11 % des Gesamteinkommens. Daher spitzt sich der Widerspruch zwischen den wachsenden Verpflichtungen der Gemeinden und ihren begrenzten finanziellen Möglichkeiten zu.

Die Finanznot der Städte und Gemeinden hat nichts mit angeblich überhöhten Ansprüchen der arbeitenden Bevölkerung zu tun. Sie geht auch nicht auf angeblich zu hohe Löhne und Gehälter der kommunalen Bediensteten zurück. Sie läßt sich nicht mit Steuer- und Tarifierhöhungen und anderen Belastungen, die die werktätigen Massen treffen, beheben. Die Finanznot der Städte und Gemeinden kann nur behoben werden, wenn der Rüstungsetat gekürzt und die Monopolgewinne durch Sondersteuer zur Lösung örtlicher Aufgaben herangezogen werden.

Diese Erkenntnis muß ausgesprochen werden. Sie wird von den Kommunisten formuliert, weil sie weder auf die Ansprüche des Groß- und Rüstungskapitals noch auf die Verwaltungsbükratie Rücksicht nehmen.

Die in unserer Stadt lebende Bevölkerung braucht eine konsequente Vertretung im Bensheimer Parlament. Das sind die Kommunisten, darum kandidiert die DKP. Kommunisten im Bensheimer Parlament würden die Interessenpositionen der Arbeiter und Angestellten und unserer Jugend um vieles verstärken.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Jakob Kindinger<sup>358</sup>

„Liebe Bürger Bensheims,

vielen von Ihnen ist noch die Zeit bekannt, in der es auch kommunistische Stadtverordnete im Bensheimer Rathaus gab. Darunter auch ich. Die Bezeichnung 'Kanal'-Partei steht zum Beispiel für die damals Betroffenen im Einklang mit der Partei, die konsequent die Interessen der Bensheimer Bürger

---

<sup>358</sup> Das Sprachrohr. Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei – Nr. 3/72 S. 3.

*im Bensheimer Rathaus auf die Tagesordnung setzte, mit der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD).*

*Nur durch das verfassungswidrige Verbot der KPD konnte man die Kommunisten aus den Parlamenten verdrängen.*

*Man wollte unter sich sein. Dafür war man sogar bereit, das Grundgesetz auszuhöhlen.*

*Nachdem sich 1968 die DKP konstituiert hatte, wurde sie in zahlreichen Städten wieder in die Rathäuser gewählt. Überall dort hat sie bewiesen, daß sie unbestechlich und konsequent für die Belange der Menschen eintritt.*

*Sei es zum Beispiel in Marburg, Reinheim, Mörfelden oder Langenselbold. Am 20. März 1977 sind in Hessen wieder Kommunalwahlen. Auch in Bensheim kandidieren Kommunisten. Geben Sie den Kandidaten der DKP Ihr Vertrauen.*

*Wählen Sie am 20. März 1977 die DKP ins Rathaus.*

*Wählen Sie die Kommunisten ins Rathaus, damit man draußen sieht, was drinnen vorgeht!*

*Jakob Kindinger*<sup>359</sup>

Günter Löffler erinnert sich daran, dass die Person Jakob Kindingers auch weit nach Ende seiner aktiven politischen Tätigkeit in verschiedenen Stadtteilen Bensheims noch als „Vorsitzender“ der DKP in der Bevölkerung bezeichnet worden sei. Dies drückt nach Löfflers Überzeugung auch die hohe Wertschätzung aus, die Kindinger – gerade bei den Älteren – weit über die Parteigrenzen hinaus genoss. Den daraus resultierenden Einfluss habe Kindinger z. B. bei der Anmietung des früheren DKP-Büros in der Zeller Straße geltend gemacht, als ein Mietvertrag erst auf seine Empfehlung hin zustande gekommen sei.<sup>360</sup>

Die Beiträge zur DKP habe Kindinger „heimlich“ gezahlt, da er die Missbilligung seiner Familie – wegen der vermeintlichen Geschäftsschädigung durch sein Bekenntnis zum Kommunismus – fürchtete. Öffentliche Veranstaltungen habe er nach seinem Schlaganfall nicht mehr besucht. Günter Löffler berichtet, dass Kindinger aber auch bereits in den Jahren vor seinem Schlaganfall nur noch sehr selten politisch in der Öffentlichkeit aufgetreten sei.

Wir wollten klären, ob Jakob Kindinger vom Staatssicherheitsdienst der DDR kontaktiert wurde. Das Ergebnis verlief negativ.<sup>361</sup>

## 8. Würdigungen und Ehrungen

*„Es gab viele Jakob Kindingers, aber es waren zu wenige, um die Nazis aufzuhalten.“*<sup>362</sup>

In den nachfolgend dokumentierten Kommentaren, ehrenden Worten und würdigenden Stellungnahmen spiegelt sich die Wertschätzung der Person Jakob Kindingers wieder.

Am 15. Mai 1945 überreichten ehemalige russische politische Häftlinge und Kriegsgefangene Jakob Kindinger ein Dankschreiben. Darin sprachen sie ihm ihren Dank aus, „für die tatkräftige Hilfe, die er uns in den schweren Tagen unserer Gefangenschaft erwies und für seine Unterstützung in unserem gemeinsamen antifaschistischen Kampf. Wir kennen Gen. Jakob Kindinger als zuverlässigen und energischen antifaschistischen Kämpfer.“<sup>363</sup>

---

<sup>359</sup> Das Extra Sprachrohr. Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei für Bensheim. März 1977, S. 8

<sup>360</sup> Interview mit Günter Löffler am 28. Dezember 2005.

<sup>361</sup> Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik: Tagebuchnummer 032472 / 04Z.

<sup>362</sup> Es gab viele Jakob Kindingers, aber es waren zu wenige gegen die Nazis. Gedenkgang entlang der Stationen des Todesmarsches. In: Bergsträßer Anzeiger vom 25. März 1985. Auszug aus einer Rede von Emil Carlebach, die er im Rahmen dieser Gedenkveranstaltung zum dreißigsten Jahrestag der Bensheimer Kirchbergmorde 1975 hielt.

<sup>363</sup> Materialien der Geschichtswerkstatt „Jakob Kindinger“.


1954 würdigten ehemalige polnische Häftlinge rückblickend das Verhalten Kindingers in einem Pressebeitrag, der in „Za wolność“ (Für die Freiheit und das Volk), dem Organ des Verbandes der Kämpfer für Freiheit und Demokratie (ZBOWID) in Nr. 6 (75), Juni 1954 veröffentlicht wurde:

*„Jakob Kindinger, Steinmetz von Beruf, ist ein bewährter antifaschistischer Kämpfer. Für seinen unermüdlichen Kampf gegen den Hitlerismus war er ein Dutzend Jahre in Gefängnissen und Konzentrationslagern eingekerkert. Unter Gefährdung des eigenen Lebens verteidigte er uns gegen Vernichtung. Er half uns in den Grenzen des Möglichen in den schwersten Momenten des Lagerlebens. Durch seine persönlichen Beispiele und seiner Benehmungen lehrte er uns den proletarischen Internationalismus. Mit einem Wort: für uns war er ein Repräsentant des besten Teils des deutschen Volkes, der die gegenseitigen Beziehungen mit dem polnischen Volk auf der Grundlage des Frieden, der Freundschaft und der Brüderlichkeit einzurichten wünschte und auch heute wünscht. Eben auf diesen Grundlagen stützte sich Jakobs Beziehung zur Masse der polnischen Gefangenen in Buchenwald. Deshalb gedenken seiner auch alle ehemaligen Buchenwalder mit Gefühlen von Liebe und Dankbarkeit. Wir empfinden Mitgefühl für ihn darüber, dass er bei seinem beträchtlichen Alter, trotz der vom langjährigen Schmachten und Nazikerkern zerrütteten Gesundheit, nun wieder verfolgt wird, diesmal durch Adenauers Unterdrückungsapparat. Andererseits freuen wir uns, dass er unveränderlich, mit jugendlicher Energie, voll Optimismus und Glauben im endgültigen Sieg, gegen Hitlers Nachkommen kämpft.“<sup>364</sup>*

Anlässlich seines Ausscheidens aus der Stadtverordnetenversammlung 1960 sandte der damalige Bensheimer Bürgermeister Wilhelm Kilian folgendes Schreiben an Jakob Kindinger<sup>365</sup> und überreichte ihm das Bensheimer Wappenbuch.

## Der Magistrat

DER STADT BENSHEIM (BERGSTR.)



---

Herrn  
Jakob Kindinger

B e n s h e i m  
San dstrasse 39

Fernruf: Bensheim 31 21  
Konten der Stadtkasse:  
Postcheckamt Frankfurt M. Nr. 8115  
Bezirksparkasse Bensheim  
Deutsche Bank Bensheim  
Genossenschaftsbank Bensheim  
(16) Bensheim (Bergstraße)

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unter Zeichen O-Ko/Hu

Tag 8. Dez. 1960

Betrifft: Sehr geehrter Herr Kindinger!

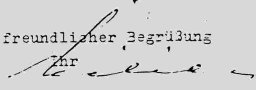
Mit dem Ablauf der Wahlperiode 1956/60 sind Sie als Stadtverordneter aus der Stadtverordnetenversammlung ausgeschieden.

Ich nehme diese Gelegenheit gerne zum Anlaß, Ihnen namens des Magistrats sowie auch persönlich für die von Ihnen im Interesse der Stadt Bensheim und ihrer Bevölkerung geleistete Tätigkeit in der Stadtverordnetenversammlung in den Jahren 1948 bis 1952 und 1956 bis 1960 und den Ausschüssen herzlich Dank zu sagen.

Sie haben in den 8 Jahren Ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit viel Zeit und Kraft der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt. Stets waren Sie sich der hohen Aufgabe bewußt, die Sie zu erfüllen hatten. Ihre Tätigkeit war immer auf das Wohl der Stadt Bensheim und ihrer Bürger ausgerichtet.

Mit den besten Wünschen für Ihr ferneres Wohlergehen bin ich

mit freundlicher Begrüßung

  
 Bürgermeister

Kopie!  
Nach dem Anruf von Marie Kindinger  
am 17. Aug. 82  
Siehe Anmerkungen im Verzeichnis  
vom 17. Mai 1981

<sup>364</sup> Archiv Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora (Buchenwaldarchiv): Sign. 31/147, Block 56, Bericht von Jakob Kindinger.

<sup>365</sup> Materialien der Geschichtswerkstatt „Jakob Kindinger“.



366

Zu Jakob Kindingers 60. Geburtstag (1965) gratulierte Max Reimann (1898-1977), der die KPD im Parlamentarischen Rat 1948/49 vertrat, Mitglied des Deutschen Bundestages von 1949 bis 1953, und seit 1948 Vorsitzender der KPD war, seit 1954 deren Erster Sekretär,<sup>367</sup> mit folgenden Worten:

*„Lieber Genosse Jakob Kindinger!*

*Zu Deinem 60. Geburtstag übermittelt Dir das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands herzliche Grüße und Glückwünsche.*

*Seit mehr als drei Jahrzehnten wirkst Du ununterbrochen in den Reihen der deutschen revolutionären Arbeiterbewegung. Inhaltsreich ist Dein Leben, kein Parteiauftrag war Dir zuviel, immer waren die Beschlüsse der Partei Richtschnur Deines Wirkens. Wo die Partei dich hinstellte, erfülltest Du zuverlässig Deine Pflicht.*

*Auch in Deutschlands dunkelsten Tagen, während der Nacht des Faschismus, warst Du der Partei treu ergeben. Zuchthaus und Konzentrationslager waren Deine Leidensstationen, aber Verfolgung und Mißhandlungen konnten Dich nicht schrecken und Deiner Überzeugung keinen Abbruch tun.*

<sup>366</sup> Wappenbuch der Stadt Bensheim. Hrsg.: Joseph Stoll. Bensheim 1956.

<sup>367</sup> Max Reimann lebte von 1954 bis 1968 in der DDR.

*Erfüllt von der Gewißheit des Sieges des Sozialismus, 1945 der Hölle Buchenwald entronnen und der Freiheit wiedergegeben, standest Du erneut in den ersten Reihen der Kämpfer für ein freies, sozialistisches Deutschland.*

*Deine jahrzehntelangen Erfahrungen und Deine Fähigkeiten veranlaßten die Partei, Dich mit verantwortlichen Funktionen in Kreis und Land zu betrauen. Durch Deine Hingabe im Kampf für die Sache der Arbeiterklasse, durch Dein Wirken und Deine Treue zur Partei bist Du vielen Genossen zum Vorbild geworden.*

*Die Partei schätzt Deinen kämpferischen Einsatz sowie Deine aufopfernde Tätigkeit und spricht Dir an Deinem Ehrentage für Deine Leistungen, für Deinen langjährigen Kampf zum Wohle der Arbeiterklasse, für Deine Treue zur Partei und die Verwirklichung ihrer Ziele Dank und Anerkennung aus.*

*Wir wünschen Dir von ganzem Herzen noch viele Jahre Gesundheit, Lebensmut und Schaffenskraft, damit Du auch weiterhin mit Deinen Erfahrungen und dem Einsatz Deiner ganzen Persönlichkeit dazu beitragen kannst, den Weg zu bereiten für die Einheit der Arbeiterklasse, für Frieden, Demokratie und Sozialismus.*

Mit sozialistischem Gruß!  
Kommunistische Partei Deutschlands  
Zentralkomitee

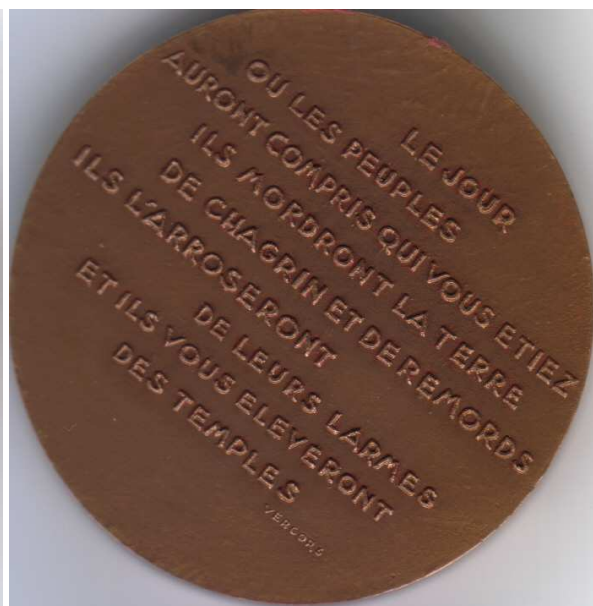
Max Reimann  
Erster Sekretär“

Zu seinem 70. Geburtstag 1975 erklärte Emil Carlebach:

*„Der Genosse Jakob Kindinger hat sich, sowohl bei dem Fall, wo er sich geweigert hat, einen Kameraden zu schlagen, wie bei dem Fall, wo er sein Leben eingesetzt hat, um meines zu retten, hat sich so verhalten, wie sich ein Kommunist verhalten muss. Er hat sich so verhalten, dass man sagen kann, er ist ein vorbildlicher Mensch, und das sagen wir an seinem siebzigsten Geburtstag, aber das haben wir auch schon früher gesagt, weil es einfach Tatsache ist.“*<sup>368</sup>

### **Verleihung der Medaille des deutschen Widerstandes**

Am 20. Mai 1978 wurde Jakob Kindinger im Kreise seiner ehemaligen Kolleginnen und Kollegen die „Ehrenmedaille für den deutschen Widerstand“ verliehen.<sup>369</sup>



<sup>368</sup> Materialien der Geschichtswerkstatt „Jakob Kindinger“

<sup>369</sup> Ebd.

Die Medaille stammt aus Frankreich und wurde nach einer Auskunft von Peter Gingold vermutlich vom französischen Präsidenten des Internationalen Buchenwaldkomitees verliehen, vielleicht von General Manhès.<sup>370</sup>

In einer Feierstunde der IG Bau – Steine – Erden überreichte Ludwig Wolf Medaille und Urkunde für „Antifaschistischen Einsatz“: „Wir ehren Jakob Kindinger und in ihm ehren wir die besten Eigenschaften unseres Volkes, Sauberkeit, Mut, Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit“.<sup>371</sup>

Von der „Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora“<sup>372</sup> wurde ihm als Ehrengabe eine „nummerierte Vorzugsausgabe Nr. 169“ des Bandes von Henri Pieck „Zeichnungen aus dem Konzentrationslager“ überreicht, das u. a. die nachfolgend wiedergegebene Widmung und Zeichnung enthält:



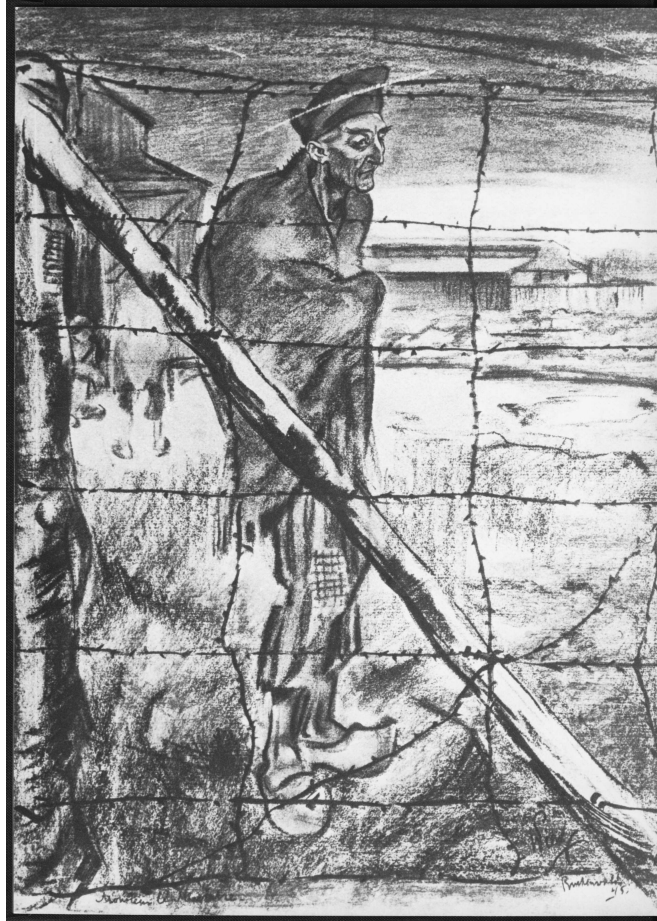
373

<sup>370</sup> Auskunft vom Studienkreis Deutscher Widerstand am 25. Januar 2006.

<sup>371</sup> Materialien der Geschichtswerkstatt „Jakob Kindinger“. Bereits am 14. März 1978 hatte Jakob Kindinger ein Schreiben vom „Internationalen Komitee Buchenwald-Dora“ (Zusammenschluss aus ehemaligen Buchenwald-Häftlingen). bekommen. Darin hieß es, man habe erfahren, dass Jakob Kindinger die „Medaille des Widerstandskampfes“ in einer feierlichen Veranstaltung übergeben bekommen habe. Mit großer Freude bedankte sich das Internationale Komitee mehrmals für Kindingers antifaschistischen Kampf, für seinen aufopferungsvollen Einsatz, sowohl für Mithäftlinge wie auch für den lagerinternen Widerstand während seiner Inhaftierung im KZ Buchenwald.

<sup>372</sup> Diese Organisation ehemaliger Häftlinge hat sich zum Ziel gesetzt, das Vermächtnis der Männer und Frauen des antifaschistischen Widerstandes und die Leistungen der politischen Häftlinge des KZ Buchenwald für die Zukunft zu bewahren.

<sup>373</sup> Pieck, Henri: Buchenwald – Zeichnungen aus dem Konzentrationslager. Frankfurt/M. 1981



### **Gedenkveranstaltung anlässlich seines Todes**

Aus einem Einschreiben von Willy Mandel, Viernheim, an den DKP-Kreissekretär Bergstraße Horst Riegert vom 10. November 1977 gehen die Festlegungen hervor, die Jakob Kindinger testamentarisch für den Fall seines Ablebens getroffen hatte:

- „1. Die Einäscherung findet in Darmstadt statt.
2. Die Beisetzung findet in Bensheim statt.
3. An der Beisetzung nehmen die nachfolgenden Organisationen teil:  
 Gewerkschaft Bau-Steine-Erden, Ortsverband Bensheim;  
 Deutsche Kommunistische Partei, Kreis Bergstraße und der  
 Kreisverband der VVN Bund der Antifaschisten Bergstraße.“

Am 17. November 1986 verstarb Jakob Kindinger im Alter von 81 Jahren nach jahrelanger schwerer Krankheit. Anlässlich seines Todes würdigte die DKP<sup>374</sup> Jakob Kindinger mit einer Gedenkveranstaltung im „Dalberger Hof“, die von sechzig Teilnehmern besucht wurde, u.a. vom damaligen Bürgermeister Georg Stolle. Günter Löffler, Kreisvorsitzender der DKP, betonte, die unerschütterliche Haltung Kindingers sei Vorbild für viele, insbesondere für junge Menschen gewesen. Menschen wie er, „zeigten uns den Weg von der Spontaneität jugendlichen Protestes zur organisierten Arbeiterbewegung.“<sup>375</sup> Joachim Glemann, Stadtverordneter der Grünen Liste Bensheim (GLB), nannte Kindinger einen vorbildlichen Mann, der stets seinem Gewissen gefolgt und für den Solidarität der oberste Maßstab gewesen sei. Glemann erinnerte an den Antrag der GLB, anlässlich des vierzigsten Jahrestages der

<sup>374</sup> Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), wurde 1968 gegründet; 1956 wurde die KPD unter Adenauer verboten. Unter Innenminister Gustav Heinemann wurde eine kommunistische Partei in der Bundesrepublik Deutschland zugelassen, die sich allerdings nicht KPD nennen durfte, da das KPD-Verbot noch bestand.

<sup>375</sup> Ebd.



Befreiung vom Faschismus Jakob Kindinger und andere Bensheimer Antifaschisten in einer Gedenkstunde ausdrücklich zu ehren, was allerdings vom Stadtparlament abgelehnt worden sei. Für die Gewerkschaft IG Bau – Steine – Erden sprach Arthur Hintze. Der Ehrenvorsitzende Jakob Kindinger habe die Gewerkschaftsarbeit entscheidend mitgeprägt und sich großer Autorität und Beliebtheit erfreut. Sein Name „geht in die Geschichte der Gewerkschaft“ ein. Emil Carlebach, Mitglied des Bezirksvorstandes der DKP und des Präsidiums der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, sagte über seinen Lebensretter: „Er kapitulierte nicht vor Morddrohungen, vor Peitschenhieben oder Gewehrläufen. Er fühlte sich als Teil der deutschen Arbeiterklasse und kämpfte für eine friedliche Welt.“ Der damalige Bensheimer Bürgermeister Georg Stolle hob hervor, Kindinger habe alle, die mit ihm zu tun hatten, durch seine Fairness und Hilfsbereitschaft beeindruckt. Zum Schluss bedankte sich ein Angehöriger der Familie Kindinger aus Reichenbach für die Gedenkfeier.<sup>376</sup> Der „Bergsträßer Anzeiger“ weigerte sich, eine Traueranzeige mit einem gemeinsamen Nachruf der IG Bau – Steine – Erden, der VVN/BdA und der DKP abzudrucken. Die nächsten Angehörigen wollten die Trauerfeier der oben genannten Organisationen verhindern, weil sie diese als geschäftsschädigend ansahen. Der vorgesehene Nachruf hatte folgenden Wortlaut:

*„Der Gewerkschafter, Antifaschist und Kommunist Jakob Kindinger ist im Alter von 81 Jahren nach langer Krankheit gestorben. Seit 1924 war Jakob Kindinger Mitglied der Gewerkschaft. Seine Gewerkschaft, die BSE, wählte ihn mehrere Jahre zum 1. Vorsitzenden des Ortsverbandes Bensheim und ernannte ihn zum Ehrenvorsitzenden. 1931 trat er der KPD bei und war seit 1968 Mitglied der DKP. Der VVN gehörte er seit Gründung an. Im antifaschistischen Widerstand stand er unerschütterlich und zuverlässig an der Seite seiner Freunde. Als er nach der Befreiung 1945 aus dem Konzentrationslager Buchenwald nach Hause zurückkehrte, stellte er sich dem demokratischen Neuaufbau zur Verfügung. Als Antifaschist wurde er in der Bürgerrat gerufen und als KPD-Stadtverordneter in Bensheim gewählt. Fast gleichzeitig als der Bürgermeister ihm offiziell für seine Verdienste zum Wohle der Bürger dankte, traf ihn als einen der ersten Berufsverbotsopfer der sogenannte Adenauer-Erlaß. Aber unbeirrt wirkte er weiter für die Sache der arbeitenden Menschen, solange es ihm seine Gesundheit erlaubte. Für seine Standhaftigkeit bleibt Jakob Kindinger unser Vorbild im Kampf für Frieden, Arbeit und Demokratie.“<sup>377</sup>*

In der „Deutschen Volkszeitung“ vom 28. November 1986 erschien folgender Nachruf:

*„Am 17. November 1986 starb in Bensheim an der Bergstraße unser Freund und Kamerad Jakob Kindinger im Alter von 81 Jahren.*

*Von frühester Jugend an war er ein Streiter für die Sache der Arbeiterbewegung, ein Kämpfer gegen Faschismus und Krieg. Im antifaschistischen Widerstand stand Jakob Kindinger unerschütterlich und zuverlässig an der Seite seiner Freunde. Gefängnis und KZ konnten sein Verhalten nicht ändern: Im KZ Buchenwald fügte er sich schnell in die von Jahr zu Jahr bis zur Selbstbefreiung immer stärker werdende Widerstandsorganisation ein. Immer wieder und noch in den letzten Tagen bei der Hilfe für die 46 zur Exekution bestimmten Kameraden setzte er das eigene Leben ein.*

*Seine noch lebenden Kameraden und Freunde werden ihn nicht vergessen. Sein Name ist in den Dokumenten des internationalen Widerstandes verewigt.*

*VVN-Bund der Antifaschisten  
Kreis Bergstraße und Land Hessen  
Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora  
in der Bundesrepublik Deutschland“<sup>378</sup>*

<sup>376</sup> Das Sprachrohr. Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei für Bensheim, Dezember 1986.

<sup>377</sup> Ebd.

<sup>378</sup> In einem weiteren Nachruf auf Jakob Kindinger heißt es:

*„Zum Gedenken an den jüngst verstorbenen Antifaschisten und Widerstandskämpfer Jakob Kindinger kamen rund 60 Teilnehmer in den Bensheimer Dalberger Hof zu einer Trauerfeier, organisiert von der DKP Bergstraße, der Jakob Kindinger seit ihrer Neukonstituierung 1968 angehört hatte.“*

Jakob Kindinger habe einen langen Atem gehabt, wenn es um die Widerstandsarbeit gegangen sei. Dies sei der Grund, seine Arbeit zu würdigen und Kindinger als Vorbild zu bezeichnen. Seine solidarischen Tätigkeiten, wie zum Beispiel die





Grabstätte Kindinger-Hunger auf dem Friedhof Bensheim-Mitte (2005)



Rettung vieler jüdischer Leben im KZ Buchenwald durch seine Aktion sollten Menschen den richtigen Weg weisen. (Das Sprachrohr. Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) für Bensheim, Dezember 1986).



## Eine Straße wird nach Jakob Kindinger benannt

Ende der achtziger Jahre wurde in Bensheim ein Neubaugebiet in den „Kappesgärten“ erschlossen. Die Straßen wurden 1988 nach Bensheimer Persönlichkeiten, zumeist ehemaligen Bensheimer Bürgermeistern, benannt. Unter den Namensgebern befinden sich auch zwei Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime: Der Kommunist Jakob Kindinger<sup>379</sup> (1905-1986) und der Reichstagsabgeordnete der Zentrumspartei Fritz Bockius (1882-1945).

## Gedenkstein zu Ehren Jakob Kindingers

Am 17. November 1995 wurde zu Ehren des Widerstandskämpfers Jakob Kindinger ein Gedenkstein in den Kappesgärten in der Bensheimer Weststadt enthüllt.<sup>380</sup> Der Gedenkstein zu Ehren Jakob Kindingers steht in den Kappesgärten<sup>381</sup> in der nach ihm benannten Straße. Im Jahre 1988 wurden im ersten Teilabschnitt des Neubaugebietes Kappesgärten Straßen nach verdienten Persönlichkeiten der Nachkriegszeit benannt, so neben Jakob Kindinger auch nach den Bürgermeistern Joseph Treffert und Wilhelm Kilian.<sup>382</sup>

Gewerkschaftssekretär Gert Helbling, der damalige Bensheimer Bürgermeister Georg Stolle und der Frankfurter Schriftsteller Arthur Roth<sup>383</sup>, der seinem ebenfalls als Widerstandskämpfer aktiv gewesenen Vater den Kontakt zu Kindinger verdankt, ehrten Jakob Kindinger bei diesem Anlass in einer Rede als Vorbild für Gemeinsinn und Solidarität. Kindinger habe Geschichte im humanitären Sinn geprägt. Mutige Menschen dieses Schlages werde es hoffentlich immer wieder geben, gab Roth seiner Hoffnung zusätzlich Ausdruck.

Inzwischen wurde auch die Fläche um den Gedenkstein bepflanzt. Der „Bergsträßer Anzeiger“ berichtete in seiner Ausgabe am 16. November 2004:

*„Der Namensgeber für die Geschichtswerkstatt ‘Jakob Kindinger’ wurde auch mit einer Straße im Neubaugebiet ‘Kappesgärten’, hinter dem Altenzentrum der Arbeiterwohlfahrt, geehrt. Dort ist auch – einmalig in Bensheim – für den gelernten Steinmetz ein Odenwälder Granitfindling mit Texttafel aufgestellt worden. Initiiert wurde der Gedenkstein vom ehemaligen Bergsträßer DGB-Sekretär Gert Helbling.*

*In diesen Tagen hat nun der frühere Landschaftsgärtner die Fläche um den Gedenkstein mit Efeu bepflanzt. Die Pflanzen stammen vom Ehrenmal der KZ-Gedenkstätte Buchenwald bei Weimar. Helbling hatte von dort mit Erlaubnis und zu Ehren Kindingers Stecklinge mitgebracht.*

---

<sup>379</sup> Bei Köster, Rudolf: Die Namen der Bensheimer Straßen, Wege, Plätze und Passagen. Von A - Z erläutert. Herausgegeben vom Museumsverein Bensheim. Bensheim 1996 findet sich auf S.61 der Eintrag: „Jakob-Kindinger-Straße (Weststadt). Im Neubaugebiet ehemalige Kappesgärten, nach Jakob Kindinger (1905-1986), Steinhauer, später Straßenmeister, Antifaschist, Widerstandskämpfer, Gewerkschaftsfunktionär. 1935 wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt und bis 1945 im Konzentrationslager Buchenwald. Von 1948-1960 Stadtverordneter für die KPD in Bensheim.“ Hier ist zu berichtigen, dass Kindinger von 1948 bis 1952 Stadtverordneter für die KPD war und nach dem KPD-Verbot von 1956 bis 1960 Stadtverordneter einer Interessengemeinschaft.

<sup>380</sup> Vorbild für Gemeinsinn und Solidarität. Enthüllung des Gedenksteins für den Bensheimer Widerstandskämpfer Jakob Kindinger in den Kappesgärten. In: BA vom 20. November 1995. Vgl. Gedenkstein für Jakob Kindinger. In: BA vom 22. Oktober 1987. „Stolle: ‘Mit Platz- und Straßenumbenennungen möchten wir nicht anfangen, um die Verdienste von Persönlichkeiten herauszustellen. Wir werden deshalb zusammen mit den Vertretern der Industriegewerkschaft nach einem passenden Platz für den Gedenkstein suchen. Ich persönlich könnte mir vorstellen, daß wir den im Bereich Augartenstraße-Grieselstraße finden’“.

<sup>381</sup> Wohngegend in der Bensheimer Weststadt.

<sup>382</sup> Siehe. Neue Straßen in Kappesgärten. Namen von Bürgermeistern werden auf Schildern prangen. Auch Gedenken an den Antifaschisten Jakob Kindinger. In: Bergsträßer Anzeiger vom 15. Januar 1988.

<sup>383</sup> Arthur Roth, Sohn von Otto Roth (1905-1969), geboren in Frankfurt/Main, 1919 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend, später des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK); 1930 Eintritt in die KPD; 1933/34 Verhaftung und Untersuchungshaft; nach Entlassung illegale Tätigkeit; im September 1939 erneut festgenommen; 1939-1945 Häftling des KZ Buchenwald; Mitglied der Leitung der illegalen Militärorganisation als Verantwortlicher für Technik und Bewaffnung; nach 1945 leitendes Mitglied der VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten). (Carlebach, Emil/Schmidt, Willy/Schneider, Ulrich: Buchenwald. Ein Konzentrationslager. Berichte - Bilder - Dokumente. Herausgegeben im Auftrag der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora. (2000) 2., verbesserte Auflage Bonn 2005, S. 124): Vgl. Roth, Arthur (Hrsg.): Unter den Augen der SS. Otto Roth und der bewaffnete Aufstand im KZ Buchenwald. Bonn 1995.

Jakob Kindinger hat mehr als sechs Jahre im KZ Buchenwald eingesperrt. Weil er sich als Vorarbeiter im Steinbruch weigerte zwei Mitgefangene zu schlagen – sie hatten nur geraucht – kam er selber auf den „Bock“ und erhielt 25 Stockhiebe. Überliefert ist auch, dass er im April 1945 als Blockältester im Block 56 vier englische Piloten und Emil Carlebach (Jude, später Lizenznehmer und Mitherausgeber der Frankfurter Rundschau) unter den Fußbodenbrettern versteckte und diesen damit das Leben rettete.

Kindinger, später Stadtverordneter in Bensheim und Vorsitzender der BAU-Gewerkschaft, gehörte im KZ Buchenwald zur illegalen Internationalen Widerstandsorganisation. Dem Häftlingswiderstand war es am 11. April 1945 gelungen, das KZ von innen heraus zu befreien, die Bewacher von der SS zu entwaffnen und geordnet den später anrückenden amerikanischen Soldaten zu übergeben. Diese Selbstbefreiung der Häftlinge ist im DDR-Film „Nackt unter Wölfen“ nach dem Buch von Bruno Apitz mit Armin Müller-Stahl in der Hauptrolle realistisch wiedergegeben.

Pünktlich zum Todestag von Jakob Kindinger heute (Mittwoch) ist nun die Fläche um den Gedenkstein von Gert Helbling neu bepflanzt worden.“



## 9. Rückblick: Jakob Kindinger – ein politisches Leben

Am Anfang unserer Arbeit war es nur ein Straßename, ein Gedenkstein mit einem uns noch fremden Namen. Die Jakob-Kindinger-Straße ist nicht weit von unserer Schule entfernt und liegt abseits, ist nur wenigen bekannt. Nur dem unermüdlichen Einsatz von Gewerkschaftern, Mitgliedern der „*Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V.*“ (VVN-BdA) und insbesondere dem früheren Sekretär des DGB-Ortskartells Gert Helbling ist es zu verdanken, dass Kindinger in dieser Form gewürdigt wird und auch zum Namensgeber der gleichnamigen Geschichtswerkstatt wurde. Für Helbling, der Kindinger persönlich kennen gelernt hatte, war dieser auch in den Erzählungen Anderer immer „*als etwas Besonderes*“ erschienen, ein Mann, von dem er „*nie etwas Schlechtes*“ gehört hatte.<sup>384</sup>

Inzwischen hat für uns die Person Kindingers Konturen gewonnen und ist uns vertrauter geworden. Wir würdigen in Bensheim mit Jakob Kindinger den kommunistischen Widerstandskämpfer, der von einem Unrechtsregime verfolgt wurde, viele Jahre seines Lebens unter menschenverachtenden Bedingungen inhaftiert war und sich als Menschenretter bewährte. Mit Recht wird deshalb seiner gedacht!

Bereits der Titel dieses Buches signalisiert: Kindinger sieht sich – und wir ihn – vor allem als einen *politischen* Menschen, dessen vorrangiges Ziel die Realisierung kommunistischer Ideale war. Dafür nahm er Entbehnungen auf sich.

Die Grundüberzeugung, mit dem Rücken zur Wand auf der „*richtigen*“ Seite zu stehen, gab ihm Kraft zum Widerstand, auch Kraft zur Unterstützung von Mithäftlingen unter lebensbedrohlichen Bedingungen. Dass er seine Unterstützung nicht nur kommunistischen Gesinnungsgenossen zukommen ließ, das ehrt ihn.

Viele haben ihn gewürdigt, als Gewerkschafter, als Blockältesten, als Kommunalpolitiker – und aus allen Äußerungen spricht die Anerkennung für einen engagierten Menschen, der sich eben *nicht* in unterschiedliche Schubladen politischen Tuns einordnen lässt.

Dass er nach den Verfolgungen in der NS-Zeit und der Befreiung von Buchenwald im Spannungsfeld des Ost-West-Konflikts sich nicht als Vorbild gewürdigt, sondern als Mitglied von KPD und Betriebsrat im Westen Deutschlands „*verfolgt*“ sah, das hat tragische Züge und weist ihn als Opfer des Kalten Kriegs aus. In seiner undifferenzierten Haltung zum Sowjetsystem, das von ihm gleichsam als Ideal einem anzuklagenden „*amerikanischen Imperialismus*“ gegenübergestellt wurde, ist er freilich zugleich Ausdruck des Kalten Kriegs. Dass Stalinismus sich auch als die „*effektivste Form des Antikommunismus*“ (Werner Hofmann) auswirkte, das wurde ihm offensichtlich erst spät klar.

Die DDR war für Kindinger ein großes – auf den ersten Blick nicht kritisch hinterfragtes – Vorbild, scheinbare Verwirklichung kommunistischen Gedankengutes. Er wollte die DDR seinem Freundeskreis nahe bringen. Helmut Gondolph berichtete von den Errungenschaften, die er auf den Einladungsfahrten in die DDR seinen Mitreisenden nahe bringen wollte, z. B. die niedrigen Miet- und Kartoffelpreise. An den beschönigenden Angaben hielt er trotz abweichender Fakten zunächst fest. Allerdings wird von ihm auch berichtet, dass er in seinen letzten Lebensjahren immer wieder betont habe: „*Die DDR, das ist nicht der Sozialismus, für den wir gekämpft haben!*“ Er war also gleichsam mit zwei Welten konfrontiert, die er nicht bejahen konnte – gesundheitlich schwer geschädigt und privat vereinsamt. Das zwiespältige Urteil, das die politischen Führungsoffiziere in der DDR über ihn fällten, war ihm sicher nicht bekannt. Es enthält durchaus Charakteristika, die von anderen Bekannten Kindingers geteilt werden: Kindinger war offenbar unduldsam, rechthaberisch, im Umgang mit Frauen dominant, wenig respektvoll.

---

<sup>384</sup> Interview mit Gert Helbling vom 23. Dezember 2005. Gert Helbling erwähnt u.a. den 1. Mai 1976, als der ihm bis dahin unbekannte Kindinger (der nach seinem Schlaganfall bereits nicht mehr sprechen konnte) nach Helblings Rede zum 1. Mai im Bensheimer „*Bierkeller*“ auf ihn „zugestürmt“ sei und ihm gratuliert habe. Helbling empfand das als eine besondere Ehrung; die Zuhörer hätten diese Geste gegenüber dem neuen Sekretär des DGB-Ortskartells mit großem Beifall gewürdigt.

Persönliches wird nur selten von ihm berichtet, und die Annahme scheint berechtigt, dass er private Interessen grundsätzlich politischen Aktivitäten unterzuordnen und große Risiken einzugehen bereit war.

Als er verhaftet wurde, war seine Tochter Elisabeth noch sehr jung. Sie wuchs zwölf Jahre ohne ihren Vater auf – ähnlich wie seine Frau auf ihren Mann verzichten musste. Diese Situation führte offenbar zu einer schleichenden Entfremdung beider Frauen zu Kindinger. Dessen politisches Engagement war auch nach dem Krieg ungebrochen: Entgegen den Warnungen des Freundeskreises riskierte er Konflikte insbesondere in seiner Rolle als Betriebsrat. Der Umfang seiner politischen Aktivitäten lässt darauf schließen, dass für den häuslichen Bereich wenig Zeit blieb. Das Verhalten seiner Tochter, als Kindinger bereits durch einen Schlaganfall schwer gezeichnet war (*„Er kommt mir nicht aus dem Pflegeheim nach Hause zurück!“*), lässt darauf schließen, dass sie ihm nicht in besonderer Weise gewogen war. So war Kindinger in den letzten Lebensjahrzehnten wohl recht einsam. Die Distanz zu seinem politischen Handeln wird auch deutlich daran, dass seine Familienangehörigen einer offiziellen Trauerfeier ablehnend gegenüber standen.

So löst bei uns der Mensch und Politiker Jakob Kindinger zwiespältige Gedanken und Gefühle aus: Widerstandskämpfer und Parteisoldat, unduldsamer Patriarch und humanitäres Vorbild, öffentliches Engagement und private Defizite. Kritischer Zeitgenosse im Westen, Apologet der stalinistischen Sowjetunion und des unfreiheitlichen Systems in der SBZ und der DDR. Er war ein Arbeiter und blieb ein Arbeiter. Dem Einsatz für die Arbeiterklasse war sein Leben gewidmet. Anderes blieb dabei auf der Strecke.

Eine Pressekampagne um Jakob Kindinger spiegelt die unterschiedlichen politischen Perspektiven wieder, unter denen seine Person wahrgenommen wird:

Der in Bensheim geborene Herbert Köppner, Rheinböllen, mokierte sich in einem Leserbrief vom 4./5. November 2000 darüber, dass *„ausgerechnet zwei Geschichtslehrer zu den Gründungsmitgliedern der ‘Geschichtswerkstatt Jakob Kindinger’ gehörten“*. Kindinger sei Kommunist gewesen und von der SED geschult worden. Der Verfasser stellte Kommunisten mit Nazis gleich, weil sie in der Geschichte *„eine blutige Spur hinterlassen“* hätten. Er, Köppner, sei gegen Nazis genauso wie gegen Kommunisten, weil er Mensch geblieben sei und Achtung vor anderen Menschen habe. Das gebiete ihm schon seine *„christliche Lebensauffassung“*.<sup>385</sup>

Peter Kalb – Vorsitzender der *„Geschichtswerkstatt Jakob Kindinger“* entgegnete, dass die *„Geschichtswerkstatt Jakob Kindinger“* an einen Bensheimer Antifaschisten erinnere, *„der im Kampf gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft für seine Überzeugung ins KZ Buchenwald kam“*. Mit der Namensgebung ehre die Geschichtswerkstatt nicht den Kommunisten Jakob Kindinger, sondern den aufrechten Antifaschisten, *„der unter Einsatz seines Lebens kurz vor dieser Befreiung etlichen anderen Häftlingen das Leben rettete.“* Köppners Vergleich der Kommunisten mit Nazis bedeute *„eine Verhöhnung der sechs Millionen europäischer Juden, die von den Nazis ermordet wurden“*. Die von Köppner angeführten *„menschenvernichtenden Selbstschußanlagen“* an der Berliner Mauer und an der Grenze zur Bundesrepublik Deutschland seien schlimm genug gewesen. *„Aber wie kann man auf die Idee kommen, dies im Zusammenhang mit der staatlich organisierten, industriellen Ermordung von Millionen Menschen in den Gaskammern von Auschwitz und den anderen Vernichtungslagern anzuführen?“*<sup>386</sup>

Gert Helbling geht in seiner Entgegnung auf Köppner davon aus, dass dieser *„CDU-Mann fürs Grobe“* Jakob Kindinger noch gekannt haben müsse. Köppner könne für sich wie Altbundeskanzler Kohl die *„Gnade der späten Geburt“* in Anspruch nehmen. *„Ein paar Jahre früher geboren, hätte er zu einer ‘besonders bevorzugten’ Verfolgungsgruppe der Nazis gehört und durchaus auch in einem KZ sein können.“* Er hätte mit oder ohne diesen verabscheuungswürdigen Leserbrief als *„Buchenwalder“* aus Bensheim dort auf die Solidarität von Jakob Kindinger bauen können. Er, Helbling, sei stolz, Jakob

<sup>385</sup> Köppner, Herbert: „Nichts gelernt“. Zum Thema Jakob Kindinger. In: Bergsträßer Anzeiger vom 4./4. November 2000.

<sup>386</sup> Kalb, Peter: Im KZ Leben gerettet. In: Bergsträßer Anzeiger vom 8. November 2000.

Kindinger noch gekannt und Gründungsvorsitzender der Geschichtswerkstatt 'Jakob Kindinger' e.V. gewesen zu sein.<sup>387</sup>

Selbst wenn man der Politik von SED und KPD nach dem Zweiten Weltkrieg kritisch gegenübersteht, sollte man einem Mann wie Jakob Kindinger nicht den Respekt für seinen Mut und sein Verhalten in den zehn Jahren seiner Haft verweigern. Menschen zu retten unter Einsatz seines eigenen Lebens, dazu gehört Mut. Die im o. g. Leserbrief vorgebrachten Äußerungen, in denen Kindinger als „kommunistischer Antidemokrat“ bezeichnet wird, der auf der gleichen Stufe wie die Nazis zu stellen sei,<sup>388</sup> enthalten eine völlig unzulässige Gleichsetzung. Dass seine Vorstellungen vom Kommunismus nicht ihre Verwirklichung in der DDR fanden, wurde auch ihm in seinen letzten Lebensjahren zunehmend bewusst.

Wir sind der Ansicht, dass Jakob Kindinger nicht in Vergessenheit geraten sollte wegen seines selbstlosen Einsatzes als Blockältester im Konzentrationslager Buchenwald. Aus der Zeitung „Aufbau“, die in New York und Berlin erschien<sup>389</sup>, erfuhren wir, dass Walter Sonntag, der ehemalige Kapo von Block 49 im KZ Buchenwald in die Liste der „Gerechten der Völker“ aufgenommen wurde.<sup>390</sup> Wir werden ein Antrag stellen, auch Jakob Kindinger diese Ehre posthum zukommen zu lassen.

Das Straßenschild in der Bensheimer Weststadt enthält keinen Hinweis auf die Verdienste des Namensgebers. Wir schlagen deshalb vor, dass am Haus Sandstraße 39, also dort, wo Jakob Kindinger gewohnt hat, folgende von Schülern der Geschwister-Scholl-Schule entworfene Gedenktafel angebracht werden sollte:



<sup>387</sup> Helbling, Gert, Weinheim: Verunglimpfung und Geschichtsklitterung. Thema Antifaschismus. In: Bergsträßer Anzeiger vom 14. November 2000. In die Auseinandersetzung mischten sich zudem Heinrich Reeb und Gert Richter ein.

<sup>388</sup> Herbert Köppner: „Nichts gelernt“. Zum Thema Jakob Kindinger. In: Bergsträßer Anzeiger vom 4./5. November 2000.

<sup>389</sup> Heute erscheint der *Aufbau* nicht mehr in New York, sondern wird seit Januar 2005 als Monatsmagazin auf Hochglanzpapier in der Schweiz herausgegeben. Dieser neue *Aufbau* hat mit der legendären Immigrantenzzeitung nur noch den Namen gemein.

<sup>390</sup> Disselkötter, Andreas / Slobodzian, Susanne: „Der Mann wird doch nicht sein Leben riskieren für uns.“ Yad Vashem ehrt Walter Sonntag, Kapo von Block 49 im KZ Buchenwald. In: *Aufbau* 69, Nr. 21 vom 30. Oktober 2003.



## Literaturverzeichnis

### a) Zeitungsartikel

- Carlebach, Emil: Ein Held ohne Ritterkreuz. In: Frankfurter Rundschau Nr. 2 vom 4. August 1945
- Kindinger, Jakob: Zur "Friedenskundgebung in Bensheim". In: Bergsträßer Anzeigblatt vom 11. November 1949
- Entlassung zurückgenommen. In: Südhessische Post vom 14. Februar 1951
- Bensheimer Sprachrohr. Zeitung der KPD für die Bensheimer Bevölkerung. 1953 (2 Ausgaben). Verantwortlich für Druck und Inhalt: Jakob Kindinger, Bensheim
- Ein Brief aus Westdeutschland. In: Za wolnosc i lud (Für die Freiheit und das Volk). Organ des Verbandes der Kämpfer für Freiheit und Demokratie (ZBOWID) Nr. 6 (75). Warschau, Juni 1954, S. 22
- Bensheimer Sprachrohr. Zeitung der KPD für die Bevölkerung von Bensheim. März 1956; Mai 1956; Juni 1956. Verantwortlich f. Druck u. Verlag: Jakob Kindinger, Bensheim, Sandstraße 39
- Die Wähler-Vereinigung. 1959. Für Druck und Inhalt verantwortlich: Jakob Kindinger
- Die BA-Umfrage: Der 8. Mai sollte uns in Erinnerung bleiben. Wie denkt man heute darüber? In Bergsträßer Anzeiger vom 10. Mai 1975
- Carlebach, Emil: Tag des Sturms auf den Stacheldraht. Unter den Augen der Henker bauten Kommunisten im KZ Buchenwald eine politische Widerstandsorganisation auf. Wie 3000 Juden vor dem Tod gerettet wurden / Das Volksfrontkomitee / Kampfgruppen aufgestellt: In: Unsere Zeit vom 11. April 1980
- Lieber Kamerad Jakob Kindinger. In: Tat vom 4. Juli 1980
- Einer, der sein Leben oft aufs Spiel setzte. Jakob Kindinger wird morgen 75 Jahre alt. Kommunist und aktiver Widerstandskämpfer. In: Südhessische Post vom 4. Juli 1980
- Widerstandskämpfer und „Mann der ersten Stunde“. Jakob Kindinger zum 75. Geburtstag. In: Bergsträßer Anzeiger vom 5. Juli 1980
- Jakob Kindinger 75! In: Das Sprachrohr. Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei für Bensheim. Juli 1980
- Es gab viele Jakob Kindingers, aber es waren zu wenige gegen die Nazis. Gedenkgang entlang der Stationen des Todesmarsches. In: Bergsträßer Anzeiger vom 25. März 1985
- Mit Überzeugung gegen die Faschisten. Männer, die in Bensheim Widerstand geleistet haben / VVN nennt Namen. In: Bergsträßer Anzeiger vom 27. April 1985
- Widerstand gegen das Unrechtsregime. Jakob Kindinger wird 80 Jahre alt / Schwere Jahre der Verfolgung / Nicht gebrochen. In: Bergsträßer Anzeiger vom 4. Juli 1985
- Unser Genosse Jakob Kindinger ist heute 80 Jahre alt. In: Unsere Zeit vom 5. Juli 1985
- Jakob Kindinger – Ein Vorbild. Gedenkfeier von DKP, IG Bau Steine Erden und VVN/BDA. In: Das Sprachrohr. Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei für Bensheim, Dezember 1986
- In der Erinnerung an sein politisches Leben bleibt die Geschichte unseres Landes lebendig. Flugblatt der DKP zum Tode von Jakob Kindinger
- Traueranzeige. In: Deutsche Volkszeitung vom 28. November 1986
- Gedenkstein für Jakob Kindinger. In: Bergsträßer Anzeiger vom 22. November 1987
- Neue Straßen in Kappesgärten. Namen von Bürgermeistern werden auf Schildern prangen. Auch Gedenken an den Antifaschisten Jakob Kindinger. In: Bergsträßer Anzeiger vom 15. Januar 1988
- Vorbild für Gemeinsinn und Solidarität. Enthüllung des Gedenksteins für den Bensheimer Widerstandskämpfer Jakob Kindinger in den Kappesgärten. In: Bergsträßer Anzeiger vom 20. November 1995

- Köppner, Herbert: „Nichts gelernt“. Zum Thema Jakob Kindinger. In: Bergsträßer Anzeiger vom 4./5. November 2000
- Kalb, Peter: Im KZ Leben gerettet. Zum Leserbrief H. Köppner „Nichts gelernt / Bergsträßer Anzeiger v. 4.11.2000. In: Bergsträßer Anzeiger vom 8. November 2000
- Reeb, Heinrich: „Bibelkenntnisse reichen nicht aus.“ Zum Thema Jakob Kindinger. In: Bergsträßer Anzeiger vom 8. November 2000
- Richter, Gerd: Wer im Glashaus sitzt ... Zum Leserbrief „Nichts gelernt“, BA vom 4.11. In: Bergsträßer Anzeiger vom 10. November 2000
- Helbling, Gert: Verunglimpfung und Geschichtsklitterung. Thema Antifaschismus. In: Bergsträßer Anzeiger vom 14. November 2000
- Zeitzeugen berichten: „Die Rache ist nicht mein!“ [Max Liebster]. In: Bergsträßer Anzeiger vom 27. November 2000
- Disselkötter, Andreas/Slobodzian, Susanne: „Der Mann wird doch nicht sein Leben riskieren für uns.“ Yad Vashem ehrt Walter Sonntag, Kapo von Block 49 im KZ Buchenwald. In: Aufbau 69, Nr. 21 vom 30. Oktober 2003
- Fläche um Gedenkstein bepflanzt. Todestag von Jakob Kindinger am 17. November. In: Bergsträßer Anzeiger vom 16. November 2004
- Mit einer Widmung für Jakob Kindinger. Der Reichenbacher half dem neuen Ehrenbürger Max Liebster. In: Bergsträßer Anzeiger vom 26. November 2004
- Zeitzeuge, Menschenfreund und echter Reichenbacher. Zum 90. Geburtstag von Max Liebster: Ein Leben als Glaubensbekenntnis zu Freiheit und Toleranz. In: Bergsträßer Anzeiger vom 15. Februar 2005

## **b) Bücher und Aufsätze**

- 40 Jahre CDU Bensheim. Ein Beitrag zur Parteiengeschichte und zur Heimatgeschichte. Herausgeber: CDU-Stadtverband Bensheim. Einhausen 1985
- Abendroth, Wolfgang: Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche, aufgezeichnet und herausgegeben von Barbara Dietrich und Joachim Perels. Frankfurt/Main 1976
- Abzug, Robert H./Wetzel, Juliane: Die Befreiung. In: Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 1: Die Organisation des Terrors. München 2005, S. 313-328
- Ahrens, Franz: Über Max Reimann. Streiflichter aus dem Leben eines Kommunisten. Hamburg 1968
- Aktionskomitee für ein Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager e.V. (Hrsg.): Das Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager. Papenburg 1993
- Amos, Heike: Die Westpolitik der SED 1948/49 - 1961. „Arbeit nach Westdeutschland“ durch die nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit. Berlin 1999
- Anders, Karl: Stein für Stein. Die Leute von Bau-Steine-Erden und ihre Gewerkschaften 1869-1969. Hannover 1969
- Angress, Werner T.: Die Kampfzeit der KPD 1921-1932. Düsseldorf 1973
- Apitz, Bruno: Die Selbstbefreiung von Buchenwald. In: Auf der Suche nach dem Glück. Eine Anthologie über Moral und Ethik, Freundschaft und Liebe, Religion und Wissenschaft. Herausgeber: Helmut Wolle. Berlin/DDR 1975, S. 149-152
- Apitz, Bruno: Nackt unter Wölfen. Roman. (1958) Berlin 6. Auflage 2005
- Arenz-Morch, Angelika: Das Konzentrationslager Osthofen 1933/34. In: Meyer, Hans-Georg/Berkessel, Hans (Hrsg.): Die Zeit des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz. Band 2: „Für die Außenwelt seid ihr tot!“ Mainz 2000, S. 32-51

- Bärhausen, Anne/Meyer, Ruth/Zimmermann, Rüdiger: Baugewerkschaften. Bonn 1986
- Bach, Hermann J.: Die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung in Hessen, besonders im Odenwald. Vortrag auf der deutschen Nachrichtenkonferenz in Berlin über die Entwicklung der NSDAP, 28./29. April 1930, kommentiert und um entsprechende Dokumente ergänzt, in: Eike Henning u.a. (Hrsg.): Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen. Frankfurt/M. 1983, S. 365 – 376
- Bahne, Siegfried: Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932-1935. Frankfurt/Main/New York 1976
- Bartel, Walter: Die letzten zehn Tage des faschistischen Konzentrationslagers Buchenwald. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 18, 1976, S. 301-310
- Barthel, Karl: Welt ohne Erbarmen. Bilder und Skizzen aus dem KZ. Weimar 1946
- Baumann, Thomas C.: Das Verhältnis der Kommunistischen Partei Deutschlands und der amerikanischen Besatzungsmacht in Deutschland 1945-1949. Diss. Mannheim 1994
- Behn, Friedrich: Führer durch die römische Granitindustrie auf dem Felsberg im Odenwald. Mainz 1925
- Beier, Gerhard: Arbeiterbewegung in Hessen. Zur Geschichte der Hessischen Arbeiterbewegung durch einhundertfünfzig Jahre (1834-1984). Frankfurt/Main 1984
- Belz, Willi: Die Standhaften. Über den antifaschistischen Widerstand in Kassel und Bezirk Hessen-Waldeck 1933-45. Kassel. 2. Auflage 1978
- Benser, Günther: Die Struktur der KPD und ihrer Kader (1945/46). In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 39, 1997, S. 17-40
- Benz, Wolfgang/Distel, Barbara (Hrsg.): Terror ohne System. Die ersten Konzentrationslager im Nationalsozialismus 1933-1935. Berlin 2001
- Benz, Wolfgang/Distel, Barbara (Hrsg.): Instrumentarium der Macht. Frühe Konzentrationslager 1933-1937. Berlin 2003
- Bericht des internationalen Lagerkomitees des KZ Buchenwald. (1946) Offenbach 1997
- Berke, Hanns: Buchenwald. Eine Erinnerung an Mörder. Salzburg 1946
- Bibliographie der Buchenwaldliteratur. Teil I (deutschsprachige Literatur) (= Buchenwaldheft. Nationale Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald 23/24 1985)
- Bibliographie der Buchenwaldliteratur. Teil II (fremdsprachige Literatur) (= Buchenwaldheft. Nationale Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald 25 1986)
- „Bickenbach uffm Sand“. Ortschronik der Gemeinde Bickenbach. Herausgegeben aus Anlaß der 1100-Jahr-Feier im Jahr 1974. Mit Beiträgen von Rudolf Kunz, Christian Kaltwasser, Klaus Böhme. Herausgeber: Gemeindevorstand Bickenbach. 1973
- Blüm, Diether: Aus der Geschichte der Stadt Bensheim 1918 bis 1932. Bensheim 1991
- Boll, Friedhelm: Arbeiterkämpfe und Gewerkschaften in Deutschland, England und Frankreich. Ihre Entwicklung vom 19. zum 20. Jahrhundert. Bonn 1992
- Braun, Gottfried: Reichstagsabgeordneter Dr. Fritz Bockius, in: Heimat-Jahrbuch 1976 – Landkreis Mainz-Bingen, 20. Jg. S. 111 - 114
- Braun, Gottfried: Dr. Friedrich August Bockius, in: Helmut Moll (Hrsg.): Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts. 2 Bde. 3., durchges. Aufl. Paderborn, München, Wien, Zürich 2001, hier: Bd. I, S. 363 – 366
- Braun, Günter: Sozialdemokratischer und kommunistischer Widerstand in der Pfalz. Illegale Organisationsansätze und politische Traditionswahrung der Arbeiterparteien unter dem NS-Regime, in: Gerhard Nestler, Hannes Ziegler (Hrsg.): Die Pfalz unterm Hakenkreuz. Eine deutsche Provinz während der nationalsozialistischen Terrorherrschaft. Landau/Pfalz 1993, S. 377 – 411
- Brauns, Nikolaus: Schafft Rote Hilfe! Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene in Deutschland (1919 – 1938). Bonn 2003
- Brauns, Nikolaus: Proletarische Klassensolidarität. Die Stellung der Roten Hilfe innerhalb der

deutschen Arbeiterbewegung, in: Sabine Hering, Karl Schilde (Hrsg.): Die Rote Hilfe. Die Geschichte der internationalen kommunistischen „Wohlfahrtsorganisation“ und ihrer sozialen Aktivitäten in Deutschland (1921 – 1941). Opladen 2003, S. 73 – 93.

- Brauns, Nikolaus: Schwieriges Erinnern – die Rote Hilfe Deutschlands in der Geschichtsschreibung, in: informationen. Studienkreis Deutscher Widerstand, 28. Jg., Nr. 58, Frankfurt/M. 2003, S. 21 –26.
- Brekle, Wolfgang: Schriftsteller im antifaschistischen Widerstand. Das antifaschistische Wirken Bruno Apitz' im KZ Buchenwald. In: Deutschunterricht 29, 1976, H. 4, S. 176-181
- Bromberger, Barbara: Nieder mit Hitler! Frankfurter Arbeiterbewegung im Widerstand gegen den Faschismus 1939 – 1945. Frankfurt/Main 2005
- Brüchert-Schunk, Hedwig: Die „antikapitalistische Sehnsucht“ nach 1945. Die Diskussionen um eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung in Rheinland-Pfalz und Hessen, in: Mainzer Geschichtsblätter. Veröffentlichungen des Vereins für Sozialgeschichte Mainz, Heft 2, Mainz 1985, S. 61 - 91
- Brünneck, Alexander von: Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968. Frankfurt/Main 1978
- Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung. Dokumente und Berichte. Herausgegeben im Auftrage der Fédération Internationale des Résistants (FIR), von dem Internationalen Buchenwald-Komitee und dem Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der Deutschen Demokratischen Republik. (1959) 3., überarbeitete und erweiterte Auflage Berlin/DDR 1961
- Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung. Dokumente und Berichte. Herausgegeben von der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald in Zusammenarbeit mit der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora beim Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR. (1959) 4., völlig neu bearbeitete Auflage Berlin/DDR 1983
- Buchenwaldhefte. Herausgegeben von der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald. Heft 1, 1976 bis 33, 1990
- Buck, Kurt: Auf der Suche nach den Moorsoldaten. Emslandlager 1933-1945 und die historischen Orte heute. 4. Auflage Papenburg 2003
- Büchler, Robert J.: Am Ende des Weges. Kinderblock 66 im Konzentrationslager Buchenwald. In: Erinnern oder Verweigern. Das schwierige Thema Nationalsozialismus. München 1994, S. 104-117
- Bunzol, Alfred: Erlebnisse eines politischen Gefangenen im Konzentrationslager Buchenwald. Weimar 1946
- Carlebach, Emil: So wurden die Juden des Lagers Buchenwald gerettet. In: Die Tat 20, Nr. 15 vom 12. April 1969
- Carlebach, Emil: Tote auf Urlaub. Kommunist in Deutschland. Dachau und Buchenwald 1937-1945. Bonn 1995
- Carlebach, Emil/Schmidt, Willy/Schneider, Ulrich: Buchenwald ein Konzentrationslager. Berichte – Bilder – Dokumente. Herausgegeben im Auftrag der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora. Bonn (2000) 2., verbesserte Auflage 2005
- Christoffel, Edgar: Der Weg durch die Nacht. Verfolgung und Widerstand im Trierer Land während der Zeit des Nationalsozialismus. Verfolgte aus Trier und dem Trierer Land durchleben die Konzentrationslager und Zuchthäuser des „Dritten Reiches“. Trier 1983
- Czarneck, Waclaw: Am Beispiel Buchenwalds. Widerstand in Konzentrationslagern. In: Der Widerstandskämpfer. Wien 1968, Hefte 6 - 8
- Dachauer Hefte 20: Das Ende der Konzentrationslager. Dachau 2004
- Danyel, Jürgen (Hrsg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten. Berlin 1995

- Danyel, Jürgen: Wandlitz auf dem Ettersberg? Zur Debatte um die roten Kapos von Buchenwald. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 43, 1995, S. 159 – 166
- Denkzeichen. Von Alsbach bis Zwingenberg. Orte von Widerstand und Verfolgung, Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen in Südhessen und Umgebung. Redaktion: Renate Dreesen. Herausgegeben von der Initiative „Gedenkort Güterbahnhof Darmstadt“. Darmstadt 2005
- Der Buchenwald-Konflikt. Zum Streit um Geschichte und Erinnerung im Kontext der deutschen Vereinigung. Hrsg.: Hasko Zimmer u.a. Münster 2000
- Der Buchenwald-Report. Bericht über das Konzentrationslager bei Weimar. Herausgegeben von David A. Hackett. München (1995) 1996
- Der Mai-Putsch. Die Schuld der Kommunisten an den blutigen Maivorgängen 1929 in Berlin. Herausgegeben vom Vorstand der SPD. Berlin 1925
- Der „gesäuberte“ Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente. Hrsg.: Lutz Niedhammer unter Mitarbeit von Karin Hartewig, Harry Stein und Leonie Wannenmacher. Eingeleitet von Karin Hartewig und Lutz Niedhammer. Berlin 1994
- Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 1: Die Organisation des Terrors. Band 2: Frühe Lager, Dachau, Emslandlager. Herausgegeben von Wolfgang Benz/Barbara Distel. Redaktion: Angelika Königseder. München 2005
- Der Prediger von Buchenwald. Das Martyrium Paul Schneiders. Hrsg.: Margarete Schneider. Neuhausen, Stuttgart 1981
- Deyda, Ewald: Die Geschichte des Widerstandskampfes im Konzentrationslager Buchenwald auf dem Gebiet der Spionage. Diss. Hochschule der Deutschen Volkspolizei. Berlin 1977
- Die Glocke von Ettersberg. Mitteilungsblatt der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora (seit 1958)
- Die Wahrheit über das Konzentrationslager Buchenwald. Weimar o.J.
- Divisch, Reinhard/Fahbusch, Klaus/Jorns, Werner: Der Felsberg im Odenwald. Stuttgart 2002
- Döring, Martin: Das 'Kreishrenmal der NSDAP' in Bensheim. Ein regionales Beispiel der Ästhetisierung von Politik im Dritten Reich. In: Geschichtsblätter Kreis Bergstraße 31, 1998, S. 181 - 229
- Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager: Das Lied der Moorsoldaten. 1933 - 2000. Papenburg 2000
- Dorfey, Beate: Zur Problematik des kommunistischen Widerstandes im Konzentrationslager Buchenwald. Der Fall des Trierer Kommunisten Hans Eiden. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 43/1995, H. 6, S. 515 - 534
- Dorpalen, Andreas: SPD und KPD in der Endphase der Weimarer Republik. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1983, S. 77 - 107
- Drobisch, Klaus: Widerstand in Buchenwald. (Berlin/DDR 1977) Frankfurt/M. 1978
- Drobisch, Klaus/Wieland, Günther (Hrsg.): System der NS-Konzentrationslager 1933 - 1939. Berlin 1993
- Duhnke, Horst: Die KPD 1933 - 1945. Köln 1972
- Durand, Pierre: Die Bestie von Buchenwald. (Paris 1982) Berlin 1985
- Eiber, Ludwig/Lüttgenau, Rikola-Gunnar: Ein Briefwechsel anlässlich der Darstellung der kommunistischen Funktionshäftlinge im Konzentrationslager Buchenwald. In: Diercks, Herbert (Red.): Abgeleitete Macht. Funktionshäftlinge zwischen Widerstand und Kollaboration. Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland. Heft 4. Herausgeber: KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Bremen 1998, S. 134 - 141
- Eckes, Rita/Fasser, Helmut: Mitglieder des Kreistages und des Kreisausschusses. In: Kreis Bergstraße. Geschichte, Wirtschaft und Kultur in zwölf Jahrhunderten. Festbuch zum Jubiläum 1988. Herausgegeben vom Kreisausschuss des Kreises Bergstraße in Heppenheim. Redaktion: Michael Becker

- Eggerath, W.: Nur ein Mensch. Weimar 1947
- Eh' die Sonne lacht. Hans Eiden – Kommunist und Lagerältester im KZ Buchenwald. Inklusive der Schrift „Das war Buchenwald“ von Hans Eiden. Herausgegeben vom Bildungs- und Solidaritätswerk Anna Seghers e.V. Wiesbaden, Bonn 1995
- Eichhorn, Heinz: Die Entstehung der Arbeiterbewegung im Lautertal. Lautertal 1988
- Eichhorn, Heinz: Die Roure vom Eck. Lautertal i. Odw. 1994
- Eichhorn, Heinz: Die Gewerkschaftsbewegung im Lautertal und die große Steinarbeiteraussperrung von 1905/1906. In: Geschichtsblätter Kreis Bergstraße 34, 2001, S. 159 - 174
- Eichhorn, Heinz: Steinharter Kampf um angemessenen Lohn. Steinarbeiterlöhne und -lohnkämpfe im Lautertal vor 100 Jahren. In: Geschichtsblätter Kreis Bergstraße 38, 2005, S. 138 - 166
- Efkes, Antje: Tatsachenbericht oder Lehrbuch für den Kommunismus. Zu Bruno Apitz' Nackt unter Wölfen. In: Conter, Claude: Literatur und Holocaust ( = Fußnoten zur Literatur 38). Bamberg 1996, S. 43 - 55
- Emendörfer, Max: Rückkehr an die Front. Berlin/DDR 1975
- Engelke, Rolf/Form, Wolfgang: Kommunistischer Widerstand und NS-Verfolgungspraxis in Hessen. In: Knigge-Tesche, Renate/Ulrich, Axel (Hrsg.): Verfolgung und Widerstand in Hessen 1933-1945. Frankfurt/Main 1996, S. 213-235
- Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Band I A-G. Herausgeber: Israel Gutmann. München 1995
- Erinnerung. Zur Gegenwart des Holocaust in Deutschland-West und Deutschland-Ost. Herausgeber: Bernhard Moltmann/Doron Kiesel/Cilly Kugelman/Hanno Loewy/Dietrich Neuhaus. Frankfurt/Main 1993
- Ertl, Erika (Hrsg.): Bensheimer Geschichten. Senioren erzählen. Bensheim 1994
- Fackler, Guido: „Des Lagers Stimme“. Musik im KZ. Alltag und Häftlingskultur in den Konzentrationslagern 1933 bis 1936. Mit einer Darstellung der weiteren Entwicklung bis 1945 und einer Biblio-/Mediographie. Bremen 2000
- Fahlbusch, Klaus/Jorns, Werner/Loewe/Röder/Divisch, Reinhard: Der Felsberg im Odenwald (= Führer zur Hessischen Vor- und Frühgeschichte, Band 3). Stuttgart 1985
- Faulenbach, Bernd: Zur Funktion des Antifaschismus in der SBZ/DDR. In: Deutschland-Archiv 26, 1993, S. 754 - 759
- Feick, Volker: Wenn ich am Hemsberg steh'. Zeller Geschichte 1139 - 1989. Herausgeber Arbeitskreis Zeller Heimatbuch
- Feilen, Jean Baptiste: Ich war Kapo im Konzentrationslager Buchenwald. Eine späte, aber offenbar notwendige Wortmeldung. Herausgegeben vom Bund der Antifaschisten Köpenick e.V. Berlin 1996
- Feller, Georg: Aus der Widerstandsarbeit des Wiesbadener Reichsbanners, in: Axel Ulrich: Freiheit! Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold und der Kampf von Sozialdemokraten in Hessen gegen den Nationalsozialismus 1924 – 1938. Hrsg.: SPD-Bezirk Hessen-Süd u. Union-Druckerei und Verlagsanstalt. Frankfurt/M. 1998, S. 143 - 155
- Festschrift zum 70jährigen Jubiläum des Ortsverbandes Bensheim der IG Bau-Steine-Erde. Mit südhessischem Gewerkschaftstreffen am 16. Juni 1973 um 18 Uhr in der „Nibelungenhalle“ der Stadt Lorsch
- Festschrift zum 1. Odenwälder Steinarbeitertreffen in Reichenbach. Darmstadt 1980
- Feuerer, Karl: Die letzten Tage des Konzentrationslagers Buchenwald. In: Kürbiskern. Literatur, Kritik, Klassenkampf 1979, H. 4, S. 54 – 68
- Finker, Kurt: Zwischen Integration und Legitimation. Der antifaschistische Widerstandskampf in Geschichtsbild und Geschichtsschreibung der DDR. Hrsg.: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Leipzig 1999



- Finker, Kurt: Antifaschistischer Widerstand: Kriterien, Spektrum, Gewichte, in: Günter Judick, Hans-Joachim Krusch (Hrsg.): Wider die Verfälschung deutscher Geschichte. Beiträge zum antifaschistischen Widerstand in Deutschland und zur Gründung der BRD und der DDR. Essen 1999, S. 11 - 30
- Finn, Gerhard: Buchenwald 1936 - 1950. Geschichte eines Lagers. Bonn 1985
- Fisch, Gerhard/Krause, Fritz: SPD und KPD 1945/46. Einheitsbestrebungen der Arbeiterparteien, dargestellt an Beispielen aus Südhessen. Frankfurt/Main 1978.
- Flacke, Monika (Hrsg.): Mythen der Nationen. 1945 - Arena der Erinnerungen. Berlin 2004
- Flechtheim, Ossip K: Die KPD in der Weimarer Republik. Frankfurt/Main 1969
- Förderverein Projekt Osthofen e.V. (Hrsg.): Das Konzentrationslager Osthofen 1933/34. Osthofen 2000
- Form, Wolfgang/Schiller, Theo (Hrsg.): Politische NS-Justiz in Hessen. Die verfahren des Volksgerichtshofs, der politischen Senate der Oberlandesgerichte Darmstadt Darmstadt und Kassel 1933 – 1945 sowie Sondergerichtsprozesse in Darmstadt und Frankfurt/M (1933/34). 2 Bände. Marburg 2005
- Frankl, Victor E.: ... trotzdem Ja zum Leben sagen. Ein Psychologe. Geschichte und Geschehen - Band 2, Oberstufe, Ausgabe A/B. Stuttgart, Düsseldorf, Berlin, Leipzig 1995
- Franz, Eckhart G.: Die Gerichtsorganisation in Hessen 1815 bis 1975. In: Franz, Eckhart G./Hofmann, Hanns Hubert/Schaab, Meinhard: Gerichtsorganisation in Baden-Württemberg, Bayern und Hessen im 19. und 20. Jahrhundert. Hannover 1989
- Freund, Julius: O Buchenwald. Klagenfurt 1945
- Frölich, Paul: Der Berliner Blutmai. Berlin 1929
- Geschichte der Bensheimer Rathäuser. Eine Dokumentation über fünf Jahrhunderte. Herausgegeben vom Magistrat der Stadt Bensheim anlässlich der Rathausübergabe am 24. März 1984. Konzept und Textredaktion Erika Ertl. Bensheim 1984
- Gittig, Heinz: Illegale antifaschistische Tarnschriften 1933 bis 1945. Leipzig 1972
- Göldner, Holger/Weyrauch, Wilhelm: Der Felsberg im Odenwald. Führungsblatt zur römischen Steinindustrie bei Lautertal-Reichenbach, Kreis Bergstraße. Wiesbaden 1989
- Galm, Heinrich: Ich war halt immer ein Rebell. Politische Erinnerungen von Heinrich und Marie Galm, nach Gesprächen zusammengestellt von Werner Fuchs und Bernd Klemm. Offenbach 2. Auflage 1981
- Gobrecht, Horst: Eh' die Sonne lacht. Hans Eiden - Kommunist und Lagerältester im KZ Buchenwald. Inklusiv der Schrift „Das war Buchenwald“ von Hans Eiden. Herausgegeben vom Bildungs- und Solidaritätswerk Anna Seghers e.V. Wiesbaden. Bonn 1995
- Gobrecht, Horst/Schneider, Ulrich: Lehrjahre im KZ Buchenwald. Antifaschistische Wurzeln der Gewerkschaften. Frankfurt/M., Bonn 2003
- Goletzka, Klaus: Die Strafanstalt Butzbach im Dritten Reich. In: Hundert Jahre Strafvollzug in Butzbach 1894 - 1994. Begleitbuch zur Festveranstaltung Hundert Jahre Strafvollzug in Butzbach am 8. Dezember 1994. Butzbach 1994, S. 21 – 44
- Gotschlich, Helga: Zwischen Kampf und Kapitulation. Zur Geschichte des reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Berlin 1987
- Granit-&Syenitwerke Bensheim Karl Kreuzer Bensheim (Hessen). Lindenfels i. Odw. 1903
- Granit- und Syenitwerke Creuzer&Böhringer. Lindenfels im Odenwald, Bensheim an der Bergstraße, Elmshausen im Odenwald. Lindenfels u.a. ca. 1880
- Graubner, Thomas/Helbling, Gert/Kilthau, Fritz: Ergänzungen zum Antifaschistischen Wegweiser Bensheim 1933 - 1945. Herausgeber: Geschichtswerkstatt Jakob Kindinger e.V. und Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BsA), Kreis Bergstraße. Teil 1. Bensheim 1993 (Nachdruck 1997). Teil 2. Bensheim 1995

- Gregor-Dellin, Martin: Ich war Walter Ulbricht. Die Entstehung des Romans 'Nackt unter Wölfen' von Bruno Apitz - eine ungewöhnliche Geschichte. In: Süddeutsche Zeitung vom 21./22. Februar 1987
- Gripenburg, Rüdiger: Die Volksfronttaktik im sozialdemokratischen Widerstand gegen das Dritte Reich. Dargestellt an der Gruppe Deutsche Volksfront und dem Volksfrontkomitee im Konzentrationslager Buchenwald. Diss. Phil. Philipps-Universität Marburg 1969
- Greiser, Katrin: Thüringen 1945 - Todesmärsche aus Buchenwald. Überblick. Namen. Orte. Weimar 2001
- Gring, Diana: „[...] immer zwischen zwei Feuern.“ Eine Annäherung an die Biographie des kommunistischen Funktionshäftlings Karl Semmler. In: Diercks, Herbert (Red.): Abgeleitete Macht. Funktionshäftlinge zwischen Widerstand und Kollaboration. Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland. Heft 4. Herausgeber: KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Bremen 1998, S. 97 - 105
- Grünwald, Paul: KZ Osthofen. Materialien zur Geschichte eines fast vergessenen Konzentrationslagers. Frankfurt/Main 1979
- Grunenberg, Antonia: Antifaschismus - ein deutscher Mythos. Hamburg 1993
- Gruppe MAGMA: „...denn Angriff ist die beste Verteidigung“. Die KPD zwischen Revolution und Faschismus. Bonn 2001
- Gussew: Die Maitage in Berlin 1929. Hamburg, Berlin 1929
- Häberer, Bruno: Die Organisation des antifaschistischen Widerstandskampfes in den Elektrikerkommandos des KZ Buchenwald unter maßgeblichem Einfluß deutscher Kommunisten, dargestellt an den technischen Methoden, dem System und Aufbau sowie der Wirksamkeit der illegalen Empfänger und Sender. Diss. Technische Universität Dresden 1972
- Hähnel, Ingrid/Lemke, Elisabeth: Millionen lesen einen Roman: Bruno Apitz' „Nackt unter Wölfen“. In: Münz-Koenen, Inge (Hrsg.): Werke und Wirkungen. DDR-Literatur in der Diskussion. Leipzig 1987, S. 21 - 60
- Handbuch der Steinindustrie. Unter Mitwirkung von Carl Gräbert, A. Spielmann und Alexander Steuer herausgegeben von Karl Weiss. Band 1: Die nutzbaren Gesteinsvorkommen Deutschlands. Verwitterung und Erhaltung der Gesteine. Berlin 1915
- Handbuch für die Montan-Industrie, Berg- und Hüttenwesen sowie der Steinindustrie. Ludwigshafen 1938
- Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. SPD, KPD und kleinere Parteien des linken Spektrums sowie DIE GRÜNEN. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945-1990. Bearbeitet von Josef Boyer und Till Kössler. Düsseldorf 2005, S. 735 - 941
- Harmann, Chris: Die verlorene Revolution. Deutschland 1918-1923. Frankfurt/Main 1998
- Hartewig, Karin: Wolf unter Wölfen? Die prekäre Macht der kommunistischen Kapos im Konzentrationslager Buchenwald. In: Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur. Herausgegeben von Ulrich Herbert/Karin Orth/Christoph Dieckmann. Band II. (Göttingen 1998) Frankfurt/Main 2002, S. 939 - 958
- Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933 - 1945. Band 1/1: Hessen I. Regierungsbezirk Darmstadt. Frankfurt/Main 1995
- Heimler, Eugene: Bei Nacht und Nebel. Berlin 1993
- Heldmann, Hans: Die Odenwälder Steinindustrie im Wandel der Zeit. Betrachtet mit den Augen von Steinhauern. Unveröffentlichtes Manuskript. Gadernheim 2005
- Hentschke, Heinz: Moor und Heide ringsumher. Erinnerungen. Berlin 1990
- Herbst, Andreas: Kommunistischer Widerstand. In: Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933 - 1945. Herausgeber: Peter Steinbach/Johannes Tuchel. Bonn 2004, S. 33 - 55
- Hering, Sabine/Schilde, Kurt (Hrsg.): Die Rote Hilfe. Die Geschichte der internationalen kommunistischen „Wohlfahrtsorganisation“ und ihrer sozialen Praxis in Deutschland (1921-

1941). Opladen 2003

- Herlemann, Beatrix: Der deutsche kommunistische Widerstand während des Krieges. Berlin 1989
- Herlemann, Beatrix: Kommunistischer Widerstand. In: Lexikon des deutschen Widerstandes. Herausgegeben von Wolfgang Benz und Walter H. Pehle (1994) Frankfurt/Main 2001, S. 28 - 41
- Hessische Abgeordnete 1820 - 1933. Biographische Nachweise für die Landstände des Großherzogtums Hessen (2. Kammer) und den Landtag des Volksstaates Hessen. Bearbeitet von Hans Georg Ruppel/Birgit Groß. Darmstadt 1980.
- Herbert, Ulrich/Orth, Karin/Dieckmann, Christoph (Hrsg.): Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Zwei Bände. Göttingen 1998
- Hexemer, Hans-Peter (Red.): Sondersitzung des Landtags Rheinland-Pfalz zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus. 49. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 27. Januar 1998 in der „Gedenkstätte Ehemaliges KZ Osthofen“. Hrsg.: Der Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz. Mainz 1998
- Hirsch, Werner: Blutige Maitage in Berlin. Berlin 1929
- Hoffmann, Friedrich: Die Verfolgung der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen in Hessen. Baden-Baden 2001
- Hofmann, Rosemarie: Das Schicksal der Kinder und Jugendlichen des Konzentrationslagers Buchenwald. Reflexion in der Literatur. In: Kinder und Jugendliche als Opfer des Holocaust. Dokumentation einer internationalen Tagung in der Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz 12. bis 14. Dezember 1994. Heidelberg 1995, S. 145-163
- Hoppe, Oskar: Die Steinindustrie im kristallinen Odenwald. Ihre geologischen Voraussetzungen und ihre wirtschaftsgeographischen Auswirkungen. Diss. Frankfurt/Main 1966
- Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Band 5: Vom Januar 1933 bis Mai 1945. Berlin/DDR 1966
- Internationales Lagerkomitee (Hrsg.): KLBu. Weimar o.J. (1947) 1948
- Iosem, Leonid: Arsenal in Buchenwald. In: War Behind Barbed Wire. Reminiscences of Buchenwalds Ex-Prisoners of War. Moskau 1959
- Ivanji, Ivan: Der Aschenmensch von Buchenwald. Roman. Wien 1999
- Jährling, Brigitte: Zwischen Reichstagswahl und Gleichschaltungsgesetz. Der März 1933 im Spiegel der Bensheimer Presse. In: Geschichtsblätter Kreis Bergstraße 24, 1991, S. 278 - 308
- Jasper, Gotthard: Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922 - 1933. Tübingen 1963
- John, Eckhart: Musik und Konzentrationslager. Eine Annäherung. In: Archiv für Musikwissenschaft 48, 1991, S. 14 - 36
- Jorns, Werner (Hrsg.): Der Felsberg im Odenwald. Mit geologischen und archäologischen Beiträgen über die Entstehung der Felsenmeere und die Technik der römischen Granitindustrie. Kassel, Basel 1959
- JVA Butzbach (Hrsg.): Hundert Jahre Strafvollzug in Butzbach 1894-1994. Begleitbuch zur Festveranstaltung am 8. Dezember 1994. Butzbach 1994
- JVA-Verzeichnis. Justizvollzugsanstalten - Einrichtungen des Maßregelvollzugs - Staatsanwaltschaften - Vollstreckungspläne. Herausgegeben vom Münchner Institut für Strafverteidigung. 4. Auflage Bonn 1999
- Kamphausen, Rudolf E.: Buchenwald - Die Saat der Zerstörung. Die Geschichte. Die Verfolgung. Der Widerstand. Düsseldorf 1988
- Karau, Gisela: Der gute Stern des Janusz K. Eine Jugend in Buchenwald. Bonn 2003
- Käufer, Reinhard: die psychischen und neurologischen Spätfolgen nach KZ-Aufenthalt. Diss. Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald 1965
- Kautsky, Benedikt: Teufel und Verdammte. Erfahrungen und Erkenntnisse aus sieben Jahren in

- deutschen Konzentrationslagern. (1946) Wien 1961
- Keden, Helmke Jan: Musik in nationalsozialistischen Konzentrationslagern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 11, 2005, S. 42 - 46
  - Keim, Anton M.: Das KZ Osthofen. Erstes Konzentrationslager im damaligen Volksstaat Hessen. Mainz 1984
  - Kiessling, Wolfgang: Stark und voller Hoffnung. Leben und Kampf von Albert Kuntz. Berlin/DDR 1964
  - Kiltthau, Fritz: Nie wieder! Antifaschistischer Wegweiser Bensheim 1933 - 1945. Herausgeber: Arbeitskreis „Gewerkschafter gegen Faschismus“. Bensheim und VVN/BdA-Kreis Bergstraße. Bensheim 1992
  - Kiltthau, Fritz: Die Erschießung von Josef Mai – Ritterplatz. In: Ergänzungen zum Antifaschistischen Wegweiser Bensheim 1933 - 1945 / Teil 2. Bensheim 1995, S. 38
  - Kinner, Klaus: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Bd. 1: Die Weimarer Zeit. Berlin 1999
  - Klausch, Hans-Peter: Tätergeschichten. Die SS-Kommandanten der frühen Konzentrationslager im Emsland. Bremen 2005
  - KL Bu. Konzentrationslager Buchenwald. Bericht des internationalen Lagerkomitees Buchenwald. (Weimar 1946, 1949) Offenbach 1997
  - Klocksins, Jens Ulrich: Kommunisten im Parlament. Die KPD in Regierungen und Parlamenten der westdeutschen Besatzungszonen und der Bundesrepublik Deutschland (1945 - 1956). 2. Auflage Bonn 1994
  - Knigge, Volkhard/Pietsch, Jürgen M./Seidel, Thomas A.: Versteinertes Gedenken. Das Buchenwalder Mahnmale von 1958. 2 Bde. Spröda 1997
  - Knigge-Tesche, Renate/Ulrich, Axel (Hrsg.): Verfolgung und Widerstand in Hessen 1933 - 1945. Frankfurt/Main 1996
  - Knoch, Habbo: Die Emslandlager 1933-1945. In: Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 2. München 2005, S. 531 - 570
  - Kössler, Till: Abschied von der Revolution. Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945-1968. Düsseldorf 2005
  - Kössler, Till: Kaderpartei oder Milieupartei. Die KPD in Westdeutschland 1945 bis 1960. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2004, S. 131 - 155
  - Köster, Rudolf: Die Namen der Bensheimer Straßen, Wege, Plätze und Passagen. Von A - Z erläutert. Herausgegeben vom Museumsverein Bensheim. Bensheim 1996
  - Kogon, Eugen: Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager. (1946) München 2003
  - Kohl, Heribert: Auf Vertrauen bauen. 125 Jahre Baugewerkschaft. Herausgeber: Bruno Köbele/Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden. Köln 1993
  - Konzentrationslager Buchenwald 1937-1945. Begleitband zur ständigen historischen Ausstellung. Herausgegeben von der Gedenkstätte Buchenwald. Erstellt von Harry Stein. Göttingen 1999
  - Konzentrationslager Buchenwald. Geschildert von Buchenwalder Häftlingen. Wien 1945
  - Kopp, Guido: Ich habe leben müssen. Die Passion eines Menschen des 20. Jahrhunderts. Salzburg 1946
  - Kosthorst, Erich/Walter, Bernd (Hrsg.): Konzentrations- und Strafgefangenenlager im Dritten Reich. Beispiel Emsland. Dokumentation und Analyse. Zum Verhältnis von NS-Regime und Justiz. 3 Bände. Düsseldorf 1983
  - KPD Stadt und Kreis Leipzig (Hrsg.): Das war Buchenwald! Ein Tatsachenbericht. Zusammengestellt und bearbeitet von Rudi Jahn. Leipzig 1945
  - Kralovitz, Rolf: ZehnNullNeunzig in Buchenwald. Ein jüdischer Häftling erzählt. Köln 1996

- Krause - Schmitt, Ursula/Freyberg, Jutta von: Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933-1956. Hessen 1, Regierungsbezirk Darmstadt, Frankfurt/M 1995
- Kreuzberg, Willy: Schutzhäftlinge erleben die Invasion. Ein Tatsachenbericht. Weimar 1946
- Kühn, Günter/Weber, Wolfgang: Stärker als die Wölfe. Ein Bericht über die illegale militärische Organisation im ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald und den bewaffneten Aufstand. Berlin (1976)1984
- Kühnrich, Heinz: Die SPD im Kampf gegen die faschistische Diktatur 1933 – 1945. Berlin 1983
- Kurz, Thomas: Arbeitermörder und Putschisten. Der Berliner „Blutmai“ von 1929 als Kristallisationspunkt des Verhältnisses von KPD und SPD vor der Katastrophe. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1986, S. 297 - 317
- Kurz, Thomas: „Blutmai“. Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929. Berlin, Bonn 1988
- Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Die Zeit des Nationalsozialismus in unserem Land. Begleitheft zur Ausstellung NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz/Gedenkstätte KZ Osthofen. Mainz 1999
- Langbein, Hermann: ... nicht wie Schafe zur Schlachtbank. Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern 1938 - 1945. (1980) Frankfurt/Main 6. Auflage 1997
- Langhoff, Wolfgang: Die Moorsoldaten. Ein Erlebnisbericht. Stuttgart 2. Auflage 1976
- Langkau-Alex: Deutsche Volksfront 1932-1939. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau. 3. Bände. Berlin 2004, 2005
- Leibbrand, Robert: Buchenwald. Lieber sterben als verraten. Zur Geschichte der deutschen Widerstandsbewegung. Herausgegeben von der Centrale Sanitaire Suisse in Zusammenarbeit mit der Bewegung Freies Deutschland in der Schweiz. Zürich 1945
- Leibbrand, Robert: Buchenwald. Ein Tatsachenbericht zur Geschichte der deutschen Widerstandsbewegung. Stuttgart o. J.
- Leutemann, H.: Vorwärts und nicht vergessen. 70/20 Jahre Rote Hilfe. Hrsg.: Bundesvorstand der Roten Hilfe. Kiel 1996
- Lexikon der Gerechten unter den Völkern. Herausgegeben von Israel Gutman unter Mitarbeit von Sara Bender. Deutsche und Österreicher. Herausgegeben von Daniel Fraenkel (Deutsche)/Jakob Borut (Österreicher). 2. Auflage Göttingen 2005
- Liang, Hsi Huey: Die Berliner Polizei in der Weimarer Republik. Berlin, New York 1977
- Liebfrauenschule Bensheim: Widerstand gegen das NS-Regime in Bensheim (Wettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten 1982/83: Alltag im Nationalsozialismus - Die Kriegsjahre in Deutschland)
- Liebster, Max: Hoffungsstrahl im Nazisturm. Geschichte eines Holocaustüberlebenden. Esch-sur-Alzette 2003
- Lindner, Klaus: Mit Überzeugung gegen die Faschisten. Männer, die in Bensheim Widerstand geleistet haben/VVN nennt Namen. In: Bergsträßer Anzeiger vom 27. April 1985
- Löwenthal, Richard/von zur Mühlen, Patrik (Hrsg.): Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945. 2. überarbeitete Auflage Berlin, Bonn 1984. Nachdruck Bonn 1997
- Lotz, Peter/Schäfer, Franz Josef: Jakob Kindinger – Ein politisches Leben. In: Mitteilungen des Museumsvereins Bensheim e.V. Verein für Regionalgeschichte und Denkmalpflege Nr. 45, 2002, S. 36 - 40
- Lüerßen, Dirk: „Wir sind die Moorsoldaten“. Die Insassen der frühen Konzentrationslager im Emsland 1933-1936. 2 Bände. Diss. Osnabrück 2001
- Maaß, Rainer: „Gleichschaltung“ auf kommunaler Ebene: Das Beispiel des Bensheimer Stadtrats 1933/35. In: Geschichtsblätter Kreis Bergstraße 38, 2005, S. 195 - 212

- Mallmann, Klaus-Michael: Kommunistischer Widerstand 1933-1945. Anmerkungen zu Forschungsstand und Forschungsdefiziten. In: Steinbach, Peter/Tuchel, Joachim (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Bonn 1994, S. 113 - 126
- Mallmann, Klaus-Michael: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung. Darmstadt 1996
- Mammach, Klaus: Die KPD und die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933 - 1939. Frankfurt/Main 1974
- Manifest der demokratischen Sozialisten des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald. In: Brill, Hermann L.: Gegen den Strom. Reprint der Originalausgabe 1946. Mit einem Gedenkartikel von Eugen Kogon. Erfurt 1995
- Matthes, Richard: Reichenbacher Heimatbuch, Band 1. 1936; Band 2. 2. Auflage 1987, Herausgegeben von der Sparkasse Bensheim
- Mausbach-Bromberger, Barbara: Arbeiterwiderstand in Frankfurt am Main. Frankfurt/Main 1976
- Mautry, Georg: Schalmeienklänge in der „Port“. In: Bensheimer Geschichten. Senioren erzählen. Herausgegeben von Erika Ertl. Bensheim 1994, S. 97 - 103
- Mayer, Helmut: Durchsetzt von Parteifeinden, Agenten, Verbrechern ...? Zu den Parteisäuberungen in der KPD (1948 - 1952) und der Mitwirkung der SED. Berlin 1995
- Mayer, Herbert: „Schlagt nicht, schießt nicht!“. Über den Blutmai 1929. In: Berlinische Monatsschrift 8, 1999, S. 12 - 17
- Meyer, Hans-Georg/Roth, Kerstin: Zentrale staatliche Einrichtung des Landes Hessen: Das Konzentrationslager Osthofen. In: Instrumentarium der Macht. Frühe Konzentrationslager 1933-1937. Herausgeber: Wolfgang Benz/Barbara Distel. Berlin 2003, S. 189 - 219
- Merson, Allan: Kommunistischer Widerstand in Nazideutschland. Vorwort Peter Gingold; Einführung Karl Hein Jahnke. Bonn 1999
- Meusing, Wilhelm: Vertrauensleute kommunistischer Herkunft bei Gestapo und NS-Nachrichtendiensten am Beispiel von Rhein und Ruhr. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2004, S. 111 - 130
- Mühlhausen, Walter: Parteien im Wiederaufbau. Strukturen und Tendenzen in Hessen 1945/46. In: Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde NF 41, 1983, S. 281 - 334
- Mühlhausen, Walter: Heinrich von Brentano und die hessische CDU (1945-1949). In: Koch, Roland (Hrsg.): Heinrich von Brentano. Ein Wegbereiter der europäischen Integration. München 2004, S. 69 - 85
- Mühlhausen, Walter: Die Anfänge des politischen Lebens in Hessen 1945/46. In: Brockhoff, Evelyn/Heidenreich, Bernd/Neitzel, Sönke (Hrsg.): 1945: Kriegsende und Neuanfang (=Polis. Analysen - Meinungen - Debatten 45). Wiesbaden 2006
- Müller, Andreas: Auschwitz. Endstation. Einer, der überlebte, erzählte: „Ich hatte Mitleid mit den Nazis.“ Von Sachsenhausen bis Buchenwald: Die tragische Geschichte des Max Liebster aus Reichenbach im Odenwald und andere Schicksale sowie erstaunliche Fakten aus einer dunklen Zeit. Weinheim 1998
- Neukratz, Klaus: Barrikaden am Wedding. Der Roman einer Straße aus den Berliner Maitagen 1929. Mit einer Vorbemerkung des Autors sowie dem Gedicht „Die rote Gasse“ von J.R. Becker. (1931) Berlin/Ost
- Neurath, Paul Martin: Die Gesellschaft des Terrors. Innenansichten der Konzentrationslager Dachau und Buchenwald. Herausgegeben von Christian Fleck und Nico Stehr. Mit einem Nachwort von Christian Fleck, Albert Müller und Nico Stehr. Aus dem Englischen übersetzt von Hella Beister. Frankfurt/M. 2004
- Niven, Bill: „Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, ich tu's der Werbung nur zuliebe!“ The Genesis of Bruno Apitz's Nackt unter Wölfen. In: German Studies Revue. Vol. 28, No. 2 (May 2005), p. 265 - 283
- Ochs, Eugen: Ein Arbeiter im Widerstand. Stuttgart 1984

- Orth, Karin: Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Eine politische Organisationsgeschichte. Hamburg 1999
- Overesch, Manfred: Ernst Thapes Buchenwalder Tagebuch von 1945. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 29, 1981, S. 631 - 672
- Overesch, Manfred: Buchenwald und die DDR oder Die Suche nach Selbstlegitimation. Göttingen 1995
- Pachaly, Erhard: Geschichte des illegalen Parteiaktivs der KPD im KZ Buchenwald 1937 - 1941 (= Buchenwald Heft. Nationale Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald 13/1982)
- Pachaly, Erhard: Geschichte des illegalen Parteiaktivs der KPD im KZ Buchenwald 1941 - 1945 (= Buchenwald Heft. Nationale Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald 14/1982)
- Pätzold, Kurt: Häftlingsgesellschaft. In: Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 1: Die Organisation des Terrors. München 2005, S. 110 - 125
- Perk, Willi: Hölle im Moor. Zur Geschichte der Emslandlager 1933-1945. (1970) 2. verbesserte Auflage Frankfurt/Main 1979
- Perker, Brigitte: Viernheim zwischen Weimar und Bonn. Demokratie und Diktatur in einer Kleinstadt 1918 - 1949. Viernheim 1988
- Peters, Ulrich: Wer die Hoffnung verliert, hat alles verloren. Kommunistischer Widerstand in Buchenwald. Köln 2003
- Peukert, Detlev: Der deutsche Arbeiterwiderstand 1933-1945. In: Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Eine Bilanz. Herausgegeben von Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen. Bonn 1983, S. 633 - 654
- Pieck, Henri: Buchenwald – Zeichnungen aus dem Konzentrationslager. Frankfurt/M. 1981
- Pikarski, Margot/Uebel, Günter: Die KPD lebt! Flugblätter aus dem antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1933-1945. 3 Bände. Berlin/DDR 1989, 1990
- Pikarski, Margot/Warning, Elke (Bearb.): Gestapo-Berichte über den antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1933 bis 1945. 3 Bde. Berlin 1989 - 1990
- Pingel, Falk: Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung in Konzentrationslagern. Hamburg 1978
- Pingel-Rollmann, Heinrich: Widerstand und Verfolgung in Darmstadt und der Provinz Starkenburg 1933 - 1945. Darmstadt, Marburg 1985
- Plösser, Heiko: Der Felsberg im Odenwald. Felsenmeere und die (Römischen) Werkstätten der Granitsteinindustrie. Ober-Ramstadt (1984) 5., überarbeitete Auflage 1993
- Poller, Walter: Arztschreiber in Buchenwald. (1946) Hamburg 1960
- Projekt Osthofen/Christlicher Friedensdienst (Hrsg.): Erinnern und Vergegenwärtigen. Frankfurt/Main 1986
- Provinzialverwaltung Sachsen (Hrsg.): Das eiserne Tor zur Hölle Buchenwald. Viele gingen hinein - wenige kamen heraus! Halle 1945
- Rat der Stadt Dresden (Hrsg.): Tatsachen klagen an! Berichte der Überlebenden. Dresden 1945
- Remarque, Erich Maria: Der Funke Leben. Roman. Köln 1988
- Reimann, Max: Entscheidungen 1945-1956. Frankfurt/Main 1973
- Remmele, Hermann: Die Lehren des Berliner Blutmai und das drohende Verbot der KPD. Berlin 1929
- Reuter, Elke/Hedeler, Wladislaw/Helas, Horst/Kinner, Klaus: Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928. Die KPD am Scheideweg. Berlin 2003
- Richter, Isabel: Hochverratsprozesse als Herrschaftspraxis im Nationalsozialismus. Männer und Frauen vor dem Volksgerichtshof 1934 - 1945. Münster 2001
- Ritscher, Bode (Hrsg.): Buchenwalder Nachrichten. Nr. 1, 14. April 1945 - Nr. 28, 16. Mai 1945. Weimar-Buchenwald 1983



- Robinson, Donald B.: Kommunistische Grausamkeiten in Buchenwald. In: American Mercury 1946, H. 10
- Rohe, Karl: Der Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik. Hrsg.: Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Düsseldorf 1966 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 34)
- Röhl, Wolfgang: Homosexuelle Häftlinge im Konzentrationslager Buchenwald. Hrsg.: Nationale Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald. Weimar 1991
- Röhl, Wolfgang: Deutsche Sozialdemokraten im KZ Buchenwald 1937 - 45. Göttingen 2000
- Rohe, Karl: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik. Düsseldorf 1966
- Roth, Artur (Hrsg.): Unter den Augen der SS. Otto Roth und der bewaffnete Aufstand im KZ Buchenwald. Bonn 1995
- Rothermund, Erwin: Sieben Flüchtlinge und sieben Kreuze. Ein unbekannter Bericht aus dem KZ Sachsenhausen. In: Argonautenschiff. Jahrbuch der Anna-Seghers-Gesellschaft Berlin, Mainz e.V. 10, 2001, S. 253 - 260
- Salomon, Ernst von: Das Schicksal des A. D. Ein Mann im Schatten der Geschichte. Ein Bericht. Reinbek 1960 (A. D. ist Arthur Dietzsch, Kapo der Buchenwalder Fleckfieberstation)
- Schädlich, Hans Joachim. Anders. Roman. Reinbek 2003
- Schäfer, Franz Josef: Georg Fischer – Gründer der NSDAP-Ortsgruppe Bensheim. In: Mitteilungen des Museumsvereins Bensheim e.V. Verein für Regionalgeschichte und Denkmalpflege Nr. 41, 2. Halbjahr 1999, S. 78 - 88
- Schäfer, Franz Josef: Straßenschlacht zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Der gewaltsame Tod des Joseph Mai vom 11. Februar 1933 am Ritterplatz in Bensheim. In: Mitteilungen des Museumsvereins Bensheim e.V. Verein für Regionalgeschichte und Denkmalpflege Nr. 43, 2. Halbjahr 2000, S. 30 - 38
- Schäfer, Franz Josef: Das Gerücht von einem Hitler-Besuch Bensheims im April 1932. In: Mitteilungen des Museumsvereins Bensheim e.V. Verein für Regionalgeschichte und Denkmalpflege Nr. 51, 1. Halbjahr 2005, S. 46 -49
- Scharnberg, Harriet: „Tätertausch“? Anfragen an die Diskussion um die kommunistischen Kapos im Konzentrationslager Buchenwald. In: Diercks, Herbert (Red.): Abgeleitete Macht. Funktionshäftlinge zwischen Widerstand und Kollaboration. Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland. Heft 4. Herausgeber: KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Bremen 1998, S. 123 - 133
- Scherf, Werner: Die Verbrechen der SS-Ärzte im KZ Buchenwald. Der antifaschistische Widerstand im Häftlingskrankenbau. Juristische Probleme. jur. Diss. heft. Humboldt-Universität Berlin 1987
- Schirmann, Léon: Blutmai 1929. Dichtungen und Wahrheit. Berlin 1991
- Schley, Jens: Nachbar Buchenwald. Die Stadt Weimar und ihr Konzentrationslager 1937-1945. Köln, Weimar, Wien 1999
- Schneider, Ulrich: Widerstand in den KZ und Haftstätten 1933 – 1945, in: Günter Judick, Hans-Joachim Krusch (Hrsg.): Wider die Verfälschung deutscher Geschichte. Beiträge zum antifaschistischen Widerstand in Deutschland und zur Gründung der BRD und der DDR. Essen 1999, S. 51 - 69
- Schneider, Ulrich: Thesen zum antifaschistischen Widerstand der Kommunisten. In: Der Mensch und der Plan. Eine Jahrhundertbilanz des Kommunismus. Herausgeber: Spoo, Eckart/Butenschön. Hamburg 2000, S. 165 - 170
- Schneider, Ulrich/Gobrecht, Horst: Lehrjahre im KZ Buchenwald. Antifaschistische Wurzeln der Gewerkschaft. Hrsg.: Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora/Freundeskreis e.V. Bonn 2003
- Schrage, Franz H.: Weimar, Buchenwald. Spuren nationalsozialistischer Vernichtungsgewalt in

Werken von Ernst Wiechert, Eugen Kogon, Jorge Semprun. Düsseldorf 1999

- Schröder, Bernd Philipp: Vor fünfzig Jahren: die „Boxheimer Dokumente“. In: Geschichtsblätter für den Kreis Bergstraße 14, 1981, S. 255 - 270
- Schröder, Wilhelm Heinz: Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867 - 1933. Biographien-Chronik-Wahldokumentation. Ein Handbuch. Düsseldorf 1995
- Schuster, Armin: Die Entnazifizierung in Hessen 1945 – 1954. Vergangenheitspolitik in der Nachkriegszeit. Wiesbaden 1999 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau, Bd. 66; Vorgeschichte und Geschichte des Parlamentarismus in Hessen, Bd. 29)
- Schuster, Kurt G.P.: Der Rote Frontkämpferbund 1924 - 1929. Beiträge zur Geschichte eines politischen Kampfbundes. Düsseldorf 1975
- Schweizerische Bildhauer-Zeitung. Steinmetz-Zeitung. Organ für die Interessen der gesamten Stein-Industrie 1, 1926 – 4, 1930
- Semprun, Jorge: Die große Reise. Roman. (Paris 1963) Reinbek 1964
- Semprun, Jorge: Was für ein schöner Sonntag! (Paris 1980) Frankfurt/Main 1981
- Semprun, Jorge: Schreiben oder Leben. (Paris 1994) Frankfurt/Main 1995
- Sieger, Volker: Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der KPD von 1945 bis 1956. Frankfurt/Main 2000
- Sintschenko, Grigori: Flucht aus Buchenwald. Lage 2000
- Smith, Arthur Lee: Die „Hexe“ von Buchenwald. Der Fall Ilse Koch. Weimar, Köln, Wien 1983
- Sobolewicz, Tadeusz: Aus der Hölle zurück. Von der Willkür des Überlebens im Konzentrationslager. (Oswiecim 1993) Frankfurt/Main 1999
- Sofsky, Wolfgang: Die Ordnung des Terrors. Das Konzentrationslager. Frankfurt/M. 1993
- Spies, Hans-Bernd: Ein Vertrag über die Anfertigung von Konfektionswaren für die Aschaffener Herrenkleiderfabrik Georg Seitz im Zuchthaus Butzbach (1937). In: Mitteilungen aus dem Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg 6, 2000, S. 178 - 184
- Spuren des Terrors. Eine Dokumentation über die KZ-Kommandos in Bensheim und weitere nationalsozialistische Verbrechen. Herausgegeben vom Kreisvorstand der DKP Bergstraße. Bensheim 1979
- Staar, Sonja: Ständige Kunstaussstellung der Gedenkstätte Buchenwald. Weimar-Buchenwald 1991
- Staritz, Dietrich: Die Kommunistische Partei Deutschlands. In: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945 - 1980. Bd. 2: FDP bis WAV. Opladen 1984, S. 1663 - 1809
- Stefan-Jerzy Zweig. Der große Bericht über das Buchenwaldkind. Fotos, Dokumente und amtliche Aussagen des Dr. Zacharias Zweig. Berlin/DDR 1964 (= BZ am Abend. Sonderdruck)
- Stein, Harry: Gedenkstätte Buchenwald, Weimar. In: Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation. Von Stefanie Endlich/Nora Goldenbogen/Beatrix Herlemann/Monika Kahl/Regina Scheer. Band II Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen. Bonn 1999, S. 892 - 903
- Stein, Harry: Juden in Buchenwald 1937 - 1942. Hrsg.: Gedenkstätte Buchenwald Weimar-Buchenwald 1992
- Stein, Harry/Stein, Sabine: Buchenwald. Ein Rundgang durch die Gedenkstätte. Weimar-Buchenwald 1993
- Striefler, Christian: Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik. Frankfurt/Main 1993
- Strnad, Walter/Strnad, Ernst: Der Befehl "Ans Tor!" Die authentische Geschichte eines Strafkommandos im KZ Buchenwald. o.O. 1994
- Suhr, Elke: Die Emslandlager. Die politische und wirtschaftliche Bedeutung der emsländischen Konzentrations- und Strafgefangenenlager 1933-1945. Bremen 1985

- Tormin, Walter (Hrsg.): Der Traum von der Einheit. Der Schriftwechsel zwischen SPD und KPD in Hamburg über die Gründung einer Einheitspartei 1945/46 und ergänzende Dokumente. Hamburg 1990
- Tränen allein genügen nicht. Von Zacharias Zweig posthum und Stefan Jerzy Zweig. Wien 2005
- Treffert, Joseph: Erläuterungen zum Haushaltsplan der Stadt Bensheim für das Rechnungsjahr 1946. Gegeben in der Stadtverordnetenversammlung am 6. August 1947. Bensheim 1947
- Treffert, Joseph: Leistungsbericht über die Tätigkeit der Stadtverwaltung Bensheim in der Zeit von der Beendigung des Krieges bis heute (März 1945 bis Januar 1952). Bensheim 1952
- Treffert, Joseph: Kommunalpolitik der Stadt Bensheim. Ein Bericht von Bürgermeister Treffert über die Leistungen der Stadtverwaltung Bensheim während seiner Amtszeit 1946- 1954. Bensheim 1954
- Tuchel, Johannes: Konzentrationslager: Organisationsgeschichte und Funktion der 'Inspektion der Konzentrationslager' 1934 - 1938. Boppard 1991
- Tuchel, Johannes: Kontakte zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten im Sommer 1944. Zur historischen Bedeutung des 20. Juli 1944, in: Dachauer Hefte, Heft 11: Orte der Erinnerung 1945 bis 1995. Dachau 1995, S. 78-101
- Tuchel, Johannes: Selbstbehauptung und Widerstand in nationalsozialistischen Konzentrationslagern, in: Jürgen Schmädeke, Peter Steinbach (Hrsg.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler. Neuausg. 3. Aufl. München, Zürich 1994, S. 938 - 953
- Ullrich, Volker: Der ruhelose Rebell Karl Plättner 1893-1945. Eine Biographie. München 2000
- Ulrich, Axel: „Zum Kampf bereit!“ – „Kein Generalstreik!“. Die hessischen Gewerkschaften zwischen Anpassung, Zerschlagung und Widerstand, in: Ulrich Schneider u.a. (Hrsg.): Hessen vor 50 Jahren – 1933. Naziterror und antifaschistischer Widerstand zwischen Kassel und Bergstraße 1932/33. Frankfurt/M. 1983, S. 146 - 157
- Ulrich, Axel (Bearb.): Hessische Gewerkschaften im Widerstand 1933 – 1945. Hrsg.: DGB-Bildungswerk Hessen und Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933 – 1945. 2. unveränderte Aufl. Gießen 1984, darin u.a.: Lotte Schmidt: Frankfurter Verbindungen zur Emigration im Saargebiet, S. 238 – 241
- Ulrich, Axel: Freiheit! Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold und der Kampf von Sozialdemokraten in Hessen gegen den Nationalsozialismus 1924 – 1938. Hrsg.: SPD-Bezirk Hessen-Süd u. Union-Druckerei und Verlagsanstalt. Frankfurt/M. 1988
- Ulrich, Axel: Politischer Widerstand gegen das „Dritte Reich“ im Rhein-Main-Gebiet. Wiesbaden 2005
- Urteil gegen die Mai-Mörder. Öffentliche Verhandlung des Ausschusses zur Untersuchung der Berliner Maivorgänge. Stenographisches Protokoll vom 1. Verhandlungstag nebst Anlagen. Berlin 1929
- Vermehren, Isa: Reise durch den letzten Akt. Ravensbrück, Buchenwald, Dachau. Eine Frau berichtet. Reinbek 1979
- Von der Größe und Schönheit des Menschen. Interviews mit Bruno Apitz. In: Auskünfte, Werkstattgespräche mit DDR-Autoren. Berlin, Weimar 2. Auflage 1976, S. 355 – 371
- von Freyberg, Jutta: Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Revolutionären Sozialisten Deutschlands vor dem Problem der Aktionseinheit 1934 – 1937. Köln 1973
- Vor 50 Jahren. Der Kampf der roten Kommune Mörfelden. Michelstadt/Odw. 1981 (Reprint der Ausgabe vor 1932)
- Wachtler, Johann: Zwischen Revolutionserwartung und Untergang. Die Vorbereitung der KPD auf die Illegalität in den Jahren 1929 - 1933. Frankfurt/Main 1983
- Waiser, Alfons: Die Musik stärkte uns. In: Internationales Buchenwald-Komitee: Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung. Dokumente und Berichte. Frankfurt/Main 1960

- Wappenbuch der Stadt Bensheim. Hrsg.: Joseph Stoll. Bensheim 1956
- Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. 2 Bde. Frankfurt/Main 1969
- Weber, Hermann: Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929 bis 1933. Düsseldorf 1982
- Weber, Hermann/Bayerlein, Bernhard B. (Hrsg.): Der Thälmannskandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin. Berlin 2003
- Weber, Hermann/Herbst, Andreas: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945. Berlin 2004
- Weinzierl, Ulrich: Das Kind von Buchenwald. Am 11. April wurde das KZ bei Weimar befreit. Die Geschichte des Überlebens von Stefan Jerzy Zweig. In: Die Welt vom 9. April 2005
- Widerstand und Exil der deutschen Arbeiterbewegung 1933 – 1945. Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 1982
- Widerstehen und Verfolgung in den Pfarreien des Bistums Mainz 1933-1945. Band II Starkenburg. Teil 1: Dekanate Mainz-Land rechtsrhein, Bensheim, Darmstadt, Dieburg. Herausgegeben von Dr. Ludwig Hellriegel unter Mitarbeit von Dr. Peter Fleck und Christof Duch. Mainz 1990, S. 19
- Wiechert, Ernst: Der Totenwald. Ein Bericht. (1945) Berlin 1996
- Wiesel, Elie: Nacht. In: Wiesel, Elie: Die Nacht zu begraben, Elischa. (Paris 1958) München, Esslingen a. N. 1962
- Winkler, Heinrich August: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933. Bonn 1990
- Wippermann, Wolfgang: Konzentrationslager. Geschichte, Nachgeschichte, Gedenken. Berlin 1999
- Wolf, Lore: Die „Rote Hilfe“. In: Hübner, Irene: Unser Widerstand. Deutsche Frauen und Männer berichten über ihren Kampf gegen die Nazis. Frankfurt/Main 1982, S. 64 - 74
- Wunderer, Hartmann: Öffentliche Präsenz und Ohnmacht der kommunistischen Arbeiterbewegung in Offenbach im Spiegel der Polizeiberichte. In: Klemm, Bernd (Hrsg.): „...durch polizeiliches Einschreiten wurde dem Unfug ein Ende gemacht.“ Frankfurt/Main, Offenbach 1982, S. 355 - 378
- Zahnwetzner, Moritz: KZ Buchenwald. Erlebnisbericht. Kassel-Sondershausen 1946
- Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands. Vom Berufsverband zur Industrieorganisation. Leipzig 1928
- Zimmer, Hasko: Der Buchenwald-Konflikt. Zum Streit um Geschichte und Erinnerung im Kontext der deutschen Vereinigung. Münster 1999
- Zweig, Zacharias: Mein Vater, was machst du hier ...? Zwischen Buchenwald und Auschwitz. Der Bericht des Zacharias Zweig. Frankfurt/Main 1987

### c) Internet-Adressen

- [www.almissa.com/pave\\_matulic/prezivosambombardiraniebuchenwalda](http://www.almissa.com/pave_matulic/prezivosambombardiraniebuchenwalda)
- <http://www.geschi.de/artikel/buchenw.shtml>
- <http://www.geschichtsdatenbank.de/Gedenkstaetten/Buchenwald/Buchenwald%20-%20Buchenwaldlied.htm>
- <http://www.historyplace.com/worldwar2/ww2-pix/buchen2.jpg>
- [www.Koch-athene.de/deubth/weimar-buchenwald/bu-hot3.htm](http://www.Koch-athene.de/deubth/weimar-buchenwald/bu-hot3.htm)
- <http://www.marienschloss.de/mar-jva.html/>
- <http://www.marxistische-bibliothek.de/blutmai29.html>
- <http://www.mdr.de/geschichte/schauplaetze/128912.html>
- <http://www.mdr.de//1911663-high.jpg>

- <http://de.wikipedia.org/wiki/Konzentrationslager>
- <http://workpage.de/musikkz.php>.

#### d) Archivalien

- **Archiv der Stadt Bensheim**  
 III/9 2.1: Das Sprachrohr. Zeitung der DKP für Bensheim, 1972 - 1977  
 III/9 2.2: Bensheimer Sprachrohr. Zeitung der KPD, 1953 - 1956  
 III/9 2.3: Kommunalpolitische Vorschläge der DKP Bensheim  
 IV/1: Militärregierung Heppenheim und Offiziere der amerikanischen Armee  
 12. E 60: Protokollbuch über die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung 1929 - 1933  
 KV 3827/9  
 KV 3830/1: Bildung des Stadtrats  
 KV 3830/2: Wahlvorschläge, Wahlergebnisse  
 KV 3834/2: Bürgermeister Dr. Angermeier  
 Abt. 16 Parteien, Wahlen Politik D-F  
 Magistrat Bensheim, Wahlen und Ämtervergabe 1946 - 1974  
 Meldekartei Jakob Kindinger  
 Personalakte Jakob Kindinger, Straßenbaumeister, geb. 1905  
 Nachlass Treffert  
     Nr. 37: Fotoalbum 91 Fotos 1920 - 1933  
     Nr. 38: Fotoalbum 91 Fotos 1932 - 1935
- **Archiv des Kreises Bergstraße, Heppenheim**  
 Abt. XVIII, Nr. 46: Entnazifizierung, Spruchkammern, Vermögenskontrolle ehem. Ang. der NSDAP u.a.
- **Archiv des Hessischen Landtages, Wiesbaden**  
 Stenographischer Bericht über die 24. Sitzung des Hessischen Landtags vom 24. August 1947, 9 Uhr, Nr. 24. Große Anfrage der Fraktion der KPD an den Herrn Minister des Innern betreffend Amtsmissbrauch von Beamten - Drucksache Abt. I Nr. 233
- **Archiv Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora (Buchenwaldarchiv)**  
 Sign. 31/146: unbekannter Autor  
 Sign. 31/147: Block 56, Bericht von Jakob Kindinger  
 Sign. 31-574, III.: Bericht von Emil Carlebach  
 Sign. 31/484: Gärtig, Carl: In Memoriam Kurt Wabbel  
 Sign. 31/735: Bericht von Jakob Kindinger  
 Sign. 52.11.11: Bericht von Jakob Kindinger  
 Sign. 52.11.125: Adolf Schwarz  
 Sign. 52.11.462: Fritz Freudenberg  
 Sign. 62 259 – 1: Bericht von Jakob Ihr  
 Sign. 73 -21: Bericht von Alfred Ott  
 Sign. 75 - 2: Liste der 46 versteckten jüdischen Häftlinge
- **Bundesarchiv Berlin**  
 A O 152: Parteiakte Heinrich Arnold  
 B 0295 NSDAP-Akte Adam Eßinger  
 6010007198 Standort 51 Karton: B0295: Eßinger, Adam  
 NJ 13970: Anklageschrift III; Urteil gegen Jakob Kindinger und Andere  
 SM I 0069: NSDAP-Akte Philipp Kindinger

- **Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik**  
Tagebuchnummer 032472 / 04Z
- **Geschichtswerkstatt Jakob Kindinger**  
Materialsammlung zu Jakob Kindinger

**Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden**

Abt. 386: Personalkartei der Staatspolizeistelle Frankfurt a. M.: Willy Klapproth  
Abt. 461 Nr. 32016: Staatsanwaltschaft Frankfurt a. M. gegen Klapproth wegen Meineids  
Abt. 501 Nr. P 5472: Akten der Spruchkammern (Theodor Kraege)  
Abt. 501 Nr. P 5943 Akten der Spruchkammern. (Theodor Kraege)  
Abt. 502 Nr. 5109 Vorg. 199: Hessische Staatskanzlei: Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland (Joseph Treffert)  
Abt. 503 Nr. 3819: Hessisches Ministerium des Innern: Willy Klapproth  
Abt. 503 Nr. 5319: Hessisches Ministerium des Innern: Willy Klapproth  
Abt. 507 Nr. 13207: Hessisches Wirtschaftsministerium: Ermittlungsverfahren gegen Treffert wegen Amtspflichtverletzungen als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Bezirkssparkasse Bensheim  
Abt. 518 Nr. 3273: Entschädigungsakte Theodor Kraege  
Abt. 518 Nr. 3747: Entschädigungsakte Mathilde Menges, geb. Wergien  
Abt. 518 Nr. 3748: Entschädigungsakte Georg Menges  
Abt. 518 Nr. 3801: Entschädigungsakte Karl Jaeckel  
Abt. 518 Nr. 3825: Entschädigungsakte Philipp Oberndörfer  
Abt. 518 Nr. 3844: Entschädigungsakte Edmund Schulz  
Abt. 518 Nr. 3871: Entschädigungsakte Jakob Kindinger  
Abt. 518 Nr. 3872: Entschädigungsakte Johannes Kindinger  
Abt. 518 Nr. 4077: Entschädigungsakte Peter Nack  
Abt. 518 Nr. 22977: Entschädigungsakte Jakob Aßmus  
Abt. 518 Nr. 24085: Entschädigungsakte Wilhelm Essinger  
Abt. 518 Nr. 29333: Entschädigungsakte Ludwig Görlinger  
Abt. 518 Nr. 29334: Entschädigungsakte Heinrich Finn  
Abt. 518 Nr. 29335: Entschädigungsakte Wilhelm Gehbauer  
Abt. 520 Nr. Bergstr. Karton 41: Spruchkammerakte Philipp Kindinger, Reichenbach, \* 16. Juni 1911 Reichenbach  
Abt. 520 DZ 518258 Entnazifizierungsakte Heinrich Arnold  
Abt. 527 Nr. 3273: Hessisches Landespersonalamt (Theodor Kraege)  
Abt. 527/II Nr. 3949: Hessisches Landespersonalamt: Willy Klapproth  
Abt. 527/IV Nr. 14688: Hessisches Landespersonalamt: Willy Klapproth  
Abt. 3024/F Nr. 1 (Fiche 195 - 197 (NJ 13970): Anklage- und Urteilsschriften des Oberlandesgerichts Darmstadt in dem Strafverfahren gegen Willi Löchel und andere (Original: Bundesarchiv Berlin)  
Abt. 3024/F Nr. 11 Fiche 7 - 11 (17.01 St 3 Nr. 734): Periodische Berichte und Tagesmeldungen des Staatspolizeiamts Darmstadt aus der Überlieferung des Geheimen Staatspolizeiamts (Original: Bundesarchiv Berlin)

- **Hessisches Staatsarchiv Darmstadt**  
G 12 A Nr. 10/2: Landespolizei, Schutzpolizei, Gendarmerie: Erfahrungs- und Einsatzberichte der Bereitschaftspolizei. Band 2: 1930, Aug. - 1931, Aug.

G 12 A Nr. 10/4: Einsätze bei politischen Veranstaltungen. Band 4: 1932, März – Dezember  
 G 15 Bensheim, Q 92, 94, 95, 101, 107, 119, 266, 285, 291  
 G 15 Friedberg Nr. Q919 (Willy Klapproth)  
 G 15 Friedberg Nr. QQ 1183 (Willy Klapproth)  
 G 27 Nr. 3543: Staatsanwaltschaft beim Landgericht Darmstadt  
 G 30, Marienschloß, Nr. GP 211  
 H 2 Nr. 2296: Anträge von politisch, rassistisch und religiös Verfolgten auf Renten, Beihilfen, Heilbehandlung, Existenzgründung und sonstige Hilfen gemäß dem Gesetz über die Bildung eines Sonderfonds zum Zwecke der Wiedergutmachung vom 24. Juni 1947: Jakob Kindinger  
 H 13 Nr. 21: Staatsanwaltschaft Darmstadt  
 H 13 Nr. 765: Staatsanwaltschaft Darmstadt  
 R 12 P Nr. 2937 (Willy Klapproth)

- **Stadtarchiv Worms**  
 Abt. 30 Nr. 197 (Willy Klapproth)
- **Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin**  
 By/1 Nr. 662: Jakob Kindinger
- **Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar**  
 Häftlingsnummernkartei Buchenwald; Haft-Nr. 7727 (Jakob Kindinger)  
 Häftlingsnummernkartei Buchenwald; Haft-Nr. 456 (Jakob Kindinger)